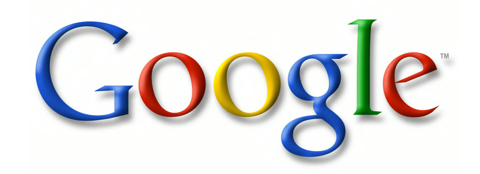


This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`



Bismarck

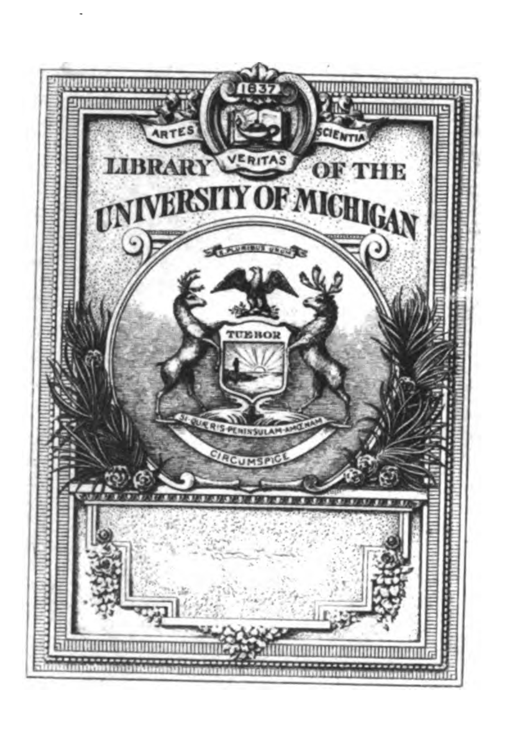


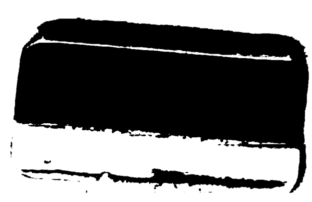

BUHR B
a39015 00025555 7b



von Gottlob Egelhaaf

Digitized by Google





Digitized by Google

DD
218
.E2
192

Digitized by Google

Digitized by Google

Bismarck

Sein Leben und sein Werk

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google





Digitized by Google

Bismarck

Sein Leben und sein Werk

von

Gottlob Egelhaaf

Dritte vermehrte Auflage

Stuttgart
Carl Krabbe Verlag
Erich Gußmann
1922

Digitized by Google



Digitized by Google

Bismarck

Sein Leben und sein Werk

von

Gottlob Egelhaaf

Dritte vermehrte Auflage

Stuttgart
Carl Krabbe Verlag
Erich Gußmann
1922

Digitized by Google

Alle Rechte vorbehalten
Copyright 1922 by Carl Krabbe Verlag,
Erich Gussmann in Stuttgart

Druck von J. F. Steinkopf in Stuttgart.

Digitized by Google

Dem Andenken
meiner lieben Frau Marie
1858—1909

„Die Nachricht von Bismarcks Tod hat uns sehr erschüttert; auf dem ganzen Tag lag eine herbstlich wehmütige Stimmung, weil wir fühlten, daß mit dem großen Manne eine große Zeit zu Grabe ging, und es war uns, als ob wir einen Vater verloren hätten ... Es freut mich, daß du, der du den Lebenden so oft gefeiert hast, nun in Sylt dem Toten die letzte Ehre erweisen darfst."

Marie Egelhaaf, 2. und 4. August 1898.

Digitized by Google

Digitized by Google

Lit.Com. (Hist. Lit)
Harrass.
10-14-29
19991

Vorwort

Ger 47-1-010

Bei einer Durchsicht der Bismarckliteratur hat sich mir ergeben, daß wir recht wenig nicht zu knapp und nicht zu ausführlich gehaltene Darstellungen seines Lebens von wissenschaftlichem Wert besitzen, und außer dem monumentalen Werk von Erich Marcks, von dem aber bis jetzt nur der erste Band (bis 1848) vorliegt, eigentlich keines, das dem Leser neben einer zusammenfassenden Darstellung auch die Möglichkeit böte, sich über die Probleme und die einschlägige Literatur zu unterrichten. So habe ich es unternommen, so viel ich vermochte, ein Buch zu liefern, das dem Leser die wesentlichen Ergebnisse der Forschung in übersichtlicher, genießbarer Fassung vermitteln und ihm auch einen Einblick darein gewähren soll, wie diese Ergebnisse gewonnen worden sind. Wenn man finden sollte, daß dieses Buch und besonders einzelne seiner Teile mit meinem Herzblut geschrieben seien, so habe ich nichts dagegen einzuwenden; ich hoffe aber, daß gerade auch diese Teile zeigen werden, daß ich die Pflicht des Historikers, auch die Gegenseite zu hören und zu verstehen, nicht außer Augen gelassen habe. Ich setze auch an die Spitze dieses Werkes die Verse, die ich einer treuen und eifrigen Hörerin meiner letzten Vorlesung über die Zeit von 1871—1908, Baronesse Gabrielle von Plessen, zum Gedenken schrieb:

> Ich hab' die dreißig Vaterländer noch gesehen;
> Ich sah auch ihn, der uns das Vaterland erschuf.
> Als jung ich war, ergriff mich seines Geistes Wehen;
> Als alt ich wurde, schien es mir Beruf,
> So weit die Kraft mir reiche, den zu preisen,
> Ohn' den wir heut noch wären vaterlose Waisen.

Stuttgart, 1. März 1911.

Gottlob Egelhaaf.


Digitized by Google

Vorwort zur dritten Auflage

In den mehr als vier Jahren, die seit dem Erscheinen der zweiten Auflage dieses Buches verstrichen sind, ist der Bestand der Quellen erheblich vermehrt worden, und es sind auch bemerkenswerte Darstellungen einzelner Abschnitte aus Bismarcks Leben ans Licht getreten. Ohne hier vollständig sein zu können, seien von der ersten Reihe genannt das Buch des Freiherrn v. Eppstein über Fürst Bismarcks Entlassung mit seinen vielen Aktenstücken, das von Raschdau mit den Berichten Bismarcks aus Petersburg und Paris, die Bismarckerinnerungen des Freiherrn Lucius v. Ballhausen, die Berichte des Grafen Lerchenfeld; von der zweiten Reihe die Bücher von Hammann, Plehn und Schüßler. Ich habe mich bemüht, die neuen Ergebnisse in die Darstellung zu verarbeiten und hoffe, daß das Buch in den wesentlichen Punkten auf den derzeitigen Stand unseres Wissens gebracht ist. Daß ich diesmal Bismarcks Lebenswerk in anderer Seelenlage durchgearbeitet habe als 1917, brauche ich nicht zu sagen. Der ganze stolze Bau, den er uns errichtet hat, ist zusammengestürzt, und unser Vaterland ist im Osten hinter Friedrich den Großen, im Westen und Norden hinter Wilhelm I. zurückgeworfen. Aber die Einheit, die uns Bismarck errang, ist bestehen geblieben, und es gibt keine Partei, auch in dem umgestürzten Deutschland, die nicht an der Einheit festhielte. Wo Deutsche sich durch den Stimmzettel äußern durften, haben sie bekundet, daß sie auch von dem aus tausend Wunden blutenden Vaterland nicht lassen wollen. So ist Bismarck noch unter uns — non omnis mortuus est.

Stuttgart, am 1. April 1922.

Gottlob Egelhaaf.

Digitized by Google

Inhalt

Digitized by Google



Digitized by Google

Erstes Buch

Jugendjahre. Ehe. Eintritt ins politische Leben

1815—1852

Digitized by Google

Digitized by Google

Erstes Kapitel.

Jugendjahre. 1815—1839.

Die Familie Bismarck hat ihren Namen wohl von dem Städtchen Bismarck in der Altmark, das westlich von Stendal liegt und heute etwa 2500 Einwohner zählt. Es scheinen Angehörige dieses Städtchens nach Stendal eingewandert und dort nach ihrer Herkunft benannt worden zu sein. Sie fanden Aufnahme in das städtische Patriziat, und im Jahr 1270 wird ein Herbord v. Bismarck als Aldermann der (patrizischen) Kaufmanns- und Tuchhändlergilde zu Stendal genannt; doch läßt sich nicht sagen, ob die Bismarck zu den ritterbürtigen oder zu den rein bürgerlichen Elementen des Stendaler Patriziats gehörten. Im Jahr 1345 wurden die Patrizier von den Zünften überwältigt, die Stadtverwaltung den Zünften in die Hand gegeben und die Patrizier, unter ihnen Klaus von Bismarck, verjagt. Noch im gleichen Jahr 1345 erlangte Klaus als Ersatz des Verlorenen von dem Wittelsbacher Markgrafen Ludwig, dem Sohn Kaiser Ludwigs des Bayern, der damals die Mark Brandenburg beherrschte, das feste Schloß Burgstall als Lehen, und damit ist die Familie in den Kreis des rittermäßigen altmärkischen Adels aufgenommen.*) Im Jahr 1562 mußte sie Burgstall mit seinen wildreichen Wäldern in der Letzlinger Heide an das hohenzollerische Kurhaus abtreten und erhielt dafür die Orte Schönhausen und Fischbeck rechts der Elbe, und Schönhausen ward nun ihr Hauptsitz, den später zwei Linien unter sich teilten (die eine die für uns in Betracht kommende, die andere die später zu Grafen gewordenen Bismarck-Bohlen). Anfangs trotzige Landjunker, welche gelegentlich von den Landesherren mit Waffengewalt zum Gehorsam gezwungen werden mußten, schlossen sie sich seit der Zeit des großen Kurfürsten, welcher seinen Staat fest in die Hand nahm, an das hohenzollerische Haus an, im übrigen echte Söhne der märkischen Erde, mit ihrer Scholle verwachsen, patriarchalische Gutsherren mit dem Recht, über ihre Bauern Polizei zu üben und ihnen Recht zu sprechen, nicht ohne Beziehung zu der gelehrten Bildung ihrer Zeit, wie denn die Universitäten Jena, Marburg und Orleans

*) Karl Knetsch hat in der Zeitschrift Hessenland 27 (1913) 274 f. Bismarcks Abstammung von Philipp dem Großmütigen (1504—1567) nachgewiesen. Wilhelms IV. natürlicher Sohn Philipp Wilhelm v. Cornberg ist der Urgroßvater der 1694 mit August v. Bismarck vermählten Dorothea Sophie v. Katte, der Ururgroßmutter Ottos v. Bismarck.

Digitized by Google

in ihren Matrikeln Herren von Bismarck verzeichnet haben. Indem wir von all den Gestalten des Geschlechts, welche historisch nachweisbar sind, hier nicht weiter berichten, gehen wir sofort zu August Friedrich über, der als Oberst Friedrichs des Großen 1742 bei Czaslau tödlich verwundet ward, und zu seinem zweiten Sohn Karl Alexander (1727—97), der bei Prag und Kolin, bei Leuthen und Hochkirch als Rittmeister focht: ein hochgebildeter, von der Gefühlsweichheit des Zeitalters ergriffener Landedelmann, „der sich Neuigkeiten der Dichtung und der Musik auf sein Gut senden ließ," ein braver Vater, der in seinen Söhnen „sich vier Freunde und der Welt vier ehrliche Leute erzogen zu haben" sich freute. Von diesen Söhnen war Ferdinand am 13. November 1771 geboren; wie die Brüder trat er ins Heer und machte 1787 den Feldzug gegen die holländischen Patrioten, 1792—94 den gegen die Franzosen mit; aber mit 23 Jahren nahm er 1794 seinen Abschied und trat in die Bewirtschaftung des Guts Schönhausen ein. Zu Luise, der wunderschönen Gattin seines (1821 gestorbenen) älteren Bruders Ernst, einem geborenen Frl. v. Miltitz, hat er nach dem Bericht Hedwigs v. Bismarck *) eine leidenschaftliche Neigung gefaßt, von der man nicht weiß, ob sie erwidert wurde; aber das häusliche Leben des Bruders erlitt doch so schwere Störungen, daß dieser an Scheidung dachte, was nur durch den frühen Tod der Frau verhindert worden ist. Im Sommer 1806, kurz vor dem Zusammenbruch des preußischen Staats im Kampf gegen Napoleon, heiratete Ferdinand die 17 Jahre alte Wilhelmine Mencken, die Tochter des 1801 an Schwindsucht in einem Alter von erst 49 Jahren verstorbenen trefflichen Kabinettschefs Friedrich Wilhelms III., Anastasius Ludwig Mencken.**) Aus dieser Ehe eines Landjunkers mit einer Angehörigen einer hohen Beamtenfamilie, die der Universität seit anderthalb Jahrhunderten tüchtige Gelehrte, Historiker und Juristen, geliefert hatte, ward am 1. April 1815 Otto Eduard Leopold v. Bismarck zu Schönhausen geboren, als viertes Kind;

*) Erinnerungen aus dem Leben einer Neunzigjährigen, von Hedwig von Bismarck, Halle 1910, S. 28. Ihr Vater Friedrich war ein Vetter Ferdinands und besaß einen Teil Schönhausens mit Fischbeck. Der Sohn Ernsts und Luisens heiratete die letzte vom Geschlecht der Bohlen und ward der Stifter der Linie der Grafen Bismarck-Bohlen.

**) Gentz hat ihn zwar einen ehrlichen, beim König hoch angesehenen Phantasten genannt (Deutsche Rundschau 176, 203); dieses Urteil ist aber ungerecht. Mencken war ein Beamter von warmem Pflichtgefühl, ehrlich und gerade.

Digitized by Google

am Leben war aber nur noch der im Juni 1810 geborene ältere Bruder Bernhard.

Otto war ein Jahr alt, als sein Vater 1816 nach dem pommerschen Gut Kniephof bei Naugard übersiedelte, das an die Schönhauser Herren zurückgefallen war, und Schönhausen einem Verwalter übergab. Auf Kniephof oder in Schönhausen, wo die Eltern öfters einkehrten, verbrachte der Knabe Otto die ersten Jahre seines Lebens in der freien frischen Luft des Landes und übte sich im Turnen, das damals immer mehr aufkam, Klettern und Schlittenfahren. In Schönhausen war sein um fünf Monate jüngeres Bäschen Hedwig seine Spielgefährtin; „er teilte ihr alle Kinderkrankheiten, Masern, Keuchhusten, freundlichst durch Ansteckung mit," und „was sie nicht allein an Torheiten wußte, lernte sie von ihm." Bei Familienfesten saßen sie im großen Saal miteinander am Katzentisch; sie entsetzte sich, daß er Kartoffeln lieber mit der Schale als ohne diese aß. Im Winter nahmen ihn die Eltern mit in die Hauptstadt, wo sie am Opernplatz wohnten; daß 1817 das Schauspielhaus verbrannte, war seine früheste Erinnerung. Schon im Januar 1822 kam Otto mit seinen Schönhauser Vettern für die Dauer nach Berlin, als Zögling der Plamannschen Lehranstalt, ehe er noch sieben Jahre alt war. Schuld an diesem frühen Herausreißen der jungen Pflanze aus dem Mutterboden trug eben die Mutter Wilhelmine, welche im Gegensatz zu ihrem schlichten, gutherzigen, auf das Wirkliche gerichteten, eines Anflugs von Zynismus nicht entbehrenden, der literarischen Bildung nicht aufgeschlossenen Gatten, „einem Landjunker des guten, aber nicht des größeren Stils," *) ganz die Überlieferungen ihres Hauses verkörperte; sie legte allen Wert auf die höhere geistige Bildung, „die allein das Göttliche in unserer Natur offenbaren und uns auch allein dermaleinst wahrhaft zu Gott führen kann," und sie hatte auch den Ehrgeiz, ihre Söhne nicht als Landwirte oder Offiziere a. D. absterben zu lassen, sondern sie in der Beamtenlaufbahn zu hohen Würden aufsteigen zu sehen. Sie war früh kränklich, machte alljährlich ihre Badereise, und zwar immer im Juli, wo die auswärts die Schulen besuchenden Kinder hätten über die Ferien nach dem heimatlichen Kniephof kommen können; ihr zweiter Sohn hat das als Mangel an Liebe empfunden, und diejenige Mutterliebe, welche das Wohl der Kinder über das eigene Behagen setzt, scheint sie allerdings nicht gehabt zu haben. „Meine Mutter war eine schöne Frau, die äußere Pracht liebte,

*) Erich Marcks, Bismarck, Stuttgart 1909, 1, 44.

Digitized by Google

von hellem, lebhaftem Verstande, aber wenig von dem, was der Berliner Gemüt nennt. Sie wollte, daß ich viel lernen und viel werden sollte, und es schien mir oft, daß sie hart, kalt gegen mich sei." *) Eine Fischnatur nannte sie ihr Schwager Ernst wegen ihrer Kühle; aber indem Bismarck den oben angeführten Worten hinzufügt: „was eine Mutter dem Kind wert ist, lernt man erst, wenn es zu spät ist; die mittelmäßigste Mutterliebe, mit allen Beimischungen mütterlicher Selbstsucht, ist doch ein Riese gegen alle kindliche Liebe," scheint er doch das: „es schien mir oft" als irrtümlich anzuerkennen.

Die Plamannsche Anstalt war 1805 von einem Theologen, nach dem sie genannt wurde, gegründet worden, und hatte aus den Familien hoher Beamten und von Adeligen großen Zuzug. Sie war auf die Grundsätze Rousseaus und Pestalozzis aufgebaut, welche statt toten Gedächtniskrams nach Anschaulichkeit und darauf beruhender klarer Erfassung des Wissensstoffs strebten. Jeder Knabe, der der Anstalt anvertraut wurde, hatte ein Stückchen Gartenland anzubauen und zu pflegen; Turnen, Schwimmen, Spielen und Fechten wurden eifrig betrieben. In der Erinnerung Bismarcks war die Anstalt eine Stätte künstlichen Spartanertums — man weckte die Knaben morgens wohl mit Rippenstößen auf**) —, dürftiger Nahrung, turnerhaft übertriebenen Teutschtums, feindseliger Gesinnung gegen den Adel; doch ist es fraglich, ob dieses Urteil nicht von späterer Verstimmung eingegeben ist und der Knabe Bismarck, obgleich ihm schon die Hühner in Plamanns Hof Heimweh nach Kniephof erweckten, sich doch im ganzen mit der Biegsamkeit der Jugend dort den Verhältnissen angepaßt und sich leidlich wohl gefühlt hat. Nach sechs Jahren bezog er 1827 das Gymnasium, 1827—30 zusammen mit seinem späteren Schwager Oskar v. Arnim als Schüler der Tertia und Obersekunda des Friedrich Wilhelmsgymnasiums in der Friedrichstraße. Noch als Achtzigjähriger hat er sich daran erinnert, „wie wir beide den ersten Tropfen Bier zusammen aus der Flasche tranken; es war auf der Treppe neben der Obertertia". 1830—1832 besuchte Bismarck als Primaner das Gymnasium zum grauen Kloster in der Klosterstraße, das unter dem kenntnisreichen, hochgebildeten und energischen Direktor Köpke stand. Bismarcks Zeugnisse waren befriedigend, aber nicht hervorragend; unter

*) Fürst Bismarcks Briefe an seine Braut und Gattin, Stuttgart 1900, S. 43.

**) Freiherr Lucius v. Ballhausen, Bismarckerinnerungen, Stuttgart 1920, S. 85.

Digitized by Google

zwanzig Abiturienten eines allerdings vorzüglichen Jahrgangs war er der achtzehnte, heißt aber in seinem Reifezeugnis „ein fähiger und wohl vorbereiteter Jüngling.“ Am meisten leistete er in Latein, Geschichte *) und Deutsch, wo ihm, der später unsere Sprache in klassischer Weise handhaben sollte, „eine sehr erfreuliche Gewandtheit“ bezeugt wird, und darin spiegelt sich der Gewinn, den auch ihm die Beschäftigung mit den alten Sprachen gebracht hat, daß man an ihnen der eigenen Sprache Herr wird; ein Etwas, das sich nie mit Händen greifen und in Zahlen fassen läßt, das aber da ist und in seinen Früchten erkannt wird. Die beiden Gymnasien hatten nicht nur tüchtige Direktoren, sondern auch manche gute Lehrer, so den Ordinarius an Prima Bellermann, dessen Bismarck in dem gleich unten S. 8 zu erwähnenden Brief besonders gedenkt. Bismarck war als Oberprimaner Zögling im Hause des Oberlehrers Bonnell, der einer ausgewanderten Hugenottenfamilie entstammte und „Jahrzehnte hindurch eine Säule des Berliner Schulwesens war“: ein Mann von festem, zuverlässigem Charakter, besonnenem, maßvollem Urteil, eleganter Form; Bismarck hat ihm zeitlebens warme Anhänglichkeit bewahrt und ihn noch als Ministerpräsident oft an seine Tafel gezogen.**) Daß er das Gymnasium, seine erzieherische und patriotische Wirksamkeit stets hoch geschätzt hat, beweist u. a. die Stiftung, welche er aus der ihm von seinen Verehrern zu seinem 70. Geburtstag zur Verfügung gestellten Summe (von 1 229 143 Mark 94 Pfennigen) gemacht hat und welche unter dem Namen „Schönhauser Stiftung“ dem Zweck dienen sollte, deutschen Studenten des höheren Lehrfachs Unterstützungen zu gewähren, auch im Inland wohnenden Witwen von höheren Lehrern Beihilfe zu ihrem Lebensunterhalt und zur Erziehung ihrer Kinder zu leisten.***) Bismarck hat es damals ausgesprochen, daß er den Anteil, welchen das deutsche Gymnasium an der Entwicklung des nationalen Sinnes habe, wohl zu würdigen wisse und darum zu seinem

*) In dieser unterrichtete der Direktor Köpke selbst; Bismarck empfing hier nach seinen eigenen Worten einen tiefen Eindruck „des Danks vom Hause Österreich“ und „grundlegende und seine Anschauungen bestimmende Kenntnisse“. Siehe die Mitteilungen von Köpkes älterem Enkel, dem wirklichen Geh. Oberregierungsrat Köpke, Neue Jahrbücher, 22. Band, Leipzig 1908, S. 296.

**) Gustav Wolf, Bismarcks Lehrjahre, Leipzig 1907, S. 38 ff. Vgl. hierzu Emil Stutzer, aus Bismarcks Schulzeit, in den Neuen Jahrbüchern, Band 11, 169—179, Leipzig 1908.

***) Text der Stiftungsurkunde bei Hahn, Fürst Bismarck, Berlin 1886, 4, 658—59. Vgl. 5, 463. 467.

Digitized by Google

ferneren Gedeihen beitragen möchte. Als ihm nach dem beschämenden Reichstagsbeschluß vom 15. Dezember 1884, der ihm den dritten Direktor im auswärtigen Amt versagte, zahlreiche Kundgebungen patriotischen Zornes und patriotischer Sympathie zugingen, hat er sich außer stand gesehen, einzeln auf alle zu antworten; aber mit der Adresse des Lehrerkollegiums vom grauen Kloster hat er nach seinen eigenen Worten „eine Ausnahme gemacht, geleitet von der Erinnerung, welche mich mit dem Gymnasium zum grauen Kloster verbindet, im Gefühl der Dankbarkeit für die den Herrn Unterzeichnern Ihres Schreibens vorangegangene Lehrergeneration." *)

Das Schlußergebnis seiner Gymnasialzeit hat Bismarck in den „Gedanken und Erinnerungen" (1, 1) in die Worte zusammengefaßt: „Als normales Produkt unseres staatlichen Unterrichts verließ ich Ostern 1832 die Schule als Pantheist, und wenn nicht als Republikaner, doch mit der Überzeugung, daß die Republik die vernünftigste Staatsform sei... Dazu hatte ich von der turnerischen Vorschule mit Jahnschen Traditionen (Plamann) deutsche nationale Eindrücke mitgebracht. Diese blieben im Stadium theoretischer Betrachtungen und waren nicht stark genug, um angeborene preußisch-monarchische Gefühle auszutilgen. Meine geschichtlichen Sympathien blieben auf seiten der Autorität. Harmodius und Aristogiton waren für mein kindliches Rechtsgefühl Verbrecher und Tell ein Rebell und Mörder. Jeder deutsche Fürst, der vor dem 30jährigen Kriege dem Kaiser widerstrebte, ärgerte mich; vom großen Kurfürsten an aber war ich parteiisch genug, antikaiserlich zu denken." Diese Äußerungen sind außerordentlich bezeichnend für Bismarcks Gesinnung, und zwar wohl noch mehr für die spätere Zeit, als für die, da er die Schule verließ; deutsch national, aber auf preußischer Grundlage ist er auf der Höhe seines Lebens gewesen. Die Kritik des religiösen Ergebnisses der Schulzeit, welche gegen die staatliche Erziehung gerichtet ist, trifft wohl richtiger den Zeitgeist, der hegelisch-pantheistisch war, und dem sich die Schule nicht entziehen konnte. Bismarcks Einsegnung hat der große Theologe Schleiermacher 1830 vollzogen; er gab ihm den Spruch fürs Leben mit: „Alles, was ihr tut, das tut von Herzen, als dem Herrn und nicht den Menschen" (Kolosserbrief 3, 23) — ein Losungswort, das Bismarcks innerstem, von aller Menschenfurcht unabhängigen Wesen wunderbar entsprach.

*) Der Brief ist mir von dem zweiten Enkel des Direktors Köpke, Sr. Exzellenz Herrn Generalleutnant Köpke in Erfurt, gütigst mitgeteilt worden.

Digitized by Google

Da Frau Wilhelmine v. Bismarck wünschte, daß ihr Sohn die diplomatische Laufbahn ihres Vaters einschlage, so bezog Bismarck, den Gedanken an den Offiziersberuf „ohne besonderen Kummer“ aufgebend, die Universität Göttingen, wo er am 10. Mai 1832 immatrikuliert wurde und juristische, philosophische (über Logik und Metaphysik), mathematische und historisch-staatswissenschaftliche Vorlesungen bei den Professoren Hugo, Heeren u. a. belegte; am Hörsaal Dahlmanns, des großen Historikers und Politikers, ging er vorüber. Nachdem er infolge seiner deutsch-nationalen Eindrücke anfänglich zur Burschenschaft Beziehungen gehabt hatte, zog er sich „wegen des ihr anhaftenden Mangels an äußerlicher Erziehung und wegen der Extravaganz ihrer politischen Auffassungen“ wieder von ihr zurück und trat der Landsmannschaft (= Korps) Hanovera (den „roten Hannoveranern“) bei, focht 25 Mensuren in drei Semestern aus und saß einmal elf, ein zweites Mal sieben Tage im Karzer, das erstemal, weil er einem Pistolenduell als Unparteiischer angewohnt hatte, das zweitemal, weil er eine Ungehörigkeit seines Korps als Konsenior auf sich nahm. Ein Bild von dem Göttinger Treiben erhält man aus den Briefen, welche Bismarck von den Ferien aus an seinen Korpsbruder Gustav Scharlach (1811—1881, späteren Amtshauptmann von Münden und Geh. Regierungsrat) *) richtete; wenn er aber in burschikosem Ton vom liederlichen Leben, von seiner alten Freundin der Flasche und dergleichen spricht, oder „daß ich mich des Abends im ersten Rang der Oper so flegelhaft als möglich betrage,“ so wäre es sehr verfehlt, das kraftgeniale Renommieren allzu wörtlich zu nehmen. Daß er über Fechten, Zechen und Ausflügen das Studium nicht völlig versäumt hat, beweist doch wohl die ausgebreitete allgemeine und zum Teil auch fachliche Bildung, welche er später an den Tag legte, und bezeichnend ist das Wort zu Scharlach, als sie einmal Zukunftspläne schmiedeten: „weißt du, ich werde einmal der größte Lump oder der erste Mann Preußens.“ Außer mit seinen Korpsbrüdern pflegte er Umgang mit andern Studenten, wie mit dem späteren amerikanischen Historiker und Diplomaten Motley (1814—77), der damals schon den Faust übersetzte, und mit dem baltischen Grafen Alexander Keyserling (1815 bis 1891),**) der von umfassender Bildung, eine „Renaissancenatur“ war und später als Politiker, Geschäftsmann, Journalist und

*) Vom jungen Bismarck. Briefwechsel Otto v. Bismarcks mit Gustav Scharlach. Weimar 1912. S. 12. 13.

**) Graf Alexander Keyserling, Berlin 1902, und dazu der Artikel von Hermann Oncken, Preußische Jahrbücher 114 (1903), 254—272.

Digitized by Google

Essayist wie als Zoologe (mit einem Werk über die Wirbeltiere Europas) sich einen Namen machte; lange war er Kurator der Universität Dorpat. Die drei aßen zusammen in der Krone, „im besten Hotel hier", und „standen auf dem denkbar vertrautesten Fuß". Motley rühmt in seinen Briefen Bismarcks weiche, liebenswürdige Gemütsart und seine witzige und originelle Unterhaltung; „oft lauerte er, bis ich erwachte, um mit mir über irgend einen Gegenstand der Dichtung, Wissenschaft oder des praktischen Lebens zu reden". Motley hatte eigentlich auch München besuchen wollen; aber er siedelte mit Bismarck und Keyserling im Sommer 1833 nach Berlin über; sie aßen auch hier an einem Tisch und tauschten beständig ihre Eindrücke und Erlebnisse im vertraulichen Verkehr aus: ein Band, das erst der Tod zerriß. Ob sie miteinander ein „englisches Kränzchen" hatten, scheint nicht sicher; wohl aber ist bezeugt, daß namentlich Keyserling und Bismarck viel philosophierten, und der Graf hatte den Eindruck, daß sein Freund „skeptisch war bis zum Extrem;" die heilige Geschichte betrachtete Bismarck rationalistisch und gelegentlich, in Anwandlungen, ohne die überlieferte Scheu. Die Hauptzeit ward dem gewidmet, was der Student „Ochsen aufs Examen" nennt, Repetitionskursen über Rechtswissenschaft, durch welche Bismarck befähigt wurde, im April und Mai 1835, erst zwanzigjährig, das „Auskultator-Examen", die erste juristische Dienstprüfung, zu bestehen. Wir haben noch Bismarcks zwei Prüfungsarbeiten, über Sparsamkeit im Staatshaushalt und über die Natur und Zulässigkeit des Eides, mit Berücksichtigung der Lehre des Christentums. Erich Marcks (1, 121—130) hat nachgewiesen, daß Bismarck in beiden Aufsätzen auf den Schultern anderer steht, im volkswirtschaftlichen auf denen des Franzosen Jean Baptist Say, im juristischen auf denen eines bayerischen Richters Friedrich Bayer; aber er hat die fremden Gedanken gut erfaßt und energisch durchgearbeitet, und die Sprache zeigt schon die entzückende Klarheit und Formsicherheit, wegen welcher Bismarck (nach dem Urteil Heinrich von Sybels, als die Berichte aus dem Bundestag erschienen) unter die Klassiker unserer Nation einzureihen ist.

Nach Erstehung der Prüfung trat Bismarck als Referendar bei der Regierung in Aachen ein, an deren Spitze der Graf Arnim-Boitzenburg stand, und erweckte das persönliche Interesse dieses bedeutenden, charakterfesten, aber unnahbaren Mannes. Er lernte hier ganz neue Verhältnisse kennen, ein Weltbad, das von Ausländern viel besucht wurde, eine mächtig aufblühende Industrie, die Bedeutung des Katholizismus im preußischen Staat, Dinge, welche

Digitized by Google

mit seiner Herkunft vom Lande, der wirtschaftlichen Stellung seiner Familie, der rein protestantischen Umgebung, in welcher er bisher sich befunden hatte, in großem Gegensatz standen. Bei seinen Vorgesetzten erntete er wenigstens zum Teil Lob, besonders seitens zweier Konsistorialräte für seine Arbeiten in Kirchen- und Schulsachen; andere aber vermißten noch strenge Ordnung und gewissenhafte Pünktlichkeit, und schließlich ließ er sich vom Antrieb augenblicklicher Stimmung' dazu fortreißen, daß er im Sommer 1837 seinen Urlaub, den er in dem auch sehr internationalen Wiesbaden verbringen wollte, eigenmächtig um Monate überschritt und bis Bern reiste. Eine rasch geschlossene und rasch wieder gelöste Verlobung mit einer Engländerin fällt in diese Zeit, da sein junges Blut leicht in Erregung kam und er auch mit Schulden von Göttingen her und besonders mit Spielschulden zu kämpfen hatte; es waren Zeiten wilder Irrung, aus denen er aber doch ohne innerlichen und äußeren Bankerott glücklich hervorging. Von Aachen siedelte er dann auf drei bis vier Monate zur Regierung nach Potsdam über, trat im März 1838 als Einjähriger im Gardejägerbataillon ein und teilte der — damals an einem Krebsleiden auf den Tod kranken — Mutter bei einem Besuch in Berlin mit, daß er von Ekel über die Aktenarbeit bei der Regierung erfüllt sei, daß dabei doch nichts herauskomme als schließlich die Stelle eines Präsidenten mit 2000 Talern Gehalt, aber von Lebensglück nie etwas zu hoffen sei: sie möge zustimmen, daß er zur Landwirtschaft übergehe und dem Gedanken an den Staatsdienst entsagen dürfe. Die Eltern gaben ihre Zustimmung, die Mutter als eine Sterbende — am 1. Januar 1839 ist sie, noch nicht ganz fünfzig Jahre alt, verschieden. Nach einem kurzen Aufenthalt in Greifswald, wo er im Jägerbataillon des zweiten Korps sein Jahr vollends abdiente und vielleicht an der landwirtschaftlichen Akademie zu Eldena eine Vorlesung über Landwirtschaft gehört hat — immatrikuliert war er aber sicher nicht —, nahm er am 22. Oktober 1839 seine Entlassung aus dem Staatsdienst, welche ihm sofort zuteil ward. Als letztes Motiv, das ihn dabei geleitet hat, bezeichnet er in einem Brief an eine Verwandte unumwunden den Drang nach Selbständigkeit, nach Ausgestaltung seiner Persönlichkeit: „Ich will Musik machen, wie ich sie für gut erkenne, oder gar keine!" Die Persönlichkeit war ihm höchstes Glück der Erdenkinder; sie brachte die Stimme zum Schweigen, welche Aushalten in der Tretmühle des Beamten anriet, weil einst ihm höhere Stellen winkten: „der Bismarck in ihm," sagt Erich Marcks (1, 168) sehr

Digitized by Google

schön, „hatte den Menschen erdrückt“. An zweiter Stelle hat aber die Sehnsucht nach dem Landleben selbst gewirkt, die Bismarck von der Kindheit her im Blute steckte: auf diesem Beruf lag für ihn (nach einem Brief an seine Braut vom 13. Februar 1847) damals noch „der schöne blaue Dunst ferner Berge“.

Zweites Kapitel.

Bismarck als Landwirt. Religiöse Krisis. Ehe mit Johanna von Puttkamer.

Bismarck war nicht viel über 24½ Jahre alt, als er sich aus dem Staatsdienst zurückzog. Nach einer Vereinbarung mit seinem Vater übernahm er, während Ferdinand von Bismarck auf Schönhausen blieb, zusammen mit seinem älteren Bruder Bernhard die Bewirtschaftung der drei hinterpommerischen Güter Külz, Jarchelin und Kniephof, welche in einer Entfernung von etwa drei bis fünf Kilometern ostwärts von der Kreisstadt Naugard liegen. Die gemeinsame Wirtschaft dauerte aber kaum zwei Jahre; 1841 wurde Bernhard, 31jährig, von den Kreisgenossen zum Landrat gewählt, als welcher er seinen Sitz in Naugard zu nehmen hatte, und so behielt er nur noch das Gut Jarchelin, während Otto Kniephof und vorläufig auch Külz zufielen, ohne Zweifel unter gewissen Bedingungen über die Teilung des Ertrags. So war Bismarck nun praktischer Landwirt, und er ist es immer geblieben, ausschließlich bis 1851, dann neben seiner amtlichen Tätigkeit. Er hat sich wohl in trüber oder verärgerter Stimmung später selbst bezichtigt, als Landwirt seine Pflicht nicht getan zu haben, gleichgültig und verschwenderisch gewesen zu sein, weil er gern Sekt und Porter trank und auch das Spiel um Geld wie früher, so jetzt nicht vermied; „ich bin nun,“ schreibt er am 26. November 1851 dem Bruder, „zwölf Jahre lang ein unabhängiger Landjunker, das heißt bodenlos faul gewesen.“ Daß das übertriebene, ja direkt falsche und deshalb gewiß von ihm selbst nicht ganz ernst gemeinte Worte sind, lehrt nicht bloß sein Briefwechsel mit Vater und Geschwistern, der immer von seiner landwirtschaftlichen Arbeit Kunde gibt, oder sein zum Teil erhaltenes Rechnungsbuch, sondern knapp und bestimmt die Mitteilung an seine Braut vom 13. Februar 1847 *): „Ich bot meinem

*) Fürst Bismarcks Briefe an seine Braut und Gattin, Stuttgart 1900, Seite 22.

Digitized by Google

Bruder damals (1839) die pommerschen Güter für 150 000 Taler an, er wollte sie aber dafür nicht haben; jetzt in der Teilung haben wir sie zu 200 000 gerechnet, und das ist noch wohlfeil; denn Kniephof allein, welches mit 60 000 bei dieser Annahme interessiert, ist 80—90 wert." Wie sehr er mit Leib und Seele Landwirt gewesen ist, das zeigen, wie man oft schon betont hat, seine Reden, deren sprachliche Bilder mit ganz besonderer Vorliebe vom Landleben genommen sind; man denke nur an das bekannte Wort, der Fortschritt sei eine sehr gute Vorfrucht für die Sozialdemokratie als Bodenbereiter (Rede im Reichstag vom 9. Oktober 1878). Mit seinen Taglöhnern (denn Bauern saßen auf den Gütern nicht) lebte er in einem „Verhältnis voll überlieferter gegenseitiger Treue," ohne jede Beimischung von Barschheit; sein Freund Blanckenburg hat ihm bezeugt, daß er mit jedem seiner Dienstleute sprach wie mit einem Mitglied des eigenen Gesellschaftskreises, „ein liebenswürdiger Mensch, ein Herr, der ein warmes Herz für seine Leute hat, der jedem gerecht wird." Der schönste Beweis für die Art, wie er für seine Leute fühlte, ist die allbekannte Rettung seines Reitknechtes Hillebrand, den er am 24. Juni 1842 aus den Wassern des Mendelsees mit eigener schwerer Gefahr herausholte, da der Ertrinkende ihn fast mit sich in die Tiefe zog. Bismarck erhielt dafür die Rettungsmedaille. Über sein Leben gingen allerlei Gerüchte, nicht ehrenrühriger Art, als ob er sich irgendwie sittlich, so mit Mägden, herabgegeben hätte, aber als ob er beständig ausgelassene Streiche mache; man nannte ihn den „tollen", den „wilden" Bismarck, der wohl, wenn seine Gäste morgens beim Ankleiden zu lang sich verweilten und der geplante Ausritt sich verzog, vom Hof her eine Pistolenkugel in die Decke des Gastzimmers sandte, so daß der Kalk auf die Säumigen niederfiel; den Damen galt es ein wenig für anstößig, neben Herrn von Bismarck zu sitzen. Gewiß aber war die Wurzel solches wilden Gebarens oft der Wunsch, einen geheimen Schmerz zu übertäuben; denn es begegnen doch öfters Äußerungen eines gewissen Trübsinns, einer pessimistischen Weltauffassung, welche sich mehr und mehr steigern sollte. Im Sommer 1842 faßte er wieder eine Neigung zu einer jungen Dame, einem Fräulein Ottilie v. Puttkamer auf Schloß Pansin; allein deren Mutter wollte nichts von der Sache wissen, das Fräulein selbst hielt nicht fest zu Bismarck, und schließlich kam er zur Erkenntnis, daß er sich in dem Mädchen getäuscht hatte: „Ich muß als mein größtes Glück betrachten, was mich vor Zeiten mit meinem Geschick zürnen ließ." Zunächst unternahm er 1842 eine Reise nach

Digitized by Google

Schottland, England, Frankreich, wo er u. a. den Historiker Thiers kennen lernte und sich im Seebad Dieppe aufhielt, nach der Schweiz. Über die Reise sind ein paar Briefe an den Vater erhalten,*) aus denen sich ergibt, daß er mit hellen Augen die Lande durchwanderte und für geschichtliche Denkmale ebenso viel Sinn hatte, wie für die Beobachtung des modernen Lebens, der Landwirtschaft wie der Industrie. Nach der Rückkehr ging es wieder rüstig in die Landwirtschaft, die in der Hauptzeit mit Leuten aus dem Warthebruch betrieben wurde, die mehr kosteten als einheimische Arbeiter, aber auch mehr leisteten. Im Jahr 1844 verlobte sich Bismarcks Schwester Malwine, „die teure Kleine", zu der er eine zärtliche Liebe empfand, so daß er gelegentlich „ein Dutzend der unerschrockensten Stargarder Leutnants zum Diner laden wollte, damit die arme Schwester zu tanzen bekommt," der er zum Geburtstag nichts zu wünschen weiß, da sie eigentlich so bleiben kann wie sie ist, mit Bismarcks Schul- und Reisegenossen, dem Herrn Landrat Oskar v. Arnim-Kröchlendorf.**) „Der König Karl von Schweden ist nun auch tot," hatte er schon im Februar geschrieben, „ich fühle immer mehr, wie ich allein stehe in der Welt." Im August und September 1844 war Bismarck im Seebad Norderney, wo er die Ehre hatte, zur Tafel des hannöverschen Kronprinzen Georg gezogen zu werden; „die Kronprinzessin ist eine sehr heitere und liebenswürdige Dame, tanzt gern und ist munter wie ein Kind." ***) Nach der Hochzeit der Schwester, die am 30. Oktober 1844 stattfand, und einem Besuch der Neuvermählten auf Kniephof schrieb er am 4. Dezember 1844: „Nach Eurer Abreise habe ich mich an den Ofen gesetzt, geraucht und Betrachtungen darüber angestellt, wie unnatürlich und selbstsüchtig es ist, wenn Mädchen, die Brüder haben und obendrein unverehelichte, sich rücksichtslos verheiraten und tun, als wenn sie nur in der Welt wären, um ihren fabelhaften Neigungen zu folgen." Er lebe mit dem Vater, lesend, rauchend, spazierengehend, helfe ihm Neunaugen essen und spiele zuweilen eine Komödie mit ihm, die es ihm gefalle Fuchsjagd zu nennen; „wir umstellen nämlich mit aller jägermäßigen Vorsicht, unter sorgfältiger Beobachtung des Windes, einen Kieferbusch, von dem wir alle, und

*) Bismarckbriefe 1836—72, herausgegeben von Horst Kohl, Bielefeld 1897, S. 6—8.

**) Briefe Bismarcks an Schwester und Schwager, 1843—97, von Horst Kohl, Leipzig 1915.

***) Bismarckbriefe S. 17.

vielleicht auch der Vater, unumstößlich überzeugt sind, daß, außer einigen Holz suchenden Weibern, kein lebendes Geschöpf darin ist."

Man hat das Gefühl, daß Bismarck in dieser Zeit innerlich nicht befriedigt war. Die Landwirtschaft füllte seine Seele nicht in dem Maße aus, wie etwa die seiner meisten Standesgenossen, auch die seines Vaters; ein erneuter „Anlauf auf eine Ministerstelle," d. h. ein Versuch, in den Staatsdienst als Referendar in Potsdam zurückzutreten, da Kniephof ihn nicht mehr selbst nötig habe, im April 1844, schlug bald wieder fehl, da er die Bureauarbeit so wenig wie früher ertragen mochte, und seine Wahl zum Kreisdeputierten, als welcher er den Landrat, seinen Bruder Bernhard, zu unterstützen und 1841—45 gelegentlich auch zu vertreten hatte, konnte seinem Ehrgeiz und seinem Tatendrang nicht genügen.

Dazu kamen die persönlichsten Erlebnisse, die wiederholt fehlgeschlagene Werbung um Frauenliebe und häusliches Glück, nach welchem die Sehnsucht doch in seinem innersten Herzen lebte, und der Mangel eines Gegengewichts für all das Entbehren in einer trostvollen religiösen Überzeugung.*) Zu seinen Nachbarn gehörte der Gutsherr Adolf v. Thadden auf Trieglaff, ein Mann von kerniger Art, durchdrungen davon, daß der Gutsherr als Obrigkeit seiner Bauern eine sittigende und sozial fürsorgende Tätigkeit zu entfalten habe und daß seine ritterschaftliche Standeswürde, wie seine christliche Pflichterfüllung ihm dies auferlege. Thadden war wie sein Schwager Ernst von Senfft-Pilsach auf Gramenz von einer tiefen, warmen Religiosität erfüllt, welche man schlechtweg mit dem altehrwürdigen Namen des Pietismus bezeichnen kann: eine Richtung, welche nicht sowohl auf dogmatische Orthodoxie das Gewicht legt, als auf Erweckung des im Sündenschlaf liegenden alten Menschen zu einem neuen Leben in Gott durch Bibellesen, brünstiges und kindliches Gebet und ernsten Bußkampf. In Hinterpommern waren diese Erweckten zahlreich; es waren gebildete Menschen, welche die klassische Literatur unserer Nation kannten, wie denn Thadden 1813 als siebzehnjähriger Leutnant in den Krieg gezogen war das neue Testament, Faust und Wallenstein im Tornister; auch fröhliche Menschen waren es, welche bei ihren Zusammenkünften wohl beteten, aber auch Shakespeare lasen und

*) F. Meinecke, Bismarcks Eintritt in den christlich-germanischen Kreis, historische Zeitschrift 90 (1902), 56—92. Marcks 1, 244 ff., besonders 251 ff.

Digitized by Google

Ananasbowlen tranken, alles in redlicher Meinung, ohne Ziererei und Heuchelei, ihres Gottes und seiner Welt gewiß. Sie hielten Hausandachten mit ihren Taglöhnern und Knechten, wobei auch diese einfachen Leute wohl das Wort ergriffen und predigten: Herr und Knecht sanken dann zum Schluß in die Knie und bekannten ihr Sündenelend. Thadden hatte eine liebliche, kluge und fromme Tochter Marie, die Verlobte von Bismarcks früheſtem Jugendfreund Moritz v. Blanckenburg, welche auf Bismarck großen Einfluß gewann. Ihr hat er am 7. Februar 1843 bei einem Besuch sein ganzes Herz aufgeschlossen. Er gestand ihr, daß er seit seinem sechzehnten Jahr nicht mehr gebetet habe; er wisse die Nacht noch gut, wo er es zum letztenmal getan und dann wissentlich gelassen habe. Wie er in seinen einsamen Stunden Lessing, Rückert, Lenau, Sallet, Uhland (dessen Bild ich 1906 in Friedrichsruh in seinem Schlaf- und Sterbezimmer sah), Freiligrath, Anastasius Grün und Byron las, wobei ihn besonders Byrons düstere, dämonische Größe anzog und mit sich fort riß, so vertiefte er sich in die theologisch-philosophische Literatur der Zeit, in Strauß' Leben Jesu, in Feuerbach und Bruno Bauer, und das Ergebnis war nach Marie v. Thaddens Wiedergabe seines Geständnisses „ein vollständiger Pantheismus", die Betrachtung Gottes als der einzigen wahren Größe, „der sich um ein solches Stäubchen wie er nicht bekümmern könne, volle Glaubenslosigkeit, entfernte Sehnsucht darnach, völlige Gleichgültigkeit gegen Freud' und Leid, stete bodenlose Langeweile und Leere." „Er war sehr aufgeregt, wurde manchmal dunkelrot, konnte aber doch nicht fortkommen." Es war nicht Frivolität, was Bismarck von Gott wegtrieb — frivol ist er niemals gewesen —, sondern eine ähnliche Erwägung, wie sie Luther angestellt hat, die des unendlichen Abstands zwischen dem kleinen Menschen und dem allgewaltigen Gott, der — so schreibt er 1846 an Herrn v. Puttkamer — dem Menschen die Möglichkeit der Erkenntnis versagt hat, so daß es Anmaßung ist, wenn der Mensch Gottes Willen zu kennen behauptet, und er in Ergebenheit erwarten muß, wie sein Schöpfer im Tode über ihn bestimmen wird. Der Wille Gottes wird uns nur durch das Gewissen kund, das Gott uns als Fühlhorn durch das Dunkel der Welt mitgegeben hat. Marie v. Thadden, „um die es webt wie ein Hauch von Poesie, dessen Schimmer sich dem ganzen Kreise und seinem geselligen Leben mitteilt," *)

*) Wort von Paul Bailleu in seiner feinsinnigen Besprechung des ersten Bandes von Marcks, Deutsche Rundschau 143 (1910), 44.

Digitized by Google

faßte das tiefste Interesse für Bismarck, dessen edlen Kern in der Schale „von Wildheit und Arroganz" sie ahnte; sie nennt ihn den „hinterpommerischen Phönix", und wohl hätte es sein mögen,*) daß die beiden sich zum Bunde für immer gefunden hätten, wäre Marie nicht schon jenseits des Suchens und die Braut eines wackeren Mannes gewesen. Drei und ein halbes Jahr rangen sie und ihr Mann um Bismarcks Seele. Es war an Pfingsten 1843 (4. Juni), daß Moritz ein kühnes Mittel wagte: er hat, nachdem er mit Marie „die Sache bebetet hatte", Bismarck einen Brief „einer nahen Verwandten" — wohl seiner Schwester Hedwig v. Blanckenburg —**) lesen lassen, worin dieses tief fromme und gemütvolle Mädchen dem Bruder zu wissen tat, daß sie, die infolge von Halsschwindsucht dem Tode verfallen war, Bismarck mit aller Glut ihrer Seele liebe und nicht ruhig sterben könne, wenn sie den Ungläubigen nicht bekehrt wisse. „Laß Dir das Bild recht klar aufsteigen von der sterbenden Seele, die im Todeskampfe liegt, bis sie Dich selig weiß." Eine erschütternde Enthüllung an sich und wegen des Erweises einer einzigen Freundestreue, die das ängstlich gehütete Herzensgeheimnis der geliebten Schwester dem Freunde preisgab, um ihn zu rühren und so zu Gott, als dem Urquell aller Liebe, zu führen; der Stachel blieb in Bismarcks Gemüt haften und hat fortgewirkt; aber eine sofortige Änderung ist bei ihm nicht eingetreten. „Oft," erzählt Marie v. Blanckenburg, „gab sich Otto uns beiden mit einer Gemütlichkeit und Herzlichkeit hin, daß mir innerlich die Augen übergingen und ich es tausendmal auf der Zunge hatte: „o Otto, Otto, fangen Sie doch ein anderes Leben an, entreißen Sie sich dem wüsten Treiben." Was Marie lebend nicht vermochte, hat sie im Sterben erreicht. Bismarck hatte nach dem Ableben seines Vaters (am 22. November 1845) mit Bernhard sich in das Erbe so geteilt, daß er Kniephof und Schönhausen übernahm, Bernhard Külz und Jarchelin; bald nachher verpachtete er Kniephof und siedelte nach Schönhausen über. Hier hörte er, daß Marie auf dem Blanckenburgischen Gut Kardemin Mitte Oktober 1846 an Typhus auf den Tod erkrankt sei, nachdem sie kurz vorher einen Bruder und die Mutter verloren hatte. Da betete Bismarck zum erstenmal seit 15 Jahren wieder: „ohne Grübeln über die Vernünftigkeit des Gebets (an der er bisher alle die Jahre über gezweifelt hatte) riß sich das erste brünstige Gebet von

*) Marcks 1, 272.

**) So vermutet Bailleu a. a. O. S. 46.

Digitized by Google

meinem Herzen los." *) Es ward nicht erhört; nachdem Tod und Leben Wochen lang miteinander gerungen hatten und Bismarck, von Schönhausen nach Kniephof herübergekommen, von der Kranken, die ihn mit schwesterlicher Zärtlichkeit begrüßte, das ernste Wort vernommen hatte, „er müsse sich jetzt bekehren, es sei die höchste Zeit," starb Marie v. Blanckenburg, „dem Tode mit ungetrübter Heiterkeit entgegengehend," wie ein Kind, das weiß, daß der Vater es zu sich ruft. Durch dieses gottergebene Sterben, in dem alle Lust am irdischen Leben vor dem Glück des ewigen Lebens versank, hat Marie den Freund vollends gerettet. Von da an war das Eis gebrochen; „Gott hat mein Gebet nicht erhört; aber er hat es auch nicht verworfen, denn ich habe die Fähigkeit, ihn zu bitten, nicht wieder verloren, und fühle, wenn nicht Frieden, doch Vertrauen und Lebensmut in mir, wie ich sie sonst nicht mehr kannte." Sonst werden Menschen, denen Gott die Erfüllung heißer Wünsche verweigert, wohl schwer verbittert und sagen dem Schöpfer ab, der sie nicht zu hören scheint. Bismarck hat die Tiefe und Kraft des religiösen Empfindens besessen, die als größtes Unglück das erachtet, von Gott losgerissen zu werden, und die mit Psalm 73 spricht: „ob mir gleich Leib und Seele verschmachtet, bist du doch, Gott, meines Herzens Trost und mein Teil."

Mit dieser inneren Wandlung, welche nun endgültig war und für Bismarcks inneres Leben einen demantenen Grund schuf, auf dem er bis an sein Ende feststand, war auch die Möglichkeit gegeben, das öde Junggesellenleben mit einem glücklichen Ehestand zu vertauschen. Zu dem hinterpommerschen Kreis und den Freundinnen Maries v. Blanckenburg gehörte auch Johanna v. Puttkamer,**) die Tochter des Gutsherrn von Reinfeld (südlich von Schievelbein). Bismarck war ihr auf einer Harzreise der Blanckenburgischen Freundschaft im Juli und August näher getreten, auch in religiösen Gesprächen, und er trug den Eindruck davon, „daß er nur noch im Zweifel war, ob die Erreichung seiner Wünsche mit dem Glück und Frieden des Fräuleins verträglich sein werde." In den nächsten Monaten aber „ward mit dem Vertrauen auf Gottes Gnade

*) Worte in dem Werbebrief an Herrn von Puttkamer, vom Ende Dezember 1846; in: Fürst Bismarcks Briefe an seine Braut und Gattin, Stuttgart 1900, S. 4.

**) Sophie Charlotte v. Sell, Fürst Bismarcks Frau. Berlin 1914. Johanna v. Bismarck, ein Lebensbild in Briefen (1824 bis 1894). Stuttgart 1915. Erich Marcks, Bismarck 1, 320 ff.

Digitized by Google

der Entschluß in ihm fest." Johanna war am 11. April 1824 als einziges Kind Heinrichs v. Puttkamer und seiner Gemahlin Luitgarde v. Glasenapp geboren, von sprudelnder Frische, originell, nicht ohne jungfräuliche Herbheit, welche es dem verrufenen „tollen Bismarck" nicht ganz leicht machte, an sie heranzukommen, aber von Grund aus ehrlich und gesunden Geistes, nach dem Urteil Marie v. Blanckenburgs „eine wahre Arznei für kranke Herzen, eine pikante Blume, über die noch nie ein Gifthauch gegangen ist." „Sie hat nichts Schönes im Äußeren, als Augen und lange, schwarze Locken, sieht sonst alt aus, spricht viel, witzig und munter mit jedem Menschen, Mann und Weib." Hedwig v. Blanckenburg, die ihre Verbindung mit Bismarck leidenschaftlich ersehnte, nennt sie „reines, lichtes Wasserblau". Sie besaß eine künstlerische Ader, Sinn für Farben — daß die Russen rot und schön mit demselben Wort crasno bezeichnen, erweckte ihre Liebe zu diesem Volk — und für Musik und Gesang war sie so eingenommen, daß sie wohl, als sie Frau Wally Becker (S. 44) singen hörte, aufsprang: „die muß ich kennen lernen!" Ohne daß Bismarck seinen religiösen Standpunkt änderte, wäre an eine Verbindung beider bei der im Haus Puttkamer herrschenden Frömmigkeit nicht zu denken gewesen; daß der lange Zweifel an Gottes Persönlichkeit und Vatergüte, längst in seiner Trostlosigkeit schmerzvoll empfunden und darum unterhöhlt, in diesen Monaten des Bangens um ein teures Leben und der Sehnsucht nach häuslichem Glück in sich zusammenbrach, hat das Glück beider begründet. Noch lautete die Antwort des Vaters, „der von Bismarck viel Übles und wenig Gutes gehört hatte," auf den wundervoll ehrlichen und klaren Werbebrief *) aus Stettin vom 21. Dezember 1846 sehr zurückhaltend, da Bismarck von der „erst zwei Monate alten Regung seines Herzens" sprach, „die ihm die Fähigkeit, Gott zu bitten, wieder gegeben habe." Herr v. Puttkamer rückte die Voraussetzung religiöser Übereinstimmung scharf in den Vordergrund; doch gab er die Erlaubnis zu einem Besuch Bismarcks in Reinfeld. In einem zweiten Brief aus Schönhausen (vom 4. Januar 1847) bekannte Bismarck auf des Herrn v. Puttkamer Frage, ob seine Füße auch gewisse Tritte getan hätten, daß er dem Frieden gegen jedermann und der Heiligung nachjage, ohne welche niemand den Herrn sehen wird; er wisse

*) In vollem Wortlaut und faksimiliert abgedruckt nicht in den Briefen an die Braut, sondern erst bei Alfred Funke, Das Bismarckbuch des deutschen Volkes, Berlin 1915.

Digitized by Google

nicht, ob seine Tritte so gewiß seien wie er wünsche, betrachte sich aber als den Lahmen, der strauchle, den die Gnade des Herrn aber halten werde. Er habe sein Bekenntnis im Streben nach voller Wahrhaftigkeit abgelegt und mache daraus vor niemand ein Geheimnis; insofern habe er allerdings einen gewissen und geraden Tritt getan. Nun erfolgte am 12. Januar 1847 die Verlobung, am 28. Juli die Hochzeit. Die Trauung vollzog Pastor Sauer in der holzgedeckten Dorfkirche von Alt-Kolziglow bei Reinfeld. Die Hochzeitsreise führte das junge Paar nach Berlin, Dresden, Prag, Wien, ins Salzkammergut, Berchtesgaden, Meran, Venedig (wo Bismarck den König Friedrich Wilhelm IV. traf und von ihm zur Tafel gezogen wurde), Mailand, die oberitalienischen Seen, Genf, den Vierwaldstättersee, den Rigi, Freiburg, Karlsruhe, Heidelberg, den Rhein; am 6. Oktober waren sie wieder daheim.

Bismarck hatte den köstlichsten Schatz gewonnen, ein treues, feinsinniges, edles und gescheites Weib, das ihr Leben lang in vollendeter Selbstlosigkeit für ihn und sein Wohl und für ihre Kinder besorgt war und ihm das warme und traute Heim schuf, dessen er jetzt und immer bedurfte, um in Sturm, Drang und Not aller Art die rücksichtslos von ihm und von andern zerriebenen Kräfte zu erneuern. Hundert- und tausendmal hat er es bezeugt, was Johanna ihm war. „Sie ahnen nicht, was diese Frau aus mir gemacht hat," sagte er wohl; er nannte sie „bessere Hälfte meiner selbst" (8. Mai 1847); er hatte das Gefühl: „ohne dich, wo wäre mein Himmel" (23. Februar 1847) und „wollte nur um sie sein, selbst wenn sie eine Woche sprachlos da läge oder schliefe" (15. Mai 1847). Er begriff nicht, wie er es früher ohne Gott, ohne sie, ohne Kinder ausgehalten habe (3. Juli 1851). In Wien, am 19. Juni 1852, „war ihm die glückliche Ehe und die Kinder, die mir Gott geschenkt hat, wie der Regenbogen, der mir die Bürgschaft der Versöhnung nach der Sündflut von Verwilderung und Liebesmangel gibt, die meine Seele in früheren Jahren bedeckte." Als ihm in den Zeiten des Militärkonflikts und des heraufziehenden Entscheidungskampfes mit Österreich die Seele oft beschwert war und das Hofleben in Ischl ihn mehr angriff als die Geschäfte, da dankte er Gott, daß er aus der Wüste des politischen Lebens im Geist nach dem häuslichen Herde blicken könne, wie der Wanderer in böser Nacht das Licht der Herberge schimmern sieht (21. August 1865). Und wieder, als im Dezember 1870 vor Paris das Welken aller irdischen Freundschaft ihm recht zum Bewußtsein kam, „als der kalte Sumpf von Mißgunst und Haß ihm höher und höher bis

Digitized by Google

ans Herz stieg," da fror ihn und er sehnte sich „bei ihr zu sein in Einsamkeit auf dem Lande" (7. Dezember 1870).

Der Ehe entsproßten drei Kinder: Marie (geb. 21. August 1848 zu Schönhausen), Herbert (geb. 28. Dezember 1849 zu Berlin) und Wilhelm (geb. 1. August 1852 in Frankfurt). Sie waren Freude und Glück der Eltern; „ich halte," schreibt Johanna am 4. Juni 1862, „meine geliebten Kinder mit solchen Polypenarmen umkrallt, so lange ich sie noch bei mir haben darf, und denke mit wahrem Beben an die Zeit, wo ich sie nicht mehr abends zudecken und nachts und morgens mich an ihrem Schlaf erquicken kann — ach und den ganzen Tag an ihrem geliebten Anschauen." Herbert ist später des Vaters bewundernder und treuer Gehilfe geworden; er starb am 18. September 1904; wir haben seiner noch öfter zu gedenken. Wilhelm trat in den Verwaltungsdienst, heiratete 1885 sein Bäschen Sibylle v. Arnim (die Tochter von Oskar v. Arnim und Malwine v. Bismarck), ward 1895 Oberpräsident von Ostpreußen und starb am 30. Mai 1901 in Varzin. Dem Vater war er so ähnlich, daß sie deshalb sich manchmal weniger leicht vertrugen als der ältere Sohn und der Vater dies vermochten. Marie verlobte sich im September 1875 mit dem Grafen Wend v. Eulenburg, verlor ihn aber am 5. Dezember durch einen Lungenschlag. Sie heiratete dann 1878 den Grafen Kuno v. Rantzau. Ihrer Kindheit gedenkt Bismarck in köstlichen Briefen.

Drittes Kapitel.

Bismarcks Eintritt ins politische Leben. Vereinigter Landtag. Revolution. 1847—1851.

Während sich die geschilderten tiefen Wandlungen in Bismarcks inneren und äußeren Zuständen vollzogen, denen er ein neues Leben voll Glück und Schwung verdankte, hatte sich ihm auch der Schauplatz des öffentlichen Wirkens aufgetan. Der Deichhauptmann der Strecke Fischbeck-Schönhausen war seiner Aufgabe nicht gewachsen, so daß 1845 die Elbe den Deich zerriß und das Land weithin unter Wasser setzte und 1846 die Gefahr sich erneuerte. Da nahm Bismarck die Sache als einer der Nächstbetroffenen in die Hand, erwirkte die Absetzung des unfähigen Mannes und ward selbst im Oktober 1847 zum Deichhauptmann ernannt, wobei er, was für seine Gutmütigkeit und seine edle

Digitized by Google

Sinnesart bezeichnend ist, dem Abgesetzten dauernd einen Teil des bescheidenen Gehaltes überließ. Bei der Erledigung dieser Dinge geriet er in einen scharfen Kampf mit der Bureaukratie, welche die wirklichen Verhältnisse und die Leistungsfähigkeit der zum Deichbau Verpflichteten mißachtete und die Arbeiten verschleppte; ihr trat Bismarck als Mann der „ständischen Opposition" (Marcks 1, 301) gegen die bureaukratische Schablone und als Verfechter der praktischen Interessen gegen die Herrn vom grünen Tisch gegenüber, ein Gegensatz, der bei ihm bleibend geworden ist und noch in den glänzendsten Tagen seiner höchsten politischen Macht und schaffenden Tätigkeit uns begegnen wird. In demselben Sinne hat er, mit dem Oberlandesgerichtspräsidenten von Magdeburg, Ludwig v. Gerlach,*) einem der Führer der ständisch-konservativen Partei, bekannt geworden, die Frage angefaßt, wie die von alter Zeit noch bestehende, aber durch die Bauernbefreiung unhaltbar gewordene sogenannte Patrimonialgerichtsbarkeit der Grundherren umzugestalten sei. Die Liberalen wollten sie ganz abschaffen, und manche Gutsherren stimmten zu, da sie damit auch der Lasten dieser Einrichtung entledigt zu werden hofften. Bismarck aber trat dafür ein, daß die Ernennung einer großen Anzahl richterlicher Beamten (denn selbst konnten die Gutsherren das Recht längst nicht mehr sprechen) ein wichtiges ständisches Recht der Ritterschaft sei, auf das zu verzichten einen Verlust an Ansehen und Einfluß bedeuten würde, und so wollte er die Gerichtsbarkeit nicht fahren lassen, sondern sie an Einzelrichter (nicht aber an Kollegien) übertragen, welche ihren Bezirk genau kennen sollten, immerhin aber zu kollegialen Gesamtsitzungen, etwa alle vier Wochen, zusammentreten mochten. Der Einzelrichter vertrat die Dezentralisation, die Fühlung mit den lebendigen Menschen und Verhältnissen, das Kollegium die Bureaukratie, den Schematismus; damit war Bismarcks Stellungnahme zur Sache gegeben.

War Bismarck schon mit dieser Tätigkeit als Politiker aufgetreten, so eröffnete sich ihm bald ein viel weiterer und höherer Schauplatz für die Entfaltung seiner politischen Anlagen, und es braucht nicht erst gesagt zu werden, daß er selbst durch das Gesetz seiner innersten Natur auf dieses Gebiet sich hingewiesen fühlte. Preußen hatte zwar 1815 den beabsichtigten Übergang vom absoluten zum verfassungsmäßigen Regiment nicht sofort vollzogen;

*) Über dessen spätere Beziehungen zu Bismarck s. Max Hesse, Die politische Haltung Ludwigs v. Gerlach unter Bismarcks Ministerium 1862 bis 1877, Berlin 1912.

Digitized by Google

aber König Friedrich Wilhelm III. hatte in einer feierlichen amtlichen Kundgebung vom 22. Mai 1815 sein Wort dafür verpfändet, „daß die Repräsentation des Volkes werde gebildet werden," und er hatte am 17. Januar 1820 für den Fall, daß der Staat zur Aufnahme von Darlehen schreiten müsse, dies nur für zulässig erklärt „mit Zuziehung und unter Mitgarantie der künftigen reichsständischen Versammlung." Am 25. Juni 1823 waren auf Grund des Erlasses von 1815 Provinzialstände geschaffen worden, aus denen nach den Verheißungen von 1815 „eine Repräsentantenkammer gewählt werden sollte, deren Wirksamkeit sich auf die Beratungen über alle Gegenstände der Gesetzgebung erstrecken sollte, welche die persönlichen und Eigentumsrechte der Staatsbürger mit Einschluß der Besteuerung betreffen." Im Jahr 1847 nun löste Friedrich Wilhelm IV. endlich diese Versprechungen ein, indem er angesichts der Notwendigkeit einer Anleihe für Zwecke des Eisenbahnbaus am 3. Februar die sämtlichen Ständemitglieder der acht preußischen Provinzen zum „vereinigten Landtag" nach Berlin einberief. Damit war der Forderung genügt, welche immer dringender von der öffentlichen Meinung im Sinne einer liberalen Gestaltung der preußischen Staatseinrichtungen erhoben wurde; insbesondere geschah dies von den Rheinländern und den Ostpreußen. Aber freilich entwickelte sich sofort zwischen der Mehrheit des ersten preußischen Parlaments und der Regierung ein tiefer Gegensatz, weil die Befugnisse des vereinigten Landtags nach der Ansicht der Mehrheit nicht in Gemäßheit der Verheißungen von 1815 bemessen waren, und weil der König auch nicht die regelmäßige Berufung des vereinigten Landtags in gewissen Zeiträumen (die sogenannte Periodizität) zugestehen wollte, sondern diese Berufung jeweils von seinem freien Willen abhängig machte. Die Periodizität wurde selbst von der konservativen Minderheit des vereinigten Landtags gewünscht, welche sonst die Macht des Königtums nicht weiter eingeschränkt sehen wollte. Bismarck, dessen politische Ansichten der Berufung einer ständischen Volksvertretung durchaus nicht widerstrebten, der den Absolutismus vielmehr nur als Verhüllung der Herrschaft der Bureaukratie ansah (S. 22), wurde von der Ritterschaft der Provinz Sachsen, in der er ja seit Ende 1845 ansässig war (S. 12), zwar nicht sofort, weil man zunächst seine Wahl in Pommern als wahrscheinlich ansah, aber doch nach dem Austritt des Abgeordneten v. Brauchitsch in die sächsischen Provinzialstände gewählt und trat auf Grund dessen am 12. Mai 1847 in den vereinigten Landtag ein. Er hielt sofort am 15. Mai eine

Digitized by Google

kurze Rede für die Regierung, welche die königlichen Verheißungen seiner Ansicht nach nicht umgangen habe, und für den Adel gegen den Liberalismus. Am 17. Mai rief er dann gewaltige Erregung hervor, indem er gegen den Abgeordneten v. Saucken-Tarputschen auftrat, welcher die jetzige Entfremdung zwischen Regierung und Volk beklagte und behauptete, 1813 habe sich das preußische Volk nicht aus Nationalhaß, den ein edles, gebildetes Volk gar nicht kenne, gegen die Franzosen erhoben, sondern „damit der König ausführen könnte, was er in weiser Absicht beschlossen hatte," also, wenn man die verschleierten Worte gut deutsch auslegt, damit er eine Verfassung geben könne. Nicht die Befreiung also vom äußeren französischen Joch war nach der Ansicht dieses Liberalen, der damit nur die liberale Ansicht über das Jahr 1813 selbst wiedergab, das Ziel der glorreichen Erhebung von 1813 gewesen, sondern die politische Freiheit im Innern sollte dadurch errungen werden. Gegen diese Ansicht erhob sich Bismarck, waffenklirrend, den Speer direkt gegen den Feind erhoben, ein stolzer Deutscher und ein stolzer Preuße bei dem ersten Auftreten, wie er es bei seinem letzten sein sollte. „Eine hohe Gestalt," so schildert sein erster Biograph Hesekiel sein damaliges Auftreten, „von mächtigem Bau, das dichte Haar kurz geschnitten, das gesund gerötete Antlitz von einem starken blonden Vollbart eingerahmt, die blanken grauen Augen etwas vorstehend, à fleur de tête, wie die Franzosen sagen: so stand er da, blickte einen Augenblick in die Versammlung und sprach dann schlicht, mitunter stockend, mit einem scharfen, zuweilen schneidenden, nicht eben angenehmen Klang in der Stimme." „Ich fühle mich gedrungen," sagte er, „dem zu widersprechen, als ob die Bewegung des Volkes von 1813 anderen Gründen zugeschrieben werden müßte, und es eines anderen Motivs bedurft hätte, als der Schmach, daß Fremde in unserem Lande geboten." Hier unterbrach ihn Murren und lautes Rufen; Bismarck zog ruhig die Spenersche Zeitung aus der Tasche und las darin, bis der Landtagsmarschall die Ruhe wieder hergestellt hatte. Dann fuhr er fort: „Es heißt meines Erachtens der Nationalehre einen schlechten Dienst erweisen (wiederholtes Murren), wenn man annimmt, daß die Mißhandlung und Erniedrigung, die die Preußen durch einen fremden Gewalthaber erlitten, nicht hinreichend gewesen seien, ihr Blut in Wallung zu bringen und durch den Haß gegen die Fremdlinge alle anderen Gefühle übertäubt werden zu lassen." Hierauf erhob sich großer Lärm, und die Abgeordneten Krause und Gier bestritten Bismarck das Recht, über eine Be-

Digitized by Google

wegung zu urteilen, die er nicht selbst miterlebt habe. Hierauf gab Bismarck zurück: „Es tat mir stets aufrichtig leid, daß es mir nicht vergönnt gewesen ist, an dieser Bewegung teilzunehmen; ein Bedauern, das vermindert wird durch die Aufklärung, die ich soeben über die damalige Bewegung empfangen habe. Ich habe immer geglaubt, daß die Knechtschaft, gegen die damals gekämpft wurde, im Auslande gelegen habe: soeben bin ich aber belehrt, daß sie im Inlande gelegen hat, und ich bin nicht sehr dankbar für diese Aufklärung." (Sturm und Bravo.)

Erich Marcks hat die Ansicht ausgesprochen (1, 402 ff.), daß Sauckens Worte nicht eigentlich dazu geartet waren, um Bismarcks Ausfall zu rechtfertigen; er hat ein Konzept über die Rede vom 17. Mai gefunden, welches offenbar nicht gegen Saucken aufgesetzt gewesen sei, so daß anzunehmen wäre, Bismarck habe sich bereit gehalten, um beim nächsten halbwegs geeigneten Anlaß das Ausspielen des Jahres 1813 für die Verfassungswünsche zurückzuweisen. Das mag sich so verhalten; aber uns scheint doch, als ob Bismarck den letzten Sinn, der hinter von Sauckens, wie wir oben sagten, verschleierten Worten lag, sehr richtig aufgefaßt hat, und er packte dann den Stier kurz entschlossen bei den Hörnern.

Den Liberalen galt Bismarck seit diesem Zusammenstoß für einen Ausbund des reaktionären Junkertums,*) und daß er am 1. Juni zwar die Periodizität des Landtags „zu einer wahren Lebensfähigkeit für notwendig" erklärte, es aber ablehnte, den König, der von Gottes Gnaden, nicht von Volkes Gnaden sei, zu drängen und ein von ihm etwa gemachtes Zugeständnis damit als erpreßt erscheinen zu lassen, was den Feinden Preußens eine Freude machen würde, und daß er weiter am 15. Juni sich als Angehörigen des christlichen Staats bekannte, das Christentum also als erforderlich für die Gesetzgeber dieses Staats und für die Beamten bezeichnete und folglich die Zulassung der Juden zu obrigkeitlichen Ämtern verwarf — das alles trug noch mehr dazu bei, ihn der Linken, zu der die Juden hielten, verhaßt zu machen. Dafür sah die Rechte in ihm einen mutigen und schlagfertigen Verfechter der konservativen, christlichen und monarchischen Sache, „und seine Freunde blickten bei manchen Unverschämtheiten der andern Seite erwartungsvoll um, ob nicht von seinem Platz ein Vorkämpfer der Wahr-

*) Über Bismarcks Verhältnis zu dem großen Theoretiker der ständisch-konservativen Partei, dem Berliner Professor des Staatsrechts Julius Stahl, einem jüdischen Konvertiten, s. Michniewicz, Stahl u. Bismarck, Berlin 1913.

Digitized by Google

heit erstehen werde." Die Mehrheit des Landtags aber blieb bei der Forderung, daß die königlichen Verheißungen besser eingelöst werden müßten, als dies bis jetzt geschehen sei; auch die Zusage des Königs, den Landtag nach vier Jahren wieder zu berufen, genügte ihr nicht. Sie erachtete diesen Landtag mit seiner, abgesehen von Steuersachen, nur beratenden Stimme und seiner stark aristokratischen Zusammensetzung gar nicht für die Versammlung, welche Anlehen bewilligen dürfte, und lehnte deshalb am 8. Juni sogar das, an sich doch gewiß äußerst wünschenswerte, Anlehen zur Erbauung der Ostbahn von Berlin nach Königsberg mit 360 gegen 179 Stimmen ab — vergeblich wies Bismarck am 1. Juni darauf hin, daß, wenn die königlichen Verheißungen je nicht klar genug sein sollten, doch nur der, welcher sie gab, also der König, zu ihrer Auslegung befugt sei und diese Auslegung eben in dem Patent vom 3. Februar erfolgt sei. Es war zwischen der Mehrheit und Friedrich Wilhelm IV. kein Einvernehmen mehr zu erhoffen; am 26. Juni ward der Landtag in Ungnade entlassen. Für Bismarck hat er noch die besondere Folge gehabt, daß er während der Verhandlungen mit dem nächsten Freunde des Königs, dem General Leopold v. Gerlach, dem Bruder Ludwigs v. Gerlach, bekannt ward; seine Rede vom 1. Juni beruhte nicht ganz, aber gutenteils auf Gedanken, welche dieser charaktervolle Vertreter ständisch-aristokratisch-royalistischer Grundsätze ihm mitgeteilt hatte. Auch der König und dessen Brüder Albrecht und Wilhelm wurden auf Bismarck aufmerksam; am 20. Juni war er mit mehreren Abgeordneten der Rechten zu Hof geladen „und wurde von den hohen Herrschaften sehr verzogen." Hinter dem tapferen Junker aber blickte schon der nationale Staatsmann späterer Tage verheißungsvoll hervor, wenn er am 15. Juni den Liberalen zurief: „Ich möchte den Herren, die so gerne ihre Ideale jenseits der Vogesen suchen, eines zur Richtschnur empfehlen, was den Engländer und Franzosen auszeichnet: das ist das stolze Gefühl der Nationalehre, welches sich nicht so leicht und so häufig dazu hergibt, nachahmenswerte und bewunderte Vorbilder im Auslande zu suchen!" Mißgünstige haben wohl gemeint, er habe von den Gerlach und der Regierung Förderung seiner politischen Laufbahn erwartet und sich deshalb an sie angeschlossen; aber dem gegenüber erwäge man den von ihm gegebenen Rat, als damals über die Gründung einer konservativen Zeitung beraten wurde, sie „unabhängig von der Regierung zu halten" und die Abwehr der Angriffe auch der Bureaukratie ihr

Digitized by Google

als Aufgabe zuzuweisen. Nein — er war schon in seinen Anfängen voll Verständnis für die Kraft und Bedeutung der Krone und der Regierung; er nahm seine Stellung auf ihrer Seite; aber er tat es aus innerem Antrieb, weil ihn sein ganzes Wesen in diese Richtung drängte, in unbewußtem Hinstreben zu einer Politik, welche er einst in einzigartiger Weise zum Heil Deutschlands handhaben sollte.

Wenn der vereinigte Landtag eine liberal zusammengesetzte Volksvertretung verlangt hatte, die in bestimmten Zeitabschnitten zusammentreten und bei Gesetzgebung und Finanzverwaltung beschließend mitwirken sollte, so war der romantischen Grundauffassung des Monarchen jede Verfassung „ein beschriebenes Blatt, das sich zwischen unseren Herrgott im Himmel und dieses Land gleichsam als eine zweite Vorsehung eindrängt, um uns mit seinen Paragraphen zu regieren und durch sie die alte heilige Treue zu ersetzen“ — das waren die berühmten Worte, die er bei Eröffnung des Landtags sprach: niemals, hatte er mit erhobener Stimme erklärt, werde er sich dazu verstehen. Der Widerhall der Opposition einer an sich so wenig demokratisch zusammengesetzten Versammlung gegen den König im Lande war groß, und der Radikalismus nutzte die Lage kräftig zur Erregung der Unzufriedenheit aus. In welchem Grade ihm dies gelang, davon sollte man sich bald überzeugen. Auf die Nachricht vom Sturz des Orleansschen Königtums in Frankreich durch die Pariser Revolution vom 24. Februar 1848 entstand in Deutschland eine gewaltige Gärung; die eingeschüchterten Regierungen verstanden sich überall dazu, an Stelle der konservativen Ministerien die liberalen „Märzministerien“ einzusetzen, und versprachen, dem lange unterdrückten Streben nach Deutschlands Einheit und Freiheit ihre Förderung angedeihen zu lassen. Auch Friedrich Wilhelm IV. wich vor der Bewegung zurück und berief am 12. März den vereinigten Landtag zum zweitenmal auf den 27. April, dann schon auf den 2. April. Infolge der revolutionären Vorgänge vom 18. März aber, wo es zu Kämpfen zwischen dem Heer und aufrührerischen Scharen in Berlin kam und der König sich zum Befehl der Räumung der Hauptstadt seitens der siegreichen Truppen entschloß, drohte die Monarchie selbst aus den Fugen zu gehen, und Bismarck bewaffnete (wie er in seinen Gedanken und Erinnerungen 1, 20 ff. selbst ausführlich erzählt) seine für den König begeisterten Bauern in Schönhausen, um das Aufziehen der revolutionären schwarz-rot-goldenen Fahne auf dem Kirchturm zu verhindern, das Abgesandte

Digitized by Google

aus der Stadt Tangermünde verlangten. Dann eilte er nach Potsdam, um am 21. März den General v. Prittwitz zu einem erneuten Waffengang zu bewegen, durch den der in Berlin gebliebene König aus den Händen der Aufrührer befreit werden sollte. Als Prittwitz sich dessen weigerte, solange er nicht vom König dazu ermächtigt werde, versuchte Bismarck, mit einem Legitimationsschreiben des Prinzen Karl (des Bruders des Königs) versehen, zum König zu gelangen, um von ihm den Befehl an Prittwitz zu erwirken. Die Wachen ließen ihn aber nicht durch, so daß er sich begnügen mußte, durch den Fürsten Boguslaw Radziwill dem König auf schlechtem Papier einige Zeilen der Ermutigung zu übermitteln. Friedrich Wilhelm IV. war über dieses „erste Zeichen von Sympathie," das ihm in der drangvollen Lage zukam, sehr erfreut; einen Befehl zum Angriff aber gab er nicht; auch die Generale waren in ihren Ansichten geteilt, und so kehrte Bismarck nach Schönhausen zurück. Hier hatte er Mühe, die Bauern von einem bewaffneten Zug nach Berlin, der unter den gegebenen Umständen sinnlos war, abzuhalten; um sie zu beruhigen, führte er eine Abordnung von Schönhausen und den nächsten Dörfern nach Potsdam, wo sie den König selbst sahen und sich überzeugten, daß er nicht gefangen gehalten werde. Bismarck trat dann in den Marmorsaal des Schlosses ein, wo der König zu den Offizieren sprach, und war tief bewegt Zeuge davon, wie bei den Worten des Königs: „Ich bin niemals freier und sicherer gewesen als unter dem Schutze meiner Bürger," angesichts des offenen Widerspruchs zwischen diesen Worten und den handgreiflichen Tatsachen „sich ein Murren und Aufstoßen von Säbelscheiden erhob, wie es ein König von Preußen inmitten seiner Offiziere nie gehört haben wird und hoffentlich nie wieder hören wird."

Der vereinigte Landtag trat am 2. April zum zweitenmal zusammen,*) und das liberale Ministerium Camphausen legte ihm sofort ein Wahlgesetz für eine Versammlung vor, die nach dem allgemeinen indirekten Wahlrecht zur Vereinbarung einer preußischen Verfassung berufen werden sollte, ebenso einen Erlaß betreffs einiger Grundlagen dieser Verfassung. Als Antwort beantragte der Fürst Felix Lichnowsky eine Dankadresse an den König, zu welchem Zweck alsbald ein Ausschuß eingesetzt werden sollte. Bis-

*) Mähl, Die Überleitung Preußens in das konstitutionelle System durch den zweiten vereinigten Landtag. I. Vorgeschichte. Greifswalder Dissertation 1910.

Digitized by Google

marck sprach dagegen, und er gehörte zu den wenigen Abgeordneten, welche mit Nein stimmten, nicht weil er nicht eingesehen hätte, „daß die Vergangenheit begraben sei und keine menschliche Macht imstande sei, sie wieder zu erwecken," aber weil er diese Tatsache für unheilvoll ansah: er war so bewegt, daß er in einen Weinkrampf verfiel, der ihn zwang, die Tribüne zu verlassen.*) Der König hatte erklärt, daß Preußen künftig in Deutschland aufgehe: Bismarck sah „diesem phaëthonischen Flug der preußischen Politik" mit schwerer Besorgnis zu: das alte wetterfeste Preußen drohte sich zugunsten einer Bewegung zu zersetzen, deren demokratisch-revolutionärer Charakter nichts Gutes verhieß. Der Absicht des westfälischen Abgeordneten Georg v. Vincke, den König zur Abdankung zu bewegen und durch den Landtag eine Regentschaft der Prinzessin von Preußen für ihren noch nicht achtzehnjährigen Sohn Friedrich Wilhelm zu errichten, warf sich Bismarck, dessen Zustimmung als des Führers der äußersten Rechten Vincke für notwendig ansah, mit aller Lebhaftigkeit entgegen: er werde mit dem Antrag auf gerichtliches Verfahren wegen Hochverrats antworten.**) Bei den Wahlen zu der verfassunggebenden Nationalversammlung trat Bismarck „aus Gewissenspflicht" als Kandidat für seinen Heimatbezirk auf,***) unterlag aber, weil die Bauern gegen die Städter nicht aufkamen, zum Teil auch selbst vom Strudel erfaßt waren. Die revolutionäre Bewegung beherrschte den ganzen Sommer über das Land und führte in Berlin zu allerlei schweren Ausschreitungen des Pöbels, insbesondere zu dem schmählichen Sturm auf den Sammelplatz aller kriegerischen Trophäen Preußens, das Berliner Zeughaus am 14. Juni. Diese Maßlosigkeiten erzeugten aber von selbst einen großen Rückschlag in der Stimmung des Volks, und Bismarck tat während des Sommers, was er konnte, um diese Entwicklung namentlich beim Landvolk zu fördern, indem er u. a. in einem Zeitungsartikel, von dem aber nicht bekannt ist, in welchem Blatt er erschien, die Bauern darauf hinwies, daß die revolutionäre, hauptsächlich in der städtischen Bevölkerung wurzelnde Bewegung dazu führen werde, die Staatslasten nicht gleichmäßig auf das Vermögen, sondern überwiegend auf den immer steuerbaren (d. h. leicht faßbaren) Grund und Boden

*) Gedanken und Erinnerungen, 1, 32.
**) Gedanken und Erinnerungen, 1, 36—37.
***) s. Otto Tschirch, Bismarck als preußischer Abgeordneter 1848—50, Grenzboten 1908, Nr. 31.

Digitized by Google

zu legen und statt des für die ackerbautreibende Bevölkerung nötigen freien Handels das Schutzzollsystem zugunsten inländischer Fabrikation und Gewerbe einzuführen. Um diese Ziele leichter zu erreichen, verdächtigte man der ländlichen Bevölkerung diejenigen ihrer Mitglieder, deren Bildung und Intelligenz sie befähigen konnte, die Interessen des Landes auf der Nationalversammlung mit Erfolg zu vertreten. In einer Zuschrift an die Magdeburger Zeitung verwahrte er seine eigene Person gegen solche Verdächtigungen und lehnte den Vorwurf ab, als ob er in einer Zeit, wo es sich um das soziale und politische Fortbestehen Preußens handle, Neigung habe, seine Kräfte an reaktionäre Versuche oder an Verteidigung der unbedeutenden, den Gutsherren noch verbliebenen Rechte zu vergeuden; er betrachtete die Herstellung rechtlicher Ordnung in Deutschland, die Erhaltung der Ehre und Unverletzlichkeit des Vaterlandes als die für jetzt alleinige Aufgabe eines jeden, dessen Blick nicht durch Parteiinteressen getrübt sei.*) Zur Förderung dieser Bestrebungen half er ein großes konservatives Blatt ins Leben rufen, die „Neue Preußische Zeitung", welche am 1. Juli 1848 erstmals erschien, unter der Leitung von Hermann Wagener, und nach dem ihren Kopf schmückenden eisernen Kreuz kurzweg die „Kreuzzeitung" genannt wurde.**) Dem König Friedrich Wilhelm IV. sagte Bismarck zu Anfang Juni im Garten von Sanssouci in rückhaltloser Weise die Wahrheit,***) daß die Räumung Berlins das Vertrauen zu seinem Beistand im Kampf gegen die Revolution vernichtet habe. „Wie können Sie so zu dem König sprechen?" sagte die Königin entrüstet. „Laß mich nur, Elise," versetzte der König, „ich werde schon mit ihm fertig werden," und zu Bismarck: „Vorwürfe sind nicht das Mittel, einen umgestürzten Thron wieder aufzurichten; dazu bedarf ich des Beistandes und tätiger Hingebung, nicht der Kritik." „Die Güte, mit der er dies und ähnliches sagte," erzählt Bismarck, „überwältigte mich. Ich war gekommen in der Stimmung eines Frondeurs, dem es ganz recht sein würde, ungnädig weggeschickt zu werden, und ging, vollständig entwaffnet und gewonnen." Auch dem wegen seiner Unbeliebtheit (als „Kartätschenprinz") einige Zeit nach England geschickten und von da am 7. Juni zurückkehrenden Prinzen

*) Gedanken und Erinnerungen 1, 33.

**) Studt, Bismarck als Mitarbeiter der Kreuzzeitung 1848 und 1849. Bonn (Dissertation) 1903.

***) Gedanken und Erinnerungen 1, 43 ff.

Digitized by Google

Wilhelm von Preußen ließ Bismarck über die Stimmung keinen Zweifel, welche der vom König am 19. März befohlene Abzug des Heeres aus Berlin im Heer hervorgerufen hatte; er las ihm ein Gedicht vor, welches diese Stimmung packend ausdrückte, und der Prinz brach darüber in heftiges Weinen aus.

Der König sah dem Gebaren der Nationalversammlung, welche schließlich am 12. Oktober sogar einen Beschluß über Abschaffung der Worte „von Gottes Gnaden" im Titel des Königs mit 217 gegen 134 Stimmen annahm, mit Langmut zu, weil er die Versammlung „für die deutsche Sache nutzbar zu machen" hoffte; wenn er sich mit ihr endgültig überwarf, so mußten seine auf die deutsche Einheit gerichteten Bestrebungen durchkreuzt werden. Am Ende blieb aber doch nichts anderes übrig, als mit dem Radikalismus, der eine immer steigende Zuchtlosigkeit des Pöbels im Gefolge hatte, aufzuräumen; der König berief schließlich seinen Oheim, den Grafen v. Brandenburg, an die Spitze des Ministeriums der Tat, und dieser schlug unter den Männern, mit welchen er sich umgeben wollte, auch Bismarck vor, der aber dem König noch nicht der Mann der Lage zu sein schien; wie der General Leopold von Gerlach Bismarck erzählt hat, schrieb der König an den Rand zum Namen Bismarck: „Nur zu gebrauchen, wenn das Bajonett schrankenlos waltet." Er sah ihn also an als den Minister des Bürgerkriegs. Bismarck hat aber wesentlich durch seinen Rat bei der Entscheidung mitgewirkt,*) welche dadurch herbeigeführt wurde, daß der König am 8. November die Nationalversammlung nach Brandenburg verlegte und auf ihre Weigerung der Oberkommandierende in den Marken, General von Wrangel, mit dem Heer am 10. November wieder in Berlin einrückte. Am 12. November wurde das Kriegsgesetz über Berlin verhängt, und der Beschluß der Nationalversammlung vom 15. November, der Regierung die Steuern zu verweigern, blieb im ganzen ein Schlag ins Wasser. Bismarck hätte es für richtiger gehalten, wenn der König die Versammlung sofort aufgelöst und Berlin beim geringsten Widerstand mit Gewalt erobert hätte, um recht gründlich mit dem Radikalismus aufzuräumen: ein Beweis, daß Friedrich Wilhelm IV. ihn richtig beurteilt hat. Die Auflösung mußte dann, am 5. Dezember 1848, doch erfolgen, weil die Versammlung in Brandenburg nicht in beschlußfähiger Zahl zusammenkam, beziehungsweise zusammenblieb. Am gleichen Tag erließ der König, um den Vorwurf des Zurücklenkens

*) Gedanken und Erinnerungen 1, 49—53.

Digitized by Google

zum Absolutismus zu entkräften, eine Verfassung, welche im wesentlichen ganz nach den demokratischen Wünschen gestaltet war, und eröffnete durch Artikel 110 die Möglichkeit einer Durchsicht dieser Verfassung durch die nächste Volksvertretung.

Die Wahl dieser Volksvertretung wurde sofort anberaumt, und Bismarck trat für sie als Bewerber in dem Schönhausen benachbarten Kreis Brandenburg-Westhavelland-Zauche-Belzig auf. Sein Gegner war der Oberbürgermeister Ziegler, der zu den steuerverweigernden Abgeordneten der aufgelösten Versammlung gehörte und bei den Liberalen großes Ansehen genoß; trotzdem wurde Bismarck, für den die Handwerker und Bauern eintraten, in der indirekten geheimen Wahl am 5. Februar 1849 mit 161 gegen 129 Stimmen gewählt, weil auch eine Anzahl von liberalen Wählern dem König für die freiwillige Gewährung der Verfassung sich erkenntlich zeigen wollte. Ziegler ward übrigens in Berlin ebenfalls in die Versammlung gewählt. Nach der Wahl fand ein Siegesessen für vierhundert Personen statt; „am andern Tage hatte ich einen leichten Kopfschmerz, und alle Muskeln der rechten Hand taten weh von dem vielen Händedrücken. Am dritten Tag wurden meinen Feinden die Fenster eingeworfen und einige mißhandelt, während ich schon ruhig bei Johanna saß.“ Bismarcks Wahlprogramm lautete: „Anerkennung der Verfassung; Verteidigung gegen Anarchie; Gleichheit vor dem Gesetz, aber keine Abschaffung des Adels; gleiche Verteilung der Steuern nach dem Vermögen, soweit es erreichbar; Wahl nach Interessen; Abschaffung geldwerter Rechte nur gegen Entschädigung; keine Verminderung des stehenden Heeres; strenge Preß- und Klubgesetze.“ Das war nicht das Programm eines Absolutisten und fanatischen Reaktionärs, sondern eines Konservativen, der für wohl erworbene Rechte, für Ordnung und Gesetz, besonders für das Heer eintritt, der aber die Mitwirkung des Volks an den öffentlichen Dingen durch seine Vertreter als gegeben anerkennt. Es war so, wie er später am 14. Februar 1851 in der zweiten Kammer gesagt hat, daß er die Verfassung ehrlich angenommen habe: „Der Absolutismus fällt bei uns nach den gegebenen Zuständen zusammen mit der Idee geheimrätlicher Allgewalt und dünkelhafter Professorenweisheit hinter dem grünen Tisch: dieses Produkt, die Bureaukratie, habe ich nie geliebt.“ (Vgl. S. 22.) Von den landläufigen liberalen und demokratischen Ideen wollte er allerdings nichts wissen; am 21. März 1849 wandte er sich in einer Rede gegen die ungezügelte Freiheit der Presse und der Versammlungen und bestritt der Kammer, daß sie das Volk

Digitized by Google

repräsentiere: „Wir sind gewählt von der Mehrheit der Wähler, und diese wiederum von der Mehrheit der Urwähler; wir repräsentieren also nur die Mehrheit einer Mehrheit, vielleicht etwas über ein Viertel der auf der Wahl wirklich erschienenen Urwähler, und da kommen einzelne Fraktionen und wollen uns ihre Ansichten als die Ansicht des großen preußischen Volkes unterschieben!" (Vgl. S. 103.)

Um diese Zeit hatte die deutsche „Nationalversammlung", die in Frankfurt seit 18. Mai 1848 zur Beratung einer deutschen Verfassung in der Paulskirche versammelt war, ihr Werk insoweit vollendet, als sie am 28. März 1849 mit 290 gegen 248 Stimmen beschloß, die erbliche Kaiserkrone von Deutschland dem König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen anzutragen. Es war ein großer Augenblick unserer Geschichte: eine Versammlung, die aus dem allgemeinen, völlig freien, aus guten Gründen von keiner Regierung beeinflußten Wahlrecht hervorgegangen war, hatte nach langen, heißen Kämpfen mit einer starken Mehrheit von etwa $^{6}/_{11}$ ihres Bestandes (die noch weit größer wurde, wenn man die 100 Österreicher abzog) die unlösbare Verbindung der Nation mit dem Hohenzollernhause beschlossen. Es schien, daß alles gewonnen war, wenn der König in die dargebotene Hand einschlug. Er hat es nicht getan; am 3. April antwortete er den sechsunddreißig an ihn abgesandten Abgeordneten, daß er zwar den Wert des Anrechts zu schätzen wisse, das der Ruf der Vertreter des deutschen Volkes ihm gewähre, daß er aber ohne das freie Einverständnis der Fürsten und freien Städte Deutschlands nicht annehmen könne. Diese müßten jetzt in gemeinsamer Beratung prüfen, ob die Verfassung dem einzelnen wie dem Ganzen fromme.*) Diese Antwort war eine Ablehnung in kaum verhüllter Form; das freie Einverständnis aller zum preußischen Erbkaisertum war damals schlechterdings nicht zu erhalten, und die Verfassung mit dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht und mit dem nur suspensiven Veto des Kaisers gegen Reichstagsbeschlüsse war nicht geartet, jene Prüfung zu bestehen. Bismarck hat die Ablehnung des Königs aus voller Seele gebilligt; in einer großen Rede vom 21. April 1849 hat er diesen seinen Standpunkt offen vor aller Welt dargelegt. Fassen wir das Wesentliche seines Gedankenganges zusammen, so fehlte es ihm ge-

*) Text u. a. bei Jäger u. Moldenhauer, Auswahl wichtiger Aktenstücke zur Geschichte des 19. Jahrhunderts, Berlin 1903, S. 261—262.

Digitized by Google

wiß nicht an deutschem Patriotismus, den er als Knabe schon im Plamannschen Institut eingesogen hatte (S. 8); er erkannte auch die Gefahr, die in dem Liebäugeln der Regierung mit den polnischen Autonomiebestrebungen lag, und er wünschte die Wahrung der wirklichen Rechte der Schleswig-Holsteiner gegen Dänemark, nur nicht „mittelst revolutionärer Waffengewalt gegen ihren Landesherrn.“ *) Es war so, wie er am 6. September 1849 in der Kammer ausrief: „Wir alle wollen, daß der preußische Adler seine Fittige von der Memel bis zum Donnersberge schützend und beherrschend ausbreite!“ Er war sogar der Ansicht, daß, wenn der König in den zwei Zeitpunkten, wo Preußen imposant dastand, weil es den eigenen Aufruhr gedämpft, beziehungsweise den in Sachsen niedergeworfen hatte, am 19. März 1848 und am 6. Mai 1849, kühn und entschlossen die Lage in nationalem Sinn ausgenutzt hätte, die deutsche Einheit in strengerer Form zu erreichen gewesen wäre, als ihm selber das später gelungen sei.**) Ja er wünschte geradezu, daß nicht bloß das badische, was geschah, sondern auch ein Teil des bayerischen und württembergischen Militärs sich dem Aufruhr anschließen möchte, weil dann zwar ein größerer Kampf, aber auch ein gründlicherer Sieg über die Revolution erfolgen würde — genau, wie er im November 1848 in Berlin den Widerstand der Bürgerwehr gegen Wrangel gern gesehen hätte, um das Geschwür „nicht unterkötig“ werden zu lassen.***) Wenn er also für den deutschen Beruf Preußens nicht unempfindlich war, so hielt er doch die von der Paulskirche vorgeschlagene Lösung für absolut unannehmbar, und zwar aus fünf Gründen, die er am 21. April mit eindringlichen Worten entwickelt hat. Erstens bringe sie das Prinzip der Volkssouveränität, das sich am schlagendsten im Suspensiv-Veto des Königs ausdrücke; sie verwandle dessen bisher freie Krone in ein Lehen der Frankfurter Versammlung, die durch einen dreimaligen Beschluß sogar bewirken könne, daß der König und jeder andere Fürst aufgehört habe zu regieren. Zweitens bringe sie die direkten Wahlen mit allgemeinem Stimmrecht, durch welche die Linke, welche die Massen in den Städten beeinflusse, bevorzugt werde; sie könne leichter 2—3000 Wähler auf einen Kandidaten vereinigen als die Rechte, deren Wähler zerstreut in den verschiedenen Hütten und Bauernhöfen

*) Rede vom 5. April 1848 und vom 3. Dezember 1850.
**) Gedanken und Erinnerungen 1, 41. 55. 59.
***) Ebenda 1, 52. 63.

Digitized by Google

wohnen; außerdem sei es leichter, sich über das zu einigen, was man nicht wolle, als über das, was man bewahren oder an Stelle des jetzt Vorhandenen setzen wolle. Drittens werde Preußen durch die Zusammensetzung des sogenannten Staatenhauses (der ersten Kammer) benachteiligt, da erst 400 000 Preußen in dieses Haus einen Abgeordneten wählen sollten, dagegen ebenso einen schon 200 000 Bayern, 120 000 in Weimar, 26 000 in Hessen-Homburg, von Liechtenstein nicht zu reden, „das so viel Einwohner hat als Schöneberg hier vor dem Halleschen Tor." Viertens solle das Budget jährlich bewilligt werden, so daß die Mehrheit, die aus dem Lottospiel dieser direkten Wahlen hervorgehe, durch Nichtbewilligung des Budgets die Staatsmaschine in jedem Augenblick zum Stillstehen bringen könne. Fünftens verlange die Frankfurter Verfassung von dem zukünftigen Kaiser, daß er ihr das ganze Deutschland schaffe, so wie es früher den deutschen Bund gebildet habe; der Kaiser werde also genötigt sein, nach Österreich kaiserlich deutsche Kommissare zu schicken und dort das Zoll- und Münzwesen zu regulieren, die dortigen Armeen in Eid und Pflicht zu nehmen usw.; wenn sich Österreich oder Bayern dem nicht unterwerfen, so müßte der Kaiser die dortigen Fürsten als Rebellen behandeln. Es werde nicht lange dauern, so werden die Radikalen vor den neuen Kaiser hintreten mit dem Reichswappen und ihn mit einem Zitat aus dem Freischütz fragen: „Glaubst du, dieser Adler sei dir geschenkt?" „Die deutsche Einheit," rief er aus, „will ein jeder; mit dieser Verfassung aber will ich sie nicht!" Friedrich Meinecke *) hat vorzüglich dargelegt, daß die erbkaiserliche Partei, überzeugt, daß ein deutsches Reich und der preußische Staat nicht neben einander bestehen könnten, darauf ausging, den preußischen Staat zum „unmittelbaren Reichsland ohne staatliche Persönlichkeit" zu machen und also eine preußische Verfassung zu verhindern; Bismarck aber wollte sein Preußen erhalten sehen, um so mehr, als es im Gegensatz zu den von der Revolution überwältigten Klein- und Mittelstaaten die Probe seiner Lebenskraft und seines festen Gefüges bestanden hatte. „Was uns gehalten hat," rief er in der Sitzung vom 6. September 1849 aus, war gerade das spezifische Preußentum, der Rest des verketzerten Stockpreußentums, der die Revolution überdauert hatte, die preußische Armee, der preußische Staat, die Früchte langjähriger intelligenter preußischer Verwaltung und die lebendige

*) In dem ausgezeichneten Werk: Weltbürgertum und Nationalstaat, München 1908, S. 340 ff.

3*

Digitized by Google

Wechselwirkung, die in Preußen zwischen König und Volk besteht... Frei wollen wir den preußischen Adler sehen, nicht gefesselt durch einen neuen Regensburger Reichstag und nicht gestutzt an den Flügeln von jener gleichmachenden Heckenschere aus Frankfurt! Preußen sind wir und Preußen wollen wir bleiben!"

Man wird es immer tragisch finden, daß das mühselige, entsagungs- und doch so hoffnungsvolle Werk der glänzendsten Volksvertretung, welche Deutschland je gehabt hat, an dem Nein des Herrschers scheiterte, dem diese Vertretung die deutsche Kaiserkrone bot; man wird es nicht minder tragisch finden, daß diese Versammlung und der Staatsmann, welcher später unsere Einheit schuf, sich in unüberbrückbarem Gegensatz gegenüber standen. Wir können auch zur Ehre dieser Versammlung sagen, daß ihre führenden Männer nur in der äußersten Not, um überhaupt zu einem positiven Ergebnis zu gelangen, dem für das Zustandekommen der Mehrheit unentbehrlichen linken Zentrum die verhängnisvollen Zugeständnisse des Suspensiv-Vetos und des allgemeinen unbeschränkten Wahlrechts gemacht haben und daß sie für den Wert und die Kraft der Dynastien nicht so blind gewesen sind, wie Bismarck dies (in seinen Gedanken und Erinnerungen 1, 56) unter dem Eindruck dieser Zugeständnisse angenommen hat. Aber alles wohl erwogen, stehen wir nicht an zu sagen, *daß uns Bismarcks ablehnender Standpunkt doch richtig erscheint, und die deutsche Einheit auf den Frankfurter Grundlagen nicht hätte sicher und dauerhaft begründet werden können.* Wir mußten durch diese Wirrsale hindurch gehen, um auf den richtigen Weg hingedrängt zu werden, der in dem gleichmäßigen Zusammenwirken des monarchischen und des volkstümlichen national-liberalen Prinzips, und zwar unter Führung des ersteren, sich auftat; wie so oft, mußte der erste Anlauf scheitern, damit der zweite mit richtiger Berechnung der nötigen Sprungweite unternommen werden konnte.

Die im Februar 1849 gewählte zweite preußische Kammer mußte schon am 27. April aufgelöst werden, weil sie im Gegensatz zu der Politik des Königs den Antrag des Abgeordneten Rodbertus auf Anerkennung der Frankfurter Verfassung und den Antrag Waldeck-v. Unruh auf Beseitigung des Belagerungszustandes in Berlin annahm. Bei der Neuwahl vom 28. Juli, die nun auf Grund des Dreiklassensystems und öffentlich vollzogen wurde, ward Bismarck mit 172 gegen 144 Stimmen, welche auf seinen Gegner Pochhammer fielen, in seinem Wahlkreis wieder gewählt. Inzwischen hatte

Digitized by Google

Friedrich Wilhelm IV. am 28. April Kaiserkrone und Reichsverfassung endgültig abgelehnt und unternahm nun den Versuch, durch die Union oder das sogenannte „Dreikönigsbündnis" vom 26. Mai 1849 zunächst mit Sachsen und Hannover die deutsche Frage zu lösen. Der Kaisertitel wurde preisgegeben, dem Reichsvorstand — dem König von Preußen — ein Fürstenrat von sechs Stimmen für die Gesetzgebung zur Seite gestellt, ein Staatenhaus als Vertretung der Bundesstaaten und ein Volkshaus auf Grund des Dreiklassenwahlrechts errichtet. Der Reichsvorstand erhielt ein absolutes Veto, aber nur für Verfassungsänderungen. Auch gegen diese Form sprach sich Bismarck in der schon erwähnten Rede vom 6. September aus, weil auch sie die Errungenschaften des preußischen Schwertes mit freigebiger Hand weggebe, um die nimmersatten Anforderungen eines Phantoms zu befriedigen, welches unter dem fingierten Namen von Zeitgeist oder öffentlicher Meinung die Vernunft der Fürsten und Völker mit seinem Geschrei betäube; im Staatenhaus werde Preußen nur ein Viertel der Stimmen haben; das Volkshaus werde ohne Zweifel eine überwiegend demokratische, also preußenfeindliche Zusammensetzung haben, weil die konservative Landbevölkerung sich in der Mehrzahl an den Wahlen nicht beteilige. Doch stimmte er am 7. September für die ihm verfehlt erscheinenden Vorlagen des Ministeriums, „als des Repräsentanten gesellschaftlicher und staatlicher Zivilisation," und erntete dafür das Lob der demokratischen „Vossischen Zeitung": „Darin, daß der Abgeordnete v. Bismarck seine preußische Überzeugung der preußischen Regierung in deren Schritten für den Bundesstaat zum Opfer brachte, liegt ein Edelmut, eine Hochherzigkeit, die uns als Muster dasteht. Mögen die edeln Männer, die fürs isolierte Preußen aus patriotischen Überzeugungen sind; uns deutschgesinnten Preußen helfen! Sollte es schief ablaufen, so sei diesen Herzen im voraus die rückhaltlose Umkehr zur alten Fahne zugesagt!"

Im Verlaufe der Dinge berief der von dem General v. Radowitz beratene König den Reichstag der Union auf den 20. März 1850 nach Erfurt,*) und Bismarck ward von seinem Wahlkreis auch in diese Versammlung entsandt, in der er abermals gegen die vorliegende Verfassung der Union sprach, weil

*) Karl Binding, Der deutsche Bundesstaat auf dem Erfurter Parlament und die Stellung der preußischen Camarilla, besonders Ottos v. Bismarck, zu ihm, Deutsche Rundschau 140 (1911), 321—345.

Digitized by Google

sie, während von 21 Millionen Menschen der Union 16 Millionen Preußen seien, doch den König von Preußen der Mehrheit des Fürstenrats unterstelle und ihn zwinge, dessen Beschlüsse auch gegen seinen Willen auszuführen, ihn also in seinem eigenen Land zum Exekutor eines fremden Willens mache. „Wenn Sie sich bemühen, diese Verfassung dem preußischen Geist aufzuzwängen, so werden Sie in ihm einen Bucephalus finden, der den gewohnten Herrn und Reiter mit mutiger Freude trägt, den unberufenen Sonntagsreiter aber mitsamt seiner schwarz-rot-goldenen Zäumung auf den Sand setzt!"

Wie er hier für sein Preußen und die Rechte seines Königs auftrat, so setzte er sich immer und überall gegen alle Bestrebungen der Demokratie, die feste Ordnung der Gesellschaft und des Staates zu untergraben. Er hat das damals im Reichstag zu Erfurt getan, wo er die politischen Vereine gesetzlichen Beschränkungen, und zwar nicht bloß vorübergehenden, unterworfen und den „Geschäftsreisenden der Demokratie" das Handwerk gelegt wissen wollte, wie in der zweiten preußischen Kammer, wo er am 24. September 1849 und am 24. Februar 1850, wie in Vorahnung eigener künftiger Kämpfe, gegen das Steuerverweigerungsrecht des Landtags sprach; dadurch werde die Macht des preußischen Königstums geschwächt, das seine Krone nicht wie in England, Frankreich und Belgien aus den blutigen Händen der Revolution empfangen habe, unter Bedingungen, wie die Revolution für gut fand, jenen Dynastien aufzulegen. Er focht in der Kammer seinen Grundsätzen treu für die Zwangsinnung und gegen die Gewerbefreiheit, gegen „diese Auswüchse der inländischen Konkurrenz." Er trat für den preußischen Adel als einen um den Staat hochverdienten Stand ein (24. Oktober 1849 und 8. April 1851: „wir werden den Namen des Junkertums noch zu Ehren und Ansehen bringen!") und lehnte alle falschen Beziehungen auf England und Frankreich mit preußischem und deutschem Stolze ab (24. September 1849 und 24. Oktober 1849). Er bekämpfte die Zivilehe als einen Gallizismus und sprach seine Hoffnung aus, daß das Narrenschiff der Zeit an dem Felsen der christlichen Kirche scheitern werde (15. November 1849). Er griff die auf Ablösung der gutsherrlichen Rechte gerichteten und dabei von einer wirklich ausreichenden Entschädigung absehenden Bestrebungen mit dem Satz an, daß die Theorie der Revolution immer die Nützlichkeit über das Recht stelle und in Preußen jetzt die Norm gelte: „Das Eigentum ist unverletzlich, aber nicht für alle" (7. Dezember 1849), und er verlangte, daß neben die Grundsteuer, damit

Digitized by Google

diese gerecht sei, eine Steuer auf das Kapital trete (18. Februar 1850). Die geforderte Zinsgarantie für die Bahn Aachen-Düsseldorf lehnte er (18. Januar 1850) ab, weil Preußen zu arm sei für lokale Wohltaten. Er nahm sich der zu gering entlohnten Soldaten tapfer an und rühmte den Wert des preußischen Unteroffizier- und Offizierskorps (20. Februar 1850). In seiner Abneigung gegen die großen Städte als Brutnester der Demokratie bezeichnete er sie am 5. April 1851 als die naturgemäße Heimat der Verbrechen und rief am 20. März 1852 aus: „Ich mißtraue der Bevölkerung der großen Städte, so lange sie sich von ehrgeizigen und lügenhaften Demagogen mißleiten läßt, und ich finde dort das wahre preußische Volk nicht. Letzteres wird vielmehr, wenn die großen Städte sich wieder einmal erheben sollten, sie zum Gehorsam zu bringen wissen, und sollte es sie vom Erdboden tilgen!" Man kann sich vorstellen, daß viele dieser kühnen und manchmal auch über die Schnur hauenden Ausdrücke großes Aufsehen und scharfe Antworten der Gegner hervorriefen. Einmal, am 15. März 1852, Bismarck war schon Gesandter am Bundestag, hat er sogar ein Duell mit Georg v. Vincke gehabt, weil dieser ihn ironisch einen namhaften Diplomaten nannte, von dessen diplomatischen Leistungen ihm nichts bekannt sei, als die bekannte brennende Zigarre (s. unten S. 47). Vincke schoß ziellos in die Luft, worauf Bismarck dasselbe tat. Man wird aber auch nicht in Abrede ziehen können, daß die spätere Entwicklung, man denke nur an die Frage der Innungen, Bismarck gegen seine Zeitgenossen recht gegeben hat, und sein Wort über die großen Städte als naturgemäße Heimat der Verbrechen erfährt eine Bestätigung durch ein Wort, das 1911 in einer großen französischen Zeitung zu lesen stand: Paris sei zurzeit unsicherer als viele barbarische Länder!

Inzwischen war auch das Dreikönigsbündnis, das sich auf das ganze außerösterreichische Deutschland ausdehnen sollte, an dem Widerwillen und der Treulosigkeit Sachsens und Hannovers und an dem Widerstand Bayerns und Württembergs gescheitert, den Österreich unter der Leitung des auswärtigen Ministers Fürsten Felix von Schwarzenberg in offener Feindseligkeit gegen Preußen unterstützte, und auf der Zusammenkunft des neuen preußischen Ministerpräsidenten Otto von Manteuffel mit Schwarzenberg in Olmütz (29. November 1850) trat Preußen, das nach des Kriegsministers von Stockhausen Äußerung gegen Bismarck zurzeit militärisch nicht schlagfertig war, einen schmählichen Rückzug an und fügte sich schließlich in die einfache Wiederherstellung des Bundestags, der sich im Juli 1848 selbst aufgelöst hatte. Bismarck verstand

Digitized by Google

die Gefühle derer wohl zu würdigen, welche von einer solchen entehrenden Waffenstreckung Preußens vor Österreich und den Mittelstaaten nichts wissen und lieber ans Schwert schlagen wollten; aber in der durch die Äußerungen des Kriegsministers erlangten Überzeugung, daß Preußen für den Krieg in diesem Augenblick nicht stark genug sei, fügte er sich dem Wunsch des Ministeriums, daß er seinen Einfluß in der Kammer gegen einen zum Krieg drängenden Beschluß einsetze, und trat am 3. Dezember 1850 mit verhaltenem Schmerz in patriotischer Resignation als Anwalt des Olmützer Abkommens auf: „eine prächtige, muskulöse, echt ritterliche Gestalt," wie das „Deutsche Museum" damals schrieb, „der man in jedem Zuge die Bravour und doch auch wieder die Feinheit des auf dem Lande erzogenen Aristokraten ansieht." Er schilderte die schweren Gefahren eines Krieges Preußens gegen Österreich und auch Rußland, wobei Frankreich lauernd zur Seite stehe; er bestritt, daß die Unionsverfassung, welche Preußen zugunsten der Kammern der Kleinstaaten mediatisiert hätte, überhaupt einen Krieg wert gewesen wäre, und wandte sich gegen die, welche Österreich als Ausland behandelten: es gehöre mit demselben Rechte zu Deutschland wie Hessen und Holstein, deren sich die Linke so sehr annehme. Diese Rede ist ohne Zweifel ein wesentlicher Anlaß dazu geworden, daß ein entscheidender Wendepunkt in Bismarcks Lebensgang eintrat; der Mann, der dem König schon lange als einer der schneidigsten Vorkämpfer der monarchischen Rechte galt, empfahl sich von selbst, seit er die Politik von Olmütz vor dem Lande als vernünftig verteidigt hatte, als Vertreter Preußens in dem auf Österreichs Verlangen hergestellten und von Preußen wieder zu beschickenden Bundestag; seine Ernennung dorthin erwuchs aus der ganzen Situation.



Digitized by Google

Zweites Buch

Am Bundestag und auf Gesandtenposten

Digitized by Google

Digitized by Google

Erstes Kapitel.

Bismarck am Bundestag, 1851—1859.

Am 10. Mai 1851 erschien Bismarck, kaum 36 Jahre alt, auf Grund einer zwei Tage vorher erfolgten königlichen Ernennung zum geheimen Legationsrat in Frankfurt am Main, als Begleiter des Herrn von Rochow, der, an sich Gesandter Preußens in St. Petersburg, für kurze Zeit nach Deutschland zurückberufen war, um Preußen bei der Herstellung des deutschen Bundestages zu vertreten. Von vornherein war es die Absicht, daß Rochow nach einiger Zeit an den russischen Hof zurückkehre und Bismarck dann Bundestagsgesandter werde; der König Friedrich Wilhelm IV., von seinem Generaladjutanten General Leopold v. Gerlach auf Bismarck hingewiesen, durch dessen öffentliche Tätigkeit, durch sein schneidiges Eintreten für die Monarchie und durch seine österreichischen Sympathien für ihn gewonnen, entschied sich leicht für ihn, während ein Gerede von Le Coq als Nachfolger Rochows hatte wissen wollen. „Ich bin bei weitem nicht so ehrgeizig," schrieb Bismarck am 22. Juni 1851 an Gerlach, „als Ihr Bruder (Ludwig von Gerlach) von mir anzunehmen scheint; ich würde sehr gern Landrat im Schönhauser Kreis geworden und geblieben sein ... Nachdem aber die Nachricht von meiner beabsichtigten Anstellung als Bundestagsgesandter auf glaubwürdige Weise ins Publikum gelangt ist, würde in einer Änderung dieser Absicht die Deutung liegen, daß man sich von meiner Unreife zu dieser Stellung überzeugt habe, eine Auffassung, von der ich mit Hamlet sagen möchte: ‚Das alles ist ohne Zweifel sehr wahr, und ich selbst glaube festiglich daran, aber ich halte es nicht für schön, es gedruckt zu sehn.' ... Jetzt lege ich allerdings einen ambitiösen Wert auf meine Ernennung." Sie ist denn auch ohne Schwierigkeit am 1. Juli 1851 erfolgt; die Bedenken der Ängstlichen, ob Bismarck nicht zu jung sei, entkräftete Gerlach mit den Worten: „Wer schwimmen lernen will, muß ins Wasser springen; wir beschäftigen uns zu viel mit Personenfragen." So wohnte Bismarck, „was niemand vor einem Jahr gedacht hätte, für 5000 Gulden zur Miete und hielt einen französischen Koch, um Diners an Königs Geburtstag zu geben." „Ich finde mich in alles; aber meiner armen Hanne wird das nie gefallen; sie wird sich schwer an die kalten und spitzigen Berührungen mit dieser Art von Welt ge-

Digitized by Google

wöhnen." *) Es kam besser als er befürchtete; das Haus Bismarck trat in Frankfurt in manche gemütlich erwärmenden und liebenswerten persönlichen Beziehungen, so vor allem zu der Familie des vortrefflichen oldenburgischen Gesandten v. Eisendecher und zu der des Malers und Professors am Städelschen Institut Jakob Becker, zu dessen Frau Wally die Musik die Brücke bahnte (S. 19). Beckers Tochter Marie (Merlchen, die 16 Jahre jünger war als Johanna von Bismarck, die spätere Frau Meister) wuchs Johanna besonders ans Herz; „wir haben uns lieb in alle Ewigkeit; wie gern schützte ich Ihre lieben Augen, daß keine Tränen sie trüben möchten!" Hier trat der innerste Kern des Wesens Johannas von Bismarck hervor, ihre Wertschätzung nur dessen, was in sich selber Wert besaß; „sie kannte keine Abschattierung durch das Wort bürgerlich, wo sie ihr Wesen feinsinnig angesprochen und ihre Seele empfangend und liebend sich auftun fühlte." Als man ihr den Professor als Demokraten verdächtigen wollte, weil er einen langen Bart trage, antwortete sie: „wenn ich einmal Freundschaft zugesagt, ist's nicht für einen Tag, oder einen Monat oder ein Jahr, sondern fürs ganze Leben — durch Ruhm und Schande, durch Sorge und Freude!" **) Die Frankfurter Jahre sind unter dem menschlichen Gesichtspunkt die freundlichsten gewesen, welche Bismarck beschieden gewesen sind, und nur unter bitteren Tränen riß sich seine Gattin im Juni 1859 davon los. Dazu wirkte mit, daß Bismarck in dieser Zeit „gesund war wie ein Löwe" und die amtlichen Angelegenheiten ihn nicht so ganz in Anspruch nahmen wie in späteren Jahren.

In dem Augenblick, da Bismarck den diplomatischen Dienst antrat,***) lag eine ungeheure Enttäuschung auf der deutschen Nation. Die mit so ausschweifenden Hoffnungen bis ins feudalste Mecklenburg hinein begrüßte Erhebung des Jahres 1848, von der man die Einheit und Freiheit des Vaterlandes erhofft hatte, war, wie wir sahen, völlig gescheitert; die Herstellung des vor drei Jahren unter der allgemeinen Mißachtung und Unzufriedenheit zusammengebrochenen Bundestags und der erneute Eintritt Preußens in ihn — des Staates, der sein Erbe hatte antreten sollen — zeigten an

*) Brief an seinen Bruder, 22. September 1851.

**) Johanna v. Bismarck, ein Lebensbild in Briefen. Stuttgart 1915, S. 349.

***) Bismarcks Berichte aus Frankfurt hat v. Poschinger unter dem Titel „Preußen im Bundestag, 1851—1859" in vier Bänden herausgegeben (Leipzig 1882—1884); dazu: Bismarck und der Bundestag, Berlin 1906. Vgl. auch v. Richthofen, Die Politik Bismarcks u. Manteuffels, Berlin 1915.

Digitized by Google

sich mit grausamer Deutlichkeit, daß alle Aussichten auf eine bessere Zukunft des Vaterlandes vorerst zerronnen waren. Bismarck hat das an sich nicht bedauert; wir wissen, daß er von einem Bündnis des preußischen Königtums mit der Revolution, selbst mit ihren loyalsten Söhnen, was doch die Erbkaiserlichen der Frankfurter Nationalversammlung waren, sich nichts Gutes versprach, daß er eine Zersetzung Preußens als Staat und des preußischen Geistes davon befürchtete. Insofern Österreich der unbeugsamste Gegner der Revolution und der revolutionären Zersetzung war, sah Bismarck in ihm ein Bollwerk auch Preußens, und der Tag von Olmütz war für ihn nicht sowohl ein Tag der Demütigung, als der Selbstbesinnung und Selbstwiederfindung seines Landes.

Wenn man aber wohl gemeint hat, daß Bismarck sozusagen als Österreicher nach Frankfurt gekommen sei und erst nach langen Jahren und herben Erfahrungen es als Feind Österreichs verlassen habe, so ist das doch eine Verkennung des wahren Sachverhalts. Die Art, wie der österreichische Minister Fürst Felix v. Schwarzenberg 1850 gegen Preußen vorgegangen war, das er zur entehrenden Preisgabe seines Standpunkts gezwungen hatte, ist auch von Bismarck sehr bitter empfunden worden, und seine vertraulichen Äußerungen gegen den General Leopold v. Gerlach gleich aus der ersten Frankfurter Zeit beweisen klar, *daß er von Anfang an unter dem Eindruck dieser Vorgänge stand.* Er schildert die Mitglieder der österreichischen Bundesgesandtschaft, Graf Thun, Baron Brenner und Baron Nell, gleich im ersten Brief vom 22. Juni 1851 sehr anschaulich und fügt hinzu: „Alle drei Herrn haben durchaus nichts, was Vertrauen erweckt; vorsichtige Unaufrichtigkeit ist der bemerkbarste Charakterzug in ihrem Verkehr mit uns. Redensarten von der Notwendigkeit eines gemeinsamen und einheitlichen Wirkens mit Preußen haben sie bis zum Überdruß im Munde; wenn es sich aber darum handelt, unsere Wünsche zu fördern, so ist ein offizielles ‚nicht entgegen sein wollen' und ein heimliches Vergnügen, uns Hindernisse zu bereiten, das einzige, was wir meines Erachtens zu erwarten haben." Er beklagt sich weiter über die kleinlichen Bestrebungen der drei, „den formellen Vorrang Österreichs, den ihm niemand bestreite, ostensibel und handgreiflich darzustellen;" kurz, er fühlt, daß er mit wenig Wohlwollen für seinen Staat seitens der Präsidialmacht zu rechnen hat, und er nimmt sofort demgemäß seine Stellung in dem Sinn, daß er um so entschiedener über den Interessen Preußens wacht. Er verhehlt sich nicht, „daß es sich trotz der entente cordiale hier fast

Digitized by Google

nur um die Parteistellungen von österreichisch oder preußisch zu handeln scheint, während eine richtige Teilungslinie so liegen müßte, daß man entweder österreichisch und preußisch oder keins von beiden wäre." Die Mehrzahl der am Bunde vertretenen Staaten war für Österreich und gegen Preußen; die Hilfe, welche dieses 1849 den Regierungen von Sachsen, Bayern und Baden gegen ihre aufrührerischen Untertanen geleistet hatte, war vergessen; nur die norddeutschen Kleinstaaten hielten sich zu Preußen, das ohne kräftige Unterstützung Österreichs für keinen von ihm beabsichtigten Vorschlag mehr als drei bis vier Stimmen auftreiben konnte. Es ist bezeichnend, daß Bismarck als ein Mittel, dieser Isolierung Preußens zu steuern, mit realpolitischem Sinn die Betreibung der „deutsch-materiellen Fragen" ins Auge faßte. „Diejenige Stelle, welche darin die Initiative ergreift, wird einen großen Vorsprung in den Sympathien der Beteiligten haben; denn die Sachen, quae numero et pondere dicuntur (welche zähl- und wägbar sind), sind der Mehrheit der Deutschen wichtiger als Ihnen und mir, und wenn ich auch eine Gleichheit von Maß, Gewicht, Wechselrecht und anderen derartigen Schnurrpfeifereien nicht sehr hoch anschlage und für schwer ausführbar halte, so sollte man doch den guten Willen zeigen und zu Ehren des Handwerks damit klappern." Die Unausführbarkeit solcher Gedanken, von der Bismarck spricht, hat in Wahrheit nicht bestanden; er hat später selbst, allerdings als die Zeit noch mehr gereift war, sie fast spielend in die Wirklichkeit umgesetzt und sogar noch weit schwerere Dinge möglich gemacht. Aber der Gedanke, Antipathien zu überwinden durch Interessen, war ein fruchtbarer, gesunder und staatsmännischer, und insofern ist es lehrreich zu sehen, wie der angehende Diplomat sofort versteht, wie der Franzose sagt, tourner les choses, den Schwierigkeiten, die von vorn unüberwindlich scheinen, von der Seite beizukommen.

Die österreichische Politik hatte Preußen in Olmütz gezwungen, nachzugeben und sich ihren Gesichtspunkten anzuschließen; es galt diesen Erfolg in Frankfurt festzuhalten und sozusagen auszubauen; Preußen sollte lernen sich als zweiten im hergestellten Bunde zu betrachten und als zweiter sich zu betragen. Der österreichische „Präsidialgesandte" Graf v. Thun brachte diese Politik auf seine Weise zum Ausdruck; halb gemütlicher Lebemann, halb hochmütiger Aristokrat, leitete er die Sitzungen des Bundestags in kurzer Jacke von hellem Stoff, ohne eine Weste darunter, ließ er die Personen, welche ihn sprechen wollten, und mochten es selbst seine Kollegen vom Bundestag sein, nach seiner Bequemlichkeit im

Vorzimmer eine Viertelstunde und noch länger warten; wenn er die Nacht durch im Klub gespielt oder Sekt getrunken hatte, beeilte er sich nicht, empfangsfähig zu sein. Er begrüßte Bismarck bei dessen erstem Besuch mit der Zigarre im Mund, ohne aufzustehen, und bot ihm nicht einmal einen Sitz an; es heißt, er sei selbst der Hitze wegen in Hemdsärmeln gewesen. Bismarck fühlte sehr wohl heraus, daß dieser flegelhafte Ton, der anscheinend als „gemütlich wienerisch“ genommen sein wollte, eine politische Absicht barg; Thun behandelte die deutschen Diplomaten formlos, um anzudeuten, wie hoch man sich in Wien über die Kleinen erhaben fühlte, auch über Preußen; statt des Gegenbesuchs sandte er nur seine Visitenkarte. Bismarck gab beim nächsten Besuch, als sich die Sache wiederholte, die allein richtige Antwort; er legte, ohne ein Wort zu sagen, auch den Rock ab, nahm sich einen Stuhl und zündete sich eine Zigarre an. Thun machte ein verdutztes Gesicht, zog sich aber sofort die nötigen Lehren aus dem Vorgang. Bismarck hatte um so mehr Anlaß, sich eine solche Behandlung nicht gefallen zu lassen, als in Frankfurt Vertreter der Großmächte beglaubigt waren, Gortschakóff*) für Rußland, Cowley für England, Marquis de Tallenay für Frankreich; und diese Fremden beobachteten natürlich mit Spannung, ob Thuns Benehmen von dem preußischen Bevollmächtigten ebenso demütig hingenommen würde, wie von dem Bayerns oder Hannovers.

Der Gegensatz, der zwischen Preußen und Österreich obwaltete, trat zunächst *auf dem Gebiet der Zollpolitik* hervor. Preußen hatte am 1. Januar 1834 mit 18 deutschen Staaten den Zollverein errichtet, und die wirtschaftliche Einheit, in welche es mit diesen Staaten getreten war, kam am letzten Ende auch der politischen Einheit zugute; es war unmöglich, daß die Staaten, welche wirtschaftlich auf einander angewiesen waren und mit einander immer enger verwuchsen, sich auf die Dauer politisch bekämpften. 1849—1850 war das noch vorgekommen; es war auch später noch möglich; aber es mußte einmal ein Ende nehmen. Hier, wenn irgendwo, galt es, nur nicht ungeduldig zu werden, ruhig zu warten, bis die Dinge reiften und der wirtschaftliche Zusammenschluß ganz von selbst, wenn auch unter Krisen, den politischen heraufführte. Es war so, wie Hoffmann von Fallersleben 1840 im ersten Teil seiner „unpolitischen Lieder“ richtig gesungen hatte:

---

*) Die Schreibweise off gibt die tatsächliche Aussprache der russischen Namen richtiger wieder als die auf ow, ist auch amtlich in Übung.

Schwefelhölzer, Fenchel, Bricken,
Kühe, Käse, Krapp, Papier,
Schinken, Scheren, Stiefel, Wicken,
Wolle, Seife, Garn und Bier,
Pfefferkuchen, Laugen, Trichter,
Nüsse, Tabak, Gläser, Flachs,
Leder, Salz, Schmalz, Puppen, Lichter,
Rettich, Rips, Raps, Schnaps, Lachs, Wachs
Und die andern deutschen Sachen,
Tausend Dank sei euch gebracht!
Was kein Geist je konnte machen,
Ei, das habet ihr gemacht;
Denn ihr habt ein Band gewunden
Um das deutsche Vaterland,
Und die Herzen hat verbunden
Mehr als unser Bund, dies Band!

Österreich hatte im Lauf der Zeit diese notwendigen Folgen des Zollvereins erkannt, und da er zunächst auf zwanzig Jahre geschlossen war, also am 31. Dezember 1853 ablief, so versuchte es, ihn nicht einfach erneuern zu lassen, sondern bei seiner Erneuerung ihn zu erweitern: Schwarzenberg verlangte schon am 30. Mai 1850, daß Handels- und Zollfragen Bundessache werden sollten, womit Österreichs Eintritt in den Zollverein von selbst gegeben gewesen wäre; dann stand Preußen nicht mehr allein im Felde, sondern hatte auch hier Österreich neben sich. Nun schloß Preußen am 7. September 1851, wenige Wochen nach Bismarcks Ernennung zum preußischen Bevollmächtigten zum Bundestag, mit den bisher noch außerhalb des Zollvereins stehenden Staaten des sogenannten „Steuervereins", Hannover, Braunschweig, Oldenburg, Schaumburg-Lippe, einen Vertrag, kraft dessen sie am 1. Januar 1854 gegen sehr bedeutende Zugeständnisse dem Zollverein beizutreten sich verpflichteten. Damit war die preußische Einflußsphäre noch mehr vergrößert; um so mehr betrieb Österreich auch seine Aufnahme in den Zollverein. Aus dieser Sachlage ergab sich ein doppeltes Vorgehen: Schwarzenberg lud die deutschen Mittelstaaten zu Besprechungen nach Wien ein, welche am 4. Januar 1852 eröffnet wurden und auf Errichtung eines Zollvereins ohne Preußen abzielten; anfangs April hielten Bayern, Sachsen, beide Hessen, Württemberg und Nassau Besprechungen in Darmstadt, worin sie sich zu gemeinsamem Vorgehen und zum Abschluß eines Zollvereins mit Österreich verpflichteten. Nun ging aber der preußische Minister des Auswärtigen,

Digitized by Google

Manteuffel,*) durch den plötzlichen Tod Schwarzenbergs am 5. April 1852 ermutigt, auch seinerseits mit einer Einladung an die Zollvereinsstaaten nach Berlin vor, auf 19. April 1852. Tags darauf schlossen die Wiener Verhandlungen ohne ein unmittelbares Ergebnis ab; in Berlin aber schlugen die Darmstädter Verbündeten vor, den Zollverein in der Weise zu erneuern, daß Österreich in ihn aufgenommen werde. Manteuffel erklärte das wegen der wirtschaftlichen Verschiedenheit Österreichs und des industriell weit mehr entwickelten Deutschlands für unmöglich, war aber bereit, zwischen dem Zollverein und Österreich einen Handelsvertrag abzuschließen. Es erwies sich als rätlich, diesen Gedanken in Wien weiter zu betreiben, und so ward Bismarck, als mit der ganzen Sache sehr vertraut, am 8. Juni nach der Kaiserstadt geschickt, wo er mit Schwarzenbergs Nachfolger, dem Freiherrn v. Buol, bis anfangs Juli verhandelte; während dieser Zeit reiste er auch nach Pesth, um dem dort weilenden Kaiser Franz Joseph sein Beglaubigungsschreiben vorzulegen. Er hatte von dem 22jährigen Herrscher, den er damals zuerst sah, einen sehr guten Eindruck. „Franz Joseph hatte Feuer, Würde, Besonnenheit, einen guten Blick, viel Freimut und Offenheit, besonders wenn er lachte.“ Die Gegensätze ließen sich aber nicht überwinden: Buol sah in dem Abschluß eines bloßen Handelsvertrags das Zugeständnis, daß Österreich kein deutsches Land sei; er wollte es aber nicht als fremde Macht behandeln lassen; er verlangte, daß die materiellen Interessen ganz Deutschlands verschmolzen würden. Vergeblich betonte Bismarck, daß der Zollverein, wie die Geschichte der letzten Jahre zeige, an sich keinen politischen Einfluß Preußens begründe, daß Preußen sich nicht aus politischen Hintergedanken, sondern lediglich aus pflichtmäßiger Fürsorge für die wirtschaftlichen Interessen des Zollvereins zu mehr als einem Handelsvertrag nicht verstehen könne. Buol fühlte wohl heraus, daß ein Zollverein ohne Österreich schließlich zu einem politischen Verein der deutschen Staaten ohne Österreich führen werde. So wurden die Verhandlungen ohne Ergebnis abgebrochen; am 8. Juli 1852 war Bismarck wieder in Berlin. Als die Verhandlungen auch hier nicht von der Stelle rückten, erklärte Preußen sie für geschlossen, und schickte sich an, nur noch mit jedem Staat einzeln zu verhandeln. Die Besorgnis, daß darüber der Zollverein sich auflösen könnte, erregte aber eine große Unruhe in der mittelstaatlichen Bevölkerung, deren Gedeihen völlig vom Zollverein abhing, und

*) v. Richthofen zeigt in der S. 44 erwähnten Schrift, daß Manteuffel mehr als Bismarck einem Zusammenstoß mit Österreich aus dem Wege ging.

Digitized by Google

Österreich, auch vom Zaren Nikolaus I. wegen der von Frankreich drohenden Gefahr zur Versöhnlichkeit ermahnt, begnügte sich mit dem Abschluß eines neuen Handelsvertrags mit dem Zollverein für zwölf Jahre, am 19. Februar 1853. Nun wurde auf einer Berliner Konferenz am 4. April auch die Erneuerung des Zollvereins auf 1. Januar 1854 für zwölf Jahre beschlossen. Der österreichische Versuch, sich neben Preußen einzudrängen oder dieses gar hinauszudrücken, war gescheitert, und Bismarck hatte an diesem negativen Ergebnis des österreichischen Vorstoßes einen wesentlichen Anteil. Sein erster diplomatischer Feldzug endigte mit einem vollen Erfolg.

Der Gegensatz zwischen Preußen und Österreich, welcher die Frage des Zollvereins beherrschte, trat aber überall hervor, und Bismarck hat ihn nirgends zu vertuschen gesucht. Mit Thun war er bei dessen jovialem Wesen noch erträglich ausgekommen; seit aber dieser im Dezember 1852 zum Gesandten in Berlin ernannt und der bisherige österreichische Gesandte in Berlin, Prokesch Ritter v. Osten, im Februar 1853 an seine Stelle getreten war, fiel auch das persönlich mildernde Moment weg. Prokesch (1795—1876, 1871 zum Grafen erhoben), ein hochgebildeter Mann und hervorragender historischer Schriftsteller, galt wenigstens nach Bismarcks Angabe, die freilich entschieden bestritten worden ist,*) für einen falschen Menschen, „der, wenn er log, die Hand des andern ergriff, sie an seine Brust drückte und mit feuchten Augen zum Himmel emporsah;“ er war in den Verhandlungen maßlos weitschweifig, hörte sich selbst gern sprechen und versuchte gern kleine Übergriffe im Geschäftsgang, „wie unzüchtige Leute beim Blindekuhspiel, indem er sich unerfahren stellte.“ Er war sehr reizbar — was auch der preußische Diplomat Rochow bestätigt — und hatte nach Bismarck „bis jetzt in einfachen Stellungen sich mit jedermann verfeindet,“ schien also den verwickelten Frankfurter Verhältnissen erst recht nicht gewachsen. Bismarck geriet mit ihm oft hart aneinander — was Prokesch selbst nachsichtig auf Bismarcks scharfe Hervorkehrung des preußischen Standpunkts zurückführte — so bei den Verhandlungen über die deutsche Flotte, welche 1848 ins Leben gerufen worden war, nach dem Scheitern der Einheitsbewegung aber sozusagen herren- und obdachlos war, über den Ausbau der Bundesfestungen Ulm und Rastatt, über die schleswig-holsteinische Frage. Auch die Zusammenstöße süddeutscher Staaten mit der römischen Kirche betrachtete Bismarck unter dem Gesichtspunkt, daß Österreich daraus

*) Von Ludwig Schemann in den Grenzboten 1914, 1, 543—52.

Digitized by Google

Gelegenheit suchen könnte, die katholischen Sympathien sich zuzuwenden. Für die deutsche Flotte hatte Preußen 1848 die von der Zentralgewalt in Frankfurt ihm abverlangten Beiträge gezahlt, weil es gerade damals die Wehrlosigkeit seiner Küsten und seines Handels selbst gegenüber dem kleinen Dänemark bitter empfand. Österreich hatte nichts entrichtet und interessierte sich für die Flotte nur, sofern sie populär war. Preußen aber strebte die Bildung eines Flottenvereins der Regierungen an, welcher der Flotte eine neue und haltbare Grundlage geben sollte; Bismarck erblickte darin mit Recht ein Mittel, Preußens Stellung in Deutschland zu verstärken, und riet zum Zusammengehen mit dem nach Preußen größten Küstenstaat, mit Hannover. Preußen und Hannover setzten am 16. Februar 1852 auch den Bundesbeschluß durch, der die Flotte für Eigentum des Bundes erklärte. Österreich hatte natürlich keine Lust, eine Sache zu fördern, welche Preußens Einfluß verstärken mußte; am Ende ist auch bekanntlich die Flotte nicht weiter entwickelt, sondern im Spätherbst 1852 im Auftrag des Bundes durch den oldenburgischen Staatsrat Hannibal Fischer versteigert worden. Daß Preußen die vorhandenen sechs Dampfkorvetten nicht kaufte, hat Bismarck in seinem Brief an Leopold von Gerlach vom 4. Dezember 1852 ausdrücklich bedauert. An dem Ausbau der Bundesfestungen Ulm und Rastatt hatte Österreich umgekehrt ein größeres Interesse, ihrer Lage im Süden wegen, als an der Flotte; es wünschte aus Rastatt ein großes verschanztes Lager für 40 000 Mann zu machen oder, falls dies auf Widerstand stieß, Ulm entsprechend auszubauen. Bei einer ehrlich freundschaftlichen Haltung Österreichs wäre nach Bismarcks Ansicht eine bequeme Möglichkeit gewesen, die Interessen beider Mächte gegen einander auszugleichen und Preußen die Flotte, Österreich die Festungen zu gewähren. So hätte Preußen im Norden, Österreich im Süden sich verstärkt; noch im Mai 1866 ist Bismarck bereit gewesen, auf eine solche Teilung der Vormachtstellung einzugehen. Aber Prokesch brachte die österreichischen Anträge an den Bund, ohne sich vorher mit Bismarck ins Benehmen zu setzen; das empfand dieser als die übliche österreichische Rücksichtslosigkeit und schlug seitens Preußens die Ablehnung vor, um so mehr, als er auch sachliche Bedenken hatte. „Rastatt liegt so nahe bei Straßburg, daß die Franzosen im Ernstfall acht Tage früher vor der Stadt sein könnten als wir.“ Überdies sei es für den Widerstand schon hinlänglich fest genug, Ulm nicht minder, dessen Michelsberg Bismarck für fast uneinnehmbar ansah. So riet er zur

Digitized by Google

Ablehnung, schon um den Fall zur Erziehung des Wiener Kabinetts zu benutzen.

Die religiös-kirchliche Frage war vor allem in Baden brennend, wo der Staat im November 1853 jede Veröffentlichung eines kirchlichen Erlasses ohne staatliche Genehmigung verbot und der Erzbischof von Freiburg, Hermann v. Vicari, sich dagegen entschieden auflehnte; in Nassau entstanden ähnliche Streitigkeiten. An sich war Bismarck als guter Protestant jeder Anmaßung der römischen Kirche abgeneigt und entrüstete sich „über den kriegerischen, unersättlichen, unversöhnlichen Geist, der seit zehn Jahren in protestantisch regierten Ländern einen Teil des katholischen Klerus beseelt;“ aber er war zu sehr Politiker, um die Gefahr zu übersehen, daß man durch eine Parteinahme Preußens gegen die Bischöfe die katholische Bevölkerung Österreich in die Arme treiben werde. Namentlich auf Bayern traf diese Erwägung zu, und auf Bayern setzte Bismarck im diplomatischen Kampf mit Österreich große Hoffnungen. Er kannte aus der Geschichte den Gegensatz, der die Häuser Habsburg und Wittelsbach früher oft entzweit hatte; er glaubte, daß man diesen Gegensatz auch jetzt wieder verwerten könne, und er faßte die Möglichkeit ins Auge, wenn Österreich mit Preußen nicht teilen wollte, die Hegemonie im Süden Bayern anzubieten und so mit ihm zusammen Deutschland zu leiten. Es ist für Bismarcks späteres Verhalten gegen Bayern höchst lehrreich zu lesen, daß er schon im Februar 1852 äußerte: „Wenn man sich das Ansehen gibt, die Wichtigkeit Bayerns anzuerkennen, so läßt sich mit Bayern manches ausrichten;“ er bat deshalb den Herrn von Manteuffel, im Fall er, Bismarck, einmal eine Vertretung brauche, sie nicht durch Österreich, sondern durch Bayern ausüben lassen zu dürfen: das sei besser als etwa Hannover einzusetzen, wie Manteuffel meinte: man vermeide so auch den Anschein eines norddeutschen Sonderbundes. Eben die Rücksicht auf Bayern bestimmte ihn, seinem Staat in den erwähnten kirchlichen Streitigkeiten zu größter Zurückhaltung zu raten.

Auch die schleswig-holsteinische Frage machte Bismarck zu tun. Die Erhebung der Herzogtümer gegen Dänemark war 1850 gescheitert; österreichische Truppen hatten schließlich Holstein besetzt, und drei Kommissäre, ein österreichischer, ein preußischer und ein dänischer, regierten das Land. Sein rechtmäßiger Herzog war ohne Frage damals noch der dänische König Friedrich VII.; da er aber kinderlos war, so erhob sich die Frage, ob der Prinz Christian von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg, der als

Digitized by Google

Gemahl einer Schwestertochter des Königs Christian VIII., der Prinzessin Luise von Hessen, zur Nachfolge in Dänemark berufen war, auch als Herzog über Schleswig-Holstein herrschen dürfe. Der Zar Nikolaus I. von Rußland, welcher als Haupt der älteren Linie des Hauses Gottorp Ansprüche erheben konnte, verzichtete zu Christians Gunsten; aber nach der Rechtsüberzeugung der Herzogtümer gingen die Rechte des Herzogs Christian August von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg denen aller anderen Bewerber vor. Bismarck erhielt von seiner Regierung den Befehl, diesen Fürsten zum Verzicht zu bewegen, und in der Tat gelang es, den Herzog durch eine Zahlung von 2 250 000 dänischen Talern und Ablösung seiner Schulden dahin zu bringen, daß er sich in seinem Namen und dem seiner Familie verpflichtete, nichts zu unternehmen, was den Frieden der Staaten des Königs Friedrich VII. stören könnte. Nun erkannten die fünf Großmächte, welche es damals gab — Rußland, England, Frankreich, Österreich und Preußen — und der König von Schweden durch das Londoner Protokoll vom 8. Mai 1852 an, daß die Aufrechterhaltung der Unversehrtheit der dänischen Monarchie von hoher Wichtigkeit für den Frieden sei; daß der Prinz Christian von Glücksburg, als Erbe der dänischen Krone, das Recht habe, in der Gesamtheit der jetzt unter dänischem Zepter vereinigten Staaten nachzufolgen; daß aber die Rechte und wechselseitigen Verpflichtungen, welche zwischen Seiner Majestät dem König von Dänemark und dem deutschen Bund betreffs der Herzogtümer Holstein und Lauenburg bestehen und auf der Bundesakte von 1815 beruhen, durch diesen gegenwärtigen Vertrag nicht abgeändert werden. Dieser Vertrag erschien fast allen Deutschen deswegen als Frucht eines Gewaltstreichs, weil mit dem Prinzen von Glücksburg in Dänemark die weibliche Linie der Oldenburger zum Thron gelangte, in Schleswig-Holstein aber nach Landesrecht nur die männliche Linie erbberechtigt war; diese aber war vertreten durch die Augustenburger, und der Sohn Christian Augusts, der Erbprinz Friedrich von Augustenburg, nahm nach dem Verzicht seines Vaters seine Ansprüche auf, ohne sich dadurch gebunden zu halten, daß sein Vater auch für seine ganze Familie verzichtet hatte. Bayern und Oldenburg protestierten feierlich gegen das Londoner Protokoll als gegen eine rechtswidrige Verfügung, und Bismarcks Versuche, die Bundesversammlung zur Anerkennung des Londoner Protokolls zu vermögen, blieben ergebnislos; für die Großmächte und Schweden rechtskräftig, entbehrte es demgemäß in Deutschland jeder Wirkung. Zunächst empfand dies Bismarck als einen Mißerfolg; später sollte

Digitized by Google

er aus dieser Sachlage für die Befreiung der Herzogtümer Nutzen ziehen.

Während alle diese Fragen verhandelt wurden, rückte eine große Kriegsgefahr für ganz Europa näher und näher. Der Kaiser Nikolaus von Rußland hatte durch die Ereignisse von 1848 bis 1850 eine Stellung gewonnen, wie sie noch kein Zar inne gehabt hatte. Während alle Throne wankten oder stürzten, während selbst England durch die Wühlerei der chartistischen Sozialisten, welche für das allgemeine Wahlrecht zwei Millionen Unterschriften aufbrachten, hart an den Rand des Bürgerkrieges geführt ward, verhielt sich das russische Volk allein ruhig, und Nikolaus konnte sogar dem Kaiser Franz Joseph, der aus eigener Kraft seine aufständischen Untertanen in Ungarn nicht bezwingen konnte, durch ein russisches Hilfsheer den Sieg über diesen Aufstand ermöglichen. Das Verhalten des Zaren ward 1850 wesentlich mit Ursache, daß Friedrich Wilhelm IV. in der deutschen Frage, welche er ohne ein gewisses Handinhandgehen mit der Revolution nicht lösen konnte, zurückwich und die österreichischen Bedingungen in Olmütz annahm. Nikolaus durfte sich als den Schiedsrichter Europas betrachten; er hielt deshalb die Zeit für gekommen, die alten Ziele der russischen Politik zu erreichen und Konstantinopel „zwar nicht als Eigentum, aber als Verwahrer“ zu besetzen, damit es nicht jemand anders in die Hände falle. Im Januar und Februar 1853 hatte er mit dem englischen Gesandten Lord Seymour die berühmte Unterredung, in der er die Türkei „den kranken Mann“ nannte, dessen Ende plötzlich eintreten könne und dessen Erbschaft man also vorsichtigerweise beizeiten regeln solle. Er erklärte, daß er niemals die Gründung eines neuen byzantinischen Reiches, überhaupt nie eine Ausdehnung Griechenlands zugeben werde — als Slawe nicht: ebenso wenig, daß die Türkei sich in kleine Staaten auflöse, welche für Leute wie Mazzini, Kossuth und andere Revolutionäre Zufluchtsstätten werden würden. Er ließ also durchblicken, daß die ganze festländische Türkei in irgend einer Form unter russische Aufsicht kommen müsse; als Entgelt könnten die Engländer Ägypten und etwa auch Kreta nehmen, auf deren Besitz es ihnen ankommen müsse. Von anderen Mächten sprach er gar nicht, weder von Österreich, dessen Lebensinteressen doch bei jeder Veränderung am goldenen Horn ins Spiel kamen, das er aber seit dem ungarischen Krieg als seinen Vasallen betrachtete, und auch nicht von Frankreich, dessen Kaiser Napoleon III. er als eine Ausgeburt der Revolution ansah und dem er die übliche Anrede bon frère nicht zugestand; er sprach ihn in seinen

Digitized by Google

Schreiben nur Sire et bon ami an. Nun wollte aber England von einer Teilung der Türkei, welche die Teilung Polens in Erinnerung rief, nichts wissen, und Napoleon III. fand Gelegenheit, für die ihm persönlich zugefügte Beleidigung sich in einer Weise zu rächen, welche nicht ihn, sondern die Ehre und das Ansehen Frankreichs in den Vordergrund stellte. Nikolaus erhob den Anspruch, daß der Schutz über das heilige Grab in Jerusalem, den Frankreich seit 1535 kraft seiner Verträge mit dem Sultan Suleiman dem Prächtigen als ihm zustehend ansah, Rußland gebühre, und ließ diese Forderung durch seinen Abgesandten Fürst Menschikoff in Konstantinopel in drohender Weise geltend machen. Die an sich geringfügige Sache ward zu einer Frage, an welcher Ansehen und Herrschaft im Osten selbst hingen, und Frankreich war nicht willens, vor dem Zaren zurückzuweichen, an dem der Bonaparte überdies die Niederlage seines Oheims 1812, der Franzose den Einmarsch russischer Truppen in Paris 1814 zu rächen hatte. Seit dem Oktober 1853 stand fest, daß die Türkei, England und Frankreich es lieber auf einen Krieg ankommen lassen, als Nikolaus I. Ansprüchen sich fügen würden; nach langem Hin und Her der Verhandlungen verließen die Gesandten des Zaren am 4. Februar 1854 Paris und London, und am 28. März ward der Krieg erklärt, der von seinem Hauptschauplatz, der russischen Halbinsel Krim im schwarzen Meer, der Krimkrieg genannt wird.

Wie verhielten sich nun zu diesen Dingen die beiden deutschen Großmächte?

Österreich war 1849, wie wir sahen, durch russische Hilfe instand gesetzt worden, die ungarische Empörung niederzuwerfen und seinen Bestand als einheitliches Reich zu retten; es war Rußland, das für seine Hilfe nichts begehrt hatte, zu Dank verpflichtet. Es stand ferner durch seine absolutistische Regierungsform der russischen Selbstherrschaft nahe. Aber alle diese Erwägungen traten vor der Besorgnis zurück, daß Rußland sich zum Herrn der Balkanhalbinsel und damit der unteren Donau machen wolle, wodurch Österreichs wirtschaftliche Entfaltung in Abhängigkeit von Rußland geraten wäre. So glitt Österreich unmerklich, aber unaufhaltsam ins Lager der Westmächte hinüber; ohne durch das empörte Geschrei der Russen über den „Dank vom Hause Österreich" sich aufhalten zu lassen, unterstützte Graf Buol das Ultimatum, das die Westmächte im März 1854 in St. Petersburg überreichten und das die Räumung der Donaufürstentümer durch die dort eingerückten russischen Truppen forderte. Buol ließ an Preußen die Aufforderung ergehen,

Digitized by Google

sich diesem Schritt anzuschließen, aus dem die westmächtliche Kriegserklärung vom 28. März unmittelbar hervorging.

In Berlin standen sich nun zwei Richtungen schroff entgegen. Die Konservativen *) (voran ein Teil der nächsten Umgebung des Königs, die sogenannte Kamarilla, die beiden Gerlach vor allem) waren aus alter Gewohnheit und Überlieferung für Rußland, den starken Hort und Rückhalt der konservativen Grundsätze, den alten Waffengenossen gegen das revolutionäre Frankreich. Aus dem entgegengesetzten Grund waren die Liberalen für den Anschluß an die Westmächte; in Rußland konnte und sollte der brutale Absolutismus getroffen werden; der preußische Gesandte in England, Christian Freiherr v. Bunsen, und der Kriegsminister General v. Bonin standen an der Spitze dieser Partei und suchten ihren großen Einfluß auf den König in ihrem Sinn geltend zu machen. Der Ministerpräsident Otto v. Manteuffel war vor allem gegen jeden Bruch mit Österreich. Merkwürdigerweise stieß des Königs Bruder, Prinz Wilhelm, der voraussichtliche Thronfolger, in dasselbe Horn wie die Liberalen; nicht weil er gleich den Liberalen Rußland an sich verabscheute, sondern weil er glaubte, daß dessen brutale Herrschsucht eines Dämpfers bedürfe, auch im Interesse Preußens, das 1850 in Olmütz diese Herrschsucht erfahren hatte. Er hielt ein Zurückweisen Rußlands auch in dessen eigenem Interesse für geboten; sein Vorgehen im Orient werde es mit ganz Europa verfeinden und in eine schwere Niederlage hineindrängen; er wollte Rußland mit Gewalt zwingen, gemäßigt zu sein und es so gegen seinen Willen vor Schaden bewahren. Deshalb stimmte er dafür, daß Friedrich Wilhelm IV. sich auf die Seite der Gegner seines Schwagers Nikolaus I. schlage und diesen zur Vernunft bringe.

G e g e n d i e s e B e s t r e b u n g e n s e t z t e s i c h n u n B i s m a r c k m i t a l l e r M a c h t. Nach seiner Ansicht hatte Preußen an den orientalischen Dingen kein unmittelbares Interesse; sie waren, wie er 1876 von Bosnien gesagt hat, nicht die Knochen eines pommerischen Grenadiers wert, und so riet er zur Neutralität. Er tat es um so mehr, als, wenn Preußen ohne Not sich an dem bevorstehenden Krieg beteiligte, mit Unabwendbarkeit der Eindruck entstehen mußte, daß es anderen die Kastanien aus dem Feuer hole, daß es als Vasall Österreichs das Schwert zu ziehen sich anschicke. Das aber war gerade das Gegenteil von dem, was Preußen nach

*) Kunau, Die Stellung der preußischen Konservativen zur äußeren Politik während des Krimkriegs. Halle 1914.

Digitized by Google

Bismarcks Ansicht zu tun hatte; es hatte nicht Österreichs Pläne zu fördern, sondern ihm überall entgegenzutreten, bis das Haus Habsburg dahin gebracht war, Preußen den Weg seiner historischen Größe frei zu geben. Weiter schien es Bismarck ganz verkehrt, ohne Not sich die Feindschaft eines Reiches zuzuziehen, das auf mehr als 1000 Kilometer Preußens Grenznachbar war und also Preußen sehr viele Ungelegenheiten bereiten konnte. Viertens wußte er, daß die Mittelstaaten gegen einen Bruch mit Rußland waren und von Preußen dabei unterstützt zu werden hofften; endlich fürchtete er, daß Frankreich sich plötzlich treulos mit dem Zarenreich verständigen und die Deutschen im Stich lassen werde. So ward Bismarck nicht müde, brieflich und mündlich den König und den Ministerpräsidenten von Manteuffel vor verfehlten Schritten zu warnen; er ist anfangs März 1854 und wieder im Mai, damals vom König gerufen, persönlich in Berlin erschienen, um abzuwenden, was ihm verderblich schien. Zwei Zwischenfälle aus dieser Zeit verdienen festgehalten zu werden. Am 4. März 1854, bei Bismarcks erster Anwesenheit in Berlin, wurde er zu dem Prinzen von Preußen befohlen, der von ihm verlangte, „er solle dem König im westmächtlichen und antirussischen Sinne zureden.“ Bismarck widersprach dem Prinzen mit aller Entschiedenheit; Preußen habe keinen Grund, mit Rußland zu brechen, im Gegenteil, und würde also durch den Krieg mit dem Zaren die Rolle eines indischen Vasallenfürsten übernehmen, der im englischen Patronat englische Kriege zu führen habe, oder (wie 1812) aus Furcht vor Frankreich und England deren gehorsamer Bundesgenosse sein. Es war dasselbe, wenn er fünf Tage nachher, am 9. März 1854, an Leopold v. Gerlach schrieb, Krieg gegen Rußland aus Furcht vor einem Krieg mit Frankreich und England führen heiße aus Furcht vor dem Tode Selbstmord begehen. Der tapfere Prinz, dessen seltsam verschränkter Gedankengang ja ein ganz anderer war, brauste heftig auf, als er von Vasallengeist und Furcht hörte: „von Vasallen und Furcht ist hier gar nicht die Rede;“ er ließ sich von Bismarck nicht überzeugen, der nach seiner Meinung die Gefahr von Rußland und für Rußland nicht einsah, und warf ihm vor, er treibe Politik wie ein Gymnasiast, d. h. wie ein Schüler, nicht wie ein Meister, wie ein unüberlegter Junge, nicht wie ein reifer Mann. Welch eine Auffassung!

Die andere Episode betrifft eine Unterredung Bismarcks mit dem französischen Botschafter Marquis de Moustier in Berlin; wir kennen sie nur aus den „Gedanken und Erinnerungen“ Bis-

Digitized by Google

marcks (1, 129) und wissen ihr genaues Datum nicht. Der Marquis versuchte, von Manteuffel darum ersucht, den beim König so einflußreichen Mann zur westmächtlichen Politik zu bekehren, und als er das nicht so leicht fand, riß ihn sein lebhaftes Temperament hin, im Hinblick auf die preußische Neutralität von 1795—1806 und deren Folgen, zu sagen: „Die Politik, welche Sie machen, wird Sie nach Jena führen.“ Worauf Bismarck schlagfertig antwortete: „Warum nicht nach Leipzig oder Roßbach?“ d. h. nicht zur Niederlage durch, sondern zum Sieg über Frankreich. Moustier war eine so unabhängige Sprache nicht gewohnt; er wurde stumm und bleich vor Zorn; der König aber, bei dem der Franzose Beschwerde führte, lobte Bismarck wegen der richtigen Antwort, die er gegeben habe. Sie war mehr als eine augenblickliche Abfuhr einer kecken französischen Drohung; sie war eine Vorahnung großer Zeit.

Hin und her gezogen zwischen den sich bekämpfenden Einflüssen schwankte der König, wie es gewöhnlich seine Art war. Am 20. April 1854 schloß er mit Österreich ein Schutz- und Trutzbündnis, welches Preußen unter Umständen zu einer Hilfeleistung mit 200 000 Mann verpflichtete; mit völligem Umschlag seines Willens entließ er aber einige Tage nachher Bunsen und Bonin, die Hauptvorkämpfer eines Zusammengehens mit Österreich und den Westmächten, aus ihren Ämtern, worüber der Prinz von Preußen sich so entrüstete, daß er von einem Bruch des Vertrags vom 20. April sprach, seinem Bruder einen sehr scharfen Brief schrieb und als Antwort einen vierwöchentlichen „Urlaub“ nach Baden-Baden erhielt; einige urteilten, daß der König ein Recht gehabt hätte, den Schreiber des Briefes wegen Unehrerbietigkeit auf die Festung zu schicken. Schließlich behielt aber doch die von Bismarck empfohlene Politik der Neutralität insofern die Oberhand, als Preußen tatsächlich den Versuchen, es in den Krieg für diese oder jene Seite hineinzudrängen, widerstand. Natürlich wurde ihm dies von Frankreich und England sehr verdacht; man gab sich den Anschein, als ob man einer Macht, welche in den großen Welthändeln abseits stehe, ein Gewicht nicht beimesse, und schien nicht übel Lust zu haben, Preußen bei den Pariser Friedensverhandlungen gar nicht beizuziehen. Schließlich erhielt Manteuffel zwar, weil auch die von Preußen einst mit unterzeichneten Verträge über die türkischen Meerengen einer Durchsicht unterzogen werden mußten, eine Einladung, nach Paris zu kommen und an der Unterzeichnung des Pariser Friedensvertrags teil-

Digitized by Google

zunehmen. Aus der Erzählung Cavours über diese Dinge *) geht aber hervor, wie sehr man Preußen damit eine Gnade erwiesen zu haben glaubte. Bismarck selbst war der Ansicht, daß Preußen auf die endlich erfolgte Einladung hin nicht sofort hätte annehmen, sondern einige Tage warten sollen; „etwas kühler, äußerlich wenigstens, wäre würdiger gewesen; wir haben zu viel Empressement gezeigt.“ Genau dieselbe Ansicht hatte Cavour.

Aus dem Krimkrieg ging der Stern Napoleons III. strahlend hervor; er schien der Schiedsrichter Europas zu sein; 1857 erlangte er durch den Neuenburger Zwischenfall eine neue Möglichkeit, als Vermittler zwischen Preußen und der Schweiz aufzutreten und die Lösung durchzusetzen, welche die wegen Revolution verhafteten Anhänger des Königs in Neuchatel straffrei setzte und dafür diesen Kanton aus der 150jährigen Verbindung mit den Hohenzollern löste. Napoleons Verhältnis zu Rußland war dem zweier Menschen zu vergleichen, welche in einen Streit geraten waren, der weniger inneren als äußeren Gründen entsprang, welche sich versöhnt haben und nun durch geflissentliche Zuvorkommenheit sich gegenseitig zeigen wollen, daß der Hergang keine weitere Bedeutung haben soll, daß sie sich eigentlich recht gut sind. Schon während des Krimkriegs hatte Bismarck immer es für möglich gehalten, daß Frankreich und Rußland sich plötzlich, als durch keine Grenznachbarschaft in schleichendem Gegensatz erhalten, mit einander verständigen könnten; jetzt sprach man in diplomatischen Kreisen offen davon, daß die Kaiser an Seine und Newa — in St. Petersburg war auf Nikolaus I. am 2. März 1855 sein Sohn Alexander II. gefolgt — sich wieder zur Beherrschung der Welt verbinden könnten, wie es 1807 geschehen war. Unter diesen Umständen ward von einigen der Gedanke befürwortet, daß Preußen sich mit England näher verbinden solle; der Plan, den Prinzen Friedrich Wilhelm mit der princess royal Viktoria von England zu verheiraten, hatte hier eine seiner Wurzeln. Bismarck war nicht der Meinung, daß man hiedurch etwas Wesentliches für Preußen erzielen könne; in einer der prächtigsten Stellen seiner prächtigen

*) Bianchi, la politique du comte Camille de Cavour, Turin 1885, S. 125. Vgl. dazu in F. de Martens, recueil des traités conclus par la Russie 15 (1909) 281 die hochmütige Bemerkung: la Prusse ne fut admise que grâce aux instances de la Russie et seulement en qualité de signataire de la convention de Londres de 1841 au sujet des détroits au congrès de Paris. So behandelte man das vorbismarckische Preußen.

Digitized by Google

Briefe an Leopold v. Gerlach (vom 19. März 1856) schreibt er einmal, daß die englische Politik an der Drehkrankheit leide: „Die Erbweisheit ist den Leuten seit der Reformbill (von 1830, welche das Wahlrecht zum Unterhaus demokratisierte) verloren gegangen; stark ist der Bulle immer noch, aber wo er hinstößt, weiß er nicht mehr, seit der Nasenring der Oligarchie ihm abgenommen ist.“ So vertrat Bismarck die Ansicht, daß, wenn Napoleon und der neue Zar Alexander II. sich verbänden, Preußen der Dritte im Bunde sein müsse; man dürfe diese Rolle nicht etwa Österreich überlassen, weil sonst Preußen vollends ins Hintertreffen geraten und seine Stellung in Deutschland wie in Europa tief herabgedrückt, die Möglichkeit eines Aufsteigens ihm unterbunden werden müßte. Durch die Befürwortung eines Bündnisses mit dem Emporkömmling in Paris, der allen rechtgläubig konservativen Kreisen in Preußen als Pflegesohn und Beförderer der Revolution galt, entfernte sich Bismarck von den Grundsätzen der Kamarilla (S. 56), welche ihn bisher als den Ihren betrachtet hatte.*) „In der inneren Politik,“ so schrieb er an Gerlach am 2. Mai 1857, sind wir einstimmig (aber auch hier hatte Bismarck den früheren überkonservativen Feuereifer längst abgedämpft); in Ihre Auffassung der äußeren kann ich mich nicht hineinleben; Sie ignorieren die Realitäten... Ich gestehe, daß ich das Prinzip der Legitimität meinem spezifisch preußischen Patriotismus vollständig unterordne... Ich kann als Romantiker eine Träne für das Geschick Heinrichs V. haben (des Grafen von Chambord, der seit 1830 von dem durch Erbrecht ihm gebührenden Thron Frankreichs ausgeschlossen war); als Diplomat würde ich sein Diener sein, wenn ich Franzose wäre; so aber zählt mir Frankreich, ohne Rücksicht auf die jeweilige Person an seiner Spitze, nur als ein Stein, und zwar ein unvermeidlicher, in dem Schachspiel der Politik, ein Spiel, in welchem ich nur meinem Könige und meinem Lande zu dienen Beruf habe. Sympathien und Antipathien in Betreff auswärtiger Mächte und Personen vermag ich vor meinem Pflichtgefühl im auswärtigen Dienst meines Landes nicht zu rechtfertigen; es ist darin der Embryo der Untreue gegen den Herrn oder das Land, dem man dient.“ Diese Worte offenbaren zwei Grundzüge Bismarckischer Politik, an denen er stets festgehalten hat: erstlich die Würdigung der realen Verhältnisse, welche der wirkliche Staatsmann in seine Rechnung einstellen muß, wenn sie nicht einen verhängnisvollen Grund-

*) Gerhard Ritter, Die preußischen Konservativen und Bismarcks deutsche Politik 1857—71. Heidelberg 1913.

fehler enthalten und ihr Gebäude auf Wolken oder Sand aufführen soll; dann die Leitung der auswärtigen Politik schlechterdings nur gemäß den Interessen des preußischen Königtums und des preußischen Landes, unter bewußtem Absehen von jeder Rücksicht auf persönliche Liebhabereien und Voreingenommenheiten. Wie er 1857 rückhaltslos bereit war, mit dem Frankreich Napoleons III. zu gehen, wenn es im Interesse Preußens lag, so hat er nach 1870 die französische Republik im Gegensatz zur legitimen Monarchie der Bourbons gefördert, weil er von dieser eher die Herstellung der Bündnisfähigkeit Frankreichs befürchtete, und hat er in den siebenziger und achtziger Jahren geraten, die Magyaren in Ungarn nicht durch unvorsichtige Parteinahme für die ungarländischen Deutschen ins Lager der Feinde Deutschlands zu treiben, und so geringere, wenn auch gemütlich wertvolle Interessen den viel größeren zu opfern.

Bismarck hat in jenen Jahren den französischen Kaiser auch persönlich kennen gelernt; er war im August 1855 und im April 1857 in Paris, das einemal, um den preußischen Gesandten in Paris, Grafen Hatzfeldt, zu besuchen, das anderemal, um in der Neuenburger und in der Schleswig-Holsteiner Frage zu verhandeln. Bei der zweiten Anwesenheit, wo er amtlich auftrat, wurde er vom Kaiser und dem Hof mit besonderer Auszeichnung empfangen und durch Festlichkeiten aller Art geehrt. Im Gespräch bewunderte Bismarck an Napoleon III. seine schnelle Auffassung und seine gefällige, leichte Unterhaltung. Der Kaiser sprach mit Bismarck andeutungsweise von seiner Absicht, den Italienern gegen Österreich zu Hilfe zu kommen; am Rhein suche er nichts, „als höchstens eine kleine Grenzberichtigung;“ das Mittelmeer müsse der Schauplatz für Frankreichs Ehrgeiz werden; Preußen, dessen wohlwollende Haltung bei solchen Plänen für ihn von handgreiflicher Wichtigkeit war, möge sich im Norden Deutschlands und auch zur See stärken. Der Kaiser äußerte im Verlauf der Unterhaltung ein sehr beachtenswertes Wort: „Man könnte die Zeit von 1806—13 jetzt vergessen; wenn alle Welt sich an die Politik der Erinnerungen klammern wollte, müßten zwei Nationen, welche einmal im Krieg miteinander gewesen sind, es für alle Ewigkeit sein; Politiker müssen sich mit der Zukunft beschäftigen.“ Bismarck waren solche realpolitische Gedanken aus der Seele gesprochen; er ward in seiner Überzeugung bestärkt, daß ein Besuch des Kaisers in Preußen von großem Nutzen sein würde. „Es braucht sich gar nichts Politisches daran zu knüpfen, und wir können ganz

Digitized by Google

ehrliche Leute dabei bleiben. Aber wenn er im Herbst einem Korpsmanöver bei uns assistierte, so würde, wie die Dinge in Europa einmal liegen, dieser Beweis guten Einvernehmens mit Frankreich unsern Einfluß in allen diplomatischen Vorkommnissen wirksam erhöhen." Das waren freilich Gedanken, die bei dem König und seinem Minister glatt zu Boden fielen; als der Prinz Jerôme Napoleon, des Kaisers Vetter, im Mai 1857 nach Berlin kam (über Frankfurt, wo er bei Bismarck den Eindruck von viel Intelligenz und gesundem Menschenverstand hinterließ), da wurde er, der Sohn einer württembergischen Prinzessin, von der „Kreuzzeitung" und ihrem Anhang sehr unwirsch behandelt und offene Einsprache gegen einen Besuch des Kaisers selbst erhoben. Bismarck hielt das für grundverkehrt; aber er mußte sich darein finden und gab den Gedanken des Besuchs auf, ohne den Wunsch einer Annäherung an Frankreich selbst fallen zu lassen.

Inzwischen erkrankte König Friedrich Wilhelm IV. an jenem Gehirnleiden, das binnen einiger Jahre zu seinem Tode führen sollte. Damit trat sein Bruder, Prinz Wilhelm von Preußen, in den Vordergrund, sehr zum Mißvergnügen der Kamarilla, welche ihren langjährigen Einfluß dadurch einbüßen mußte. Sie versuchte deshalb die dauernde Übernahme der Regentschaft durch den Prinzen zu verhindern: die vorübergehende auf je ein Vierteljahr war ohnehin nicht zu umgehen. Bismarck trat ihr aber aus zwei Gründen entgegen; es werde erstens nichts helfen, und man könne zweitens die Gewalt der Krone nicht auf längere Zeit lähmen, was mit einer kurzfristigen und damit an weitausschauenden Plänen gehinderten Regentschaft notwendig verknüpft war. So hat er in der Tat wesentlich dazu beigetragen, daß die Ränke der Kamarilla scheiterten. Das persönliche Verhältnis Bismarcks zu dem Prinzen war trotz ihrer Gegnerschaft vom Jahr 1854 nicht unterbrochen; er wurde wiederholt von dem Prinzen zur Erstattung von Berichten über politische Fragen veranlaßt. Aber davon, daß er zu den hervorragenden Werkzeugen des Prinzen hätte gehören können, als dieser am 26. Oktober 1858 die Regentschaft „bis zur Genesung des Königs" — das heißt für die Dauer — übernahm, war doch keine Rede; Bismarck ward vielmehr am 29. Januar 1859 zum Gesandten in St. Petersburg ernannt und in Frankfurt durch den Grafen Usedom ersetzt. Dieser Wechsel in seiner Stellung bedeutete keine Ungnade, war aber doch ein Anzeichen, daß man ihn in gewissem Sinn ehrenvoll „kalt stellte"; diesen Ausdruck hat er selber gebraucht.

Digitized by Google

Zweites Kapitel.

Bismarck in St. Petersburg und Paris. 1859—1862.

Zunächst begab sich Bismarck am 6. März 1859 von Frankfurt nach Berlin, um hier beim Regenten und dem Ministerium sich vorzustellen und mündliche Weisungen zu empfangen, um ferner die nötigen Einkäufe zu machen und die Überführung seines Haushalts nach der russischen Hauptstadt in die Wege zu leiten. Er war entsetzt, wie teuer sich alles stellte, und seine Vermögensverhältnisse waren nicht derart, daß ihm das gleichgültig sein konnte. Er bekam als Ersatz der Umzugskosten 3000 Taler und hatte 13 000 dafür auszugeben! Am 22. März erhielt er plötzlich den Befehl, auf seinen Posten abzureisen, und tat dies am 23. früh. Da die Eisenbahn damals zunächst nur bis Königsberg führte, von da aus bis Pskow am Südufer des Peipussees 96 Stunden im Wagen zurückzulegen waren und erst hier wieder die Eisenbahn begann, so brauchte Bismarck sechs Tage, bis zum 29. März, um in St. Petersburg anzulangen. Die Strapazen dieser Schlittenfahrt, wo der Thermometer bei Nacht zwölf Grad Kälte aufwies, wo sechs bis acht Pferde kaum imstande waren, den Schlitten durch den tiefen Schnee zu bringen, hat Bismarck seiner Frau in den Briefen vom 25. März ff. anschaulich geschildert.

In Petersburg *) ward er von dem Zaren Alexander II. sehr gnädig aufgenommen; seine ausgeprägt konservativ-royalistische Parteistellung empfahl ihn dem Selbstherrscher nicht minder als seine bekannte Gegnerschaft gegen Österreich, das wegen seiner „undankbaren“ Haltung im Krimkrieg den Russen tödlich verhaßt

---

*) L. Raschdau, Die politischen Berichte des Fürsten Bismarck aus Petersburg und Paris (1859—62), zwei Bände, Berlin 1920. Das Werk gibt die Abschriften der Berichte wieder, die Bismarck selbst aus den amtlichen Akten hat nehmen lassen und deren Veröffentlichung er beabsichtigte. Leider ist die Sammlung nicht vollständig; in den Berichten, die wir erhalten, finden sich Andeutungen auf solche, die fehlen, und die Raschdau (Gesandter a. D.) vielleicht doch aus den Archiven, deren strenge Verschlossenheit ja seit der Revolution von 1918 aufgehört hat, hätte ergänzen können. In der Schreibung der fremdsprachlichen Eigennamen herrscht, wie die Besprechung im literarischen Zentralblatt vom Dezember 1920 hervorhebt, bei Raschdau ein störendes Schwanken; auch begegnen Fehler. So wird der französische Gesandte in Kopenhagen Dolézac an drei Stellen bald Dotésac, bald Dotézac, bald Dotézae geschrieben — jedesmal anders und immer falsch! Vgl. auch H. v. Poschinger, Deutsche Revue, April und September 1911.


Digitized by Google

war. Die auswärtigen Angelegenheiten des Zarenreichs leitete seit Nesselrodes nach vierzigjähriger Ministerschaft 1856 erfolgtem Rücktritt der Fürst Gortschakóff, ein kluger, fleißiger, vorsichtiger, Rußlands Kräfte nach den Kriegsverlusten sammelnder Mann, der Bismarck sehr wohlwollend, aber zugleich etwas herablassend entgegenkam. Besonders angenehm für einen Vertreter Preußens war es, daß des Kaisers Mutter noch lebte, die Tochter der Königin Luise und Friedrich Wilhelms III., Charlotte; sie überhäufte Bismarck mit Liebenswürdigkeiten und lud ihn öfters an ihren Tisch, ohne andere Gäste zuzuziehen, um lange und vertraulich mit ihm plaudern zu können; er speiste wohl, da sie kränkelte, an ihrem Bett. Sonst hatte er den Eindruck, daß die alte, vornehme, deutschfreundliche Gesellschaft im Aussterben war und ein neues Geschlecht heranwuchs, das eine starke Abneigung gegen Preußen und Deutschland hatte.

Die nächsten Geschäfte des preußischen Gesandten waren der Schutz der etwa 40 000 Preußen, welche in Rußland wohnten, vor Belästigung durch die russische Polizei und Justiz, und infolge davon viel Schreiberei „mit allen Polizeiagenten von der Weichsel bis zum Ural." Mit welcher Gewissenhaftigkeit Bismarck diese Obliegenheiten besorgte, dafür bietet ein in meinem Besitz befindliches Schriftstück *) einen Beweis, das vom 7. November n. St. 1861 datiert ist. Darnach hatten sich ein kgl. preußischer Untertan, der Schafmeister Traugott Töpper, der im Gouvernement Tula wohnte, und sein Genosse Dorn wegen einer Schädigung an die Gesandtschaft gewendet, Bescheid und fünf Rubel vorläufige Unterstützung erhalten, aber nichts mehr von sich hören lassen. Bismarck ließ die Angelegenheit nun nicht auf sich beruhen, was er gekonnt hätte, sondern ersuchte den preußischen Konsul in Moskau, Rosenstrauch, nach dem Schicksal der beiden zu forschen, damit er mit einer amtlichen Beschwerde vorgehen könne; er nahm sich auch der Kleinen sorglich an: es ist schon der Bismarck der Sozialreform.

Die gesandtschaftliche Tätigkeit, so viel Geschäfte sie auch nach Bismarcks wiederholtem Zeugnis mit sich brachte, ließ sich indes durch untergeordnete Kräfte besorgen; Bismarck selbst hatte Zeit, sich der hohen Politik zu widmen, und diese war damals bewegt genug. Am Neujahrstag 1859 hatte Napoleon III. zu dem österreichischen Gesandten in Paris, Baron Hübner, das Wort gespro-

*) Ich habe es in der „Täglichen Rundschau" vom 5. Juli 1917 veröffentlicht.

Digitized by Google

chen: „Ich bedaure, daß unsere Beziehungen zu Ihrer Regierung nicht so gut sind wie in der vergangenen Zeit; ich bitte Sie, dem Kaiser zu sagen, daß meine persönlichen Empfindungen für ihn nicht verändert sind.“ Nach Hübners Tagebüchern sagte er diese Worte zu ihm mit leiser Stimme und ohne daß sie sofort als Anzeichen einer bedrohlichen Stimmung Aufsehen gemacht hätten; aber es wurde anders, als sie am 4. Januar im „Constitutionel“ gedruckt zu lesen standen. Napoleon hatte sich am 21. Juli 1858 mit dem Minister Viktor Emanuels II. von Sardinien, mit Graf Camillo Cavour (S. 59) in dem lothringischen Bade Plombières verständigt, daß er sich des in sieben Staaten (Sardinien, Österreichisch-Italien, Parma, Modena, Toskana, den Kirchenstaat, das Königreich beider Sizilien) zerrissenen Italien annehmen und Österreich, dessen Herrschaft in Venedig und Mailand jeder nationalen und liberalen Entwicklung der Halbinsel einen Riegel vorschob, mit Waffengewalt aus Italien verdrängen wolle; als Lohn sicherte ihm Cavour die Abtretung des Stammlandes des sardinischen Königshauses, Savoyens, und der Grafschaft Nizza zu, also zweier Provinzen von 10 800 und 3700 Quadratkilometern mit etwa 450 000 und 250 000 Einwohnern. Sofort nach dem Sturmsignal, das in Paris ergangen war, begann Sardinien zu rüsten; Österreich ward unruhig, fragte nach dem Grund dieser militärischen Maßnahmen und stellte schließlich am 23. April 1859 ein Ultimatum, wonach Sardinien entweder in drei Tagen sein Heer auf den Friedensfuß zurückführen oder des Krieges gewärtig sein sollte. Als Cavour am 26. April kalt antwortete, daß sein König die Zumutung ablehne und die ganze Frage der Zukunft Italiens einem europäischen Kongreß vorbehalte, erfolgte die Kriegserklärung Österreichs und der Übergang seines italienischen Heeres unter Feldzeugmeister Gyulay über den Tessin.

Die Lage, die damals sich ergab, zeigt eine auffallende Ähnlichkeit mit der von 1914. Wie Österreich 1914 durch einen kleinen Staat, Serbien, in seinem Bestand bedroht war, so 1859 durch Sardinien. Wie ferner Serbien durch Rußland gedeckt wurde, so 1859 Sardinien durch Frankreich. Wie drittens 1914 Österreich des grausamen Spiels satt ward und sich entschloß, auf jede Gefahr mit Serbien abzurechnen, so ging es 1859 gegen Sardinien vor, „dessen konstitutionelles System und nationale Politik eine regelmäßige Regierung der italienischen Provinzen Österreichs unmöglich machte,“ wie Graf Karolyi in St. Petersburg zu Bismarck sagte (Raschdau S. 36). Viertens: wie Graf Berchtold in der Erkenntnis,

Digitized by Google

daß es ohne Schwertschlag nun einmal nicht mehr gehe, an Serbien unerfüllbare Forderungen richtete, so verlangte Graf Buol 1859 von Sardinien, daß es einseitig abrüste, und brachte dadurch die Sache zum Klappen, unter Ablehnung des von Rußland befürworteten Kongresses. Endlich fünftens hoffte Österreich 1914 auf Deutschlands Hilfe, und genau so erklärte Zar Alexander II., daß Österreich ohne die Ermutigung, die es aus „den Gefälligkeiten Preußens“ schöpft, nicht gewagt haben würde, so weit zu gehen.

Allerdings erregten diese Dinge in Deutschland das Volksempfinden in seinen Tiefen. Seit dem unbefriedigenden Ausgang des langen Kampfes mit dem revolutionären Frankreich 1815, welcher trotz der zweimaligen Einnahme von Paris unsere Westgrenze schutzlos unter den Kanonen Straßburgs gelassen hatte, war die Überzeugung in Deutschland allgemein, daß Frankreich nicht bloß, wie von jeher, auch jetzt der Erbfeind sei, sondern daß es auch gefährlich geblieben sei, daß es das 1797—1814 von ihm besessene linke Rheinufer werde zurückerobern wollen und daß nichts anderes übrig bleibe, als mit ihm noch einmal die Schwerter zu kreuzen, im Falle des Sieges es hinter die Vogesen und die Mosel zurückzuwerfen und ihm Elsaß und Lothringen abzunehmen: erst dann werde der Welsche auf die Dauer gebändigt sein. Jetzt erhob Frankreich gegen einen Staat die Waffen, den man trotz seiner zu drei Vierteilen slawischen oder magyarischen Einwohnerschaft als einen wesentlich deutschen ansah, weil das Herrscherhaus deutscher Herkunft war und das deutsche Element damals noch in dem Völkergewirr der Donaumonarchie die beherrschende Stellung behauptete. Die religiösen Sympathien aller deutschen Katholiken mit ihren österreichischen Glaubensgenossen, die Stammesverwandtschaft im Süden, die politische Hinneigung aller Mittelstaaten zu Österreich, das nach ihrer Ansicht 1850 sie vor der Unterjochung durch Preußen bewahrt hatte, riefen eine leidenschaftliche Erhitzung der öffentlichen Meinung Deutschlands hervor; das Schlagwort kam auf, man müsse den Rhein am Po, beziehungsweise am Mincio verteidigen, und selbst die deutschen Liberalen, welche doch Österreich als den Hort aller Reaktion und alles Absolutismus fürchteten und haßten, konnten sich dieser Strömung nicht ganz entziehen. Auch in Preußen war sie mächtig; die konservative Partei und ihr Organ, die „Kreuzzeitung“, sahen, wie oben erwähnt (S. 56) in Napoleon III. den Mann der Revolution, der man sich mit aller Kraft entgegenwerfen müsse, und der Prinzregent Wilhelm erinnerte sich seiner Jünglingsjahre, da er 1814 als noch nicht Siebzehnjähriger an der Seite der

Digitized by Google

Russen und Österreicher in den Krieg nach Frankreich hinein geritten war, und sah es als selbstverständlich an, daß, wenn die Franzosen jetzt Österreich angriffen, sie es machen wollten wie 1805 und 1806, wo sie zuerst die Österreicher, dann die Preußen, jeden Teil einzeln, gepackt hatten. Moltke, den der Prinzregent 1858 zum Generalstabschef gemacht hatte, war ganz dieser Ansicht; er sprach davon, daß Preußen Österreich beistehen müsse ohne allen Vorbehalt, ohne eine Gegenleistung zu fordern; denn es handle so nur in seinem eigensten Interesse. Nach einem Besuch des Erzherzogs Albrecht in Berlin verfügte der Prinzregent im April die Mobilisierung von drei Armeekorps und ließ in Frankfurt die Kriegsbereitschaft für das ganze Bundesheer beantragen. Das alles lief nun Bismarcks Standpunkt direkt zuwider. Ihm stand fest, daß die große und unausweichliche Aufgabe Preußens die Auseinandersetzung mit Österreich war; wenn er dieses 1850 nicht hatte als Ausland gelten lassen (S. 40), so legte er ihm nunmehr direkt diese Bezeichnung bei. Preußen mußte Raum haben, sich zu entwickeln, die deutschen Staaten eng mit sich zu verbinden, ob es nun Österreich lieb oder leid war; und deswegen hatte Preußen alles zu unterlassen, was den sicheren Gegner stärken, ihm selbst also die Erreichung seines Ziels erschweren mußte. Bismarck sah mit Zorn, daß die amtliche Politik seines Landes, auf welche er an seinem jetzigen Aufenthaltsort, in einer Art von Verbannung, keinen Einfluß hatte, jenen verkehrten Weg doch einzuschlagen im Begriff war und daß man dies mit der Erinnerung an den gemeinsamen Kampf gegen Frankreich 1813—15 zu begründen und aufzuputzen suchte. Am 8. Mai 1859 schrieb er grimmig an seinen Bruder, „er sei in großer Sorge, daß wir uns schließlich mit dem nachgemachten 1813er von Österreich besoffen machen lassen und Torheiten begehen." „Nachgemacht": also die Stimmung von 1850 erschien ihm als erschlichen durch Vorspiegelung einer Ähnlichkeit der Lage von 1813 mit der von 1859; und daß er hiemit ganz recht hatte, ergibt die bloße Gegenüberstellung der beiden Jahre mit ihrer so von Grund aus verschiedenen Lage: damals galt es ein unerträglich gewordenes, für Deutschland, Preußen, Österreich gleich verderbliches welsches Joch abzuschütteln; jetzt sollte das österreichische Joch, das bleiern auf Deutschland und Italien lastete, durch preußisches Blut befestigt werden. Gortschakoff, der wie sein Herr Österreich grimmig haßte, sagte zu Bismarck, daß Österreich durch die fable convenue, nach der Deutschland und die Bundesversammlung eines und dasselbe sein sollten, Preußen zwinge, seine Interessen einer Österreich

Digitized by Google

zur Verfügung stehenden Mehrheit unterzuordnen. Bismarck selbst war der Überzeugung, daß Österreich einfach die Bürde des Krieges Deutschland aufzuladen suche; Preußen sollte durch den Anruf an das „gemeinsame Vaterland" bewogen werden, den französischen Angriff von Italien ab und auf Deutschland zu lenken.*) England stand lauernd zur Seite; trotz aller friedfertigen Versicherungen sah es einen Krieg nicht ungern, der Frankreich und Deutschland gleichermaßen schwächen mußte.**) In einem oft, aber nicht immer sorgsam gedruckten Brief, den Bismarck am 12. Mai 1859 aus St. Petersburg an seinen Vorgesetzten, den auswärtigen Minister Freiherrn v. Schleinitz richtete,***) beharrt er darauf, „daß die dermaligen Bundeseinrichtungen für Preußen im Frieden eine drückende, in kritischen Zeiten eine lebensgefährliche Fessel bilden; daß die Mittelstaaten und Österreich ein gemeinsames Interesse haben, gegen Preußen zusammenzuhalten, und jede Fortentwicklung seines Einflusses und seiner Macht niederzuhalten; daß also Preußen das bestehende Bundesverhältnis mit diesen Gegnern als ein Gebrechen betrachten muß, das früher oder später ferro et igni wird geheilt werden müssen, wenn wir nicht beizeiten in günstiger Jahreszeit eine Kur dagegen vornehmen." „Wenn heute," so schließt der Brief, „lediglich der deutsche Bund aufgehoben würde, ohne etwas anderes an seine Stelle zu setzen, so glaube ich, daß schon auf Grund dieser negativen Errungenschaft sich bald bessere und natürlichere Beziehungen Preußens zu seinen deutschen Nachbarn ausbilden würden als die bisherigen. Wenn wir zu ihnen analoge Verhältnisse hätten, wie Österreich vermöge der jetzt angefochtenen Verhältnisse sie zu den italienischen Herzogtümern hatte, so läge mutatis mutandis schon darin ein großer Fortschritt für uns." Und nun sollte Preußen, welches das ganze bestehende Verhältnis zu Österreich und dem Bund als einen schweren Schaden empfand, dazu beitragen, es zu befestigen. Zu diesen Erwägungen kam noch die Sorge, daß im Fall eines für Preußen und Österreich günstigen Verlaufs des Kriegs Rußland, um das Gleichgewicht wieder herzustellen, zugunsten Frankreichs eingreifen und dadurch Preußen mit Rußland in Krieg verwickelt werden würde. Der Zar selbst sagte, daß es ihm widerstrebe, an die Möglichkeit zu denken, daß er im Fall eines allgemeinen Krieges nicht auf derselben Seite stehen sollte wie Preu-

*) Raschdau a. a. O. S. 32. 36.

**) Ebenda S. 30.

***) Bismarcks Briefwechsel mit dem Minister Freiherrn v. Schleinitz 1858—1861, Stuttgart 1905, S. 11—18.

Digitized by Google

ßen; aber Bismarck war überzeugt, daß dieser Gesichtspunkt nicht genug Gewicht haben würde, ihn zur Neutralität zu bestimmen, falls Österreich — allein oder von Deutschland unterstützt — im Krieg die Oberhand gewann. Sollten aber die Franzosen im Krieg sich des Gebiets eines Glieds des deutschen Bundes bemächtigen, so werde die regelmäßige Folge sein, daß dieses Glied der Gastlichkeit des preußischen Lagers einen neuen Rheinbund vorziehe.*)

Glücklicherweise verhütete der Gang der Dinge selbst, daß es zu dem Widersinn einer preußischen Hilfe für Österreich und zu einem Krieg mit Rußland kam. Die Österreicher erlitten durch die Franzosen und Sardinier in der Lombardei bei Magenta und Solferino am 4. und 24. Juni zwei schwere Niederlagen; und als nun der Prinzregent von Preußen die Mobilisierung von sechs preußischen Armeekorps befahl und am 4. Juli beim Bundestag die Forderung stellte, daß ihm der Oberbefehl über die auch zu mobilisierenden vier Korps der andern deutschen Staaten übertragen werde, da erschracken sowohl Napoleon III. als Franz Joseph, der erste, weil es schien, daß er nun mit 400 000 Deutschen am Rhein zu kämpfen haben werde, der zweite, weil zu befürchten stand, daß Preußen bleibend die militärische Führung in Deutschland an sich reißen und Österreich daselbst überflügeln werde. Um diesen Gefahren vorzubeugen, schlossen die beiden Kaiser am 12. Juli den vorläufigen Frieden von Villafranca, kraft dessen Österreich die Lombardei an den König von Sardinien abtrat, Venetien aber behielt. Der Friede ward dann am 10. November in Zürich endgültig abgeschlossen, und damit entfielen auch für Deutschland und Preußen alle weiteren Maßregeln und Möglichkeiten. Für den Prinzregenten und die Masse der Preußen bedeutete das einen empfindlichen Fehlschlag, der noch dazu mit großen Kosten verbunden war; weder die Einheit Deutschlands noch Preußens Machtstellung hatten etwas gewonnen. Bismarck aber war erfreut, daß sein Land nicht dem Hauptgegner die Kastanien aus dem Feuer geholt hatte; er sah in dem lahmen Ende einer sentimentalen Politik ein großes Glück für sein Land.

Persönlich hat er in dieser Zeit sehr viel Unliebsames erfahren. Nachdem er Anfang Juni 1859 einen Abstecher nach Moskau gemacht hatte, ging er, wie er in den Gedanken und Erinnerungen 1, 234 erzählt, nach anhaltendem Reiten in einer überheizten Petersburger Reitbahn ohne Pelz nach Hause, was Ende Juni in dem

*) Raschdau S. 39—40.

Digitized by Google

Klima von St. Petersburg mehr als gewagt war, und zog sich dadurch einen Rheumatismus zu, über den er auch in einem Brief an seine Schwester vom 29. Juni berichtet. Als dieser Anfall bis auf einen geringen Schmerz im linken Bein gewichen war, wollte Bismarck nach Deutschland reisen, um dort seinen Urlaub zu verbringen und seine Familie dann nach St. Petersburg mitzunehmen. Da ein Arzt Dr. Walz ihm sagte, der Schmerz im Bein könne unterwegs sich verschlimmern, und es für ratsam erklärte, vorzubeugen, gab sich Bismarck in seine Behandlung; der Arzt, dessen Unfähigkeit Bismarck erst zu spät erkannte, legte ihm ein Pflaster mit einer so ätzenden Salbe auf, daß eine Vene zerstört wurde und Bismarck im Juli erst recht krank nach Deutschland — zur See — reisen mußte; am 22. Juli traf er in Berlin ein. Der berühmte Chirurg Pirogow hatte sogar die Abnahme des Beins für rätlich gehalten! Durch die Bäder von Nauheim, auf welche ihn sein alter Frankfurter Arzt hinwies, hergestellt, begleitete Bismarck den Prinzregenten zu einer Zusammenkunft mit Zar Alexander II. (23. Oktober) nach Breslau, und trat endlich im November 1859 mit den Seinen die Reise nach St. Petersburg an. Aber unterwegs erkrankte er bei seinem Freunde, dem Herrn v. Below auf Hohendorf in Preußen, sehr schwer, weil sich ein Blutgerinnsel in der zerstörten Vene losriß, in den Blutumlauf geriet und eine Lungenentzündung hervorrief; Bismarck litt unerträgliche Schmerzen und machte sein Testament. Die Kraft seiner Natur blieb indes siegreich, und zu Anfang März 1860 konnte er von Hohendorf nach Berlin zurückreisen, um seine Gesundheit herzustellen. Während er in Berlin war und an den Sitzungen des Herrenhauses teilnahm, wollten seine Freunde, der Kriegsminister v. Roon und der Chef des Militärkabinetts Edwin v. Manteuffel, den Prinzregenten bestimmen, Bismarck an Schleinitz' Stelle das auswärtige Amt zu übertragen; aber da er eine scharfe Stellungnahme gegen Österreich und eine Annäherung an Frankreich vertrat, während der Prinzregent nach konservativer Schablone in Napoleon die Verkörperung der Revolution verabscheute, so unterblieb die Sache, und eine Begegnung Napoleons III. mit dem Regenten in Baden-Baden (17. Juni 1860) schwächte den Gegensatz beider nicht ab. Ende Mai war Bismarck imstande, die ein halbes Jahr vorher unterbrochene Übersiedelung seines Haushalts nach St. Petersburg zu bewerkstelligen; am 5. Juni traf er dort ein, nach einer Abwesenheit von 10½ Monaten, und am 16. schrieb er an einen preußischen Diplomaten (vielleicht den Legationsrat v. Wentzel in

Digitized by Google

Frankfurt), daß es ihm und den Seinigen ziemlich gut gehe; ihm persönlich sogar besser als in Deutschland, und die Ruhe und Annehmlichkeit des häuslichen Lebens — nach so langem Wohnen in Wirtshäusern — taten das ihrige zu seinem Wohlbehagen. Mit Spott und Grimm hörte er, daß seine politischen Gegner in Deutschland auch jetzt noch befürchteten, er könnte an Stelle des Freiherrn v. Schleinitz Minister werden, und ihn als einen blinden Anhänger der Franzosen und Russen, ja als einen Bonapartisten verschrieeen. „Gerade im nationalen Aufschwung hoffte ich Abwehr und Kraft zu finden; wenn ich einem Teufel verschrieben bin, so ist es ein teutonischer und kein gallischer.“ „Gelegentliche Andeutungen,“ schreibt er am 22. August 1860 aus Petersburg, „gelangen hierher, als würde von der Presse — Nationalverein, Magdeburger, Ostpreußische Zeitung und dergleichen — ein systematischer Verleumdungsfeldzug gegen meine Person geführt. Ich sollte russisch-französische Zumutungen wegen einer Abtretung der Rheinlande gegen Arrondierung im Innern offen unterstützt haben, ein zweiter Borries *) sein u. dgl. Ich zahle demjenigen tausend Friedrichsdor bar, der mir nachweisen kann, daß derartige russisch-französische Anerbietungen jemals von irgend jemand zu meiner Kenntnis gebracht seien. Ich habe in der ganzen Zeit meines deutschen Aufenthaltes (im Sommer 1859) niemals etwas anderes geraten, als uns auf die eigene und die im Fall des Krieges von uns aufzubietende nationale Kraft Deutschlands zu verlassen. Dieses einfältige Federvieh der deutschen Presse merkt gar nicht, daß es gegen das bessere Teil seiner eigenen Bestrebungen arbeitet, wenn es mich angreift.“

Einige Zeit nachher starb König Friedrich Wilhelm IV. in der Nacht vom 1. zum 2. Januar 1861, und der Prinzregent überkam dreiundsechzigjährig als Wilhelm I. selbst die preußische Krone. Bereits war das Werk im Gang, welches als das Lebenswerk des Königs gelten muß: das der Reorganisation des preußischen Heeres. Von 1814—59 waren die Grundlagen dieses Heeres nicht wesentlich verändert worden; nur hatte man nach 1831 die gesetzliche dreijährige Dienstzeit in der Linie tatsächlich auf zwei Jahre ermäßigt. Die Bevölkerung Preußens war in den 45 Jahren von 10 Millionen auf über 18 an-

*) Sprich: Borrjes; absolutistischer Minister in Hannover 1855—62, der am 1. Mai 1860 erklärte, die deutschen Fürsten würden selbst auswärtige Hilfe zur Erhaltung ihrer Souveränität nicht verschmähen.

Digitized by Google

gewachsen; gleichwohl wurden nach wie vor nur etwa 40 000 Rekruten jährlich ausgehoben, und etwa 30 000 kriegstüchtige junge Leute blieben ohne militärische Ausbildung. Die Folge war, daß bei Kriegsgefahr, wenn außer den drei Jahrgängen der Linie auch die zwei der Reserve und die sieben der Landwehr ersten Aufgebots aufgeboten wurden, ältere Jahrgänge meist verheirateter Männer dem Feind entgegen gesandt werden mußten, während jüngere, unverheiratete zu Hause sitzen blieben. Bei der Mobilmachung von 1859 waren in einer Landwehrkompagnie von 250 Mann 242 verheiratete gewesen. Welche Folgen für zahllose Familien mußten sich ergeben, wenn in einem Krieg solche Kompagnien hart mitgenommen wurden! Hier war eine Änderung dringend notwendig; das Heer mußte mit der Volksziffer in Einklang gebracht, also vergrößert, und es mußte verjüngt werden. Daher der Plan des Königs, unter Festhaltung der zwölfjährigen militärischen Verpflichtung alle tüchtigen jungen Leute von 20—23 Jahren drei Jahre in die Linie, alle von 24—27 Jahren vier Jahre in die Reserve, alle von 27—32 fünf Jahre in die Landwehr einzureihen. Da man jährlich unter Anrechnung der durch körperliche Fehler Abgängigen auf 63 000 durchaus tüchtige Rekruten zählen konnte und im Krieg nur Linie und Reserve ausrücken sollten, so ergab sich ein Stand des Kriegsheeres von 7 × 63 000 = 441 000 Mann; mit andern Worten: elf Zwölftel derselben Zahl, welche man bisher *unter Heranziehung der Landwehr* erzielt hatte (12 × 40 000 = 480 000), ergaben sich künftig bei der Reorganisation *ohne Heranziehung der Landwehr*. Diese galt seit 1849 als politisch nicht ganz zuverlässig; überdem bestand sie naturgemäß überwiegend aus älteren und verheirateten Leuten; deshalb wurde sie aus dem Verband des stehenden Heeres losgelöst und nur zur Landesverteidigung bestimmt. Für diesen Zweck stellte sie etwa 300 000 Mann zur Verfügung des Königs, der somit das ganze Feldheer ohne weiteres über die Grenzen gegen den Feind werfen konnte; die tatsächlich vorhandenen Streitkräfte waren für große Entscheidungen voll verfügbar. Die Reorganisation war ein wohl durchdachtes, militärisch wie politisch äußerst bedeutungsvolles Werk, und vermöge der Durchführung der Gleichheit in Ableistung der Wehrpflicht eine echt demokratische, vermöge der Rücksicht auf Alter und Familienverhältnisse eine vom Geist der Billigkeit und Menschlichkeit getragene Maßnahme. Die bisher sogenannte „Landwehr zweiten Aufgebots", welche die Männer von 32—39 Jahren umfaßt hatte, kam völlig in Wegfall, was freilich in den Augen vieler auf eine

Digitized by Google

Zerstörung der volkstümlichen Bestandteile des Heeres hinauslief, gleich der Loslösung der bisherigen „Landwehr ersten Aufgebots" aus dem Verband des Heeres. Aus den neuen Truppen sollten 117 Bataillone und 72 Schwadronen gebildet werden; die jährlichen Mehrkosten hiefür wurden auf 9½ Millionen Taler (28½ Millionen Mark) geschätzt. Zur Vertretung der Reorganisation vor dem Landtag und zu ihrer Durchführung hatte der König noch als Regent im Dezember 1859 an Stelle des Kriegsministers v. Bonin einen der bedeutendsten preußischen Generale aller Zeiten, Albrecht v. Roon, berufen (1803—1879), einen hochbegabten, wissenschaftlich von Grund aus durchgebildeten, zuverlässigen Mann, der politisch allerdings zu der äußersten Rechten zählte. Da das reorganisierte Heer ein Werkzeug aus einem Guß, die Reserve mit der Linie fest zusammengeschlossen und das Ganze unbedingt in der Hand des Königs war, so hatte die Reorganisation auch politisch eine große Tragweite, welche sie freilich der demokratischen Partei nicht eben empfahl. Gerade gegen diese richtete sich aber Roons ganze Energie: er bestärkte den König in seiner Absicht, trotz der Verfassung den alten Huldigungseid von seinen Untertanen zu verlangen, und war sehr unglücklich, als der Widerstand des liberalen Ministeriums diesen Plan zum Scheitern brachte, der König sich mit der Krönung in Königsberg zu begnügen beschloß und die Umgestaltung des Ministeriums in ein rein konservatives unterblieb. Nur Freiherr v. Schleinitz trat zurück und ward am 10. Oktober 1861 durch den Grafen Bernstorff ersetzt.

Bismarck begrüßte die Reorganisation des Heeres seinem ganzen Standpunkt nach mit Freuden; er hat, nachdem er am 9. Juli in Berlin eingetroffen war, im Juli 1861 in Baden-Baden, wo er Zeuge des verrückten Mordanschlags des Studenten Oskar Becker gegen seinen Monarchen (14. Juli) war, eine Denkschrift an den König*) gerichtet, deren Gedanken ohne ein reorganisiertes Heer nicht zu verwirklichen waren. Bismarck stellte darin fest, daß die heilige Allianz, welche Deutschland die Sicherheit und den Frieden verbürgte, unwiderruflich dahin ist, seit Rußland und Österreich entzweit sind. Deutschland ist auf sich selbst angewiesen, und hier hat Preußen mit seinen 18 Millionen Einwohnern tatsächlich die Last der Verteidigung eines Gebiets von 40 Millionen zu tragen, ohne daß es beim Bund ein stärkeres, seinen Leistungen entsprechendes Recht besitzt. Die unnatürliche Mannigfaltigkeit

*) Abgedruckt von Horst Kohl im Bismarck-Jahrbuch 3, 193 = Bismarckbriefe 1836—72, von demselben, Bielefeld 1897, S. 216—222.

Digitized by Google

seiner Landesgrenzen und das maßlos gesteigerte Souveränitätsgefühl der Einzelstaaten, welche sich nichts auflegen lassen wollen, verschärfen die Lage. Preußen muß also darnach streben, diese Lage zu verbessern; als Mittel hiezu empfiehlt sich vielleicht die Errichtung einer nationalen Vertretung des deutschen Volks beim Bund, welche gegenüber den auseinander strebenden dynastischen Interessen ein Bindemittel und ein ausreichendes Gegengewicht zu geben vermag. Diese Vertretung kann durch Delegationen der Landtage gewonnen werden — ob dieser Weg freilich ganz der richtige ist, bezweifelt Bismarck selbst, und es wird wohl Max Lenz *) recht haben, wenn er annimmt, daß Bismarck die direkte Wahl der Nationalvertretung nur deshalb nicht sofort vorschlug, weil dieser Weg dem König zu radikal scheinen mochte; es galt, ihn erst für die Idee der Volksvertretung im Grundsatz zu gewinnen; dann konnte später die beste Art, sie zu schaffen, leichter durchgesetzt werden. Die Wirksamkeit dieser Vertretung dachte sich Bismarck nicht nach dem Vorgang des Frankfurter Parlaments, das sich konstituierend nannte und in allen Dingen schlechthin maßgebend für die Einzelstaaten sein wollte; er wollte seinem Parlament nur die Gesetzgebung über das Heer, das Zoll- und Handelswesen zuweisen; er nannte es geradezu „Zollparlament“; sonst sollte die Regierungsgewalt im Innern jedem Staat unverkümmert bleiben. Er wollte auch keine Zentralgewalt über den Regierungen schaffen, sondern eine aus den Regierungen selbst hervorgehende, der die Nationalvertretung als Hilfe und Stütze nach außen und innen zur Seite treten sollte. Österreich kann an diesem neuen Deutschland nicht teilnehmen, selbst wenn zwischen seinen deutschen und seinen nichtdeutschen Landschaften bloße Personalunion (und nicht das Band des Einheitsstaates) bestünde. Auf dem bundesverfassungsmäßigen Wege werden diese Änderungen nicht wohl durchzusetzen sein; Bismarck sagt nicht mit dürren Worten, daß dazu Gewalt notwendig sein wird; er denkt es gewiß, aber er will den König nicht abschrecken und weist auf den Weg von Verhandlungen hin, welche aber mit der bestimmten Erklärung zu eröffnen sind, daß die Dinge so, wie sie jetzt sind, nicht bleiben können, daß, wenn die Verbündeten nicht zustimmen, Preußen ihre Sinnesänderung von der Zeit erwarten und einstweilen in freiwilligen Vereinbarungen

*) Geschichte Bismarcks, Leipzig 1911, Seite 129.

Digitized by Google

neben dem Bund einen Ersatz für die fehlenden Bundeseinrichtungen suchen werde. Was er damit meinte, spricht er am Ende der Denkschrift und in einem Brief an Herrn v. Below-Hohendorf vom 18. September 1861 aus. Im Jahr 1860 hatte Herzog Ernst von Koburg-Gotha einen Militärvertrag mit Preußen abgeschlossen, kraft dessen sein kleines Heer einfach ein Bestandteil des preußischen Heeres wurde; freiwillig hatte der deutschpatriotische Kleinfürst auf seine hohle Souveränität zum Wohl des Ganzen verzichtet. Man könnte, schließt Bismarck, eine Anzeige dieses Militärvertrags bei den anderen Regierungen zweckmäßig als Anknüpfungspunkt für die ganze Erörterung benützen und den Bundesgenossen in überzeugender Weise dartun, daß Preußen weder eigennützige Zwecke, noch rechts- und geschichtswidrige Umgestaltungen erstrebt, sondern daß es in der Befestigung der Wehrkraft des Bundes nur die Mittel sucht, in Treue für die Rechte der Bundesgenossen den gesamten Rechtsbestand der deutschen Staaten gegen äußere Gefahren wirksamer zu schützen. Dadurch kann auch im Volk der entmutigenden Besorgnis entgegengetreten werden, als fände Preußen den Gang der deutschen Entwicklung mit dem heutigen Bundestag abgeschlossen und strebe nicht ernstlich nach dessen fortschreitender Reform. Man fühlt überall den tiefen Unmut über die jetzigen Zustände, welche für Preußen und für Deutschland gleich unwürdig und gefährlich sind; im Innern Bismarcks kocht es; aber er fühlt, daß er dem alternden und vor Gewalt gegen angebliche Bundesgenossen noch zurückschreckenden König nicht sofort mit den äußersten Ratschlägen kommen darf, wenn er nicht gleich an der Schwelle zurückgewiesen werden will. Mag der König erst sein Heil in gütlichem Zureden und Verhandeln versuchen; stößt er auf eigensinnigen und engherzigen Widerstand, so wird seine Geduld schon reißen und er wird mit dem Schwert fordern, was das Wort nicht erreichen kann. Bismarcks innerste Empfindungen aber brechen in jenem Brief an v. Below vom 18. September 1861 hervor; er schreibt da im Gegensatz gegen das konservative Programm, welches den Ausdruck von „der Solidarität der konservativen Interessen“ enthielt: ein solches System sei gefährlich, solange es nur von Preußen, nicht auch von den andern Ländern befolgt werde; es werde zur Donquixoterie und schwäche den König für die Durchführung seiner eigensten Aufgabe, Preußen gegen Unrecht zu schützen. „Wir kommen dahin, den ganz unhistorischen, gott- und rechtlosen Souveränitätsschwindel der deutschen Fürsten, welche unser Bundesverhältnis als Piedestal benützen,

Digitized by Google

von dem herab sie europäische Macht spielen, zum Schoßkind der konservativen Partei Preußens zu machen... Wir haben Zeugnis abzulegen, daß das Bestehende der Bundesverfassung unser Ideal nicht ist, daß wir aber die notwendige Änderung auf rechtmäßigem Weg offen anstreben und über das zur Sicherheit und zum Gedeihen aller erforderliche Maß nicht hinausgehen wollen. Wir brauchen eine straffere Konsolidation der deutschen Wehrkraft so notwendig wie das liebe Brot; wir bedürfen einer neuen und bildsamen Einrichtung auf dem Gebiet des Zollwesens und einer Anzahl gemeinsamer Institutionen, um die materiellen Interessen gegen die Nachteile zu schützen, die aus der unnatürlichen Konfiguration der deutschen inneren Landesgrenzen erwachsen. Daß wir diese Dinge ehrlich und ernst fördern wollen, darüber sollten wir jeden Zweifel heben. Ich sehe außerdem nicht ein, warum wir vor der Idee einer Volksvertretung, sei es im Bunde, sei es in einem Zoll- und Vereinsparlament,*) so zimperlich zurückschrecken... Man könnte eine recht konservative Nationalvertretung schaffen und doch selbst bei den Liberalen Dank dafür ernten."

Man erstaunt, wenn man alle diese Darlegungen durchdenkt. Aus ihnen spricht die feste Entschlossenheit, den jetzigen Zustand nicht länger zu dulden; er ist gutenteils dadurch verschuldet, daß die deutschen Fürsten, welche einst Untergebene des Kaisers waren und im Fall von Pflichtversäumnis der Absetzung unterlagen, wider das Recht und die Geschichte der Nation sich in den Wahn hineingesteigert haben, als hätten sie ein Recht auf eine Souveränetät, welche ihnen erst zuwuchs, als das Reich zerfiel und welche sie am letzten Ende Napoleon I. verdankten; dieser aber ging bei seiner Politik wahrlich nicht darauf aus, Deutschland zu stärken, sondern es zu zerrütten. Vor dieser Souveränetät hat Bismarck keinerlei Achtung; sie unter deh Schutz des konservativen Prinzips zu stellen, erscheint ihm als Torheit. Flectere si nequeo superos, Acheronta movebo — er weiß, daß der Trotz der Fürsten gebändigt werden kann durch die Hilfe der Nation, welche er deshalb aus dem Zustand der Unmündigkeit und Machtlosigkeit erlösen will, indem er ihr ein Sprachrohr, ein Parlament gewährt. Aber immer

*) Im Bunde: also für den deutschen Bund, mit politischen Befugnissen. Im Zollverein (der neben dem Bund bestand): also nur mit Zollbefugnissen. Sollte nicht „Zollvereinsparlament" zu lesen sein? Das „und" ist sinnlos.

Digitized by Google

bleibt sein Blick auf das Notwendige und Erreichbare gerichtet: die Zentralgewalt, welche er an die Stelle des unfruchtbaren Bundestages setzen will, soll nicht über den Einzelstaaten sich erheben, so daß zwischen ihr und ihnen Gegensatz und Kampf die Losung wäre, sondern sie soll aus ihnen selbst hervorgehen; was der einzelne Fürst auf dem Altar des Vaterlandes opfert, soll er sozusagen wiederfinden, indem er an der Zentralgewalt Teil hat. Es sind die Grundlinien des späteren deutschen Reiches, welche uns schon jetzt in voller Klarheit bei Bismarck entgegentreten. Indem er anfängt, ist er schon der Meister; er wird sich entwickeln; aber es ist nur ein Umsetzen dessen in die Tat, was schon fertig als Gedanke in ihm vorhanden ist.

Von Baden aus begab sich Bismarck aufs Land nach Reinfeld in Hinterpommern (S. 17) und von da nach dem Seebad Stolpmünde. In dieser Zeit verlor seine Schwester Malwine, die an den Herrn Oskar v. Arnim-Kröchlendorf verheiratet war, einen hoffnungsvollen Sohn von fünfzehn Jahren, der auf der Jagd durch einen Unfall getötet wurde. In einem ergreifenden Brief aus Reinfeld vom 16. August 1861, einem der schönsten, die er je geschrieben hat, deutet Bismarck den Sinn solcher Heimsuchungen dahin: „Wir sollen uns an diese Welt nicht hängen, noch in ihr heimisch werden. Es wäre das Anziehen und Ausziehen nicht wert, wenn es damit vorbei wäre.“ Er versteht den heißen, scharfen Schmerz, der die Herzen der Eltern durchdringt, und er will ihnen nicht mit schwachen Trostgründen lästig werden; aber er mahnt sie, den gerechten Schmerz nicht mit Bitterkeit und Murren zu mischen, sondern daran zu denken, daß sie das geliebte Kind fünfzehn Jahre besessen haben und sich als Gesegnete betrachten müssen im Vergleich mit den vielen, welche Elternfreuden nicht gekannt haben. Alles tief und fromm empfunden — kein Pfarrer könnte etwas Besseres sagen — und keine Worte bloßen, angeblich religiösen, Geschwätzes.

Am 18. Oktober 1861 war Bismarck bei der Krönung in Königsberg, wo der König seine Krone vom Altar nahm und sie sich selbst aufs Haupt setzte, um zu zeigen, daß er sie von niemand habe als von Gott und nur ihm verantwortlich sei: was seiner tiefsten Überzeugung entsprang und die geheimste Kraft seines langen und tatenreichen Lebens gewesen ist. Der Regen königlicher Gnadenerweisungen, der an diesem Tage niederging, brachte Bismarck den Rang eines wirklichen geheimen Rats und das Beiwort (Prädikat) Exzellenz. Von Königsberg reiste er sofort nach

Digitized by Google

St. Petersburg und blieb hier noch ein volles halbes Jahr, mit dem alten Behagen an den dortigen Verhältnissen, vom Kaiser so ausgezeichnet, daß dieser in seiner Gegenwart die Zigarre nicht weglegte, an Schlittenfahrten und Bärenjagden sich erfreuend; er zog sich einmal einen jungen Bären auf, „der den Tod seiner Mutter gestern durch einen Biß in meinen Finger gerächt hat;" er hätte am liebsten die pommerischen Wälder „mit dieser ebenso unschädlichen als interessanten Wildgattung" bevölkert. Den Dingen in der Heimat folgte er mit gespanntem Interesse. Die Wahlen zum Abgeordnetenhaus, dessen Frist abgelaufen war, ergaben im Dezember 1861 ein starkes Anwachsen der neu gebildeten „Fortschrittspartei", und als das Haus eine größere Spezialisierung des Staatshaushalts verlangte und sich der Heeresorganisation abgeneigt zeigte, ward es am 11. März 1862 sofort wieder aufgelöst und das seit 1858 bestehende liberale Ministerium „der neuen Ära" am 18. März entlassen. Roon und der Finanzminister v. der Heydt, ein altliberaler rheinischer Großindustrieller, waren die Seele des neuen, sonst aus lauter stramm konservativen Männern (v. Jagow, v. Itzenplitz, Graf zur Lippe) bestehenden Ministeriums, und Roon bezeichnete den Umschwung mit den Worten, daß es nun mit dem Buhlen und Kokettieren mit der sogenannten öffentlichen Meinung vorbei sei; in Preußen bestehe nicht ein Scheinkönigtum wie das Louis Philipps, sondern ein echtes Königtum von Gottes Gnaden — das, so war sein Sinn, nicht von dem Parlament geschoben wird, sondern selber dem Staatsschiff den Kurs anweist. Graf Bernstorff blieb als Minister des Auswärtigen, aber nicht sowohl aus eigenem Wollen, als weil der König es wünschte; seine Tage waren gezählt; die Stunde, da man Bismarck brauchte, rückte immer näher. Vorerst rief man ihn aus St. Petersburg ab, wohin im März der bisherige Gesandte bei der hohen Pforte, Robert v. der Goltz, ernannt wurde. Bernstorff befahl Bismarck, rasch nach Berlin zu kommen, und in aller Eile mußte dieser packen und zweihundert Abschiedsbesuche machen; anfangs Mai 1862 verließ er die russische Hauptstadt, wo er mehr als drei Jahre beglaubigt gewesen war und zweiundzwanzig Monate zugebracht hatte.

Der St. Petersburger Aufenthalt war sowohl für Bismarck als für Preußen von großer Wichtigkeit. Für ihn selbst war es später von hohem Wert, daß er einen der wichtigsten Schauplätze der europäischen Diplomatie gründlich kennen lernte, daß er vor allem dem Zar Alexander II. selbst und seinem auswärtigen Minister Fürsten Gortschakóff näher trat. Er fand an dem Zaren einen

Digitized by Google

ehrlichen, edlen und uneigennützigen Sinn, eine gewisse Neigung zur Weichheit und Rührsamkeit, eine von Formalitäten freie liebenswürdige Art, wenig Neigung für tieferes Eingehen auf auswärtige Dinge, mehr Interesse für militärische und innere Angelegenheiten, und nahm wahr, daß er in der Frage liberaler Staatseinrichtungen von seinen Ratgebern nach wohlkombinierten Plänen auf Wegen geleitet wurde, die nicht dahin führten, wo er selbst anzukommen wünschte (s. Bismarcks Briefwechsel mit Freiherrn v. Schleinitz, 1905, S. 68. 72. 135. 138. 141. 156. 185). Gortschakóff, sein „ministerieller Freund", war nach Bismarcks Urteil an sich mitteilsam, so daß er in auswärtigen Dingen seine Ansichten durch selbstgeschriebene Zeitungsartikel (für den Brüsseler „Nord") urbi et orbi kundgab. Über französische Dinge war er zurückhaltend, vielleicht weil er nichts über sie wußte. Die Aussicht, vor russischen Notabeln glänzende Staatsreden halten zu können, welche von der Welt bewundert werden würden, begeisterte ihn für die Pläne einer russischen Verfassung. Dilettantische Urteile über Österreichs bevorstehende Auflösung lehnte er als Mann vom Fach ab. Die russischen Fasten beobachtete er mit äußerster Strenge, so daß er alles vom lebenden Tiere, Fische und mit Tierkohle geläuterten Zucker in dieser Zeit verschmähte und körperlich ganz erschöpft wurde. Er war der Mittelpunkt aller auswärtigen Geschäfte, vielseitig, in Geldsachen unbestechlich, hervorragend befähigt und arbeitskräftig (s. ebenda S. 115. 151. 157. 158. 159. 166. 174. 178. 185). Vor allem war Bismarck auch Gelegenheit gegeben, die polnischen Bestrebungen und das Verhalten der Russen dazu zu studieren; er sah mit Staunen, daß die Nationalitätsschwärmer unter den Russen geneigt waren, das eigentliche Polen mit seinen drei Millionen Seelen sich selbständig organisieren zu lassen und dafür vielleicht von Österreich den ruthenischen Teil Galiziens einzutauschen; der Zar berief auch polnische Notable und zeigte den Polen bei bäuerlicher Widersetzlichkeit eine Nachgiebigkeit, welche er seinen eigenen russischen Bauern nicht bewies (ebenda S. 117. 156 f. 163. 168). Für Preußen hatte Bismarcks russische Periode den großen Wert, daß der Zar in Bismarck einen aufrichtigen Freund des guten Einvernehmens zwischen St. Petersburg und Berlin und einen Gegner Österreichs kennen lernte; das Zutrauen zur preußischen Politik, welche im Krimkrieg schwankend gewesen war, empfing eine bedeutsame Stärkung, und Bismarck sammelte in diesen Jahren ein Kapital von politischem Kredit an, das später reiche Zinsen tragen sollte.

Nach der Eile, mit welcher Bismarck nach Berlin beschieden wurde, hätte man annehmen müssen, daß ihm dort eine wichtige Rolle zugedacht war; und an Anlaß, sich seiner zu bedienen, fehlte es nicht. Die Neuwahlen zur Kammer hatten einen großen Sieg der Fortschrittspartei gebracht, wodurch die vorher schon gespannte Lage sehr verschärft wurde; es galt entweder gegen die Kammer anzugehen oder vor ihr die Segel zu streichen; mit dem Lawieren hatte es ein Ende. Zweitens hatte Bernstorff am 29. März 1862 einen freihändlerischen Handelsvertrag mit Frankreich abgeschlossen, der, da Preußen ein Glied des Zollvereins war, an diesen gebracht werden mußte; Österreich sah aber in diesem Vertrag eine Verletzung des durch Vertrag vom 19. Februar 1853 zwischen ihm und dem Zollverein begründeten Verhältnisses (S. 50f.) und den Anfang vom Ende der Handelsbeziehungen zwischen ihm und dem Zollverein; deshalb protestierte der Minister des Auswärtigen, Graf Rechberg, am 7. Mai gegen die Annahme des Handelsvertrags, der aber am 2. August von Bernstorff unterzeichnet ward. Während in Sachsen Regierung und Kammer einmütig ihm zustimmten und der preußische Landtag dasselbe tat, schloß sich der schutzzöllnerische Süden dem Widerstand Österreichs an. Drittens hatte der Kurfürst Friedrich Wilhelm von Hessen 1860 seinem Land statt der liberalen Verfassung von 1831 eine reaktionäre Verfassung gegeben, und als die Kammer dagegen protestierte, löste er sie am 8. Januar 1862 auf und verlangte, daß jeder Staatsbürger, welcher zum Landtag wählen wolle, diese neue Verfassung anerkennen müsse. Den Bürgern, welche dem Kurfürsten nun die Steuern verweigerten, wurden durch Militärschlosser die Schränke erbrochen und aus diesen das schuldige Geld entnommen, oder es wurden ihnen Hausgerätschaften, Kleider und Waren gepfändet. Eine solche Willkürherrschaft war selbst in dem reaktionären Deutschland nach 1848 unerhört gewesen; niemand wollte die Verantwortung dafür mit übernehmen. Österreich und Preußen beantragten am 8. März, daß der Bundestag den Kurfürsten zur Herstellung der Verfassung von 1831 auffordern solle, und der Bundestag nahm diesen Antrag am 24. Mai 1862 mit allen Stimmen gegen die Mecklenburgs und Holsteins an. Hierauf erklärte der Kurfürst am 22. Juni in der Tat die Verfassung für hergestellt, nicht ohne daß Preußen gedroht hatte, zur Ahndung des beleidigenden Benehmens des Kurfürsten gegen den preußischen Gesandten General v. Willisen zwei Armeekorps auf Kriegsfuß gegen Hessen zu stellen; jetzt erhielten die bis an die kurhessische Grenze vorgerückten Regimenter Befehl zum Rückmarsch.

Digitized by Google

Viertens hatte der Herzog Ernst II. von Koburg-Gotha am 31. Oktober 1861 beim Bundestag die Bildung einer wirksamen deutschen Zentralgewalt und einer Nationalvertretung angeregt, wodurch ein einheitliches Heer, eine einheitliche Flotte, eine einheitliche Leitung der auswärtigen Angelegenheiten gewährleistet werden sollten, und am 13. Dezember 1861 hatte der badische Minister des Auswärtigen, Freiherr v. Roggenbach, in der Kammer zu Karlsruhe sich in ähnlicher Weise ausgesprochen; es gehe nicht an, daß diese höchsten Fragen immer nur in Vereinen und auf der Straße, in den Herzen und Köpfen aller, niemals aber in ernster geschäftlicher Weise betrieben würden. In allen diesen Fragen hatte Graf Bernstorff sich weit rühriger und tätiger als sein Vorgänger v. Schleinitz gezeigt; besonders in der deutschen Frage trat er viel fester auf und bezeichnete die Schaffung eines engeren Bundes ohne Österreich mit einem Parlament als Preußens Ziel; auch schreckte er vor einem Einvernehmen mit Frankreich und vor der Anerkennung des Königreichs Italien nicht zurück, das von den Stockkonservativen als eine Ausgeburt der Revolution verabscheut wurde. Aber Bernstorff fehlte doch die eiserne Festigkeit, welche von der schwierigen Lage erfordert wurde, und die notwendige souveräne Erhebung über die inneren Gegensätze, welche Preußen zerklüfteten; er war persönlich ein Konservativer, der es mit seiner Partei hielt, und doch zwang ihn die politische Lage, in der sich Preußen befand, nach außen als Vorkämpfer liberaler, ja selbst sogenannter revolutionärer Grundsätze aufzutreten. So ward ihm selbst seine Stellung unbehaglich, und er dachte noch vor Ablauf eines Jahres daran, sich wieder auf einen Gesandtschaftsposten zurückzuziehen. Für diesen Fall war Bismarck sein gegebener Nachfolger im auswärtigen Amt; es wurde jetzt auch sehr ernsthaft über die Sache mit Bismarck verhandelt, auch seitens des Königs selbst; es kam auch schon die Übertragung des Ministerpräsidiums an Bismarck in Frage. Aber nach wie vor schreckte Wilhelm I. davor zurück, einen Mann an die Spitze des Auswärtigen und gar der ganzen Regierung zu stellen, der die Reform der deutschen Bundesverfassung rücksichtslos gegen Österreich und unter Nichtachtung des „ganz unhistorischen, gott- und rechtlosen Souveränetätsschwindels der deutschen Fürsten“ durchsetzen wollte. „Wenn Sie Krieg mit Hessen wollen,“ sagte Bismarck am 15. Mai 1862 zu Bernstorff, „so ernennen Sie mich zu Ihrem Unterstaatssekretär; ich mache mich anheischig, in vier Wochen einen inneren Krieg erster Qualität zu entfesseln.“ Als Bismarck sah, daß der König zu keinem Ja kommen konnte, erklärte er dem Grafen,

Digitized by Google

er solle ihm, der nun vier Wochen zwischen Tür und Angel stand und im Gasthof lebte, einen Posten geben oder seine Entlassung annehmen. Jetzt sich von Bismarck trennen, wo nur noch die Konservativen die königliche Regierung im Kampf um die Heeresorganisation unterstützten, hätte geheißen die einzigen Freunde verletzen, die man noch hatte; Bernstorff erwirkte also am 22. Mai die Ernennung Bismarcks zum Gesandten in Paris, wo Graf Pourtalès vor kurzem gestorben war.

Bismarck reiste sofort auf seinen neuen Posten ab, allerdings mit dem Gefühl, daß es voraussichtlich nicht auf lange Zeit sein werde, und traf am 29. Mai 1862 in Paris ein, wo er in der Rue de Lille, in einem von Vizekönig Eugen Beauharnais erbauten weitläufigen Hause, „wie eine Ratte in einer leeren Scheune," Wohnung nahm. Am 1. Juni ward er von Napoleon III. empfangen, ohne daß dabei mehr als die gewöhnlichen Redewendungen ausgetauscht wurden. Bei einem Tischgespräch am 5. Juni äußerte der Kaiser, daß Frankreich einen Zustand in Deutschland wünschen müsse, der die Gärungsstoffe beseitige und friedliche und gedeihliche Beziehungen beider Länder ermögliche; es könne sich mit jeder Gestaltung der deutschen Dinge befreunden; nur einer Eventualität könne es unter keinen Umständen zustimmen, dem Eintritt Gesamt-Österreichs in den deutschen Bund; denn dann würde von der unteren Donau bis zum unteren Rhein ein politischer Organismus herrschen, welcher das europäische Gleichgewicht vollständig stören würde.*) Es versteht sich von selbst, daß Bismarck an nichts weniger als an diese Hereinnahme Österreichs dachte. Dann hatte er am 26. Juni in Fontainebleau, wohin der Kaiser ihn einlud, eine lange Unterredung mit diesem, wobei Napoleon III. ihn direkt fragte, ob der König wohl geneigt wäre, eine Allianz mit ihm abzuschließen? Sein Gedanke ging auf eine „diplomatische Allianz", in der man die Gewohnheit gegenseitigen Vertrauens annehme und für schwierige Lagen auf einander rechnen lerne; also auf das, was man heute eine entente cordiale, ein herzliches Einvernehmen, zu nennen sich gewöhnt hat. Bismarck, der die Stimmung seines Königs sehr wohl kannte, antwortete, daß der König für den Kaiser die freundschaftlichsten Gesinnungen hege, daß aber zu einem Bündnis doch ein Beweggrund, ein bestimmter Zweck

*) Immediat-Bericht Bismarcks an den König vom 7. Juni 1862, bei Karl Alexander v. Müller, Erinnerungen an Bismarck. Stuttgart 1915, S. 288 ff.

Digitized by Google

gehöre. Im Verlauf des Gesprächs sagte der Kaiser, daß in Österreich über Bismarcks Ernennung nach Paris und das gleichzeitige Eintreffen des russischen Gesandten Barons von Budberg daselbst ein panischer Schrecken entstanden zu sein scheine und der österreichische Gesandte, Fürst Metternich, im Auftrag seiner Regierung ihm mitgeteilt habe, daß er unbegrenzte Vollmachten habe, sich mit Frankreich über alle und jede Frage zu verständigen, die der Kaiser anregen werde. Bismarck zog aus der einigermaßen unvorsichtigen Mitteilung Napoleons den Schluß, daß es nur an Frankreich, nicht an Österreich lag, wenn nicht schon ein französisch-österreichisches Bündnis gegen Preußen zustande gekommen war; er hielt Österreich für fähig, Venetien oder das linke Rheinufer zu opfern, wenn dafür auf dem rechten eine Bundesverfassung mit gesichertem Übergewicht Österreichs über Preußen zu erkaufen sei. Der Kaiser äußerte, er habe eine fast abergläubische Abneigung dagegen, sich mit dem Geschicke Österreichs zu verflechten, das nach seiner ganzen Zusammensetzung dem von Napoleon III. vertretenen Nationalitätsprinzip todfeindlich gegenüberstehen mußte.

Bismarck benützte die Gelegenheit, in Paris alte Bekanntschaften aufzufrischen, die im Vordergrund stehenden Personen kennen zu lernen und sich über die vorhandenen Bestrebungen zu unterrichten. Er nahm wahr, daß es dreierlei politische Richtungen gab, die amtliche, die vor dem Senat und dem gesetzgebenden Körper vertreten wurde; die persönliche des Kaisers, die durch geheime Botschaften und Intriguen sich betätigte, und die der Kaiserin, die „katholisch, konservativ, papistisch, selbst österreichisch war" und auf enges Zusammengehen der katholischen Mächte — Frankreich, Österreich, Spanien — abzielte. Er besuchte den Minister des Auswärtigen Thouvenel und den des Innern Persigny, welcher Anlaß nahm, ihm zu raten, daß der König Wilhelm sich durch das Schicksal Ludwigs XVI., Karls X. und Ludwig Philipps warnen lasse, niemals seinen Degen ablege und lieber die Kammer dreimal auflöse, als daß er sich vor ihr zurückziehe. Schon 1842 hat Bismarck die Bekanntschaft von Thiers gemacht (S. 14); jetzt nahm er keinen Anstand, den Salon dieses Führers der Opposition aufzusuchen, und nach einem allerdings von dritter Hand stammenden Bericht machte er aus seinem Herzen keine Mördergrube und entwickelte mit aller Kaltblütigkeit seinen Plan, Deutschland umzugestalten. Ebenso offen verfuhr er auf einem gelegentlichen Abstecher nach London, wo er die Weltausstellung besuchte und mit den am Ruder befindlichen liberalen Staatsmännern Palmerston und Russel sprach; bei beiden

Digitized by Google

stieß er auf einen völligen Mangel an Verständnis und von Bekanntschaft mit den wirklichen Zuständen und Verhältnissen Preußens. Dem Toryführer Disraëli erklärte Bismarck, er werde demnächst ans Ruder kommen und dann den Krieg an Österreich erklären, den deutschen Bund auflösen und Deutschland unter Preußens Führung einigen. „Geben Sie auf diesen Menschen acht," sagte Disraeli zu dem sächsischen Gesandten Vitzthum von Eckstädt; „er führt das im Schild, wovon er spricht." Inzwischen dauerte die Ungewißheit in Berlin beständig fort; Roon lag dem König immer an, daß er Bismarck das Ministerpräsidium übertragen solle; auf ein Ministerium ohne bestimmten Auftrag, wobei er wesentlich als parlamentarischer Sprechminister hätte dienen sollen, wollte sich Bismarck nicht einlassen, und was das Auswärtige anbetraf, so wollte weder der immer schwankende Bernstorff sich zum Rücktritt entschließen, noch der König ihn dazu drängen — schon um nicht für Bismarck sich entscheiden zu müssen. Er empfand, daß Bismarck berufen hieß: sich auf seine Politik verpflichten; immer noch konnte er sich dazu nicht aufraffen. So nahm Bismarck am 25. Juli einen sechswöchigen Urlaub, um in den Süden von Frankreich zu reisen, wobei er auch nach dem spanischen San Sebastian gelangte, um die Bäder dort und die von Biarritz zu gebrauchen. Wir verdanken dieser Reise eine Anzahl meisterhafter, in ihrer Ursprünglichkeit und Frische unvergleichlicher Briefe an seine Gattin, worin er die Reize von Biarritz, „das Siebengebirge mit dem Drachenfels ans Meer gestellt, daneben den Ehrenbreitstein und zwischen beiden ein Meeresarm, etwas breiter als der Rhein," und das Badeleben mit den Orloffs unübertrefflich schildert. „Ihn kennst Du, und sie würde Dir ebenso gefallen, ganz Deine Abneigung gegen Hof und Salon, wie ein pommerisches Fräulein mit gerade genug Anflug der großen Welt ... Sie spielt mir alle Tage sämtliche Mendelssöhne, die Beckers (S. 44) uns sangen, und Beethovens Winterreise, und ist eine Frau, für die Du Dich passionieren wirst, wenn Du sie kennst." Aber trotz des vielen Schönen, das er sah und genoß, „kam er sich doch wie ein Verbannter vor, und war mit seinen Gedanken mehr am pommerischen Fluß Kamenz, als am Adour;" „ich habe ein schlechtes Gewissen, daß ich so vieles Schöne ohne Dich sehe" (Brief vom 29. Juli aus Bayonne, und vom 4. August aus Biarritz). Von Biarritz reiste er über Toulouse, Montpellier und Avignon nach Paris, höchst mißvergnügt, daß er immer noch nicht wußte, ob er den Winter über in Paris zu bleiben habe, in welchem Falle er seine Familie dorthin nachkommen lassen

Digitized by Google

wollte; der bisherige Zustand, wo „ich meine Familie in Hinterpommern, meine Möbel in St. Petersburg, meine Wagen in Stettin, meine Pferde in Schönhausen habe und ich selbst nicht weiß, wo ich diesen Winter mein Haupt hinlegen soll," war ihm unleidlich. Da erhielt er am 18. September in Paris ein Telegramm von Roon: „Periculum in mora. Dépêchez-vous," aus dem er entnahm, daß — wie ihm von Roon schon nach Avignon telegraphiert worden war — „die Birne reif sei" und er jetzt ungesäumt nach Berlin sich aufmachen solle. Der Augenblick, wo er von der Peripherie ins Zentrum vorrückte, von der zweiten Stellung in die erste übergehen sollte, war gekommen.



Digitized by Google

Digitized by Google

Drittes Buch

Bismarck als preußischer Ministerpräsident und Bundeskanzler

Digitized by Google

Digitized by Google

Erstes Kapitel.

Ministerpräsidium. Militärkonflikt. Konvention Alvensleben. Österreichischer Reformentwurf.

Wie war es gekommen, daß die so lange verzögerte Entscheidung nun endlich herannahte? Das Abgeordnetenhaus stellte sich mit Nachdruck auf den Standpunkt, daß Preußen ein Rechtsstaat und kein Militärstaat sei; es bestand also darauf, daß auch das Militärwesen streng unter die Vorschriften der Verfassung falle und kein Soldat in der Front stehen dürfe, für den das Geld nicht ordnungsgemäß bewilligt sei. Durch die Verfassung war das Recht des absoluten Königs, die Heeresstärke beliebig zu bestimmen, gefallen, und im Fall der äußersten Anspannung des Prinzips konnte das Parlament die Heergewalt des Königs völlig matt setzen. Eben daran, daß auch für das Heer die parlamentarische Genehmigung nötig sei, sollte sich nun erproben, ob das Parlament etwas bedeutete oder ob es nur ein Scheinwesen war. Am 11. September 1862 begann die entscheidende Beratung des Militäretats, der bisher immer wieder, aber immer nur vorläufig, bewilligt worden war. Die Fortschrittspartei, ein starkes Drittel des Hauses, neigte zur gänzlichen Ablehnung der Reorganisation und zur Rückkehr zu dem Zustand von 1860; nur unter einer Bedingung wollte sie die Reorganisation annehmen, wenn nämlich die zweijährige Dienstzeit wieder — und zwar gesetzlich — eingeführt werde. Dann werde es auch möglich sein, ohne Mehrkosten nicht bloß 63 000, sondern sogar 80 000 Rekruten jährlich einzustellen und so Preußens Wehrkraft um ein volles Viertel zu erhöhen. Es war umsonst, daß die Regierung durch äußerste Einschränkung die Kosten um vier Millionen Taler verringert hatte; das Parlament wollte nicht bloß Geldersparnis, sondern prinzipielle Nachgiebigkeit. Am 17. September erklärte sich Roon bereit, die Frage der zweijährigen Dienstzeit *) zu überlegen; es verdient bemerkt zu werden, daß er zu

*) Über das Nähere s. Adalbert Wahl, Beiträge zur Geschichte der Konfliktszeit, Tübingen 1914, S. 93 ff. Er geht der Sache erheblich mehr auf den Grund als Fritz Löwenthal in seiner übrigens sehr nützlichen Schrift: der preußische Verfassungskonflikt 1862—66, München 1914, S. 104 ff.

Digitized by Google

diesem, wie er schreibt, „schwächlichen Versöhnungsversuch“ durch die Mehrheit des Ministeriums gedrängt wurde, namentlich durch Schleinitz (als Minister des königlichen Hauses), Bernstorff und v. der Heydt. Er selbst war dagegen, weil er an einem Auskommen mit diesem Abgeordnetenhaus doch verzweifelte und es also für unnütz hielt, ihm Zugeständnisse zu machen; vor dem offenen Konflikt mit dem Parlament aber, welcher Preußens Ansehen sehr schaden und seine Kräfte zerrütten mußte, schreckte er doch zurück. An sich war die zweijährige Dienstzeit auch nach Roons Ansicht zu ertragen, wenn man das Ausbildungspersonal verstärkte, wenn man namentlich tüchtige „Kapitulanten“ (welche gegen gewisse Vorteile als Unteroffiziere weiter dienten) zu finden vermochte; Bismarck selbst teilte diese Ansicht, welche ja auch 1893 im deutschen Reich obgesiegt hat. Aber der König und der Chef des Generalstabs, Moltke, waren der Meinung, daß ohne dreijährige Anwesenheit unter der Fahne tüchtige Soldaten, welche auch unter schwierigen Umständen Probe hielten, nicht zu gewinnen seien; der Versöhnungsversuch schlug also fehl, und nun ließ Roon am 18. September jene Depesche an Bismarck abgehen.

Die Verhandlungen in der Kammer nahmen einen solchen Verlauf, daß der König zweifellos bald vor die Wahl gestellt wurde, entweder die Reorganisation zurückzuziehen oder sie ohne parlamentarische Bewilligung aufrecht zu halten; das zweite aber war offener Rechtsbruch, was auch Roon selbst nicht bestritten hat. Die Mehrheit der Minister war gegen einen solchen Konflikt; Bernstorff und v. der Heydt erklärten, daß sie, wenn nicht ein Einvernehmen mit der Kammer durch Annahme der zweijährigen Dienstzeit erzielt werde, ihre Entlassung erbitten müßten; wahrscheinlich war es, daß auch andere Minister dasselbe tun würden. Der König war aufs tiefste bekümmert; er faßte jetzt den Entschluß ins Auge abzudanken und legte seinem Sohn Friedrich Wilhelm, den er am 18. September aus dem thüringischen Lustschloß Herzog Ernsts, Reinhardsbrunn, herbeigerufen hatte, die Abdankungsurkunde — noch ohne seine Unterschrift — vor. Der Kronprinz weigerte sich aber, das Schriftstück auch nur zu lesen; er wollte die Krone unter diesen Umständen nicht annehmen, da er erstens selbst für die dreijährige Dienstpflicht war, zweitens seine Regierung nicht mit einem Rückzug vor dem Parlament — vollends in einer so hochwichtigen Sache — beginnen wollte, drittens die Gegensätze durch den von der Kammer ertrotzten Verzicht des Königs nur noch verschärft worden wären und die Konservativen in diesem Kampfe notgedrungen den Vater gegen

den zu liberalen Ansichten sehr hinneigenden, Preußens Wehrkraft vernachlässigenden Sohn ausgespielt hätten. Viertens widersprach es des Kronprinzen kindlichem Gefühl, des Vaters Bedrängnis gewissermaßen zur Gewinnung der Krone auszunutzen, für welche der Vater an sich Kraft und Fähigkeit noch übergenug besaß. Eine Unterredung des Kronprinzen mit Bismarck am 20. September, über die nichts weiter bekannt ist, als daß Bismarck um seine Ansicht gefragt wurde, verlief ohne Ergebnis. So mußte Wilhelm I. auf dem Posten bleiben, um was ihn auch das Staatsministerium eindringlich bat, und nun weigerte er sich nicht länger, Roons und Manteuffels erneuten Vorstellungen nachzugeben und den Mann herbeizurufen, vor dessen gigantischer Größe und Unwiderstehlichkeit er (nach einer Mitteilung des geheimen Rats Sammer) auch jetzt noch „einen innerlichen Widerwillen“ hatte, der aber der einzige Ferge war, der jetzt das Schiff durch die Klippen bringen konnte.*)

Es war am Morgen des 22. September 1862, daß Bismarck in weltgeschichtlicher Stunde im königlichen Arbeitszimmer des Schlosses Babelsberg bei Potsdam vor seinen König trat und auf dessen Erklärung, daß er abdanken wolle, weil er weder gegen seine Überzeugung regieren könne, noch auch Minister finde, die ihm gegen die Mehrheit der Kammer beistehen, antwortete: er sei, wie Seiner Majestät bekannt sei, seit Mai bereit, in das Ministerium einzutreten; er sei gewiß, daß Roon neben ihm im Amte bleiben werde und daß es gelingen werde, das Kabinett zu vervollständigen, falls andere Mitglieder sich durch seinen Eintritt zum Rücktritt bewogen finden sollten. Der König fragte, ob Bismarck auch bereit sei, als Minister für die Heeresreorganisation selbst gegen die Mehrheit des Landtags und deren Beschlüsse einzustehen. Bismarck antwortete mit Ja, was sich nach seiner Zusage, überhaupt unter den jetzigen Umständen einzutreten, von selbst verstand, und damit war der Grund, den der König für seine Abdankung namhaft gemacht hatte, das Fehlen von Ministern, hinfällig: jetzt konnte er hoffen, daß er, mit Bismarcks Hilfe, nach seinem Gewissen regieren könne. Er schloß

---

*) Promnitz, Bismarcks Eintritt ins Ministerium, Berlin 1908, S. 240, meint, daß der König bei Bismarcks Berufung nicht beabsichtigt habe, mit Bismarck wo irgend möglich über seinen Eintritt ins Ministerium einig zu werden und ihn zu ernennen. Das widerspricht der Situation. Vermittlungsversuche des Kronprinzen zwischen König und Abgeordnetenhaus (Promnitz S. 202) kann ich aus Albrecht v. Stoschs Denkwürdigkeiten S. 52 nicht herauslesen; der Brief vom 28. September 1862 ist offenbar falsch datiert (8. September?) und ist recht dunkel.

Digitized by Google

also diesen ersten Teil des Gesprächs mit den Worten: „Dann ist es meine Pflicht, mit Ihnen die Weiterführung des Kampfes zu versuchen, und ich danke nicht ab.“ Darauf forderte er Bismarck auf, ihn zu einem Spaziergang in den Park zu begleiten, und legte ihm einen (acht eng geschriebene Seiten umfassenden) Entwurf vor, den er offenbar für den Fall aufgesetzt hatte, daß Bismarck ihm durch sein Angebot, Minister zu werden, das Verbleiben auf dem Thron ermögliche. Der Entwurf enthielt eingehende Erörterungen aller schwebenden Fragen, namentlich die Forderung einer Reform der Kreisordnung als ein Zugeständnis an die Liberalen, und Bismarck hatte den Eindruck, daß der Entwurf vielleicht zur Sicherstellung gegen eine ihm vom König zugetraute konservative Durchgängerei dienen, ihm also möglichst die Hände binden sollte; er vermutete, daß der Entwurf auf die Königin Augusta zurückzuführen sei, von deren politischer Einsicht ihr Gemahl eine hohe Meinung hatte. Bismarck schnitt aber die Erörterung der Einzelheiten des Entwurfs mit den Worten ab, daß es sich jetzt nicht um konservativ oder liberal handle, sondern um die Frage, ob in Preußen das königliche Regiment oder die Parlamentsherrschaft maßgebend sei; er wolle lieber mit dem König untergehen, als ihn in diesem Kampfe im Stich lassen. Noch nach dreißig Jahren, als er die „Gedanken und Erinnerungen“ diktierte, erinnerte sich Bismarck, daß diese Auffassung damals in ihm „durchaus lebendig und maßgebend“ war. Nicht darauf also kam nach seiner Ansicht es jetzt an, ob in Preußen konservativ oder liberal regiert wurde, sondern ob der König, der eine große Maßregel zur Stärkung Preußens und zur Betätigung einer kraftvollen preußischen Politik in die Wege geleitet hatte, diese Maßregel aufrecht zu halten vermochte oder ob er vor einem Parlament, in welchem „Negation und Phrase“ mächtig waren, zurückweichen mußte. Nachdem der König zur Erkenntnis gekommen war, daß die Heeresorganisation eine Staatsnotwendigkeit ersten Ranges sei, welche er gewissenshalber und im Hinblick auf das Wohl Preußens durchführen müsse, war ein Rückzug in der Tat nicht mehr möglich, ohne daß eine Katastrophe der Monarchie selbst die Folge war. Diese galt es zu verhüten, weil durch sie die wurzelfesteste politische Gewalt, welche es in Deutschland gab, zum unberechenbaren Schaden Preußens und Deutschlands vernichtet worden wäre. Daß Bismarck, dies zu verhüten, sich mit seinem Schild vor die Krone stellte, bereit alle gegen sie gerichteten Pfeile mit seiner Brust aufzufangen, ist eine Tat von größter Tragweite gewesen; sie legte über alle Schwierigkeiten und

Digitized by Google

Bedenken des Augenblicks hinweg in der Seele des Königs den Grund zu einem einzigartigen Verhältnis des Vertrauens und des Gefühls der Zusammengehörigkeit zwischen ihm und dem Minister; es ist trotz vieler Meinungsverschiedenheiten, die sich einstellten, mit den Jahren nur immer stärker und unerschütterlicher geworden. So fest der Entschluß zur Behauptung der königlichen Autorität aber auch stand — die Ereignisse der nächsten Wochen zeigen, daß der König und Bismarck eins wurden, zunächst noch alle Möglichkeiten einer friedlichen Lösung des Knotens zu versuchen und die Verantwortlichkeit für einen Bruch möglichst dem Parlament zuzuschieben.

Am Tag nach jener denkwürdigen und folgenreichen Unterredung, am 23., erfolgte die entscheidende Abstimmung über die Militärvorlage im Abgeordnetenhaus. Abgesehen von 200 000 Talern, welche für den bereits geschehenen Ankauf von drei kleinen Kriegsfahrzeugen nachträglich bewilligt wurden, lehnte das Haus alle Neuforderungen zu Heereszwecken mit 273 Stimmen der Fortschrittspartei und des linken Zentrums gegen 68 konservative, bezw. altliberale Stimmen (diese unter Georg von Vinckes Führung) ab, und genehmigte darauf das so abgeänderte Gesetz über den Staatshaushalt mit 308 Stimmen gegen 11. Diese kleine Minderheit stellte damals den ganzen Bestand der konservativen Fraktion dar, welche später bei demselben Wahlrecht auf das Vierzehnfache dieser Ziffer angewachsen ist. Als Roon und Bismarck dem König am Nachmittag des 23. das Ergebnis der Abstimmung überbrachten, zögerte dieser nicht, die Antwort zu geben, welche die Lage klärte: er ernannte noch am 23. September, unter Gewährung des Abschiedsgesuchs des Ministerpräsidenten Fürsten Adolf v. Hohenlohe-Ingelfingen, Bismarck zum Staatsminister mit dem einstweiligen Vorsitz im Ministerium. Der König forderte dabei von Bismarck ausdrücklich die Fortführung der Bernstorffschen Politik in der deutschen Frage und in der des Handelsvertrags, was Bismarck beides ohne Schwierigkeiten zusagen konnte, da es seinen Ansichten entsprach (S. 81 und 101 *). Die Gegenzeichnung dieses königlichen Erlasses übernahm Roon als der dienstälteste der Minister.

*) Ob diese Forderungen des Königs über die auswärtige Politik schon am 22. September oder erst in der zweiten Unterredung am 23. nachmittags erhoben wurden, wie Promnitz S. 245 ff. nachzuweisen sich bemüht, bleibe dahingestellt. Sie könnten auch erst zwischen dem 23. September

Digitized by Google

Die Aufnahme dieser Ernennung *) war ihrer Bedeutung entsprechend. Die (demokratische) Fortschrittspartei, welche Bismarck völlig und allein nach seinem Auftreten in den Jahren 1847—50 beurteilte, faßte seinen Eintritt ins Kabinett kurzweg als eine Herausforderung auf und tat ihn rasch und höhnisch als Typus des „Junkers“ ab. Die liberalen Organe verfuhren fast noch schlimmer, indem sie Bismarck wegen der Offenherzigkeit, mit der er seine politischen Ansichten und Absichten kundgab, als leichtsinnigen Politiker hinstellten, der nicht recht ernst zu nehmen sei; die von Gustav Freytag geleitete angesehene Wochenschrift „die Grenzboten“ sprach die Meinung aus, daß er sich kein Jahr werde halten können und daß auch eine größere Kraft als er gegenüber dem Abgeordnetenhaus, dessen besonnene und feste Haltung sehr gelobt ward, scheitern müßte. Auch eine größere Kraft — daß eine solche damals auf dem Erdenrund nicht zu finden war, davon hatten die „Grenzboten“ und ihre Gesinnungsgenossen keine Ahnung. In Paris hatte man, obwohl Bismarck dort nur zwei Monate zugebracht hatte, doch den Eindruck erhalten, daß er kein gewöhnlicher Mensch sei; aber man stand doch auch unter dem Berliner Bann und sah in ihm den hobereau et féodal arriéré, den Junker und rückständigen Feudalen, der durch den Zeitgeist bald weggefegt sein werde. In Petersburg begrüßte man Bismarcks Ernennung mit großer Genugtuung, in Wien mit Sorge und Verdruß.

Das erste Auftreten Bismarcks im Abgeordnetenhause — am 29. September 1862 — war keineswegs derart, um die Ansicht zu rechtfertigen, als ob nun Kampf gegen den inneren Feind die unbedingte Losung sein solle; indem die Regierung den freihändlerischen Handelsvertrag mit Frankreich abgeschlossen hatte, war sie ja in wirtschaftlichen Dingen auf den liberalen Standpunkt getreten: vielleicht ließ sich hierauf weiter bauen. Bismarck hat zunächst Besprechungen mit zwei hervorragenden Führern des linken Zentrums, mit Florens von Bockum-Dolffs (der Oberregierungsrat in Koblenz war) und mit dem Professor des Rechts an der Berliner Universität, Rudolf von Gneist, abgehalten; er bat sie um Bewilligung eines vorläufigen Zwölftels des Budgets für 1863, damit man Zeit zu Verhandlungen gewinne, und war selbst bereit,

und dem 2. Oktober gestellt sein. Siehe Bernstorff, Im Kampf für Preußens Ehre, Berlin 1906, S. 546, wo in einem Brief vom 2. Oktober die Tatsache dieser Forderungen mitgeteilt ist.

*) Otto Nirnheim, Das erste Jahr des Ministeriums Bismarck und die öffentliche Meinung, Heidelberg 1908. Promnitz S. 255.

Digitized by Google

als Zeichen, daß er kein einseitiger Parteimann sei und kein konservatives Parteiregiment aufrichten wolle, einige altliberale Politiker in das noch nicht völlig neu gebildete Ministerium zu nehmen. Die Bedingung war natürlich, daß sie zwar sonst für ihre liberalen Ansichten Raum haben sollten, daß sie aber für die dreijährige Dienstzeit eintreten müßten, und daran zerschlug sich dieser Plan sofort; „täten wir das," sagte Simson, der einstige Präsident des Frankfurter Parlaments, der auch im Abgeordnetenhause saß, „so wären wir Offiziere ohne Soldaten." Im Abgeordnetenhause zog Bismarck dann am 29. die Vorlage über den verstümmelten Staatshaushalt zurück und erklärte seine Absicht, bei Beginn der nächsten Session, also nach Neujahr, einen neuen Staatshaushaltsentwurf und dazu ein umgearbeitetes Militärgesetz — wohl mit einzelnen Zugeständnissen, aber unter Festhaltung des Wesentlichen der Reorganisation — einbringen zu wollen. Die Verhandlungen wurden am 29. und 30. September in der Kommission fortgesetzt; Bismarck zeigte dem Abgeordneten von Bockum-Dolffs als Zeichen seiner versöhnlichen Absichten einen Ölzweig, „den er aus Avignon mitgenommen habe und nun der Fortschrittspartei als Friedenszeichen anbiete. Er sehe freilich, daß es noch nicht Zeit dazu sei." Als in der Kommission ein Abgeordneter den Satz hinwarf, der Minister scheine die Lösung des Konflikts durch einen Vorstoß in der äußeren Politik ins Auge zu fassen, lehnte Bismarck diese Unterstellung entrüstet ab, gestand aber zu, daß Preußens Stellung im Bund und der Zustand seiner Grenzen es zwinge, eine zu schwere Rüstung für seinen schmalen Leib zu tragen, Ansichten, welche wir schon aus seinem Brief an Herrn v. Below vom 18. September 1861 kennen. Und er fügte jetzt hinzu: „Nicht auf Preußens Liberalismus sieht Deutschland, sondern auf seine Macht; Bayern, Württemberg, Baden mögen dem Liberalismus nachgeben, darum wird ihnen doch keiner Preußens Rolle anweisen. Preußen muß seine Kraft zusammenhalten auf den günstigen Augenblick, der schon einige Male verpaßt ist. *Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden* — das war der Fehler von 1848 und 1849 — *sondern durch Eisen und Blut.*" Eine höchst einfache Wahrheit, welche die Geschichte tausendfach bestätigt; aber in der jetzigen gespannten Lage wirkten sie herausfordernd und wurden bald, wie es mit den geflügelten Worten zu gehen pflegt, von ihrem Zusammenhang losgerissen und entstellt weitergetragen, wie wenn Bismarck Eisen und Blut oder, wie das Wort nun weiter flog, Blut

Digitized by Google

und Eisen schlechthin zu seiner Losung gemacht, sie über das Recht gestellt hätte. Selbst der langsamere Roon machte Bismarck, als sie sich nach Hause begaben, Vorwürfe über seine „geistreichen Exkurse", welche der Sache nicht förderlich seien. Der König war nach Baden-Baden gefahren, um dort mit seiner Gemahlin deren Geburtstag bei den badischen Kindern zu feiern; er wurde von Frau, Tochter und Sohn sehr bedenklich gemacht, so daß ihm bei seiner Rückkehr Bismarck auf der Eisenbahn von Berlin nach Jüterbog entgegenfuhr, dort in seinen Wagen stieg und ihm Mut zusprach.*) Damals hat der König zu ihm gesagt: „Ich sehe genau voraus, wie das alles endigen wird. Da, vor dem Opernplatz, unter meinen Fenstern, wird man Ihnen den Kopf abschlagen und etwas später mir." Er dachte an das Schicksal des englischen Ministers Strafford und seines Königs, Karls I., 1642 und 1649. „Nun wohl," sagte Bismarck, „sterben müssen wir doch einmal; Karl I. ist immer eine vornehme historische Erscheinung, weil er für sein Recht das Schwert gezogen und seine königliche Gesinnung mit seinem Blut bekräftigt hat." Das Wort traf den tapferen König im Innersten; er fühlte sich „bei seinem Portepee", bei seiner Offiziersehre, gefaßt und kam wie verwandelt, entschlossen zum Kampf, in Berlin an. Solche Gesinnung war auch vonnöten; am 7. Oktober erklärte das Abgeordnetenhaus sich mit 251 gegen 36 Stimmen für den Antrag v. Forckenbecks welcher die rechtzeitige Vorlegung des Budgets forderte, so daß es vor dem 1. Januar 1863 beschlossen werden könne, und jede nicht vom Abgeordnetenhaus genehmigte Ausgabe als verfassungswidrig bezeichnete. Bismarcks Versuch, Zeit zu gewinnen, war damit kurz und scharf als verfassungswidrig abgewiesen. Darauf erfolgte am 8. Oktober **Bismarcks endgültige Ernennung zum Präsidenten des Staatsministeriums** und — an Bernstorffs Stelle, der als Botschafter nach London zurückkehrte — **zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten.** Das Herrenhaus aber kam der Regierung zu Hilfe; es lehnte am 10. Oktober den verstümmelten Etat ab und genehmigte den unverstümmelten, also einschließlich der Kosten für die Reorganisation, mit 114 gegen 44 Stimmen. Als dann das Abgeordnetenhaus am 13. Oktober den Beschluß des Herrenhauses mit allen abgegebenen 237 Stimmen — acht Konservative hatten sich vorher entfernt — für verfassungswidrig erklärte, da das Herrenhaus nur den vom Abgeordnetenhaus genehmigten Etat annehmen oder verwerfen,

*) Siehe Gedanken und Erinnerungen 1, 284 ff.

Digitized by Google

nicht aber auf den Regierungsvorschlag zurückkommen könne, da erhob sich Bismarck und lud die Herren im Namen des Königs auf drei Uhr zum Schluß der Tagung in den weißen Saal des Schlosses. Hier wurde in Abwesenheit des tief verstimmten Monarchen durch Bismarck das Festhalten der Regierung an der Reorganisation als eine Pflichtsache bezeichnet und der Landtag dann entlassen.

Mit dieser Maßregel war der Konflikt zwischen Regierung und Parlament gegeben. Er war nach des Königs und Bismarcks Ansicht unvermeidlich, wenn nicht Staatsinteressen höchsten Rangs preisgegeben werden sollten. Ihre Meinung war aber keineswegs, daß die Regierung bei ihrem Verhalten jeder Rechtsgrundlage entbehre. Obwohl die Thronrede bei der Entlassung ausdrücklich zugab, daß der Staatshaushalt jetzt ohne die in der Verfassung vorausgesetzte Unterlage geführt werden müsse, so lehnte Bismarck doch die ausschließliche Verantwortung für diese Situation ab. Schon in den letzten Tagen, welche dem Landtagsschluß vorausgingen, ist der Gedankengang vom Ministertisch aus angedeutet worden, welchen Bismarck dann am 27. Jaunar 1863 in dem Abgeordnetenhaus ausführlich entwickelt hat. Darnach bestimmt Artikel 99 der Verfassung: „Alle Einnahmen und Ausgaben des Staates müssen für jedes Jahr im voraus veranschlagt und auf den Staatshaushalt gebracht werden. Dieser wird jährlich durch ein Gesetz festgestellt.“ Wie aber ein Gesetz in Preußen zustande kommt, sagt Artikel 62 mit unwiderleglicher Klarheit, nämlich durch Übereinstimmung der Krone und der beiden Kammern. Wenn diese Voraussetzung nicht erfüllt ist, so ist eine Lücke in der Verfassung vorhanden, da diese nicht bestimmt, was in einem solchen Falle geschehen soll. Das Abgeordnetenhaus gebärdet sich allerdings so, wie wenn es der allein maßgebende Faktor im Staate wäre; es ist der Ansicht, daß es das Recht habe, das Budget durch seinen alleinigen Beschluß in seiner Hauptsumme und in allen Einzelheiten festzustellen, die Entlassung der etwa widerstrebenden Minister vom König zu fordern, den Bestand und die Organisation der Armee nach seinem Gutbefinden festzustellen und auch die Beziehungen der Staatsregierung zu ihren Beamten zu kontrollieren. Damit würde das Abgeordnetenhaus im Besitz der vollen Regierungsgewalt in diesem Lande sein. Auf diesen Standpunkt wird sich das Ministerium schlechterdings nicht einlassen; das Recht des Königs und des Herrenhauses auf die Gestaltung des Staatshaushalts ist so unbestreitbar wie das des Abgeordneten-

Digitized by Google

hauses. Zwischen diesen in der Theorie gleich unbegrenzten Rechten muß man praktisch einen Ausgleich suchen; das ganze Verfassungsleben ist eine Reihe von Kompromissen; kommen solche durch den doktrinären Absolutismus eines Faktors nicht zustande, so entstehen Konflikte, und da das Staatsleben nicht stillstehen kann, da die Maschine nicht aufhören kann zu arbeiten, so werden Konflikte zu Machtfragen; wer die Macht in Händen hat, geht dann in seinem Sinne vor.*) „Was die Verfassung Ihnen an Rechten zubilligt," rief Bismarck der Mehrheit des Hauses zu, „soll Ihnen unverkürzt zukommen; was Sie darüber hinaus verlangen, das werden wir ablehnen und Ihren Forderungen gegenüber das Recht der Krone mit Ausdauer wahrnehmen. Das preußische Königtum hat seine Mission noch nicht erfüllt; es ist noch nicht reif dazu, einen rein ornamentalen Schmuck Ihres Verfassungsgebäudes zu bilden, noch nicht reif, als ein toter Maschinenteil dem Mechanismus des parlamentarischen Regiments eingefügt zu werden."

Zieht man die Summe aus diesen Worten, so ergibt sich folgendes. Erstens: Die regelmäßige Funktion des Staatsorganismus ist zweifellos gestört; für den Staatshaushalt fehlt das ihn anerkennende Gesetz. Zweitens: An diesem Zustand trägt nicht bloß der Umstand die Schuld, daß das Abgeordnetenhaus dem Regierungsvorschlag sein Ja versagt hat, sondern auch, daß sein Gegenvorschlag des ebenso notwendigen Ja der Krone und des Herrenhauses entbehrt. Drittens: Solange ein Gesetz über den Staatshaushalt nicht zustande kommt, muß die Regierung, da der Staat leben muß, da er nicht stillstehen kann, in Gottes Namen ohne ein Gesetz die erforderlichen Ausgaben machen. Viertens: In der wirklichen Welt darf man nicht bloß auf sein Recht pochen; man muß auch das Recht der andern achten; das Abgeordnetenhaus tut dies aber gerade nicht: es will das letzte Wort im Staate haben, will alle Gewalt an sich reißen, und damit verletzt es, während es andere des Rechtsbruchs anklagt, selbst das Recht und zwingt die Minister des Königs zum Widerstand. Damit war vor aller Welt offenbar, daß jetzt erprobt werden mußte, ob der, welcher „den Beutel führte", dadurch

*) Aus diesen Worten leitete der Abgeordnete Graf Schwerin sofort den Vorwurf her, „Bismarcks Rede kulminiere in dem Satz: Macht geht vor Recht." Bismarck hat sofort gegen diese Auslegung seiner Worte Verwahrung eingelegt, und das mit offenbarem Recht. Er hat nicht eine Losung ausgegeben, sondern eine Tatsache festgestellt; ganz wie am 30. September. Siehe oben Seite 95.

Digitized by Google

in Stand gesetzt sei, alles nach seinem Willen zu richten. Es war wirklich die Frage, ob das Abgeordnetenhaus durch Versagen der Mittel für das Heer die Befehlsgewalt des Königs über das Heer tatsächlich zunichte machen konnte. In dem Artikel der Verfassung, welcher die Rechtmäßigkeit aller Ausgaben von der Zustimmung des Parlaments abhängig machte, lag ein Zunder verborgen, der bei doktrinärem Absolutismus des Parlaments, den Bismarck wirkungsvoll dem monarchischen Absolutismus entgegenstellte, das ganze Staatsgebäude in Brand stecken konnte. Der Kampf, der jetzt begann, war schon deswegen bedeutungsvoll, weil er auf die Gefahren, welche in der Verfassung schlummerten, aufmerksam machte und alle ihrer Verantwortlichkeit sich bewußten Männer zur Vorsicht und zur Nachgiebigkeit mahnte.

Vorerst war Bismarck indessen seit dem 13. Oktober 1862 das Parlament los, und er brauchte diese Zeit, um zunächst den Kurfürsten von Hessen, der sich noch nicht ganz gefügt hatte, zur Annahme des preußischen Standpunktes zu zwingen. Es war eine seltsame Lage, daß der Minister, welcher zu seinem Landtag in so schroffen Gegensatz getreten war, einem Fürsten gegenüber auftrat, der mit seinem Landtag noch viel schlimmer umsprang, indem er einfach allen Vorlagen an den hessischen Landtag seine Zustimmung versagte und damit die parlamentarische Maschine gänzlich zum Stillstand brachte. Gewiß aber wollte Bismarck zeigen, daß die preußischen Verhältnisse eigenartig seien, daß er deswegen, weil er in Preußen notgedrungen ein budgetloses Regiment führte, nicht gesonnen war, das nun zum System in Deutschland auszurufen. Er hob geflissentlich hervor, daß in Hessen der Landtag nachgiebig und zu Kompromissen geneigt gewesen sei, der Kurfürst halsstarrig und doktrinär absolutistisch: es war eine prächtige Beleuchtung des Satzes: si duo idem faciunt, non est idem, daß er jetzt unter Einsatz aller seiner Energie den Tyrannen in Kassel mürbe machte. Als Friedrich Wilhelm am 20. November sein Ministerium entließ und den Landtag auf unbestimmte Zeit vertagte, überbrachte ein preußischer Feldjäger — denn der diplomatische Verkehr war zwischen Preußen und Kurhessen noch nicht wieder hergestellt — am 24. November dem Kurfürsten einen Brief Bismarcks, in welchem die Beilegung des vieljährigen Streits gefordert wurde. Preußen könne diesen Herd immer erneuter Aufregung mitten zwischen seinen Provinzen nicht länger dulden und werde unter Zuziehung der Agnaten Seiner königlichen Hoheit dauernde Bürgschaften gegen die Wiederkehr ähnlicher Mißstände schaffen. Damit war die Bil-

Digitized by Google

dung einer Art von Familienüberwachungsausschuß in Aussicht gestellt, der im Interesse der gesamten hessischen Dynastie den frechen und fast unzurechnungsfähigen Kurfürsten unter eine scharfe Vormundschaft nehmen und ihm das Handwerk legen sollte. Auf diesem Ohr hörte der Kurfürst sehr fein, und es hätte des Eingreifens Österreichs vom 25. November, das im gleichen Sinn wie das Vorgehen Preußens geschah, wohl gar nicht mehr bedurft, um Wandel zu schaffen: am 27. November setzte Friedrich Wilhelm das Ministerium wieder ein und berief den Landtag auf 4. Dezember. Er war so klein gemacht, wie er es verdiente.

Weit wichtiger war die Frage des französischen Handelsvertrags und der damit im Zusammenhang stehenden Krisis im Zollverein (S. 80). Der Handelsvertrag war auf der Grundlage des Freihandels entworfen, und in der Rede, mit der Bismarck namens des Königs den Landtag geschlossen hatte, war ausdrücklich betont worden, daß die einmütige Zustimmung beider Häuser zu diesem Vertrag eine Bürgschaft dafür abgebe, daß die wirtschaftlichen Grundsätze freien Verkehrs, welche dem preußischen Staat durch seine Interessen und Traditionen vorgezeichnet seien, fortan die Grundlage der preußischen Handelspolitik bilden würden. Auf diese Politik wollte sich aber, wie oben erwähnt, der schutzzöllnerisch gesinnte deutsche Süden nicht einlassen; wenn er den Vertrag verwarf, so war der Zollverein gesprengt, und hier setzte nun der (seit 1859 im Amt befindliche) österreichische Minister des Auswärtigen Graf Rechberg ein, um den alten Plan der Aufnahme Österreichs in den Zollverein, falls dieser bestehen blieb, jetzt durchzusetzen: wenn die Absicht gelang, so war Preußens bisherige Arbeit vereitelt, der engere wirtschaftliche Zusammenschluß des nichtösterreichischen Deutschlands aufgehoben. Wenn aber der Zollverein auseinanderbrach, so konnte es geschehen, daß Österreich sich im Süden an Preußens Stelle drängte, indem es wenigstens mit dem Süden sich wirtschaftlich verband und diesen dadurch fest und für immer an sich kettete. Die Verhandlungen über die wirtschaftlichen Probleme riefen von selbst auch das Eingehen auf die politischen Aufgaben hervor. Österreich, Bayern, Württemberg, Sachsen, Hannover, beide Hessen und Nassau hielten in Wien Besprechungen und brachten am 14. August 1862 einen gemeinsamen Antrag an den Bund, daß eine Versammlung von Delegierten der deutschen Kammern berufen werde, um über die Schaffung eines Bundesschiedsgerichts, eines deutschen Zivilprozesses und Obligationenrechts zu beraten. Hier war es, daß Bernstorff, der damals noch im Amt war,

Digitized by Google

in Frankfurt erklärte, daß diese Vorschläge das tiefste Bedürfnis der Nation nach Einheit bei weitem nicht befriedigten, daß vor allem eine einheitliche Exekutive und eine Nationalvertretung notwendig seien und diese so lange, als zwei Großmächte im Bund seien, nicht geschaffen werden können; Preußen strebe also einen engeren Bund mit den kleineren norddeutschen Staaten an — der natürlich nur ein Anfang sein und den Kristallisationspunkt für das außerösterreichische Deutschland bilden sollte. In dieser Lage traf Bismarck Ende September 1862 die Dinge an. Er stellte sich aus eigenem Antrieb wie dem Verlangen des Königs gemäß auf den Standpunkt Bernstorffs (S. 81) und verlangte, daß dem Bund die gesetzgebende Gewalt für das Bundesgebiet beigelegt und also eine Nationalvertretung geschaffen werde, welche aus direkten Wahlen — dies spricht er jetzt (S. 74) offen aus — hervorgehen und deren Zahl sich nach der Bevölkerung der einzelnen Staaten richten sollte. Nur mittelst einer solchen Vertretung könne die Nation die Einwirkung auf die gemeinsamen Angelegenheiten, die ihr gebühre, ausüben. In dieser Forderung, daß das Parlament nach Maßgabe der Volkszahl der Einzelstaaten gebildet werden solle, drückte sich die Überzeugung aus, daß ein Hauptschaden des Bundes, die Nichtberücksichtigung der Machtverhältnisse der einzelnen Glieder bei der Bemessung des Stimmrechts, unter allen Umständen geheilt werden müsse. Jetzt hatten Österreich und Preußen ebenso eine einzige Stimme wie etwa Kurhessen oder Nassau: es war der Bund von Riesen mit Zwergen auf der Grundlage gleichen Stimmrechts. Daß Österreich in dem umgestalteten Bund keinen Raum habe, sprach Bismarck offen aus. Er sagte am 4. Dezember 1862 zu dem Gesandten Franz Josephs, dem Grafen Karolyi, mit dem er auf vertrautem Fuße stand, „einem ehrlichen und unabhängigen Charakter“, daß die Beziehungen Österreichs und Preußens entweder besser oder schlechter werden müßten; er sei bereit zu einem gemeinschaftlichen Versuch, sie besser zu machen. Mißlinge dies durch Österreichs Weigerung, so möge man in Wien nicht darauf rechnen, daß sich Preußen durch bundesfreundliche Redensarten fesseln lasse; man werde mit Preußen als europäischer Großmacht zu tun bekommen; die Paragraphen der Wiener Schlußakte hätten nicht die Kraft, die Entwicklung der deutschen Geschichte zu hemmen. Bismarck riet dem Grafen wohl, daß *Österreich seinen Schwerpunkt nach Ofen verlegen*, d. h. daß es auf Einfluß im Westen verzichten und seine Aufgaben im Osten suchen müsse. Ein anderes Mal betonte er auch: Wenn Österreich Preußen in Norddeutschland freie Hand lasse und in Han-

Digitized by Google

nover und Kurhessen auf jeden störenden Einfluß verzichte, so werde Preußen Österreich im Süden gewähren lassen und die österreichischen Lebensinteressen in Italien und im Orient zu den seinigen machen. Die feindliche Politik Schwarzenbergs dürfe nicht fortgesetzt werden, sonst werde Preußen kämpfen. *) Er war also, wie er wohl (Gedanken und Erinnerungen 2, 333) auseinander gesetzt hat, zu einer ehrlich dualistischen Politik erbötig, freilich ohne Sicherheit dafür zu haben, daß eine solche Politik dem deutschen Nationalgefühl auf die Dauer annehmbar sein werde (ebenda 2, 337). Als Bismarck Ende Oktober noch einmal in Paris war, um sich am 1. November in St. Cloud persönlich vom Kaiser Napoleon und von der Kaiserin zu verabschieden, äußerte er zu dem österreichischen Botschafter Fürsten Richard Metternich, dem Sohn des Staatskanzlers, daß Preußen in einem Österreich, das ihm die Wege verlege, nichts sehe als eine fremde Macht; gegen die Phrasen vom „Bruderkrieg" sei er stichfest. Im weiteren Verlauf faßte Bismarck die Auflösung des Bundes mit voller Kaltblütigkeit ins Auge; es focht ihn wenig an, daß am 28. Oktober etwa 400 meist süddeutsche Politiker in Frankfurt den „deutschen Reformverein" zu dem Zweck gründeten, „allen deutschen Staaten das Verbleiben in der vollen Gemeinsamkeit zu ermöglichen"; ihr Ziel war also ein Großdeutschland mit Österreich. Die Berufung eines Delegierten-Parlaments ward indes am 22. Januar 1863 vom Bundestag mit 9 gegen 7 Stimmen abgelehnt, weil Preußen, das ein direktes Parlament wollte, von den rein reaktionären Regierungen, die gar kein Parlament wollten, Hilfe erhielt: der Gedanke war damit vertagt, wenn auch nicht beseitigt.

Als dies geschah, war das Abgeordnetenhaus (am 14. Januar) wieder zusammengetreten und hatte in schärfster Weise gegen das Ministerium Stellung genommen. In einer Adresse wurde diesem vorgeworfen, daß es die Verwaltung ohne Etat verfassungswidrig fortgeführt, selbst solche Ausgaben, welche durch Beschlüsse des Hauses definitiv und ausdrücklich abgelehnt seien, verfügt, verfassungstreue Beamte mit drückenden Maßregeln heimgesucht **) und den Artikel 99 der Verfassung zunichte gemacht habe. Der König ward deshalb gebeten, die ehrliche Stimme der gesetzlichen Volksvertreter von dem Rat derer zu unterscheiden, welche im Kampf der Parteien ihre an sich ohnmächtigen Bestrebungen durch den erhabenen Namen der Majestät zu decken sich bemühen, und dem Lande durch Rückkehr

*) S. v. Hengelmüller, deutsche Revue Oktober 1913, 37 ff.

**) So war der dem König persönlich besonders unangenehme v. Bockum-Dolffs von Koblenz nach Gumbinnen versetzt worden.

Digitized by Google

zu verfassungsmäßigen Zuständen den inneren Frieden und die Kraft nach außen wiederzugeben. In den Verhandlungen, welche über diese Adresse sich entspannen, verteidigte Bismarck am 27. Januar seinen Standpunkt in der oben schon dargelegten Weise, daß er eine Lücke in der Verfassung feststellte und dem Abgeordnetenhaus den Vorwurf machte, daß es seinerseits über seine verfassungsmäßigen Rechte hinausgreife und die Regierungsrechte auf die Majorität des Hauses übertragen wolle — wobei der stenographische Bericht große Unruhe und Rufe: ganz richtig! vermerkt. In einer Polemik mit dem Abgeordneten Professor Dr. Virchow, der in geringschätzigem Ton gesagt hatte, der Minister spreche eine preußische Sprache, die hier niemand verstehe, rief Bismarck am 28. Januar: „Meine Herren, ich bin stolz darauf, eine preußische Sprache zu reden, und Sie werden dieselbe noch oft von mir hören!“ Am 29. Januar suchte Bismarck das Selbstgefühl der Mehrheit zu dämpfen, indem er ihr vorrechnete, daß an den Wahlen sich höchstens 34 Prozent, vielleicht nur 27 Prozent der Wähler beteiligt hätten, daß also die Mehrheit höchstens 20—25 Prozent der Wählerschaft hinter sich habe; für 75—80 Prozent des Volks besitze sie keinerlei Legitimation (vgl. die früheren Äußerungen vom Jahr 1848 S. 33).

Nun kam aber zu allem, was Parlament und Ministerium trennte, noch eine auswärtige Frage hinzu, die polnische. In Russisch-Polen herrschte seit geraumer Zeit eine gewaltige Gärung, hervorgerufen durch die alte Unzufriedenheit mit dem russischen Regiment und geschürt durch die von Napoleon III. verkündete Lehre vom Recht der Nationalitäten, welche soeben in der Errichtung des italienischen Nationalstaats einen großen, andere unterdrückte Völker ermunternden Triumph gefeiert hatte. Der Versuch des Zaren Alexander II., durch die Ernennung des polnischen Marquis Wielopolski zum Statthalter und durch liberale Zugeständnisse die Polen zufrieden zu stellen, schlug völlig fehl, genau so wie ähnliche Versuche der preußischen Regierung nur die Wirkung gehabt hatten, den Polen den Glauben an die Schwäche Preußens beizubringen. In der Nacht vom 22. zum 23. Januar 1863 fanden verabredetermaßen in dreizehn Garnisonsorten der Bezirke Plozk, Warschau, Lublin und Radom Überfälle bewaffneter polnischer Banden auf die russischen Truppen statt; eine Anzahl russischer Soldaten wurde ermordet. Der Befehl zu diesen tückischen Überfällen ging von dem geheimen Revolutionskomitee in Warschau aus, das trotz aller Spürhunde der russischen Polizei nicht entdeckt und dingfest gemacht werden konnte; erst später ist bekannt geworden, daß es sich

Digitized by Google

in aller Ruhe und Sicherheit im Universitätsgebäude zu versammeln pflegte. Von ihm ging ein Aufruf „gegen die fremde Räuber-Regierung“ aus, welcher den Bauern den Besitz ihrer Grundstücke, den Gutsbesitzern dafür eine Entschädigung und allen Kämpfern für Polens Befreiung ein Landlos verhieß; von ihm ein weiterer Aufruf an die unter preußischem und österreichischem Zepter stehenden Polen, der sie anwies, nicht selbst sich zu empören, sondern alle Kräfte gegen den furchtbarsten Feind, den Zaren, zu vereinigen, indem sie den russischen Polen Mannschaft, Waffen und Geld schickten. Damit waren die Regierungen Österreichs und Preußens völkerrechtlich verpflichtet, ihren Untertanen die Schürung des Aufruhrs in dem befreundeten Nachbarstaat unmöglich zu machen; aber Österreich, das seine Polen stets sehr entgegenkommend behandelte, schlug sich wie 1854 auf die Seite der Gegner Rußlands, und vom April bis August 1863 verlangte es in Gemeinschaft mit England und Frankreich, daß der Zar den Polen sechs Punkte gewähre: 1. Amnestie, 2. ein Parlament, 3. eine national-polnische Verwaltung, 4. volle Religionsfreiheit, 5. polnische Amtssprache und 6. ein regelmäßiges Rekrutierungssystem (während der Statthalter Marquis Wielopolski Studenten, die an sich militärfrei waren, als politische Gegner ins Heer gesteckt hatte). Am russischen Hof war eine polenfreundliche Partei, von der wir schon aus Bismarcks Briefen an Herrn v. Schleinitz wissen (S. 79): zu ihr gehörte der Großfürst Konstantin und der Minister des Auswärtigen Gortschakóff; ihre Absicht ging auf einen Versuch, die Russen mit den Polen auszusöhnen, indem man Polen links der Weichsel freigebe und nur Warschau als „Brückenkopf nach Europa“ behaupte. Das entsprach den Ideen der Panslawisten, welche alle slawischen Völker unter russischer Führung gegen das Germanentum zusammenfassen wollten. In der Linie ihrer Politik lag ein Zusammengehen mit Frankreich, das aus Abneigung gegen die Deutschen den Polen seit Jahrhunderten dutzendmale seine Sympathien und seine Hilfe geliehen hat; zwischen Slawen und Romanen eingekeilt sollte das Deutschtum im Schach gehalten, vielleicht zermalmt werden. Es war also ein offensichtliches deutsches Interesse, das Steuerruder Rußlands nicht in die Hände der polenfreundlichen Richtung in St. Petersburg geraten zu lassen; ebenso entsprach es unseren Existenzbedingungen, es nicht dahin kommen zu lassen, daß die Provinz Posen, in welcher über 38 Prozent der Bevölkerung deutsch waren, und die Provinz Westpreußen, wo 66 Prozent Deutsche wohnten,

Digitized by Google

wieder von Preußen losgerissen wurden und Berlin der Grenze auf ein paar Tagemärsche nahe kam; sobald aber Polen wieder selbständig war, mußte mit einer solchen Gefahr gerechnet werden. Deshalb sagte Bismarck zu dem französischen Sondergesandten General Grafen Fleury: „Lieber sterben, als unseren Besitzstand in Posen rauben lassen (auf einem europäischen, von Napoleon III. angestrebten Kongreß); noch lieber würde ich unsere Rheinlande abtreten." *) „Polen," hat Bismarck schon am 12. März 1861 geschrieben, „würde als stets bereiter und eroberungsbedürftiger Verbündeter jedes Feindes Rußlands oder Preußens ein unerträglicher Nachbar sein und seinen Ehrgeiz ohne Unterlaß auf Wiedererwerbung der altpolnischen Grenzen richten. Hier handelt es sich im strengsten Sinne des Worts darum, entweder Hammer oder Amboß zu sein." **)

Aus diesen Gründen entschloß sich Bismarck, den General Gustav von Alvensleben in besonderer Sendung nach St. Petersburg zu schicken, damit er ein eigenhändiges Handschreiben des Königs Wilhelm an den Zaren überbringe. Dieses Schreiben hob — im Einklang mit Alvenslebens Anweisung — hervor, daß die Interessen Preußens und Rußlands durch jede polnische Schilderhebung gleichermaßen gefährdet seien; daß also beide Höfe Bundesgenossen seien, welche von einem gemeinschaftlichen Feind bedroht werden; daß es somit angemessen erscheine, gemeinsam gegen die Gefahr Vorkehr zu treffen; es sollten demgemäß die Truppenführer an beiden Seiten der Grenze angewiesen werden, einander jede zur Herstellung der Ruhe erforderliche Hilfe zu leisten. Vor 28 Jahren, 1835, hatten als Beweis der engen Freundschaft zwischen Berlin und St. Petersburg gemeinsame Manöver beider Heere bei Kalisch stattgefunden; jetzt sollten sie direkt militärisch gegen die Polen zusammenwirken. Auf dieser Grundlage unterzeichneten Alvensleben und Gortschakoff am 8. Februar 1863 einen Vertrag, der sogar in Aussicht nahm, daß die Russen nötigenfalls die preußische Grenze überschreiten dürften und die Preußen die russische, um fliehende Rebellen zu verfolgen und zu vernichten. Der Vertrag wurde nur auf direkten Befehl des Zaren von Gortschakoff unterschrieben; er lief ja seinen Ansichten von der polnischen Frage direkt zuwider, und Alvenslebens Sendung war ihm „in

*) Siehe das amtliche französische Werk: les origines diplomatiques de la guerre de 1870—71, Paris 1910, 1, 4. Bericht Fleurys vom 24. Dezember 1863.

**) Raschdau a. a. O. 2, 33.

Digitized by Google

jeder Beziehung abscheulich". Er tat auch nachher, was in seinen Kräften stand, um den Vertrag wirkungslos zu machen, und bediente sich zu diesem Zweck selbst der Lüge, so daß man nicht begreift, daß ihm seine Ränke nicht die Ungnade des Zaren und die Entlassung eintrugen. Gleich am 9. Februar machte er dem französischen Botschafter Grafen Montebello von dem Vertrag Mitteilung, und bei der allgemeinen Sympathie, welche die Liberalen in ganz Europa für die „edlen Polen" als die bemitleidenswerten Opfer der zarischen Brutalität seit Jahrzehnten hegten, erregte der Vertrag überall ihre stärkste Mißbilligung. Auch im preußischen Abgeordnetenhaus ward Bismarck aufs heftigste wegen der Abkunft getadelt, und eine Mehrheit von 246 gegen 57 Stimmen machte sich diesen Tadel zu eigen. Der katholisch-demokratische Abgeordnete Obertribunalrat Benedikt Waldeck bezeichnete die Abkunft als Schergendienst für Rußland und eine Schmach für Preußen; der Abgeordnete v. Unruh, ein hervorragender Ingenieur und Industrieller, erklärte, daß Preußen stets von Rußland nur als Vormauer benützt worden sei, daß Rußland aber eine selbständige preußische Politik nie dulden werde; wenn Bismarck das Land in einen Krieg verwickle, so werde das Haus dazu nicht einen Taler bewilligen. Andere Redner hoben hervor, daß „ein Gürtel von 500 Quadratmeilen den Greueln russischer Kriegführung preisgegeben werde". Bismarck antwortete, daß ein selbständiges Polen Preußen kaum im Besitz von Danzig und Thorn zu befestigen suchen würde; die „Gürtelidee" sei ein Phantasiegebilde, eine vollständig müßige Erfindung; es bleibe jedes Überschreiten der Grenze, sei es durch russische, sei es durch preußische Truppen, von unserer Einwilligung vollkommen abhängig. Vielleicht hat er damit die Möglichkeit, daß russische Truppen in Verfolgung polnischer Abteilungen die preußischen Grenzgebiete kriegerisch überzogen, mehr abgeschwächt, als an sich zutreffend war; jedenfalls aber tat gerade dieser Artikel des Vertrags aller Welt dar, wie eng verbunden Rußland und Preußen in diesem Augenblick dastanden, und er schnitt jedes Liebäugeln Rußlands mit Polen und Franzosen aufs gründlichste ab. Darin lag, wie wir wissen, der Hauptwert des Vertrags. Für später aber war es von großer Bedeutung, daß Preußen 1863 wie 1856 sich von jeder Verlockung, Rußlands Verlegenheiten zu vermehren, fern gehalten hatte und allein von allen Großmächten ihm treu zur Seite gestanden war. Der Aufruhr wurde übrigens durch den General v. Berg bis März 1864 ohne zu große Schwierigkeiten im wesentlichen niedergeworfen, wenn er auch da und dort noch fortglomm; Polen

Digitized by Google

ward vollständiger als je unterjocht, und die Großmächte, welche ihm hatten beistehen wollen, mußten einen völligen Mißerfolg ihrer Politik verzeichnen. Bismarck aber erhielt am 3. April 1863 aus Warschau ein Todesurteil, das das Polenkomitee über ihn verhängt habe, und am 21. Mai ein Kästchen „aus Ostcoczyn bei Thorn", in welchem ein Strang mit einer schwarz-weißen Schleife lag. Die Drohung ward indes nicht ausgeführt und erwies sich als bloßer Schreckschuß; sie zeigte lediglich, daß die Polen ihren erfolgreichsten Gegner erkannt hatten.

War es schon aus Anlaß der polnischen Dinge zu neuen scharfen Zusammenstößen zwischen dem Ministerium und dem Abgeordnetenhaus gekommen, so erfolgte bald ein völliger Bruch zwischen beiden. Das Ministerium hatte gleich nach Eröffnung der Sitzungen dem Hause ein neues Heeresorganisationsgesetz vorgelegt, ebenso einen Entwurf für den Staatshaushalt des Jahres 1863—64, selbstverständlich unter Festhaltung der allgemeinen Grundlagen der Organisation. Es trat nun im Abgeordnetenhaus eine Richtung hervor, welche einen Ausgleich ins Auge faßte, und ihr Wortführer war der Abgeordnete für Mohrungen-Preußisch-Holland, Rechtsanwalt Max v. Forckenbeck, ein hervorragendes Mitglied der Fortschrittspartei. Er beantragte als Berichterstatter des Haushaltsausschusses, jährlich 60 000 Rekruten zu bewilligen, und erklärte mit allem Nachdruck, daß trotz des Artikels 90 der Verfassung diese Ziffer auf alle Zeit festgelegt werden dürfe, weil ja die Einrichtung der allgemeinen Wehrpflicht selbst sämtliche Wehrpflichtige dem Staat dauernd und grundsätzlich zur Verfügung stelle. Damit war die feste Grundlage für das Heer zugestanden, das jährliche Rütteln an dessen Bestand abgeschnitten. Weiter aber ging das Angebot der gemäßigten Fortschrittler nicht. An der zweijährigen Dienstzeit und an der Landwehr zweiten Aufgebots hielt auch Forckenbeck fest (um so mehr, als in der Sitzung des Haushaltausschusses vom 21. März 1863 der Regierungsbevollmächtigte Oberst v. Bose erklärt hatte, daß der Ausschuß der Generale die Zulässigkeit der zweijährigen Dienstzeit unter gewissen Bedingungen anerkannt habe): und vor allem zielte Forckenbeck offenkundig auf den Wechsel in der Regierung ab; mit Bismarck wollte auch dieser rechte Flügel der Fortschrittspartei nichts zu tun haben. War es unter diesen Umständen wirklich zu erwarten und zu verlangen,*)

*) Wie das Martin Philippson, Max v. Forckenbeck, Dresden 1898, S. 115 und schließlich doch auch Max Lenz tut, Geschichte Bismarcks, Leipzig 1911, S. 182 ff.

Digitized by Google

daß die Regierung sich auf die Anträge Forckenbecks einließ? Es ist doch unverkennbar, daß ihr damit, wie die Dinge lagen, die Preisgabe der von ihr mit aller Kraft festgehaltenen Ansicht zugemutet und vor allem, daß durch das Fallenlassen Bismarcks die Hoffnung auf die Lösung des deutschen Knotens durch den einzig und allein dazu befähigten Staatsmann vernichtet und begraben werden mußte. Offen wird zugegeben, daß, wenn die Forckenbeckschen Anträge — wie zu erwarten — durch die 20 Altliberalen um Vincke, die 98 Mann des linken Zentrums um Bockum-Dolffs und Grabow und den rechten Flügel der 135 Fortschrittler um Forckenbeck angenommen wurden, Bismarck „den vereinten Angriffen der fast von dem gesamten Land unterstützten Liberalen und der Hofpartei nicht eine Woche lang hätte standhalten können".*) Daß die leidenschaftliche Stimmung gegen das Ministerium hinter allen Ausgleichsbestrebungen nur mühsam zurücktrat, ergaben die Ereignisse des 11. Mai 1863. An diesem Tag verteidigte sich der Kriegsminister v. Roon gegen persönliche Vorwürfe, die bei Beratung der Novelle zum Gesetz über die Verpflichtung zum Kriegsdienst gegen ihn erhoben worden waren, und bezeichnete sie „als ganz unberechtigte Anmaßung". Hierauf unterbrach ihn der Vizepräsident v. Bockum-Dolffs, um ihm diesen Ausdruck zu verweisen; Roon bestritt, daß der Präsident befugt sei, ihn zu unterbrechen, ward aber niedergeschrien, und da er wiederholt erklärte, daß die Gewalt des Präsidenten am Ministertisch endige, so wurde der Tumult so groß, daß v. Bockum-Dolffs sich seinen Hut bringen ließ, sein Haupt bedeckte und die Sitzung auf eine Stunde vertagte. Aus diesem Konflikt erwuchsen eine Erklärung des ganzen Ministeriums, daß Artikel 60 der Verfassung, der seinen Mitgliedern das Recht verbürge, jederzeit gehört zu werden, durch die Unterbrechung verletzt sei; eine königliche Botschaft vom 20. Mai, in der der König das Haus zur Anerkennung der Rechte des Ministeriums ermahnte; eine Adresse vom 22. Mai, welche die schärfsten Klagen gegen das Ministerium enthielt, welche aber vom König nicht angenommen wurde; endlich eine königliche Botschaft vom 26. Mai und der Schluß des Landtags am 27. Mai. Hiebei wurden ihm im ernstesten Tone seine Angriffe auf die auswärtige Politik der Monarchie und deren lähmende Wirkung, sowie seine Aufkündigung des Zusammenwirkens mit der Regierung vorgehalten. Die Botschaft schloß mit der Versicherung, daß die Regierung den vollen Ernst der Lage

*) Philippson a. a. O.

Digitized by Google

erkenne, sich aber stark fühle im Bewußtsein, daß es die Bewahrung der wichtigsten Güter des Vaterlandes gelte, und daß sie an dem Vertrauen festhalte, durch eine besonnene Würdigung dieser Interessen schließlich zu einer dauernden Verständigung mit der Landesvertretung zu gelangen. Man hat behauptet, daß Bismarck, um einen Ausgleich auf Grund der Forckenbeckschen Vorschläge, die im Ausschuß mit 16 gegen 3 Stimmen angenommen waren, zu verhindern und seine wankende Stellung zu befestigen, „Roon bestimmt habe, in der Sitzung vom 11. Mai einen Streit mit dem Vizepräsidenten herbeizuführen.“ *) Es mag wohl sein, daß Bismarck der Streit gelegen kam; man kann ihm doch wirklich nicht zumuten, daß er selbst, mit all den Plänen, die er in sich trug, die nur er durchzuführen vermochte, sich vor der klug auf seinen Sturz berechneten Taktik der Gegner zurückzog und in Schönhausen seinen Kohl baute, zufrieden, daß er nicht mehr nötig hatte, Weltgeschichte zu machen. Daß aber v. Bockum-Dolffs recht ungeschickt und schulmeisterlich gegen den Minister verfuhr, und es von diesem nicht zu verlangen war, daß er sich das gefallen ließ, daß also der Streit sicherlich nicht bloß auf Rechnung des Ministers zu setzen ist, scheint uns völlig unbestreitbar und wird auch von solchen zugegeben, welche den Ausgleich auf den Forckenbeckschen Grundlagen als das damals Gegebene ansehen.

Klang aus den Worten, mit welchen die Regierung den Landtag schloß, immerhin etwas wie ein Wunsch und eine Hoffnung auf Versöhnung hervor, so war es doch noch weit bis dahin; einstweilen war Krieg die Losung, und es hieß: à la guerre comme à la guerre! Bismarck hatte gegen sich das Abgeordnetenhaus, die meist liberale Beamtenschaft und die ganze öffentliche Meinung, auch das überaus verbreitete Witzblatt Kladderadatsch, das ihm später so tapfer zur Seite stehen sollte. Bismarck hat seinem Jugendfreund Roberttornow in dieser Zeit erzählt, daß er kürzlich mit seiner Schwester Arnim der Vorstellung eines Taschenspielers angewohnt habe, der aus zerschlagenen Eiern Photographien bekannter Personen hervorzauberte. So sei auch sein Bildnis erschienen und mit den Worten vorgezeigt worden: „Pardon, das ist ein faules Ei!“ **) Bismarck feindlich verhielt sich auch der Kronprinz, der unter dem Einfluß seiner englischen Gemahlin jeden Kampf gegen die Mehrheit des Unterhauses als verfehlt, das Verfahren Bismarcks

*) Philippson und Lenz a. a. O.
**) Deutsche Rundschau 65 (1890) 439.

Digitized by Google

als aufreizend und verbitternd ansah. Bismarck hatte für sich nur die Konservativen, im Parlament netto und brutto elf Mann, so daß sie, wie später Eugen Richter einmal sagte, alle in einem einzigen Omnibus ins Abgeordnetenhaus fahren konnten; und auch diese folgten dem Minister nur im Innern, wenn es gegen den verhaßten Fortschritt ging, nicht aber in der auswärtigen Politik, wo Bismarck die Auseinandersetzung mit Österreich herbeiführen wollte; sie sahen ja in Olmütz nicht eine Niederlage, sondern, wie Bismarck selbst einst, eine große moralische Tat, die Absage an alles revolutionäre Werk und Wesen, dessen Hauptgegner eben das alte Österreich war. Für Bismarck war ganz und unbedingt jetzt nur der König, der ihm sein tapferes Einstehen für Reorganisation und Krongewalt hoch anschlug und es mit heller Freude begleitete; aber auch dieses Bollwerk suchten allerlei Intriguen zu erschüttern. So galt es die bedrohte Stellung mit jedem Mittel zu stärken. Der Minister des Innern Graf Friedrich Eulenburg und der der Justiz Graf zur Lippe maßregelten — ohne Zweifel im Einvernehmen mit Bismarck — ihre liberalen Beamten rücksichtslos durch Strafversetzung und Versagung von Alterszulagen und suchten so ein Beamtentum zu schaffen, auf das sich die Krone auch im Kämpfen gegen das Parlament unbedingt verlassen konnte, das ohne mit der Wimper zu zucken auf der ganzen Front einschwenkte, wenn der König gebot. Unterstützung der königlichen Politik auch bei Wahlen, so schärfte ein Erlaß Eulenburgs ein, sei oberste Pflicht vor allem der Verwaltungsbeamten, dann aber aller Beamten überhaupt.*) In einem Schreiben an den Oberpräsidenten von Senfft-Pilsach vom 17. September 1863 stimmte Bismarck völlig in diesen Ton ein: alle Beamten dürfen ihren etwaigen oppositionellen Überzeugungen keinesfalls erkennbaren Ausdruck geben; die politischen Beamten, auf deren Unterstützung jede Regierung angewiesen ist, müssen auch aktiv mitwirken, namentlich bei Wahlen. Schärfer als selbst in dem Jahrzehnt der Reaktion wurden die Zügel angezogen, und kaum war der Landtag nach Hause geschickt, so erfolgte am 1. Juni eine Verordnung über die Presse,**) nach welcher gegen Zeitungen, deren Bestreben dahin gehe, die Ehrfurcht und Treue gegen den König zu untergraben und die Einrichtungen des

*) S. Bismarck-Jahrbuch 6, 200—201.

**) Abgedruckt bei Jäger u. Moldenhauer, Auswahl wichtiger Aktenstücke zur Geschichte des 19. Jahrhunderts, Berlin 1893, S. 384—385.

Digitized by Google

Staats, die öffentlichen Behörden und deren Anordnungen dem Haß oder der Verachtung auszusetzen, zunächst zweimalige, mit Gründen unterstützte, schriftliche Verwarnungen seitens des zuständigen Regierungspräsidenten erfolgen sollten; blieben sie fruchtlos, so sollte das Erscheinen der betreffenden Blätter zeitweise oder dauernd verboten werden. Diese „Preßordonnanzen" erregten in den liberalen und demokratischen Kreisen einen Sturm des Unwillens, da sie eine Sache durch Ministerialverfügung erledigten, welche dem Recht nach nur gesetzlich geregelt werden konnte, und da sie in ihrer schneidigen Schärfe in der Tat die Unterdrückung der gesamten oppositionellen Presse ermöglichten. Man wies darauf hin, daß selbst in dem despotisch regierten Frankreich der Befehl zur Unterdrückung eines Blattes auf bestimmte Tatsachen sich gründen müsse, daß aber in Preußen nunmehr schon die allgemeine Haltung eines Blattes genüge, ihm einen Strick zu drehen. Der Erlaß vom 1. Juni hatte eine sehr unerwartete Folge: der Kronprinz, der im Ministerrat dem Erlaß als einem gesetzwidrigen und gefährlichen widersprochen hatte, der noch am 31. Mai seinen Vater in einem Brief*) voll Zärtlichkeit und Ernst beschworen hatte, sich durch das Ministerium nicht zu einem verschleierten Verfassungsbruch bereden zu lassen, sagte sich in einem Schreiben an Bismarck vom 3. Juni aus Graudenz „von jeder Teilnahme an solchen Maßregeln los", trug ihm auf, diese seine Verwahrung zur Kenntnis des Staatsministeriums zu bringen und sagte, von seiner Frau zu einem energischen und klaren Schritt getrieben, am 5. Juni in Danzig zu dem Oberbürgermeister v. Winter, der ihn namens der Bürgerschaft öffentlich willkommen hieß: „Ich bedaure, zu einer Zeit nach Danzig gekommen zu sein, wo zwischen Regierung und Volk ein Zerwürfnis eingetreten ist. Ich habe keinen Anteil an den Ratschlägen gehabt, die dazu geführt haben. Aber wir alle, und ich am meisten, der ich die edlen landesväterlichen Intentionen und die hochherzigen Gesinnungen Seiner Majestät des Königs am besten kenne, wir alle haben die Zuversicht, daß Preußen unter dem Zepter Seiner Majestät der Größe sicher entgegengeht, die ihm die Vorsehung bestimmt hat." Daß diese Äußerung des Thronerben auf die Opposition wirkte wie eine direkte Aufforderung, im Hinblick auf die aufgehende

*) Nur teilweise und englisch gedruckt in dem Annual register for the year 1863 (London 1874); deutsch vollständig bei Philippson, Das Leben Kaiser Friedrichs III., Wiesbaden 1900, S. 110—111.

Digitized by Google

Sonne den Kampf gegen die Regierung des gegenwärtigen Monarchen fortzusetzen, versteht sich von selbst; daß der König sie als eine unerhörte Disziplinlosigkeit empfand, als direkte Auflehnung des Sohnes gegen den Vater, versteht sich nicht minder. Im ersten heißen Zorn erwog er, ob er nicht den Sohn mitten aus seiner Dienstreise zurückrufen, ihm seine militärischen Ämter entziehen und ihn auf die Festung schicken solle. *Es war dem Eintreten der Königin Augusta und dem Bismarcks zu verdanken*, wenn Schritte unterblieben, welche den Feinden Preußens das Schauspiel offenen Haders im Königshaus geboten und damit Preußen bloß gestellt hätten. Der König begnügte sich, in einem Brief vom 7. Juni seinem Sohn, dem er die Gesetzwidrigkeit der Ordonnanz nicht zugab, einen scharfen Verweis zu erteilen, ihn zur Zurücknahme seiner Worte aufzufordern und ihn zu verpflichten, solche Äußerungen nicht wieder zu tun; andernfalls werde seine Abberufung nach Berlin erfolgen, wo dann werde bestimmt werden, ob er seine Kommandostelle noch behalten könne. Der Kronprinz antwortete umgehend, daß er um Entschuldigung bitte, wenn er gefehlt habe, daß aber ohne Rücksicht auf ihn Beschlüsse gefaßt worden seien, welche seine und seiner Kinder Zukunft gefährden. „Ich werde mit demselben Mute für meine Überzeugung eintreten, wie Du für die Deine. Ich kann deshalb nichts zurücknehmen, werde aber schweigen.“ Noch konnte aus der Weigerung einer Zurücknahme der Bruch zwischen Vater und Sohn hervorgehen; wieder war es Bismarck, der, persönlicher Verstimmung keinen Raum gebend, nur das Interesse von Staat und Dynastie ins Auge fassend, dem König am 10. Juni auf einer Fahrt von Babelsberg nach dem neuen Palais in Potsdam zuredete, „säuberlich mit dem Knaben Absalom zu verfahren“, den Kronprinzen nicht zum Märtyrer zu machen, was der Politik des Königs nur neue Hemmnisse bereiten konnte, und die Sache so rasch und glimpflich als möglich beizulegen. Es war ein Moment, *da Bismarcks menschliche Größe*, an welcher seine Nörgler so oft gezweifelt haben, *und sein politischer Scharfblick* sich in wunderbarer Weise verbunden offenbarten. Wilhelm I. ließ sich überzeugen; in einem Brief vom 11. Juni verzieh er dem Sohn und bestand nicht auf Zurücknahme der Danziger Rede, um so mehr aber auf künftiger Zurückhaltung; worein der Kronprinz sich auch gefunden hat, allerdings zu großer Enttäuschung der Liberalen, die um ihn als ihren Führer sich zu scharen gehofft hatten. Der König brauchte aber lange, um den Zwischenfall zu verwinden; noch am 24. Juli schreibt Bismarck

Digitized by Google

aus Gastein an seine Frau, daß die kronprinzliche Sache dem König am Herzen nage; er sei still und in sich gekehrt und forciere sich, heiter zu sein.

In diesen Wochen dauerten die früher erwähnten Verhandlungen der Großmächte wegen Polens noch fort, und die Unfreundlichkeit, welche namentlich Frankreich und Österreich dabei dem Zarenreich bekundeten, erregte, in Verbindung mit dem noch fortglimmenden Feuer des Aufruhrs in dem weiten und dünn bevölkerten Lande, in St. Petersburg solche Entrüstung, daß Alexander II. im Juli 1863 den König von Preußen durch ein eigenhändiges Schreiben aufforderte, den Bund vom Februar noch enger zu schließen und an Frankreich und Österreich den Krieg zu erklären. Da Rußland wegen des polnischen Kriegs 400000 Mann*) unter Waffen hatte, wovon die Hälfte an der Westgrenze stand, und Preußen dank der Reorganisation binnen wenigen Wochen ein ebenso starkes Heer aufstellen konnte, so war als sicher anzusehen, daß das unvorbereitete Österreich schnell niedergeworfen werden konnte, ehe die Franzosen heran waren: dann war Preußen imstande, Deutschland nach seinen Wünschen und Interessen, unter Ausschluß Österreichs, neu zu gestalten, und wehe den deutschen Fürsten, welche sich ihm da widersetzten. Gleichwohl hat Bismarck seinem König abgeraten, das Angebot anzunehmen — im letzten Grunde gewiß, weil bei allen Bündnissen der Satz gilt: qui a compagnon, a maître: weil also, wenn man Österreich mit russischer Hilfe niederwarf, Rußland auch bei den Friedensbedingungen und bei der Neugestaltung Deutschlands gehört werden mußte. Da konnte dann Preußen nicht so vorgehen, wie es wollte; ein russisches Kuckucksei ward ihm in das deutsche Nest gelegt und die Selbständigkeit der Neuschöpfung von vorn herein gefährdet. Dazu kam noch die Möglichkeit, daß sich Rußland mit Frankreich, das ja auch bekriegt werden sollte, vielleicht ebenso direkt hinter Preußens Rücken verständigte, wie das 1807 geschehen war. Kurz, das russische Angebot, zunächst sehr verlockend, zeigte bei näherer Betrachtung allerlei Schattenseiten; es war gewißlich besser, es zu verwerfen und Deutschlands Zukunft nur mit dem preußischen Hammer zu schmieden. So lehnte König Wilhelm den Vorschlag seines Neffen ab, was ihm um so leichter fiel, als er persönlich damals noch weit davon entfernt

*) So v. Sybel, die Begründung des Deutschen Reichs, München 1889, 2, 518. Nach Simon, l'Allemagne et la Russie au 19. siècle, Paris 1893, S. 207 betrug die Zahl sogar 500000 Mann.

Digitized by Google

war, mit Österreich sich überhaupt schlagen zu wollen. In seinem Brief an Alexander II. wählte er den Weg vollster Ehrlichkeit: er vertraue dem Zaren persönlich vollkommen; aber es gebe in St. Petersburg eine französische Partei (er zielte auf Gortschakóff): wenn diese unter dem Drang der Verhältnisse (gegen den Willen des Zaren selbst) zu Macht gelange, so wäre Preußen in einer sehr unangenehmen Lage, mit Frankreich verfeindet, Rußlands nicht mehr sicher. Es war die Feststellung der Tatsache, daß auf die Gruppierung der Mächte, die 1813 sich gebildet und 1840 sich nochmals bewährt hatte, unter den heutigen Verhältnissen nicht mehr fest zu rechnen sei. Der Zar ward nachdenklich, gab seinem Oheim recht und ließ seinen Plan fallen — ein Beweis, daß er mehr einer augenblicklichen Aufwallung, als tieferen Gründen entsprungen war und daß Bismarck auch deshalb recht gehabt hatte, nicht auf ihn einzugehen.

Österreich war somit, ohne es zu wissen, durch Preußen vor einer schweren Gefahr bewahrt worden — und gerade in diesem Augenblick versuchte Kaiser Franz Joseph die deutsche Frage in einer Preußen matt setzenden Weise zu lösen. Er nahm an, daß der innere Konflikt die Kräfte Preußens lähmen werde, indem der König an dem Ministerium Bismarck festhalte, die Kammer aber diesem Ministerium keinen Taler bewillige; Preußen sei also der Möglichkeit, jetzt die Vorhand zu ergreifen, beraubt und werde sich wohl oder übel genötigt sehen, den österreichischen Absichten beizutreten. Es war dieselbe Erwägung, welche den König Friedrich VII. von Dänemark schon am 30. März ermutigt hatte, im Vertrauen auf die Zerrissenheit und Zerfahrenheit Deutschlands das sogenannte Märzpatent*) herauszugeben, kraft dessen er dem Programm der „eiderdänischen" Partei gemäß, um die Einwirkung des deutschen Bundes auf den dänischen Staat abzuschneiden, das deutsche Bundesland Holstein vom übrigen Körper der Monarchie durch Errichtung eines besonderen holsteinischen Heerwesens absonderte und eben damit Schleswig als unzertrennlichen Bestandteil dieser Monarchie erklärte. Darin lag die Tragweite des Patents, wie die englische Wochenschrift „Saturday Review" ganz richtig hervorhob: Holstein mochte deutsch bleiben, wenn nur dafür Schleswig von ihm losgerissen und ganz dänisch, Dänemark also bis zur Eider erstreckt

*) Damals in allen Zeitungen im Wortlaut gedruckt; jetzt am bequemsten zu lesen im „Staatsarchiv" Bd. 5 (1863), S. 192—194.

Digitized by Google

wurde. Sofort legten Österreich und Preußen als Mitunterzeichner des Londoner Protokolls vom 8. Mai 1852 am 15. April Verwahrung gegen diesen Staatsstreich ein, und Bismarck ließ der dänischen Regierung erklären, daß mit dem Märzpatent die Bedingungen verletzt seien, unter denen Preußen im Jahr 1852 in die Zurückgabe der Regierungsgewalt in die Hände des König-Herzogs gewilligt habe; die Schuld der daraus möglicherweise erwachsenden Verwicklungen müsse er Dänemark zuschieben. Der deutsche Bund, zu dem Holstein gehörte, dessen Recht auf ewige Verbindung mit Schleswig jetzt zerrissen war, forderte am 9. Juli die Wiederaufhebung des Patents, widrigenfalls er weitere Maßregeln ergreifen werde. Die Dänen lachten darüber, da sie nicht an die Möglichkeit solcher Maßnahmen glaubten, denen überdies die anderen Großmächte äußersten Falls sich, so hofften sie, widersetzen würden.

Die Dänen sahen auf **Deutschlands** Schwäche; in Wien faßte man die üble Lage **Preußens** ins Auge. Der Militärkonflikt wuchs sich in der Tat mehr und mehr zu einem Verfassungskonflikt überhaupt aus; zuerst war das Bewilligungsrecht der zweiten Kammer angetastet worden, dann die politischen Rechte der Beamten, jetzt die Freiheit der Presse; je reaktionärer das Ministerium Bismarck vorging, desto tiefer wurde sein Gegensatz zu der liberalen Partei, welche seit 1859 überall sich kräftig regte und welche mit den freiheitlichen zugleich nationale Ziele verfolgte. Am 16. September 1859 hatte in Frankfurt anläßlich eines volkswirtschaftlichen Kongresses die Gründung **des sogenannten Nationalvereins** stattgefunden, der — im Gegensatz zum deutschen Reformverein (S. 102) — Deutschlands Einheit unter preußischer Führung anstrebte und an dessen Spitze bald der vornehme und geistig hochbedeutende Hannoveraner **Rudolf v. Bennigsen** (1824—1902) trat. Gerade diese Partei, auf welche er sonst hätte rechnen können, stieß Bismarck durch seine antiliberale Politik vor den Kopf; überall faßten die ultramontanen Gegner des preußischen Staats Mut, der seine nächsten Freunde nicht an sich zog, sondern sich entfremdete. Wie schön hob sich von dieser dunklen preußischen Folie der Kaiserstaat ab, der seit dem 26. Februar 1861 wieder eine Verfassung und vermöge dieser ein Abgeordnetenhaus besaß, in welchem das Ministerium Antons v. Schmerling über eine deutschliberale Mehrheit verfügte. Gewiß empfand man es in den Kreisen des Nationalvereins sehr gut, und wußte es von 1849 her, daß Schmerling ebenso ein Gegner Preußens und der Einigung Deutschlands ohne Österreich war, wie die Ultramontanen; aber

Digitized by Google

seine liberale Parteistellung hatte doch etwas für sie Anziehendes; ein im Zeichen der Reaktion durch Preußen geeinigtes Deutschland wäre nach ihrer Ansicht eine Mißgeburt gewesen und wäre niemals von der Nation angenommen worden. So wandte selbst Herzog Ernst von Koburg, der zuerst der Einheitsidee nicht bloß mit Worten, sondern mit der Tat gehuldigt hatte (S. 75), sich Österreich zu und stattete Franz Joseph in Wien einen viel bemerkten Besuch ab. Das Wochenblatt des Nationalvereins und das Tagesorgan der süddeutschen Preußenfreunde, die „Süddeutsche Zeitung", führten gegen das in Preußen bestehende Regiment eine so scharfe Sprache, daß der Minister Eulenburg beide Blätter in Preußen auf Grund des Artikels 52 des Preßgesetzes von 1851 verbot. Unter diesen Umständen beschloß Franz Joseph, das Eisen zu schmieden, solange es warm war, also die im Januar (S. 102) ins Stocken geratene Politik wieder aufzunehmen und Deutschland auf österreichische Art zu einigen, wodurch die freie Bewegung für Preußen noch mehr eingeengt werden mußte als bisher. Der Kaiser ließ eine vom 31. Juli 1863 datierte Einladung an alle deutschen Bundesfürsten und die freien Städte verfassen, sie möchten sich am 16. August in Frankfurt behufs Beratungen über eine Reform des deutschen Bundes versammeln. Die Einladung an Preußen zu bringen übernahm der Kaiser persönlich, da König Wilhelm gerade, von Bismarck begleitet, in Wildbad Gastein im Salzburgischen zur Kur war. Am 2. August traf der Kaiser dort ein und drang in den König, er solle sich an der so dringend notwendigen Reform beteiligen, welche — das gab er offen zu — ohne Preußens Teilnahme nicht zustande kommen könne; der König möge seiner Pflichten gegen Deutschland eingedenk sein und angesichts der schwierigen Weltlage dem Bund helfen, daß er sich aus seinem tiefen Verfall erheben könne. Der König antwortete, daß er eine so wichtige Sache wie die Umgestaltung der Bundesverfassung mit seinem Ministerium beraten müsse, ehe er eine bindende Erklärung abgeben könne. Darauf reiste der Kaiser am 4. August ab, und eine Viertelstunde nachher kam die (vom 31. Juli datierte) Einladung zum 16., die allen Staaten außer Preußen vorher mitgeteilt worden war und nunmehr trotz des — offenbar nicht erwarteten — Zögerns des Königs nicht mehr aufzuhalten war. Der König empfand dieses Vorgehen als eine Rücksichtslosigkeit, die ihn empörte. „Am 16. August kommen sie zusammen, am 18. rufen sie vielleicht Franz Joseph zum Kaiser aus, und ich soll nur den très humble serviteur Österreichs machen!" Wilhelm I. schwankte keinen Augenblick darüber, daß er jetzt rund-

Digitized by Google

weg ablehnend anworten müsse.*) Bismarck war zudem überzeugt, daß der ganze von Österreich vorgeschlagene Weg im Prinzip verfehlt sei, weil die deutsche Frage nicht mit Österreich gelöst werden könne, ja ohne Österreich und wahrscheinlich gegen Österreich gelöst werden müsse. Er fand ohne viel Mühe seinen Herrn durch Franz Joseph selbst hart gemacht gegen alle Versuche, ihn herüberzuziehen und Preußen in eine Sackgasse zu führen. Was zudem der Kaiser von seinen Vorschlägen**) mitteilte, war nur geeignet, Bismarcks Widerstand zu vermehren. Es handelte sich um eine Reformakte von 35 Artikeln, nach welcher die vollziehende Gewalt des Bundes einem aus Preußen, Österreich, Bayern und noch zwei deutschen Fürsten bestehenden fünfköpfigen „Direktorium" unter Österreichs Vorsitz und Preußens Vizepräsidium übertragen werden sollte; dem Direktorium sollte ein namentlich bei Kriegserklärung zuständiger Bundesrat (von 21 Stimmen, worunter drei für Österreich und drei für Preußen) und eine Volksvertretung zur Seite stehen, um die Gesetzgebung und den Haushalt des Bundes wahrzunehmen. Die Volksvertretung sollte von den einzelnen Landtagen und aus der Mitte der Landtage gewählt werden, in der Weise, daß ein Drittel aus den ersten, zwei Drittel aus den zweiten Kammern hervorgehen sollten. Ferner sollten je nach Schluß des Bundesparlaments Fürstentage stattfinden, um zu den Beschlüssen des Parlaments Stellung zu nehmen und die beiderseits angenommenen Gesetze zu verkündigen. Endlich sollte ein oberstes Bundesgericht geschaffen werden, das von Bundesregierungen wie von Privatpersonen in einer Anzahl näher bestimmter Fälle sollte angerufen werden können. Bismarck bezweifelte, ob die Fürstentage eine praktische Einrichtung seien, und zog Ministerkonferenzen vor; er versprach sich von einem Bundesparlament, das nur ein Absud der Einzelparlamente sein sollte, nichts als eine Verstärkung der partikularistischen Tendenzen, nicht aber eine solche der Einheitlichkeit. Endlich wollte er überhaupt nicht den Kopf in das vorgehaltene Joch stecken und Preußen in die Lage bringen, sowohl im Direktorium mit 4 gegen 1, als im Bundesrat mit 18 gegen 3, als im Parlament mit 225 gegen 75 Stimmen majorisiert zu werden; denn von den 300 Abgeordneten sollten nach der Re-

*) So hat Paul Bailleu in einem Vortrag, den er am 28. September 1920 in Weimar hielt, den Hergang noch mit Angaben des Großherzogs Karl Alexander von Weimar erzählt.

**) Siehe deren Text bei Jäger-Moldenhauer, Auswahl wichtiger Aktenstücke, S. 387—396.

Digitized by Google

formakte unter ganz ungehöriger Bevorzugung der Kleinen, welche etwa doppelt so viele Abgeordnete bekommen sollten, als ihnen der Volksziffer nach zustanden, Österreich und Preußen je 75, Bayern 27, Sachsen, Hannover und Württemberg je 15, Baden 12, beide Hessen je 9, beide Mecklenburg zusammen 6, Holstein mit Lauenburg 5, Luxemburg und Limburg je 4, Nassau 4, Braunschweig, Weimar, Oldenburg je 3, Meiningen, Koburg-Gotha und Altenburg je 2, die andern vierzehn Staaten je 1 Abgeordneten entsenden. Es ließ sich mit Sicherheit vorhersehen, daß in diesem Parlament Österreich und die Preußen abgeneigten Mittelstaaten Bayern, Sachsen, Hannover, Württemberg, beide Hessen, Nassau stets eine Mehrheit von etwa 169 gegen 131 Stimmen haben würden. Eine solche Reform war gefährlicher als der bisherige Zustand; sie setzte das bisher souveräne Preußen dauernder Majorisierung aus. Ging es auf eine solche „Reform" ein, so steckte es den Kopf in die Schlinge. Die Fürstenzusammenkunft wurde gleichwohl am 16. August unter Vorsitz Franz Josephs und unter Anteilnahme aller Fürsten außer denen von Preußen, Dänemark, Lippe-Detmold und Anhalt-Bernburg in F r a n k f u r t eröffnet, und als Wilhelm I. seiner Gewohnheit nach Ende August mit Bismarck von Gastein über Wildbad nach Baden-Baden kam, überbrachte ihm, da die Stimmung in Frankfurt ohne Preußen natürlich nicht eben hoffnungsfreudig war, der ihm nahe befreundete und allerseits hochgeachtete König Johann von Sachsen am 19. August namens aller Fürsten eine nochmalige dringende Einladung, er solle sich nicht allein von dem patriotischen Werk ausschließen. Dieser Schachzug verfehlte auch seine Wirkung nicht. „Dreißig regierende Herrn und ein König als Kurier!" rief Wilhelm I. aus; wie kann man da, wollte er sagen, sich noch sträuben? Es bedurfte, nach Bismarcks ausdrücklichem Zeugnis (Gedanken und Erinnerungen 2, 340), eines langen und harten Kampfes, um den König von einer, wenn auch wohl unter Vorbehalt erfolgenden Zusage der Anteilnahme an den Beratungen abzuhalten. Am Schluß der Erörterungen — es war um Mitternacht — waren beide, König und Minister, „krankhaft erschöpft"; aber Bismarck behielt den Sieg. D a m i t w a r d e r g a n z e ö s t e r r e i c h i s c h e P l a n e n d g ü l t i g g e s c h e i t e r t. Zwar bekam der Entwurf in der zehnten Sitzung der Fürsten am 1. September alle Stimmen mit Ausnahme der von Altenburg, Baden, Mecklenburg-Schwerin, Waldeck und Weimar; aber daß der Entwurf ohne Preußen ein totgeborenes Kind war, hatte der Kaiser selbst in Gastein zugegeben, und das zeigte sich jetzt sofort hand-

Digitized by Google

greiflich. Die Aufforderung, welche an Preußen zum Beitritt erging, rief am 15. September einen Bericht *) des gesamten Staatsministeriums an den König hervor, der unter Wiederholung der oben (S. 117 f.) dargelegten Bedenken in dem Rat gipfelte, die vorgeschlagene Organisation des Bundes abzulehnen, da sie jede Bürgschaft dafür vermissen lasse, daß bei ihrer Durchführung die wahren Bedürfnisse und Interessen der deutschen Nation und nicht partikularistische Bestrebungen zur Geltung kommen würden; es müßten ganz andere Grundlagen für die Reform gesucht werden, wofür der Weg von Ministerialkonferenzen sich empfehle. Volle Parität Preußens mit Österreich, ein Veto Preußens gegen Kriegserklärung, die Berufung „einer wahren, aus direkter Beteiligung der ganzen Nation hervorgehenden Nationalvertretung" wurden als unerläßliche Grundpfeiler jeder neuen Ordnung Deutschlands bezeichnet. Auf dies befahl der König am 23. September mit einem die Vorschläge der Fürsten, wie sie waren, ablehnenden Bescheid zu antworten. Und nun war es merkwürdig, wie schnell das Frankfurter Kartenhaus zusammenbrach. Es hatte auch dadurch einen Stoß erhalten, daß einer seiner Hauptpunkte, das Parlament der Landtagsdelegierten, auf das Österreich wegen seiner zu erwartenden partikularistischen Grundstimmung entscheidendes Gewicht legte, von einem deutschen Abgeordnetentag, der unter v. Bennigsens Führung am 21. und 22. August etwa 300 Mitglieder deutscher Landtage in Frankfurt vereinigte, ganz entschieden abgelehnt worden war. Völlig im Einklang mit der Auffassung des verhaßten Bismarck ward von dieser Versammlung der Gedanke des Delegiertenparlaments als höchst bedenklich verworfen und eine von der Nation selbst erwählte Vertretung als unerläßliche Vorbedingung für das Gelingen der Reform bezeichnet; nur eine solche, einheitlich gewählt, konnte einheitlich wirken. Am 21. Oktober versammelten sich die Minister von elf der dreiundzwanzig Staaten, deren Fürsten in Frankfurt gewesen waren, unter Vorsitz des Grafen Rechberg, österreichischen auswärtigen Ministers, in Nürnberg, und verwarfen die preußischen Bedingungen, besonders das direkt gewählte Parlament, als ganz unannehmbar; aber für den Antrag Rechbergs und des Sachsen v. Beust, daß die Staaten, welche den Entwurf Österreichs gebilligt hatten, nun einen Bund für sich bilden sollten, war gar keine Stimmung vorhanden; die Herren gestanden damit ein, daß ohne Preußen nichts zu machen war und daß sie in einem Bund mit Österreich, ohne das preußische Gegengewicht, nur

*) Abgedruckt bei Hahn, Fürst Bismarck, Berlin 1878, 1, 149—154.

Digitized by Google

Österreichs Vasallen gewesen wären. Nun entrüstete sich auch Rechberg und sagte drohend, daß der Weg nach Berlin für Österreich nicht weiter sei als für die andern. Man begann in Wien einzusehen, daß es nicht klug gewesen war, sich so offen gegen Preußen zu wenden und es an die Wand drücken zu wollen, und ein unerwarteter französischer Vorstoß reifte diese Erkenntnis noch schneller. Am 2. November sagte Kaiser Napoleon bei Eröffnung des gesetzgebenden Körpers, daß die Verträge, durch welche 1815 Europa geordnet worden sei, so oft durchbrochen worden seien, daß sie keinen Halt mehr hätten; er werde alle europäischen Staaten zu einem Kongreß nach Paris einladen, welcher Europas Frieden auf neue Grundlagen stellen solle. Am 4. November erfolgte in der Tat nach allen Seiten (auch an Bayern, Württemberg Hannover, Sachsen) die Einladung, welche von der Notwendigkeit sprach, die legitimen Wünsche und souveränen Rechte der Völker zu befriedigen: Worte, aus welchen die Absicht einer völligen Umwälzung, namentlich Österreichs Ausweisung aus Italien, Rußlands aus Polen, herausgelesen werden konnte, obwohl der Kaiser versprach, daß Europa „ohne Erschütterung befriedigt werden solle“. Österreich fühlte jetzt das dringende Bedürfnis nach einer Anlehnung; es konnte sie, wie die Dinge lagen, nur in Preußen finden. Im Moment, wo es dies empfand, kam ihm Bismarck auf halbem Weg entgegen: die Gründe lagen in der Wendung, welche soeben die schleswig-holsteinische Sache genommen hatte.

In dem Augenblick, da diese Frage brennend wurde, war auch in Preußen ein bedeutsames Ereignis eingetreten. Am 4. September hatte König Wilhelm die Auflösung des gegenwärtigen Abgeordnetenhauses ausgesprochen, da mit ihm eine Verständigung über die schwebenden Streitfragen nicht zu erhoffen sei, und der Umstand, daß auf dem Gebiet der deutschen Bundesverfassung Bestrebungen hervorgetreten seien, wodurch Preußens Machtstellung in Deutschland und Europa verkümmert werden solle, dem preußischen Volk eine Kundgebung für die Unabhängigkeit und Würde Preußens zum Bedürfnis machen werde. Deutlich war hier die preußisch-patriotische Saite angeschlagen; ausdrücklich ward betont, daß solchen Gefahren gegenüber die politischen Meinungsverschiedenheiten zurücktreten müßten. Die Wahlen vom 1. November ergaben zwar abermals den Sieg der Opposition, von der 148 Abgeordnete auf die Fortschrittspartei, 93 auf das linke Zentrum entfielen; bei 352 Abgeordneten im ganzen hatten diese zwei Fraktionen mit 241 Stimmen die große Mehrheit; aber die 11 Kon-

Digitized by Google

servativen wuchsen doch auf 37 an; ihre Zahl hatte sich mehr als verdreifacht. Daneben wurden 19 Altliberale, 28 Ultramontane und 27 Polen gewählt. Bismarck hatte einen Sieg gar nicht erwartet; er schrieb nach der Auflösung am 4. September an seine Frau: „Ich habe kein Herz dazu; aber es geht nicht anders; Gott weiß, wozu es gut ist. Es gehört ein demütiges Vertrauen auf Gott dazu, um an der Zukunft unseres Landes nicht zu verzweifeln. Möge er vor allem dem König langes Leben und Gesundheit schenken!" Zu schroffstem Vorgehen war er nicht geneigt; als sein alter Freund Hans v. Kleist-Retzow in einem Brief vom 6. November 1863*) ihn an Offenbarung Johannis 2, 26 erinnerte, wo von der eisernen Rute der Züchtigung und vom Zerschmeißen der Völker gleich den Gefäßen eines Töpfers die Rede ist, und ihm das als Vorbild vorhielt, strich Bismarck die stärkste Stelle des Briefes an und bemerkte dazu lakonisch: „mehr alt- als neutestamentlich! O Hans, immer zornig mit Gottes Donnerkeil!"

Zweites Kapitel.

Die schleswig-holsteinische Frage bis zum Wiener Frieden 1864.

Wir haben der „allerhöchsten Bekanntmachung" des dänischen Königs Friedrich VII. vom 30. März 1863 oben (S. 114) gedacht. Durch sie ward der Versuch gemacht, Holstein von Schleswig als einem von nun an unlöslichen Bestandteil der dänischen Monarchie zu trennen und damit uralte Zusammenhänge und feierlich verbriefte Rechte zu lösen; Schleswig, das als dänisches Kronlehen betrachtet wurde, sollte — trotzdem 1460 der erste König-Herzog Christian I. gelobt hatte, daß beide Herzogtümer „up ewig ungedeelt" bleiben sollten — nunmehr einfach ein dänischer Bezirk werden. Der deutsche Bundestag überwies das Märzpatent auf Anrufen der holsteinischen Stände den „vereinigten Ausschüssen" zur Prüfung, und in deren Namen erstattete der bayerische Gesandte am 18. Juni in der 19. Sitzung des Bundestags einen Bericht,**) welcher zugestand, daß das Patent dem Herzogtum Holstein dem Anschein nach einige wichtige Rechte gewähre, aber auch nur dem

*) H. v. Petersdorff, Bismarcks Briefwechsel mit Kleist-Retzow, Stuttgart 1920, S. 58.

**) Abgedruckt im „Staatsarchiv" 5 (1863) 218—245; dort stehen auch die unten erörterten Aktenstücke.

Digitized by Google

Anschein nach; in Wahrheit werde das Normalbudget von 1856, das ursprünglich als vorläufiges Budget bezeichnet worden sei, durch Artikel 2 des Patentes wenigstens für Holstein als ein endgültiges hingestellt, so daß den holsteinischen Ständen jede Mitwirkung bei seiner späteren Abänderung entzogen sein solle und sie bloß über etwaige Zuschüsse zu diesem Budget Beschluß fassen dürften. Dazuhin sei nicht klar festgestellt, ob dies bloß von Zuschüssen aus den besonderen holsteinischen Finanzen gelten solle oder von denen aus den gemeinschaftlichen Einnahmen und Geldern des ganzen Königreichs; nur wenn die Stände auch über die letzteren Beschluß fassen dürften, hätten sie wirklich etwas Wesentliches zu sagen. Die Schaffung einer besonderen holsteinischen Heeresabteilung gereiche an sich dem Bund zur Befriedigung, nicht aber, daß die Kosten dafür Holstein allein zu tragen haben solle (während es doch am übrigen Militäretat auch noch mitzahlen mußte) und daß es somit mehr als bisher belastet werde. Auch daß die bisher Holstein gehörigen Domänen und Forsten künftig als gemeinsamer Besitz behandelt werden sollten, sei unbillig; ebenso, daß nach dem überaus gewundenen Text des Artikels 5 gemeinsame Gesetze selbst dann sollten ergehen können, wenn Holstein ihnen nicht zustimmte. Aus allen diesen Gründen schlugen die Ausschüsse vor, Dänemark aufzufordern, „daß es dem Patent eine Folge nicht gebe“, d. h. daß es das Patent zurückziehe; und am 9. Juli nahm der Bundestag diesen Antrag an. Dänemark ließ sich mit seiner Antwort bis zum 27. August Zeit; sie fiel dann dahin aus, daß der König Holstein, das von einer gemeinsamen Repräsentativverfassung nichts wissen wolle, Autonomie gewährt habe; damit sei alles geschehen, was das Land selbst wünsche, und auch alles, was der Bund nur irgend erwarten könne; wozu also der Lärm? Auf die Klauseln und Haken, welche für Holstein in dem Patent enthalten waren, ließ sich der dänische Minister des Auswärtigen, Hall, klüglicherweise gar nicht ein. Am 3. September aber richtete er ein Rundschreiben an alle dänischen Vertreter im Ausland, worin er hervorhob, daß, wenn der deutsche Bund zur Besetzung Holsteins schreiten sollte, dafür selbst vom Standpunkt des Bundesrechts aus kein Vorwand bestünde; ein solcher Schritt würde nicht darauf abzielen, für Holstein eine autonome und unabhänge Situation zu erobern (welche es nach dänischer Ansicht ja schon hatte), sondern den König zur Annahme ganz anderer Forderungen zu zwingen, die Einkünfte des Landes mit Beschlag zu belegen und die andern Teile der Monarchie allein mit der öffentlichen Schuld zu belasten. In diesem Kampf würden

Digitized by Google

nicht bloß Dänemarks Geschicke den Einsatz bilden, sondern auch die geheiligtsten Interessen des ganzen Nordens. Trotz dieser dänischen Hornstöße beantragten die Ausschüsse des Bundestags am 19. September, da das Märzpatent, dieser Abschluß einer Reihe dänischer Vertrags- und Rechtsverletzungen, von Dänemark nicht außer Kraft gesetzt werde, solle die Bundesexekution eintreten, und zwar solle sie Österreich, Preußen, Sachsen und Hannover in der Weise aufgetragen werden, daß Sachsen und Hannover je 6000 Mann und je einen Zivilkommissar zur Übernahme der Verwaltung nach Holstein entsenden, Österreich und Preußen aber die ausreichenden Streitkräfte bereit halten sollten, um die Durchführung der Exekution gegen jeden Widerstand sofort vollständig zu sichern. Als dieser Antrag bekannt wurde, richtete der englische Minister des Auswärtigen, Lord Russel, am 29. September an seinen Gesandten beim Bundestag ein Schreiben, worin er erklärte: wenn der Ausschußbericht nicht weiter gegangen wäre, als zu versichern, daß das königliche Patent den Beschlüssen des Bundes nicht genüge; daß der Herzog von Holstein kein Recht habe, ohne die Zustimmung seines Landtags über das Geld von Holstein zu verfügen; daß die langen Ausflüchte Dänemarks eine Exekution notwendig gemacht hätten: so würde Ihrer Majestät Regierung nicht haben leugnen können, daß die aufgestellten Grundsätze die gesunden und in Wahrheit grundlegenden Prinzipien konstitutioneller Regierung seien. Aber es könne nicht behauptet werden, daß die ganze dänische Monarchie der Gerichtsbarkeit des deutschen Bundes unterworfen sei. Wenn der Landtag von Holstein in der Lage wäre, ein Veto gegen die Maßnahmen des dänischen Parlaments und der dänischen Regierung zu haben, so läge auf der Hand, daß die notwendigsten Maßnahmen der Verteidigung Dänemarks gegen einen fremden Feind verhindert werden könnten und daß damit der Bestand und die Unabhängigkeit Dänemarks ernstlich gefährdet wären. England, Österreich und Preußen seien durch den Londoner Vertrag vom 8. Mai 1852 verbunden, die Unabhängigkeit Dänemarks zu achten; Ihrer Majestät Regierung könnte also eine kriegerische Besetzung Holsteins nicht mit Gleichgültigkeit ansehen; sie ersuche deshalb den deutschen Bund, die strittige Frage der Vermittlung derjenigen Mächte zu unterstellen, welche an der Frage selbst nicht, jedoch an dem Frieden Europas und der Unabhängigkeit Dänemarks tief interessiert seien.

Das Aktenstück ist sehr charakteristisch für die Auffassung der deutsch-dänischen Streitfrage nicht bloß in England, sondern in

Digitized by Google

Europa überhaupt. Das Recht Holsteins auf Selbständigkeit wurde an sich nicht bestritten; im Vertrag von 1460, wo Christian I. als Herzog über Schleswig-Holstein von den Landständen angenommen wurde, war die Ungeteiltheit beider Herzogtümer und die Trennung der Verwaltung von der dänischen in allen wesentlichen Stücken so deutlich als möglich ausgesprochen; aber wenn das Recht auf Selbständigkeit ernstlich geltend gemacht wurde, so schloß es die Macht ein, in gemeinsamen Angelegenheiten Nein zu sagen und damit die Tätigkeit des dänischen Staats zu unterbinden; das aber sollte nicht statthaben. Folglich blieb nichts übrig, als entweder Hereinziehung auch Holsteins in den dänischen Staat, was sich aber sofort als undenkbar erwies, oder seine vollständige Loslösung; diese aber zog, wegen des Rechtssatzes „up ewig ungedeelt" den Bruch der Verträge von 1460 oder die Loslösung auch Schleswigs nach sich. Der Bundestag kümmerte sich um die englische Einsprache nichts; er sah die Sache eben nicht als eine strittige an, welche vor ein Schiedsgericht zu bringen wäre, sondern als eine unzweifelhafte, und so nahm er am 1. Oktober mit allen Stimmen gegen die von „Dänemark wegen Holstein und Lauenburg", wie der amtliche Ausdruck lautete, und die „der Niederlande wegen Luxemburg und Limburg" den Ausschußantrag an. Dänemark enthielt sich; die Niederlande — die zweite ausländische Macht im Bunde — stimmte bezeichnenderweise mit Nein. Da auch Österreich und Preußen mit Ja stimmten, so stand der Exekution — nach Ablauf der bundesmäßigen Frist von sechs Wochen — nichts im Wege, und es wurden, unter Fortführung nutzloser Verhandlungen durch Dänemark, die Vorkehrungen zu ihrer Durchführung getroffen. Während sie im Gang waren, drängte die sogenannte „eiderdänische Partei", welche Dänemark bis zur Eider erweitert sehen, also Schleswig mit ihm vereinigen, Holstein aber fahren lassen wollte und welche mit der sogenannten Gesamtstaatspartei nicht zu verwechseln ist, den König Friedrich VII. zur Annahme einer neuen Verfassung, welche die unlösliche Zugehörigkeit Schleswigs zu Dänemark aussprechen sollte. Es war kein Zweifel, daß damit der Grundvertrag von 1460 und besonders auch alle Zusagen von 1852 schnöd gebrochen wurden; der englische Gesandte in Kopenhagen, Paget, nannte die neue Verfassung geradezu eine Kriegserklärung an Deutschland, und der allen wohlwollende Lord Russell, dessen besondere Fürsorge für Dänemark wir aber kennen, äußerte: wenn die Verfassung auch nicht wörtlich Schleswig einfach einverleibe, so bahne sie dies doch an und enthalte somit einen Vertragsbruch. Nicht anders ließ sich der schwe-

Digitized by Google

dische Minister Manderström vernehmen; er hat direkt in Kopenhagen vor der Annahme der Verfassung gewarnt. Es war alles umsonst; die Dänen vertrauten darauf, daß der deutsche Bund für sich allein nicht zu fürchten sei und die beiden Großmächte eben damals einander feindselig und erbittert gegenüberstanden. Am 13. November 1863 nahm der dänische Reichstag mit 40 gegen 16 Stimmen, also mit mehr als der erforderlichen Zweidrittelmehrheit, die Verfassung an. Aber als der Minister Hall nach Glücksburg hinüberfuhr, um Friedrichs VII. Unterschrift zu holen, fand er einen sterbenden Mann, der sich mit der endgültigen Verantwortung für eine Politik, der er bisher notgedrungen sich gefügt hatte, im letzten Augenblick seines Lebens nicht belasten wollte. „Ich will nicht zeichnen," rief er aus; „Christian mag es tun." *) Am 15. November starb er. Sein Nachfolger, der wackere Herzog Christian von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg (1818—1906), als König Christian IX., zauderte einen Augenblick, den verhängnisvollen Schritt zu tun, der Dänemark außerhalb des klaren Rechts und seines Schutzes stellte; er antwortete einer Abordnung des Kopenhagener Stadtrats, die ihn um die Unterzeichnung bat, er müsse sich seinen Entschluß überlegen. Sofort schäumte die dänische Volksseele auf, welche ein Dänemark ohne Schleswig als verstümmelt und lebensunfähig ansah; der neue König war seines Thrones, ja seines Lebens nicht sicher, wenn er nicht nachgab; so setzte er am 18. November schweren Herzens seine Unterschrift unter die Verfassung. Es war das Zeichen zum Losbruch des Sturmes.

Eine doppelte, unerhörte Rechtsverletzung lag nämlich in den Vorgängen der drei Tage: Schleswig sollte von Holstein losgerissen werden, mit dem es durch ein Jahrhunderte altes Recht unlöslich verknüpft war, und es sollte das durch einen Mann geschehen, der nach der Überzeugung der Schleswig-Holsteiner überhaupt kein Recht hatte, über sie zu herrschen. Das war ja der bewegende Grund für alle diese Wirren, daß nach dem dänischen „Königsgesetz" vom 14. November 1665 die Erbfolge in Dänemark der männlichen und weiblichen lutherischen Nachkommenschaft der Oldenburger zustand, in Schleswig-Holstein aber nach dem hier geltenden Landesrecht nur ihre männliche Nachkommenschaft thronberechtigt war. Als das Aussterben der männlichen Linie in absehbarer Zeit mit Sicherheit zu erwarten stand, hatte

*) v. Sybel, Die Begründung des Deutschen Reichs 3, 142.


Digitized by Google

Christian VIII. in seinem „offenen Brief“ vom 8. Juli 1846 verkündigt, daß nach seiner Überzeugung die weibliche Linie auch in Schleswig erbberechtigt sei, wogegen „über einzelne Teile von Holstein“ nicht mit derselben Bestimmtheit das Erbrecht in Anspruch genommen werden könne. Gegen diesen ersten Versuch, Schleswig anders als Holstein zu behandeln und es auf alle Fälle für Dänemark zu sichern, hatte 1848—50 eine Erhebung der Herzogtümer stattgefunden, welche aber mit dem durch alle Großmächte unterzeichneten Londoner Protokoll (S. 53) geendigt hatte; dieses erkannte Christian von Glücksburg als Thronerben der ganzen Monarchie an, aber unter ausdrücklicher Wahrung der Rechte der Herzogtümer, insbesondere also unter Ausschluß der Einverleibung Schleswigs. Jetzt nun nahm Christian IX. die Rechte des Londoner Vertrags für sich in Anspruch; aber sofort erhob sich gegen ihn der Erbprinz Friedrich von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg und machte, trotzdem sein Vater Christian August am 30. Dezember 1852 gegen eine Summe von 2 225 000 dänischen Talern „für sich und seine Familie“ auf jeden Versuch einer Störung des Friedens des dänischen Staats verzichtet hatte (S. 53), geltend, daß ihm, der diesen Verzicht nicht auch geleistet habe, nach dem klaren Erbrecht die Herzogtümer Schleswig-Holstein zugefallen seien; und nach der fast einstimmigen Ansicht aller Schleswig-Holsteiner, ja aller Deutschen hatte der Erbprinz mit diesem Schritt das Recht völlig auf seiner Seite. Am Bundestag regte sich eine Strömung, welche dem Gedanken des augustenburgischen Erbrechts den schärfsten Ausdruck geben wollte, indem mit dem Tod Friedrich VII., als des letzten rechtmäßigen König-Herzogs, der bereits gefaßte Beschluß der Bundesexekution als hinfällig bezeichnet wurde; die Exekution könne sich ja ihrem Begriff nach nur gegen ein Bundesglied richten; ein solches sei aber Christian IX. gar nicht; er sei bloß Ausländer, und die Exekution müsse also in eine Okkupation, eine Besitznahme verwandelt werden. In diesem Sinn stellte Hessen-Darmstadt den Antrag, daß an Stelle der Exekution eine Besetzung Holsteins „zum Schutz aller Rechte“ erfolgen solle. Diese Fassung enthielt aber eine so unzweideutige Lossagung von dem Grundsatz des (vom Bundestag allerdings nie angenommenen) Londoner Protokolls, daß Österreich und Preußen sich darauf nicht einlassen konnten. Der Antrag Hessens fiel denn auch im Bundestag am 7. Dezember mit 8 gegen 7 Stimmen, und die Vornahme der Exekution ward unter Vorbehalt der Entscheidung über die Erbfolge endgültig beschlossen. Vom 24. Dezember ab wurde sie

Digitized by Google

durch Sachsen und Hannoveraner vollstreckt, ohne Schwierigkeit, da die Dänen sich kampflos hinter die Eider zurückzogen. Hier machten die deutschen Truppen halt, da sie Schleswig, als außerdeutsches Land, zu besetzen kein Recht hatten. Der Erbprinz von Augustenburg aber erschien, von einer großen Volksversammlung in Elmshorn gerufen, noch vor Ablauf des Jahres in Kiel und erließ am 31. Dezember eine Proklamation, worin er die Schleswig-Holsteiner kurzerhand als „seine getreuen Untertanen" bezeichnete; „der hohe, stattliche Mann mit einem Antlitz von regelmäßiger Schönheit, mit seiner besonnenen, ernsten und doch freundlichen Art erwarb sich rasch die Liebe und das Vertrauen seiner sonst etwas schwerfälligen Landsleute." *) Er errichtete sofort in Kiel eine Hofhaltung und ein Ministerium, dessen treibender Geist der bisherige koburgische geheime Rat Karl Sammer (aus Eckernförde, 1819—1882) war, und wenn auch dieses Ministerium formell kein Feld einer Tätigkeit hatte, so hatte es doch tatsächlich etwas zu bedeuten, da für die von den beiden Zivilkommissaren bestellte „Landesregierung", welche aus lauter zuverlässigen Anhängern des Erbprinzen gebildet wurde, die Ratschläge des Ministeriums so gut wie Befehle waren. Das war um so mehr der Fall, als so ziemlich ganz Deutschland den Erbprinzen als den rechtmäßigen Herzog ansah, nicht am wenigsten König Wilhelm, sein Sohn, der Kronprinz, und last not least das preußische Abgeordnetenhaus, das schon am 2. Dezember 1863 mit 231 gegen 63 Stimmen den Beschluß gefaßt hatte: die Ehre und das Interesse Deutschlands fordern es, daß sämtliche deutsche Staaten den Erbprinzen als Herzog von Schleswig-Holstein anerkennen und ihm beistehen, seine Rechte geltend zu machen.

Das war nun freilich durchaus nicht die Ansicht Bismarcks. Er hatte selbst 1852 bei den Verhandlungen mit dem Vater des Erbprinzen über dessen Verzicht die wichtigste Rolle gespielt und war der festen Überzeugung, daß die „für Uns und Unsere Familie bei fürstlichen Worten und Ehren" abgelegte Verpflichtung des Herzogs Christian, nichts gegen die Erbfolge Christians IX. zu unternehmen, auch den Sohn Friedrich binde und daß das Londoner Protokoll durch diesen Vertrag mit Augustenburg nach allen Seiten gültig geworden sei. Abgesehen vom Rechtsstandpunkt aber schien es Bismarck direkt gegen Preußens Interesse, einen neuen Mittelstaat in Deutschland aufzurichten, der sofort am Bundestag die antipreußische Mehrheit verstärken

*) Karl Sammer und Karl Jansen, Schleswig-Holsteins Befreiung, Wiesbaden 1897, S. 173.

Digitized by Google

und Preußens Stellung noch mehr erschweren würde. Drittens sah Bismarck in Deutschlands Interesse es als notwendig an, daß gerade an dieser Stelle, an dem Berührungspunkt von Nord- und Ostsee, ein solcher Mittelstaat nicht errichtet werde, welcher aus eigener Kraft diese Stellung nicht behaupten und ihre Vorteile nicht ausnützen konnte; hier mußte eine Macht sich auftun, die von sich selbst aus jedem Feind ein: Hände weg! zurufen konnte. Längst war Deutschlands Handel und Industrie in frohem, stolzem Wachstum begriffen; die preußische Schiffsexpedition nach China und Japan vom Herbst 1860 hatte als letzten Beweggrund das Streben, überseeische Beziehungen für unser immer mächtiger sich entfaltendes Erwerbsleben anzuknüpfen. In einer solchen Zielen zugewandten Zeit durfte die wundervolle Meeresstellung, welche Schleswig-Holstein darbot, durfte der tief eingefurchte Hafen von Kiel, einer der besten der Welt, in dem die schwersten Kriegsschiffe bis hart ans Land herankommen und zu Hunderten Raum finden können, nicht in Hände geraten, welche zu schwach waren, ihn zu behaupten. Bismarck war der Ansicht, daß, wenn es gelinge, die Dänen aus den Elbherzogtümern hinauszuwerfen, niemand an ihre Stelle treten dürfe als Preußen, im eigenen wie im deutschen Interesse. Er erzählt in den „Gedanken und Erinnerungen" (2, 8), daß er gleich nach dem Tode Friedrichs VII. in einem Ministerrat dies offen ausgesprochen und den König daran erinnert habe, daß jeder seiner Vorfahren seit dem großen Kurfürsten für den Staat einen Zuwachs gewonnen habe; er bestand darauf, „obwohl der Kronprinz die Hände erhob, als ob er an meinen gesunden Sinnen zweifelte", daß dieser Ausspruch ins Protokoll aufgenommen werde.

Wie aber sollte die Erwerbung der Herzogtümer möglich werden? Vor aller Welt sagen durfte man so etwas ja nicht, wollte man nicht von vornherein alles verderben; es galt den Gedanken vorerst geheim zu halten, aber alles so einzurichten, daß er, wenn auch auf langen Umwegen, verwirklicht werden konnte: toujours y penser, wie Gambetta von der Revanche an Deutschland gesagt hat, jamais en parler. Dem französischen Gesandten Baron v. Talleyrand, der seiner Regierung am 26. Januar schrieb, daß die preußischen Rüstungen so groß seien, daß man an weiter ausgreifende Pläne glauben müsse, an die Absicht von Eroberungen und Vergrößerung Preußens, erklärte Bismarck am 9. Februar, die einfältigste Politik wäre für Preußen, bei der Errichtung eines neuen deutschen Großherzogtums mitzuwirken und einen Fürsten zu schaffen, der im Frieden in Frankfurt gegen Preußen stimmen und im Kriegsfall

Digitized by Google

es bloßstellen, wo nicht gar verraten werde. Für ein Kerlchen (pleutre) wie den Prinzen von Augustenburg verschwende Preußen nicht das Blut seiner Soldaten und das Geld seiner Kassen; die Einverleibung zweier so schöner Landschaften sei wohl geeignet, den Ehrgeiz Preußens zu reizen; aber der König sei von allen Souveränen der uneigennützigste, und die andern Mächte würden ohne Entschädigung einer Vergrößerung Preußens nicht zustimmen; Rußland könnte die seinige in der Ostsee suchen. Er befolgte also die Taktik, von der Einverleibung zu sprechen, als wenn sie ebenso erwünscht als unausführbar wäre; er stellte sich, als ob er unter diesen Umständen die Herzogtümer am liebsten bei Dänemark ließe, und schläferte damit den Argwohn Frankreichs ein.*)

Die nächste Aufgabe war, Österreich für ein gemeinsames Vorgehen zu gewinnen, um so Europas Mißgunst und Übelwollen leichter im Zaum zu halten; was 1909 gelungen ist, daß Europa vor dem Bund Deutschlands und Österreichs zurückwich, ward schon 1863 mutatis mutandis betätigt. Österreich aber ließ sich um so leichter gewinnen, als es aus Angst vor Frankreich und Rußland nach einer Stütze emsigen Auslug hielt und die augustenburgische Sache allen konservativen Österreichern schon deswegen verdächtig war, weil sie von allen Liberalen und Demokraten Deutschlands mit solchem Eifer unterstützt wurde. So gewann Bismarck den Grafen Rechberg für einen Antrag am Bunde, der am 28. Dezember gemeinsam eingebracht wurde und im wesentlichen lautete: „Dänemark solle von hoher Bundesversammlung aufgefordert werden, das Grundgesetz vom 18. November bezüglich des Herzogtums Schleswig nicht in Vollzug zu setzen, sondern es definitiv wieder aufzuheben; im Fall der Weigerung werde der Bund im Gefühl seines Rechts und seiner Würde sich durch die militärische Besetzung Schleswigs ein Pfand für die Erfüllung der dänischen Verpflichtungen von 1851 und 1852 verschaffen. An dem Vorbehalt einer rechtlichen Prüfung der Erbfolgefrage werde durch die Annahme dieses Antrags nichts geändert.“ Der Antrag ging also davon aus, daß die Verträge von 1851—1852, d. h. vor allem das Londoner Protokoll mit seinen Klauseln bezüglich der Rechte Schleswig-Holsteins, die Rechtsgrundlage bildeten, von der aus man an Dänemark Forderungen stellen könne. Für Preußen und Österreich verstand sich das eigentlich von selbst, da sie das Londoner Protokoll mit unterzeichnet hatten. Ganz anders stand der deutsche Bund zu dem

*) Les origines diplomatiques de la guerre de 1870—71, Paris 1910, 1, 202. 231 f.

Digitized by Google

Protokoll, das für ihn, wie wir sahen (S. 53) unverbindlich war; und die Nation vollends schäumte vor Empörung darüber, daß an einem Vertrag, welcher nach deutscher Volksauffassung die Erbfolge in Schleswig-Holstein in gänzlich rechtswidriger Weise geordnet hatte, von deutschen Staatsmännern unverbrüchlich festgehalten werde. Ein deutscher Abgeordnetentag, der am 21. Dezember in Frankfurt stattgefunden hatte und von 447 Abgeordneten der Klein- und Mittelstaaten, aber nur von 47 Preußen und gar nur 7 Österreichern besucht war, hatte einstimmig ohne Debatte beschlossen, daß mit allen gesetzlichen Mitteln darnach gestrebt werden solle, daß der deutsche Bund Herzog Friedrich anerkenne; jede dafür eintretende Regierung sollte unterstützt, jede gegnerische bekämpft werden; ein deutsches Parlament sollte baldmöglichst zusammentreten. Der französische Gesandte Baron Talleyrand hörte eben im Januar 1864 in Berlin, daß ein Ränkespiel im Gang sei, Bismarck zu stürzen, sobald die deutschen Truppen einmal in Schleswig seien, und ihn durch einen Minister zu ersetzen, der den deutschnationalen Ideen ergeben sei; er bezeichnet die Königin Augusta *) und den Minister Schleinitz als Beförderer dieser Ränke und meldet, daß Bismarck ihm mit mehr Nachdruck als je von seinem Wunsch gesprochen habe, sich zurückzuziehen und auf seine undankbare Aufgabe zu verzichten.**) Angesichts dieser augustenburgischen Strömung, von deren Unwiderstehlichkeit auch fremde in Deutschland angestellte Diplomaten, wie der englische Konsul Ward in Hamburg, überzeugt waren,***) wagte der Bundestag nicht als Verräter an der nationalen Sache zu erscheinen und lehnte zuerst am 12. Januar 1864 den österreichisch-preußischen, ganz folgerichtigen, Antrag auf Ausweisung des Erbprinzen aus Holstein mit 9 gegen 7 Stimmen, am 14. Januar den Antrag auf Inpfandnahme Schleswigs mit 11 gegen 5 Stimmen (Österreich, Preußen, Kurhessen, Mecklenburg, 16. Kurie) ab. Alsbalds gaben die Bevollmächtigten der beiden Großmächte, v. Kübeck und v. Sydow, namens ihrer Regierungen die Erklärung ab, daß diese gemäß ihrer besonderen Stellung zu den 1851—52er Verträgen, sowie wegen der großen Dringlichkeit der Sache die Geltendmachung der Rechte des Bundes in die eigenen Hände nehmen würden.

Diese Erklärung, welche den kleinen Bundesgliedern ihre Ohnmacht in schneidender Weise zum Bewußtsein brachte, rief große

*) Rippold, Das Kaiserin Augusta-Problem. Leipzig 1914.
**) Les origines diplomatiques de la guerre de 1870—71, 1, 203. 282.
***) v. Sybel 3, 188.

Digitized by Google

Erbitterung hervor, und Sachsen erhob sogar offenen Einspruch gegen den Durchmarsch der Österreicher und Preußen durch Holstein, das jetzt in Bundesverwaltung stehe und ohne Erlaubnis des Bundes von niemand betreten werden dürfe. Es klang ganz ungeheuerlich, daß deutsche Mächte unter dem Schlachtruf: Erhaltung der schimpflichen Verträge von 1851—52! gegen Dänemark in den Kampf zogen. Was Bismarck anbetraf, so schien das der Auffassung, daß er ein eigenmächtiger, allen patriotischen deutschen Gefühlen völlig unzugänglicher, hartgesottener preußischer Junker sei, endgültig Recht zu geben; es sah so aus, als ob er sich in Mißachtung und Verhöhnung der nationalen Empfindungen der Deutschen geradezu gefalle. Und doch war diese Auffassung eine von Grund aus falsche, ungerechte und kurzsichtige. Mit beißendem Spott hatte Bismarck am 21. Dezember 1863 bei den Beratungen des Herrenhauses den politischen Dilettantismus seiner parlamentarischen Gegner durch den Vergleich gekennzeichnet, daß sie von den Schwierigkeiten und Gefahren der europäischen Politik nicht mehr verstünden als der Bewohner einer Ebene von den Schwierigkeiten und Gefahren einer Bergbesteigung. Dem einfachen Mann schien nichts klarer, als daß man den Augustenburger auf Grund seines für unzweifelhaft erachteten Erbrechts als Herzog anerkenne und für alles weitere den lieben Gott sorgen lasse. In Wahrheit war diese Anerkennung im europäischen Völkerrecht nicht nur nicht begründet, sondern durch dieses direkt ausgeschlossen; wollte man den Erbprinzen als Herzog anerkennen, so zwang man England, Frankreich, Rußland als Bürgen des Londoner Protokolls, den Dänen zu Hilfe zu eilen, und auch Österreich und Preußen konnten sich dieser Pflicht nur durch Wortbruch entziehen: ob man es nun angenehm oder unangenehm empfand, auch sie hatten das Protokoll unterschrieben und mußten zu ihrer Unterschrift stehen. Dieses Protokoll war ein Bestandteil des Völkerrechts, und von ihm mußte ausgehen, wer, ohne einen allgemeinen Krieg zu entzünden, Dänemark ins Unrecht setzen und ihm Schleswig-Holstein entreißen wollte. Glücklicherweise war das kraft derselben Verträge möglich, welche Christian IX. zum König der Gesamtmonarchie machten. Diese Verträge enthielten nicht bloß Dinge zugunsten Dänemarks, sondern auch solche zugunsten der beiden Herzogtümer;*) sie sicherten ihnen ihre

*) In der Formel, daß die Regelung der dänischen Erbfolge „die Beziehungen des Herzogtums Holstein zum deutschen Bunde nicht beeinträchtigen solle", also dessen Rechte gewahrt blieben.

Digitized by Google

alten Rechte, insbesondere ihre unlösliche Zusammengehörigkeit, sie verboten Schleswigs Einverleibung. Gerade diesen Teil der Verträge hatten die Dänen gebrochen; im Namen der Verträge konnte man sie zur Rechenschaft ziehen, ohne daß die andern Großmächte Einspruch erheben durften. Im Gegenteil, wenn diese redlich verfahren wollten, mußten sie sich auch auf den Standpunkt stellen, daß das Londoner Protokoll, so wie es lautete, in seiner Ganzheit gehalten werden mußte, daß es den Dänen nicht erlaubt sein durfte, das, was ihnen paßte, festzuhalten und das andere den Deutschen vor die Füße zu werfen. Mit einer Genialität und Kühnheit ohnegleichen erfaßte Bismarck diese Sachlage; nicht ohne Grund ist er stets auf diese Leistung stolz gewesen. Aus dem geschmähten und verachteten Londoner Protokoll schuf er sich die Angriffswaffe, mit welcher er Dänemark unwiderstehlich zu Leibe ging, und zugleich den schützenden Schild, mit welchem er das Übelwollen der anderen Großmächte von sich abhielt. Mit Knirschen mußten diese zusehen, wie der große Staatsmann im Namen des Völkerrechts dessen kecken Verächter zur Verantwortung zog, die Elbherzogtümer aus einer ihnen und uns verhängnisvollen Verbindung mit einem ausländischen Reiche befreite und uns die Stellung an der See eroberte, welche uns erst zu Herren in unseren Meeren machte und damit auch unserer überseeischen Entwicklung die gesicherte Grundlage verschaffte.

Bereits am 16. Januar wurde in Wien ein österreichisch-preußischer Vertrag unterzeichnet, welcher folgende Hauptpunkte enthielt: 1. An Dänemark ergeht die Aufforderung, das Grundgesetz vom 18. November binnen 48 Stunden zurückzunehmen. Im Weigerungsfall wird Schleswig von den Truppen beider Mächte besetzt. 2. Alsdann werden in Schleswig alle dänischen, Augustenburger und demokratischen Kundgebungen verhindert und das Land unter dem obersten Befehl des höchsten Truppenbefehlshabers durch Zivilkommissare verwaltet. 3. Wenn es zu Feindseligkeiten in Schleswig kommt und also die Verträge zwischen den deutschen Mächten und Dänemark hinfällig werden, so werden Österreich und Preußen die künftigen Verhältnisse der Herzogtümer nur im gegenseitigen Einverständnis feststellen; insbesondere werden sie die Frage der Erbfolge nicht anders als im Einverständnis miteinander entscheiden. Die Fassung dieses letzten Punktes war von Bismarck entworfen; Rechberg hätte lieber gesehen, wenn das Prinzip der Erhaltung der dänischen Monarchie in ihrem gegenwärtigen Umfang als Ziel beider Mächte hingestellt worden wäre; denn er wünschte am Bestand

Digitized by Google

dieser Monarchie nicht zu rütteln. Genau das Gegenteil erstrebten Bismarck und König Wilhelm; ihr Entschluß war, die Herzogtümer auf alle Fälle vom dänischen Joch zu befreien. Um aber Österreichs Mitwirkung nicht zu verlieren, hielten sie mit ihrem letzten Gedanken zurück; sie ließen sich nicht auf den Bestand Dänemarks festlegen; aber sie gestanden eine Fassung zu, welche Rechberg wenigstens Sicherheit bot, daß Preußen nicht einseitig über das künftige Los der Herzogtümer entscheiden konnte. Der österreichische Botschafter in Berlin, Graf Karolyi, der mehr als das von Bismarck Angebotene verlangte, ließ sich überzeugen, daß man sich im Kriegsfall alle Möglichkeiten offen halten, nicht dem Feinde selbst eine letzte Schanze bauen müsse; der Zorn über den Eigensinn der Mittel- und Kleinstaaten und die Wahrnehmung, daß Napoleon ihnen den Rücken steife, also ihre Hilfe gegen Österreich suche, gaben auch bei Rechberg den Ausschlag. So erteilte Kaiser Franz Joseph seine Zustimmung zu dem Vertrag, und alsbald erging die Forderung nach Kopenhagen, die November-Verfassung zurückzunehmen. Am 28. Januar 1864 gab der neue Minister des Auswärtigen, der eiderdänische Bischof Monrad, die ablehnende Antwort. Die Würfel waren gefallen; die Bahn war frei; mit dem ersten Kanonenschuß wurden alle Verträge, welche Preußen und Österreich an Dänemark zum Schaden Deutschlands banden, zerrissen und die Möglichkeit besserer Verhältnisse eröffnet.

Alsbald trat der Kriegszustand ein, und am 1. Februar überschritten 37 000 Preußen und 23 000 Österreicher unter dem gemeinsamen Oberbefehl des greisen Feldmarschalls v. Wrangel, dem besonderen von Prinz Friedrich Karl und General Ludwig v. Gablenz die Eider. Die 40 000 Dänen konnten das Danewerk, das sie quer über die Halbinsel angelegt hatten, nicht zu halten wagen, obwohl Kaiser Napoleon der Ansicht gewesen war, daß die Deutschen zwei Jahre davor liegen würden; sie wichen vielmehr auf Flensburg zurück, konnten aber auch diese Stadt nicht behaupten, sondern mußten in der starken Stellung der Düppeler Schanzen auf einer Halbinsel nordwärts von Flensburg Zuflucht suchen. Infolge davon langten die Verbündeten bald an der Nordgrenze von Schleswig an, und wenn es nach den Österreichern gegangen wäre, so hätten sie hier haltgemacht und Jütland nicht betreten, als ein unzweifelhaft dänisches Land, das in dem ganzen Streit direkt nicht in Betracht kam und auf das sich die deutschen Ansprüche weder erstrecken konnten noch erstreckten. Als im Verfolg des Kriegs eine

Digitized by Google

Abteilung der preußischen Gardehusaren die Dänen über die jütische Grenze zurückwarf und aus diesem Anlaß am 18. Februar die jütische Stadt Kolding besetzte, erklärte der englische Ministerpräsident Lord Palmerston im Parlament, daß der verbrecherische Krieg dadurch doppelt frevelhaft geworden sei, und versuchte Kaiser Napoleon zu einer Einmischung zu bestimmen. Der Generalstabschef Moltke aber sagte zu König Wilhelm, daß, da Napoleon uns wegen Schleswigs den Krieg nicht angekündigt habe, er es auch wegen Jütlands nicht tun werde; es sei aber geboten, dieses Land zu besetzen, damit die Dänen nicht von hier aus die Verbündeten in Schleswig fortwährend ungestraft bedrohen könnten. Bismarck hielt die Besetzung des Landes aus dem andern Grunde für notwendig, damit man für die zu erwartende und bald in der Tat verkündete Blokade der deutschen Häfen durch die überlegene dänische Flotte und für die Wegnahme deutscher Schiffe Vergeltungsmaßregeln ergreifen könne. Nicht ohne große Mühe gelang es ihm, durch den nach Wien entsandten General Edwin v. Manteuffel den Kaiser Franz Joseph zur Zustimmung zu bewegen, und so nahmen die Österreicher und eine preußische Gardedivision im März Jütland bis hinauf zum Lymfjord in Besitz. Am 18. April erstürmten dann die Preußen unter Prinz Friedrich Karl die von 11 000 Dänen verteidigten Düppeler Schanzen und warfen die Dänen mit einem Verlust von 4700 Mann und 118 Geschützen nach der Insel Alsen hinüber. Abgesehen von dieser Insel waren nunmehr Holstein und Schleswig von den Dänen befreit, und die offiziöse Berliner „Provinzialkorrespondenz“ verkündigte sofort, daß nunmehr die Zuversicht erhöht sei, daß die Befreiung der deutschen Länder vom dänischen Joch wahrhaftig und vollständig erreicht und der Tyrannei und Tücke der Dänen in deutschen Gauen ein für allemal ein Ende gemacht werde.

In dieser Lage versuchte England durch Berufung einer Konferenz nach London eine Vermittlung eintreten zu lassen, und sowohl die Verbündeten als Dänemark gingen auf den Vorschlag ein, die ersteren unter der Bedingung, daß auch der deutsche Bund zu den Verhandlungen mit zugezogen werde. Am 25. April wurde die Konferenz eröffnet und zunächst ein Waffenstillstand vom 12. Mai ab auf vier Wochen vereinbart, während dessen Dänemark die Blokade der deutschen Küsten aufzuheben hatte; der Stillstand wurde dann am 6. Juni nochmals um zwei Wochen verlängert. Bismarck nahm auf der Konferenz den grundsätzlichen Standpunkt ein, daß, nachdem Dänemark alle gerechten Forderungen abgelehnt,

Digitized by Google

bewaffneten Widerstand unternommen und bis zuletzt ihn fortgesetzt habe, Preußen sich von allen Pflichten vollkommen frei fühle, welche aus den Verträgen von 1851—1852 gefolgert werden könnten, und Österreich gab die gleiche Erklärung ab. Am 17. Mai bezeichneten sie als die Voraussetzung eines dauerhaften Friedens, der den Herzogtümern unbedingte Bürgschaften gegen die Wiederkehr fremder Unterdrückung gewähre und Deutschland die notwendige Sicherheit im Norden verschaffe, die vollständige Unabhängigkeit der durch gemeinsame Einrichtungen eng verbundenen Herzogtümer. Da die Dänen diesen Standpunkt gänzlich ablehnten und auf die Personalunion der Herzogtümer mit Dänemark nicht eingingen, welche Christian IX. als Herrn der — freilich von Dänemark ganz losgelösten — Herzogtümer belassen hätte, so traten Österreich, Preußen und der Bund am 28. Mai mit der Erklärung hervor, daß sie die vollständige Aufhebung jeder Verbindung Schleswig-Holsteins mit Dänemark und ihre Vereinigung zu einem Staat unter der Souveränetät des Erbprinzen von Augustenburg verlangen, „welcher nicht bloß in den Augen Deutschlands die größten Erbfolgerechte geltend zu machen habe und dessen Anerkennung seitens des deutschen Bundes gesichert sei, sondern welcher auch unzweifelhaft die Stimmen der ungeheuren Mehrheit der Bevölkerung auf sich vereinige.“ Diese Erklärung war geeignet, das größte Erstaunen hervorzurufen; nicht weil der sächsische Minister Freiherr v. Beust, der Vertreter der Frankfurter Bundesversammlung, seinen Namen unter sie setzte —, sondern weil Österreich, das bisher in dem Erbprinzen Friedrich wesentlich den Günstling der verhaßten deutschen Demokraten sah, und Preußen für ihn eintraten. In Preußen waren zwar der König Wilhelm und sein Sohn ebenfalls für den Augustenburger eingenommen; Bismarck aber war schon deshalb gegen ihn, weil er, wie wir wissen, die Herzogtümer im tiefsten Grunde seines Herzens für Preußen gewinnen wollte und der Erbprinz, wie die Dinge lagen, als der gefährlichste Mitbewerber um die Herzogtümer anzusehen war. Erklären läßt sich Österreichs Verhalten nur daraus, daß Graf Rechberg die verlorenen Sympathien in Deutschland wieder gewinnen wollte und daß er rechtzeitig zu verhüten bemüht war, daß Preußen den Preis des Sieges allein an sich bringe. Bei Bismarck aber muß man annehmen, daß er sich jetzt im Angesicht des Auslandes nicht in Widerspruch zu Österreich setzen, auch dieses nicht einen Vorsprung bei der deutschen Nation gewinnen lassen wollte; er fand es also für gut, die Schwenkung zum Augustenburger hinüber vorerst

Digitized by Google

äußerlich mitzumachen, und er tat es um so eher, als es zu erwarten war, daß die Sache des Erbprinzen bei den andern Mächten keinen Anklang finden werde. Dieser hatte zwar schon am 2. Dezember sich brieflich an Napoleon III. als den Vorkämpfer hohen Gerechtigkeitssinns und des Rechts der Nationalitäten gewandt, aber eine kühle Antwort, den Hinweis auf den Londoner Vertrag, erhalten; in England sah man in ihm den entschiedensten Dänenfeind, und Rußlands Zar Alexander II. glaubte als Holstein-Gottorper selbst sehr gute Ansprüche auf Schleswig-Holstein zu besitzen. So fand die augustenburgische Sache außerhalb Deutschlands keinerlei Unterstützung.

Gleichwohl brachte das offizielle Eintreten der drei deutschen Vertreter für den Augustenburger es mit sich, daß Bismarck es nun doch für unvermeidlich hielt, mit diesem Prinzen sich auseinander zu setzen und sich zu überzeugen, ob er Preußens in seinen Lebensinteressen begründeten Wünschen so weit entgegenzukommen bereit sei, daß man schließlich von dem direkten Erwerb der Herzogtümer absehen konnte und die Einsetzung des Prinzen sich mit dem preußischen Interesse zur Not vereinigen ließ. Dem Erbprinzen war schon am 16. April von König Wilhelm durch Vermittlung des Kronprinzen zu wissen getan worden, daß Preußen auf fünf Punkten *) bestehen müsse: erstens der Gewinnung einer Flottenstation und eines festen Anhaltspunktes für die Entwicklung der preußischen Marine; zweitens der Erklärung Rendsburgs zu einer Bundesfestung mit preußischer Besatzung; drittens der Sicherung des zu erbauenden Nordostseekanals für den preußischen Verkehr und die preußische Flotte; viertens einer Militärkonvention nach dem Muster der koburgischen; fünftens des Beitritts der Herzogtümer zum Zollverein, wenn dieser ihre Grenzen berühre. Der Erbprinz nahm am 29. April alle diese Bedingungen an und bot noch überdies ein Marineabkommen an, wollte also auch die zu bauende schleswig-holsteinische Flotte nach Organismus und Ausbildung der Mannschaften eng an die preußische Flotte anschließen. Beim Zollverein machte er nur den Vorbehalt, „falls dieser auf den Grundlagen des französischen Handelsvertrags abgeschlossen werde“, was aber, da Preußen ja eben dieses Ziel verfolgte, eher als eine Förderung der preußischen Pläne denn als eine Ausflucht angesehen werden

*) Der Wortlaut bei Sammer-Jansen, Schleswig-Holsteins Befreiung, Wiesbaden 1897, S. 326, einem den augustenburgischen Standpunkt gegenüber Bismarck mit Schroffheit durchführenden Buche.

Digitized by Google

muß.*) Auf Bismarcks Betreiben kam der Erbprinz von Kiel am 1. Juni 1864 nach Berlin, und hatte hier vormittags eine Zusammenkunft mit dem Kronprinzen in Potsdam, um sechs Uhr eine mit dem König in Berlin und endlich nachts von neun bis zwölf Uhr eine geheime Besprechung mit Bismarck im auswärtigen Amt, über welche sowohl eine Niederschrift Bismarcks als eine des Erbprinzen vorliegt.**) Die Unterredung trug auch nach augustenburgischer Darstellung „keinen gereizten oder heftigen Charakter; im ersten Teil war sie angenehm, im zweiten auf Bismarcks Seite ein Markten um Vorteile". Die Hauptgegenstände der Erörterung waren die Zugeständnisse, welche Preußen fordern zu müssen glaubte, und die Bürgschaft, welche der Erbprinz leisten sollte, daß die Herzogtümer nicht „ein zweites Koburg" würden, d. h. ein Herd liberaler Agitation, die, auf parlamentarischen Einfluß in Deutschland gerichtet, dem konservativen Preußen Ungelegenheiten bringe. Schließlich zerschlug sich die ganze Verhandlung daran, daß der Erbprinz zwar seine Bereitwilligkeit beteuerte, seine Versprechungen vom 29. April zu halten, daß er aber die Zustimmung der Landstände der Herzogtümer dazu vorbehielt; sich darüber hinwegzusetzen, laufe gegen seine Ehre. Er hatte den Eindruck, daß Bismarck von Billigkeit und Rechtsgefühl und von Rücksicht auf seine schwierige Lage weit entfernt sei; umgekehrt meinte Bismarck aus seinen Worten unverkennbar herauszuhören, daß der Erbprinz sich bereitwillig durch die Stände von seinen gerechten Zusagen entbinden lassen werde, daß also seine Zusagen keinen wirklichen Wert hätten. Der Erbprinz und seine Räte waren der Ansicht, daß Bismarck ihn wegen seiner innigen Beziehungen zum Kronprinzenpaar und zur Verfassungspartei hasse und im letzten Grunde auch am 1. Juni nicht die Herzogtümer, wenn auch gegen Zugeständnisse, an den Augustenburger überlassen, sondern sie für Preußen behalten wollte. Bismarck hatte dagegen seinerseits den Eindruck, daß der Erbprinz für die Notwendigkeit eines Einverständnisses zwischen seiner Sache und den Interessen Preußens und Deutschlands nicht so zugänglich sei, wie es nach Lage der Dinge hätte erwartet werden dürfen; er fand ihn, wie er in der „Provinzialkorrespondenz" vom 8. Juli 1864 schreiben ließ, von seinem vermeintlich allein maßgebenden Recht so durchdrungen, daß er jede andere Rücksicht, sowohl Preußen und Österreich, als auch Deutschland gegenüber beiseite setzte; er schrieb

*) Gamwer-Jansen S. 327.

**) Die Bismarcks bei von Sybel 3, 337—338; die des Erbprinzen bei Gamwer-Jansen S. 336—344. Vgl. Wahl, historische Zeitschrift 95 (1905).

Digitized by Google

ihm die „glaubwürdig mitgeteilte“ Äußerung zu: „Für mich und meine Sache wäre es besser gewesen, wenn Preußen sich gar nicht in die schleswig-holsteinische Sache gemischt hätte.“ *) Wie sich diese Anklagen mit dem deutlichen Angebot des Erbprinzen vom 29. April und seiner Äußerung reimen, daß er seine Zugeständnisse gar nicht als Opfer ansehe, sondern als geboten durch das eigene Interesse der Herzogtümer selbst,**) ist freilich schwer zu verstehen, außer unter der allerdings nahe liegenden Annahme, daß Bismarck befürchtete, die Anerbietungen des Erbprinzen seien nur für den Augenblick gemacht, um Preußen zu ködern, und er werde sie später unter Berufung auf die Abneigung der Landstände wieder hinfällig machen. An dem Tisch des auswärtigen Ministeriums saßen zwei Männer, welche sich nicht recht trauten, welche gegen einander eingenommen waren, und wenn der Erbprinz Bismarcks Mißtrauen hätte entwaffnen wollen, so hätte er unseres Ermessens rückhaltslos sich für Preußen entscheiden und erklären müssen, daß er von den Landständen die bedingungslose Annahme seiner Zugeständnisse vom 29. April fordern und seinen Regierungsantritt davon als von einer Sache abhängig machen werde, die seine Ehre als Mann und Fürst erheische. Eine solche Sprache hätte Bismarck doch wohl gewonnen, sein Mißtrauen beschwichtigt und ihm Bürgschaft gegeben, daß nicht Preußen schließlich nach allen Opfern an Blut und Geld der Getäuschte sein werde, indem es in einer Zeit, welche stürmisch nach Einheit drängte, einen neuen hinterhältigen und abgeneigten Mittelstaat an einer Schicksalsstätte deutscher Zukunft selbst errichten half. Die Erklärung, wie Bismarck sie erwarten und wünschen mußte, erfolgte nicht; der durchaus liberal gesinnte Erbprinz fühlte sich an seine Pflicht als konstitutioneller Fürst gebunden, daß die Landstände freie Hand haben müßten, ja oder nein zu sagen, und so verlief die Unterredung ohne Erfolg. Für Bismarck aber zeitigte sie das Ergebnis, daß er mit diesem Thronbewerber ein für allemal fertig war und sein Entschluß feststand, von nun an auf die Einverleibung der Herzogtümer in Preußen als einziges vom preußischen Standpunkt aus zu verantwortendes Ziel hinzuarbeiten.

Auf der Londoner Konferenz trat England, das nun auch seinerseits die Verträge von 1852 als tatsächlich hinfällig geworden ansah, unter Preisgabe des unhaltbar gewordenen Grundsatzes der dänischen Gesamtmonarchie mit dem Vorschlag hervor, — der für Dänemark möglichst viel retten sollte — Schleswig zwischen Däne-

*) Ludwig Hahn, Fürst Bismarck, 1, 254. 255.
**) Sammer-Jansen S. 327.

Digitized by Google

mark und Deutschland zu teilen, und zwar schlug es als Grenzlinie die Schlei vor, wodurch die Städte Schleswig, Husum, Bredstedt, Flensburg, Tondern, Apenrade und Hadersleben zu Dänemark geschlagen worden wären. Da dadurch eine beträchtliche Anzahl deutscher Bezirke endgültig unter dänische Herrschaft geraten wäre, so lehnten Österreich und Preußen zwar nicht den Vorschlag der Teilung an sich, aber doch diese Grenzlinie ab, weil bei ihrer Annahme die Gründe der jetzigen Erregung nicht beseitigt, sondern verewigt werden würden, und Bismarck schlug eine nördlichere Linie — Flensburg-Bredstedt oder Apenrade-Tondern — vor. Schließlich beantragte England, daß die Feststellung der Grenze einem Schiedsrichter übertragen werden solle; allein die Dänen lehnten das unbedingt ab und bestanden auf der Linie der Schlei, überdies mit dem Anhang, „daß dabei alle militärischen und alle Handelsinteressen Dänemarks gewahrt werden müßten"; sie wollten also offenbar auch an der Schlei noch allerlei Vorteile für sich herausschlagen. Bismarck hatte mit der Halsstarrigkeit der Dänen gerechnet, als er sich den Anschein gab, auf eine Teilung Schleswigs einzugehen; so fiel dem Feind ausschließlich die Verantwortlichkeit für das Scheitern der Konferenz zu, welche am 25. Juni sich ergebnislos auflöste. Vier Tage nachher, am 29., setzten 16 000 Preußen trotz aller Schwierigkeiten, namentlich trotz der ihnen von dem dänischen Panzerschiff „Rolf Krake" drohenden Gefahr nach der Insel Alsen über und zwangen die dort stehenden 10 000 Dänen mit einem Verlust von 700 Toten und Verwundeten, 2600 Gefangenen, 108 Kanonen und 2 Kanonenbooten zu eiliger Flucht nach Fünen. Der Sieg kostete Preußen nicht über 200 Mann. Damit war das letzte Stück schleswigscher Erde zurückerobert, der ganze Streitgegenstand den Dänen entrissen. Auch aus Jütland wurden sie nun völlig vertrieben, indem eine preußische Heeresabteilung am 10. Juli den Lymfjord überschritt und Kap Skagen besetzte; am 14. Juli ritt Prinz Albrecht, des Königs Neffe, mit seinem Gefolge bis zu dem Punkt, wo die Wellen von Nord- und Ostsee zusammenfließen — noch niemals in langen Jahrhunderten waren deutsche Waffen so hoch in den Norden hinaufgetragen worden.

Damit war aber auch die Widerstandskraft der trotzigen Dänen gebrochen. Das Heer, das durch eine verfehlte Politik in hoffnungslose Kämpfe verwickelt worden war, wo es am letzten Ende trotz aller Tapferkeit nicht siegen konnte, war über die demokratischen Machthaber so ergrimmt, daß es sie

Digitized by Google

am liebsten durch einen militärischen Gewaltstreich weggefegt hätte. Der König Christian IX. gewann dadurch den Mut, sich des Ministeriums Monrad zu entledigen und am 12. Juli ein neues konservatives Kabinett unter dem Vorsitz Bluhmes zu berufen, welches sofort Friedensverhandlungen einleitete, da andernfalls mit einem Übergang der verbündeten Heere nach der Insel Fünen zu rechnen war; er war so gut ausführbar als der nach Alsen, und dann hatte Dänemark, dessen Heer auf etwa 20 000 Mann zusammengeschmolzen war, das Äußerste zu befürchten. Nachdem ein Waffenstillstand abgeschlossen war, wurde schon am 1. August der Vorfriede in Wien, wohin sich Bismarck begeben hatte, zustande gebracht. Er enthielt den Verzicht des dänischen Königs auf Schleswig-Holstein und Lauenburg zugunsten des Kaisers von Österreich und des Königs von Preußen und bestimmte, daß die für Rechnung der dänischen Monarchie aufgenommenen Schulden zwischen Dänemark und den Herzogtümern nach der Kopfzahl geteilt werden sollten und daß die Herzogtümer für die Kriegskosten aufzukommen hätten. Der Waffenstillstand wurde, um Zeit zu den endgültigen Vereinbarungen zu schaffen, auf drei Monate verlängert; am 30. Oktober 1864 ist der endgültige Friede in Wien abgeschlossen worden. Er bestätigte den Vorfrieden und setzte weiter fest, daß die Abtretung Schleswigs alle Inseln in sich begreife, welche zu diesem Herzogtum gehörten, und daß ebenso alle jütischen Enklaven in Schleswig (Mögeltondern, die Insel Amrum, die jütischen Teile der Inseln Föhr, Sylt und Romö) abgetreten würden, wogegen das schleswigsche Gebiet, das Ribe vom übrigen Jütland trennt, an Dänemark fiel. Der Anteil der Schulden des dänischen Gesamtstaats, den die Herzogtümer übernehmen sollten, wurde, um die unüberwindlichen Schwierigkeiten einer Einzelausgleichung von Anrechten und Ansprüchen abzuschneiden, in Bausch und Bogen auf 29 Millionen dänische Taler (= 21 750 000 preußische Taler) festgesetzt. Das Recht, sich die Kriegskosten von den Herzogtümern zurückzahlen zu lassen, behielt Artikel 12 den beiden Siegern ausdrücklich vor. Mit diesem Wiener Frieden war eine alte Wunde am Körper Deutschlands für immer geschlossen; Dänemark, welches eine zu zwei Dritteln deutsche Provinz hatte an sich reißen wollen, hatte das Spiel endgültig verloren; Deutschland, das 1814 Schweden den letzten Rest seines deutschen Raubs entwunden hatte, war nunmehr auch Herr seiner ihm von Dänemark lange vorenthaltenen Nordmark.

Digitized by Google

Drittes Kapitel.

Die Entwicklung des Gegensatzes zu Österreich.

Während des ganzen im Vorstehenden geschilderten Zeitraums vom November 1863 bis zum Oktober 1864 war auch ein handelspolitischer Feldzug von größter Tragweite durch Bismarck geführt und gewonnen worden. Wie wir wissen (S. 80), hatte Preußen am 2. August 1862 einen auf freihändlerischen Grundlagen ruhenden Handelsvertrag mit Frankreich abgeschlossen, und zwar im Namen und Auftrag des deutschen Zollvereins; allein als der Vertrag fertig vorlag, erhob eine Anzahl von Staaten (Bayern, Württemberg, Hannover, Nassau und Hessen-Darmstadt) Einwände und verlangte, daß der Zollverein vor allem eine enge Verbindung mit Österreich schließe und der Handelsvertrag mit Frankreich nur insoweit in Kraft trete, als dies mit jener Verbindung vereinbar sei. Wieder offenbarte sich das österreichische Bestreben, das 1852 so energisch betätigt worden war, eine Zollgemeinschaft mit den deutschen Staaten zustande zu bringen und dadurch den Vorsprung einzuholen, den Preußen seit 1834 wirtschaftlich und politisch in Deutschland erlangt hatte. Bismarck hielt es für klug, eine engere Handelsverbindung mit Österreich nicht grundsätzlich abzulehnen; aber er bezeichnete sie erst als möglich, wenn vorher die Fortdauer des — Ende 1865 ablaufenden — Zollvereinsvertrags unter Festhaltung des französischen Vertrags auf weitere zwölf Jahre gesichert sei. Nach langen erfolglosen Verhandlungen griff Bismarck endlich energisch durch und berief auf 5. Dezember 1863 eine Beratung nach Berlin, die Klarheit darüber schaffen sollte, welche Staaten den Handelsvertrag annehmen und im Zollverein verbleiben wollen, welche nicht. Auch jetzt noch suchte Bayern die Sache möglichst zu verschleppen; Sachsen und Baden aber sprachen im Mai 1864 ihre Zustimmung zu der Erneuerung des Zollvereins auf der erwähnten Grundlage aus; Kurhessen tat bald das gleiche, und im Juli folgte auch Hannover nach, womit die Brücke zwischen der östlichen und westlichen Hälfte Preußens geschlossen und die weitere Abrundung des Vereins ermöglicht war. Als man so weit war, setzte Bismarck als letzte Frist für den Beitritt den 1. Oktober 1864 fest, und in der Furcht, schließlich allein zu bleiben, von ihren Bevölkerungen, soweit sie vom Handel lebten, nachdrücklich um Fügsamkeit bestürmt, gaben auch Bayern und Württemberg ihren Widerstand auf. Am 12. Oktober wurde der Vertrag mit ihnen unterzeichnet; der Zoll-

Digitized by Google

verein in seiner bisherigen Gestalt hatte sich als unzerstörbar erwiesen; die preußische Handelspolitik hatte einen vollkommenen Erfolg errungen. Mit Österreich ward in Prag über einen neuen Handelsvertrag beraten, wobei sich aber herausstellte, daß bei den von Österreich festgehaltenen hochschutzzöllnerischen Grundsätzen eine Einigung in absehbarer Zeit nicht möglich war. König Wilhelm I. gab persönlich den Ausschlag dafür — gegen Bismarcks Ansicht — daß der Paragraph 25 des bisherigen Handelsvertrags, wonach bei Ablauf der zwölfjährigen Zollvereinsperiode neue Verhandlungen über einen Zollverband mit Österreich stattfinden sollten, nicht mehr erneuert wurde; der hauptsächlichste Ratgeber des Königs in Handelsfragen, Ministerialdirektor Delbrück, war es, der den Paragraph zu Fall brachte. Die Sache wurde, sowenig ihr auch wohl praktische Bedeutung zukam, und so wenig der König dabei die Absicht einer Unfreundlichkeit gegen Österreich hatte, in Wien doch als eine Unfreundlichkeit empfunden, und das Ende des ganzen Handelsfeldzugs führte den Sturz des auswärtigen Ministers, Grafen Rechberg, und seine Ersetzung durch den Grafen Alexander v. Mensdorff-Pouilly herbei. Da Rechberg das Zusammengehen mit Preußen durchgeführt hatte, so kam dem Ministerwechsel eine nicht zu verkennende politische Bedeutung zu.

Man hätte denken können, daß die unbestreitbaren großen Erfolge der Bismarckschen Staatsleitung auf den inneren Konflikt in Preußen mildernd eingewirkt hätten. In der Tat wurden auch einzelne der Gegner Bismarcks allmählich schwankend und fragten sich, ob es nicht am Ende geraten wäre, das Kriegsbeil zu begraben und der Fahne des Staatsmannes zu folgen, der Preußens Schiff mit so fester, sicherer und erfolgreicher Hand steuerte und der dem vorher mißachteten Staat ein ganz neues Ansehen in der Welt verschafft hatte. Aber auf die große Masse der Abgeordneten blieben die Ereignisse des Jahres 1864 ohne Wirkung; sie standen einfach auf dem Standpunkte, wie die Budgetkommission dies im Juni 1865 einmal ausgesprochen hat, daß vor Wiederherstellung des Ausgabebewilligungsrechts des Landtags und vor Ordnung des Budgetwesens seit 1863 keine Genehmigung irgend einer einzelnen Ausgabe zulässig sei, und so wurden alle Geldforderungen des Ministeriums schlankweg abgelehnt, auch die notwendigsten und an sich berechtigtsten. Am 22. Januar 1864 fiel die zu den Zwecken des dänischen Kriegs verlangte Anleihe von zwölf Millionen Talern mit 275 gegen 51 Stimmen; am 2. Juni 1865 eine zweite Anleihe von zehn Millionen zur Herstellung und

Digitized by Google

Befestigung zweier Kriegshäfen in der Kieler Bucht und in der Jahde, ferner zur Anschaffung von Panzerfregatten und schweren Gußstahlkanonen; endlich am 13. Juni 1865 die Vorlage, welche nahezu neunzehn Millionen aus den Verwaltungsüberschüssen und dem Staatsschatz zur Bestreitung der Kriegskosten forderte. Es half nichts, daß die Staatsfinanzen in so gutem Stande waren, daß man die verlangten Mittel leicht hätte aufbringen können; nichts, daß Bismarck in ergreifenden nationalen Tönen um die Gewährung der Möglichkeit bat, „Deutschland zur See wehrhaft zu machen in dem Umfange, in dem uns dies mit den Mitteln der Herzogtümer erlaubt sein wird," und daß er mit Bitterkeit und Schmerz ausrief, „er habe nicht geglaubt, daß der maritime Ehrgeiz der liberalen Partei insoweit reduziert sei, wie er dies aus den Reden der Liberalen entnehmen müsse; der Kommissionsbericht enthalte eine indirekte Apologie Hannibal Fischers, der 1852 die deutsche Flotte unter den Hammer brachte." Der Abgeordnete Aßmann bestritt am 21. Januar 1864 mit dürren Worten Bismarcks Befähigung zur Politik, was dieser mit berechtigtem ätzendem Hohn erwiderte, und der Abgeordnete Virchow bezweifelte am 2. Juni 1865 Bismarcks Wahrheitsliebe wegen der erwähnten Äußerung über den Kommissionsbericht, worüber es zu einer Forderung auf Pistolen kam, welche nur mit Mühe und durch Roons Vermittlung beigelegt wurde.

Die wichtigste Frage war nun eben die, welche zur Forderung der zehn Millionen Anlaß gegeben hatte: die des weiteren Schicksals von Schleswig-Holstein. Kraft des Wiener Friedens hatte Christian IX. seine auf dem Londoner Protokoll beruhenden, also im europäischen Völkerrecht begründeten Rechte auf die Herzogtümer — samt denen auf Lauenburg — an Österreich und Preußen abgetreten; diese waren damit die Souveräne von Schleswig-Holstein geworden, allerdings Souveräne, denen ihr Recht durch den Erbprinzen von Augustenburg bestritten wurde. Nach Bismarcks Auffassung hatte Preußen ein zweifelloses Recht, mit seinem neuen Besitz zu verfahren, wie es ihm gut schien, unter der Voraussetzung, daß es Österreich als dem Mitbesitzer nicht verwehrte, das gleiche zu tun. Zunächst wurden die Sachsen und Hannoveraner, welche seit Dezember 1863 Holstein besetzt hielten, aufgefordert, das Land zu räumen; und da sich Sachsen weigerte, das von sich aus zu tun, führten Österreich und Preußen am 5. Dezember 1864 mit 9 gegen 6 Stimmen einen Bundesbeschluß herbei, der das Exekutionsverfahren für beendet erklärte und die hannöverischen und sächsischen Truppen und Zivilkommissare anwies, Holstein zu

Digitized by Google

verlassen. Die Minderheit bestand aus Bayern, Württemberg, Sachsen, beiden Hessen, den sächsischen Häusern, Braunschweig und Nassau. Ihr Rechtsstandpunkt war der, daß niemand mehr Rechte übertragen könne als er selber habe, daß aber Christian IX. auf die Herzogtümer bloß insofern einen eventuellen Erbanspruch besitze, als er nach dem Aussterben des ganzen augustenburgischen Hauses zur Nachfolge berufen wäre; vorerst, solange dieses Haus noch bestehe, habe er kein Recht und habe ein solches also auch nicht an Österreich und Preußen abtreten können. Daß dem so sei, hätten die beiden Großmächte ja am 28. Mai selbst auf der Londoner Konferenz anerkannt, wo sie vorgeschlagen hätten, den Erbprinzen von Augustenburg als Herzog einzusetzen. So einleuchtend das alles auch war — die Mehrheit trug den tatsächlichen Machtverhältnissen Rechnung, und am 7. Dezember übergaben die bisherigen Zivilkommissare v. Könneritz und v. Nieper die Regierung an die österreichischen und preußischen Kommissäre v. Lederer und v. Zedlitz, und die Truppen zogen ab.

Der nunmehr bestehende Zustand des „Kondominiums", der gemeinsamen Herrschaft von Österreich und Preußen, konnte natürlich nicht andauern. Die am 1. Februar 1865 (unter Auflösung der holsteinischen Landesregierung) von Österreich und Preußen eingesetzte gemeinsame „schleswig-holsteinische Landesregierung" mit dem Sitz auf Schloß Gottorp vermochte nur so lange ihres Amtes zu walten, als völlige Einigkeit zwischen den beiden Besitzern herrschte; wenn sie über irgend etwas abweichender Ansicht waren, legte ein Teil in der Regierung den andern lahm. Tatsächlich war natürlich Preußen als den Herzogtümern benachbart im Vorteil; Österreich war zu weit entfernt. Am liebsten hätte man in Wien ein Tauschgeschäft gemacht und Schleswig-Holstein gegen Abtretung eines Teils von Schlesien, etwa der Grafschaft Glatz, an Preußen überlassen; aber König Wilhelm war zur Preisgabe alter und treuer Gebiete des preußischen Staates nicht zu bewegen. Als man dies in Wien wahrnahm, erörterte Mensdorff die Frage in dem Sinn, daß drei Möglichkeiten bestünden. Einmal die Einverleibung in Preußen, welche aber in Deutschland sehr übel aufgenommen werden und den fremden Mächten unter Berufung auf das gestörte Gleichgewicht Anlaß geben würde, Ausgleichungen für sich zu fordern. Dann die Gründung eines halbsouveränen Staats, der auf seine Hoheitsrechte über sein Heer und seine Flotte, etwa auch auf Posten und Telegraphen (zugunsten Preußens) zu verzichten hätte. Das widerspreche aber dem Bundesrecht, das nur souveräne Staaten

Digitized by Google

kenne; die deutschen Fürsten müßten alle gleichberechtigt sein. Drittens die Errichtung eines selbständigen Bundesstaats, die in der Tat bei der Ungangbarkeit der ersten Wege allein übrig bleibe. Und nun neigte Österreich abermals dahin, diesen Bundesstaat dem Augustenburger zu übertragen, weil sich die große Mehrzahl der Bundesfürsten für diesen Bewerber festgelegt hatte; nur Oldenburg und Hannover widerstrebten dem, das erste, weil sein Großherzog als der Gottorper Seitenlinie des ausgestorbenen dänischen Herrscherhauses zugehörig selbst Ansprüche erhob und darin von seinem mächtigen Verwandten, dem Zaren, unterstützt wurde.*) Dem gegenüber blieb Bismarck auf dem alten Standpunkt, daß das Haus Augustenburg durch den Vertrag vom 30. Dezember 1852 seine Rechte selbst ein- für allemal aufgegeben habe. Er machte weiterhin geltend, daß die Herzogtümer (wie alle deutschen Gebiete) allmählich aus vielen einzelnen Teilen zusammengewachsen seien und die Ansprüche irgend eines Hauses nicht auf alle diese Teile gleichmäßig begründet seien — in der Tat, auf den Landkarten trugen die Herzogtümer jetzt eine gleichmäßige Farbe und sahen wie ein geschlossenes Ganzes aus; eine historische Karte aber ergab ein ganz anderes, sehr buntscheckiges Bild. Ansprüche konnte nach Bismarck auch das Haus Hohenzollern erheben, weil der Kurfürst Joachim I. 1502 die dänische Prinzessin Elisabeth, Tochter Johanns I., geheiratet hatte und dabei die Erbrechte dieser Prinzessin an Schleswig-Holstein ausdrücklich anerkannt worden waren. Schon am 25. November 1864 brachte die „Vossische Zeitung" eine Artikelreihe, welche auf diesen Verhältnissen bauend ihre Schlüsse zog, und am 15. Dezember erging ein königlicher Befehl an die preußischen Kronjuristen, der sie anwies, die rechtlichen Ansprüche sämtlicher Bewerber zu prüfen.

Die öffentliche Meinung Deutschlands war immer noch augustenburgisch; aber allmählich begann doch da und dort auch eine andere

*) Nach dem Werk les origines diplomatiques de la guerre de 1870—71 1, 342 wäre Bismarck in einem früheren Moment, am 20. Februar, geneigt gewesen, für Oldenburgs Ansprüche einzutreten, welche infolge der Abtretung der russisch-gottorpischen Rechte „zahlreicher seien als die des Augustenburgers, welche sich kaum auf ein Drittel der Herzogtümer erstreckten". Dabei sollte nur der deutsche Teil Schleswigs an Oldenburg kommen, der dänische an Dänemark. Die Nachricht ist glaublich, weil es die Ansprüche des Augustenburgers herabdrückte, wenn auch andere Bewerber Rechte geltend machten, und weil hinter dem Oldenburger Rußland stand, auf das Bismarck Rücksicht nahm.

Digitized by Google

Ansicht sich hervorzuwagen, und vor allem erhoben sich Stimmen, welche sich an die juristischen Zwirnsfäden des Bundesrechts nicht kehrten und eine enge Verbindung der Herzogtümer mit Preußen im nationalen Interesse forderten. Zu dieser Ansicht bekannte sich der berühmte Geschichtsschreiber Roms an der Berliner Universität, Theodor Mommsen, selbst ein Schleswiger aus Garding, politisch ein sehr liberaler Mann, und am 22. Dezember 1864 richteten Baron Scheel-Plessen und sechzehn andere meist der Ritterschaft angehörige Schleswig-Holsteiner eine Adresse *) an den Kaiser Franz Joseph und König Wilhelm, worin sie eine unparteiische Prüfung der Erbfolgfrage forderten und für alle Fälle „den engsten Anschluß an Preußen" unter Wahrung der inneren Selbständigkeit des Landes als geboten bezeichneten. Dann trat Graf Friedrich Reventlow auf, der die Gefahr erkannte, welche in der Gründung eines neuen Kleinstaates an der Elbe für eine gesunde, nationale Entwicklung Deutschlands lag, und der auch, an den Beratungen des augustenburgischen Ministerrats beteiligt, immer deutlicher das Anwachsen der partikularistischen Gesinnung unter den Ratgebern des Erbprinzen wahrnahm. Auf sein Betreiben bildete sich auf einer Versammlung in Rendsburg am 12. Februar 1865 die „nationale Partei", die, zunächst nur aus 38 Männern bestehend, verlangte, daß Preußen als der Schutzmacht der Herzogtümer die volle Militärhoheit zu Wasser und zu Lande, die diplomatische Vertretung und die handelspolitische Führung eingeräumt werden sollten, und zwar seien die Rechte vor der endgültigen Ordnung der inneren Verhältnisse sicher zu stellen — natürlich, damit der Erbprinz, wenn er je Herzog werde, eine vollzogene Tatsache vorfinde, an der er nicht mehr rütteln könne. So stand Bismarck nicht mehr allein, als er am 22. Februar 1865 eine Depesche nach Wien absandte, in welcher er die Bedingungen bekannt gab, an deren Erfüllung Preußen die Übertragung seiner durch den Wiener Frieden erworbenen Rechte an einen andern im Interesse Deutschlands wie im eigenen knüpfen müsse. Es waren ihrer sechs. 1. Ewiges Trutz- und Schutzbündnis Preußens und der Herzogtümer, kraft dessen deren gesamte Wehrkraft zu Wasser und zu Land zur Verfügung des Königs von Preußen stehen sollte, damit er sie zum Schutz der Interessen beider Länder verwende. Die Dienstpflicht und die Stärke der Mannschaften sollten sein wie in Preußen;

*) Vergl. hierüber und über das Folgende: Christoph v. Tiedemann, Aus sieben Jahrzehnten, Leipzig 1905, S. 415 ff.

Digitized by Google

die Aushebung durch preußische Behörden geschehen; die Standorte sollten in und außerhalb der Herzogtümer sein, je nach dem Ermessen des Königs, der auch preußische Truppen nach den Herzogtümern legen könne. Die Mannschaften sollten demgemäß dem König den Fahneneid leisten. 2. Die Bundespflicht des künftigen Herzogs sollte dieselbe bleiben; er sollte also das holsteinische Bundeskontingent aus den nichtpreußischen Truppenteilen der unter dem Befehl des Königs stehenden gemeinsamen Armee beider Länder stellen. 3. Rendsburg sollte Bundesfestung werden, aber, bis dies beschlossen sei, von Preußen besetzt bleiben. 4. Zum wirksamen Schutz der Herzogtümer werden an Preußen mit vollen Souveränetätsrechten abgetreten die Stadt Sonderburg mit einem entsprechenden Gebiet auf beiden Seiten des Alsensundes, das mindestens einen Halbmesser von einer halben Meile (3¾ Kilometer) haben sollte; die Feste Friedrichsort und auf der Ostseite des Hafens von Kiel ein Platz für Befestigungen; an den Mündungen des zu erbauenden Nordostseekanals das für die Anlage von Befestigungen und Kriegshäfen nötige Gelände; auch sollte Preußen die Leitung des Kanalbaus und die Bestimmung seiner Richtung zustehen. 5. Schleswig-Holstein tritt dem Zollverein und für immer dem preußischen Zollsystem bei. 6. Die Verwaltung der Posten und Telegraphen samt allen damit zusammenhängenden Rechten und Pflichten geht an Preußen über.

Zur Begründung seiner Forderungen wies Bismarck in seinem Begleitschreiben darauf hin, daß Preußen bei Einrichtung eines neuen Staates von diesem ein unauflösliches Bündnis verlangen müsse, da es sich nicht selbst einen möglichen Gegner schaffen dürfe. Ebenso sehr bedürfe der neue Staat zu seinem Schutz eines solchen Bündnisses; die Herzogtümer bildeten vermöge ihrer Lage und der politischen Verhältnisse einen sehr ausgesetzten Angriffs- und Verteidigungspunkt, der auch die Sicherheit ganz Deutschlands in sich begreife. Preußen werde daher unter allen Umständen die Herzogtümer schützen müssen, und wenn es solche Opfer und Verpflichtungen auf sich nehmen solle, so müsse es auch die Mittel erhalten, um diese Verpflichtungen jederzeit in wirksamer Weise erfüllen zu können. Der deutsche Bund könne seinen Schutz nicht auf Schleswig ausdehnen, das nicht zu ihm gehöre; von der Sicherheit Schleswigs aber hänge die Holsteins ab; es müßten also die Streitkräfte beider Herzogtümer gleich organisiert und mit dem preußischen Heer verbunden werden, was Artikel 8 der Bundeskriegsverfassung gemäß sei; denn dieser Artikel gestatte, die Organisation der Bundes-

kriegsmacht den besonderen Verhältnissen und Interessen der einzelnen Staaten gemäß zu gestalten. Die Selbständigkeit des holsteinischen Bundeskontingents, wie sie aus Artikel 5 der Bundeskriegsverfassung sich ergebe, werde gewahrt, indem es nicht mit dem preußischen Kontingent verbunden werde, sondern fortfahre, ein Teil des zehnten Bundesarmeekorps zu sein. Die verlangten Gebietsabtretungen seien notwendig und kaum ein Ersatz für die von Preußen zum Zweck der Befestigungen zu bringenden Geldopfer. Daß Holstein kein besonderes Zollgebiet sein dürfe und die Posten und Telegraphen von Preußen zu verwalten seien, ergebe sich aus den Interessen des allgemeinen Verkehrs. Endlich die Aufsicht über den Kanal müsse Preußen in Anspruch nehmen, da er die Verbindungslinie für die preußische Marine in Nord- und Ostsee darstelle. Die Herzogtümer könnten aus dem Schutz Preußens und Österreichs nur entlassen werden, wenn sie in eine Lage gebracht werden, welche diesen Schutz für sie selbst, für Deutschland und Preußen ersetze. Ohne die vollständige und bindende Regelung dieser Verhältnisse könne Preußen zu einer Veränderung des status quo nunc seine Zustimmung nicht geben. Wer nach Ordnung aller dieser Dinge Souverän werden solle, bleibe weiteren Verhandlungen vorbehalten; aber die Bedingungen Preußens seien von der Person des Souveräns unabhängig, weil sie auf der Natur der Dinge und der von Preußen zu übernehmenden Pflichten beruhen.

So einleuchtend auch vom heutigen deutschen Standpunkt aus diese Ausführungen sein mögen — für 1865 bedeuteten sie eine zweifellose Revolution. Nach der Bundesakte sollten alle Bundesglieder souverän sein; der unter den Februarbedingungen eingesetzte Herzog von Schleswig-Holstein wäre nichts gewesen als ein einer gründlichen capitis deminutio unterzogener, den andern Fürsten nicht gleich gestellter preußischer Vasall. Mit dem Bundesrecht, wie es war, sind diese Bedingungen in der Tat gänzlich unvereinbar gewesen; sie zielten auf einen Umsturz des Bundes und eine neue Gestaltung Deutschlands, in welcher die militärische Leitung der Nation vertragsmäßig dem König von Preußen zufiel, diesem also eine überragende Stellung, griechisch gesprochen die Hegemonie, zuerkannt und überdies die einheitliche Gestaltung wichtiger wirtschaftlicher Betriebe wie der Posten und Telegraphen festgelegt war. *Aus der schleswig-holsteinischen Frage wuchs sofort die deutsche Frage überhaupt heraus;* lange theoretisch erörtert, mußte sie jetzt praktisch entschieden werden,

Digitized by Google

da es sich darum handelte, ob nach dem Grundgesetz der anorganischen Welt per solam iuxta-positionem, durch einfache Aneinanderreihung, ein neuer Mittelstaat geschaffen oder nach dem Muster der organischen Welt eine neue Form der deutschen Gemeinschaft errichtet werden sollte. Österreich war entschlossen, das zweite nicht zu dulden, um so weniger, als die Depesche Bismarcks mit rücksichtsloser Geradheit bloß Interessen Deutschlands, Preußens und Schleswig-Holsteins kannte, von Österreich aber gar nicht sprach. Diesem ward damit zu verstehen gegeben, daß es in der erstrebten Neuordnung gar keinen Raum habe; und indem ihm auch nicht eine einzige Gegenleistung für den Übergang der Herzogtümer an Preußen geboten wurde, sprach Bismarck es aus, daß die von ihm vorgeschlagene Lösung im deutschen Interesse sich von selbst verstehe und dafür ein Preis nicht und an niemand gezahlt werde. Graf Mensdorff hatte sich nun zu fragen, ob er Preußens Forderungen mit allen Folgen annehmen und dafür allerdings ein dauerndes Freundschaftsverhältnis zu Preußen eintauschen wolle, oder ob er es vorziehe, die Zusammenfassung Deutschlands unter Preußens Führerschaft als für seinen Staat unannehmbar anzusehen und dagegen bis aufs Messer zu kämpfen. Es war eine folgenschwere Entscheidung, und nach allem, was seit 1849 sich abgespielt hatte, kann es nicht wundernehmen, daß der — ohnehin großer Gedanken nicht fähige — Staatsmann dem Schwergewicht der Vergangenheit erlag und seinem 34jährigen Kaiser, der unter Schwarzenberg (S. 39) seine politische Lehrzeit durchgemacht hatte, riet, sich den preußischen Forderungen zu widersetzen. Am 5. März lehnte Mensdorff die preußischen Bedingungen ab; am 19. erließ er ein Rundschreiben an die Mittelstaaten, worin er sich bereit erklärte, den Antrag, den Bayern und Sachsen einzubringen im Begriff standen, zu unterstützen. Der Antrag wurde am 27. März gestellt und lautete: „Hohe Bundesversammlung wolle die vertrauensvolle Erwartung aussprechen, es werde Österreich und Preußen gefallen, dem Erbprinzen von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg das Herzogtum in eigene Verwaltung zu übergeben." Der Antrag ging also über die Frage, ob nicht etwa andere Bewerber besser berechtigt seien als der Erbprinz, stillschweigend weg und nahm ebensowenig Notiz von Bismarcks Erklärung vom 22. Februar, daß vor Bestellung eines neuen Herzogs die Forderungen Preußens erledigt sein müßten. Mit 9 Stimmen gegen 6 (Preußen, Hannover, Kur-

Digitized by Google

hessen, Mecklenburg, die 15. Kurie — Oldenburg, Anhalt, Schwarzburg — und die 17. — die vier freien Städte) ward der bayrisch-sächsische Antrag angenommen; Österreich stimmte in der Tat mit der Mehrheit. Damit war Preußen der Fehdehandschuh hingeworfen. Es beantwortete den Beschluß mit der sofortigen Verlegung der Danziger Militärstation nach Kiel, was einer Besitznahme dieses Hafens gleich kam, und bereits am 29. Mai 1865 wurde in einem Ministerrat, dem der Kronprinz und Moltke anwohnten, die Frage des Krieges gegen Österreich erörtert. Moltke erklärte, daß das Heer, will sagen das Offizierskorps, für die Einverleibung der Herzogtümer und für den Krieg sei; daß er selbst den Sieg für möglich, die ziffernmäßige Überlegenheit Preußens für wahrscheinlich halte. Die sämtlichen Minister, außer dem der Finanzen, v. Bodelschwingh, und dem des Innern, Grafen Friedrich Eulenburg, stimmten daraufhin für die Einverleibung, selbst auf die Gefahr eines Kriegs, Bismarck an erster Stelle, der bald nachher, am 23. Juli, den Versuch gemacht hat, Bayern durch Angebot der Hegemonie im Süden auf die preußische Seite zu ziehen und so die Aussichten auf Sieg zu steigern. Der Kronprinz aber warnte vor gewaltsamen Schritten, welche die Zerfleischung Deutschlands und das Eingreifen des Auslandes herbeiführen würden, und befürwortete dem Bundesbeschluß gemäß die Einsetzung des Erbprinzen, wodurch man alle Schwierigkeiten beseitigen und einen gut preußisch gesinnten Herzog bekommen werde, der alle notwendigen Zugeständnisse zu machen erbötig sei. Der König konnte sich nicht entschließen, sofort eine Entscheidung zu treffen, und hob die Beratung ohne Ergebnis auf; in ihm kämpfte die Rücksicht auf seinen Staat und dessen historische Aufgabe mit den Gefühlen der Legitimität, der Hochhaltung der konservativen Interessen, als deren Hort Österreich galt, der Erinnerung an die Waffenbrüderschaft von 1813, der Abneigung gegen einen deutschen Bürgerkrieg. Der Kronprinz hatte den Eindruck, als ob Bismarck der inneren Schwierigkeiten durch einen Krieg Herr werden wolle, und setzte deshalb auch in der nächsten Zeit allen Versuchen des Ministerpräsidenten, ihn zu gewinnen, einen zähen Widerstand entgegen. Aus allen diesen entgegenwirkenden Momenten erklärte es sich, daß am Ende in einer persönlichen Zusammenkunft König Wilhelms mit seinem Neffen Kaiser Franz Joseph (dessen Mutter Sophie war die Schwester Elisabeths von Bayern, der Gemahlin Friedrich Wilhelms IV.) im Wildbad Gastein am 14. August 1865 ein Ausgleich zustande gebracht wurde,

Digitized by Google

dem Bismarck, der bereits in Florenz über ein Bündnis mit Italien sondiert hatte, widerwillig seine Zustimmung gab.*) Die Unterzeichnung fand durch beide Monarchen am 20. August statt. Die Urkunde besagte, daß das Kondominium zu Unzukömmlichkeiten geführt habe und Ihre Majestäten deshalb zu dem Entschlusse gelangt seien, die Ausübung ihrer Rechte auf Schleswig-Holstein geographisch zu teilen. Unbeschadet der Fortdauer der Rechte beider Mächte an der Gesamtheit der Herzogtümer — hier bemerkt man sofort die Abänderung des ursprünglichen Bismarckschen Entwurfs — sollte also die Verwaltung von Holstein auf Österreich, die von Schleswig auf Preußen übergehen. Bis eine deutsche Flotte mit Kiel als Bundeshafen geschaffen sei, was beide Mächte zu beantragen sich verpflichteten, habe Preußen im Kieler Hafen Kommando und Polizei zu üben; auch sei es befugt, Befestigungen und Marineanstalten dort zu errichten. Rendsburg solle Bundesfestung werden. Preußen erhielt zwei Militärstraßen durch Holstein, eine über Lübeck nach Kiel, die andere von Hamburg nach Rendsburg. Die Herzogtümer sollten dem Zollverein beitreten; den Nordostseekanal sollte Preußen anlegen und beaufsichtigen dürfen. Die Kriegskosten sollten nach der Volksziffer auf beide Herzogtümer umgelegt werden. Lauenburg ward von jeder Beitragspflicht dazu befreit und gegen ein Entgelt von 2 500 000 dänischen Talern (vgl. S. 53) von Österreich an Preußen überlassen. Die Teilung der Verwaltung sollte sofort in die Wege geleitet und bis 15. September beendet werden.

Überblickt man diesen Vertrag von Gastein, so springt in die Augen, daß er für Preußen wesentliche Vorteile enthielt. Zwar hatte Schleswig, das es in Verwaltung nahm, nur 406 000 Einwohner, während das in österreichische Leitung übergehende Holstein 565 000 zählte.**) Aber die Teilung war ja

---

*) Der von Bismarck selbst verfaßte ursprüngliche Entwurf des Vertrags ist von Horst Kohl mitgeteilt im Bismarckjahrbuch 4 (1897) 196—199. Darnach sollten 1. die Rechte auf Schleswig und Lauenburg an Preußen, die von Holstein auf Österreich übergehen; 2. sollte das Besatzungsrecht in Kiel und Rendsburg Preußen für immer zustehen, wofür es beim Bund dafür wirken wollte, daß das Besatzungsrecht in Rastatt an Österreich überlassen werde. 3. sollte sich Österreich verpflichten, daß Holstein einem andern Besitzer nur unter Anerkennung der preußischen Rechte übergeben werde.

**) Richard Fester hat in seiner Studie: Biarritz, Deutsche Rundschau 113 (1902) S. 222 vortrefflich dargelegt, warum so geteilt wurde. Erhielt Preußen Holstein, so war dieses bei der Nähe des preußischen Gebiets so gut wie einverleibt; deshalb nahm es Österreich. Erhielt Österreich Schles-

Digitized by Google

nur eine tatsächliche, keine rechtliche; Preußen behielt seine Rechte auf Holstein, wie Österreich seine auf Schleswig. Dann aber wurde Preußen jetzt schon die wirkliche Herrschaft über den Hafen von Kiel zugeteilt; es durfte auf zwei Straßen seine Truppen durch Holstein nach Schleswig ziehen lassen; der Bau des Nordostseekanals und dessen Beaufsichtigung gingen ohne Rücksicht auf den künftigen Herzog jetzt schon an Preußen über; unter der Form einer Bundesfestung wurde Rendsburg, im Mittelpunkt des Landes gelegen, von preußischen Truppen wenigstens zum Teil besetzt, und wirtschaftlich traten die Herzogtümer in eine enge Lebensgemeinschaft mit Preußen als Glieder des Zollvereins. Dazu erwarb Preußen das kleine, aber wohlhabende Herzogtum Lauenburg (1182 Quadratkilometer, 55000 Einwohner) mit voller Souveränetät. Man kann sagen, daß Preußen durch den Gasteiner Vertrag um ein nicht unwesentliches Stück seinem Ziel näher kam; aber freilich — in der Hauptsache brachte der Vertrag keine Lösung, sondern nur eine Verkleisterung des Gegensatzes, der zwischen den beiden Großmächten in betreff des Schicksals der Herzogtümer, ja der Neugestaltung Deutschlands bestand. Österreich hielt sein Mitrecht an den Herzogtümern fest; über die Frage der Erbfolge war nichts entschieden, und die Landmacht der Herzogtümer konnte nach dem Vertrag in voller Unabhängigkeit von Preußen organisiert werden. Es scheint, daß Bismarcks Gedanken, die er aber jetzt nicht durchsetzen konnte, sofort auf eine wirkliche Lösung der Frage gingen, indem er Schleswig und Lauenburg alsbald auch rechtlich und restlos an Preußen bringen und diesem in dem an Österreich abzutretenden Holstein tatsächlich die militärische und wirtschaftliche Obmacht für immer sichern wollte. Wenn Bismarck angesichts dessen überhaupt den abgeänderten Vertrag hinnahm und nicht entweder von seinem Amt zurücktrat oder auf einer gründlichen Lösung, selbst mit Gewalt, bestand, so erklärt sich dies wohl nur daraus, daß er der Haltung Napoleons und Italiens, auf deren wohlwollende Neutralität oder tätige Mitwirkung er gehofft hatte, im entscheidenden Augenblick doch nicht sicher genug war, um den kühnen Wurf zu wagen. Der Kaiser hatte dem König Viktor Emanuel, der, um Venetien zu gewinnen, zum Krieg gegen Österreich bereit war,

---

wig, so konnte es dieses Land möglicherweise den Dänen als Preis ihrer Bundesgenossenschaft gegen Preußen überlassen: deshalb war es sicherer in Preußens Hand aufbewahrt.

Digitized by Google

sagen lassen, daß er Italien nicht hindern wolle, es aber auch nicht schützen werde; man solle nichts übereilen: vielleicht sei Österreich auf dem Weg einer Verständigung mit Italien, wodurch Venetien diesem dann ohne Schwertstreich zufallen mußte. König Wilhelm war es ganz zufrieden, daß die Dinge so, wie geschehen, beigelegt waren; er erhob seinen Ministerpräsidenten am 16. September 1865 in den erblichen Grafenstand und ernannte ihn zum Minister von Lauenburg, dessen Stände am 26. September nach altem Herkommen in die Hand des Königs ihre „rechte Erbhuldigung" ablegten und sich zu der Losung bekannten: „Preußens Glück ist von nun ab Lauenburgs Glück, und Preußens Wehe Lauenburgs Wehe!" Die Vereinigung war aber zunächst nur persönlicher Natur, keine Einverleibung.

Der Eindruck des Gasteiner Vertrags in Deutschland war ein sehr niederschlagender; die Mittelstaaten, deren Standpunkt Österreich sich eben erst zu nähern geschienen hatte, fühlten sich von ihm verraten, und die demokratischen und die nationalvereinlichen Zeitungen verdammten die Verfügungen über Schleswig-Holstein, ohne daß deren Stände gehört worden waren, als einen Bruch aller Rechtsordnung und aller Rechtssicherheit in Deutschland. Ein Abgeordnetentag in Frankfurt am Main, der von Preußen aus aber gar nicht beschickt wurde, schloß sich am 1. Oktober dieser Auffassung an. In Preußen war die Landtagsmehrheit durch den inneren Gegensatz gelähmt, der in ihr nach dem Verschwinden der früheren augustenburgischen Sympathien sich auftat; während die Masse der Abgeordneten nach wie vor alles zurückstieß, was von Bismarck kam, regte sich bei anderen Leuten doch immer stärker das Gefühl, daß die einzige gründlich befriedigende Lösung die Angliederung der Herzogtümer an Preußen sei. Das Gutachten der Kronsyndici, das mittlerweile ausgearbeitet war, hielt den Satz aufrecht, daß Christian IX. — sowohl erstens kraft des Londoner Protokolls, als zweitens kraft des Verzichts des Herzogs Christian August von Augustenburg auf jede Störung der Ruhe und der Erbfolge in Dänemark — rechtmäßiger Herr von Schleswig-Holstein gewesen sei, also seine Rechte gültig habe an andere übertragen können, und daß ein bevorzugtes Erbrecht des Augustenburgers nicht bestehe. In Paris wetterten alle Zeitungen über die Heuchelei der deutschen Großmächte, welche früher die Untrennbarkeit Schleswigs von Holstein so sehr betont und nun gleichwohl die Sonderung vollzogen hätten, und ein Rundschreiben des auswärtigen Ministers Drouyn de l'Huys vom 29. August, das dieser in der Brüsseler „Indépendance

Digitized by Google

Belge" veröffentlichen ließ, stieß mit auffallender Rückhaltlosigkeit in dasselbe Horn. König Wilhelm ward durch dieses Rundschreiben sehr verletzt; der preußische Gesandte in Paris, v. d. Goltz, berichtete, daß der Kaiser im Fall der Gelegenheit nach Vergrößerung Frankreichs durch deutsches Gebiet, und nach einer schiedsrichterlichen Rolle trachte, und das erhöhte das Mißtrauen des Königs. Bismarck entschloß sich unter diesen Umständen im Oktober 1865 mit seiner Frau und Tochter, deren Gesundheitszustand den Besuch eines Seebades notwendig machen sollte, nach Biarritz*) zu reisen, wo der kaiserliche Hof sich aufhielt, und persönlich über Napoleons Absichten sich ins Klare zu setzen; mit Mühe hat er den Widerstand des Königs gegen diese Reise überwunden. Schon vorher hat Bismarck durch v. d. Goltz dem Kaiser auseinandersetzen lassen, daß für Preußen eine entscheidende Stunde herannahe; bisher habe es an der Allianz mit Rußland und Österreich, die 1813 gegen Frankreich geschlossen worden war, festgehalten, weil es der Meinung lebte, daß ihm die hauptsächlichsten Gefahren von Frankreich her drohten; wenn sich ihm aber die Möglichkeit eröffne, das preußische und norddeutsche (man beachte diese Worte!) Element zu einer selbständigen Großmacht zu entwickeln, welche ohne Anlehnung, durch eigene Macht, sich sicher fühle, so werde es auf das überlieferte Bündnis mit den Kaiserhöfen des Ostens verzichten und eventuell ebenso gegen Österreich Front machen, wie früher gegen Frankreich. Jetzt fand er den Kaiser durch die beginnende Krankheit des Blasensteins, welche sein Tod werden sollte, körperlich hart mitgenommen, nicht mehr im Besitz seiner einstigen Spannkraft, mehr im Schlepptau seiner Minister, als diesen Richtung und Ziel weisend, und durch den Verlauf des mexikanischen Abenteuers (wo er 1864 den Erzherzog Maximilian von Österreich zum Kaiser gemacht hatte, dieser aber die Republikaner unter Präsident Juarez nicht bezwingen konnte und nun die Vereinigten Staaten auf Grund der Monroelehre den Abmarsch der Franzosen verlangten) aufs schwerste bloß-

*) R. Fester, Biarritz, deutsche Rundschau 113 (1902) 221—238. Während Fester zu Biarritz in Bismarcks Seele den Reichsgedanken entstehen läßt, weil nur so Frankreich im Zaume gehalten werden konnte, vertritt W. Busch, Hist. Zeitschrift 103, 60, die Auffassung, daß in Biarritz Bismarck nur die Ausdehnung der preußischen Vorherrschaft auf den Norden verlangte. Dies ist gewiß das Richtige. Vgl. noch Frahm, Biarritz, in der histor. Vierteljahrsschrift 15 (1912) 337—361, und Erich Brandenburg, Untersuchungen und Aktenstücke zur Geschichte der Reichsgründung, Leipzig 1916, 452 ff.

Digitized by Google

gestellt und vorerst auch mit einem Teil seiner militärischen Kräfte *) noch über See festgelegt. Der Kaiser und Bismarck, der absichtlich ganz nahe bei der kaiserlichen „Villa Eugenie" sich einmietete, gingen miteinander auf der Terrasse der Villa, im Angesicht des blinkenden Meeres, auf und ab, Napoleon matt, geknickt, schwerfällig, Bismarck hoch aufgerichtet, innerlich und äußerlich voll Spannkraft, durch das Gefühl der herannahenden großen Stunde unseres Volkes gehoben; „geistreicher", urteilte der feine Beobachter Mérimée, „als einem Deutschen zukommt, ein diplomatischer Humboldt". Über ihre Unterredung haben wir einen Bericht Bismarcks an den König,**) dessen Vollständigkeit und Wahrhaftigkeit in Frage gezogen wird,***) aus dem sich aber jedenfalls ergibt, daß der Minister die Gedanken wiederholte, welche er schon durch Goltz hatte vorbringen lassen: Preußen wolle sich mit Norddeutschland zusammen zu einer Großmacht entwickeln, welche auf eigenen Füßen stehen könne; man denkt unwillkürlich an Voltaires Wort über Friedrich den Großen, den er wegen des zerrissenen preußischen Staatskörpers den roi des lisières, den König der Grenzen, nannte: Preußen sollte diese Beschränkung auf allen Seiten abstreifen, sollte eine fest geschlossene Macht werden, indem es auch militärisch und politisch, wie schon wirtschaftlich, die norddeutschen Kleinstaaten sich angliederte. Wir dürfen annehmen, daß Bismarck damit seinen wirklichen Gedanken aussprach; erst am 23. Juli 1865 hatte er ja von der Pfordten die bayerische Führerschaft über den Süden angeboten (S. 150), und noch das Jahr nachher ist er bereit gewesen, Österreich die Hegemonie im Süden zu überlassen, wenn es in Norddeutschland Preußen freie Hand gebe, nicht zur Annexion, aber zu bundesstaatlicher Organisation. Er würde gern die deutsche Frage sofort ganz gelöst haben; aber er war auch mit Abschlagszahlungen zufrieden. Die große Frage war nur, ob Frankreich

---

*) Ollivier (l'empire libéral 7, 486) sagt: nur mit 28 000 Mann, 5845 Pferden und 50 Geschützen, während Frankreich 450 000 Mann, 10 944 Kanonen, 1 800 000 Gewehre und Pulver für zehn Jahre hatte. Diese Abschwächung, an sich beachtlich, geht aber doch zu weit; vgl. unten S. 207.

**) Sybel 4, 213—221.

***) Von Fester a. a. O. und von Brandenburg a. a. O. Die Frage ist nach ihnen, ob Bismarck sich nicht optimistischer über Napoleons Haltung ausdrückte, als er eigentlich durfte; er wollte den König zum Krieg gegen Österreich bestimmen, mußte ihm also die Gefahr des Unternehmens geringer darstellen.

Digitized by Google

Preußen werde gewähren lassen, bezw. ob es nicht einen zu hohen Preis fordern werde. Deutsches Land abtreten wollte weder Bismarck noch — und noch viel weniger — der König, aus den nahe liegenden nationalen Erwägungen. Wenn Bismarck dem französischen Geschäftsträger in Berlin Lefèbre de Behaine (nach dessen Berichten vom September 1865) gesagt hat: falls die süddeutschen Staaten durch Österreich sich in den Krieg verwickeln ließen, so werde sich der König für die Folgen nicht verantwortlich fühlen, so war damit eine Preisgabe des Südens an Frankreich nicht verheißen: nach Ollivier hat Bismarck nur erklärt, „daß Preußen dem Kaiser das Recht zuerkennen werde, sich gegebenen Falls überall da auszudehnen, wo man in der Welt französisch spreche". Napoleon war Preußen nicht abgeneigt; sein späterer Minister Ollivier *) hat es bezeugt, „daß ihm ein großes, von österreichischer und russischer Leibeigenschaft befreites Preußen ein wertvoller Bundesgenosse schien, dessen Interessen am besten mit denen Frankreichs übereinstimmten", und daß er an das Wort seines Oheims dachte: „Wenn ich 1809 in Schönbrunn ermordet worden wäre, so wäre das für Frankreich weniger verderblich gewesen, als daß ich mich mit Österreich verband.**) Wenn Preußen stärker wurde, so minderte das die Macht Österreichs, zerriß endgültig die Koalition von 1815 und verschaffte Frankreich eine Art höherer Stellung über beiden; eine auf den Hafen von Kiel gestützte mäßig starke preußische Kriegsflotte bot ein Gegengewicht gegen England und entlastete Frankreich im Mittelmeer. Es entstand aber doch die Frage, ob Frankreich nicht eine Ausgleichung fordern müsse, wenn Preußen sich mit Hannover, Sachsen und den norddeutschen Kleinstaaten für immer verband und so an Macht gewaltig zunahm. Aber welche Entschädigungen sollten das sein? Der Kaiser wollte nach dem Berichte Olliviers sich nicht auf Kosten der französischen Kantone der Schweiz bereichern, weil er in diesem Land einst mit seiner Mutter eine Zuflucht gefunden hatte; Belgien war zwar ein Land, dessen König Leopold (der indes am 10. Dezember 1865 starb) den Kaiser Napoleon haßte, so daß er den giftigsten Feinden des

*) L'empire libéral 7 (1903), 485.

**) Der Grund der Abneigung des Kaisers gegen Österreich tritt sehr lehrreich in einem Artikel John Lémoinne's im Journal des Débats vom 12. Juli 1866 hervor, den der Kaiser als „ganz seine Gedanken ausdrückend" bezeichnete. „Österreich ist der Gegenrevolution verschrieben; es kann hierin sich so wenig ändern als der römische Hof." Reiset, mes souvenirs, Paris 1903, S. 492.

Digitized by Google

Kaisers ein Asyl gewährte; aber das Land war wohl geordnet, seit mehr als einem Menschenalter selbständig und würde seine Unabhängigkeit mit aller Kraft verteidigt haben, so daß ein gehässiger Eroberungskrieg in Aussicht stand, in dem Belgien überdies auf Englands Beistand rechnen durfte. Blieb das Rheinland; aber Napoleon sagte sich — wieder nach Ollivier —; daß Preußen dies nicht abtreten werde, und daß, wenn es das selbst täte, die Rheinländer von Paris aus nur sehr schwer zu regieren sein würden. Ob er so sentimental war, wie er in diesem Bericht erscheint, ob er aus lauter Gefühl die welsche Schweiz nicht nehmen und Belgiens Fortbestand nicht antasten wollte, wird man billig bezweifeln dürfen: es war aber auch gar nicht nötig, diese Fragen jetzt in Biarritz zum Austrag zu bringen. Nach Ollivier hat der Kaiser zwar einmal vom Rhein gesprochen, aber nur, um den Gedanken an dessen Abtretung selbst abzulehnen; Bismarck aber sagte nach Ollivier von Belgien direkt nichts; „es ist auch schwierig, einem (Napoleon) fremdes Gut anzubieten, der dieses Gut nicht will.“ Ob die Frage der Ausdehnung Frankreichs von Bismarck so völlig beiseite gelassen worden ist, wie man nach seinem Bericht annehmen mußte, wird bezweifelt.*) Nach Ollivier war Napoleons einziger Wunsch, sein Versprechen von 1859: Italien frei bis zur Adria! endlich zu erfüllen und ihm Venetien zu verschaffen, womit seine Idee vom Recht der Nationalitäten ihre Krönung gefunden hätte; auch hätte dieser Erwerb die Italiener etwas dafür getröstet, daß sie durch den Vertrag vom 15. September 1864 sich Florenz statt Roms hatten als Hauptstadt gefallen lassen müssen. Da aber feststand, daß Franz Joseph gutwillig auf Venetien nicht verzichten werde, weil ihm dies unwürdig schien, auch die öffentliche Meinung in Österreich selbst im ganzen dagegen war, so blieb bloß der Weg der Gewalt übrig; diesen konnte aber Italien allein nicht betreten, weil es zu schwach dazu war, und so faßte Napoleon den Gedanken, womöglich Österreich und Preußen in Krieg zu verwickeln und so Italien die Möglichkeit zu gewähren, daß es seine nationale Einheit

*) Von Lenz S. 273, von Ollivier (a. a. O.) und Ernest Denis, la fondation de l'empire allemand, Paris 1906, der S. 318 erklärt: „Der Bericht Sybels ist in seinen Einzelheiten von unbedingter Unwahrscheinlichkeit.“ Auffallend ist gewiß, daß in dem Bericht von etwaigen Gebietsansprüchen Frankreichs keine Rede und der Grundton sehr optimistisch ist. Fester glaubt (s. oben S. 152 Anm.), daß Bismarck dem König absichtlich die Gefahren verschwieg, um ihn leichter zum Kriege gegen Österreich zu bringen; ebenso Brandenburg.

Digitized by Google

vollende. Dieser Krieg wurde aber voraussichtlich verhindert, wenn Frankreich jetzt sich für Preußen erklärte, wenn es damit Österreich einschüchterte und es zur friedlichen Vereinbarung mit Preußen geneigt machte: dann ging Italien leer aus. Verhielt der Kaiser sich aber zugeknöpft, ließ er über seine wirklichen Absichten ein Dunkel bestehen, so würde Österreich in der Frage der Elbherzogtümer Preußen gegenüber weniger nachgiebig sein und darüber der Krieg ausbrechen. Napoleon brauchte zu diesem Zweck nur Preußen freie Hand zu lassen, sich der Elbherzogtümer zu bemächtigen: vorbehältlich allerdings der Rückgabe des dänischen Nordschleswig an Dänemark und etwa einer Abstimmung der Bevölkerung der Elbherzogtümer über die Frage ihrer Zugehörigkeit zu Preußen; das Prinzip der Nationalitäten und der Befragung der Einwohner waren ja Steckenpferde und Feigenblätter der napoleonischen Politik. Im Verlauf des Kriegs konnten die Dinge sich so gestalten, daß Napoleon Gelegenheit erhielt, seine 1863 in die Welt geworfene und damals gescheiterte Lieblingsidee eines europäischen Kongresses unter Frankreichs Vorsitz doch noch durchzusetzen und auf ihm als Schiedsrichter der Welt aufzutreten. Da Österreich und Preußen durch den, wie der Kaiser annahm, langen und schweren Krieg voraussichtlich beide sehr geschwächt wurden, konnte sich der Kaiser seine schiedsrichterliche Tätigkeit zum Schluß gut bezahlen lassen und für Frankreich eine „Grenzberichtigung“ am Rhein kraft europäischen Spruches herausschlagen. Ihm selber lag an einem solchen Landgewinn nicht viel gegenüber den andern Vorteilen, die er von dem Krieg erhoffte; um so mehr legte die öffentliche Meinung in Frankreich darauf Gewicht, und diese mußte der Kaiser berücksichtigen. Aus diesen Gründen hielt er nach Ollivier in Biarritz an sich, nicht aus Mangel an Macht oder aus Unentschlossenheit,*) sondern in klarer Absicht, und die Begegnung mit Bismarck in Biarritz wie nachfolgende Besprechungen in St. Cloud verliefen ohne greifbares Ergebnis. Insofern hat der damalige Kriegsminister Randon recht in seinen Memoiren (2, 129) zu sagen: „Der Graf reiste ab, ohne etwas versprochen und ohne etwas erlangt zu haben.“ Keinesfalls ist — entgegen damaliger und späterer Annahme Abgeneigter — ein Vertrag nach der Art des von Cavour 1858 abgeschlossenen zustande gekommen. Bismarck wußte aber jetzt, daß Frankreich einen Krieg Preußens und Italiens mit Österreich nicht nur nicht hindere, daß es ihn wünsche: er konnte sich nicht verhehlen,

*) So Denis S. 318: l'empereur ne savait pas au juste ce qu'il voulait.

Digitized by Google

daß der Kaiser auf der Lauer lag, sich sein ruhiges Zusehen bezahlen zu lassen; er getraute sich aber, die Dinge so zu führen, daß der Kaiser doch mit leeren Händen aus dem Spiel hervorgehe: nach Sybel (7, 223) kam Bismarck in gehobener Stimmung und siegesgewiß aus Frankreich zurück.

Der Gesandte v. d. Goltz meinte wohl, man solle mit Napoleon einen Vertrag abschließen, in dem nötigenfalls ein kleines Stück deutschen Gebiets geopfert werde, um des Kaisers sich so zu versichern und ihn fest zu binden. Der Kaiser wollte sich aber nicht binden, und Bismarck verfuhr ebenso; er handelte so, wie er später seinem König schrieb: er setzte à corsaire corsaire et demi, auf einen Seeräuber anderthalb. Er schritt zum Krieg mit Österreich, ohne des Franzosen sicher zu sein, aber in dem Bewußtsein, daß in Napoleons Rechnung ein großer Fehler stecke: der Kaiser unterschätzte Preußens Stärke. Mit grandioser Kühnheit spielte Bismarck das Spiel, in der Hoffnung, schließlich die Dinge so zu lenken, daß er die deutsche Frage löse, ohne dem Welschen Tribut dafür zahlen zu müssen: und er hat sein Spiel schließlich gewonnen.

Auf der Heimreise in Paris nahm Bismarck Anlaß, dem italienischen Botschafter am Kaiserhof, Grafen Nigra, gegenüber sich dahin auszusprechen, daß der Krieg zwischen Preußen und Österreich unvermeidlich sei und daß Frankreich dabei Preußen keine Feindschaft zeigen werde; und mit einer Verwendung des bekannten Verses Voltaires über Gott fügte Bismarck hinzu, daß, wenn Italien nicht existierte, man es erfinden müßte. Im Zusammenhang mit der gesamten Lage besagte das nichts anderes, als daß Preußen Italiens bedürfe und also mit ihm gegen den gemeinsamen Feind sich zu verbinden geneigt sei. Der Handelsvertrag zwischen Italien und dem Zollverein, dessen Abschluß seit Jahresfrist im Zuge war, wurde jetzt im Dezember 1865 fertig, und König Viktor Emanuel II. erhielt aus diesem Anlaß den schwarzen Adlerorden seitens desselben preußischen Königs, der noch vor fünf Jahren das revolutionäre Vorgehen Sardiniens gegen die anderen italienischen Höfe so entschieden mißbilligt hatte.

Über all dem kam das Jahr 1866 heran, und es mußte wieder der preußische Landtag berufen werden. Am 15. Januar geschah die Eröffnung durch Bismarck als Ministerpräsidenten mittelst einer Thronrede, welche auf die befriedigende Lage der Finanzen und der wirtschaftlichen Zustände, auf die damit gegebene Möglichkeit einer Gehaltsaufbesserung für die geringer besoldeten Be-

Digitized by Google

amtenklassen, auf den Abschluß eines Schiffahrtsvertrags mit England, des Handelsvertrags mit Italien u. a. hinwies und bezüglich des Militärkonflikts an der Notwendigkeit der Heeresreorganisation festhielt; dem war der Ausdruck des Bedauerns angefügt, daß bis jetzt ein Einvernehmen mit dem Haus der Abgeordneten nicht erzielt worden sei. Der Übergang Lauenburgs an die Krone Preußens ward als vollzogene Tatsache behandelt; was die beiden andern Herzogtümer betreffe, sei durch den Besitz Schleswigs und durch die in Holstein gewonnene Stellung ein ausreichendes Pfand dafür vorhanden, daß die letzte Entscheidung nur in einer Weise erfolgen werde, welche den deutschen Nationalinteressen und den berechtigten Ansprüchen Preußens entspreche; der König sei, gestützt auf die eigene, durch das Gutachten der Kronsyndici bestärkte Rechtsüberzeugung, entschlossen, dieses Pfand bis zur Erreichung des angedeuteten Ziels unter allen Umständen festzuhalten; zum Bau des Nordostseekanals werde die Mitwirkung des Landtags nachgesucht werden. Ausdrücklich wies die Thronrede auf die „nationalen Ziele“ hin, welche dem preußischen Staat oblägen, und zwar in verstärktem Maße vermöge seiner Beziehungen zu den Elbherzogtümern. Am Schluß erfolgte ein lebhafter Aufruf an den Landtag, das Erreichte und das, was noch mit Hilfe der Landesvertretung zu erstreben sei, unbefangen, leidenschaftslos und rein sachlich zu prüfen: dann werden sich genug der Zwecke und Ziele finden, in denen sich alle Parteien eins wissen.

Bismarck hatte vor acht bis neun Monaten, als er den Krieg mit Österreich betrieb, daran gedacht, den Konflikt dadurch beizulegen, daß er dem Abgeordnetenhaus die zweijährige Dienstzeit gegen eine stärkere Einstellung von Kapitulanten (solchen gedienten Leuten, welche nach Ablauf ihrer Pflichtzeit freiwillig weiter dienten, siehe S. 90) gewähre, und Roon hatte seine Zustimmung dazu erklärt. Der König aber hatte das abgelehnt, einmal weil er das Zugeständnis im Interesse des Heeres nicht für statthaft ansah, und dann, weil er ein Entgegenkommen gegen die öffentliche Meinung als ganz unnötig betrachtete; die zwei Minister wollten durch Beilegung des Konflikts die Schlagkraft Preußens im Krieg mit Österreich verstärken; eben diesen Krieg aber wollte der König gar nicht unternehmen. Jetzt vollends war von Aussöhnung mit dem Abgeordnetenhaus keine ernsthafte Rede; der wiedergewählte Präsident Grabow erklärte in seiner Antrittsrede die Lage des Landes für noch düsterer als vorher und gab der Besorgnis Ausdruck, daß Preußen durch Österreich in Erfüllung seines deutschen Berufes

Digitized by Google

überholt werde, indem die österreichische Verfassungskrisis — Kaiser Franz Joseph hatte am 29. Juli 1865 das Ministerium des Grafen Belcredi, eines tschechenfreundlichen Föderalisten, eingesetzt und die zentralistische Verfassung von 1861 einstweilen aufgehoben — möglicherweise doch einen der Freiheit günstigen Verlauf nehme, und daß Österreich die Zuneigung Deutschlands gewinne. Diese Vermutung war damals so unwahrscheinlich, daß sie förmlich an den Haaren herbeigezogen erscheint: Preußen hatte zwar seinen Konflikt, aber es hatte noch seine Verfassung und seinen Landtag, während beides in Österreich „sistiert" war. Um so deutlicher trat an Grabows Worten die Verstimmung der Kammermehrheit über den Fortbestand des Ministeriums zutage; die liberalen Männer, welche auf Bismarck allmählich mit der steigenden Hoffnung blickten, daß er Preußen und Deutschland endlich ans Ziel bringen werde, wie der junge Herausgeber der tapferen „Preußischen Jahrbücher", der große Historiker Heinrich von Treitschke, hatten im preußischen Landtag nichts zu sagen. Selbst die erfreuliche Tatsache, daß Preußen seit Gastein durch Personalunion mit dem Herzogtum Lauenburg verbunden war, rief neuen Streit hervor. Das Abgeordnetenhaus war der Ansicht, daß diese Verbindung ohne Zustimmung beider Häuser des Landtags nicht gültig sei, während Bismarck darauf verwies, daß Artikel 55 der Verfassung nur besage: „Ohne Einwilligung beider Kammern kann der König nicht zugleich Herrscher fremder Reiche sein;" Lauenburg sei aber weder fremd noch ein Reich. Das Haus verwarf am 3. Februar 1866 mit 251 gegen 44 Stimmen die Personalunion mit Lauenburg. Es war um so unnachgiebiger, als am 29. Januar das Obertribunal, im Widerspruch mit seiner eigenen früheren Rechtsprechung, den Artikel 84 der Verfassung, der den Abgeordneten unter allen Umständen Redefreiheit verbürgte, dahin ausgelegt hatte, daß er nicht unbedingt jede Anklage gegen Abgeordnete wegen ihrer im Parlament getanen Äußerungen ausschließe. Demgemäß hatte das Obertribunal dem Verlangen der Staatsanwaltschaft stattgegeben, das darauf hinausging, eine Untersuchung gegen die Abgeordneten Twesten und Frenzel wegen früherer Reden in der Kammer (vom 20. Mai 1865) einleiten zu dürfen. Der Beschluß war im Obertribunal mit nur einer Stimme Mehrheit gefaßt worden, und nur, weil vom Justizminister Grafen zur Lippe dem Kriminalsenat des Obertribunals auf Antrag des Präsidenten Uhden an Stelle erkrankter Richter zwei Hilfsrichter (die Appellationsgerichtsräte Finck und Donalies) beigegeben worden waren. Bei

Digitized by Google

der Besetzung mit lauter regelmäßigen Mitgliedern würde der oberste Gerichtshof nach der Ansicht der Opposition die Entscheidung nicht gefaßt haben, und die Opposition war der Überzeugung, daß der Minister absichtlich durch Einschiebung von Hilfsrichtern die Selbständigkeit des Gerichts gebeugt habe (was er freilich in der Kammer am 9. Februar 1866 entschieden bestritten hat). Die Entscheidung des Obertribunals muß angesichts des Wortlauts des Artikels 84 als unhaltbar bezeichnet werden; *) denn es leuchtet ein, daß der Artikel die Abgeordneten teils ganz vor Rüge schützen, teils sie nur der Rüge des Präsidenten unterstellen sollte. Für den Beschluß des Obertribunals kann Bismarck direkt nicht verantwortlich gemacht werden; das in seiner Amtsführung unabhängige oberste preußische Gericht hatte ihn nach eingehender Beratung gefaßt und hatte ihn auch zu vertreten. Aber Bismarck billigte den Beschluß; er verwarf in der Debatte vom 9. Februar die Ansicht, als ob die rohesten Beleidigungen, welche, öffentlich begangen, mit harten Strafen geahndet würden, dann, wenn sie in der Kammer ausgesprochen würden, höchstens mit der Bezeichnung „unparlamentarisch" gerügt werden dürften. Das Recht eines jeden Preußen sei so heilig als das Recht der Abgeordneten, und das Obertribunal habe durch seinen Beschluß die Annahme beseitigt, als ob die preußische Gesetzgebung mit dem häßlichen Flecken doppelten Rechts behaftet sei, eines gewöhnlichen für die Masse der Staatsbürger, welche für Beleidigungen gestraft werden, und eines Ausnahmerechts für die Abgeordneten, welche beleidigen und verleumden dürften, ohne gerichtlich dafür einstehen zu müssen. Den Antrag des Abgeordneten v. Hoverbeck, daß die Kammer gegen den Beschluß und alle seine Konsequenzen protestieren solle, bezeichnete Bismarck als einen Versuch, das höchste Gericht des Landes der Autorität des Abgeordnetenhauses zu unterwerfen und in Preußen zwar keine Kabinetts- aber eine Kammerjustiz zu schaffen. Der Antrag von Hoverbeck wurde trotzdem mit 263 gegen 35 Stimmen angenommen, und es wurde hervorgehoben, daß in der Mehrheit sich 88 Juristen, darunter viele Staatsbeamte, befanden. Man kann der Entrüstung

*) Er lautete: „Die Mitglieder beider Häuser des Landtags können für ihre Abstimmungen im Landtag niemals, für ihre darin ausgesprochenen Meinungen nur innerhalb des betreffenden Hauses auf Grund der Geschäftsordnung desselben zur Rechenschaft gezogen werden." Die Mehrheit des Obertribunals ging davon aus, daß persönliche Angriffe gegen Minister keine „Meinungen", also gesetzlich nicht geschützt seien. Angriffe beruhen aber auf Meinungen.

Digitized by Google

Bismarcks gegen den gehässigen Mißbrauch der parlamentarischen Redefreiheit durchaus beipflichten, und wird doch der Ansicht sein müssen, daß erstens formell die Auslegung des Artikels 84 durch das Obertribunal eine mehr als gewagte war, und daß sie zweitens einen vernichtenden Schlag gegen die parlamentarische Redefreiheit selbst führte, welche die Bürgschaft der Unabhängigkeit des Parlaments bildet; es würde um diese geschehen sein, wenn der, politisch doch notwendig nicht unbefangene, Staatsanwalt zu befinden hätte, welche „Meinungen" er als statthafte und welche er als unstatthafte Angriffe unter Verfolgung stellen will. Wer diese Unabhängigkeit für ein hohes Gut, für eine der Grundlagen der Verfassung hält, der muß auch die Schattenseiten der Redefreiheit mit in den Kauf nehmen, wie man in vielen ähnlichen Fällen des Lebens das Böse um des Guten willen ertragen muß. Politisch war der Beschluß und das Eintreten des Ministeriums für ihn ein Fehler, weil dadurch der Argwohn neue Nahrung erhielt, als ob Bismarck mit allem verfassungsmäßigen Recht in Preußen rücksichtslos aufräumen wolle. Als der Präsident Grabow dem Staatsministerium von den Beschlüssen des Hauses über Lauenburg und über den Artikel 84 amtlich Kenntnis gab, sandte Bismarck die Schriftstücke als unbefugte Ansprüche enthaltend zurück, und am 23. Februar 1866 wurde der Landtag wieder, ohne daß ein Gesetz über den Staatshaushalt zustande gekommen wäre, geschlossen. Es war die letzte Tagung dieses Landtags überhaupt.

Zur Zeit, da die Kammern entlassen wurden, war die allgemeine politische Lage bereits wieder sehr gespannt. Der Gasteiner Vertrag, weit entfernt, den Gegensatz zwischen Preußen und Österreich zu beseitigen, war nur ein Waffenstillstand, ja kaum dies. Der österreichische Statthalter General von Gablenz nahm dem Erbprinzen Friedrich von Augustenburg gegenüber eine äußerst freundliche Haltung ein und ließ es geschehen, daß er von der Bevölkerung durchaus als rechtmäßiger Landesherr, der nur am Regierungsantritt noch verhindert sei, behandelt wurde; die Presse Holsteins griff die preußische Regierung als Vertreterin einer brutalen Gewaltpolitik in den schärfsten Ausdrücken an, ohne daß der Statthalter dagegen einschritt. Als Bismarck gegen diese Dinge ein Vorgehen auf Grund der in Holstein bestehenden dänischen Strafgesetze verlangte, erhielt er die Antwort, daß diese Gesetze nicht mehr gültig seien, worauf Bismarck erwiderte, dann bestehe in Holstein überhaupt kein gesetzlicher, sondern ein selbstherrlicher Zustand, so daß man der Presse um so ungehinderter zu Leibe gehen könne, wenn

Digitized by Google

man nur wolle. Am 20. Januar 1866 richtete Bismarck an den Gesandten in Wien, Herrn von Werther, einen sehr energischen Erlaß, der dem Grafen Mensdorff vorhielt, Österreich habe die Pflicht, die Rechte Preußens auf Holstein, deren Schutz ihm durch den Gasteiner Vertrag anvertraut worden sei, gegen jeden zu verteidigen, der sie antaste; dies aber tue der Erbprinz, indem er sich als den eigentlichen Herrn des Landes aufspiele. Für Österreich, das Holstein nicht für sich behaupten könne, möge dies gleichgültig sein; anders stehe es bei Preußen, für welches die Herzogtümer immer von großer Bedeutung sein würden; aber auch Österreich möge bedenken, daß die Entschädigung, welche es von Preußen für Holstein fordern könne, immer geringer werden müsse, je mehr Schwierigkeiten den vorausgesetzten preußischen Plänen entgegengestellt würden. Der monarchische Sinn und die konservativen Interessen würden in Holstein durch Österreich geschädigt, und seine feindselige Haltung müsse auf Preußens Verhalten zurückwirken. Während dieser Erlaß in Wien gelesen wurde, gestattete Gablenz die Abhaltung einer großen Versammlung der schleswig-holsteinischen „patriotischen Vereine“ in Altona am 23. Januar, welche von 3000 Personen, darunter vier Vorstandsmitgliedern des Nationalvereins aus Frankfurt, Bayern und Hessen besucht war; die Büste des Erbprinzen stand auf der Rednerbühne und wurde mit dreimaligem Hoch begrüßt. Der Beschluß der Versammlung ging auf Berufung der Ständeversammlung der beiden Herzogtümer, von der mit aller Sicherheit eine überwältigende Kundgebung für den Augustenburger zu erwarten war; die Partei Scheel-Plessens (S. 146), obwohl ihr die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ in Flensburg tapfer die Stange hielt, war doch noch in hoffnungsloser Minderheit. Auf die Nachricht von der Altonaer Versammlung ließ Bismarck am 26. Januar einen zweiten Erlaß nach Wien ergehen, worin dem Grafen Mensdorff auf den Kopf zugesagt ward, daß, wenn er nicht anders verfahre, Preußen die Überzeugung erhalten müsse, daß Österreichs Politik wieder in den überlieferten Antagonismus gegen Preußen zurückgefallen sei; damit erlange auch Preußen die volle Freiheit seiner Bewegung zurück und werde davon den Gebrauch machen, den es seinen Interessen entsprechend halte. Auf diese unverhüllte Drohung antwortete Mensdorff am 7. Februar mittelst Erlasses an den Grafen Karolyi in ganz ablehnendem Sinne; Österreich erhalte Preußens Rechte auf Holstein in statu quo nunc bis zum Eintritt einer künftigen Verständigung, wie es dazu verpflichtet sei; aber diese Verpflichtung beziehe sich bloß auf die Substanz; das Recht

Digitized by Google

einer Kontrolle über die Art, wie es die Verwaltung Holsteins führe, folge für Preußen aus dem Gasteiner Vertrag nicht, und Österreich lasse sich eine solche Aufsicht nicht gefallen; daß es die monarchischen und konservativen Interessen in Holstein untergraben lasse, sei eine Anklage, „welche das Gewissen des gesamten Europa mit uns verwerfen wird." Österreich behauptete also sozusagen, daß es Holstein als Land von so und so vielen Quadratkilometern und mit so und so vielen Menschen ja nicht wegtragen lasse, sondern Preußen jederzeit sein Recht daran wieder geltend machen könne; Bismarck aber war der Ansicht, daß, wenn der Augustenburger unter österreichischer Duldung dort immer fester Wurzel fasse, eines schönen Tages Holstein ihm nicht mehr oder nur sehr schwer werde entrissen werden können; und da in Holstein jetzt immer mehr die demokratische Partei Boden gewinne, so werde das Land „unter dem Schattenregiment eines von ihr abhängigen machtlosen Souveräns" ein Herd revolutionärer Umtriebe werden, die sich auch nach Preußen verzweigen würden.

Dieser Satz war wohl mehr auf den König Wilhelm und seine Umgebung berechnet, als daß Bismarck ihn selbst so ernst genommen hätte; er selbst schreckte vor Verbindung mit der Demokratie nicht zurück und hat sogar mit dem genialen Organisator der Arbeiterklasse Lassalle, der allerdings Anhänger eines „sozialen Königtums" war, 1863 Beziehungen unterhalten, die sich gegen den Liberalismus richteten als gegen den gemeinsamen Feind.*) Jedenfalls war der König mit den Erlassen nach Wien völlig einverstanden, und bereits am 28. Februar 1866 fand eine wichtige Beratung in Berlin statt, zu der außer den Ministern der Statthalter von Schleswig, Edwin von Manteuffel, der Chef des Generalstabs von Moltke und der Gesandte in Paris, Graf v. der Goltz, zugezogen wurden. Bei dieser Beratung wurde vom König der Gewinn der Herzogtümer für Preußen als eine Notwendigkeit bezeichnet, welche dem Wunsch des Volkes entspreche und auf welche ohne schweren Schaden an Ansehen nicht verzichtet werden könne; auch würde ein Zurückweichen die Übergriffe Österreichs gegen Preußen nur noch steigern. Bismarck sprach sich in demselben Sinne aus; man müsse mit Österreich sich kriegerisch auseinander setzen und solle dies in der jetzigen vorteilhaften Lage tun, nicht aber dem Gegner die Wahl der günstigen Stunde überlassen. Alle Minister außer dem Finanzminister v. Bodelschwingh traten

*) Hermann Oncken, Lassalle, Stuttgart 1904, S. 338 ff.

Digitized by Google

diesem Standpunkt bei; Bodelschwingh hielt auch jetzt noch an der Hoffnung eines friedlichen Ausgleichs fest. Der Kronprinz verharrte auf seiner uns vor früher (S. 150) bekannten Ansicht, daß ein Krieg mit Österreich und den Mittelstaaten ein verwerflicher Bruderkrieg sei und die Einmischung des Auslands mit Sicherheit nach sich ziehen werde. Moltke machte die Aussicht auf Erfolg abhängig von der Mitwirkung Italiens; werde diese erreicht, so habe man die Möglichkeit, den 240 000 Österreichern dieselbe Anzahl Soldaten entgegen zu stellen, und behalte noch 50 000 Mann gegen die Süddeutschen übrig, deren Übergang zu Österreich er — mit Recht — als sicher ansah, während Bismarck, der die Abneigung des bayerischen Ministers v. der Pfordten gegen Österreich kannte, noch auf eine andere Haltung Bayerns — und dann wohl auch des Südens überhaupt — hoffen zu dürfen glaubte. Das Ergebnis der Beratung faßte der König in vier Sätze zusammen. 1. Die Herzogtümer sind eines Krieges wert. 2. Eine friedliche Erreichung des Ziels ist vorzuziehen. 3. Die Entscheidung darüber hängt von Österreichs Verhalten ab. 4. Preußen hat, um für alle Fälle günstige Kriegsaussichten zu gewinnen, zunächst diplomatische Schritte zu unternehmen, natürlich vor allem bei Frankreich und Italien, um sich womöglich zu vergewissern, ob Napoleon Preußen in einem Krieg mit Österreich wohlwollend werde gewähren lassen und ob Viktor Emanuel II. bereit sei, mit den Preußen Schulter an Schulter zusammen zu kämpfen. Bereits trat aber bei den Beratungen deutlich die Notwendigkeit hervor, mit der schleswig-holsteinischen Frage eine noch viel größere zu verbinden — die deutsche Frage selbst (S. 148). Es war nicht möglich, bei der Einverleibung der Herzogtümer in Preußen stehen zu bleiben; die Sicherheit Preußens und Deutschlands erforderte einen engeren Zusammenschluß beider, welcher die volle Ausnützung und die einheitliche, zielbewußte Leitung aller deutschen Streitkräfte zu Wasser und zu Lande gewährleistete; und nicht minder drängten Erwägungen wirtschaftlichen Gedeihens auf diesen dauernden und allgemeinen Zusammenschluß seit langem hin. Der Gesandte v. der Goltz hat dem Kaiser Napoleon am 5. März den Plan entwickelt, den deutschen Norden unter preußische Leitung zu stellen, aber mit größerer Schonung der Selbständigkeit der einzelnen Staaten, als dies 1848—49 beabsichtigt war, auch mit größerer Einschränkung der Befugnisse des Parlaments. Bayern könne dann, falls es mit Preußen zusammengehe, die militärische Leitung des Südens überlassen werden. Der Kaiser sprach sein

Digitized by Google

volles Einverständnis mit dieser Politik aus, welche auf die in Frankreichs Augen unerträgliche volle deutsche Einheit unter Preußens Führung verzichtete, wenigstens zunächst, und er ließ jetzt durchblicken, daß die Entschädigungen, welche Frankreich für das Anwachsen der preußischen Macht fordern müsse, nach der Ansicht seines militärischen Sachverständigen, des Marschalls Niel, in der Rückgabe der 1815 zu Deutschland geschlagenen Städte Landau und Saarlouis bestehen würden.

Man konnte also in Berlin immerhin darauf rechnen, daß Frankreich den Waffengang Preußens mit Österreich werde vor sich gehen lassen, ohne sich Österreichs anzunehmen. Um so sicherer war das zu erwarten, wenn das von Napoleon 1859 gewissermaßen ins Leben gerufene Italien als Bundesgenosse an Preußens Seite trat, um seine Einheit durch die Eroberung Venetiens ihrer Vollendung einen neuen Schritt näher zu führen. Neben dem politischen Wert, den so Italiens Mitwirkung hatte, fiel schwer ins Gewicht die militärische Ablenkung, welche Österreich durch einen Angriff von Süden her erleiden mußte. Es war davon die Rede, einen italienischen General nach Berlin zu bitten, um mit ihm die militärischen Dinge zu verhandeln; der Gesandte von Usedom hat diesen Wunsch in Florenz der italienischen Regierung übermittelt. Dann kam in Frage, daß General von Moltke, welcher den Wert der italienischen Hilfe in der Beratung vom 28. Februar so sehr betont hatte, selbst nach Florenz reisen solle, um mit den dortigen maßgebenden Männern sich zu besprechen. Aber ehe dies geschah, kam am 14. März von dort der General G o v o n e, ein Veteran von 1848, 1855 und 1859, im Auftrag des Ministerpräsidenten Lamarmora nach Berlin, um sofort ein militärisches Abkommen mit dem Ziel ungesäumten Losschlagens abzuschließen.*) So weit war man in Berlin, wie wir sahen, aber noch nicht, und als Govone dies erkannte, stieg in ihm der Verdacht auf, daß Preußen mit Italien nur ein Spiel treibe und das Bündnis bloß anstrebe, um damit einen Druck auf Österreich auszuüben und es so zum Nachgeben zu veranlassen. Lamarmora selbst war von dem gleichen Mißtrauen erfüllt, um so mehr, als er seinerseits dieses Mißtrauen verdiente: in seinem tiefsten Herzen lebte der Wunsch, ohne Krieg ans Ziel zu gelangen, d. h. durch altre combinazioni, andere Verbindungen und Maßnahmen, Österreich zur Aufgabe Venetiens zu bestimmen. Als am

*) Vergl. das von Govones Sohn auf Grund der Briefe und Tagebücher seines Vaters herausgegebene Werk: Il Generale Guiseppe Govone, Turin 1902.

Digitized by Google

23. Februar 1866 in Bukarest der Hospodar der Moldau und Walachei, Alexander Cusa, durch eine Militärrevolution „wegen der unter ihm herrschenden Anarchie, Korruption, Gesetzesmißachtung und Verschwendung“ gestürzt wurde, hegte das Florentiner Kabinett den Gedanken, Österreich mit den Donaufürstentümern für Venetien zu entschädigen: es werde damit ein Gebiet von 130 000 Quadratkilometern und fast 4 Millionen Seelen gegen eines von 24 000 Quadratkilometern mit 2½ Millionen gewinnen, also bereitwillig zugreifen. Der Gedanke wäre verflucht gescheit gewesen, wäre er nicht herzlich dumm zu nennen; denn dabei war die Rechnung ohne Rußland gemacht, das Österreich gutwillig niemals sich dort konnte festsetzen lassen, und ohne die Rumänen selbst, welche ihre volle Selbständigkeit erringen, nicht für die türkische Oberherrschaft die österreichische eintauschen wollten. Bismarck persönlich hat Govone im höchsten Grad imponiert. Das ist Cavour, schrieb er nach der ersten Unterredung nach Hause, wie er leibt und lebt! Aber Bismarck verhehlte ihm nicht, daß er noch drei bis vier Monate brauchen werde, um den König so weit zu haben, wie er ihn haben wolle; er könne den Krieg nicht um Schleswig-Holstein führen; das sei ein zu kleines Ziel; um die öffentliche Meinung in Deutschland auf seine Seite zu bringen, bedürfe er ein größeres Ziel, die Neugestaltung Deutschlands. Er werde die Berufung eines deutschen Parlaments vorschlagen, und damit werde der Knoten unlösbar geschürzt sein. Dazu aber brauche er Zeit, und damit der König nicht inzwischen ihm abtrünnig werde, solle Italien sich jetzt schon zur Hilfe verpflichten, wogegen Preußen verspreche, daß die venetianische Frage mit der deutschen gleichzeitig entschieden werden solle. Wohin Govone hörte, überall warnte man ihn, sich mit den unzuverlässigen Preußen einzulassen: so sprach sich der Gesandte seines Königs in Berlin, Graf Barral, aus, so der englische Vertreter, Lord Loftus, so der französische, Graf Benedetti *); dazu war mit Händen zu greifen, daß das preußische Volk einen Krieg mit Österreich genau so ansah wie der Kronprinz, als einen verwerflichen Bruderkrieg. Eines Tages, schrieb Govone, kann ein General nach Berlin geschickt werden, und alles wird ausgeglichen sein. Aber trotz dieser Schwierigkeiten blieb der Bund Italiens mit Preußen der einzige Weg, auf dem Venetien zu erlangen war, seit „das rumänische Nebelbild zerflossen war“. Dort wurde der Prinz von Hohenzollern am 20. April mit französischer und preußischer Hilfe

*) Luise Schöps, Graf Vincent Benedetti. Halle 1915.

zum Fürsten gewählt. So willigte Govone, durch den Beginn der Rüstungen Österreichs gegen Preußen (13. März) ermutigt, am Ende am 8. April in einen Vertrag, der eine gewisse mittlere Linie darstellte. Italien erlangte nämlich zwar kein Versprechen, daß Preußen unbedingt losschlagen werde, und verpflichtete sich doch, falls Preußens Verhandlungen mit den andern deutschen Regierungen scheitern sollten und Preußen zu den Waffen greife, alsbald den Krieg an Österreich zu erklären. Diese Fassung allein nahm König Wilhelm an: er wollte die Entscheidung über Krieg und Frieden in der Hand behalten. Aber die Verpflichtung Italiens sollte nicht unbestimmte Zeit dauern, sondern erlöschen, wenn drei Monate nach Unterzeichnung des Vertrags der bezeichnete Fall nicht eingetreten sei. Darin lag eine gewisse Bürgschaft, daß Italien nicht an der Nase herumgeführt werde, sondern nach Ablauf einer verhältnismäßig kurzen Frist, wie sie Bismarck selbst gesetzt hatte, seine völlige Freiheit zu handeln wieder gewann.*) Als Grund des Vertrags, der als „Offensiv- und Defensivbündnis“ erscheint, ward in der Einleitung der Wunsch bezeichnet, die Bürgschaften des allgemeinen Friedens — durch Lösung der deutschen und italienischen Frage nämlich — zu befestigen und die berechtigten Bestrebungen der beiden Nationen zu verwirklichen. Der Krieg sollte mit aller Kraft geführt und nur mit gemeinsamer Zustimmung beendigt werden; diese sollte nicht verweigert werden dürfen, wenn Österreich das lombardisch-venetianische Königreich an Italien und an Preußen ein entsprechendes Gebiet abzutreten bereit sei. Im letzten, sechsten, Artikel war ein Zusammenwirken der Flotten Preußens und Italiens im Fall des Einlaufens der österreichischen Flotte in die Ostsee ins Auge gefaßt. Die Tatsache des Abschlusses eines preußisch-italienischen Vertrags, wenn auch nicht sein genauer Inhalt, wurde durch die Wiener „Neue freie Presse“ der Welt bekannt, und in Süddeutschland wurde dadurch der längst glühende Haß der Ultramontanen und Demokraten gegen Preußen und gegen den Junker Bismarck noch mehr angefacht. Man setzte sich kurzerhand mit Österreich selbst gleich; den Stoß gegen Österreich empfand man als einen Stoß gegen sich selbst, und mit leidenschaft-

*) Daß dies ein an Italien gemachtes Zugeständnis war, geht aus Sybel 4, 310, aus Lamarmora, un po più di luce S. 96 ff. (deutsche Ausgabe 1873) und aus Govones Briefen mit Bestimmtheit hervor. Ursprünglich hatte Graf Barral zwei Monate vorgeschlagen; schließlich gingen die Italiener auf die von Bismarck gewünschten drei Monate ein, Lamarmora a. a. O.

Digitized by Google

lichen Worten ward das Bündnis als Verrat an Deutschland gebrandmarkt, ohne Rücksicht darauf, daß doch Österreich ein zu drei Vierteilen slawischer oder magyarischer Staat war. In Wahrheit gibt es kaum ein Ereignis, das vom Standpunkt des ungeschriebenen heiligen Rechts der Nationen auf ein staatliches Dasein erhebender wäre als dieses Bündnis, durch welches zwei von Österreich gleichermaßen an diesem nationalen staatlichen Dasein verhinderte Völker sich mannhaft zusammenschlossen, um Schulter an Schulter in ehrlichem Schwerterkampf den gemeinsamen Feind niederzuringen und ihre Einheit und Selbständigkeit zu erkämpfen. Es war so, wie der Franzose Thiers ausrief: „Das ist das größte Ereignis der europäischen Politik.“ Indem das Bündnis im weiteren Verlauf der Dinge zum Ziel führte, ward die Gestalt Europas für immer verändert.

Am Tag, nachdem Barral und Govone den Vertrag gut geheißen hatten — die Unterzeichnung durch die Könige erfolgte am 20. April — tat Bismarck den Schachzug, der „den Knoten unlöslich machen“ sollte. Am 9. April überreichte der preußische Gesandte beim Bundestag, Herr v. Savigny, einen „dringlichen Antrag *) zu beschleunigter Erwägung und Beschlußfassung“, der von der Tatsache ausging, welche allseitig anerkannt und durch den dänischen Krieg aufs neue erhärtet sei, daß der deutsche Bund für die Sicherstellung der nationalen Unabhängigkeit und die Erfordernisse einer aktiven Politik nicht genügend sei. Der bestehende Antagonismus zwischen Preußen und Österreich hebe vollends die Voraussetzungen auf, unter denen allein die Durchführung der Bundesverfassung möglich sei. Eine Abhilfe gegen diese Zustände sei weder von einseitigen Verhandlungen unter den Regierungen zu erhoffen, noch von Debatten und Beschlüssen einer gewählten Versammlung. Die Regierungen bedürften, wenn sie über den Austausch von Meinungen und die Anhäufung endlosen Materials hinauskommen sollten, der ausgleichenden und treibenden Kraft des nationalen Geistes, welcher die partikularistischen Gegensätze überwinde. Ein solcher Faktor sei in einer aus allen Teilen Deutschlands gewählten Versammlung zu finden. Einer solchen Versammlung allein könne man aber die Sache auch nicht überlassen, weil sonst wie 1848 dieselben Gefahren der Überhebung und der Nichtachtung des in deutscher Eigentümlichkeit Begründeten wieder erwachen und die Hoffnun-

*) Bei Hahn 1, 383—387.

Digitized by Google

gen des deutschen Volkes abermals enttäuscht werden würden. Nur durch ein Zusammenwirken beider Faktoren könne das Ziel erreicht werden; deshalb schlage Preußen die Berufung einer durch direkte und allgemeine Volkswahl zustande kommenden Versammlung vor, und zwar zu einem jetzt schon genau zu bestimmenden Termin, damit die Verhandlungen der Regierungen über die der Versammlung zu unterbreitenden Vorlagen sich nicht ins Ungewisse hinausziehen könnten. Über den Inhalt dieser Vorlagen ward zunächst nichts Näheres vorgeschlagen: Bismarck verlangte zunächst nur eine grundsätzliche Entscheidung über den zu betretenden Weg.

Die Nachricht von diesem preußischen Vorgehen, sofort öffentlich bekannt gegeben, wirkte, wie ich noch aus eigener Erinnerung bezeugen kann, in ganz Deutschland wie ein Donnerschlag. Mit einem Male erhob sich der Gedanke der deutschen Einheit über all den Jammer und Zank des Tages, über all das öde Parteitreiben und das persönliche Wichtigtun mit sieghafter Majestät empor. Lange in die Rumpelkammer geworfen oder mit hohlen Worten beredet und geradezu übergossen, trat dieser Gedanke jetzt plötzlich als die dringlichste und größte Aufgabe der Nation hervor, die sofort ins Reich der Wirklichkeit überführt und gelöst werden sollte. Nicht ein Traum sollte die nationale Einheit mehr sein, sondern eine Wahrheit sollte sie werden, jetzt, sofort, und die Nation sollte an ihrer Durchführung in der Form mitwirken, welche ihr von 1848 her teuer und hehr war, durch Anwendung des direkten allgemeinen Stimmrechts, das Bismarck in seinem Antrag „für das konservative Prinzip förderlicher erachtete, wie irgend einen anderen auf künstlicher Kombination beruhenden Wahlmodus". Das Parlament von 1848, das viel gefeierte und viel, mit Unrecht, verspottete Professorenparlament, das in schweren Kämpfen die einzig mögliche Lösung des deutschen Problems, das Erbkaisertum der Hohenzollern, erarbeitet hatte und nur gescheitert war, weil diese Lösung mit unannehmbaren Nebendingen belastet war, dieses Parlament schien wieder zu erstehen, um unter besseren Sternen sein Werk zu vollenden. Die Lahrer Dorfzeitung machte den Vorschlag, daß alle noch lebenden Mitglieder jenes Parlaments von selbst als rechtmäßige Vertreter ihrer Wahlkreise in die neue Versammlung eintreten und der Präsident des alten Parlaments, Eduard Simson, auch dem neuen vorstehen solle. Man fühlte: indem der König von Preußen jetzt die Sache in die Hand nahm, konnte sie nicht mehr

Digitized by Google

im Sande verlaufen. Freilich, dieser König war beraten von dem Mann, der noch zur Stunde im grimmigsten Kampf mit dem preußischen Parlament lag, von dem man nichts als Unterdrückung der Volksfreiheit erwartete, und es schien ein blutiger Hohn zu sein, daß gerade dieser Mann den Gedanken in die Welt schleuderte, das deutsche Volk zur Wahl einer Vertretung zu berufen, von der der frische und mächtige Antrieb zur Einheit ausgehen sollte. War Bismarck wirklich der beschränkte Junker, als der er alle die Jahre her verschrieen war? Hatte er nicht am Ende wirklich gerade deswegen die heiße Fehde mit seinem Landtag begonnen und durchgeführt, weil dieser ihm die Mittel verweigerte, die deutsche Einheit nötigenfalls mit den Waffen zu erstreiten? Noch brach die richtige Anschauung von dem Mann, „der, wenn einem Teufel, dann dem teutonischen verschrieben war", nicht sieghaft überall und mit einem Male durch; aber sie begann zu dämmern; die Nation fing an ihren Führer zu erkennen. Es war freilich ein folgenschwerer, indessen durch einen Staatsministerialbeschluß vom September 1863 (S. 119) gedeckter, Schritt, daß Bismarck das Parlament, mit dessen Hilfe er die Regierungen zwingen wollte, auf das Wahlrecht der Reichsverfassung von 1848 begründete und damit die Übernahme dieses schrankenlosen Wahlrechts in den neuen Staat der Deutschen entschied. Aber gerade dieser Schritt, auf den Bismarcks Verkehr mit Lassalle eingewirkt hat,*) zeugt von der Wucht seines nationalen Entschlusses. Wie er uns in seinen „Gedanken und Erinnerungen" 2, 58 gesagt hat, sollte dieses Wahlrecht „eine Waffe in dem Kampf gegen Österreich und weiteres Ausland" sein, „eine Drohung mit letzten Mitteln im Kampfe gegen Koalitionen, um das monarchische Ausland abzuschrecken von Versuchen, die Finger in unsere nationale Omelette zu stecken". Die elementare Kraft der Nation rief er zu seinem Bundesgenossen auf; die Fremden sollten wissen, daß, wenn sie uns hindern wollten, unsern nationalen Staat zu errichten, sie es nicht bloß mit einem König und einem Minister zu tun haben würden, sondern mit einem ganzen großen Volke. Diesem Volke aber gab Bismarck, indem er ihm das allgemeine Wahlrecht sozusagen als Angebinde zubrachte, einen Beweis hochherzigen Ver-

*) Lassalle hatte Bismarck den Gedanken entwickelt, daß die Massen der Monarchie folgen, wenn diese sich ihrer Not annehme; sie seien monarchischer als das liberale Bürgertum. Dieses gründete seine politische Macht auf das Dreiklassenwahlrecht, das in Preußen seit 1849 bestand; das allgemeine Wahlrecht verhieß bei dem Vorwiegen der Landbevölkerung konservative Mehrheiten. Oncken, Lassalle, S. 345 ff.

Digitized by Google

trauens, dessen es sich wohl nicht immer, aber doch in großen Stunden der Entscheidung würdig gezeigt hat. Schon jetzt spann dieser Beweis des Vertrauens feste Fäden zwischen der Nation und dem Staatsmann, der aus dem Nebel des Parteikampfes auf die Hochwarte nationaler Geltung emporstieg. Bereits begann er auch den bisherigen Gegnern die Hand zur Versöhnung zu bieten: Ende April hatte er geheime Unterredungen mit den Altliberalen, „welche ihn längst als den genialen Staatsmann verehrten", über die Möglichkeit eines Ausgleichs; im Mai folgten Besprechungen mit den außerpreußischen Führern der liberal und national Gesinnten; als am 5. Juli der Finanzminister v. Bodelschwingh wegen des drohenden Zusammenstoßes mit Österreich zurücktrat, nahm Bismarck den altliberalen v. d. Heydt wieder an seine Stelle, und dieser trat das Amt nur unter der Bedingung an, daß um Indemnität für das budgetlose Regiment nachgesucht werde.*)

Der preußische Reformvorschlag ward in einem Moment eingebracht, wo Deutschland schon von Waffenlärm erdröhnte. Ein Marschallsrat in Wien hatte am 13. März gegen die Ansicht des Grafen Mensdorff beschlossen, die Besatzungen in Böhmen auf die Stärke von 80 000 Mann zu bringen; darauf antwortete ein Ministerrat in Berlin, dem der König vorsaß, am 27. März mit dem Beschluß, daß die schlesischen Festungen in Kriegszustand versetzt, Pferde für die Artillerie angekauft und 11 000 Mann zur Verstärkung des Heeres einberufen werden sollten. Darauf begannen auch die anderen deutschen Staaten ihre Truppen „in bundesmäßigen Stand zu setzen", um etwaigen Anforderungen des Bundes entsprechen zu können. Namentlich geschah das von Sachsen, das auf den ersten Stoß seitens der Preußen gefaßt sein mußte, falls es sich nicht auf ihre Seite schlug, und davon wollte der Minister v. Beust nichts wissen, trotz aller Erfahrungen, welche Sachsen betreffs der Gefahren einer antipreußischen Politik 1744, 1756 und 1813 gemacht hatte. Mensdorff richtete am 7. April das Verlangen nach Berlin, daß beruhigende Erklärungen über die teilweise angeordnete Mobilisierung gegeben werden möchten. Daraus entwickelte sich eine Korrespondenz, deren Ergebnis ein österreichischer Vorschlag vom 18. April war, daß beide Mächte ihre Rüstungen gleichmäßig, Zug um Zug, rückgängig machen sollten. Es war schwer, diesen Vorschlag abzulehnen, ohne sich vor aller Welt als Friedensstörer hinzustellen; die natürliche Friedensliebe König

*) s. Gerhard Ritter, Zur Entstehung der Indemnitätsvorlage, Hist. Zeitschrift 114 (1915) 17—64.

Digitized by Google

Wilhelms, der stets seinen bestimmten Willen hatte und keineswegs eine Drahtpuppe in der Hand seines Ministers war,*) kam hinzu, und Bismarck war in Verzweiflung; der ganze Anlauf zum energischen Durchhauen des Knotens schien ins Stocken zu kommen. Govone fand ihn am 19. April „sehr unzufrieden und entmutigt", und war seinerseits in der Stimmung, alles für verloren zu halten, so daß er, als in Berlin jetzt unnütz, eine Reise nach Hamburg und Kiel antrat. Da zerstörten die Österreicher selbst die Wirkung ihres Schachzugs, indem Kaiser Franz Joseph auf Grund von Nachrichten über italienische Rüstungen, welche zum Teil begründet, zum Teil irrig waren, am 21. April überstürzt befahl, die Südarmee auf Kriegsfuß zu setzen. Am 26. April antwortete der Ministerrat in Florenz mit dem Beschluß, die von der Kammer für Festungszwecke verwilligten 300 Millionen Lire zur Verstärkung der Werke Bolognas und Cremonas und zur Aufstellung eines Beobachtungskorps unter General Cialdini bei Bologna zu verwenden; überdies sollten Pferde aufgekauft und in Piacenza und Brescia „Übungslager" errichtet werden: mehr und mehr kam der Stein ins Rollen. Wenn Österreich gegen Italien mobil machte, so konnte Preußen seine Maßregeln nicht rückgängig machen; denn einmal war es moralisch, wenn auch vielleicht nicht durch den Buchstaben des Vertrags, gezwungen, Italien im Ernstfall nicht allein zu lassen, und dann konnte jeden Augenblick das im Süden kriegsbereit gemachte Heer nach Norden geworfen werden. Man erwog in Wien, daß Venetien auf die Dauer doch nicht oder jedenfalls nur um den Preis zu behaupten war, daß man Italien immer sprungbereit sich gegenüber sehen mußte; eine große Versuchung für jeden Feind Österreichs, das, so lange es mit Italien in dieser Weise verfeindet war, bloß noch Kriege mit zwei Fronten zu führen Aussicht hatte. Da war es am Ende besser, das Land, dessen Besitz solche Gefahren mit sich brachte, aufzugeben, auf alle Herrschaftsgelüste im Bereich der Apenninhalbinsel zu verzichten und dafür die ganze Kraft zur Behauptung der führenden Stellung in Deutschland und zur Niederhaltung Preußens zu verwenden. Daraus erwuchs der geheime, nach Paris gesandte, Vorschlag, daß Franz Joseph Venetien an Napoleon abtreten wolle, worauf dieser es weiter an Viktor Emanuel II. abgeben werde. Es scheint, daß Napoleon damals, erzürnt darüber, daß Preußen ihm am Rhein keine „Entschädigungen" einräumen

*) v. Keudell, Fürst und Fürstin Bismarck, S. 255. „Der Einfluß Seiner Majestät auf Bismarcks politische Entschlüsse ist ein viel bedeutenderer gewesen, als von vielen angenommen wird."

Digitized by Google

wollte, sich Österreich zuwandte; jedenfalls teilte er am 4. Mai den Italienern den österreichischen Vorschlag mit. Viktor Emanuel II. hatte vor vier Wochen sich Preußen gegenüber auf drei Monate in der uns bekannten Weise verpflichtet; er lehnte die Zumutung eines unverhüllten Wortbruchs entrüstet ab, so verführerisch auch die Aussicht war, ohne Blutvergießen Venetien zu erlangen, und seine Minister taten unter dem Druck der Volksstimmung das gleiche; die italienische Nation wollte Venetien nur mit Ehren erlangen, und der andere Weg brachte unauslöschlichen Makel mit sich. Freilich blieb die Gewißheit, daß man in der Wiener Hofburg sich auf den Verlust Venetiens bereits eingerichtet hatte, nicht ohne verhängnisvolle Rückwirkung auf die Art der späteren italienischen Kriegführung: für ein Ziel, dessen Erreichung so oder so sicher ist, setzt man nach menschlicher Art nicht die volle Kraft ein, welche man im bitteren Ernstfall aufbieten würde. Einen eigentlichen Druck übte Napoleon auf Italien indessen nicht aus, so daß er es zur Annahme des Angebots bestimmt hätte. Er hatte damals wieder den Gedanken gefaßt, einen europäischen Kongreß nach Paris zu berufen und ihm die Frage der Elbherzogtümer, der deutschen Bundesreform und des Schicksals Venetiens vorzulegen; was 1863 gescheitert war, sollte 1866 gelingen (S. 158). In welchem Sinn die französische Nation die Anmaßung, daß Europa über die eigensten Fragen unserer Zukunft zu Gericht sitzen sollte, verstand, zeigte die berühmte Rede, welche Thiers am 3. Mai im gesetzgebenden Körper zu Paris hielt *) und deren letzter Sinn war, daß die Zerrissenheit Deutschlands die Grundbedingung des „legitimen" französischen Übergewichts in Europa sei, also die deutsche Einheit schlechterdings verhütet werden müsse. Der amtliche Sitzungsbericht stellt fest, daß ein Sturm des Beifalls von allen Seiten des Hauses, von der Opposition wie von der Mehrheit, diese Worte begleitete. Der Kaiser kam dieser Stimmung entgegen, indem er beabsichtigte, Österreich für den Verlust Venetiens durch Schlesien zu entschädigen, dafür Preußen durch Sachsen und einige Kleinstaaten zu vergrößern und ihm die militärische Führung des Nordens zu überlassen; die so ihrer Länder beraubten deutschen Fürsten sollten in der Rheinprovinz, welche Preußen zu diesem Zweck auch hätte hergeben sollen, entschädigt und der Süden und Westen Deutschlands sollten zu einem neuen Rheinbund zusammengeschlossen werden, der sich naturgemäß an Frankreich hätte anlehnen müssen. Also statt der

*) Vgl. de Mazade, Monsieur Thiers, Paris 1884, S. 292.

Digitized by Google

deutschen Einheit eine Dreiheit — das war die Anwendung des „Rechts der Nationalitäten", welche Napoleon für uns im Sinne trug. England, Rußland, dann auch Preußen und Italien stimmten dem Kongreß zu, zu dem am 28. Mai die Einladung aus Paris erging — auf den 12. Juni —: Bismarck nahm an, wahrscheinlich weil er hoffte, ehe der Kongreß zusammentrete, mit Schwertes Schärfe eine vollendete Tatsache und eine neue Situation zu schaffen, und dann weil er darauf rechnete, daß sonst irgendwo ein Hindernis auftauchen werde. Es kam in der Tat, und zwar ging das Hindernis von Österreich aus, das am 1. Juni die Annahme des Kongresses von zwei Bedingungen abhängig machte: daß auch der Papst zugezogen werde und daß keine Macht einen Gebietszuwachs erlange. Die erste Bedingung, welche eine ausgesuchte Schroffheit gegen Italien enthielt, stieß auf allgemeinen Widerstand; die zweite schnitt den Erwerb Venetiens für Italien und auch Frankreichs geheime Hoffnung auf Saarbrücken und Landau ab. Damit war der Kongreßgedanke begraben; bei solchen Beschränkungen hatte der Kongreß ja kaum etwas zu tun. Österreichs Widerstand ist übrigens nicht ein Ergebnis seines Ungeschicks,*) sondern sehr begreiflich; auf einem Kongreß mit voller Beschlußfreiheit hatte es voraussichtlich die Zeche zu bezahlen: es verlor Venetien, ohne Schlesien dafür zu gewinnen (was ja Preußen niemals zugestanden hätte), und mußte noch durch Zustimmung zu einer Bundesreform Preußen in Deutschland in den Sattel helfen.

Während dieser Verhandlungen hatte der König am 3. Mai die Mobilmachung des zweiten, dritten, vierten, fünften, sechsten und achten Armeekorps und des Gardekorps verfügt; nur das erste Korps in Ostpreußen und das siebente in Westfalen blieben von der Maßregel noch ausgeschlossen. Die Erregung über den bevorstehenden Krieg ward in Deutschland allgemein; man entsetzte sich über den „Bruderkrieg" gegen Österreich, das in aller Naivität als eine deutsche Macht angesehen ward, und faßte auf zahlreichen Volksversammlungen flammende Proteste dagegen. Bismarcks Name ward den Massen im Süden und Westen verhaßter als je. Ein Zeichen dieser Stimmung war der Mordanschlag, der am 7. Mai 1866 gegen Bismarck verübt ward. Er hatte eben abends fünf Uhr dem König Vortrag gehalten und kehrte durch die Straße Unter den Linden zu Fuß nach dem auswärtigen Amt

*) So Maurenbrecher, Gründung des Deutschen Reichs (4. Aufl. 1910) S. 175. Dagegen Matter, Bismarck et son Temps, Paris 1906, 2, 427.

Digitized by Google

in der Wilhelmsstraße heim; da feuerte ein zweiundzwanzigjähriger jüdischer Student der Landwirtschaft, der von Hohenheim bei Stuttgart nach Berlin gereist war, Ferdinand Cohen, ein Stiefsohn des bekannten demokratischen Flüchtlings Blind in London, auf ihn — es war in der Nähe der russischen Gesandtschaft — einige Revolverschüsse ab, von denen aber wunderbarerweise nur einer eine leichte Quetschung einer Rippe verursachte. Mit Hilfe eines Buchbindermeisters Bannerwitz und eines Kaufmanns Elias, auch einiger Schutzleute, die rasch herbeieilten, wurde der Mörder festgenommen, der, an sich ein stiller, fleißiger Mensch, Bismarck als den bösen Dämon Deutschlands ansah; er öffnete sich im Gefängnis während des Verhörs eine Pulsader und starb am 8. Mai morgens um vier Uhr. „Erschrick nicht, mein Herz, es hat jemand auf mich geschossen," sagte Bismarck, als er kurz nach dem Anschlag ins Zimmer seiner Gattin trat; „ich bin aber durch Gottes Gnade unverletzt geblieben." Das verabscheuenswerte Ereignis brachte doch viele zur Besinnung; am Abend des 7. Mai sammelte sich eine Menge Menschen vor dem auswärtigen Amt und brachte dem Manne unaufhörliche Hochrufe, der am Morgen noch vielleicht von denselben Leuten mit Haß betrachtet worden war. Man empfand dunkler oder klarer, daß am Leben dieses Mannes unser Schicksal hing. „Für unsern König und das Vaterland das Leben zu lassen," sagte Bismarck aus dem Fenster zu der unten stehenden Menge, „ob auf dem Schlachtfelde oder auf dem Straßenpflaster, halte ich für ein hohes Glück und erflehe von Gott, daß mir ein solcher Tod vergönnt sei. Seine Majestät, unser König und Herr, lebe hoch!" Es war das Gefühl, das einst Richelieu sprechen ließ: „Ich habe keine andern Feinde als die des Königs!"

Trat in dem Attentat Cohens noch einmal die populäre Abneigung gegen Bismarck zutage, so waren andere Gegner in hohen Regionen unausgesetzt gegen ihn tätig. Vor allem hielt der Kronprinz an seiner Ansicht fest, daß ein Krieg mit Österreich nicht bloß moralisch verwerflich, daß sein Ausgang auch unsicher sei und eine zerschmetternde Niederlage Preußens mit dem Verlust Schlesiens und der Rheinprovinz für wahrscheinlicher gelten müsse als das Gegenteil. Daß Bismarck die deutsche Frage in Angriff nahm, erschien dem Thronerben vollends verkehrt; nicht ein Konfliktsminister, sondern nur ein den Forderungen der Zeit entsprechendes liberales Kabinett sei zur Lösung dieser Aufgabe befähigt. Wie ihr Sohn war Königin Augusta von liberalen Ansichten erfüllt und gegen Bismarck eingenommen (S. 130); die Gemahlin des Kronprinzen,

Digitized by Google

Viktoria, stand als Engländerin einem Minister, der die Mehrheit des Unterhauses mißachtete, mit unverhohlener Mißbilligung gegenüber. Herzog Ernst von Koburg, ihr Oheim, war auch gänzlich in den damals üblichen liberalen Auffassungen befangen. Und an demselben Strang zogen die entschiedensten Gegenfüßler der Liberalen, die altpreußischen Stockkonservativen und Ultrareaktionären, welche Österreich als den Hort alles Konservatismus betrachteten und den Minister, der auf die Politik Friedrichs des Großen zurückgriff, als den Mann des Unheils ansahen. An ihrer Spitze stand König Wilhelms Bruder Prinz Karl, auch persönlich ein Mann von unholdem Wesen, der direkt Bismarcks Sturz anstrebte und ihm so zu schaffen machte, daß Bismarck (nach einem Brief Roons vom 4. April 1866) *) damals vor dem Entschluß stand, den seine Kräfte aufreibenden Kampf aufzugeben und seine Entlassung zu nehmen. Auch die Offiziere waren zum Teil in Erinnerung an die Kameradschaft mit der österreichischen Armee von 1813—15 und von 1864 gegen den Krieg mit den früheren Waffengenossen. Endlich ließ sich die verwitwete Königin Elisabeth, die Gemahlin Friedrich Wilhelms IV., gegen Bismarck vernehmen: **) sie war eine bayrische Prinzessin, nichts weniger als ultramontan — war sie doch 1830 zum evangelischen Glauben übergetreten —, aber doch von Sympathien für den deutschen Süden, dem sie entstammte und für Österreich beseelt.***) So war die Stellung des Ministers dornenvoll und gefährdet; aber er zwang den Unwillen und das Gefühl der Erschöpfung mannhaft nieder und hielt aus, im Bewußtsein, daß dank seiner Genialität und Ausdauer endlich die große Stunde nahe, wo Preußens Aar den höchsten Siegesflug nehmen und Deutschlands Geschick sich entscheiden werde. Er hoffte, daß das preußische Volk in dieser Krisis sich auf sich selbst besinnen werde. Am 9. Mai erfolgte die Auflösung des Abgeordnetenhauses und

*) Siehe Bismarck-Jahrbuch 3, 244—245.

**) In dem Bericht des italienischen Gesandten Grafen Barral bei Lamarmora, un po più di luce S. 93, vom 19. März werden die drei hohen Damen und der Kronprinz direkt als die bezeichnet, welche die Audienz Govones beim König zu hintertreiben suchten.

***) In dem Buch „Die Damenpolitik am Berliner Hof 1830—70“, Berlin 1906, wird S. 99—101 ein Brief eines ehemaligen liberalen Ministers, der beim König viel galt, aus diesen Tagen mitgeteilt, worin der König beschworen wird, den Mann zu entlassen, „der das Vertrauen Ew. Majestät bei allen andern Mächten geraubt hat“. Gemeint ist v. Bethmann Hollweg; der Brief steht schon in den Gedanken und Erinnerungen Kapitel 19.

Digitized by Google

bald die Ansetzung der Neuwahlen auf den 3. Juli. Wenige Tage nachher, am 13. Mai, kam der Führer des Nationalvereins, der Hannoveraner Rudolf v. Bennigsen, zu einer Sitzung des Vereins nach Berlin, und Bismarck lud ihn durch Vermittlung des altliberalen Regierungsrats im Ministerium Max Duncker auf 14. Mai zu einer Besprechung ein. Er erklärte ihm, daß er Deutschland eine bundesstaatliche Verfassung unter Mitwirkung der Bevölkerung und möglichst ausgedehntem Wahlrecht geben wolle, und ersuchte ihn um seinen Beistand. Bennigsen nahm keinen ungünstigen Eindruck von Bismarck mit fort, konnte sich aber noch nicht entschließen, die dargebotene Hand ohne Rückhalt zu ergreifen. Der deutsche Liberalismus sah in Bismarck doch immer noch vor allem den konservativen Parteimann, noch nicht den deutschen Staatsmann; große Entscheidungen waren nötig, um die zähen Massen in Fluß zu bringen.

Wie wenig Bismarck damals noch hoffte, in der deutschen Frage gleich auf den ersten Wurf ans Ziel zu kommen, sieht man aus seinem Verhalten zu einem Friedensvermittler auf eigene Faust, dem Freiherrn Anton von Gablenz, dem Bruder des österreichischen Statthalters in Holstein. Anton von Gablenz war preußischer Staatsangehöriger und eine Zeitlang Mitglied des Landtags, ein tüchtiger, allgemein geachteter Mann, dem die Gefahr eines Krieges, in welchem sein Staat gegen den Staat des Bruders stehen würde, durch die Seele schnitt. Er fand ähnliche Gesinnungen bei seinem Bruder, und so arbeitete er einen Vorschlag aus, nach welchem Schleswig-Holstein einem preußischen Prinzen übergeben werden, seine staatliche Sonderexistenz aber behalten sollte; der Kieler Hafen sollte gegen eine Abfindungssumme von fünf Millionen Talern von Österreich an Preußen abgetreten werden. Die Bundesverfassung sollte dahin umgestaltet werden, daß Österreich in Krieg und Frieden den Oberbefehl über die süddeutschen, Preußen den über die norddeutschen Truppen führen sollte; Rastatt sollte bloß von Österreich, Rendsburg bloß von Preußen besetzt werden; beide aber sollten Bundesfestungen sein. Gablenz unterbreitete seinen Vorschlag, für dessen stramme Durchführung mit der geeinten furchtbaren Kraft beider Großmächte sein Bruder Feuer und Flamme war, zuerst in Wien und ward von Mensdorff an Bismarck weiter geschickt. Dieser erkannte in den Gedanken des Freiherrn „eine geeignete Grundlage für Verhandlungen;“ alle die Jahre daher war er dafür eingetreten, daß es für Preußen an sich genüge, mit Norddeutschland eng verknüpft zu sein, daß der Süden geographisch, historisch, konfessionell und nach seiner Volksart schließ-

Digitized by Google

lich mehr zu Österreich neige; er war eben jetzt noch bereit, Bayern durch das erneute Angebot der Führerschaft über den Süden auf die preußische Seite zu ziehen. So wenig trachtete er unbedingt nach der Vorherrschaft Preußens über den Süden, und so sehr war er überzeugt, daß der Staatsmann nicht in den alten Fehler der Deutschen verfallen dürfe, „alles erreichen zu wollen oder nichts;" daß man zufrieden sein müsse, auch nur einigermaßen dem Ziel der deutschen Einheit näher zu kommen. Aber schließlich empfing Gablenz vom Kaiser Franz Joseph, bei dem er am 25. Mai eine Audienz hatte, den Bescheid, es sei zu bedauern, daß diese Vorschläge nicht vor sechs bis acht Wochen gemacht worden seien; jetzt sei es zu spät; das Mißtrauen auf beiden Seiten sei für eine unmittelbare Unterhandlung schon zu groß. Es scheint, daß man in Wien fürchtete, Bismarck, in dem man den eigentlichen Urheber der Vorschläge vermutete,*) wolle nur den Österreichern irgend eine

*) Dieser Punkt ist in der Tat nicht hinlänglich aufgeklärt. Gablenz sagte dem Kaiser zwar ausdrücklich, daß die Vorschläge nicht von Bismarck herrührten, sondern von ihm, Sybel 4, 385. Auffallend ist aber, daß sie so sehr mit Bismarcks Ansichten wörtlich zusammenstimmen, im Hauptpunkt der Beschränkung des preußischen Einflusses auf den Norden und besonders was die Behandlung der Plätze Rastatt und Rendsburg betrifft; s. oben S. 151. Hat Gablenz, ehe er seine Vorschläge endgültig formulierte, mit Bismarck verhandelt, dann aber alles auf seine Kappe genommen? Bei Sybel 4, 375—376 steht nichts davon, eher das Gegenteil. Aber Friedjung, der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland, 4. Auflage, Stuttgart 1909, 1, 546 f., teilt eine Unterredung mit, welche er am 13. Juni 1890 in Friedrichsruh mit Bismarck hatte; darnach sprach der Fürst damals von „unserer Sendung des Herrn v. Gablenz", worin doch das Zugeständnis einer gewissen Initiative Bismarcks zu liegen scheint. Vergleicht man dann weiter die Darstellung Bismarcks bei Friedjung mit der Erzählung v. Sybels, so ergeben sich, abgesehen von diesem Punkt, noch zwei weitere Unterschiede: 1. bezeichnet Bismarck die Absicht bei der Verhandlung geradezu als die: Österreich und Preußen sollten sich in die Herrschaft über Deutschland teilen. Das war auch jedenfalls des Pudels Kern, wenn der militärische Oberbefehl, wie erwähnt, geteilt werden sollte; an eine Art polnischer Teilung ist natürlich nicht zu denken; die einzelnen Staaten sollten bestehen bleiben. 2. — und das ist die Hauptsache, wovon bei v. Sybel gar nichts steht — schlug Bismarck vor, daß Österreich und Preußen, schlagfertig wie sie seien, *sich gemeinsam gegen Frankreich wenden und die Herausgabe des Elsaßes erzwingen sollten*; Österreich könne dann Straßburg nehmen, Preußen Mainz behalten. Offenbar sollte die Teilung Deutschlands einen national wuchtigen Abschluß erhalten, der ihr zur Rechtfertigung diente, und Österreich und Preußen sollten durch

Digitized by Google

Falle stellen, ihnen etwa die Zuneigung der Süddeutschen, welche in Gablenz' Vorschlag als gute Beute für Österreich erschienen, endgültig entziehen. Aber auch ohne diesen Verdacht waren die Dinge schon zu weit gediehen, als daß noch eine solche Wendung möglich gewesen wäre. Der geschworene Feind Preußens, der überaus einflußreiche Referent über die deutschen Angelegenheiten im auswärtigen Amt, v. Biegeleben, war unbedingt für den Krieg; Graf Belcredi erklärte, daß die inneren Schwierigkeiten des Reichs politischer und finanzieller Art — man stand vor dem Bankerott — nur durch einen Krieg beseitigt werden könnten; der Finanzminister Graf Larisch war derselben Ansicht; auch Graf Moritz Esterhazy (Minister ohne Portefeuille) schloß sich an: so ward Mensdorff überstimmt. Das Heer Österreichs war groß und tüchtig; an dem Feldzeugmeister Benedek glaubte der Kaiser einen hervorragenden Feldherrn zu besitzen; der Italiener meinte man sich mit Hilfe des Festungsvierecks — Peschiera, Mantua, Verona und Legnago — leicht erwehren zu können; der Süddeutschen, welche meist entweder Ultramontane oder Demokraten waren und in beiden Fällen das ketzerische und reaktionäre Preußen grimmig haßten, war man völlig sicher; nicht einmal des Königs Wilhelm Schwiegersohn, Großherzog Friedrich von Baden, konnte sich von dem Krieg ausschließen. So entschied man sich in Wien zum Losschlagen, und man wählte denjenigen Anlaß zum Bruch, der Österreich am meisten Sympathien in Süddeutschland einbringen mußte: die schleswig-holsteinische Frage. Für Deutschland war es ein Glück, daß Österreich selbst den Plan der Teilung Deutschlands nach der Mainlinie zum Scheitern brachte, und auch Bismarck selbst sagte 1890 zu dem österreichischen Historiker Friedjung: er wäre zwar damals zufrieden gewesen, der Einheit Deutschlands auch nur auf drei Schritte näher zu kommen; ob aber die Ordnung eine endgültige gewesen wäre und nicht später doch ein Waffengang zwischen Österreich und Preußen notwendig gewesen wäre, wisse er nicht.

Immer hatten es die Mittelstaaten besonders schwer empfunden, daß Österreich in der Angelegenheit der Elbherzogtümer seit dem Ende des Jahres 1863 alle Rücksicht auf ihre Wünsche beiseite gesetzt und sich mit Preußen gegen sie verbündet hatte. Um so auffälliger mußte es sein, wenn Österreich jetzt eine völlige Schwenkung voll-

---

den gemeinsamen Gegensatz gegen Frankreich unlöslich zusammengeschmiedet werden. Vgl. meinen Aufsatz im Deutschen Wochenblatt (Berlin, Walther) 1898, 406—407.

Digitized by Google

zog, und das geschah am 1. Juni, indem der österreichische Gesandte am Bundestag, Freiherr v. Kübeck, im Namen seiner Regierung erklärte, daß sie dem am 24. Mai gestellten Antrag der (in Bamberg zur Beratung versammelt gewesenen) Mittelstaaten auf allgemeine Entwaffnung der kriegsbereiten Mächte nachkommen werde, wenn erst in Schleswig-Holstein, auf das Preußen rechtlose Ansprüche erhebe, der rechts- und verfassungsmäßige Zustand hergestellt sei; zu diesem Behufe stelle Österreich die Frage über das Schicksal der Herzogtümer der Bundesversammlung anheim, und es habe zugleich seinen Statthalter angewiesen, die Stände Holsteins einzuberufen, deren Wünsche und Anschauungen für die Entscheidung wesentlich seien. Damit waren die Verträge vom 16. Januar 1864 und 14. August 1865 zerrissen, welche Preußen vor einer ohne seine Zustimmung sich vollziehenden Entscheidung über Schleswig-Holstein sicherten; es war eine Herausforderung ohnegleichen, welche vor allem die Wirkung hatte, die letzten schweren Bedenken des Königs Wilhelm gegen einen Krieg zu zerstreuen. „Ich weiß es," sagte er damals einem Vertrauten, „sie sind alle gegen mich! Aber ich werde selbst an der Spitze meiner Armee den Degen ziehen und lieber untergehen, als daß Preußen diesmal nachgibt." Bereits ward auch die Stimmung in Preußen einigermaßen anders. Im katholischen Westen zwar, wo man sich zu Österreich hingezogen fühlte, stieß die Einziehung der Reservisten und Landwehrleute da und dort auf Schwierigkeiten, und Protestversammlungen gegen den Krieg erfolgten immer noch; aber in den alten Provinzen entsprach das Volk in Waffen ohne Schwanken, wenn auch ohne Begeisterung, dem Ruf seines königlichen Herrn, und die Magistrate der Städte Breslau, das doch in erster Linie bei einem Krieg mit Österreich bedroht war, und Halle sprachen sich in mannhafter Weise für die Verteidigung des Vaterlandes und gegen einen schmählichen Rückzug aus. In diesen Tagen, am 1. und 2. Juni, setzte Bismarck seinen vorbereitenden Schritten zur Erzielung des inneren Friedens die Krone auf, indem er mit einem Hauptführer der Opposition, Twesten, Besprechungen hatte: dieser bestand auf der Nachsuchung der Indemnität und voller Anerkennung des parlamentarischen Budgetrechts. Rasch erfolgten nunmehr die letzten Schläge. Als Gablenz am 5. Juni die holsteinischen Stände trotz des preußischen Widerspruchs auf den 11. Juni nach Itzehoe einberief, erhielt Manteuffel Befehl, mit 20000 Mann am 7. Juni in Holstein einzurücken. Bismarck, in der Überzeugung, „daß ein

Digitized by Google

ehrlicher Friede mit Österreich nicht möglich sei, daß die Wiener uns nur an der Nase herumziehen," um Zeit für ihre Rüstungen und die ihrer Verbündeten zu gewinnen, hoffte, daß der Einmarsch rasch erfolge, daß es schnell zum Zusammenstoß mit den Österreichern komme und der erlösende erste Kanonenschuß die Dinge endgültig ins Rollen bringen werde, einer großen und heilvollen Entscheidung entgegen. Statt dessen rückte Manteuffel nur langsam vor, weil er die Besetzung Holsteins als einen Gewaltakt ansah, den er vermeiden wollte, um seine Popularität nicht aufs Spiel zu setzen. Da hat Bismarck ihm am 9. Juni den „Wallensteinbrief"*) geschrieben, durch den er dem säumigen General das Gewissen schärfte. „Freund, jetzt ist's Zeit zu lärmen! ... Jetzt steht der Wind uns in allen europäischen Richtungen günstig; man erwartet, daß wir handeln, findet es heut natürlich, in acht Tagen vielleicht nicht mehr. Ich hatte gehofft, Sie würden sogar etwas Yorck spielen... Notwendigkeit ist da, der Zweifel flieht, jetzt fecht' ich für mein Haupt und Leben!" Der Brief ist ein prachtvoller Beweis für die Kühnheit, mit der Bismarck, alles Zagen und Zaudern in dem weltgeschichtlichen Augenblick hinter sich werfend, die Gelegenheit stolz und sicher ergreift, um, wie einst Friedrich der Große auch 1740, eine unerträgliche Lage des preußischen Staats mit dem Schwert zu beenden. Manteuffel besetzte nun Rendsburg, Kiel und Itzehoe. Gablenz wich mit seinen 4800 Mann nach Altona und dann ins Hannoversche zurück. Am 10. Juni überreichte der preußische Bundesgesandte v. Savigny in Frankfurt die Grundzüge einer Bundesreform: Ausschluß der österreichischen und niederländischen Gebiete vom deutschen Bund; Berufung eines Parlaments, mit dem die neue Verfassung vereinbart werden soll; Unterstellung der norddeutschen Truppen unter den preußischen, der süddeutschen unter bayrischen Oberbefehl (wobei aber Nord- und Südarmee doch als ein Ganzes gedacht waren); Festsetzung der neuen Beziehungen zwischen dem Bund und Österreich unter Mitwirkung des Parlaments. Die Kriegsflotte sollte ausschließlich unter preußischer Leitung stehen. Darauf rief Österreich seinen Gesandten, Grafen Karolyi, aus Berlin ab und stellte am 14. Juni den Antrag auf Mobilmachung des Bundesheeres mit Ausnahme des preußischen Teils. Er ward unter Mißachtung aller in der Bundesverfassung vorgeschriebenen Sühnemöglichkeiten am 16. Juni mit neun

*) So genannt wegen der aus Wallensteins Tod III 10 und V 7 von Bismarck angeführten Stellen. Der Brief ist mitgeteilt von Richard Sternfeld, Hist. Zeitschrift 118 (1917), 250—262.

Digitized by Google

gegen sechs Stimmen angenommen — ob diese amtliche Zählung ganz richtig war, kann man dahin gestellt sein lassen; auf juristische Zwirnsfäden kam es nicht mehr an. Österreich hatte alle größeren Staaten für sich außer Baden, das sich der Abstimmung enthielt und eine Vermittlung des Bundes wünschte; der guten Gesinnung Frankreichs war Österreich sogar kraft förmlichen Vertrags vom 12. Juni sicher, wenn es Venetien preisgab; es sollte sich dafür an Schlesien schadlos halten. Als das Ergebnis der Abstimmung von dem Vorsitzenden v. Kübeck verkündet war, erhob sich alsbald v. Savigny und erklärte, daß seine Regierung den Bundesvertrag für gebrochen, also nicht mehr verbindlich ansehe und beabsichtige, mit denjenigen Staaten, welche ihr dazu die Hand reichen wollen, einen neuen Bund zu errichten.

Die Würfel waren geworfen; der Krieg begann. Er mußte der langen Unklarheit über Preußens und Deutschlands Zukunft ein Ende bereiten; so wenig als 1813 war der Sieg sicher. Aber die Dinge hatten sich so gestaltet, daß die Entscheidung gesucht werden mußte: fiel sie gegen Preußen aus, so war Bismarck, wie er dem englischen Gesandten Lord Loftus in der Nacht des 16. Juni sagte, entschlossen „beim letzten Angriff zu fallen."

Viertes Kapitel.

Der böhmische Krieg von 1866.

Sofort am 15. Juni richtete Bismarck an die Höfe von Sachsen, Hannover und Kurhessen das Verlangen, daß sie ihre Heere auf den Friedensfuß setzen, neutral bleiben und der Berufung eines deutschen Parlaments zustimmen sollen. Wenn sie sich dazu bereit erklärten, so sollte ihnen ihre Souveränität, soweit sie nicht durch das Parlament beschränkt werde, verbürgt sein. Mit allem Nachdruck muß hervorgehoben werden, daß Bismarck von den drei Mittelstaaten nicht forderte, sie sollten ihre Waffen mit denen Preußens vereinigen und gegen Österreich und den Süden kämpfen. Die Forderung wäre durchaus berechtigt gewesen; sie wurde gleichwohl nicht gestellt. Nichts ward verlangt als erstens Neutralität und zweitens die Zustimmung dazu, daß die deutsche Nation Gelegenheit erhalte, ihre Ansicht durch gewählte Vertreter kund zu tun. Indem die drei Staaten — und zwar Hannover und Kurhessen im Gegensatz zu ihren Landtagen — das preußische Verlangen ablehnten und

Digitized by Google

ihre Kriegsbereitschaft aufrecht erhielten, ergriffen sie die Partei der Gegner Preußens; sie appellierten, in der Meinung, daß die Bundestreue das mit sich bringe, an das Schwert, und sie mochten sich vorsehen, daß das unvorsichtige und frevelhafte Wort des württembergischen Ministers von Varnbüler, der im Landtag am 4. Juni Preußen im Fall seiner Niederlage das Vae victis! Wehe den Besiegten! zurief, nicht an ihnen selbst sich erfüllte. Sofort nach Ablehnung des preußischen Antrags überschritten die preußischen Truppen am Abend des 15. und am Morgen des 16. Juni die Grenzen, „damit sie nicht im Rücken angegriffen würden, während sie sich gegen Österreich verteidigten," wie eine amtliche Erklärung besagte: und binnen ein paar Tagen waren die drei Staaten in den Händen Preußens, ihre Heere auf dem Rückzug, die Fürsten gefangen oder vertrieben. Von den deutschen Staaten fochten Lippe-Detmold und Koburg-Gotha an der Seite Preußens; das erste stellte ihm ein, das zweite zwei Bataillone.*) Der Herzog von Braunschweig erklärte sich für neutral, nahm jedoch die preußische Bundesreform an. Weimar blieb neutral, besetzte aber auf Bitte des Bundestags die Bundesfestung Mainz. Sachsen-Meiningen und Reuß ä. L. sprachen sich für Österreich aus, aber ohne ihm Waffenhilfe zu leisten. Die übrigen Klein- und Mittelstaaten Norddeutschlands und Thüringens erklärten sich für Preußen und vollzogen zwischen dem 20. und 29. Juni ihren Austritt aus dem Bunde. Der Großherzog von Oldenburg, Peter, sprach es am 25. Juni offen und tapfer aus, daß er es für seine patriotische Pflicht halte, „in dem jetzt gegen die norddeutsche Großmacht ausgebrochenen Vernichtungskampfe unbedingt und ohne Rückhalt auf Preußens Seite zu stehen," und Herzog Ernst von Altenburg bekannte sich mannhaft zu der Losung: Kein mächtiges, blühendes Deutschland ohne ein mächtiges, hervorragendes Preußen! **) Dieses führte den Krieg mit ganzer Wucht gegen Österreich, während gegen dessen deutsche Verbündete nur ein Heer von 50000 Mann unter General Vogel von Falckenstein gesandt wurde. Drei Heere unter dem Kronprinzen, dem Prinzen Friedrich Karl und dem General Herwarth von Bittenfeld brachen am 22. Juni aus Schlesien, der Lausitz und Sachsen in Böhmen ein und erfochten hier in der Gegend von Gitschin und Nachod eine Reihe von Siegen. Der König und Bismarck blieben in den ersten Tagen des Krieges noch

*) S. Blankenburg, Der deutsche Krieg von 1866. Leipzig 1868. S. 173.
**) Siehe die Aktenstücke im Staatsarchiv 11, 148 ff.

Digitized by Google

in Berlin. Auf die Nachricht von den sich rasch häufenden böhmischen Erfolgen zog am Abend des 29. Juni eine große Menschenmenge nach dem auswärtigen Amt, um Bismarck eine stürmische Huldigung darzubringen. Er erinnerte in seinen Dankesworten, die er vom Balkone des Hauses herab sprach, an das Verdienst des Königs, der unablässig bemüht gewesen sei, eine tapfere und starke Armee zu schaffen; er mahnte in schlichten und schönen Worten, man möge der Verwundeten, der Witwen und Waisen der Gefallenen gedenken, und als heraufziehender Donner seine Worte verschlang, rief er: „Der Himmel schießt Salut!"

Am 30. reiste der König mit Bismarck, Moltke und Roon ab. Abends trafen sie in Reichenberg ein, und der König übernahm den Oberbefehl über alle drei Heere. Am 3. Juli, am gleichen Tag, an dem die preußischen Landtagswahlen die bisherige Mehrheit zerstörten und etwa 140 Konservative gewählt wurden, erfolgte dann der große Schlag des Krieges, der Sieg der vereinigten preußischen Heere bei Königgrätz oder Sadowa über die Österreicher unter dem Feldzeugmeister Benedek und die ihm unterstellten Sachsen unter Kronprinz Albert. Bismarck hat die Schlacht in nächster Nähe des Königs mitgemacht und ein Augenzeuge *) hat das wundervolle Bild festgehalten, das er darbot, „in grauem Mantel hoch aufgerichtet auf einem riesengroßen Fuchs, die großen Augen unter dem Stahlhelm glänzend: er gemahnte an die Riesen aus der nordischen Urzeit." Indem der Kronprinz von Norden her die rechte Flanke des Feindes eindrückte, den Friedrich Karl und Herwarth von Westen her in der Front gefaßt hatten, erfolgte eine ungeheure Niederlage der Feinde und zum Teil eine wilde Flucht. Am Abend trafen sich König Wilhelm, den Bismarck pflichtgemäß damals hat warnen müssen, sich dem Granatfeuer nicht allzu sehr auszusetzen,**) und sein Sohn auf dem Schlachtfeld, auf einer Wiese bei Problus. Es war eine weltgeschichtliche Stunde, welche Preußens Größe vollendete; jetzt war vergessen, was Vater und Sohn einst getrennt hatte (S. 112); in tiefer Bewegung fielen sie sich um den Hals, und der König

*) Robert v. Keudell, Fürst und Fürstin Bismarck, Berlin 1901, S. 296.

**) v. Keudell a. a. O. S. 291, und Bismarck an seine Frau, aus Hohenmauth 9. Juli 1866. „Der König exponierte sich am 3. allerdings sehr, und es war gut, daß ich mit war; denn alle Mahnungen anderer fruchteten nicht, und niemand hätte gewagt, ihn so hart anzureden, wie ich es mir erlaubte, nachdem die Granaten den Herrn in unangenehmster Nähe umschwirrten. Es ist mir aber lieber so, als wenn er die Vorsicht übertriebe."

Digitized by Google

nahm den eigenen Orden pour le mérite von der Brust, um ihn dem siegreichen Sohne umzuhängen. Vor ihnen und um sie lagen Haufen von Toten und Verwundeten, weggeworfene Waffen und Rüstungsstücke, alles Zeichen einer jähen, schreckensvollen Flucht. „Eure Majestät," sagte Moltke zum König, „haben nicht bloß die Schlacht, sondern den Feldzug gewonnen." „Ja," sagte Bismarck, „die Streitfrage ist also entschieden; jetzt gilt es, die alte Freundschaft mit Österreich wieder zu gewinnen." Welch ein Mann! Seit nahezu vier Jahren lag er mit dem eigenen Lande in heißem Kampf, um ihm die Mittel zu einer Reorganisation seines Heeres abzuringen, welche das Werkzeug zu Preußens Größe liefern sollte und welche sich eben an dem blutigen Tage, der sich nun zu Ende neigte, glanzvoll bewährt hatte. Aufs bitterste war er geschmäht, aufs heftigste angegriffen worden als brutaler und beschränkter Junker, als tollkühner Spieler, welcher, nur um sich am Ruder zu erhalten, das Glück seines Landes zum Einsatz mache; als unfähig, anmaßend, verwegen, leichtfertig; sogar die Mordwaffe war gegen ihn erhoben worden. Nun waren alle Vorwürfe durch den überwältigenden Erfolg widerlegt, alle Gegner beschämt und zum Verstummen gebracht; sieghaft hob sich Bismarcks Gestirn am politischen Himmel Europas empor, alle anderen Sterne weit überstrahlend; es gab niemand, der sich nicht bewundernd oder knirschend vor ihm neigte. Gewiß zog all das durch seine Seele, als er Österreichs Armada zerstäubt fliehen sah. Aber dieses Gefühl des Stolzes und der Genugtuung vermochte diese große Seele nicht zu irren; der Triumph der Politik und der Waffen trat zurück hinter der stets vor ihm stehenden Pflicht: es gilt — nicht etwa zu festen und zu feiern und sich im Erfolg zu sonnen, sondern fortzuarbeiten gilt's, damit der Sieg von heute dauernde Wirkungen übe. Es gilt die alte Freundschaft mit Österreich, der einst der erste Bonaparte erlag, nun, da das Duell ausgefochten und Deutschlands Recht auf eine ungestörte und unverkümmerte nationale Existenz erkämpft ist, wieder zu gewinnen und auf neuer Grundlage zu festigen, damit an der unerschütterlichen Freundschaft der Zentralmächte des Weltteils, Deutschlands und Österreichs, sich alles Übelwollen der Feinde breche wie an einem rocher de bronce. Als aller Tugenden größte erschien den Hellenen die Sophrosyne, die kernhafte Gesundheit des Geistes, welche sich nicht durch das Unglück und nicht durch das Glück erschüttern und ins Schwanken bringen läßt, sondern mit sicherem Maßhalten beide meistert; wie ergreifend

Digitized by Google

hat an der Schwelle der griechischen Lyrik das Archilochos ausgedrückt. Ich weiß nicht, ob jemals diese Tugend in großartigerer Weise betätigt worden ist, als durch Bismarck am Abend des Tages, der das Werk langer Jahre krönte und unserem Volk die Pforten der Zukunft aufschloß.

In Wien war der Eindruck der Niederlage ein niederschmetternder. Der glänzende Sieg, den Erzherzog Albrecht am 24. Juni bei Custoza über das italienische Heer davon getragen hatte, war nicht bloß völlig ausgeglichen; das Übergewicht war vielmehr jetzt unbedingt auf seiten der Gegner des Kaiserstaates, und es lag auf der Hand, daß Österreich nicht mehr imstande war, sich gegen beide zugleich zu behaupten. So entschloß sich Franz Joseph sofort am 4. Juli, das zu tun, wozu er sich Frankreich gegenüber am 12. Juni anheischig gemacht hatte: er telegraphierte an seinen Gesandten Fürst Metternich in Paris, daß er Venetien, vorbehaltlich einer Geldentschädigung für die Festungen, an Frankreich abtrete, unter der Bedingung, daß Frankreich einen Waffenstillstand mit Italien vermittle; dadurch mochte es dann möglich werden, die 90 000 Mann des Erzherzogs Albrecht nach Norden zu ziehen und den Preußen, die alsbald nach ihrem Sieg den Vormarsch auf Wien antraten, Halt zu gebieten. Für Napoleon bedeutete dieser österreichische Schachzug eine ernste Verlegenheit. Wir wissen, daß er persönlich weit mehr zu Preußen neigte als zu Österreich; daß er mit Preußens Hilfe die italienische Einheit vollenden wollte; daß er bereit war, Preußen mit Norddeutschland sich eng vereinigen zu lassen, unter der Bedingung, daß Frankreich einen Ausgleich für diese Machtverschiebung durch ein Stück Land am Rhein empfange. Eben weil Bismarck beständig erklärte, daß er selbst zwar mit sich reden lassen würde, daß aber sein König von Abtretung deutschen Gebiets nun und nimmer etwas wissen wolle, hatte sich der Kaiser verärgert am 12. Juni mit Österreich dahin verständigt, daß Österreich Venetien opfere und dafür Schlesien wieder zurücknehme. Gegen weitere Schmälerung wollte er Preußen, dessen Niederlage man im allgemeinen in Paris bei Kriegsausbruch als wahrscheinlich ansah, großmütig schützen und als Dank dafür den bisher verweigerten Landgewinn am Rhein einkassieren. Dem Kaiser selbst lag an einer solchen Erwerbung vielleicht nicht sehr viel; er war derjenige Franzose, der — vermöge seiner von der Augsburger Jugendzeit her bestehenden Vertrautheit mit deutscher Art — uns noch am besten begriff und uns am wohlwollendsten gegenüberstand. Aber Napoleon mußte mit

der öffentlichen Meinung Frankreichs rechnen, deren getreuster Dolmetscher Thiers war (S. 175); schon die italienische Einheit ward in Paris als eine Beeinträchtigung der französischen Vormachtstellung angesehen; noch mißmutiger blickte man auf die Bestrebungen nach Durchführung der deutschen Einheit. Als nun die Nachricht von Königgrätz kam, waren die Franzosen wie vom Donner gerührt; „bei Sadowa," sagte der glänzende Reiterführer Marquis von Gallifet, „sind mehr noch wir geschlagen worden als die Österreicher. Lassen wir alles gehen, wie es geht, geben wir dem Herrn von Bismarck Zeit, sein Heer, das teuflisch gelitten haben muß, wieder in Stand zu setzen, so sind wir verloren und werden die zerschlagenen Töpfe zu bezahlen haben."*) Bei einer solchen Stimmung konnte Napoleon unmöglich den Dingen einfach den Lauf lassen, obschon er wußte und es wiederholt sagte, daß er zu einer tätigen Rolle militärisch nicht vorbereitet war; auch war die Mehrheit des gesetzgebenden Körpers unter dem Eindruck des Fehlschlags in Mexiko gegen neue kriegerische Abenteuer; man knirschte über den Sieg der Preußen; aber man schreckte doch davor zurück, mit ihnen in Kampf zu geraten. Der Kaiser wäre am liebsten so lange als möglich in seiner zuwartenden Haltung verblieben, wenn nur zu hoffen gewesen wäre, daß dabei nichts verloren wurde; jetzt zwang ihn der Verlauf des Krieges und das Angebot Österreichs zu handeln. Den Wunsch der Österreicher, daß er Italien ins erhobene Schwert falle und damit Preußen vereinzele, erfüllte er indes nicht; er übernahm vielmehr die Rolle eines Vermittlers, trug sich als solcher den Preußen und Italienern gleichzeitig an und forderte beide zur Vereinbarung eines Waffenstillstandes mit Österreich auf. In dieser Weise war der Entschluß des Kaisers am 5. Juli durch einen kurzen Artikel in der Amtszeitung, dem „Moniteur", Frankreich und der Welt kundgegeben. Wenn alles gut ging, konnte der Bonaparte den Schiedsrichter zwischen den kämpfenden Parteien spielen und so ohne besonderes Wagnis dem Ehrgeiz der französischen Nation eine große Befriedigung gewähren. Freilich — der Staatsminister Rouher und der Minister des Innern Lavalette fragten, ob eine schiedsrichterliche Rolle durchführbar sei, ohne daß man sich auf 300 000 Mann stützen könne, und woher sollten diese genommen werden? Lavalette führte dem Kaiser auch die Widersprüche seiner Politik nachdrücklich zu Gemüte; zuerst habe man dem preußisch-italienischen Bündnis insgeheim den Segen ge-

*) Vitzthum v. Eckstädt, London, Gastein und Sadowa (1889) S. 248.

Digitized by Google

geben und dann ebenso insgeheim sich mit Österreich über den Tauschhandel Venetien—Schlesien verständigt; wie man vor Europa dastehe, wenn die italienische Regierung den Schleier von dem Geheimnis wegziehe? Schließlich laufe man Gefahr, mit Preußen und Italien in offenen Konflikt zu geraten, und das könne niemand verantworten.

In Deutschland war der Eindruck der Vorgänge des 4. und 5. Juli ein gewaltiger. „Alle Welt in Preußen," schreibt der dänische Agent Hansen,*) „ist außer sich, Bürger, Offiziere, einfache Soldaten; man will nichts wissen von einem französischen, einem faulen Frieden." In Süddeutschland rief die Kunde von dem österreichisch-französischen Zwischenspiel einen Umschwung der Stimmung hervor: nun war es Österreich, das mit dem Erbfeind zusammenging, und von Preußen mußte man die Wahrung der deutschen Ehre erhoffen. Der König Wilhelm rief, als er am 5. Juli in Horschitz die Nachricht von dem Schritt Österreichs in Paris empfing: „das ist unglaublich!" und Bismarck sagte: „das soll uns Louis teuer bezahlen; es ist ein fast infamer Streich, daß sich Österreich dem Kaiser der Franzosen zu Füßen wirft, seinen Lieblingsplan mit Venetien ausführt und Preußen zu vereinzeln sucht." Man kann diesen Unmut verstehen: ganz billig war das Urteil über Österreich nicht, das sich eben half, wie es konnte. Der König wollte dem Kaiser mit einem festen Programm antworten, welches die Einverleibung Schleswig-Holsteins, die Bundesreform unter preußischer Führung, Kriegskostenersatz, Abdankung der Herrscher von Hannover, Kurhessen, Nassau, Meiningen zugunsten ihrer Thronfolger, Abtretung Ostfrieslands und der Erbfolge in Braunschweig seitens Hannovers und eine Grenzberichtigung in Böhmen**) enthielt. Man sieht: in Norddeutschland wollte der König nur bescheidene Vorteile für Preußen erlangen; aber er wollte sofort die deutsche Frage lösen, die deutsche Einheit unter Preußens Vorantritt mit einem Schlage verwirklichen. Bismarck war mit diesem Programm nicht ganz einverstanden; es war ihm zu präzis; er zog eine unbestimmte Fassung vor, um je nach den Umständen auch noch mehr fordern zu können; und zunächst wollte er Zeit gewinnen, damit die Preußen bis vor Wien vordringen könnten und Österreich sich zum Friedensschluß gedrängt sehe. Das war um so dringlicher, als man zunächst nicht wußte, wie Italien das Anerbieten Öster-

*) In seinem Buch Les Coulisses de la Diplomatie, S. 91.

**) Die Gedanken und Erinnerungen 2, 38 nennen auch die Abtretung Österreichisch-Schlesiens, wovon Sybel 5, 221 nichts weiß.

Digitized by Google

reichs aufnehmen werde, welches ihm den Preis des Krieges trotz der Niederlage von Custoza in den Schoß warf. Aber eben das ward von der ganzen italienischen Nation, von hoch und nieder, vom König bis zum letzten Taglöhner als unerträglich empfunden, daß man sich das venetianische Land, das man bis jetzt vergebens zu erobern versucht hatte, als Almosen sollte schenken lassen. Selbst der dem Kaiser demütig ergebene Ministerpräsident Lamarmora telegraphierte nach Paris, daß es erniedrigend für Italien wäre, Venedig als Geschenk von Frankreich anzunehmen, und daß alle Welt glauben werde, Italien habe Preußen verraten. Auch die Folgen für die innere Politik drängten sich ihm auf: „man wird Italien nicht mehr regieren können; das Heer wird jedes Ansehen verlieren." „Ein einziger, täglich wachsender Schrei der Entrüstung erscholl von Messina bis Mailand," sagt Heinrich von Sybel (5, 224); besonders das Heer, das zum größten Teil noch keinen Schuß abgegeben hatte und das die Schmach von Custoza ebenso zu rächen brannte, als es sie zu rächen hoffte, war gegen einen treulosen Abfall von dem Bundesgenossen, dessen Siege auf den böhmischen Schlachtfeldern das österreichische Angebot erzwungen hatten. „Noch heute," sagte am 6. Juli ein Glied des königlichen Hauses, der Prinz von Carignan, welchen König Viktor Emanuel als Stellvertreter in Florenz zurückgelassen hatte, „wird der General Cialdini an der Spitze von acht Divisionen den Brückenkopf von Borgoforte am unteren Po angreifen und den Strom überschreiten." In Petersburg und London aber sah man wohl mit Mißbehagen auf Preußens jähen Siegeslauf und war der Ansicht, daß die deutsche Bundesverfassung 1815 unter Mitwirkung Europas ins Leben getreten sei und ohne Europa nicht geändert werden dürfe; aber ohne Europa — daß Frankreich allein sich in die Sache mischte, empfand man an der Newa wie an der Themse als eine Anmaßung, welche scharfe Abweisung erheischte; „eine solche Demütigung," hieß es in St. Petersburg, sich unter französischen Schutz verkriechen zu sollen, ist unerhört in der Geschichte eines großen Reiches."

So brachte Napoleons unüberlegter Schritt vom 5. Juli ihn nur in große Verlegenheit; kein Mensch in Europa erhob sich für ihn; von den Nächstbeteiligten erfuhr er die entschiedenste Ablehnung; am 8. Juli überschritt Cialdini wirklich bei Rovigo auf drei Schiffbrücken den Po, während die Preußen am gleichen Tag mit 8000 Mann Prag besetzten, demütig von dem Kardinalerzbischof Fürsten Schwarzenberg und dem Bürgermeister Dr. Bielsky empfangen. Der österreichische Gesandte Fürst Metternich verlangte

Digitized by Google

jetzt von Napoleon, daß, da Österreich den Vertrag vom 12. Juni durch Abtretung Venetiens erfüllt habe, der Kaiser diese neue französische Provinz vor dem Einmarsch der Italiener durch Absendung eines französischen Heeres schütze: überall sah sich der Kaiser von Schwierigkeiten umgeben, der Gefahr äußerster Bloßstellung ausgesetzt. Unter diesen Umständen empfand er als eine Wohltat, daß der König Wilhelm sich noch am 6. Juli dahin entschied, telegraphisch von Horschitz aus den Vorschlag Frankreichs im allgemeinen anzunehmen, und sich bereit zeigte, mit dem Kaiser über die Mittel zur Herstellung des Friedens sich zu verständigen. Bereits hatte auch der Kaiser Franz Joseph am 5. Juli bei König Wilhelm durch General Gablenz um Waffenstillstand nachgesucht, da der Feldzug ja entschieden und das österreichische Heer nicht mehr widerstandsfähig sei; er hatte aber den Bescheid erhalten, daß der König zwar sofort über den Frieden zu verhandeln bereit sei, nicht aber über einen bloßen Waffenstillstand, der die Ausnutzung des Siegs verhindert und eine sichere Bürgschaft für die Früchte des Siegs nicht dargeboten hätte. Die Bedingungen des Friedens wünschte auch Napoleon zu kennen, und *hier nun unterschied sich Bismarcks Standpunkt von dem seines königlichen Herrn.* Der König wollte, wie wir sahen, sofort ganze Arbeit machen und die deutsche Bundesverfassung neu gestalten; stand Preußen an Deutschlands Spitze, so konnte es auf eine weitere Vergrößerung als durch Schleswig-Holstein und Ostfriesland verzichten; der Beseitigung ganzer Staaten (wie Hannovers) standen bei dem König legitimistische Bedenken entgegen. Bismarck aber *) war an sich der Ansicht, daß Preußen, um in Deutschland die Führung behaupten zu können, stärker sein müsse als jetzt, wo es knapp die Hälfte Deutschlands ausmachte; vor allem mußte Preußens Zweiteilung durch den Erwerb des dazwischen liegenden Hannover beseitigt werden. Schon vor dem Krieg hegte Bismarck diese Absicht, wie Äußerungen aus dem Mai 1866 deutlich zeigen;*) jetzt, wo man Hannover in gerechtem, von ihm selbst gewolltem Krieg erobert hatte, durfte es zweimal nicht wieder herausgegeben werden, um so mehr, als der „gott- und rechtlose Souveränetätsschwindel der deutschen Fürsten" (S. 75) nirgends tiefere Wurzeln gefaßt

*) Vgl. hiezu die vortreffliche, zum Teil auch neue Quellen verwertende Untersuchung von Johannes Haller, Bismarcks Friedensschlüsse, München 1916, S. 26 ff. Er nennt S. 29 mit Grund Bismarck „den Vater der Annexionen".

**) Vgl. Wilhelm Busch, historische Zeitschrift 92 (1904) S. 446 ff.

Digitized by Google

hatte als in Hannover. Dann aber wußte Bismarck sehr wohl, daß den Franzosen nichts mehr auf die Nerven fiel als das Gespenst der deutschen Einheit; „ein Deutschland," sagte Napoleon am 10. Juli dem zu ihm entsandten Prinzen Reuß, „das nach Ausschluß Österreichs allein von Preußen beherrscht wird, erscheint der öffentlichen Meinung Frankreichs als unzulässig." Die Kaiserin Eugenie äußerte gegen den Prinzen, die Preußen hätten eine solche Kraft und Schnelligkeit bewiesen, daß sie eines Abends unversehens vor Paris stehen könnten; „ich möchte abends als Französin einschlafen und morgens als Preußin aufwachen." Daß diese Macht sich über ganz Deutschland ausdehne, schien ihr mit Frankreichs Sicherheit nicht vereinbar; lieber noch sollte Preußen gewisse deutsche Gebiete sich einverleiben und dabei stehen bleiben, als allen Deutschen vorstehen. Aus diesen beiden Gründen beschloß Bismarck, seinem alten Standpunkt getreu, daß man zufrieden sein müsse, der deutschen Einheit schrittweise näher zu kommen (S. 181), vorerst mit der Erstreckung der preußischen Führung auf Norddeutschland sich zu begnügen und die Vollendung des Werkes der Zukunft anheimzustellen.*) Wohl konnte man alles auf eine Karte setzen und es darauf ankommen lassen, ob Frankreich äußersten Falls den Ereignissen mit militärischer Kraft eine andere Wendung geben wolle und könne; ganz ausgeschlossen war es nicht, sogar trotz der Cholera, welche im preußischen Heer ausgebrochen war, daß man auch ihm gegenüber durchdrang; aber weit wahrscheinlicher war es doch, daß 60 000 Franzosen — so viele waren kriegsbereit — dem Krieg in Deutschland einen neuen gefährlichen Anstoß gaben.**) Damit drohte dann die Gefahr, daß man auch das wieder verlor, was jetzt gewonnen war. Dieses Wagnis wollte Bismarck nicht verantworten; dieselbe Sophrosyne, dieselbe Kunst, Maß zu halten, die er auf dem Schlachtfeld von Königgrätz gezeigt hatte, bestimmte auch jetzt seinen Entschluß. „Wenn wir,"

*) Daß er die Zusammenfassung Norddeutschlands nicht als letztes Ziel betrachtet hat, bei dem Preußen es für immer bewenden lassen könnte, sondern nur als „Etappe zur großen Einheit", ist ganz zweifellos: diesen letzten Ausdruck brauchte er am 4. Juli in einem Gespräch mit dem Kronprinzen. Vgl. auch W. Busch, histor. Zeitschrift 103, 72.

**) Gedanken und Erinnerungen 2, 34. Thimme, histor. Zeitschrift 89 (1902) 401—456, hat bestritten, daß die Rücksicht auf Frankreich maßgebend gewesen sei; mir scheint das ganz verfehlt. Gegen ihn W. Busch, Bismarck und die Entstehung des Nordd. Bundes, hist. Zeitsch. 103 (1902) 52—78.

Digitized by Google

schrieb er am 9. Juli an seine Frau, „nicht übertrieben in unseren Ansprüchen sind und nicht glauben, die Welt erobert zu haben, so werden wir auch einen Frieden erlangen, der der Mühe wert ist. Aber wir (d. h. der König) sind ebenso schnell berauscht wie verzagt, und ich habe die undankbare Aufgabe, Wasser in den brausenden Wein zu gießen und geltend zu machen, daß wir nicht allein in Europa leben, sondern mit noch drei Nachbarn, die uns hassen und neiden." Demgemäß wies er am gleichen Tag den Gesandten v. der Goltz an, in Paris zu sondieren, welchen Eindruck und welche außerdeutschen Ausgleichsforderungen in Frankreich die volle Einverleibung von Sachsen, Hannover, Kurhessen, Oberhessen, Nassau und Schleswig-Holstein hervorrufen werde; dafür war er bereit, vorerst mit der Verfügung über die Kräfte von Norddeutschland sich zu begnügen. Sollte aber Preußen zum Äußersten gedrängt werden, so werde es einen im Verhältnis zu seinen Erfolgen unehrenvollen Frieden keinesfalls annehmen, sondern auf der vollen Grundlage der Reichsverfassung von 1849 die nationale Erhebung Deutschlands bewirken und jedes Mittel ohne Rücksicht auf einen Parteistandpunkt zur Kräftigung des Widerstands der Nation anwenden. Damit war den Franzosen deutlich gesagt, wessen sie sich zu versehen hätten; flectere si nequeo superos, Acheronta movebo! war auch jetzt Bismarcks Losung; gelang es nicht, die Regierung in Paris für Preußens unbedingte Vorherrschaft im deutschen Norden zu gewinnen, so entfesselte er rücksichtslos die nationale Bewegung, und Frankreich mochte dann zusehen, ob es dabei besser fuhr.

Während nun v. der Goltz mit dem Kaiser in Paris verhandelte, erschien auf eine am 7. Juli erteilte Weisung seiner Regierung der französische Gesandte Marquis Benedetti plötzlich am 12. Juli im preußischen Hauptquartier zu Zwittau in Mähren, um darauf zu dringen, daß der Sieger Maß in seinen Ansprüchen halten solle. Zwischen ein und zwei Uhr nachts trat er nach einer vorherigen kurzen Anmeldung durch seinen Sekretär, an sich völlig unerwartet, in Bismarcks Schreibzimmer, da er von Berlin her wußte, daß der Minister vielfach die Nacht zum Tag machte und umgekehrt, und hörte mit Entsetzen von den preußischen Einverleibungsabsichten, welche ihm so ungemessen erschienen, daß er Bismarck bemerklich machte: „Europa ist nicht mehr in der Zeit Friedrichs des Großen, wo man einfach behalten konnte, was man zu nehmen vermochte." Benedetti begleitete das Hauptquartier, obwohl er mit scheelen Augen angesehen wurde, bis zum

Digitized by Google

15. Juli, wo er telegraphisch zur Berichterstattung nach Paris befohlen wurde. Am Tage vorher, am 14. Juli, hatte Napoleon bereits auf Grund mündlicher Erörterungen sich durch v. d. Goltz die vorläufigen Friedensbestimmungen, auf welche Preußen voraussichtlich eingehen konnte, schriftlich vorlegen lassen und sie rückhaltslos angenommen als sein eigenes Programm. „Ein Autokrat hätte diese Bedingungen selbst abgefaßt; ein verfassungsmäßiger Herrscher hätte seinen auswärtigen Minister damit betraut; Napoleon III. überließ die Sache dem preußischen Gesandten," sagt der französische Biograph Bismarcks nicht ohne Bitterkeit bei diesem Vorgang, den auch Heinrich von Sybel *) als „selten in den Annalen der Diplomatie" bezeichnet. Die Bedingungen waren: 1. Österreich erkennt die Auflösung des alten deutschen Bundes an und widersetzt sich einer neuen Organisation Deutschlands nicht, an der es selbst nicht teilnimmt. 2. Preußen bildet einen Verein der Staaten nördlich vom Main, deren Truppen seinem Oberbefehl unterstellt werden. 3. Die Staaten südlich vom Main haben die Freiheit, unter sich einen Verein zu schließen, der eine internationale, unabhängige Stellung hat. Die zwischen den beiden Vereinen zu erhaltenden nationalen Bande werden nach beiderseitigem freiem Ermessen geregelt. 4. Die Elbherzogtümer werden mit Preußen vereinigt, außer denjenigen Bezirken Nordschleswigs, welche in freier Abstimmung die Rückkehr zu Dänemark wünschen werden. 5. Österreich und dessen Verbündete ersetzen Preußen einen Teil der Kriegskosten. 6. Österreichs Besitzstand wird erhalten, mit Ausnahme von Venetien. Alle diese Sätze stammten von v. d. Goltz, mit Ausnahme des sechsten, den Napoleon auf Wunsch des Kaisers Franz Joseph anfügte, und der Worte im fünften Satz: „einen Teil der Kriegskosten;" der Gesandte hatte: „die Kriegskosten" geschrieben. „Sie haben ganz meine Gedanken ausgedrückt," sagte der Kaiser am Schluß des Gesprächs sehr befriedigt zu dem Gesandten, und dieser schmunzelte — wohl nicht bloß, wie Sybel meint, wegen

*) Paul Matter, Bismarck et son Temps, 2, 467. H. v. Sybel, Begründung des Deutschen Reichs, 5, 261. Erich Brandenburg, Die Reichsgründung (Leipzig 1916) 2, 179 f. ist der Meinung, daß es kluge Berechnung von Napoleon war, den Vertreter Preußens die Bedingungen formulieren zu lassen, da dann Bismarck über diese nicht hinausgehen konnte. Das war aber auch nicht nötig, da die Bedingungen Bismarck ja genügten. Die Zustimmung zu Einverleibungen fehlte allerdings; darüber siehe aber gleich unten.

Digitized by Google

dieser Anerkennung seines schriftstellerischen Talents, sondern auch, weil Preußens Forderung jetzt als Napoleons Wunsch erschienen, also von Frankreich kein Hindernis mehr zu befürchten stand; die Ernte war so gut wie unter Dach. Eines freilich schien zu fehlen, was von größter Wichtigkeit war, die ausdrückliche Anerkennung der preußischen Einverleibungen im Norden; aber Napoleon hatte v. d. Goltz erklärt, daß er sich um die Art, wie sich Preußen im Norden einrichte, nicht weiter kümmere; hier galt: qui tacet, consentire videtur, wer nichts sagt, gilt als zustimmend. Kein Wunder, daß der auswärtige Minister des Kaisers, Drouyn de l'Huys, seinem Kabinettschef Chaudordy sagte: „Maintenant il ne nous reste qu'à pleurer." *)

Der so festgestellte Vermittlungsvorschlag gelangte am 15. Juli nach Wien, wo er als weit hinter der Abkunft vom 12. Juni zurückbleibend mit großem Mißbehagen aufgenommen wurde; Bismarck erhielt ihn erst am 17., da die telegraphischen Verbindungen in Böhmen sehr oft gestört wurden. Da ihm Frankreichs endgültige Stellungnahme sehr ungewiß erschien, bot er ein paar Tage vorher durch Vermittlung des Brünner Bürgermeisters Dr. Giskra der österreichischen Regierung nochmals die Hand zu einer direkten Verständigung. Österreich sollte Preußen nördlich vom Main freie Hand lassen; aber mit Süddeutschland sollte es sich nach seinem Ermessen in Verbindung setzen dürfen; Gebietsabtretungen sollten ihm, abgesehen von Venetien, nicht zugemutet werden, auch nicht die Zahlung einer Kriegsentschädigung; jede Einmischung Frankreichs aber sollte abgelehnt werden: das war die condicio sine qua non. Nochmals also war Bismarck bereit, eine Teilung des maßgebenden Einflusses in Deutschland eintreten zu lassen; selbst jetzt noch, wo das österreichische Heer unter Benedek in einem Gefecht bei Tobitschau am 15. Juli 18 Kanonen den tapferen westpreußischen Kürassieren hatte überlassen müssen und wo es vom direkten Weg nach Wien ostwärts abgedrängt worden war, wo ein letzter entscheidender Zusammenstoß von 240 000 Preußen und 120 000 Österreichern unter dem neuen Generalissimus Erzherzog Albrecht mit der endgültigen Niederlage der Österreicher und dem Verlust ihrer Hauptstadt endigen zu müssen schien, war der leitende Staatsmann bereit, Österreich ungefähr dasselbe zu bieten, was er ihm hart vor Ausbruch des Kriegs angeboten hatte. Zunächst war man in Wien sehr erfreut über diese unerwartete Aussicht; bald aber regte sich

*) Matter 2, 468.

Digitized by Google

Mißtrauen in der Ehrlichkeit des Gegners, der vielleicht nur darauf abziele, Österreich und Frankreich unter einander zu verhetzen, und der Brünner Handelsgerichtspräsident Baron Herring, welcher bei Giskras dienstlicher Unabkömmlichkeit die preußischen Anträge nach Wien überbracht hatte, kam am 19. Juli in das preußische Hauptquartier Nikolsburg mit dem Bescheid Franz Josephs, daß dieser statt der privaten Aufforderung eine solche durch amtliche Organe verlangen müsse, um des Erfolges sicher zu sein. Eine Stunde, ehe Herring ankam, hatte Bismarck die mittlerweile anhängig gewordene französische Vermittlung auf der Grundlage des am 14. Juli festgestellten Programms von sich aus, unter Vorbehalt der Zustimmung des Königs, angenommen, womit der Zwischenfall erledigt war; denn bei dem ganzen Versuch galt es ja eben eine direkte Versöhnung mit Österreich, unter Ausschluß Frankreichs, zu erreichen — vielleicht wollte Bismarck sogar, wie bei der Vermittlung Antons von Gablenz, den gemeinsamen Stoß gegen Frankreich daraus hervorgehen lassen. Daß es ihm mit dem Angebot ernst gewesen war, daß das Mißtrauen der Österreicher also keinen Grund hatte, davon ist Heinrich v. Sybel (5, 281) vollständig überzeugt; wir müssen uns dabei bescheiden.

Inzwischen hatte Benedetti sich nach Wien begeben und hier vom 16. an auf Österreichs Annahme der Vermittlung hingearbeitet. Am 19. konnte er mit der Gewißheit, daß der Kaiser Franz Joseph ebenfalls zustimme, ins preußische Hauptquartier zurückkehren, das seit dem späten Abend des 18. in dem prachtvollen, hoch über der Stadt Nikolsburg auf Felsen gelegenen Mensdorffschen Schloß Nikolsburg sich befand. Am 20. erfolgte die amtliche Zusage Österreichs. Nun erklärte König Wilhelm seinerseits, daß er den französischen Vorschlägen en bloc zustimme, und es wurde vom 22. Juli mittags zwölf Uhr ab ein Waffenstillstand von fünf Tagen vereinbart, während dessen die Friedenspräliminarien abgeschlossen werden sollten. In dem Augenblick, wo dies verabredet wurde, hatte General Fransecky bereits die March bei Marchegg überschritten, war in Ungarn eingedrungen, wo Bismarck im Fall des Äußersten die Unterstützung einer revolutionären Erhebung unter General Klapka ins Auge faßte. Am 22. lieferte Fransecky den Österreichern bei Blumenau hart vor Preßburg das letzte Gefecht dieses Krieges, das, als die Mittagsstunde schlug, ohne Entscheidung abgebrochen wurde. Im Heer hatte man sich wohl darauf gefreut, in Wien einzuziehen und die schwarzweiße Fahne vom Stephansturm flat-

Digitized by Google

tern zu lassen: unmutig sagte man sich, daß es nun in Wien heißen werde: Türken und Ketzer können nicht nach Wien hinein: die Franzosen waren drin! Bismarck aber lag nichts an einem Triumphe, der Verbitterung hinterlassen mußte.

Die Grundlage der Friedensverhandlungen, zu deren Führung am 22. Juli die österreichischen Bevollmächtigten Graf Karolyi, Baron Brenner und Graf Degenfeld in Nikolsburg erschienen, bildete gemäß dem französischen Vermittlungsantrag das Ausscheiden Österreichs aus Deutschland und die Vereinigung der Staaten nördlich vom Main zu einem Bund unter Preußens Führung, wobei die Einverleibung von etwa 4 Millionen Menschen stillschweigend eingeschlossen war; als Gegenleistung verzichtete Preußen auf österreichisches Gebiet wie auf die Durchführung der vollen Einheit Deutschlands auch über den Süden, der einen besonderen Bund mit internationaler Existenz sollte bilden dürfen. Nach „Bismarcks Gedanken und Erinnerungen" (2, 43) und nach Sybel (5, 291) hat am 23. Juli zu Nikolsburg in Bismarcks (Arbeits-) Zimmer, weil er an den Beinen krank war, ein Kriegsrat oder „Generalsvortrag, wie die Militärs das genannt haben wollen," (ebenda 2, 37) *) stattgefunden, wobei der Minister zur Annahme der genannten Bedingungen riet, aber von der Mehrheit des Militärs bekämpft wurde. Da der König dieser Mehrheit beitrat, welcher in ihrem Siegerstolz Bismarck als „der Questenberg im Lager" galt, stand Bismarck schweigend auf und ging in sein Schlafzimmer nebenan, wo er sich auf das Bett warf und vor nervöser Erregung von einem heftigen Weinkrampf befallen wurde (vgl. S. 29). Am 24. legte er dem König ein Schriftstück vor, welches unter Hinweis auf die von den andern Großmächten drohenden Schwierigkeiten, auf die Cholera **) und auf die Schwierigkeiten eines Feldzugs in den heißen und wasserarmen ungarischen Steppen dringend riet, Österreich entgegenzukommen und es nicht durch zu harte Bedingungen den Franzosen und Russen in die Arme zu treiben: dies um so mehr, als durch die angestrebte Abtretung österreichischen Gebiets mit einer widerwilligen Einwohnerschaft Preußens Stärke doch nicht ver-

---

*) Weil Moltke bestritten hat, daß jemals 1866 und 1870 „Kriegsrat" gehalten worden sei.

**) Sie wütete nach Blumenthals, des Generalstabschefs des Kronprinzen, Denkwürdigkeiten (unter dem 22. Juli) seit Mitte Juli im preußischen Heere. Eine Zeitlang war nur die Hälfte der Mannschaften dienstfähig; gestorben sind an der Seuche 6427 Mann, eine überaus große Zahl.

Digitized by Google

mehrt werden würde.*) Eine Zerstörung Österreichs vollends liege nicht im europäischen Interesse: wie sollte es ersetzt werden? Man hat nun gesagt, daß diese Dinge in die Lage, wie sie am 23. Juli war, gar nicht mehr hineinpaßten; schon drei Tage vorher sei die Frage, ob Österreich zu Gebietsabtretungen gezwungen und dadurch in seinem Machtbestand geschwächt werden sollte, mit Nein entschieden worden, weil der König den französischen Vorschlägen en bloc zugestimmt habe. Auch sei, wie wir aus den Erinnerungen des geh. Legationsrats Abeken, des kgl. Sekretärs,**) wissen, an jenem Tag Bismarck nicht krank gewesen. So hat man denn Bismarcks ganze Erzählung als auf ungenügender Erinnerung beruhend verworfen.***) Mit Recht aber ist dem entgegen gehalten worden, †) daß dann das Urteil über den Quellenwert von Bismarcks Denk-

*) Arnold Senfft von Pilsach hat in seinem durch den Titel etwas irreführenden Büchlein „Aus Bismarcks Werkstatt" (Stuttgart 1908), das in Wahrheit eine sehr geistvolle, immer fesselnde, aber öfters fehlgreifende Kritik des ganzen Bismarckschen Lebenswerks enthält (vgl. dazu auch H. Oncken in der Deutschen Literaturzeitung 1911, 2666 ff.), den Nachweis zu führen versucht, daß Bismarcks damalige Politik gegen Österreich, sein Streben ein künftiges Bündnis mit Österreich offenzuhalten und deshalb den Waffenerfolg von Königgrätz nicht voll auszunutzen, „dermaßen unbismarckisch" — weil mit einer nebelhaften Zukunft rechnend — sei, daß es schwer falle, an ihre Tatsächlichkeit zu glauben (S. 15). Bismarcks wahrer Beweggrund sei gewesen, die Militärs, welche ohne politische Rücksichten den Krieg bis zum äußersten Erfolg durchführen wollten und dann ihn in den Hintergrund gedrängt und den Ton angegeben hätten (S. 20), sich nicht über den Kopf wachsen zu lassen; er mußte seine Stellung behaupten, um sein Werk, die deutsche Einheit, zum Ende zu führen (S. 29). Gewiß bietet der Kampf in Nikolsburg auch diese Seite dar, daß Bismarck mit dem militärischen Hauptquartier die Kräfte maß; aber sein Grundmotiv war doch das, welches er schon am Abend des Schlachttages aussprach: „Jetzt gilt es das alte Bündnis mit Österreich wieder zu gewinnen." Das war nicht nebelhafte Politik, sondern hatte tiefe Wurzeln in unserer Geschichte und hat sich bekanntlich auch nicht lange nach 1870 durchgesetzt. Wenn Senfft Seite 15 noch sagt, durch die Cholera seien auch die Österreicher geschwächt worden, nicht bloß die Preußen, so ist zu antworten: nicht aber die Franzosen, und auf diese kam es an.

**) „Ein schlichtes Leben", Berlin 1898, S. 339—340. Nach ihm „ging der Minister an diesem Tag ab und zu". Dazu ist aber zu bemerken, daß Bismarck selbst sagt, daß er in sein Schlafzimmer ging, also sich etwas bewegen konnte trotz des Beinleidens, an dem er zweifellos litt.

***) Max Lenz, Zur Kritik der Gedanken und Erinnerungen, Berlin 1899, 59—132.

†) Von Wilhelm Busch, der Kampf um den Frieden im preußischen

Digitized by Google

würdigkeiten gesprochen wäre, daß die „Erinnerungen" völlig abgetan werden müßten und nur die „Gedanken" übrig blieben. Zu einem solchen Schluß sind wir aber nicht gezwungen und die ganze Anfechtung der Erzählung Bismarcks ruht unseres Erachtens auf einer falschen Auffassung der Worte „en bloc". Nach Sybels aus den Akten geschöpfter Darstellung ist anzunehmen, daß der König mit der Annahme en bloc nur die Grundlinien der französischen Vermittlung hat gutheißen wollen, sich aber die Abänderung im einzelnen vorbehielt. So hat er an Abtretungen von Österreich festgehalten, ebenso an solchen von Sachsen, das die Kreise Leipzig und Bautzen verlieren oder gar ganz von der Karte verschwinden sollte. Der König und mit ihm die Mehrzahl der Generale (nicht aber Roon und Moltke, welche für Mäßigung waren) bestand darauf, daß Österreich als der Hauptschuldige sowohl an Gebiet als an Geld empfindlich gestraft werden müsse; die Generale konnten auch geltend machen, daß durch eine, nach strategischen Gesichtspunkten bemessene, Abtretung von Gebiet Preußens Lage in einem späteren Krieg gegen Österreich von vorn herein günstiger sein würde. Bismarck aber, der einsah, daß im Hinblick auf künftige Möglichkeiten europäischer Politik es dringend geboten war, ein ehrliches Zusammengehen Preußens mit Österreich nicht zum voraus unmöglich zu machen,*) der schon auf dem Schlachtfeld von Königgrätz dieser Erkenntnis Worte geliehen hatte (S. 187), bekämpfte als der für Preußens und Deutschlands Zukunft verantwortliche Staatsmann die einseitig militärischen Ratschläge aus aller Kraft, und es ist ebenso begreiflich, daß er, der seit Wochen seine Nerven aufs äußerste anspannte, endlich seine Kraft zusammenbrechen fühlte, sich zurückzog und in konvulsivisches Schluchzen ausbrach, als es unseres Ermessens ganz unmöglich ist, daß er eine solche Szene beschrieben haben sollte, ohne sie tatsächlich erlebt zu haben. Bismarck hat dann die von ihm skizzierte Denkschrift, die nach Sybels entscheidender Angabe vom 24. Juli datiert ist, dem König unterbreitet und erläutert; unfähig, den fortgesetzten Widerstand des Königs zu überwinden, verließ er das Zimmer mit dem Gedanken,

Hauptquartier, Historische Zeitschrift 92 (1904) 418—443. Dessen Darlegung stimme ich freilich nicht mehr so zu, wie ich es in der ersten Auflage tat.

*) Haller a. a. O. 52 f. ist der Meinung, daß er auch schon in Österreich den möglichen Verbündeten gegen die kommende russische Gefahr sah. Ausgesprochen hat Bismarck das zwar nicht; aber sein Weitblick kann sehr wohl auch diese Zukunftsmöglichkeit erfaßt und in die Rechnung eingestellt haben.

Digitized by Google

als Offizier in sein Regiment einzutreten, also sich als Minister zurückzuziehen, und erwog, ob es nicht besser wäre, wenn er sich aus dem offen stehenden Fenster vier Stockwerke hinabfallen ließe. Da führte endlich der Kronprinz (Gedanken und Erinnerungen 2, 47) die Entscheidung für ihn herbei, indem er durch Bismarck herbeigerufen, ein zweites Mal *) von Eisgrub herüberkam, am 23. vormittags unvermerkt hinter Bismarck trat und ihm, wenn nach seiner Überzeugung Friede geschlossen werden müsse, anbot, diese Ansicht bei seinem Vater zu vertreten: was dann im Verlauf einer halben Stunde den Ausschlag gab. Der König schrieb mit Bleistift eine Randbemerkung auf das Schriftstück, welche nach Bismarck lautete: „Nachdem mein Ministerpräsident mich vor dem Feinde im Stich läßt und ich hier außerstande bin, ihn zu ersetzen, habe ich die Frage mit meinem Sohn erörtert, und da sich derselbe der Auffassung des Ministerpräsidenten angeschlossen hat, sehe ich mich zu meinem Schmerze gezwungen, nach so glänzenden Siegen der Armee in diesen sauren Apfel zu beißen und einen so schmachvollen Frieden anzunehmen." Der Wortlaut dieser Randbemerkung bei Sybel 5, 297 f. weicht von dem ab, den Bismarck — ohne Zweifel nur aus dem Gedächtnis — a. a. O. angibt. Nach Sybel hat Bismarcks Denkschrift vom 24. mit den Sätzen geschlossen: er werde jede von S. Maj. befohlene Bedingung in den Verhandlungen pflichtmäßig vertreten; aber jede Erschwerung des schleunigen Abschlusses mit Österreich behufs Erlangung nebensächlicher Vorteile würde gegen seinen ehrfurchtsvollen Rat und Antrag erfolgen. Der König nahm, anfangs unter heftigem Widerstreben, den Vortrag zur Erwägung und erteilte am 25. dem Minister den Bescheid, indem er folgende Randnoten zu Bismarcks Sätzen hinzufügte: „Das Resultat sei allerdings ein solches, daß es durch kleine Nebenforderungen nicht wieder in Frage gestellt werden dürfe; aber es komme darauf an, wie viel man Geld oder Land erlangen könne, ohne das Ganze aufs Spiel zu setzen. Wenn aber trotz pflichtmäßiger Vertretung der preußischen Ansprüche — auf dieses Angebot nagelte er seinen Minister also in letzter Stunde fest, bestand also auf dieser erneuten Bemühung nochmals — vom Besiegten nicht das, was Armee und Land erwarten dürften, zu verlangen sei, ohne das Hauptziel zu gefährden, so müsse der Sieger vor den Toren Wiens sich eben fügen und der Nachwelt das Urteil

*) Tagebücher des Generalfeldmarschalls Graf von Blumenthal, Stuttgart 1902, S. 45 (erstes Mal) und 47 (zweites Mal).

Digitized by Google

überlassen." Da Sybel auf Grund der vor ihm liegenden Akten schreibt, Bismarck aber diese bei Abfassung seiner „Gedanken und Erinnerungen" nicht zur Verfügung hatte, so wird man Sybels Wortlaut für den echten halten müssen und anzunehmen haben, daß für Bismarck die Erinnerung an die geschriebene Willensmeinung seines Herrn und dessen mündliche Äußerungen während der Kampftage vom 23.—25. Juli ineinander flossen. Im Kern kommen beide Fassungen doch auf dasselbe hinaus: der König war verstimmt, weil Bismarck und sein Sohn das Erreichbare für so groß ansahen, daß ihnen das vom König Gewünschte als nebensächlich erschien und als etwas, das die Gefahr des Scheiterns des Ganzen nicht aufwiege; die von Bismarck zugesagte „pflichtmäßige Vertretung" konnte also nur mit halbem oder widerstrebendem Herzen erfolgen und hatte voraussichtlich keine Wirkung. So sah der König sich im Stich gelassen von seinen Nächsten und legte gegen diese an die Nachwelt Berufung ein, die allerdings gegen ihn entscheiden muß.*)

Mit dem Zugeständnis des Königs in der Behandlung des „Hauptschuldigen" waren aber noch nicht alle Schwierigkeiten überwunden. Der König verlangte als Ausgleich für den Verzicht auf österreichisches Gebiet eine um so höhere Kriegskostenentschädigung, was zuzugestehen bei Österreichs ohnehin trostloser Finanzlage den Unterhändlern sehr schwer fiel; und dann forderte der König nur um so nachdrücklicher die Einverleibung auch Sachsens in Preußen. Da war es doch eine ernste Warnung, daß der russische Gesandte

*) Vgl. den Aufsatz „Nikolsburg" von Mathieu Schwann, Korrespondenzblatt des Gesamtvereins der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine 65 (1917) 30—35, mit dessen Auslegung der Worte „pflichtmäßige Vertretung" als einer Forderung, nicht der Anerkennung einer schon erfolgten Leistung ich ganz einverstanden bin. Man hat wohl gemeint, es handle sich um zwei Denkschriften Bismarcks, eine etwa vom 18. oder 19. Juli vor der En-bloc-Annahme, die sich hauptsächlich mit dem Verlangen an Österreich befasse, und einer vom 24., in der dann wesentlich von der Einverleibung Sachsens die Rede gewesen sei. (So W. Busch, a. a. O.) Das scheint aber doch wenig wahrscheinlich, und Sybel, der ja die Akten vor sich hatte, spricht nur von der vom 24. Juli. Man müßte dann auch zwei Randbescheide des Königs annehmen, und beide hätten einen recht ähnlichen Wortlaut, und das ist auch recht wenig einleuchtend. Daß auch nach der En-bloc-Annahme noch über die Einzelheiten recht heiß gekämpft wurde, daß mit dem 19. Juli noch nicht alles Wesentliche entschieden war, daß Sybels und Bismarcks im wesentlichen zusammenstimmende Darlegungen die Wahrheit enthalten, scheint mir sicher zu sein.

Digitized by Google

Dubril gerade jetzt in Berlin die Berufung eines europäischen Kongresses zur Regelung der deutschen Frage verlangte; er bezeichnete ohne Genehmigung der Großmächte, welchen leider 1815 die Bürgschaft für die deutsche Bundesverfassung eingeräumt worden war, alle Gebietsveränderungen in Deutschland als non avenues (nicht geschehen).*) Der König, riet Bismarck, solle in Sachsens Erhaltung willigen, auf welcher zu bestehen Kaiser Franz Joseph im Hinblick auf die Treue dieses Bundesgenossen als Ehrenpflicht ansah, und welche auch von Napoleon gefordert wurde. Nochmals schien das Schiff, so nahe am Hafen, wieder aufs hohe Meer zurückgeschleudert zu werden. Wenn die Erzählung, welche Hans Delbrück von dem Kronprinzen gehört hat,**) auf richtiger Erinnerung beruht, so hat der Kronprinz damals als in einem Moment „wo der König die Integrität Sachsens nicht zugeben wollte und der König und Bismarck sich eingeschlossen hatten und keiner zum andern wollte," wieder den Vermittler gemacht. „Es wurde ein Kriegsrat berufen und die Sache verhandelt. Da wandte sich der König, das einzige Mal, wo er das getan hat, an mich und sagte: Sprich du im Namen der Zukunft." Der Kronprinz trat auch hier auf Bismarcks Seite, welcher überdies den Gesichtspunkt geltend machte, daß man ja einen Vertrag mit Sachsen schließen könne, welcher dessen ganze Kraft dem König zur Verfügung stelle; das genüge. Der König gab schließlich in Erkenntnis der Lage auch hier nach. Um die Entthronung deutscher Fürsten zu vermeiden, die auszusprechen ihn schwer ankam,***) wollte er alle Staaten, welche gegen Preußen gefochten hatten, verkleinern und so die gewünschte Verstärkung Preußens erreichen, aber keinen Staat ganz beseitigen. Bismarck hat wohl auch gelegentlich den Gedanken nicht ganz abgelehnt, die gegnerischen Staaten nur zum Teil einzuverleiben †); aber erwünscht schien ihm diese Lösung nicht. Es hieß das doch nichts anderes, als alle Dynastien schwer verletzen und ihnen gleichzeitig die Möglichkeit belassen, gegen Preußen zu wühlen und den Rückgewinn des Verlorenen zu betreiben. Weit besser war es, entweder ihnen gar nichts zu nehmen und sie so zu Dank verpflichten oder sie ganz

*) Rothan, la politique française en 1866, Paris 1879, S. 211. 300. 327.

**) Persönliche Erinerungen an den Kaiser Friedrich, Preußische Jahrbücher 1888 = Erinnerungen, Aufsätze und Reden von Hans Delbrück, Berlin 1903, S. 83.

***) Stoschs Denkwürdigkeiten, Stutgart 1904, S. 104 (20. Juli) und 105 (24. Juli).

†) S. Haller a. a. O. S. 43. 53.

Digitized by Google

zu beseitigen; damit schnitt man ihnen dann die Möglichkeit zu schaden ab. Auch war zu erwarten, daß die Landschaften selbst lieber beisammen blieben und sich, wenn einverleibt, so eher in die neuen Verhältnisse finden würden. Auch dem Kronprinzen fiel es nach Stoschs Zeugnis sehr schwer, die Herrscherhäuser von Hannover, Nassau und Kurhessen völlig aus ihrem Besitz zu vertreiben; des Königs Bruder Prinz Karl, den wir schon oben als Haupt der reaktionärsten Gruppe am Hofe kennen lernten (S. 178), machte allen seinen Einfluß in legitimistischem Sinn geltend. Schließlich setzte Bismarck aber auch in diesem Punkte seinen Willen durch; nicht ohne Grund ist gesagt worden, es sei dies die letzte, folgerichtige, abschließende Handlung des preußischen Staatsmanns in ihm gewesen:*) dieses in sich geschlossene Preußen führte er von da an auf die Bahn des deutschen Führerstaats. Der Versuch des Grafen Karolyi, Sachsen von der Pflicht des Eintritts in den Nordbund zu befreien, und ihm wohl gar den Beitritt zu dem Südbund offen zu halten, wurde kurz abgewiesen, obwohl auch Napoleon das wünschte;**) Bismarck erklärte, daß eine solche Forderung mit Erneuerung des Kriegs gleichbedeutend sei.

Am 26. Juli wurden die vorläufigen Friedensbedingungen unterzeichnet. Ihr wesentlicher Inhalt entspricht dem, was wir wissen. 1. Österreichs Gebietsbestand bleibt, abgesehen von Venetien, bestehen. 2. Es erkennt die Auflösung des bisherigen deutschen Bundes an, verspricht das engere Bundesverhältnis anzuerkennen, welches Preußen nördlich vom Main begründen wird, und erklärt sich damit einverstanden, daß die Staaten südlich dieses Flusses in einen Verein zusammentreten, dessen nationale Verbindung mit dem norddeutschen Bund der näheren Verständigung zwischen beiden vorbehalten bleibt. 3. Der Kaiser von Österreich überträgt seine Rechte an Schleswig-Holstein auf den König von Preußen, mit der Maßgabe, daß die nördlichen Bezirke von Schleswig an Dänemark abgetreten werden, wenn sie durch freie Abstimmung dies verlangen. 4. Österreich zahlt an Preußen 40 Millionen Taler Kriegskosten, wovon aber 20 Millionen für die österreichische Forderung von Kriegskosten an Schleswig-Holstein (S. 140) und für die Verpflegung der preußischen Truppen bis zum endgültigen Frieden abgerechnet werden sollten, so daß bar nur 20 Millionen zu entrichten waren. 5. Die

*) Erich Marcks, Otto v. Bismarck, Stuttgart 1915, S. 90.
**) v. Sybel 5, 256.

Digitized by Google

Gebietsveränderungen, welche der König von Preußen im Norden vornehmen wird, erkennt der Kaiser zum voraus an. 6. Preußen wird Italiens Beitritt zum Frieden erwirken, sobald das venetianische Königreich durch Erklärung des Kaisers der Franzosen zur Verfügung des Königs von Italien gestellt sein wird.

Damit war der Krieg im großen erledigt; es blieb noch die Auseinandersetzung mit Österreichs süddeutschen Verbündeten, welche Franz Joseph mit Ausnahme Bayerns geringschätzig ihrem Schicksal überließ. Um den 26. Juli war ihre militärische Lage eine sehr ungünstige geworden; die preußischen Heere hatten Frankfurt am 16. Juli besetzt und den Bundestag zur Flucht nach Augsburg gezwungen, wo er sich dann schließlich aufgelöst hat. Darauf warfen die Preußen die Gegner hinter die Tauber zurück und eroberten Würzburg, Heidelberg und Mannheim; am 30. Juli rückte der Großherzog Franz von Mecklenburg in Nürnberg ein, womit die Bayern umgangen waren: die Sieger verlegten ihnen den Weg zur Donau und nach München. So erschienen die Minister der Südstaaten in Nikolsburg und baten um Frieden; Bismarck, der ihre Angelegenheiten nicht mit der großen österreichischen Sache vermischen wollte, verwies sie nach Berlin, wo der König und er am Abend des 4. August eintrafen, am Bahnhof von einer begeisterten Menge mit endlosen stürmischen Hurrarufen begrüßt.

Gleich am andern Morgen trat ein neues Moment in Erscheinung. Frankreich hatte wohl den Frieden vermittelt, aber an den Verhandlungen in Nikolsburg keinen Anteil genommen; nachdem beide Parteien seine Bedingungen gut geheißen hatten, hatte es ihnen überlassen, sich über die Einzelheiten zu verständigen. Erst am 23. Juli hatte Benedetti, der in Nikolsburg eingetroffen war, angefragt, was für „Vorteile" (avantages) seitens Preußens Frankreich am Rhein verbürgt werden könnten; am 26. hatte Bismarck ihn auf Belgien verwiesen, da der König preußisches Land nicht aufgeben werde. Jetzt, am Morgen des 5. August, eben als der König sich anschickte, den neu gewählten Landtag feierlich zu eröffnen, brachte Benedetti die Forderungen Frankreichs auf den Befehl seines Vorgesetzten, des Ministers Drouyn de l'Huys, amtlich in Berlin an — auf Befehl seines Souveräns kann man kaum sagen; denn Napoleon III. war damals in Vichy dermaßen an seinem Blasenleiden erkrankt, daß Drouyn einmal nach einer Audienz sagte: „Ich habe in Wahrheit niemand mehr, mit dem ich sprechen kann." Es ist köstlich zu hören, daß Benedetti „im Hinblick auf den Widerstand, welchen unser Vorschlag finden würde, und um

die unmittelbare Wirkung der ersten Eindrücke abzuschneiden und sich nicht bedauerlichen Auseinandersetzungen auszusetzen," *) beschloß, sein Ansuchen zunächst brieflich vorzutragen, nicht mündlich. Laut diesem Schriftstück verlangte Frankreich die Gebiete, welche es einst unter Ludwig XIV. erobert hatte, welche ihm aber 1815 entrissen worden waren, von Preußen Saarlouis, von Bayern Landau, und dazu noch zwei Landschaften, welche es wenigstens 1797 bis 1815 auch besessen hatte: die bayrische Rheinpfalz und Rheinhessen mit Mainz. Eine Entschädigung des Königs von Bayern und des Großherzogs von Hessen war vorbehalten; das Großherzogtum Luxemburg sollte aus dem deutschen Bund austreten. Bismarck erhielt diesen Brief im Lauf des 5. August; es war ein wichtiges, für gewisse Fälle unbezahlbares Aktenstück, das er sorgfältig zurücklegte. Am 6. empfing er dann Benedettis Besuch und sagte ihm sofort offen, daß sein König keinen Fußbreit deutschen Bodens abtreten werde und das preußische Volk so etwas auch nicht dulden würde. Auf das ausdrückliche Verlangen des Botschafters gab er gleichwohl seinem Herrn Kunde von der französischen Forderung. Am Abend des 7. teilte er Benedetti mit, daß der König es ablehne, sie anzunehmen, und kündigte ihm an, daß, wenn der Kaiser darauf bestehen sollte, Preußen sofort die ganze deutsche Nation aufrufen und den endgültigen Frieden mit Österreich abschließen werde; es werde ihm Süddeutschland überlassen, selbst die Herstellung des Bundestags sich wieder gefallen lassen und gemeinsam mit Österreich und Deutschland an der Spitze von 800 000 Mann auf Frankreich fallen und das Elsaß zurückerobern. Alles eher als Eingehen auf das schmachvolle Ansinnen! Österreich werde diesem Verhalten sich nicht widersetzen, sondern mindestens den Frieden abschließen; dessen könnten die Franzosen sicher sein; und als Benedetti meinte, der Kaiser sei, wenn er die geforderten Abtretungen nicht erlange, der Gefahr einer Revolution ausgesetzt, antwortete Bismarck, daß gerade ein aus dieser Frage entsprungener Krieg mit revolutionären Schlägen geführt werden könnte; daß aber gegenüber einer revolutionären Gefahr die deutschen Dynastien sich fester begründet zeigen würden als die Napoleons. Nach seinen eigenen mündlichen Angaben **) hat Bismarck mit diesen zunächst etwas dunklen Worten sagen wollen, daß

*) Benedetti, ma mission en Prusse, Paris 1871, S. 180.

**) Ich verdanke deren Kenntnis einer gütigen Mitteilung des Herrn Arthur v. Brauer, badischen Staatsministers a. D., der bei Tisch die Sache von Bismarck selbst gehört hat.

Digitized by Google

es im Fall eines Kriegs in Frankreich ganz gewiß zu revolutionären Bewegungen kommen werde; diese könnte der König von Preußen dadurch unterstützen, daß er in einer öffentlichen Kundgebung die Dynastie Napoleons für abgesetzt erkläre, wie dies 1814 und 1815 geschehen sei. Den festgegründeten deutschen Herrscherhäusern könnte man mit solchen Mitteln nichts anhaben.

Benedetti reiste sofort nach Paris, um über die Ablehnung seiner Forderungen persönlich zu berichten; zur gleichen Zeit ward von König Wilhelm der Oberst von Loë nach Paris gesandt, um v. d. Goltz von dem Vorgang zu unterrichten und über die Lage des französischen Heeres genaue Kunde einzuziehen. Man mußte es als möglich ansehen, daß Napoleon zum Schwert greifen werde; Moltke war für alle Fälle vorbereitet, selbst für den, daß Österreich den vorläufigen Nikolsburger Frieden brach und mit Frankreich gemeinsame Sache machte; er wollte allerdings dann defensiv sich halten, mit vier Korps in Prag den Österreichern, mit 200 000 Preußen und 80 000 Süddeutschen — welche ja von Frankreichs Ländergier besonders bedroht waren — am Rhein den Franzosen trotzen. Aber Napoleon war nicht imstande, Krieg zu führen; es fehlte seinem Heer vor allem an Pferden, so daß von den neun Batterien eines Artillerieregiments je nur zwei bespannt werden konnten;*) die 30 000 Mann in Mexiko erforderten fortgesetzt Nachschübe an Mannschaft, Schießbedarf und Vorräten, da sie sonst das Feld nicht einmal bis zu ihrem bevorstehenden Abzug halten konnten; auch hatte das französische Fußvolk noch keine Hinterladergewehre.**) So entschloß sich der Kaiser zum Rückzug und erklärte die ganzen Forderungen an Preußen für ein Mißverständnis, in das er während seiner Krankheit durch Drouyn de l'Huys verwickelt worden sei. Der unglückliche Minister wurde am 12. August entlassen und durch den Marquis de Moustier (S. 57) ersetzt; Benedetti sollte in Berlin erklären, der Vorschlag vom 5. August sei als nicht geschehen zu betrachten. Am 20. August erneuerte der Kaiser sein Verlangen; er forderte wenigstens Landau, Saarlouis, Luxemburg und Belgien, wofür er seine Zustimmung zur Einigung ganz Deutschland und ein Bündnis anbot: auch damit abgewiesen, verzichtete er am 16. September auf allen unmittelbaren Zuwachs; im

*) Loë, Erinnerungen aus meinem Berufsleben, Stuttgart 1906, S. 124.

**) Wenn Ollivier (l'empire libéral 7, 486) diesen Punkt wegen des vortrefflichen französischen Vorderladers und gewisser Nachteile des preußischen Gewehrs als nicht wesentlich hinstellt, so macht das nicht den Eindruck der Richtigkeit.

Digitized by Google

Herzen behielt er sich vor, später nachzuholen, was ihm für jetzt entging.

Die Forderungen Frankreichs hatten eine weitere Wirkung, und zwar auf die Süddeutschen. Vergebens hatten diese versucht, von Kaiser Napoleon Hilfe zu erlangen; eine Reise Beusts nach Paris, eigenhändige Briefe der Könige von Bayern und Württemberg und des Großherzogs von Hessen an den Kaiser *) hatten nichts gefruchtet; aus dem Leib Bayerns und Hessens wollte der Bonaparte sich seine Entschädigung herausschneiden. Klarer als der Tag war es, daß die süddeutschen Staaten nirgends Schutz fanden, nicht bei Österreich, das sie im Stich gelassen hatte, nicht bei Frankreich, das auf ihre Kosten sich vergrößern wollte, nicht bei England und Rußland, welche für sie nichts einsetzen konnten als Worte. Wenn es noch eine Zuflucht für sie gab, so war sie nur bei ihrem Besieger zu finden, bei Preußen, das in den Krieg mit der Losung der deutschen Bundesreform, d. h. der Herstellung der deutschen Einheit, gezogen und nur unter dem Druck der Situation von diesem Programm zurückgewichen war. Zuerst war es der Vertreter Württembergs bei den Friedensverhandlungen in Berlin, der Minister des Auswärtigen Freiherr von Varnbüler (S. 185), welcher erklärte, daß Württemberg von der Freiheit, mit den anderen süddeutschen Staaten einen besonderen Bund zu bilden, Gebrauch nicht machen wolle. Ein solcher Bund konnte nur Sinn haben, wenn Bayern in ihm die Führerrolle hatte, und Bayern sich unterzuordnen war König Karl nicht geneigt; militärischen Schutz für das Dasein seiner Glieder konnte der Bund überdies nur in ungenügendem Maße bieten. Allein aber in Europa dazustehen war für das kleine Württemberg eine unheimliche Sache; und so schlug Varnbüler den Abschluß eines (vorerst geheimen) Schutz- und Trutzbündnisses vor, nach welchem im Kriegsfall die württembergischen Truppen unter preußischem Oberbefehl stehen sollten. Auf dieser Grundlage wurde am 13. August der Friede abgeschlossen; er legte Württemberg nichts auf als die Zahlung von 8 Millionen Gulden (13 600 000 Mark) Kriegsentschädigung an Preußen. Zar Alexander II. hatte für den Gemahl seiner Schwester Olga ein gutes Wort eingelegt; auch ohne das würde Bismarck Gebietsabtretungen nicht verlangt haben, weil er die Süddeutschen ebenso schonend behandeln wollte wie die Öster-

---

*) So behauptet der General Ducrot (la vie militaire du général Ducrot, Paris 1894, 2, 140; Aussage vom 6. November 1866).

Digitized by Google

reicher; er sah ja in ihnen schon vor dem Abschluß des Schutz- und Trutzbündnisses die künftigen Verbündeten. Mit Baden ward am 17. August ebenfalls ein Schutz- und Trutzvertrag geschlossen; die zu zahlende Geldsumme betrug 6 Millionen Gulden (10 200 000 Mark). Von Bayern verlangte der König ursprünglich die Abtretung Bayreuths und 30 Millionen Gulden (51 Millionen Mark). Als der Minister v. d. Pfordten diese Bedingungen sehr hart fand, „wechselte Bismarck", wie von Sybel (5, 396) erzählt, „plötzlich den Ton und erklärte, es gebe noch einen andern Weg zur Versöhnung. Er teilte nun dem Minister Benedettis Begehren und Preußens Antwort darauf mit und fragte, ob Bayern bereit sein würde, im Kampf gegen die auswärtigen Gegner treu und fest mit Preußen, der Deutsche mit dem Deutschen, zusammenzustehen. Die Antwort läßt sich denken: beide Männer umarmten sich, und so erwarb Bayern durch die Unterzeichnung des Schutz- und Trutzbündnisses Erhaltung seines Landbesitzes (gegen Preußen) und Deckung der Rheinpfalz gegen etwa sich wiederholende Gelüste Frankreichs." Der Friede ward am 22. August abgeschlossen; darnach zahlte Bayern „behufs Deckung eines Teils der für Preußen aus dem Kriege erwachsenen Kosten" die Summe von dreißig Millionen Gulden in Silbertalern oder Silberbarren, zehn Millionen sofort, zehn Millionen binnen drei und zehn binnen sechs Monaten, und trat an Preußen drei Enklaven ab, das Bezirksamt Gersfeld mit 23 361 Einwohnern ganz, das Landgericht Orb ohne Aura mit 9109 Einwohnern und Caulsdorf (bei Saalfeld). Der Schutz- und Trutzvertrag ward der Friedensurkunde als geheimer Zusatzartikel angehängt; darnach verbürgten sich beide Könige gegenseitig die Unversehrtheit ihres Gebiets und verpflichteten sich, im Fall eines Kriegs ihre volle Kriegsmacht einander zur Verfügung zu stellen; der König von Bayern übertrug für diesen Fall den Oberbefehl über seine Truppen dem König von Preußen. In München hatte man allen Grund, mit diesem Ausgang des Kriegs zufrieden zu sein, und aus dieser Stimmung heraus bot König Ludwig am 30. August zum Zeichen der festen und dauernden Freundschaft zwischen den Häusern Hohenzollern und Wittelsbach König Wilhelm I. an, daß sie die ehrwürdige Burg der Hohenzollern in Nürnberg, auf deren gewaltsame Zurücknahme König Wilhelm verzichtet hatte, gemeinsam besitzen wollten. Bismarck aber erhielt den höchsten bayerischen Orden, den Hubertusorden, und das Band des Zutrauens, das er zwischen Preußen und Bayern gewoben hatte, sollte sich als unzerreißbar erweisen.

Digitized by Google

Am 23. August wurde der endgültige Friede mit Österreich in Prag unterzeichnet, nicht ohne daß noch erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden gewesen wären, welche von den Forderungen Italiens an Österreich und Österreichs an Italien herrührten. Der Friede durfte aber nach dem Bündnisvertrag vom 8. April nur gemeinsam von Italien und Preußen geschlossen werden. Schließlich kam alles ins Geleise, woran Bismarck ein wesentliches Verdienst hatte; er hat überall die Schwierigkeiten ausgeglichen, um die reiche Ernte unter Dach zu bringen. Der Südbund sollte gemäß den Abreden vom 14. Juli laut Artikel 4 des Friedens eine unabhängige internationale Existenz genießen, was Bismarck um so ruhiger zugestand, als er wußte, daß Baden und Württemberg einen solchen Bund niemals abschließen würden. Sonst entsprach der Prager Friede dem Abkommen von Nikolsburg; insbesondere hielt Artikel 5 das Recht Nordschleswigs aufrecht, sich durch freie Abstimmung den Anschluß an Dänemark zu erwirken — Österreich wäre bereit gewesen, diese Klausel fallen zu lassen; aber Frankreich bestand darauf, einmal wegen des Nationalitätenprinzips, dann um den alten dänischen Freunden einen Gefallen zu erweisen, endlich um darzutun, daß der Frieden wesentlich unter seinem Einfluß seine endgültige Gestalt gewonnen habe. Am 3. September erhielt auch Hessen-Darmstadt seinen Frieden; es bezahlte drei Millionen Gulden (= 5,1 Millionen Mark) Kriegskosten, ließ das bisher Thurn- und Taxissche Postwesen in seinem Gebiet nunmehr an Preußen übergehen und trat die Landgrafschaft Hessen-Homburg, die Kreise Biedenkopf und Vöhl ganz und von dem Kreis Gießen dessen nordwestlichen Teil an Preußen ab, in dessen Bereich diese Gegenden lagen, wogegen es einige in Hessen eingesprengte preußische Enklaven erhielt; endlich schloß es sich für die Provinz Oberhessen, auf deren gewaltsame Erwerbung Preußen nun auch verzichtete, an den nördlich vom Main zu stiftenden Bund an; sein oberhessisches Truppenkontingent trat dadurch unter preußischen Befehl. Damit hatte Hessen eine doppelte Existenz, innerhalb und außerhalb dieses Bundes, ward aber naturgemäß von dem stärkeren Teil magnetisch angezogen und konnte im Kriegsfall nicht anders handeln, als sich Preußen rückhaltlos anzuschließen; insofern erschien ein besonderes Schutz- und Trutzbündnis hier nicht nötig zu sein, und da der Minister von Dalwigk mit Frankreich in engen Beziehungen stand, so traute Bismarck ihm auch nicht, daß er einen derartigen Vertrag vor Napoleon geheim halten werde. Die Verhandlungen mit Sachsen zogen sich noch

Digitized by Google

lange hin, weil man preußischerseits sich hier so sehr als möglich gegen eine abermalige künftige Abschwenkung Sachsens zu Preußens Feinden sichern zu müssen glaubte; man beabsichtigte das sächsische Heer völlig mit dem preußischen zu verschmelzen und Leipzigs Abtretung zu erzwingen, wofür indessen Bismarck, der seiner Nerven wegen sich am 26. September nach Putbus auf Rügen zurückgezogen hatte, nicht verantwortlich war. Selbst der Friede zwischen Österreich und Italien, dessen Besitznahme Venetiens anerkannt ward und das als Anteil an der Venetien treffenden Staatsschuld 35 Millionen Gulden zahlte, kam (am 3. Oktober) früher zustande, als der zwischen Preußen und Sachsen. Schließlich gelang es aber König Johann, durch einen unmittelbaren Appell an den König Wilhelm den Frieden am 21. Oktober 1866 auf wesentlich derselben Grundlage zu erlangen, wie ihn die anderen deutschen Staaten erhalten hatten; die sächsische Zahlung für die Kriegskosten betrug zehn Millionen Taler. Sachsen versprach dem neuen Bund beizutreten, und der wackere König Johann hat sein Versprechen, daß er diesem Bunde dieselbe Treue halten werde, wie er sie dem alten bewiesen habe, unentwegt und ritterlich eingelöst.

Während dieser Verhandlungen war auch der seit vier Jahren wütende innere Streit in Preußen glücklich beigelegt worden. Auf den 30. Juli war der Landtag berufen worden, der eine so ganz andere Zusammensetzung aufwies als sein Vorgänger (S. 186), und Bismarck trat dafür ein, daß schon in der Thronrede offen die Absicht angekündigt werde, für die ohne gesetzliche Unterlage geführte Finanzverwaltung der letzten vier Jahre Indemnität zu begehren, d. h. auszusprechen, daß der bisherige Zustand nicht der Verfassung entsprochen habe und nachträglicher Genehmigung durch das Abgeordnetenhaus bedürfe. Gegen diesen Standpunkt erhob sich die Mehrheit des Ministeriums. Zwar waren alle Minister überzeugt, daß etwas zur Befriedigung der Opposition geschehen müsse; aber über das Was? gingen die Ansichten auseinander. V. d. Heydt war für das Nachsuchen der Indemnität; Eulenburg wollte einen Teil der jährlichen Ausgaben von der Bewilligung abhängen lassen, nicht aber die, welche auf Gesetz beruhten; der Kultusminister Mühler bestritt, daß ausschließlich aus dem Etatsgesetz die Ermächtigung zur Leistung von Ausgaben folge.*) Gegen das Verlangen der Indemnität erhob sich fast die ganze konservative Partei, nach Bismarcks Brief an seine

*) S. die S. 173 angeführte Abhandlung Gerhard Ritters.

Digitized by Google

Frau vom 3. August vor allem der Justizminister Graf zur Lippe und Kleist-Retzow. Sie sagten: was heiße das Begehren der Indemnität anders, als daß die Regierung bekenne, im Unrecht gewesen zu sein, während sie doch bisher stets die Rechtmäßigkeit ihres Vorgehens behauptet habe; wie man ihr, nachdem die Reorganisation des Heeres sich so glänzend bewährt habe, zumuten könne, ein pater peccavi zu sagen? Das kam der Opposition zu, den heillosen Schwätzern, die mit ihrer Prinzipienreiterei den Staat hatten wehrlos machen wollen; der Gedanke drängte sich hervor, daß, da das Königtum den Staat gerettet, das Parlament ihn gefährdet habe, man am besten täte, die Quelle des Unheils zu verstopfen und die Verfassung wieder abzuschaffen. Bismarck wies alle solche Gedanken weit von sich; er sah, daß durch ein solches Vorgehen der innere Hader noch unendlich verschärft, die so nötige Versöhnung unmöglich werden mußte, und er wollte Frieden schaffen, um die Kräfte der Nation ungeteilt auf das eine große Ziel des Ausbaues des nationalen Staats hinzulenken und, wenn es not tat — und bereits am 20. August brachte ja (S. 207) Benedetti wieder das Verlangen Frankreichs nach Landau und Saarlouis, weiterhin nach Luxemburg und Belgien vor! — das ganze deutsche Volk geschlossen dem Erbfeind entgegenzustellen. Er bestritt, daß die Forderung der Indemnität eine Demütigung der Regierung einschließe: im Gegenteil, wenn das Parlament sie erteile, so erkenne es damit an, daß die Gründe der Regierung stichhaltig gewesen seien und also nachträglich gebilligt werden müßten. Er machte sich von allen staatsrechtlichen Bedenken, die in diesem geschichtlichen Moment kleinlich waren, entschlossen los und gewann für seine Ansicht den König, der freilich vielleicht die Tragweite dieses Entschlusses nicht sofort übersah. Der Kronprinz erklärte sich einverstanden, und das Abgeordnetenhaus kam der Regierung entgegen. Zwar wurde bei der Wahl eines Präsidenten, auf welche Grabow der Verständigung wegen hochherzig verzichtete, am 10. August nicht der konservative Kandidat von Arnim-Heinrichsdorf gewählt, auf den 136 konservative und 22 altliberale Stimmen entfielen, sondern das Mitglied der Fortschrittspartei, v. Forckenbeck, allerdings nur mit 12 Stimmen Mehrheit, mit 170 Stimmen. Aber er hatte von jeher zu den versöhnlicheren Mitgliedern des Hauses gehört; seine Wahl war also doch ein Zeichen des Entgegenkommens, und am 3. September nahm das Haus die Indemnität mit 230 gegen 75 Stimmen an; die Minderheit stellte der Fortschritt, einige vom linken Zentrum und die katholische Fraktion.

Digitized by Google

Indem das Herrenhaus am 8. September sich, wenn auch zögernd, der Indemnität anschloß, welche es an sich nicht für nötig hielt, war der innere Friede hergestellt, und wenn auch der König öffentlich am 25. August vor einer Abordnung des Abgeordnetenhauses erklärte, daß er pflichtmäßig gehandelt habe und vorkommendenfalls wieder so handeln würde, so fügte er doch hinzu: „Aber, meine Herren, es wird nicht wieder vorkommen," und er hat damit recht behalten. Am 7. September hieß das Abgeordnetenhaus auch die Angliederung der Länder Hannover, Kurhessen, Nassau und der freien Stadt Frankfurt an Preußen mit 273 gegen 14 Stimmen gut, mit der Maßgabe, daß nicht die bloße Personalunion (wie die Regierung wollte), solange Platz greifen sollte, bis die volle Verschmelzung eintreten könne, sondern daß sofort die volle Realunion ausgesprochen werde, doch so, daß ein Jahr Zeit zur Überleitung in die neuen Verhältnisse angesetzt werde; die preußische Verfassung sollte also erst am 1. Oktober 1867 daselbst in Kraft treten. Am 20. September unterzeichnete König Wilhelm das Gesetz. Die Einverleibung Schleswig-Holsteins, welche das Ministerium am 8. September beantragte, wurde infolge der am 25. September nötig gewordenen Vertagung des Landtags erst am 20. Dezember mit allen gegen etwa 20 Stimmen gutgeheißen. Durch einen Vertrag mit dem Großherzog Peter von Oldenburg vom 27. September ward der Besitz der Elbherzogtümer, den Bismarck auf die Friedensschlüsse von 1864 und 1866 begründete, nach allen Seiten unanfechtbar; der Großherzog, als Vertreter der jüngeren Linie des Schleswig-Holstein-Gottorpischen Hauses, der Zar Alexander II. die Rechte der älteren (Petersburger) Linie übertragen hatte, erkannte gegen Abtretung des holsteinischen Amtes Ahrensböck (das zum Fürstentum Eutin geschlagen ward) und Zahlung einer Million Silbertaler den König von Preußen für ewige Zeiten als allein rechtmäßigen Landesherrn von Schleswig und Holstein an. Noch freilich war der bedauernswerte Erbprinz Friedrich von Augustenburg mit seinen Ansprüchen da: über sie war die Geschichte mit ehernem Schritt weggegangen; er verwahrte am 2. Januar 1867 seine Rechte, gab aber, um die Gewissen nicht zu beschweren, hochherzig seinen Anhängern ihr Wort zurück und entband sie von allen ihm gegenüber eingegangenen Verpflichtungen. Die Realunion von Lauenburg mit Preußen ward erst 1876 vollzogen.

Damit war ein ungeheures Ringen zum glücklichen Abschluß gebracht und ein militärisch-politisches Werk von allergrößter Be-

Digitized by Google

deutung geschaffen; die Bahn zur Errichtung des norddeutschen und damit auch des deutschen Staates war frei. Preußen, das die Politiker von 1848 hatten als Staat zerschlagen und dessen Provinzen sie sozusagen hatten zum Kaiser- und Reichsland machen wollen, ging aus diesen Kämpfen mit einem Zuwachs von 73 000 Quadratkilometern und 4 800 000 Menschen hervor; es konnte nun den festen Krystallisationspunkt des werdenden Nationalstaats abgeben, und alle Erfolge waren erreicht ohne Demütigung und Gebietsverlust an den westlichen Nachbar, der sich die italienische Einheit 1860 mit zwei Provinzen von zusammen über 14 000 Quadratkilometern und 750 000 Seelen hatte bezahlen lassen. Daß all das erreicht war, dazu hatten viele zusammengewirkt, von dem klarblickenden und willensstarken König bis zum letzten Soldaten; aber das Hauptverdienst hatte doch der Mann, der am 20. September bei dem Einzug des siegreichen Heeres in Berlin in seiner Kürassieruniform vor seinem König einherritt, bleich, aufs äußerste angegriffen durch alle die Kämpfe der letzten Monate, so daß ein englischer Berichterstatter vom „Daily Telegraph" den Eindruck hatte, „er sei — wie es auch war — von einem Krankenlager aufgestanden, das er nicht hätte verlassen sollen;" „aber trotz Doktorenrat, trotz Schmerzen und gewöhnlichster Vorsicht war er da, damit sein Werk zu Ende geführt werde." Mochte auch die Masse die siegreichen Feldherren mit rauschenderem Beifall grüßen, so war er doch dem Engländer und allen tiefer Blickenden „der wahre Held der glänzenden Versammlung." Man hatte wohl erwartet, daß der König, der am 21. September durch eine Amnestie für alle politischen Vergehen in den alten und neuen Landesteilen Preußens seine Herzensgüte und seine politische Klugheit bekundete, den Minister, den er nach Lauenburgs Erwerbung zum Grafen erhoben hatte, nach den so ungleich größeren Erwerbungen des jetzigen Augenblicks zum Fürsten erheben werde. Es geschah nicht; Bismarck wurde nur zum Generalmajor *) und zum Chef des siebten

*) Hier sei bemerkt, daß Bismarck am 18. August 1841 Sekondeleutnant im 9. Landwehr-Regiment wurde, am 18. November 1854 Premierleutnant der Landwehr-Reiterei, 1866 Major; beim Einzug erhielt er die oben genannten Ehren, die einen großen Sprung nach vorn bedeuteten. Am 18. Oktober 1868 wurde er Chef des 1. Magdeburger Landwehr-Regiments Nr. 28 und à la suite der Halberstädter Kürassiere gestellt. Am 22. März 1876 erhielt er den Rang eines Generals der Kavallerie, am 1. Sept. 1884 den Militär-Orden pour le mérite; am 1. April 1895, bei seinem 80. Geburtstag, wurde er zum Chef des 7. Kürassier-Regiments ernannt.

Digitized by Google

schweren Reiterregiments der Landwehr befördert. Er erhielt aber, trotzdem er gebeten hatte, von ihm abzusehen, nach dem ausdrücklichen Willen des Abgeordnetenhauses von den Ende November für Geschenke (Dotationen) an verdiente Generale geforderten und bewilligten anderthalb Millionen Talern die Summe von 400 000 Talern. Neben ihm wurden Moltke, Roon, Herwarth v. Bittenfeld, Steinmetz und Vogel v. Falckenstein bedacht. Am 12. Februar 1867 erfolgte durch königliches Handschreiben die Anweisung der Summe; der König erkannte darin an, daß „wesentlich Ihrem Scharfblick, Ihrer Energie und Ihrer geschickten Leitung die Erhebung des Vaterlandes zu danken ist." Die Fortschrittler v. Hoverbeck und Virchow waren freilich anderer Meinung: Roon und Bismarck hätten für ihre Sünden Straflosigkeit erhalten; sie noch zu belohnen, sei zu viel der Ehre. Ein Mann aber, der als besonderer Anhänger des Kronprinzen Bismarck von Haus aus nicht mit günstigem Vorurteil betrachtete, der spätere General und Chef der Admiralität Albrecht v. Stosch, hat in diesen Monaten des großen Krieges über ihn geschrieben (S. 95 und 102 seiner Denkwürdigkeiten): „Der Eindruck, den ich von Bismarck beim ersten persönlichen Verkehr empfing, hat mich geradezu überwältigt. Die Klarheit und Größe seiner Anschauungen boten mir den höchsten Genuß; er war sicher und frisch in jeder Richtung, bei jedem Gedanken eine Welt umfassend." „Die Herren des auswärtigen Amtes sprechen von ihrem Chef mit einem heiligen Respekt, wie der Gläubige vom Propheten."

Von der Dotation kaufte Bismarck am 23. April 1867 das gräflich Blumenthalsche Gut Varzin in Hinterpommern und überließ dafür das Gut Kniephof einem Sohn seines Bruders.

Fünftes Kapitel.

Der norddeutsche Bund.

Die ungeheuren Anstrengungen, welchen Bismarck sich seit Monaten unterzogen hatte, blieben nicht ohne schwere Folgen; sie haben seiner Kraft einen Stoß gegeben, den er niemals mehr vollständig überwunden hat. Unmittelbar nach den geschilderten Ereignissen mußte er am 26. September 1866 Urlaub nehmen, um sich zuerst bei einem Verwandten, dem Grafen von Bismarck-Boh-

Digitized by Google

len, auf Gut Karlsburg in der Gegend von Greifswald und dann auf Rügen zu erholen. Kaum war er dort eingetroffen und in einem Gasthof zu Putbus abgestiegen, am 6. Oktober, so kam eine äußerst schmerzhafte Erkrankung des Magens zum Ausbruch,*) welche ihm die furchtbarsten Krämpfe und solche Qualen verursachte, daß Opiumeinspritzungen notwendig wurden; auch sie brachten nur wenig Linderung. Als der Fürst v. Putbus davon erfuhr, kam er sofort herüber und bestand darauf, daß die ganze Familie in ein ihm gehöriges „allerliebstes Gartenhaus" übersiedelte. Aber die Krankheit dauerte Wochen; „er liegt so blaß, so matt, so traurig da," schreibt die Gräfin; „trotz allem Pflegen und Sorgen und Beten sieht er so jämmerlich aus, wie seit 1859 nicht. Ach, das ist so traurig, daß man stundenlang weinen möchte." Sechs Wochen lang gestattete der Arzt das Schreiben nicht; von Briefen durften bloß solche angenehmen Inhalts ihm mitgeteilt werden. Erst anfangs Dezember 1866 war es so weit, daß Bismarck nach Berlin zurückkehren konnte, um die Leitung der Geschäfte wieder zu übernehmen.

Das Nächste und Wichtigste war nunmehr, die auf dem Schlachtfeld gewonnenen Ergebnisse für die deutsche Einheit in eine rechtliche Form zu bringen. Von Anfang an hatte Bismarck seitens aller der kleinen und mittleren Staaten, welche in der großen Krisis es mit Preußen gehalten hatten, sich der grundsätzlichen Zustimmung zur Berufung eines Parlaments versichert, welchem der Entwurf einer Bundesverfassung vorgelegt werden sollte. Ursprünglich war eine Verfassung für das ganze außerösterreichische Deutschland in Aussicht genommen worden; wie die Dinge jetzt lagen, mußte man sich vorerst auf Norddeutschland beschränken. Die geheimen Räte, die Bismarck zur Eingabe von Vorschlägen aufgefordert hatte, Hepke, Max Duncker, selbst Lothar Bucher **) (1817—92), der Steuerverweigerer von 1848, den Bismarck 1864 ins auswärtige Amt berufen und 1866 zum vortragenden Rat gemacht hatte, waren alle der Ansicht, daß man auf einen straff zentralisierten Bundesstaat mit einem verantwortlichen Ministerium und einem in Oberhaus und Unterhaus zerfallenden Parlament ausgehen müsse; im Oberhaus sollten die Fürsten vertreten sein. Bismarck verwarf diese Auffassung; er war der Ansicht, daß ein zentralistisches Ministerium auf den Widerstand der Einzelstaaten, namentlich ihrer Häupter,

*) Siehe die Briefe der Gräfin Johanna bei Robert v. Keudell, Fürst und Fürstin Bismarck, Berlin 1901, S. 313 ff.

**) Siehe Keudell a. a. O. 326.

stoßen, ein aus Mitgliedern der Dynastien gebildetes Oberhaus ein Hort des Partikularismus sein werde; auch erschien ihm ein Apparat mit zwei Kammern allzu schwerfällig neben einem Bundestag der Regierungen, von dem er nicht absehen zu dürfen glaubte. Er war überhaupt dafür, daß man tunlichst an das Gegebene anknüpfe, um den Übergang vom alten zum neuen Deutschland möglichst unmerklich sich vollziehen zu lassen. So kam er dazu, den Bundestag unter dem Namen Bundesrat fortbestehen zu lassen und die Stimmenverteilung ebenfalls auf die bisherige zu begründen. Demgemäß erhielt Preußen zu den früheren 4 Stimmen, welche ihm Artikel 6 der „teutschen Bundesakte“ vom 8. Juni 1815 im Plenum der Bundesversammlung gewährt hatte, die 4 für Hannover, die 3 für Kurhessen, die 3 für Holstein, die 2 für Nassau und die 1 für Frankfurt, zusammen also 17 Stimmen. Sachsen behielt nach demselben Vorgang 4 Stimmen, Braunschweig, Mecklenburg-Schwerin 2, dann Hessen-Darmstadt für Oberhessen, Oldenburg, Weimar, Mecklenburg-Strelitz, Meiningen, Altenburg, Koburg-Gotha, Anhalt, Schwarzburg-Rudolstadt und Schwarzburg-Sondershausen, Waldeck, Reuß ältere und Reuß jüngere Linie, Schaumburg-Lippe, Lippe, Lübeck, Hamburg und Bremen je 1 Stimme: zusammen 43. Die Besorgnis, daß Preußen in diesem Bundesrat überstimmt werden könnte, schlug Bismarck nicht so hoch an; bei seinem tatsächlichen ungeheuren Übergewicht werde es stets die maßgebende Stellung behalten; auch war es ja unmöglich, ihm die Mehrheit der Stimmen zu geben, wenn nicht der ganze Bundesstaat eine Posse werden sollte. Dem Bundesrat aber hat nun Bismarck einen total anderen Charakter verliehen, indem er ihm, in Ausführung eines längst in ihm gereiften Gedankens (74), wie Max Lenz mit glücklicher Wiederaufnahme von Gagerns Wort vom Juni 1848 sagt, durch einen wahrhaft „kühnen Griff“ eben die Befugnisse übertrug,*) welche seine Räte der Schablone nach einem Ministerium zugedacht hatten: der Bundesrat sollte selbst die Regierungsbehörde des neuen Bundesstaats sein und für die verschiedenen Geschäftszweige des Handels, der Zölle, der Eisenbahnen usw. Fachkommissionen von drei bis fünf Mitgliedern aus seiner Mitte bilden. Bei 43 Mitgliedern werde die Gelegenheit gegeben sein, dem Bundesrat die Kapazitäten zuzuführen, deren er in jedem besonderen Zweig seiner Gesetzgebung bedürfe. Was das Wahlrecht zum Reichstag an-

*) v. Keudell S. 327. 335.

Digitized by Google

betrifft, so dachte Bismarck in Putbus am 30. Oktober daran, etwa die Hälfte der Abgeordneten von den Höchstbesteuerten der auf 200 000 Einwohnern zu erweiternden Wahlbezirke wählen zu lassen und die andere Hälfte *) in direkten Urwahlen. Schließlich kam er aber doch auf den am 9. April 1866 öffentlich gemachten (S. 171) und nun nicht mehr wohl zurücknehmbaren Vorschlag zurück, daß das Parlament lediglich nach dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht zu wählen sei. Das indirekte Wahlrecht hielt er für gefährlich, weil es den König hindere, mit den Massen des Volkes, welche in Preußen zu neun Zehntel royalistisch seien, unmittelbar in Berührung zu treten, und er erwartete von einem nach dem Vermögen abgestuften Wahlrecht die Verewigung der Vorherrschaft der liberalen Klassen, welche ihm vier Jahre lang so viel Mühe gemacht hatten.

In Putbus hatte Bismarck schon alles so reiflich durchdacht und teilweise seiner Frau in die Feder diktiert, auch lagen so gründliche Vorarbeiten über Zölle und Handel von Delbrück, über die Eisenbahnen von Reck, über das Kriegswesen von Roon vor, daß er imstande war, bald nach seiner Ankunft in Berlin, die am 1. Dezember erfolgte, den ganzen Verfassungsentwurf am 13. Dezember nachmittags in einem Zuge Lothar Bucher zu diktieren; dieser treffliche Mann stellte dann über Nacht nach dem Stenogramm eine fertige Niederschrift her und schaltete auch die erwähnten ministeriellen Vorarbeiten an den richtigen Stellen ein. So konnte der Entwurf bereits am 14. Dezember in einem Kronrat beraten und genehmigt und am 15. Dezember den Bevollmächtigten der übrigen Staaten zugestellt werden. Als Hauptgesichtspunkt des Entwurfes hob Bismarck hervor, daß dadurch die zwei Hauptgebrechen des ehemaligen deutschen Bundes, die fehlende Sicherheit nach außen und die Unfähigkeit zur Hebung der inneren Wohlfahrt durch gemeinnützige Einrichtungen, beseitigt werden sollten. Zu diesem Zweck ward das Präsidium des neuen Bundes dem König von Preußen übertragen, mit der Maßgabe, daß er den Bund nach außen vertrete, Krieg und Frieden in dessen Namen erkläre, alle Bundesbeamten ernenne, die Bundesbeschlüsse ausführe oder ihre Ausführung überwache und Heer und Flotte des Bundes befehlige. Die Vertretung der Regierungen sollte der Bundesrat (mit dem oben schon genannten Stimmenverhältnis) darstellen; er war

*) v. Keudell S. 337. Vgl. Augst, Bismarcks Stellung zum parlamentarischen Wahlrecht, Leipzig 1917, S. 80 ff.

Digitized by Google

Träger der Bundessouveränetät und sowohl mit gesetzgeberischen als mit Verwaltungsbefugnissen ausgestattet. Das Volk sollte durch einen Reichstag vertreten sein, gewählt nach dem allgemeinen gleichen und direkten Wahlrecht, mit dem Recht der Initiative (des Vorschlags von Gesetzen) ausgestattet, aber ohne Geldentschädigung für seine Mühewaltung. Als Bundessachen wurden bezeichnet Heer und Flotte, auswärtige Politik, Post und Telegraphie, Zölle und Handel. Die Geldmittel des Bundes sollten aus den Zöllen, den gemeinsamen Steuern, den Erträgen von Post und Telegraphie und, soweit das alles nicht zureiche, aus „Matrikularbeiträgen“ beschafft werden, welche von den einzelnen Staaten nach der Kopfzahl ihrer Bevölkerung zu leisten seien. Die Bevollmächtigten nahmen den Entwurf über Neujahr mit nach Hause und traten am 18. Januar unter Vorsitz des früheren preußischen Bundestagsgesandten v. Savigny wieder zusammen: von ihren zahllosen Verbesserungsanträgen hieß Bismarck 18 gut; so ward der Entwurf am 2. Februar allseitig angenommen.

Er ging nun an den am 12. Februar gewählten konstituierenden Reichstag, in den auch Bismarck für Jerichow mit 10 362 von 15 641 Stimmen entsandt wurde und dessen politisches Gesicht durch zwei neue Parteibildungen bestimmt war. Am 26. September 1866 war durch diejenigen Fortschrittler und Mitglieder des linken Zentrums, welche nicht in unfruchtbarer Opposition verharren, sondern vergangen vergangen sein lassen und mit Bismarck am Auf- und Ausbau des neuen Deutschland zusammenarbeiten wollten, die nationalliberale Partei begründet worden; sie erhielt bald aus Hannover, dessen Bevölkerung in ihrer Mehrzahl sich auf den neuen Boden stellte, kräftigen Zuzug und in Rudolf v. Bennigsen ihren Führer,*) neben dem so angesehene Männer wie Graf Schwerin, Forckenbeck, Simson, Hammacher, Lasker, Michaëlis, Twesten und v. Unruh standen. Wie sich von der Linken die nationalen Elemente ablösten, so von der Rechten; unter der Führung der schlesischen Magnaten Graf v. Bethusy-Huc, Graf Fred Frankenberg, Herzog v. Ujest, Herzog v. Ratibor bildete sich, nicht ohne Rücksicht auf die bekannten liberalen Gesinnungen des Kronprinzen, die freikonservative Partei (im Reichstag seit 1871 „deutsche Reichspartei“ genannt), mit der Absicht, neben der Wahrung der Autorität der Krone die Grundsätze maßvoller bürgerlicher Freiheit und besonnenen Fortschritts zu ver-

*) Hermann Oncken, Rudolf v. Bennigsen. 2 Bände. Stuttgart 1910.

Digitized by Google

fechten. Bei den Wahlen zum Reichstag erlangten die Nationalliberalen 79, die Freikonservativen 36 Sitze, die Altliberalen 27; die Rechte (Konservative) zählte 59, die Fortschrittspartei nur 19 Mann. Auf die Partikularisten entfielen 17 (darunter 9 aus Hannover, 7 aus Schleswig-Holstein, 1 aus Frankfurt), auf die Polen 13, die Dänen 2, die Sozialdemokraten 1 Sitz. Somit waren die äußersten Richtungen in dem (am 24. Februar eröffneten) Parlament in entschiedener Minderheit, und Bismarck durfte hoffen, daß aus den Beratungen eine brauchbare Verfassung hervorgehen werde. Dem war auch so. Zum Präsidenten der Versammlung wurde ein Nationalliberaler, Simson, der einstige Präsident des Frankfurter Parlaments, gewählt, und alle Anstände, welche sich erhoben, wurden, obschon nicht ohne heiße Kämpfe, beseitigt. Die erste Schwierigkeit betraf die Verkürzung des Budgetrechts des Reichstags in Militärsachen gegenüber dem preußischen Landtag; der Reichstag sollte ein für allemal für jeden bei der Fahne dienenden Soldaten jährlich 225 Taler als Pauschalsumme bewilligen, und ein Prozent der Bevölkerung sollte unter der Fahne gehalten werden (sogen. Äternat). Hier erklärte selbst ein Nationalliberaler, Twesten, daß ohne eine Änderung dieses Punktes der preußische Landtag schließlich die Verfassung auf jede Gefahr verwerfen müsse. Gegen diesen Standpunkt erhob sich Bismarck am 11. März 1867 in einer gewaltigen Rede. „Was würden Sie wohl einem Invaliden von Königgrätz antworten, wenn er nach den Ergebnissen der gewaltigen Anstrengungen des Jahres 1866 fragte? Sie würden ihm etwa sagen: „Ja freilich, mit der deutschen Einheit ist es wieder nichts geworden; die wird sich bei Gelegenheit finden; aber wir haben das Budgetrecht des preußischen Abgeordnetenhauses gerettet, das Recht, jedes Jahr die Existenz der preußischen Armee in Frage zu stellen; darum haben wir mit dem Kaiser von Österreich unter den Mauern von Preßburg gerungen. Du tröste dich damit, Krieger, und auch die Witwe mag sich trösten, die ihren Mann begraben hat." Meine Herren, diese Situation ist eine Unmöglichkeit! Arbeiten wir rasch, setzen wir Deutschland in den Sattel; reiten wird es schon können!" Dieser mächtige Anruf an das nationale Pflichtgefühl, diese packende Warnung vor doktrinärer Grundsatzreiterei verfehlten ihres Eindrucks nicht; und Bismarck trat dann bei den Verhandlungen über einen Ausgleich der Gegensätze für tunlichste Nachgiebigkeit der Regierungen in dieser Frage ein. Schließlich wurde durch die Vermittlung Bennigsens und des Herzogs v. Ujest ein Ausgleich getroffen, wonach bis 30. Dezember 1871 ein Prozent der Bevölkerung

Digitized by Google

unter der Fahne dienen und für den Kopf die 225 Taler bezahlt werden sollten; von jener Frist ab sollte die Friedenspräsenz durch ein Bundesgesetz festgestellt werden, bis zum Erlaß eines solchen Gesetzes aber in der genannten Höhe fortbestehen; es war also doch eine wenn auch unbestimmte Aussicht auf ein Ende dieses Zustands eröffnet; das „Aternat“ ward beseitigt. Die Verausgabung der Summen sollte jährlich durch das Haushaltgesetz festgestellt werden, so daß der Reichstag darauf Einfluß ausüben konnte. Ein zweiter Punkt betraf die Frage der Taggelder (Diäten) für die Abgeordneten. Wie wir wissen, hatte sich Bismarck schließlich für Gewährung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts für den Reichstag entschieden, und der Reichstag hatte auf den Antrag Fries und Genossen gegen den Widerspruch des hannöverischen Partikularisten und Ultramontanen Windthorst noch das Erfordernis des geheimen Wahlrechts (statt des öffentlichen, wie in Preußen) hinzugefügt. Diesem Verlangen gaben die verbündeten Regierungen auf Bismarcks Rat nach; wie er in den „Hamburger Nachrichten“ vom 5. Mai 1895 erklärt hat, geschah es in Rücksicht auf die Volksstimmung; um im Fall des Angriffs einer Koalition auf den norddeutschen Bund eine „nationale Volksbewegung als ultima ratio entfesseln zu können“, wollte er „deren Möglichkeit pflegen und schonen.“ Um so entschiedener aber hielten die verbündeten Regierungen daran fest, daß die Diätenlosigkeit das notwendige Gegenstück des allgemeinen Wahlrechts sei: entweder dieses und keine Diäten, oder Diäten und beschränktes Wahlrecht — auf irgend eine Weise sollte bewirkt werden, daß die besitzenden Elemente vorzugsweise die Mitglieder des Parlaments stellten. Am 30. März gab Bismarck die bestimmte Erklärung ab, daß die verbündeten Regierungen sich unter keinen Umständen auf Bewilligung oder auch nur Zulassung von Diäten einlassen könnten. Der Reichstag faßte zwar damals gleichwohl den Beschluß auf Diäten, aber nur mit 136 gegen 130 Stimmen, und als die Regierungen festblieben, ließ der Reichstag die Diäten fallen. So war eine vollständige Einigung erzielt, und am 16. April wurde die Verfassung des „norddeutschen Bundes“ im Reichstag mit 230 gegen 53 Stimmen (bei einer Gesamtzahl von 296) genehmigt. Die einzelnen Landtage gaben in den nächsten Monaten auf diese Verfassung hin ihre Zustimmung zu dem Eintritt ihrer Staaten in den norddeutschen Bund, und am 1. Juli trat dieser ins Leben. Bismarck übernahm in ihm nach Artikel 12 das Amt des Bundeskanzlers, mit dem der Vorsitz im Bundesrat verknüpft war. Sein

Digitized by Google

wichtigster Gehilfe und sein Stellvertreter war Rudolf Delbrück (1817—1903),*) der in Gewerbe- und Steuerfragen als Autorität ersten Ranges galt und als Präsident des sogenannten Bundes- (seit 1871 Reichs-) kanzleramtes dieses Amt zu hoher Bedeutung brachte; alle Fäden der Bundesverwaltung liefen hier zusammen, die Lösung aller Fragen wurde hier vorbereitet.**)

Ein ungeheurer Fortschritt in der deutschen Einheitsbewegung war durch die Errichtung des norddeutschen Bundes erzielt. Ganz Norddeutschland, einschließlich des nördlich vom Main liegenden Teils des Großherzogtums Hessen, der Provinz Oberhessen, war damit politisch, militärisch und wirtschaftlich in einer Weise geeinigt, wie dies kaum in den Zeiten unserer mächtigsten Kaisergeschlechter der Fall gewesen war. In dieser Einigung, welche durch die unbedingt vorwaltende Macht Preußens verbürgt war, lag die Gewähr größter Sicherheit nach außen und einer mächtigen Entwicklung im Innern. Indem Preußen durch die geheimen Schutz- und Trutzverträge mit den süddeutschen Staaten militärisch für alle Fälle aufs engste verbunden war, bestand bereits eine Einheit der gesamten Nation nördlich wie südlich des Mains, an welcher alles Übelwollen des Auslandes und alle seine Waffenmacht ein unüberwindliches Hindernis finden mußte.

Eine Probe auf diese Einheit wurde bereits während der Verhandlungen über die Errichtung des norddeutschen Bundes gemacht. Kaiser Napoleon, von Preußen mit seinen Versuchen auf Belgien und Luxemburg***) hingehalten, verlangte am 18. März von König Wilhelm III. von Holland, daß er einen Vertrag eingehen solle, nach dem er als Großherzog von Luxemburg dem Kaiser seine Rechte auf dieses Land gegen eine Summe von 5 Millionen Franken abtrete; aber der König forderte, da er nur ungern sich zu dem Vertrag herbeiließ, daß die Zustimmung Preußens erwirkt werde, ohne welche auch er nicht gebunden sein sollte. Nun hatte Bismarck, als Benedetti ihm von den Absichten seines Souveräns auf Luxemburg sprach, sich nicht unbedingt widersetzt, aber zwei Forderungen gestellt: erstens daß die Sache abgemacht sein müsse, ehe der Reichstag beisammen sei, weil dieser sonst sich der Angelegenheit bemächtigen und das nationale Gefühl aufgeregt werden würde, was auf

*) R. Delbrück, Lebenserinnerungen, Berlin 1905, 2 Bände. Vgl. S. 285.

**) Vgl. Fr. v. Poschinger, Fürst Bismarck als Volkswirt, 1, 56.

***) Mattschoß, Die Kriegsgefahr von 1867, Bunzlau 1908. Vgl. die Besprechung dieser Schrift von Guyot in der Chuquetschen Zeitschrift feuilles d'histoire 1 (1909) 307—320.

Digitized by Google

die Haltung Preußens nicht ohne bestimmenden Einfluß sein könne; zweitens daß Preußen erst in Kenntnis gesetzt werde, wenn die Sache zum Abschluß gebracht sei, damit ihm eine formelle Zustimmung zu einer erst vorzunehmenden Abtretung erspart werde. Beide Bedingungen wurden von Napoleon nicht eingehalten; er zögerte mit den Verhandlungen bis Mitte März, und er konnte Wilhelm III. auch da nicht zu einem sofortigen rückhaltlosen Ja bestimmen. Da Luxemburg von einem deutschen Volksstamm bewohnt und bisher Glied des deutschen Bundes gewesen war, überdies die Stadt als bisherige deutsche Bundesfestung noch von 6000 Preußen besetzt gehalten wurde, so war für Bismarck die formelle Preisgabe des Ländchens ohne Beeinträchtigung der nationalen Ehre nicht möglich. Er ließ deshalb gleich am 19. März im Staatsanzeiger den bisher geheim gehaltenen Schutz- und Trutzvertrag mit Bayern, dann auch die Verträge mit Württemberg und Baden veröffentlichen, um den Franzosen zum Bewußtsein zu bringen, daß sie es im Kriegsfall mit ganz Deutschland zu tun haben würden; und nun leitete auch Hessen-Darmstadt, obwohl dort der preußenfeindliche Minister v. Dalwigk noch am Ruder war, Verhandlungen über einen ähnlichen Vertrag mit Preußen ein, welche am 11. April zum Abschluß führten. Im Reichstag war die Erregung über die französischen Absichten auf ein deutsches Land sehr groß, und v. Bennigsen faßte sofort den Entschluß, in Form einer Anfrage über den Stand der Sache bei der Regierung eine nationale Gegenkundgebung herbeizuführen. Bismarck war es sehr angenehm, wenn er, der diplomatische Rücksichten auf Frankreich nehmen mußte, aber auch Luxemburg nicht preisgeben wollte, von der Nationalvertretung gedrängt wurde, nicht nachzugeben, und aus Bennigsens Briefen wissen wir, daß Prinz Friedrich Karl (Mitglied des Reichstags) ihn vor der Sitzung im Vorzimmer aufsuchte und dringend die Einbringung der Anfrage empfahl; auch der Prinz wollte verhüten, daß aus den diplomatischen Redewendungen, die Bismarck gebraucht hatte, sich die Preisgabe eines deutschen Landes in dem Augenblick ergebe, wo der nationale Staat sich zu bilden schien. Die Rechtsfrage war deshalb verwickelt, weil einmal das niederländische Königshaus Luxemburg erst seit 1815 besaß, als Ersatz für seine nassauischen Erblande, und zwar kraft eines Vertrags, den alle Großmächte damals gut geheißen hatten; Preußen konnte also sagen, daß dieselben Mächte auch zustimmen müßten, wenn Luxemburg von den Niederlanden getrennt werden solle. Dann hatte der Herzog Adolf von Nassau als Verwandter der Oranier 1839, wo

Digitized by Google

zwei Drittel von Luxemburg an Belgien abgetreten wurden, vertragsgemäß sich sein Anrecht auf das selbständig verbliebene Drittel vorbehalten; er war 1866 durch Preußen aus seinem Land verdrängt worden und stand eben im Begriff, das gegen 27 Millionen Mark Entschädigung förmlich anzuerkennen, womit nach preußischer Ansicht dann auch seine Rechte auf Luxemburg an Preußen übergingen. Endlich beruhte das preußische Besatzungsrecht in Luxemburg nicht bloß auf dem Bundesvertrage von 1815, sondern es war durch zwei weitere Verträge zwischen Preußen und dem König der Niederlande von 1816 und 1817 näher bestimmt worden. Bismarck suchte den französischen Botschafter Benedetti auch jetzt zu möglichst kaltblütiger Behandlung der Sache anzuhalten und antwortete am 1. April 1867 auf die Anfrage Bennigsens, der jedes Recht des Königs von Holland zum Verkauf eines deutschen Landes bestritt, mit großer Vorsicht. Er ließ aber doch deutlich erkennen, daß Preußen, falls wirklich die Absicht einer Abtretung bestehe, was er noch nicht sicher wisse,*) sich jedenfalls darüber unterrichten müsse, wie die Sache von seinen Bundesgenossen, von der öffentlichen Meinung in Deutschland und von den Unterzeichnern der Verträge von 1839 aufgenommen werde. Keine fremde Macht werde zweifellose Rechte deutscher Staaten und Bevölkerungen beeinträchtigen; die verbündeten Regierungen hoffen, imstande zu sein, solche Rechte durch friedliche Verhandlungen und ohne Gefährdung der freundlichen Beziehungen zu den Nachbarn zu schützen. Das werde um so eher der Fall sein, je mehr die Beratungen des Reichstags das unerschütterliche Vertrauen, den unzerreißbaren Zusammenhang des deutschen Volkes mit seinen Regierungen betätigen werden. Dieses: seid einig, einig, einig! verfehlte seine Wirkung nicht; die Streitfragen, welche sich über die Verfassung erhoben hatten, wurden unter dem Druck der nationalen Gefahr in wenigen Wochen, wie wir sahen, alle beglichen und der dauernde Zusammenschluß des Nordens erreicht. In Paris machte die Geschlossenheit der Deutschen auch einen tiefen Eindruck; man knirschte über das Hindernis, das sich auch dieser kleinen Vergrößerung Frankreichs, dieser mäßigen Genugtuung für das 1866 verschobene Verhältnis der Mächte entgegenstelle; aber im Bewußtsein der militärischen Schwäche wagte man nicht, es auf einen Krieg mit den Deutschen ankommen zu

*) Benedetti hatte ihm vor der Sitzung von dem Vertrag amtlich und formell Mitteilung machen wollen, auf Bismarcks Mahnung aber, die verhängnisvolle Kugel nicht aus dem Rohr zu lassen, die Sache noch für sich behalten.

Digitized by Google

lassen, und der schon um den 8. März unternommene Versuch, Österreich durch das Versprechen Schlesiens oder auch Süddeutschlands als Siegesbeute zum Bundesgenossen zu gewinnen,*) scheiterte an der Erklärung Franz Josephs, daß er einen Krieg zum Zweck der Verminderung deutschen Besitzes mit Rücksicht auf seine zehn Millionen deutscher Untertanen nicht unternehmen könne.**) Auch Bismarck wünschte einen Krieg nicht; ohne zuverlässige Kenntnis von der jetzigen militärischen Lage des Gegners hielt er im Gegensatz zu Moltke, der den Krieg jetzt zu führen riet, einen ungünstigen Ausgang des Kampfs und damit eine schwere Gefährdung des Erreichten für möglich; es schien ihm besser, zuzuwarten, bis das preußische Heer die 1866 verbrauchten Vorräte ergänzt habe und die süddeutschen Streitkräfte durch die nun auch dort sicher bevorstehende Einführung der allgemeinen Wehrpflicht entwickelt und mit den norddeutschen zu einem einheitlichen Körper verschmolzen seien. Das formell Entscheidende war, daß König Wilhelm III. aufatmend zur großen Freude seiner Luxemburger erklärte, daß, da Preußens Zustimmung nicht erfolgt sei, er den Vertrag als hinfällig ansehe. Napoleon mußte sich damit begnügen, daß am 7. Mai nach dem von Österreich ausgegangenen Vorschlag in London eine Konferenz der Großmächte zusammentrat, um Luxemburg für alle Zukunft für neutral zu erklären. Am 11. Mai wurde der diese Lösung der Frage enthaltende Vertrag unterzeichnet. Mit der nun erfolgenden Räumung der Festung Luxemburg durch die Preußen und ihrer Schleifung hatte Napoleon

*) S. Wilhelm Alter, Deutschlands Einigung und die österreichische Politik, deutsche Rundschau 145 (1910) 104—124: ein auf mancherlei neuen Stoff (Beusts Briefwechsel mit Bray) gestützter Aufsatz. Alter ist freilich durch Friedjung und Wojnowich 1912 überführt worden, daß er in seiner Schrift über Benedek entweder gefälschte Quellen mit Bewußtsein verwandt oder solche kritiklos sich hat unterschieben lassen, und er hat im Januar 1913 in Salzburg durch Selbstmord geendet. Gegen seine übrigen Schriften ist aber ein derartiger Vorwurf nicht erhoben worden.

**) Alters Mitteilung Seite 106 bedarf indes doch wohl einer Erläuterung. Diese „Verminderung deutschen Besitzes" kann sich natürlich nicht auf eine dadurch herbeigeführte Vergrößerung Österreichs beziehen; eine solche hätte Franz Joseph abzulehnen sich kaum veranlaßt gesehen. Wohl aber ist darunter eine Vergrößerung Frankreichs auf Kosten Deutschlands zu verstehen; zu einer solchen konnte der Kaiser aus Rücksicht auf die Stimmung der Deutschösterreicher nicht mitwirken, und damit fiel der ganze Entwurf dahin. Für Österreich Eroberungen zu machen und selbst leer auszugehen hatte Napoleon III. natürlich keine Lust.

Digitized by Google

wenigstens einen gewissen Erfolg erreicht; aber freilich, an dem gemessen, was er beabsichtigt hatte, war sein Mißerfolg weit größer. Das einige Italien hatte an Frankreich als Preis Savoyen und Nizza zahlen müssen; von Deutschland konnte es kein Dorf an sich bringen, nicht einmal ein Herzogtum, dessen Einwohnerschaft nur Sonder- und Kantonsgeist, von deutschem Nationalgefühl aber keine Spur besaß und seit der Auflösung des deutschen Bundes formell nach allen Seiten isoliert dastand — abgesehen von der Zugehörigkeit zum Zollverein, an dem das Ländchen um seiner wirtschaftlichen Wohlfahrt willen auch jetzt noch festhielt und dem es bis 1918 angehört hat.

Hinsichtlich des persönlichen Verhaltens Bismarcks zu der Luxemburger Angelegenheit ist noch zu sagen, daß die Mehrzahl der Historiker der Ansicht ist, er hätte die Abtretung des Ländchens an Frankreich in vollem Ernst ohne Anstand hingenommen, wenn sie unter den angegebenen Bedingungen erfolgt wäre. Bei der besonderen Natur des Falls, wo es sich um ein kleines, äußerlich und innerlich seit 1648 vom Reich völlig losgelöstes und erst 1815 wieder mit Deutschland verbundenes Ländchen handelte, sei es wahrscheinlich, daß der Minister dessen Übergang an Frankreich nicht als einen nationalen Schaden angesehen hätte, und es habe ihm daran liegen müssen, seine halben Zusagen zu erfüllen und den Kaiser und die Franzosen durch einen wenn auch kleinen Erfolg zu befriedigen. Mattschoß aber ist der Meinung, daß Bismarcks innerster Gedanke darauf gerichtet war, die Franzosen hinzuhalten und ihr Bestreben schließlich zu vereiteln. So viel ist sicher, daß Bismarck jedenfalls von dem Augenblick an, wo die Abtretung Luxemburgs nur noch unter Verletzung des Nationalgefühls möglich war, sich ihr widersetzt hat. Die Art, wie die Sache in Paris hingezogen wurde, ist doch wesentlich mit schuld daran, wenn das eintrat und der Zeitpunkt, wo eine vollendete Tatsache hätte geschaffen werden können, verpaßt worden ist. Vom deutschen Standpunkt war das nur erfreulich.

Die nächste Aufgabe, welche nach Errichtung des norddeutschen Bundes und der Abwehr der Kriegsgefahr zu lösen war, bezog sich auf das Verhältnis des norddeutschen Bundes zu den vier süddeutschen Staaten. Nach dem Prager Frieden Artikel 4 hatte sich der Kaiser von Österreich damit einverstanden erklärt, daß, wie Preußen nördlich von der Linie des Mains einen Bund begründe, so „die südlich dieser Linie gelegenen deutschen Staaten in einen Verein zusammentreten, dessen nationale

Digitized by Google

Verbindung mit dem norddeutschen Bunde der näheren Verständigung zwischen beiden vorbehalten bleibt und der eine internationale unabhängige Existenz haben wird.“ Dieser sogenannte „Südbund“ war eine Möglichkeit, welche allen national gesinnten Männern ein Dorn im Auge war; sie wollten nicht zwei Bündnisse der Deutschen, sondern ein einziges, und der nationalliberale Führer Dr. Miquel, damals Bürgermeister von Osnabrück, erklärte im Reichstag am 9. März: „Die Mainlinie ist keine Scheidewand mehr, sondern nur eine Haltestelle, auf der wir Atem schöpfen, gleichsam um Kohlen und Wasser einzunehmen und dann weiter zu fahren.“ Dem damit in Aussicht genommenen Eintritt der süddeutschen Staaten in den norddeutschen Bund stand aber nicht bloß die Abneigung der Mehrzahl der Süddeutschen gegen einen solchen Schritt im Wege, sondern auch eben der Prager Friede, der zweifellos das Dasein zweier getrennter Bündnisse voraussetzte. Bismarck verhielt sich deshalb auch ablehnend, als am 18. November 1867 der badische Ministerpräsident Mathy, ein treuer Patriot, dem Gustav Freytag ein so schönes biographisches Denkmal gesetzt hat,*) in einer Denkschrift namens seines ebenfalls kerndeutschen Großherzogs Friedrich den Eintritt Badens in den norddeutschen Bund anbot. Andererseits war aber aus dem Artikel 4 doch nicht mehr herauszulesen, als daß ein Südbund zulässig war; eine Verpflichtung, ihn zu schließen, war den Süddeutschen nicht auferlegt, und er ist auch nicht zustande gekommen, schon deswegen, weil Baden unter keinen Umständen daran teilnehmen wollte und weil Württemberg und Hessen dadurch notwendig unter die Führung des weit mächtigeren Bayern geraten wären; wenn man in Stuttgart und Darmstadt sich Preußen nicht unterordnen wollte, so war man noch weit weniger geneigt, sich von Bayern ins Schlepptau nehmen zu lassen. So kam es zunächst weder zu einer Erweiterung des norddeutschen Bundes auf den Süden, was Bismarck vorläufig auch deswegen nicht bedauerte, weil sich so der norddeutsche Bund, in dem Preußen ein entschiedenes Übergewicht hatte, einleben und befestigen konnte, noch kam es zur Errichtung des Südbundes. Die nationale Einigung stand deswegen doch nicht still. Einmal wurde die militärische Organisation dadurch einheitlich gestaltet, daß die allgemeine Wehrpflicht 1867—68 im Süden durchgeführt wurde; es verstand sich von selbst, daß Staaten, welche sich im Kriegsfall mit ganzer Macht beistehen sollten, auch die gleichen Leistungen über-

*) Karl Mathy, Leipzig 1868.

Digitized by Google

nehmen mußten, daß also nicht ein Staat seine gesamte Wehrmannschaft aufbot, ein anderer aber nur einen Teil. Das sächsische Heer bildete kraft Vertrags vom 7. Februar 1867 ein eigenes Armeekorps unter besonderer Verwaltung, das 12., und die hessische Division wurde durch die Abkunft vom 11. April 1867, welche das Schutz- und Trutzbündnis auf Hessen erstreckte, als Teil des elften Armeekorps ganz ins preußische Heer eingefügt. In Bayern war seit 31. Dezember 1866 durch König Ludwig II. der Vorsitz im Ministerrat, das Ministerium des königlichen Hauses und das des Äußeren dem Fürsten Chlodwig von Hohenlohe-Schillingsfürst übertragen worden, einem Staatsmann von treuer deutscher Gesinnung, der in seiner Rede in der Abgeordnetenkammer vom 17. Januar 1867 *) als Zielpunkt der bayrischen Politik bezeichnete die Einigung aller, oder soweit dies nicht möglich sei, doch der meisten deutschen Stämme zu einem Bund mit kräftiger Zentralgewalt und einer parlamentarischen Verfassung, unter gleichzeitiger Wahrung der Integrität des Staates und der Krone Bayern. Solange dieser Bund wegen des Prager Friedens und wegen der Hinneigung des Nordens zum Einheitsstaat nicht ausführbar sei, solle Bayern als Staat zweiten Rangs sich an Preußen anlehnen und im Fall eines Kriegs gegen das Ausland sich offen als seinen Bundesgenossen erklären — daß Bayern sich dazu schon vor fünf Monaten formell verpflichtet hatte, durfte Hohenlohe in diesem Augenblick noch nicht offen sagen; seine Sprache mißfiel auch so den bayrischen Ultramontanen und Partikularisten sehr. Der Schutz- und Trutzvertrag bedurfte nach der bayrischen Verfassung der Genehmigung durch den Landtag nicht; anders stand es in den übrigen Staaten, und die Ultramontanen und Demokraten setzten in ihrer Verbohrtheit alles in Bewegung, um die Genehmigung eines Abkommens, das den Süddeutschen weit mehr nützte als den Norddeutschen, durch die Landtage zu hintertreiben. Für diesen Fall war aber Bismarck entschlossen, auch die Zollgemeinschaft mit Staaten abzubrechen, welche Preußen militärisch im Stich lassen wollten; es lag auch auf der Hand, daß Wehr- und Zollgemeinschaft mit einander standen und fielen. So nahmen die süddeutschen Landtage am 18. und 29. Oktober 1867 die Schutz- und Trutzverträge an; der badische, in seiner großen Mehrheit liberal, tat es mit allen gegen 1, der württembergische mit 58 gegen 32 Stimmen. Gleich-

*) S. Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst, Stuttgart 1906, 1, 195.

Digitized by Google

zeitig wurde auch der durch den Krieg von 1866 hinfällig gewordene Zollverein auf neuen Grundlagen aufgerichtet. Das sogenannte liberum veto der einzelnen Staaten, vermöge dessen jeder von ihnen einen Mehrheitsbeschluß als für ihn nicht rechtsverbindlich ablehnen und damit unwirksam machen konnte, wurde auf Bismarcks Betreiben beseitigt, weil dadurch jeder Fortschritt aufgehalten wurde, und es wurde die Gültigkeit der Mehrheitsbeschlüsse eingeführt. Die Zollgesetzgebung sollte künftig ebenso von dem Bundesrat und dem Reichstag ausgeübt werden, wie diesen ja die übrige Gesetzgebung zustand. Der Bundesrat wurde für diese Fälle durch 6 bayrische, 4 württembergische, 3 badische und 2 weitere hessische Stimmen verstärkt und auf 58 Stimmen gebracht. In den Reichstag sollten aus Bayern 48, aus Württemberg 17, aus Baden 14, aus dem südlich vom Main gelegenen Teil Hessens 6 Abgeordnete gewählt werden, zusammen 85, so daß das Parlament für Zollsachen (daher „Zollparlament") 384 Mitglieder zählte.*) Die Zollgesetzgebung sollte sich auf die Zölle und die Besteuerung des im Inlande gewonnenen Salzes und des ebenda erzeugten oder eingeführten Tabaks erstrecken. Auf diesen Grundlagen wurde der Zollverein wieder auf zwölf Jahre abgeschlossen, aber mit der Maßgabe, daß er, falls er nicht gekündigt werde, ohne weiteres abermals zwölf Jahre in Kraft bleiben sollte. Der neue Vertrag mußte natürlich von den Landtagen der Südstaaten genehmigt werden, und dieselbe Opposition, welche sich gegen die Schutz- und Trutzverträge erhoben hatte, der Demokraten, Ultramontanen und konservativen Partikularisten, suchte auch den Zollvereinsvertrag zum Scheitern zu bringen. Neben dem politischen Beweggrund, der Furcht, daß die Einigung in wirtschaftlichen Dingen die politische Einigung naturnotwendig nach sich ziehen werde, war die wirtschaftliche Erwägung maßgebend, daß das in Preußen herrschende freihändlerische Prinzip der süddeutschen Industrie, welche der Schutzzölle nicht entraten zu können glaubte, verhängnisvoll werden müsse. Die Anhänger Preußens im Süden, welche den norddeutschen Bund möglichst bald zum deutschen Reiche ausbauen wollten, traten für die gemeinsamen Einrichtungen des Zollbundesrats und Zollparlaments in der Hoffnung ein, daß aus ihnen sich die Reichseinrichtungen von selbst entwickeln würden, und der Handel und die Industrie fürchteten von der

*) Karl Zuchardt, Die Finanzpolitik Bismarcks und der Parteien im norddeutschen Bunde. Leipzig 1910.

Digitized by Google

Auflösung des Zollvereins noch weit schwereren Schaden als von freihändlerischer Beeinflussung der Zollgesetzgebung. So kam es, daß die bayrische Abgeordnetenkammer am 22. Oktober den Vertrag mit 117 gegen 17 Stimmen annahm. Hohenlohe versuchte im letzten Augenblick, durch persönliche Vorstellungen bei Bismarck eine Nachgiebigkeit im Punkt des Vetos zu erreichen, da die Kammer der Reichsräte in diesem Punkt nicht nachgeben wollte. Am 27. Oktober hatte er mittags zwei Uhr eine Unterredung mit Bismarck in Berlin.*) Bismarck wies dabei darauf hin, daß er beim Friedensschluß die Interessen Bayerns gegen entgegengesetzte Strömungen wahrgenommen und als deutscher Patriot gehandelt habe; weitere Zugeständnisse könne er aber aus Rücksicht auf die Bundesgenossen nicht machen. Hohenlohes Begleiter, Freiherr v. Thüngen, schlug nun vor, daß man, wenn nicht den Regierungen, so doch der Mehrheit der nichtpreußischen Abgeordneten im Parlament ein Veto zugestehen solle; mit Recht aber hielt Bismarck dem entgegen, daß dadurch die norddeutsche Bundesverfassung — welche ein solches liberum veto einer Reichstagsgruppe natürlich nicht enthielt — gefährdet werden würde. Im Verlauf der Unterredung sprach Bismarck die für seine letzten, stets im Auge behaltenen Ziele bezeichnende Hoffnung aus, daß das Verhältnis Preußens zu Österreich sich nach und nach bessern werde; eine (politische) Verbindung Österreichs, der süddeutschen Staaten und Preußens sei die Krönung des begonnenen Werks. Am 28. Oktober hatten die Bayern eine Audienz bei König Wilhelm; dieser trat völlig dem ablehnenden Standpunkt seines Ministers bei und verwarf jede Abänderung des Vertrags, welche eine Veränderung der norddeutschen Verfassung voraussetze. Glaube Bayern nicht beitreten zu können, sagte er kalt, so solle es austreten: das werde aber der Meinung des Landes nicht entsprechen. Als Hohenlohe nach München zurückkam, lehnte die Abgeordnetenkammer den Beitritt zur Forderung der Reichsräte ab, und am 31. Oktober, dem letzten Tag vor Ablauf der Frist, würgte die Reichsratskammer den Vertrag, wie er war, mit 35 gegen 13 Stimmen hinunter. Am gleichen Tag tat die württembergische Kammer mit 73 Stimmen gegen 16 das gleiche, und so war der Partikularismus wenigstens auf diesem Gebiete gründlich aufs Haupt geschlagen. Am 1. Januar 1868 trat der neue Zollverein ins Leben.

Der Sondergeist zeigte freilich seine Macht bei den Wahlen zum

*) Hohenlohe 1, 275.

Digitized by Google

Zollparlament, welche vom 10. Februar bis 24. März 1868 in den süddeutschen Staaten vollzogen wurden. Von 85 Sitzen fielen den Partikularisten in Bayern 27 (gegen 21) zu; in Württemberg wurden in einem wahren Kesseltreiben gegen die am 7. August 1866 dort gegründete „deutsche Partei", an dem sich die Regierung, die Demokraten und Ultramontanen gleichermaßen beteiligten, in allen 17 Wahlkreisen bloß Partikularisten gewählt; in Baden aber drangen 8 Nationalliberale und nur 6 Partikularisten durch, und der Süden von Hessen entsandte 4 Nationalliberale. Das Gesamtergebnis stellte sich auf 50 Gegner Preußens und des Eintritts in den norddeutschen Bund, 26 entschiedene Befürworter dieses Eintritts und 9 laue Abgeordnete, welche den Eintritt an sich für ratsam hielten, aber doch mancherlei Wenn und Aber auf dem Herzen hatten. Die 50 Partikularisten bildeten im Zollparlament eine eigene, die „süddeutsche" Fraktion, und der Antrag der Nationalliberalen, in einer Antwortadresse auf die Eröffnungsrede des Königs von Preußen die Fortbildung des Zollparlaments zu einem politischen Parlament in Vorschlag zu bringen, wurde am 7. Mai mit 186 gegen 150 Stimmen verworfen, da die Konservativen mit der erreichten Machtstellung Preußens zufrieden waren, die süddeutsche Fraktion mit Austritt aus dem Parlament drohte und die 30 Fortschrittler die Verfassung des norddeutschen Bundes, weil sie keine Grundrechte und keine Ministerverantwortlichkeit enthielt, an sich als nicht geeignet ansahen, also von ihrer Ausdehnung auf den Süden nichts wissen wollten. Bismarck hielt bei diesem Anlaß sich gänzlich zurück, da er im Augenblick eine Erweiterung des norddeutschen Bundes über den Süden überhaupt nicht für zeitgemäß ansah; im Herzen aber war er natürlich auf seiten der Nationalliberalen, und der 18. Mai gab ihm Gelegenheit zu einem wirkungsvollen Wort. Es stand der Antrag der Nationalliberalen zur Erörterung, nach dem der Bundesrat die herabgesetzten hessischen Weinzölle mit den bestehenden indirekten Steuern in einen für den hessischen Weinbau erträglichen Zusammenhang bringen sollte. Aus diesem Anlaß bestritt der württembergische Abgeordnete für Biberach, Rudolf Probst, die Zuständigkeit des Zollparlaments zu einem solchen Beschluß und wies darauf hin, daß man im Hinblick auf das Ausland, d. h. Frankreich, das Zollparlament nicht zum Schauplatz politischer Kämpfe zwischen Nord und Süd machen solle, weil dadurch das Ausland gereizt werden könnte. Daraufhin nahm Bismarck das Wort und sagte: „Wir gefährden die Selbständigkeit des Südens in keiner Weise; Sie werden von uns weder mit einer

Digitized by Google

Überredung, noch mit einer Bitte, noch auch nur mit einem Wunsche aufgefordert werden, Ihr Programm aufzugeben. Sie halten uns für viel empressierter, als wir sind! Dem Herrn Vorredner aber und allen, die dasselbe Thema mit ihm behandeln, gebe ich zu bedenken, daß ein Appell an die Furcht vor dem Ausland in deutschen Herzen niemals ein Echo findet!" Lebhafter Beifall begrüßte diese mannhaften Worte, und der Abgeordnete des bayrischen Allgäu, der prächtige Joseph Völk, betonte, daß im Süden auch andere Ansichten bestünden, als sie Probst vorgetragen habe, daß selbst die Deutschösterreicher schon zu dem neuen deutschen Staat als einer Stütze der deutschen Nationalität mit Vertrauen aufblickten, und rief: „Meine Herrn, es ist Frühling geworden in Deutschland!" Als am 23. Mai das Zollparlament geschlossen wurde, hob die (von Bismarck verfaßte) Thronrede hervor, daß diese erste Tagung des Parlaments das gegenseitige Vertrauen der deutschen Stämme und Regierungen zu einander gekräftigt und manche Vorurteile zerstört oder doch gemindert habe, welche der einmütigen Betätigung der Liebe zu dem gemeinsamen Vaterlande, die das gleiche Erbteil aller Stämme sei, etwa im Wege gestanden haben. Mit dem geschäftlichen Ergebnisse des Zollparlaments konnte Bismarck freilich zunächst nicht sehr zufrieden sein. Das Bestreben, der Finanznot der einzelnen Staaten durch eine Tarifreform abzuhelfen, die eine Erdölsteuer und eine erhebliche Erhöhung der Tabaksteuer enthielt, fand bei dem Parlament eine ungünstige Aufnahme. Bei der zweiten Tagung vom Juni 1869 ward ebenso wenig erreicht; erst bei der dritten gelang es, dadurch die Tarifreform durchzusetzen, daß statt des das Licht verteuernden Erdölzolls der Kaffeezoll auf 17 Mark 50 Pfennig für den Zentner erhöht wurde. Am 7. Mai 1870 ergab sich für dieses Tarifgesetz eine Mehrheit von 179 gegen 65 Stimmen.

Das Zollparlament, dieses Band zwischen Nord und Süd, hatte sich durch diesen Beschluß als fähig zu positiver Arbeit erwiesen, und auch sonst entwickelten sich die Beziehungen zwischen dem Norden und Süden wenigstens insofern günstig, als die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in den Südstaaten (mit dreijähriger Dienstzeit) und ihre Annäherung an die Einrichtungen des preußischen Heerwesens die Grundlage für ein mächtiges, allen Aufgaben gewachsenes deutsches Heer schufen. Die politische Verschmelzung aber machte nur sehr langsame Fortschritte. In Bayern gewannen die Ultramontanen durch die Wahlen vom 25. November 1869 80 Stimmen gegen 74 liberale, und Hohenlohe mußte infolge davon

Digitized by Google

am 7. März 1870 seine Entlassung nehmen, da er der nun in der Mehrheit befindlichen Partei als Preußenfreund und als Verfasser des Rundschreibens gegen die beabsichtigte Unfehlbarkeitserklärung des Papstes vom 9. April 1869 doppelt verhaßt war. In Württemberg erlangten die Demokraten und die Ultramontanen bei der Landtagswahl am 8. Juli 1868 unter 70 Sitzen 46; sie forderten die Errichtung eines Südbundes, der sich an Frankreich anlehnen sollte („lieber französisch," hieß es, „als preußisch!"), und versuchten im Frühjahr 1870 durch Sammlung von 150 000 Unterschriften für Einführung des Milizsystems mit kurzer Ausbildungszeit die einheitliche deutsche Wehrverfassung zu durchbrechen und nach schweizerischem Vorbild ein „Volksheer" zu schaffen, das sich nicht als Werkzeug des „Cäsarismus" zum Völkermord gebrauchen lasse. Offen strebte die „Volkspartei" nach der Republik; ihr hochbegabter Führer Karl Mayer, der über die Masse des württembergischen Volkes eine Gewalt besaß wie sie seit den Tagen des Bauernkriegs niemand mehr besessen hat, sprach davon, daß man die Kronen mit Geld ablösen könne, wie vor zwanzig Jahren Fronden und Zehnten. Dieses Anschwellen der demokratischen Flut trieb freilich die Regierungen wieder mehr auf die Seite Preußens, das 1849 die süddeutschen Throne gegen die Revolution gerettet hatte. König Karl von Württemberg ließ den Thronfolger Prinz Wilhelm 1869 ins preußische Heer eintreten und übertrug am 23. März 1870 als Antwort auf die Unterschriftensammlung das Kriegsministerium dem entschiedensten Anhänger Preußens, den es damals in Württemberg gab, Albert v. Suckow, der mit kluger Nachgiebigkeit durch eine Ersparnis von einer halben Million Gulden an den Heereskosten, welche die Opposition zunächst befriedigte, die preußische Organisation der Truppen bis auf bessere Zeiten zu retten wußte. Suckow ist im Mai 1868 in Berlin gewesen, um mit Moltke Rücksprache für den Fall eines französischen Krieges zu nehmen, und damals hat ihm Bismarck offen seine innersten Gedanken erschlossen.*) „Strategisch genommen ist die Verbindung mit dem Süden keine Verstärkung für uns, und politisch haben wir kein Bedürfnis, uns mit den heterogenen Elementen im Süden zu verschmelzen, wo man nicht weiß, ob die Partikularisten oder die Demokraten die ärgeren Feinde Preußens sind. *Wir tragen alle die nationale Einigung im Herzen; aber*

*) Rückschau von Albert v. Suckow, herausgegeben von Professor Dr. Wilhelm Busch in Tübingen, Tübingen 1909, S. 140.

Digitized by Google

für den rechnenden Politiker kommt zuerst das Notwendige und dann das Wünschenswerte, also zuerst der Ausbau des Hauses und dann dessen Erweiterung. Erreicht Deutschland sein nationales Ziel noch im 19. Jahrhundert, so erscheint mir das als etwas Großes, und wäre es in zehn oder gar fünf Jahren, so wäre das etwas Außerordentliches, ein unverhofftes Gnadengeschenk von Gott ... Mit der Zeit werden die acht Millionen Süddeutsche versöhnlich werden, zumal wenn wir ihnen keinen Zwang antun und so ihre Vorurteile [als ob Preußen darauf sinne, sie zu vergewaltigen] Lügen strafen. Den Nationalliberalen habe ich immer gesagt, daß ich die Sache vom Standpunkt des Jägers betrachte. Wenn ich einen Kirreplatz anlegen will, schieße ich nicht gleich die erste Ricke weg, sondern warte, bis das Rudel die Fütterung angenommen hat." Bismarck verstand unter der „ersten Ricke" Baden, das stets bereit war, für sich allein in den norddeutschen Bund einzutreten. Als am 24. Februar 1870 der Nationalliberale Lasker den Antrag auf möglichst ungesäumte Aufnahme Badens stellte, lehnte Bismarck ab; er wollte nur das „ganze Rudel" zugleich aufnehmen.*) Hatten sie Baden nicht mehr unter sich, so verfielen Bayern und Württemberg voraussichtlich vollends dem Partikularismus; Bismarck „wollte die Sahne nicht von der Milch abschöpfen, damit diese nicht sauer werde." Er wollte nichts überstürzen, alles langsam reifen lassen: um so sicherer war dann die Ernte. Rothan (souvenirs diplomatiques, 1884, 1, 363 ff.) hat freilich behauptet, daß Bismarck Ende 1869, als die demokratische Flut im Süden immer höher anschwoll und Zar Alexander II. für den Thron seines württembergischen Schwagers fürchtete, den Gedanken gehabt habe, die Furcht der süddeutschen Dynastien zu benutzen und König Wilhelm zur Annahme des Kaisertitels zu bewegen: um diesen Kaiser sollten sich dann die deutschen Fürsten als um ihren Beschützer nach außen und nach innen scharen, ohne daß die sonstigen Rechtsverhältnisse geändert worden wären. Der Kaisertitel sollte eine Fahne sein, welche weithin sichtbar, deutlicher als der Titel Bundespräsidium, die Einheit der Deutschen in militärischer Hinsicht der Welt verkünden sollte: er würde von selbst weiter zur Ausdehnung der Einheit wirken. Die Sache ist aber noch so wenig authentisch bekannt und geklärt (es steht nicht einmal fest, ob der Titel deutscher oder norddeutscher Kaiser lauten sollte), daß der gewissen-

*) Vgl. G. Meyer, Die Reichsgründung und das Großherzogtum Baden S. 47.

Digitized by Google

hafte Historiker einstweilen kaum mehr tun kann, als sie mit allem Vorbehalt verzeichnen. Bismarck selbst sagt da kein Wort davon, wo man es erwarten müßte, bei der Erörterung der Kaiserfrage in Versailles, Gedanken und Erinnerungen 2, 115 ff., und Männer, die als durchaus sachkundig gelten dürfen,*) lehnen den Gedanken völlig ab, als ob Bismarck zu Anfang 1870 das im Sinn gehabt habe, was zu Ende des Jahres „in der Luft lag," vorher aber ganz verfrüht war. „Das Einzelne ist dunkel," sagt z. B. Erich Marcks, „ein großer Anschlag stand schwerlich dahinter." **)

Den freisinnigen Elementen im Süden, die aber daselbst nur eine knappe Mehrheit besaßen, hätte an sich die Entwicklung, welche der norddeutsche Bund nahm, sehr angenehm sein müssen. Bismarck war längst über die konservative Schablone hinausgewachsen und begriff, daß er sein letztes Ziel, die deutsche Einheit, ohne die Beihilfe der Liberalen nicht erreichen konnte. So gab er seine Zustimmung zu der liberalen Gestaltung des wirtschaftlichen Lebens, indem die Gewerbefreiheit und die Freizügigkeit eingeführt und der Unterstützungswohnsitz geschaffen wurde; die gesetzlichen Beschränkungen des Zinsfußes wurden abgeschafft und im Frühjahr 1870 ein Strafgesetzbuch verabschiedet, das unter dem Einfluß der damals herrschenden milden Beurteilung aller Verbrechen und Vergehen das Maß der Strafen durchgängig herabsetzte. Die Todesstrafe wurde nur für zwei Fälle (statt bisher vierzehn) beibehalten: für Mord und für Mordversuch gegen Landesfürsten, welche durch ihre Stellung solchen Anschlägen ausgesetzter sind als Privatleute. Die Liberalen hätten nach der damals im Schwange gehenden Ansicht die Todesstrafe am liebsten ganz abgeschafft; Bismarck trat aber in einer für seine Weltanschauung außerordentlich bezeichnenden Rede am 1. März 1870 im Reichstag gegen den von dem Abgeordneten Fries gestellten Antrag ein. Er führte die Abneigung gegen die Todesstrafe auf die Leugnung eines Lebens nach dem Tode und auf eine die Zeit beherrschende Scheu vor der Verantwortung zurück, welche

*) So der badische Staatsminister a. D. Arthur Dr. v. Brauer, der Bismarck oft über die Kaiserfrage hat reden hören, ohne daß, wie er mir bezeugt hat, dabei jemals von Absichten zu Anfang 1870 gesprochen wurde.

**) Siehe E. Marcks, Otto v. Bismarck, ein Lebensbild, Stuttgart 1915, S. 112. Vgl. hiezu die vortreffliche Darlegung bei Küntzel, Bismarck und Bayern in der Zeit der Reichsgründung, Frankfurt 1910, S. 12—32, der auch Ruvilles Ansicht widerlegt, als ob König Ludwig für den Plan eingetreten sei. Der „Immediatbericht" (S. 497) spricht auch dagegen.

Digitized by Google

von der Verhängung eines Todesurteils untrennbar ist: ob aber die Verantwortlichkeit nicht ebenso schwer sei, wenn man einen Menschen zeitlebens einsperre? Der Antrag ward zwar zunächst in zweiter Lesung mit 118 gegen 81 Stimmen angenommen, in dritter aber, da die Regierungen ihre Zustimmung zum Strafgesetzbuch von der Aufrechterhaltung der Todesstrafe abhängig machten, am 23. Mai mit 127 gegen 119 Stimmen verworfen.

Noch in einer anderen Frage, der Einführung einer juristischen und nicht bloß moralischen Verantwortlichkeit des Reichskanzlers, wich Bismarck von den Liberalen ab. Er erklärte am 22. April 1868 im Reichstag, daß dies den Reichskanzler politisch matt setzen hieße, daß er bei jeder Maßregel den Kreisrichter um Rat fragen müßte, ob sie auch formell zulässig sei, und daß, wenn dieses System in den letzten Jahren in Preußen bestanden hätte, „wir heute noch unter den Ordonanzen des Frankfurter Bundestags stünden.“ Das Gesetz über die Ordnung des Bundesschuldenwesens, bei dessen Beratung der erwähnte Gegensatz hervortrat, scheiterte denn auch. In einem Erbstück aus der Konfliktszeit, der Frage der Straflosigkeit der Parlamentsredner (s. S. 161 ff.), kam Bismarck den Liberalen entgegen, indem die Verfolgung von Parlamentsreden zwar nicht durch ein Gesetz verboten, aber tatsächlich unterlassen wurde. Die Konservativen waren sehr ungehalten darüber, daß der Mann, den sie fast vier Jahre lang in seinem Kampf gegen die Linke treu unterstützt hatten, nunmehr sich dieser Linken zuneigte; für sie waren die Nationalliberalen nicht viel besser als die Fortschrittler, und von diesen höchstens taktisch, nicht aber grundsätzlich verschieden. In der Frage, ob der Provinz Hannover, um sie für die neuen Zustände zu gewinnen, nicht ein Provinzialvermögen oder (was dann durchging), eine Jahresrente von einer halben Million Taler ausgesetzt werden solle, gerieten die Konservativen, welche den Hannoveranern keinen Vorzug vor den alten Landesteilen zugestehen wollten, im Februar 1868 mit Bismarck sehr scharf an einander, und aus ihren Reihen erschollen bittere Klagen, daß Bismarck keinen Widerspruch mehr dulde, von unerträglicher Herrschsucht sei und von der konservativen Partei, als zu seiner Unterstützung gewählt, unbedingte Heeresfolge verlange.*)

*) Denkwürdigkeiten aus dem Leben des Grafen von Roon, 4. Aufl. Breslau 1897, 3, 63. 67.

Digitized by Google

Auch sonst hatte Bismarck in diesen Jahren mit manchen Schwierigkeiten zu kämpfen. Seit Jahren beklagte er sich über den Gesandten am italienischen Hof, Grafen Usedom, der, statt auf seinem Posten zu sein, sich meist auf dem Lande aufhalte und mit dessen Pflichtwidrigkeiten Aktenbände angefüllt seien. Der König wollte sich aber von diesem Diener nicht in schroffer Weise trennen und übersah darüber, „daß Bismarcks dienstliche Last durch Unbrauchbarkeit dieses Mitarbeiters erhöht wurde." Um dieselbe Zeit handelte es sich darum, der Stadt Frankfurt, wenn es zu einer Abkunft über ihre Forderungen an den Staat komme, 750 000 Taler (2 250 000 Mark) auszuwerfen. Nachdem das Staatsministerium hierüber eine Vorlage an den Landtag ausgearbeitet hatte, versprach der König ihr aus freien Stücken zwei Millionen Gulden (3 400 000 Mark), und das Ministerium mußte nun über eine als dienstlich erledigt angesehene Sache nochmals eine Anzahl von Sitzungen halten und eine neue Vorlage ausarbeiten, obwohl die ursprünglich in Aussicht genommene Summe auf Grund eines Gutachtens der Kronsyndici festgestellt worden war. Am 26. Februar 1869 wurde die neue Vorlage eingebracht. Bismarck war aber durch beide Dinge so überreizt und abgearbeitet, daß er an den König ein Entlassungsgesuch richtete, in welchem er sich außerstande erklärte, unter so besonderen Erschwerungen sein Amt fortzuführen, das ihm ohnehin die Pflicht auferlege, über schwierige Fragen die Übereinstimmung zwischen dem König, acht Ministern und drei parlamentarischen Körperschaften herbeizuführen und bei allem die nötige Rücksicht auf die verbündeten und fremden Regierungen zu nehmen. Der König lehnte am 22. Februar das Abschiedsgesuch ab, das er „ein Verderben drohendes Vorhaben" nannte; ebensowenig wie er selbst sein Amt niederlegen dürfe, sei dies Bismarck gestattet; er solle sich von den Geschäften soweit immer möglich entlasten, was ihm bei einem so getreuen Helfer wie Rudolf Delbrück (dem Präsidenten des Bundeskanzleramtes) ja wohl möglich sei. „Ihr Name steht in Preußens Geschichte höher als der irgend eines preußischen Staatsmannes. Den soll ich lassen? Niemals!" Usedom, dessen Geschäftsbetrieb auch dem König jetzt unleidlich erschien, ward darauf entlassen.*)

Im Herbst des Jahres 1868 machte das Defizit in den preußischen

*) S. die Akten im Bismarckjahrbuch 1 (1894) 76—83 und mit den Antworten des Königs vom 22. und 26. Februar 1869 im Anhang zu den Gedanken und Erinnerungen 1 (Stuttgart 1903) 190—199.

Digitized by Google

Finanzen der Regierung große Schwierigkeit. Bismarck war der entschiedenen Ansicht, daß das strengste Festhalten an dem altpreußischen Grundsatz, die laufenden Ausgaben durch die laufenden Einnahmen zu decken, geboten, also die Ausgaben demnach um fünf Millionen Taler zu beschränken seien; gehe das nicht an, so müßten vom Landtag Steuerzuschläge gefordert werden.*) Der Finanzminister v. der Heydt**), ein fleißiger und zu den Geschäften fähiger, aber schöpferischer Ideen entbehrender Mann, schlug dagegen vor, das Defizit einfach durch Übertragung von Budgetposten zu decken, indem zu seiner Beseitigung vorhandene Goldbestände verwendet würden, und der König gab zwar Bismarck grundsätzlich recht, sagte sich aber, daß die Kammer der Abgeordneten so lange Steuerzuschläge verweigern werde, als bare Mittel vorhanden seien; sie werde deren Heranziehung verlangen und die Regierung das Odium einer Steuererhöhung zu tragen haben.***) Das gesamte Ministerium trat in Bismarcks Abwesenheit dem Vorschlag v. der Heydts bei, und Bismarck erinnerte sich des Vorsatzes, den er bei Übernahme seines Amtes gefaßt hatte, zwar stets pflichtgemäß seine Ansichten zu äußern, sich aber stets auch den Beschlüssen des Königs zu fügen.†) Er zog also seinen Widerspruch zurück, obwohl er für richtiger ansah, dem Landtag die Notlage rückhaltslos zu offenbaren, welcher durch v. der Heydts Maßregel nur vorübergehend abgeholfen werde, und Tabak, Petroleum, Gas, Zucker, Branntwein mit Hilfe des Zollparlaments schärfer zu besteuern.††) Der König war über Bismarcks Nachgiebigkeit ganz gerührt; er schlug sie ihm „unendlich hoch“ an und bat ihn, „dafür seinen wahren Freundesdank zu empfangen.“ „Für jetzt ist meinem Königsherzen ein furchtbar schwerer Entschluß erspart, der meinem Volke in diesem Augenblicke neue Lasten auferlegt hätte.“ Die Unterschrift des Briefes lautete: „Ihr treuer Freund Wilhelm.“ †††) v. der Heydt

---

*) S. Brief an v. d. Heydt aus Varzin vom 24. Oktober 1868. Bismarckbriefe S. 327.

**) S. Bergengrün, Staatsminister Frhr. August v. d. Heydt, Leipzig 1908, und die kritische Auffassung von Oswald Schneider, Bismarcks Finanz- und Wirtschaftspolitik, München 1912, S. 6—11.

***) S. das Schreiben des Königs an Bismarck vom 28. Oktober 1868, Anhang zu den Gedanken und Erinnerungen, 1, 180—183.

†) Anhang 1, 189.

††) Brief an Roon aus Varzin vom 27. Oktober 1868 = Bismarckbriefe S. 329—330.

†††) Anhang 1, 183—184.

Digitized by Google

war aber seitdem nicht mehr Bismarcks Mann; er mußte am 26. Oktober 1869 Otto von Camphausen*) Platz machen, der die preußische Staatsschuld im Dezember 1869 in eine unkündbare Rentenschuld zu 4½ Prozent umwandelte und durch die beträchtliche Zinsenersparnis das Gleichgewicht der preußischen Finanzen herstellte. Er schlug auch vor, die Kontrolle der Bundesschuld, über welche ein Gesetz nicht zustande gekommen war (S. 236), der preußischen Oberrechnungskammer zu überweisen, und dadurch wurde jedenfalls zunächst dem praktischen Bedürfnis genügt.

Für das innige Verhältnis des Königs zu seinem ersten Ratgeber, das sich aus den Briefen überall ergibt, mag noch ein bezeichnender Zwischenfall angeführt werden. Im Dezember 1868 wollte des Königs Bruder, Prinz Karl, der Vater des Prinzen Friedrich Karl, wegen eines Hüftleidens nach Nizza reisen und gedachte den Weg über Paris zu nehmen und sich mit seiner Gemahlin bei Hof zu zeigen. Der König fand die Sache an sich seltsam, weil ein Kranker nicht „in Schuh und Strümpfen seine Cour machen" sollte, und hielt es überdem politisch für bedenklich, daß ein preußischer Prinz bei der schwebenden spanischen und orientalischen Frage (aus Spanien war Königin Isabella vertrieben worden, und die Türken und Griechen standen wegen Kretas auf gespanntem Fuß) sich einer politischen Konversation mit dem Kaiser aussetzte; auch affichiere die Prinzessin seit ihrer zweimaligen Reise nach Spanien eine deplazierte Intimität mit der Königin Isabella und dürfte sie deshalb in ihrem Unglück nicht ignorieren, sondern müßte ihr in Paris einen Besuch machen, was für beide Teile embarrassant wäre. Besser wäre es, der Prinz würde, wenn er so an Paris hänge, es auf der Rückreise besuchen, bis wohin sich viele Dinge geklärt haben würden. Es war eine Personalangelegenheit des Prinzen; aber sie hatte politische Seiten. Der König verlangte Bismarcks Ansicht zu wissen und ließ seinen Bruder den Reiseplan nicht früher feststellen, ehe Bismarcks Antwort da war.**) Wir kennen sie nicht; aber welcher Grad von Gewissenhaftigkeit und welches Vertrauen des Königs spricht aus dem Vorgang!

*) Sein Schreiben an Bismarck vom 29. Oktober 1869, Anhang 2, 431—434.

**) Anhang 1, 185—186.

Digitized by Google

Sechstes Kapitel.

Entstehung des französischen Kriegs.

Seit zwei Jahren hatte sich in Spanien eine Krisis entwickelt, welche in ihrem Verlauf auch für Deutschland eine verhängnisvolle Bedeutung gewinnen sollte. Im September 1868 wurde die Königin Isabella, mit deren unwürdigem persönlichem Verhalten alles und mit deren klerikaler Politik der freisinnige Teil des Volkes längst sehr unzufrieden war, durch einen Militäraufstand gestürzt, und die Spanier sahen sich in der Notwendigkeit, entweder die Republik zu errichten oder einen anderen Monarchen zu gewinnen. Da die Mehrheit das erstere nicht wollte, so wurde der Thron zwei katholischen Fürsten (evangelische kamen natürlich nicht ernstlich in Betracht) angeboten, zuerst dem Titularkönig Ferdinand von Portugal, auf den die Augen der Anhänger der sogenannten iberischen Union, der Vereinigung Portugals und Spaniens, sich von selbst lenkten, und dann dem Herzog Amadeo von Aosta, dem zweiten Sohn Viktor Emanuels. Als diese Versuche scheiterten, wandten sich die in Madrid maßgebenden Männer, der Regent Marschall Serrano und der Kriegsminister Marschall Prim, im September 1869 *) an den Schwiegersohn des oben genannten Ferdinand, den Erbprinzen Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen, auf den der damalige preußische Gesandte in Madrid, Freiherr Georg v. Werther, schon im Herbst 1866 in Biarritz, in Voraussicht der kommenden Dinge, die Augen spanischer Politiker gelenkt hatte. Leopold (geb. 1835) war katholisch, freisinnig, von unbezweifelter persönlicher Tüchtigkeit und Vater mehrerer Söhne, bot also nicht bloß für sich selbst, sondern auch für später die wünschenswerten Bürgschaften.**) Leopold war der erste Sohn Karl

*) Daß das erste Angebot im Frühling 1869 erfolgt sei, behauptet zwar von Sybel 7, 234, bzw. 264; das ist aber ein Irrtum. Vgl. u. a. R. Fester, Bismarck und die Hohenzollernsche Thronkandidatur, deutsche Rundschau 140 (1909) 34, und Zingeler, Karl Anton, Fürst von Hohenzollern, Stuttgart 1911, S. 11.

**) Was zu seinen Gunsten gesagt werden konnte, hat der gleich zu nennende Salazar in einer Flugschrift zusammengestellt, s. Staatsarchiv 19 (1870) 129 ff., besonders 133. Sehr nützlich ist Richard Fester, Briefe,

Digitized by Google

Antons, der 1858 als Haupt des Ministeriums der neuen Ära politisch in vorteilhafter Weise hervorgetreten und mit König Wilhelm nicht bloß durch die Zugehörigkeit zum gleichen Geschlecht, sondern auch durch persönliche Freundschaft nahe verbunden war; sein jüngerer Sohn Karl war im April 1866 durch das Zusammenwirken Preußens und Frankreichs Fürst von Rumänien geworden. Die ersten Gerüchte über das Auftauchen der Bewerbung des Erbprinzen liefen im Frühjahr 1869 um und veranlaßten Anfragen der französischen Regierung in Berlin bei dem Unterstaatssekretär v. Thile, der sein Ehrenwort gab, daß er keine Kenntnis davon habe (31. März) und bei Bismarck (11. Mai; s. unten S. 246). Das förmliche spanische Angebot erfolgte am 19. September 1869 durch den Staatsrat und liberalen Abgeordneten Don Salazar y Mazarredo auf der nicht weit von Rorschach gelegenen Weinburg, einem Schloß Karl Antons. Man hat wohl gemeint, daß das Angebot mit Wissen und Willen Bismarcks geschehen sei. Dieser hat allerdings im April 1869 den bekannten Militärschriftsteller Theodor v. Bernhardi nach Madrid gesandt, um, da der preußische Gesandte in Madrid, Freiherr v. Canitz, ein bornierter Legitimist und also ganz und ausschließlich für Isabella eingenommen war, sich durch einen unabhängigen Beobachter über die Stärke, die Absichten und Aussichten der spanischen Parteien zu unterrichten. Die Absicht Bismarcks war aber dabei, wie Bernhardi am 5. Mai einmal schreibt, lediglich, Spanien unabhängig vom französischen Einfluß hinzustellen. „Das ist das einzige, was wir im Auge haben." Wenn Salazar auf der Weinburg durch den inzwischen nach München versetzten preußischen Diplomaten v. Werthern eingeführt wurde, so geschah das, wie wir nun bestimmt wissen, nicht im Auftrag Bismarcks.*) Der Versuch Salazars schlug zunächst fehl, da der Fürst Karl Anton die Bedingung stellte,**) daß König Wilhelm und Kaiser Napoleon ihre Zustimmung zu der Kandidatur seines Sohnes geben müßten, und beides war nicht zu erlangen. Die Verhandlungen wurden aber nicht endgültig abgebrochen; ein Versuch, den minderjährigen Neffen Viktor Emanuels, den Herzog Thomas von Genua, als König

---

Aktenstücke und Regesten zur Geschichte der Hohenzollernschen Thronkandidatur in Spanien, Leipzig 1913, 2 Bändchen.

*) S. Richard Fester, Neue Beiträge zur Geschichte der Hohenzollernschen Thronkandidatur in Spanien, Leipzig 1913, S. 41.

**) Sybel 7, 247. Das rumänische Tagebuch „Aus dem Leben König Karls von Rumänien", Stuttgart 1894, 2, 6 enthält davon nichts.

Digitized by Google

zu gewinnen, schlug auch fehl, und im Februar 1870 erschien Salazar in Berlin,*) um die vertraulichen Schreiben Prims vom 17. Februar an den König, den Erbprinzen und an Bismarck zu überbringen. Bismarck empfing den Spanier am 26. Februar und diktierte am 27. seinem Rat v. Keudell eine Denkschrift, welche sich über die Vorteile der Annahme der spanischen Krone durch den Erbprinzen aussprach.**) Sie ist ohne Frage für die Erkenntnis von Bismarcks Standpunkt eine Urkunde ersten Ranges, und besagt im wesentlichen folgendes: 1. Wenn wir die Spanier aus der Anarchie reißen, so könnte sich dort ein Gefühl der Dankbarkeit für Deutschland regen. 2. Wenn jenseits Frankreichs ein Land liegt, auf dessen Sympathien wir rechnen könnten und mit dessen Empfindungen Frankreich rechnen müßte, so würde die Friedensliebe Frankreichs gegen Deutschland wachsen, da sie sich nach den Gefahren eines solchen Krieges bestimmt. Ob in Spanien ein (ultramontanes) Regiment wie das Isabellas oder ein mit Deutschland sympathisierendes besteht, das macht in einem deutsch-französischen Kriege einen Unterschied von ein bis zwei Armeekorps aus; im ersten Fall wird Frankreich seine Grenzen gegen Spanien ungedeckt lassen können, im zweiten sie mit einem Armeekorps besetzen müssen. 3. Da schon in Rumänien die deutsche Dynastie die Handelsbeziehungen zwischen diesem küstenlosen Lande und Deutschland gefördert hat, so würde die Herrschaft eines Fürsten deutscher Abstammung auf der iberischen Halbinsel voraussichtlich den alten blühenden Handel zwischen Deutschland und Spanien wieder beleben. 4. Das Ansehen des hohenzollerischen Hauses und damit der monarchische Sinn würden dadurch gestärkt werden, daß dieses Haus eine Stellung in Europa erlangte, welche nur in den habsburgischen Vorgängen eine Analogie hat. 5. Eine Ablehnung würde die Spanier verletzen und, da sie in Not sind und einer Rettung durch einen König bedürfen, als Härte erscheinen; es würden dadurch auch die Aussichten der Republik steigen, was auf Frankreich zurückwirken und es, um eine Ablenkung zu schaffen,

*) Eine Zwischensendung vom November 1869 gibt nur der spanische Historiker Pirala in seiner historia contemporanea (1874) an, sonst niemand, namentlich nicht das rumänische Tagebuch.

**) S. Robert v. Keudell, Fürst und Fürstin Bismarck, Stuttgart 1901, S. 430—433. Bismarcks Äußerungen in den Gedanken und Erinnerungen 2, 79, wonach er „die Frage als eine spanische und nicht als eine deutsche" betrachtet haben will, stimmen damit nicht durchweg überein; doch enthalten sie auch wieder vieles, was an die Denkschrift anklingt.

Digitized by Google

zum Friedensbruch drängen könnte. 6. Die Annahme wird die ungefährlichste Entwicklung der spanischen Frage sein; daß die orleanistische wie die republikanische Lösung abgeschnitten wird, ist auch für Frankreich (lies: den Kaiser) von Wert. 7. Die Wahl wird mit mehr als Dreiviertel aller Stimmen in den Cortes vollzogen werden; das fällt ins Gewicht, und ähnliche Vorgänge haben sich in England bei der Erhebung der Welfen (1714) und in Rußland bei der der Romanows (1613) abgespielt; die Legitimität des Rechts dieser Dynastien ist weniger anfechtbar als die der Bourbons in Spanien, welche 1700 durch eine Gewalttat Ludwigs XIV. erhoben wurden.*)

Gewiß ist diese Denkschrift sehr klug darauf berechnet, auf den widerstrebenden König Wilhelm zu wirken; dahin zählen wir den Hinweis auf das zu erwartende Wachsen des Ansehens des hohenzollerischen Hauses und des monarchischen Sinnes, sowie den geschickten Versuch, legitimistische, dem König sehr nahe liegende Bedenken gegen eine durch Volkswahl zu gewinnende Königskrone (man denke an die Ablehnung der deutschen Kaiserkrone 1849) zu zerstreuen. Richard Fester geht nun aber weiter als bloß zu der Ansicht, daß Bismarck seine Ausführungen auf den Geschmack seines Königs zuschnitt; in der schon erwähnten Untersuchung „Bismarck und die hohenzollernsche Thronkadidatur“ **) hat er den Nachweis unternommen, daß die Denkschrift gar nicht Bismarcks eigentliche Gedanken über die Kandidatur wiedergebe, daß sie vielmehr nur den König und die Hohenzollern dafür gewinnen sollte; Bismarcks letzter Gedanke sei vielmehr ein anderer gewesen. Seit 1867 waren nämlich zwischen Napoleon und der Königin Isabella Verhandlungen im Zug, daß die in Rom zum Schutz des Papstes stehenden 12000 Franzosen durch spanische Truppen ersetzt werden sollten. Wenn das geschah, so fiel nach Fester eine Reibungsfläche zwischen Frankreich und Italien und das letzte Hindernis einer italienisch-französischen Allianz — gegen Preußen — weg, und dann konnte auch Österreich, der Sorge vor einem italienischen Rückenangriff gleich dem von 1866 ledig, sich diesem Bunde anschließen. Bis jetzt hatten sich diesem Anschluß zwei Gründe in den Weg gestellt. Einmal verlangte Kaiser Franz Joseph, daß als Veranlassung des Kriegs eine „nicht deutsche Frage“ dienen müsse, weil er sonst seine deutschen Unter-

*) Geschichtlich ist diese Behauptung freilich nicht voll haltbar.
**) Deutsche Rundschau 140 (1909) 24—59, bes. 50—51. 56.

Digitized by Google

tanen aufs äußerste vor den Kopf stoßen würde; diese sahen den Kampf von 1866 bereits als eine historische Notwendigkeit an, wodurch die Deutschen ihre politische Existenz haben erkämpfen müssen (S. 232), und betrachteten den norddeutschen Bund als ihren festen Rückhalt gegen die slawische Gefahr. Ganz direkt hat Österreich es ausgesprochen, daß der Krieg die durch den Prager Frieden in Deutschland geschaffene Lage nicht in Frage stellen dürfe.*) Zweitens hatte der Leiter des auswärtigen Amtes in Wien, der frühere sächsische Minister v. Beust, bei allen seit 1867 in tiefem Geheimnis geführten Verhandlungen über einen Bund gegen Preußen es immer wieder betont: ohne Italiens sicher zu sein, könne Österreich in den Krieg gegen Preußen sich nicht einlassen. Viktor Emanuel II. aber hatte erwidert, daß er nur um den Preis der Räumung Roms (das ihm alsdann in kurzer Frist zufallen mußte) zur Anteilnahme bereit sei: nur so bestand in der Tat eine Möglichkeit, die Italiener zum Kampf gegen den treuen Verbündeten von 1866 und zu einem (von ihrem Standpunkt aus völlig charakter- und prinzipwidrigen) Krieg gegen ein seiner Einheit wie sie selbst zustrebendes Volk zu bestimmen. Nach Festers Meinung würde eben die Ersetzung der Franzosen in Rom durch die Spanier den Italienern Befriedigung gewährt und sie zum Bund mit Frankreich und Österreich bereitwillig gemacht haben; es galt also für Bismarck, diese Ersetzung zu verhindern, und hier erschien ihm zunächst die spanische Republik, welche liberal oder demokratisch, keinesfalls aber ultramontan sein würde, als eine gute Bürgschaft gegen die drohende Gefahr eines dreifachen Bündnisses gegen Deutschland. Dann, als sich zeigte, daß die Republik in Spanien keine Aussichten hatte, war ihm die Wahl des Hohenzollern erwünscht, von dem mit Sicherheit zu erwarten war, daß er sich zu keinem deutschfeindlichen Unternehmen hergeben werde. Deshalb hat Bismarck nach Fester seit dem Juli 1868, wo er wahrscheinlich hinter dem von Pirala nicht namentlich ge-

*) Hierüber vgl. Wilhelm Busch, die Beziehungen Frankreichs zu Österreich und Italien, Tübingen 1900, und den oben (S. 225) erwähnten Aufsatz von Wilhelm Alter bes. S. 108 und 113, sowie Eduard Wertheimer, Graf Julius Andrassy, Stuttgart 1910, 1, 443 ff. Aus dessen Darstellung ergibt sich, daß vor allem Andrassy als ungarischer Ministerpräsident für das Festhalten am Prager Frieden eintrat: dadurch, daß sich Österreich-Ungarn nicht in den deutschen Einigungsprozeß mische, könne man Preußen abhalten, die ungarischen Ultras aufzustacheln. S. ebenda S. 465. Sybel, der Beusts böse Absichten bestreitet, ist völlig im Irrtum.

Digitized by Google

nannten Bankier *) gestanden sei, der die hohenzollerische Kandidatur in Madrid empfahl, für diese Kandidatur gearbeitet. Sie sollte bewirken, daß die spanische Ablösung der Franzosen in Rom nicht eintrete, Napoleons Truppen also dort bleiben müßten, daß somit der Gegensatz zwischen Frankreich und Italien bestehen, die Wunde offen bleibe; dann war der Friede mindestens vorerst gesichert, weil Frankreich allein voraussichtlich Preußen anzugreifen nicht wagen werde. Die Kandidatur Leopolds hatte also in Bismarcks Sinn einen defensiven Charakter — die Anklage der französischen Historiker und besonders Olliviers, daß Bismarck die Kandidatur in satanischer Weise eingefädelt habe, um Frankreich aufs äußerste zu reizen und den Krieg zu entfesseln, ist völlig falsch **) und verkehrt. An Bismarcks friedliche Absicht muß man deshalb glauben, weil seine unverdächtigen Äußerungen gegen Karl Schurz ***) und andere Personen und die Denkschrift vom 27. Februar selbst sonnenklar dartun, daß er zwar den Krieg an sich für kaum vermeidbar hielt, weil die französische Nation sich durch die Stiftung des norddeutschen Bundes um ihre Vorherrschaft in Europa gebracht sah und nach deren Herstellung begierig verlangte, daß er aber entschlossen war, den Krieg nicht selbst her-

---

*) Hans Delbrück, Preußische Jahrbücher 137, 320, denkt an Bismarcks Bankier Bleichröder.

**) Falsch auch in der Wendung, welche Delbrück (Erinnerungen, Aufsätze und Reden S. 337) der Sache gab, wonach Bismarck durch die spanische Kandidatur eine Gegenmine gegen das französisch-österreichisch-italienische Kriegsbündnis legte; dieses sollte, wenn Österreichs Rüstungen fertig seien, 1871 oder 1872 losbrechen. Bismarck habe die Sache zum Bruch gebracht, ehe Österreich kriegsbereit war: also ein „Präventivkrieg", den doch Bismarck, Gedanken und Erinnerungen 2, 93, direkt verwirft. Erich Marcks Otto v. Bismarck, S. 119 braucht Gegenminen in einem andern Sinn: daß Bismarck die Franzosen durch die Rücksicht auf „diese spanische Fliege in ihrem Nacken" militärisch binden, ihre Kriegslust mindern wollte. In diesem Sinn ist der Ausdruck richtig, s. oben S. 242.

***) S. dessen „Lebenserinnerungen" 2, 495 ff.: „Nie werde ich, sagte ihm Bismarck im Januar 1868, einem Krieg zustimmen, der sich irgend vermeiden läßt, geschweige denn einen solchen Krieg herbeiführen. Aber dieser Krieg mit Frankreich, der wird kommen, der wird uns vom Kaiser der Franzosen aufgedrängt werden ... Nach meiner Berechnung wird diese Krisis in etwa zwei Jahren eintreten ... Wir werden siegen, und das Ergebnis wird gerade das Gegenteil von dem sein, was Napoleon anstrebt, nämlich die vollständige Einigung Deutschlands außerhalb Österreichs und wahrscheinlich auch der Sturz Napoleons."

Digitized by Google

beizuführen, sondern die Schuld des furchtbaren Zusammenstoßes ganz und ungeteilt Frankreich zu überlassen, was für uns von handgreiflichstem moralischem Vorteil sein mußte.*) Er verfuhr also in der Tat nur defensiv,**) als er die hohenzollerische Kandidatur, für welche gewichtige spanische Interessen sprachen, förderte, und auch der französische Gesandte am Berliner Hof, Marquis Benedetti, hat nach seinem Bericht vom 11. Mai 1869 ***) aus einer Unterredung, die er mit Bismarck über die Möglichkeit einer Kandidatur des Erbprinzen Leopold hatte, den Eindruck mitgenommen, daß Bismarck — der die Gefährlichkeit einer solchen Kandidatur für den Prinzen in den Vordergrund rückte — auf der Suche nach den Vorteilen sei, welche er für den Erfolg seiner Politik in Deutschland aus der Erledigung des spanischen Throns ziehen könne. Das enthält durchaus keine offensiven Absichten, und der Mann, welcher damals Wochen lang täglich um ihn war, welcher seine Gedanken genau zu kennen in der Lage war, Robert v. Keudell, versichert aufs be-

*) Auch der anonyme Brief nach Madrid (siehe unten S. 251), dessen Herkunft von Bismarck Pirala festgestellt hat und den Fester irrtümlicherweise auf den 4. oder 5. Juni setzt, spricht nur „von der Möglichkeit einer vorübergehenden Beunruhigung in Frankreich" durch die Kandidatur, also vom Gegenteil einer Kriegsgefahr und Kriegsabsicht.

**) So urteilt auch Rathlef, zur Frage nach Bismarcks Verhalten in der Vorgeschichte des deutsch-französischen Kriegs, Dorpat 1903, der alles umsichtig, obschon voreingenommen gegen Bismarck, abwägt. Walther Schultze, die Thronkandidatur Hohenzollern und Bismarck, Festschrift des thüringisch-sächsischen Geschichtsvereins für Ernst Dümmler 1903, vertritt dagegen die Ansicht, daß 1870 (wie 1756) zwei Offensiven aufeinander stießen, die deutsche und die französische. Der gleichen Meinung ist übrigens auch der französische General Palat, der unter dem Namen Lehautcourt 1912 ein 664 S. starkes Buch über die hohenzollerische Kandidatur geschrieben hat; er bezichtigt zwar Bismarck, daß er den Krieg angezettelt habe, ist aber so ehrlich zuzugeben, daß einerseits das Streben der Deutschen nach Einheit, andrerseits das der Franzosen nach Erhaltung ihrer Vorherrschaft am Zusammenstoß schuld sei. Die Doppeloffensive ist für 1870 so falsch wie für 1756. Hesselbarth, die Entstehung des deutsch-französischen Kriegs, Gotha 1910, besonders S. 57. 70, und: drei psychologische Fragen zur spanischen Thronkandidatur, Leipzig 1913, verficht Bismarcks rein defensives Verhalten. Vgl. auch die lehrreiche Besprechung des Rathlefschen Werks durch H. v. Petersdorff, deutsche Literaturzeitung 1905, Spalte 231—237; Kämmel, kritische Studien, Leipzig 1899, S. 47 ff. und Erich Marcks, Fürst Bismarcks Gedanken u. Erinnerungen, Berlin 1899, S. 92 ff.

***) Benedetti, ma mission en Prusse, Paris 1871, S. 312.

Digitized by Google

stimmteste,*) daß ihm nie der Gedanke nahe gebracht worden sei, daß aus den spanischen Wirren eine Kriegsgefahr für uns erwachsen könnte.**) Bismarck konnte wirklich im guten Glauben annehmen, daß unter den drei möglichen Lösungen — der dem Kaiser als Orleans sehr verhaßte und in den Tod verfeindete Herzog Montpensier, die Republik, welche auf Frankreich abfärben mußte, und der Hohenzoller — die letzte Möglichkeit immer noch die auch für Napoleon annehmbarste sein werde, um so mehr, als die Hohenzollern mit den Murats und Beauharnais, also auch mit den Bonapartes verwandt waren und zwischen ihnen und Kaiser Napoleon vertraute Freundschaft bestand.***)

Wenn man aber auch der Ansicht ist, daß Bismarck durch die hohenzollerische Kandidatur eine Friedensbürgschaft schaffen wollte, so scheint es uns doch unmöglich, der Ansicht Festers beizupflichten, nach der Bismarck dadurch die Ablösung der Franzosen in Rom seitens der Spanier verhindern und so den italienisch-französischen Gegensatz forterhalten und ein Bündnis zwischen Italien und Frankreich verhindern wollte. Es scheint uns diese Ansicht deshalb ganz verfehlt, weil durch die Ablösung der Franzosen in Rom seitens der Spanier *das gerade nicht erreicht wurde, was Fester als die sichere Folge davon ansieht, der Beitritt der Italiener zu dem französisch-österreichischen Bund gegen Preußen.*†) Für Napoleon III. war der Vorschlag gewiß vorteilhaft; er enthob ihn der trübseligen Pflicht, den Beschirmer des Papstes gegen seine eigenen Untertanen zu machen, und sicherte ihn doch zugleich gegen die Vorwürfe der Klerikalen, daß er den Papst wehrlos an die Revolution ausgeliefert habe. Aber aus eben diesem zweiten Moment ergibt sich, *daß der Vorschlag den Italienern nichts bot als eine Veränderung der Uniformen.* Ob Franzosen oder Spanier Rom in Ruhe hielten, einer Revolution dort vorbeugten und dadurch Italiens Eingreifen — das nach dem bewährten Muster von 1860 unfehlbar erfolgt wäre — verhinderten,

*) S. v. Keudell, Fürst und Fürstin Bismarck, S. 439.

**) Klein-Hattingen, Bismarck und seine Welt, 2 Bände, Berlin 1902 bis 1903, meint, daß das für Bismarck ein beispielloses Armutszeugnis sei. Mit Recht nennt v. Petersdorff a. a. O. Kleins Buch „beschämend ehrfurchtlos".

***) Die Angabe Randons (Memoiren 2, 396), daß Napoleon selbst Prim den Prinzen empfohlen habe, hat Ollivier, empire libéral 14, 20 widerlegt.

†) Vgl. Ed. v. Wertheimer, Zur Vorgeschichte des Kriegs von 1870, Deutsche Rundschau 185 (1920) 1 ff.

Digitized by Google

das war für die Italiener offenbar ganz gleichgültig; so oder so kamen sie ihrem Ziele, Rom zur Hauptstadt ihres Königreichs zu machen, nicht näher. Was sie verlangen mußten, war, daß die Franzosen abzogen, ohne den Spaniern ihren Platz abzutreten. Geschah dies nicht, so war Italien seinem Ziel so fern als je, und es war gar kein Grund vorhanden, weshalb Viktor Emanuel sich um eines Zugeständnisses willen, das für ihn keines war, in einen Krieg gegen Preußen stürzen sollte, für den es ja keinen Lohn gab, am wenigsten den, auf den ihm alles ankam. Weil dem so war, kann auch Bismarck nicht deshalb die Kandidatur Leopolds aufgestellt haben, um den spanischen Einmarsch in Rom mit seinen angeblichen Folgen zu hintertreiben. So bleibt es dabei, daß die Denkschrift vom 27. Februar Bismarcks wahre Beweggründe wiedergibt, und unter ihnen steht der voran, daß ein deutscher Prinz als spanischer König an sich, ohne alle Rücksicht auf die römisch-italienische Frage eine Verstärkung unserer Stellung in Europa und damit eine Friedensbürgschaft bedeute.*)

König Wilhelm lehnte das oben erwähnte Gesuch Salazars um eine Audienz ab, weil ihm die ganze Sache nicht erwünscht war und er sie keinesfalls als Staats-, sondern nur als Familiensache

*) Nach dem mehrfach genannten Pirala in seiner historia contemporanea 3, 394 hätte Bismarck im Oktober 1870 den Major Versen (s. S. 250) nach Madrid geschickt, um über die Kandidatur und ein Eingreifen Spaniens in den Krieg zu verhandeln; die Spanier sollten 30 000 Mann gegen Bayonne und 30 000 gegen Perpignan, also im Westen und Osten der Pyrenäen, vorstoßen lassen. Das wären in anderer Form die ein bis zwei Armeekorps der Denkschrift vom 27. Februar. Fester a. a. O. S. 42 macht aber darauf aufmerksam, daß Versen im Oktober 1870 an seinen bei Sedan erhaltenen Wunden in Neuwied krank lag, also damals unmöglich in Madrid sein konnte, und meint, die Verhandlungen könnten vielleicht in den Juni 1870 gehören. Mir scheint das ganz unmöglich, weil der Versuch, die Spanier zur Teilnahme an einem noch gar nicht ausgebrochenen Krieg zu veranlassen, dessen Aussichten gewiß in Madrid anders beurteilt wurden als in Berlin, an sich unglaublich ist und weil es das sicherste Mittel sein mußte, den Spaniern alles Deutsche zu entleiden. Anders standen die Dinge im Oktober 1870, wo Frankreich schon sehr im Nachteil war, ein spanischer Angriff also wenig Risiko und dagegen den möglichen Rückgewinn 1659 verlorener Gebiete verhieß; für Deutschland war von einer solchen Mitwirkung ein rascheres Ende des Krieges zu erwarten. Dann aber war jedenfalls nicht Versen der Überbringer unserer Aufträge. Ich gestehe aber, daß mir die ganze Sache sehr zweifelhaft erscheint, und auch Fester verkennt die Gründe des Zweifels nicht.

Digitized by Google

behandeln wollte; er gab deshalb auch dem Staatsministerium keinen Befehl, über die Sache zu berichten, lud aber Karl Anton und Leopold zu einer Besprechung nach Berlin ein. Der Fürst folgte dem Ruf, und am 15. März fand ein Essen *) bei dem im Schloß abgestiegenen Fürsten statt, wobei der König, der Kronprinz Friedrich Wilhelm, die beiden Hohenzollern, Vater und Sohn, Bismarck, Moltke, die Minister v. Roon, v. Schleinitz, Delbrück und der Staatssekretär des Auswärtigen v. Thile zugegen waren.**) Hiebei sprachen sich „alle Ratgeber" nachdrücklich für die Annahme aus; allein der Erbprinz hatte keine Neigung dazu, weil er die Ansprüche, welche so viele Zweige der entthronten Königsfamilie noch auf die Krone erhoben — Don Carlos, der Herzog von Montpensier, Isabella selbst und ihr Sohn Alfons — allzu sehr fürchtete. So kam es zu keinem Ergebnis, was den Fürsten Karl Anton veranlaßte, seinen auch in der Garde dienenden jüngsten Sohn Prinz Friedrich vorzuschlagen, der aber ebenfalls abgeneigt war und nur auf einen direkten Befehl des Königs annehmen wollte. Bismarck entschloß sich nun anfangs April, zwei Beobachter nach Spanien zu senden, seinen vortragenden Rat Lothar Bucher und den

*) Wenn Bismarck, Gedanken und Erinnerungen 2, 81 sagt: „Das in den Memoiren Sr. Maj. des Königs von Rumänien erwähnte Ministerconseil hat nicht stattgefunden," so ist zunächst zu sagen, daß im rumänischen Tagebuch 2, 72 nur der Ausdruck „Beratung" gebraucht ist. Es war eine zwanglose Beratung, der vom Staatsministerium nur Bismarck und Roon anwohnten, dazu Schleinitz. Delbrück hatte den Ministertitel, war aber nicht Mitglied des Staatsministeriums. Wenn Bismarck bezweifelt, daß „beim Tischgespräch" die spanische Frage verhandelt wurde, so ist das formell nicht zu beanstanden; die Beratung fand erst nach Tisch statt.

**) S. das Tagebuch des Königs Karl von Rumänien, 2, 72. Zu bemerken ist, daß Keudell S. 434 meint, statt v. Schleinitz, dessen Teilnahme Bismarck nicht erwünscht gewesen wäre, sei vielleicht v. Schweinitz zu lesen, der Name des Gesandten in Wien. Schleinitz konnte aber in diesem Fall als Minister des kgl. Hauses nicht wohl umgangen werden, und aus Gustav v. Diest, aus dem Leben eines Glücklichen, Berlin 1904, S. 546 f., der das königliche Zirkular betreffs der Beratung mitteilt, geht hervor, daß in der Tat Schleinitz geladen war. Da Bismarck im Zirkular nicht erwähnt wird, so meint v. Petersdorff, daß der der Kandidatur abgeneigte König ihn zunächst nicht bei der Beratung zu haben wünschte, sondern nur Männer, welche der Sache ganz kühl gegenüber standen. Diese Ansicht ist aber irrtümlich, da dem königlichen Zirkular eine Einladung seitens des Fürsten vorausgegangen sein muß, und deren Text ist nicht bekannt.

Digitized by Google

Major Max v. Versen,*) der auf Reisen in Südamerika des Spanischen mächtig geworden war, damit sie sich überzeugten, wie dort die Dinge eigentlich stünden; Bucher sollte die politische Lage, Versen die militärische beurteilen. Die Reise ging über Paris glücklich von statten, obschon Bucher von der französischen Geheimpolizei sehr scharf aufgepaßt wurde.**) Die beiden wurden in Spanien überaus freundlich aufgenommen — Bucher hatte einen Antwortbrief Bismarcks an Prim zu überbringen ***) — und Versen machte eine Schau von ein paar Madrider Regimentern mit, die ihn sehr befriedigte, und worüber er dem Kronprinzen nach seiner Rückkehr besonders berichtete.†) Da der König den von dem Prinzen Friedrich als Bedingung verlangten Befehl natürlich nicht erteilte, nahm dieser Prinz auch nicht an, und so schien die hohenzollerische Sache endgültig abgetan; Fürst Karl Anton hat in diesem Sinn am 22. April an Bucher nach Madrid telegraphiert. Aber wenn nicht Friedrich, so doch der Erbprinz besann sich schließlich noch eines anderen.††) Versen, der dem Kronprinzen Vortrag hielt, bewog diesen hohen Herrn, sich der Sache anzunehmen;†††) Versen reiste am 20. Mai mit einem Brief des Kronprinzen nach Nauheim zu Karl Anton, und am 23. Mai schrieb Karl Anton, am 25. Leopold einen Brief an den Kronprinzen, welchen dieser seinem Vater zu übergeben hatte. Die spanische Regierung hatte sich dafür verbürgt,†*) daß die Cortes den Erbprinzen bestimmt wählen würden; er war also gegen eine empfindliche Bloßstellung gesichert, und wie es scheint, hat doch nicht bloß der Glanz der Krone, sondern auch das Gefühl, sich einer Nation, welche ihn in ihren Nöten rief, nicht versagen zu dürfen, ihn, der überhaupt bestimmbar war, zum Jawort bewogen. Etwas später schrieb Bismarck den oben (S. 246 Anm.)

*) v. Werthern, General v. Versen. Berlin 1893. (Versen erhielt 1890 das 3. Korps; daher der Titel General.) Busch, Tagebuchblätter 1, 30. 3. 125.

**) So erzählte er wenigstens selbst Moritz Busch; s. dessen Tagebuchblätter 3 (1899) 222.

***) Vgl. Gedanken und Erinnerungen 2, 81: „Ich weiß nicht mehr, ob ich den Brief selbst redigiert habe."

†) Busch 3, 125.

††) Über die Beweggründe der Hohenzollern, sachliche und Rücksichten auf die „Sendung ihres Hauses", siehe Hesselbarth, drei psychologische Fragen zur spanischen Thronkandidatur, Leipzig 1913, S. 112 ff.

†††) So Werthern a. a. O. S. 82.

†*) Sybel 7, 257.

Digitized by Google

erwähnten Brief *) nach Madrid, der weder Datum noch Adresse**) trägt, worin er von der Kandidatur nur „eine vorübergehende Beunruhigung Frankreichs“ vorhersagte, aber wegen dieser Beunruhigung ersuchte, seine Person ganz aus dem Spiel zu lassen; in Wahrheit sei er ja auch nicht offiziell beteiligt. Am 11. Juni sagte Prim in den Cortes, indem er die gescheiterten Versuche, einen König zu bekommen (Ferdinand, Amadeo und Thomas) aufzählte, mit verschleierten Worten, daß die Hoffnung auf ein besseres Ergebnis noch nicht aufgegeben sei: was der in der Diplomatenloge sitzende französische Gesandte Mercier de Lostende sofort auf Leopold deutete, der in der Tat damals der allein noch mögliche Kandidat war. Am 14. Juni reisten Bucher und Salazar nach Deutschland ab; am 20. Juni sagte der Erbprinz in Sigmaringen Salazar endgültig zu, und am 21. erfolgte die Zustimmung des Königs zur Annahme der Krone durch Leopold „nach schwerem Kampfe“ (Versens Tagebuch). Rechtlich bedurfte der Erbprinz nach Titel IV Artikel 1 des hohenzollerischen Hausgesetzes von 1851 dieser Einwilligung,***) da dem König von Preußen als Haupt des Gesamthauses Hohenzollern die ausschließliche Bestimmung über den Eintritt eines Hohenzollern in auswärtige Zivil- und Militärdienste zustand; politisch war die Einwilligung natürlich vollends unerläßlich.

Bis jetzt war die ganze weitere Förderung der Angelegenheit vom Februar an mit äußerster Sorgfalt geheim gehalten worden, so daß nicht einmal der spanische Gesandte in Paris, Olozaga, von ihr wußte. Prim hatte, so scheint es, nicht die Absicht,†) wie das behauptet worden ist, sofort nach Salazars Rückkehr die Königswahl durch die in Madrid versammelten Cortes vollziehen zu lassen

*) So Fester a. a. O. S. 46 (nach Pirala, der in seinem S. 242 erwähnten Werk Bismarcks Schreiben auf Spanisch wiedergegeben hat).

**) Mein Kollege an der technischen Hochschule, Prof. Dr. Ernst Marx, hat in seiner Schrift: Bismarck und die Hohenzollernkandidatur in Spanien, Stuttgart 1911, S. 46 ff. sehr wahrscheinlich gemacht, daß er an Salazar gerichtet war, keinesfalls (was Fester annimmt) an Bucher, und daß er zwischen 21. und 23. Juni zu setzen ist.

***) Sybels gegenteilige Ansicht (7, 253) ist falsch.

†) Aus dem Leben König Karls 2, 96, wo die Vertagung aber auf ein Mißverständnis „bei Eröffnung einer von Berlin nach Madrid geschickten Depesche“ zurückgeführt wird (es wurde statt 26. Juni der 9. Juli gelesen; so lange konnte man die Cortes nicht zusammenhalten). Nach Leonardos Aufsatz über Prim (Revue historique von 1900, Bd. 74) und nach Fester hätte Prim dieses Mißverständnis nur vorgeschoben.

Digitized by Google

und so alle Welt vor eine vollendete Tatsache zu stellen. Vielmehr hatte Prim im Sinne, Napoleon im Lauf des Juli in Bad Vichy oder in Paris aufzusuchen und ihn persönlich zu bearbeiten, damit er der Kandidatur seines hohenzollerischen Verwandten beipflichte. Deshalb wurden die Cortes bis auf den 31. Oktober vertagt.*) Da aber der am 26. Juni nach Madrid zurückgekehrte Salazar dem Beamten im dortigen Ministerium des Innern Rivero, den er für eingeweiht hielt, die Zusage Leopolds mitteilte (Ollivier 14, 1) und dieser andere in gutem Glauben in Kenntnis setzte, mußte der von Toledo zurückgekehrte Prim schon jetzt Farbe bekennen. Mercier erschien am 2. Juli bei ihm, um ihn zu begrüßen; Prim zeigte sich verlegen, und plötzlich zog er Mercier in sein Kabinett, um ihm zu sagen, daß Spanien Leopold als König brauche, „um die Revolution zu retten;“ er fürchte freilich, die Sache werde dem Kaiser nicht angenehm sein; wie werde er sie wohl aufnehmen? Mercier antwortete: „Es gibt da keine zwei Möglichkeiten.“ Obwohl Prim darüber bestürzt war, schrieb er doch den Zusammentritt der Cortes nun auf den 20. Juli aus, um ihnen unter Erwägung der ganzen Situation das entscheidende Wort zu lassen.

Am 3. Juli**) erfuhr man in Paris durch eine Depesche der Agentur Havas den Sachverhalt, und sofort schäumte das französische Nationalgefühl auf. An sich war die Angelegenheit eine Sache der spanischen Nation, welche Herrin ihrer Geschicke war und offenbar zum König wählen konnte, wen sie wollte, unter der Bedingung höchstens, daß, falls ihr Erwählter Erbrechte an ein anderes Land hatte, er darauf verzichtete und nicht möglicherweise durch eine allzu große Anhäufung von Macht in einer Hand das europäische Gleichgewicht gestört wurde. Dieser Fall war aber hier nicht von ferne gegeben, weil die schwäbische Linie der Hohenzollern seit etwa sechshundert Jahren von der fränkischen, (beziehungsweise brandenburgischen) getrennt war und keinerlei Erbrechte auf Preußen besaß; wenn man den Erbprinzen in Paris kurzweg einen „preußischen Prinzen“ nannte, so war dieser Ausdruck falsch; selbst seine Stellung als preußischer Gardeoffizier hatte der Erbprinz schon länger aufgegeben. Ferner hatte, wenigstens formell, weder der König als solcher, noch seine Regierung als

*) S. hierüber Festers, wie ich glaube, zutreffende Bemerkungen a. a. O. S. 47. Freilich gibt Sagastas Depesche vom August 1870, siehe Staatsarchiv 19, 125, Anlaß zu Bedenken, die sich aber heben lassen.

**) Zum folgenden R. Fester, die Genesis der Emser Depesche, Berlin 1915 (vorher in der Deutschen Rundschau 159 u. 160).

Digitized by Google

solche, sich an der Sache beteiligt. Welche Gründe bei Napoleon für den Hohenzollern sprechen mußten, haben wir schon S. 247 gesehen; außer diesem blieb nur die Republik, welche ansteckend auf Frankreich wirken mußte, oder der Orleans, Herzog von Montpensier; die Orleans aber haßte der Kaiser instinktiv, so daß er nach dem Zeugnis seines Leibarztes Ménière *) keinen Beamten zu hohen Stellen beförderte, der Orleanist war; „jeder Flecken von Orleanismus ist ein Grund zum Ausgeschlossenwerden." Trotzdem aber hatte Napoleon schon im Mai 1869 zu seinem Berliner Botschafter Marquis Benedetti gesagt: „Die Kandidatur Montpensiers sei rein antidynastisch, berühre also nur ihn, und er könne sie hinnehmen; die Kandidatur des Prinzen von Hohenzollern aber sei wesentlich antinational; das Land werde sie nicht ertragen und man müsse ihr zuvorkommen." **) Napoleons auswärtiger Minister, der Herzog v. Gramont (1819—80), ein Ultramontaner und Preußenhasser reinsten Wassers, der seit 1861 als Botschafter in Wien eifrig an dem Bündnis gegen Preußen gearbeitet hatte, war sofort überzeugt, daß es sich wieder einmal um einen teuflischen Streich Bismarcks handle, der Frankreichs „Ehre und Interesse antasten wolle." Er ließ sofort am 3. Juli durch den Geschäftsträger Le Sourd in Berlin den an Bismarcks Stelle das auswärtige Amt versehenden Staatssekretär v. Thile befragen und erhielt die formell richtige Antwort, daß die preußische Regierung der Sache ganz fremd sei und nur der Erbprinz mit ihr zu tun habe. Obwohl auch Mercier inzwischen berichtet hatte, daß Prim jede Beschuldigung gegen Bismarck, als ob dieser der Anstifter der Kandidatur sei, als völlig grundlos zurückgewiesen habe, ließ sich Gramont doch, von der Erregung der Pariser Bevölkerung vorwärts getrieben und vielleicht in der Hoffnung, jetzt den von Kaiser Franz Joseph geforderten „nicht-deutschen" Anlaß zum Krieg zu haben,***) durch den allgemein geachteten Abgeordneten Cochery am 5. Juli im gesetzgebenden Körper über die spanische Kandidatur befragen und schlug in seiner Antwort am 6. Juli sofort den herausforderndsten Ton an. Hiezu hatte ihn sein Amtsgenosse, der Kriegsminister Leboeuf, durch die Erklärung ermutigt, daß er nötigenfalls in vierzehn Tagen 250 000 Mann, in drei Wochen 300 000 Mann regulärer Truppen und 120 000 Mann von der Mobilgarde (Landwehr) bereit haben

*) Revue hebdomadaire 11 (1902) 233.
**) Benedetti, ma mission en Prusse, S. 307.
***) S. Wilhelm Alter, deutsche Rundschau 145 (1910) 112.

Digitized by Google

könne. „Wir glauben nicht," sagte Gramont wörtlich, „daß die Achtung vor den Rechten eines Nachbarvolkes uns zu dulden verpflichtet, daß eine fremde Macht einen ihrer Prinzen auf den Thron Karls V. setzt, so zu unserem Schaden das gegenwärtige Gleichgewicht der Kräfte in Europa zerstört und die Interessen und die Ehre Frankreichs in Gefahr bringt. Sollte dem so sein, so würden wir, stark durch Ihren Beistand, meine Herren, unsere Pflicht ohne Zögern und ohne Schwäche zu erfüllen wissen." Während die bonapartistische Rechte diese „Kriegsfanfare", wie der französische Biograph Bismarck, Paul Matter (3, 39) sich ausdrückt,*) mit Beifall begrüßte, empfand selbst das Zentrum sie als eine schwere Herausforderung Preußens; der Abgeordnete Josseau fragte sofort mit schwerer Sorge den Herzog: „Das ist also der Krieg?" Einige Minister sagten zueinander: „Haben wir unsere Schiffe nicht etwas zu rasch hinter uns verbrannt?" **) und Thiers nannte die Worte Gramonts entrüstet eine Torheit, obwohl er selbst es gewesen ist, der am 3. Mai 1866 (S. 175) angesichts des böhmischen Kriegs verkündet hatte, Preußen sei im Begriff, das Reich Karls V. herzustellen, das aber in Berlin statt in Wien seine Residenz haben und sich auf Italien statt auf Spanien stützen werde. Wenn einer der ersten Historiker Frankreichs diese falsche Münze geprägt hatte, warum sollte der Herzog von Gramont sie nicht jetzt in Umlauf setzen, wo Preußen sich auf Spanien selbst, das eigentliche Land Karls V., stützen zu wollen schien? Eine falsche Münze war es gleichwohl: einmal war Spanien längst von der stolzen Höhe herabgesunken, welche es zur Zeit Karls V., am Anfang des sechzehnten Jahrhunderts, innegehabt hatte; es war für niemand mehr furchtbar, und zweitens sollte der Erbprinz doch nur in Madrid zum König erhoben werden, nicht auch in Berlin, und Bismarck selbst war der Ansicht, daß Leopold, einmal in Spanien zur Herrschaft gelangt, sich nur von spanischen Interessen leiten lassen dürfe.***) Von einer Vereinigung Deutschlands und Spaniens wie unter Karl V. war ja nicht von fern die Rede, und gegen den englischen Botschafter Lord Lyons hat Gramont selbst in merkwürdiger Über-

*) Ebenso De la Gorce, hist. du second empire 6 (1904) 228: le manifeste semblait premier acte de guerre plutôt qu'invitation a négocier.

**) Ebenda S. 229.

***) Er sagte dies in der Nacht nach Sedan zum Erbprinzen Leopold, Gedanken und Erinnerungen 2, 79.

Digitized by Google

einstimmung mit einer Stelle in Bismarcks Denkschrift vom 27. Februar (s. oben S. 242) nur gesagt: „Wir können einem Zustand nicht zustimmen, welcher uns im Fall eines Krieges mit Preußen zwingen würde, ein Auge auf Spanien zu haben, was eine Division unseres Heeres lahmlegen würde.“ *) Um so unverzeihlicher war eine so übertriebene Sprache im Angesicht Europas. Wenn Gramont später, am 12. Juli, gegenüber dem preußischen Botschafter Karl v. Werther behauptet hat, diese Sprache sei zur Beruhigung der aufgeregten Kammer nötig gewesen und er habe ja Preußen gar nicht genannt, so ist das eine direkte Verdrehung des Sachverhalts — Gramonts Sprache hat die Aufregung erst recht geschürt und alle besonnenen Abgeordneten deshalb erschreckt — und das zweite eine so armselige Ausrede, daß man nur mit Achselzucken darüber weggehen kann.

Gramonts weiteres Vorgehen bewies denn auch deutlich, daß er absichtlich Preußen demütigen wollte. Er befahl am 7. Juli dem in Wildbad die Kur gebrauchenden Grafen Benedetti, daß er, da die preußische Regierung sich an der Sache nicht beteiligt erkläre, Licht über die wahren Absichten Preußens schaffe und demgemäß sich nach Ems zum König selbst begebe und die Forderung an ihn persönlich stelle, er solle die Annahme der Kandidatur mißbilligen und den Erbprinzen zum Rücktritt veranlassen.**) Am 9. Juli trug Benedetti dem König seinen Antrag vor. Dieser ging auf die direkte Verhandlung, unter unstatthafter Ausschaltung des eigentlich zuständigen Mannes, Bismarcks, aus Höflichkeit und Friedensliebe ein und antwortete, seinem bisherigen Verhalten getreu, daß er seine Einwilligung dem Erbprinzen nur als Familienoberhaupt und keineswegs als Souverän erteilt habe und daß seine Regierung dieser Verhandlung völlig fremd geblieben sei. Er schickte aber am 11. den Oberst Strantz, der vor anderthalb Jahren in Spanien gewesen war, nach Sigmaringen, um Leopold (der damals gerade in Tirol reiste, weil die Königswahl ja bis zum Herbst vertagt worden war) von den beunruhigenden Nachrichten aus Paris in Kenntnis zu setzen und ihn — so dürfen wir vermuten — wissen zu lassen, daß er, der König, gern einem Abbruch der Verhandlungen mit Spanien beipflichten werde. Am 11. Juli war Benedetti wieder beim König, um zu sagen, daß die Regierung des Kaisers verpflichtet sei, der Unruhe des Senats und des gesetzgebenden Kör-

*) Lord Lyons an Lord Granville, 5. Juli 1870. S. Staatsarchiv 19, 2.
**) Benedetti, S. 316 ff.

Digitized by Google

pers ein Genüge zu tun; wenn der König den Erbprinzen einlade zurückzutreten, so werde alles befriedigt sein. Wilhelm erwiderte, er müsse seinem Verwandten nach wie vor seiner Annahme die ganze Freiheit lassen und könne aus seiner Zurückhaltung nicht heraustreten; er erwarte aber die Antwort des Erbprinzen und werde sich beeilen, endgültig Bescheid zu geben. Der König war von der Schwere des Augenblicks durchdrungen und schrieb an seine Frau: „Gebe Gott, daß die Hohenzollern ein Einsehen haben." *) Bei gelegentlichen Begegnungen des Königs mit Benedetti am 10. und 12. Juli wurde Neues nicht gesprochen. Natürlich war Fürst Karl Anton von der Wendung der Dinge sehr bekümmert und zog, da Napoleon und Olozaga den rumänischen Gesandten in Paris energisch bearbeiteten, aus Sorge vor den angedrohten französischen Ränken gegen seinen Sohn Karl in Rumänien, ehe Leopold noch aus Tirol zurückgekehrt war, dessen Bewerbung am 12. Juli durch Telegramme nach Madrid und an den spanischen Gesandten in Paris als die eigentlich Interessierten feierlich zurück. Als Grund gab er die peinliche Lage an, in welche das spanische Volk nunmehr geraten sei, in der es nur noch sein Unabhängigkeitsgefühl zu Rate ziehen könnte, und den Mangel an derjenigen Sicherheit und Freiheit des Entschlusses für die Cortes, auf welche sein Sohn gezählt habe; in einem Brief an den König vom gleichen Tag bezeichnete er den Gedanken, daß aus dieser reinen Familienfrage ein Krieg erwachsen solle, als für ihn unerträglich. König Wilhelm „war ein Stein vom Herzen," **) als er diese Nachricht erhielt; der Zwischenfall schien geschlossen, die Verwicklung gelöst.

Die Befriedigung über diesen Verlauf begreift sich freilich nur vom Standpunkt des Königs aus, der an der Bewerbung nie eine Freude gehabt und *sie streng als Familiensache der Hohenzollern angesehen hatte. War sie das aber überhaupt jemals*, und war sie es noch? Bismarck hatte ihr, wenn er sie auch nicht selbst veranlaßt hatte, jedenfalls frühzeitig eine Seite abgewonnen, von der aus betrachtet sie ein politisches Interesse Deutschlands einschloß; und ebenso hatte Gramont die Sache angesehen und deshalb seine drohenden Forderungen nicht an den Erbprinzen oder dessen Vater gerichtet (gegen welche der Kaiser überdies jetzt verbittert war und mit denen zu verhandeln er unter seiner Ehre hielt), sondern an den seiner Meinung

*) Oncken, Unser Heldenkaiser (Berlin 1897), S. 188.
**) Ebenda S. 190.

Digitized by Google

nach die Kandidatur stützenden König von Preußen. Gramont hat sogar Benedetti direkt verboten, sich an die Hohenzollern selbst zu wenden.*) Damit hatte der Minister Napoleons die Sache ihres von Haus aus fragwürdigen „reinen Familiencharakters" vollends entkleidet und sie offenbar zu einer Streitfrage zwischen Preußen und Frankreich gestempelt. Eben damit erschien nun der Rückzug des Erbprinzen als ein Rückzug Preußens, und zwar als ein Rückzug vor dem Säbelrasseln des französischen Ministers. Insofern drohte der Handel am 12. Juli mit einer schweren Demütigung Preußens abzuschließen — Sadowa ist beinahe ausgewetzt! rief Thiers aus **) — und niemand hat das tiefer empfunden als Bismarck selbst, welcher von dem Auftreten der Franzosen sehr überrascht war (vgl. S. 247); hat er doch noch anfangs Juli Weisung erteilt, etwa einlaufende Depeschen nicht ihm, sondern dem Hohenzoller nach Düsseldorf zu schicken: so wenig schien ihm eine Gefahr nahe. Jetzt mußte er sich fragen, ob er nicht besser getan hätte, die Hand ganz von Spanien zu lassen. In einem prachtvollen Kapitel der „Gedanken und Erinnerungen" (2, 84 ff.) hat er sich darüber ausgesprochen, mit allem Stolz eines tapferen und aufrechten Preußen und Deutschen, der gewohnt ist, Hieb mit Hieb zu quittieren und lieber alles hinfahren läßt als die Ehre. „Schon Gramonts Äußerung vom 6. Juli war eine amtliche internationale Bedrohung mit der Hand am Degengriff. Die Phrase: la Prusse cane (= Preußen duckt sich) bildete in der Presse eine Erläuterung zu der Tragweite der Parlamentsverhandlungen vom 6. und 7. Juli, die für unser nationales Ehrgefühl nach meiner Empfindung jede Nachgiebigkeit unmöglich machte. Ich entschloß mich,***) am 12. Juli von Varzin nach Ems aufzubrechen, um bei Seiner Majestät die Berufung des Reichstags behufs der Mobilmachung zu befürworten. Als ich durch Wussow fuhr, stand mein Freund, der alte Prediger Mulert, vor der Tür des Pfarrhofes und grüßte freundlich; meine Antwort im offenen Wagen war ein Lufthieb in Quart und Terz, und er verstand, daß ich glaubte in den Krieg zu gehen. In den Hof meiner Berliner Wohnung einfahrend und bevor ich den Wagen verlassen hatte, empfing ich Telegramme, aus denen hervorging, daß der König nach den

*) Benedetti, a. a. O., S. 319.

**) Ollivier, l'empire libéral 14, 220. Ebenso sagte der alte Guizot: „Das ist der schönste diplomatische Sieg, den ich je gesehen habe." (Ebenda.)

***) Der König beschied ihn auch seinerseits am 11. Juli nach Ems.

französischen Bedrohungen und Beleidigungen im Parlament und in der Presse mit Benedetti zu verhandeln fortfuhr, ohne ihn in kühler Zurückhaltung an seinen Minister zu verweisen. (S. 255.) Während des Essens, an dem Moltke und Roon teilnahmen, traf von der Botschaft in Paris die Meldung ein, daß der Prinz von Hohenzollern der Kandidatur entsagt habe, um den Krieg abzuwenden, mit dem uns Frankreich bedrohte. Mein erster Gedanke war, aus dem Dienste zu scheiden, weil ich nach allen beleidigenden Provokationen, die vorhergegangen waren, in diesem erpreßten Nachgeben eine Demütigung Deutschlands sah, die ich nicht amtlich verantworten wollte ... Ich hielt diese Demütigung vor Frankreich und seinen renommistischen Kundgebungen für schlimmer als die von Olmütz, zu deren Entschuldigung die gemeinsame Vorgeschichte (Preußens und Österreichs) und unser damaliger Mangel an Kriegsbereitschaft immer dienen werden ... Ich war sehr niedergeschlagen, denn ich sah keine Mittel, den fressenden Schaden, den ich von einer schüchternen Politik für unsere nationale Stellung befürchtete, wieder gut zu machen ... Den Krieg sah ich schon damals als eine Notwendigkeit an, der wir mit Ehren nicht mehr ausweichen konnten ... Ich glaubte nunmehr [trotzdem] an Frieden; da ich aber die Haltung nicht vertreten wollte, durch welche dieser Friede erkauft gewesen wäre, so gab ich die Reise nach Ems auf und bat Graf Eulenburg (den Minister des Innern), dorthin zu reisen und Seiner Majestät meine Auffassung vorzutragen."

In diesem verzweifelten Augenblick erhielt aber die Sache durch den Kaiser und den Herzog v. Gramont eine neue unvorhergesehene Wendung. Statt mit dem erreichten Erfolg zufrieden zu sein, wozu ihnen die Botschafter Italiens und Englands, Graf Nigra und Lord Lyons, dringend rieten, und höchstens vor aller Welt diesen Erfolg, wie sie das konnten, recht ins Licht zu stellen, erhoben sie plötzlich neue Schwierigkeiten. Gramont hat noch am 12. Juli um ein Uhr vierzig Minuten, nach Empfang der Nachricht vom Rücktritt Leopolds, an Benedetti telegraphiert, er solle alle Geschicklichkeit anwenden, um festzustellen, daß der Verzicht ihm von König Wilhelm angekündigt oder mitgeteilt sei, damit die Anteilnahme des Königs von diesem direkt anerkannt sei oder doch in greifbarer Weise aus den Tatsachen sich ergebe; das sei für Frankreich von äußerster Wichtigkeit. Ehe jedoch Benedetti diesen Auftrag mit Nachdruck verfolgen konnte — wobei der König aber folgerichtigerweise seine Beteiligung immer wieder bestritten haben würde — erklärte Gramont

Digitized by Google

plötzlich*) in einem Gespräch mit dem soeben nach Paris zurückgekehrten preußischen Botschafter v. Werther, das am 12. Juli um drei Uhr im auswärtigen Amt stattfand, er wünsche zwar keinen Krieg, sondern friedliche Beziehungen zu Preußen; der Verzicht des Erbprinzen sei jedoch Nebensache, da Frankreich seine Thronbesteigung doch niemals zugelassen hätte (!); er fürchte aber, daß eine bleibende Verstimmung zwischen beiden Ländern zurückbleibe, und ein Mittel hiegegen, das er Werthers Erwägung anheimstelle, wäre ein Brief des Königs an den Kaiser, in dem gesagt würde, daß der König weder den Interessen noch der Würde der französischen Nation habe zu nahe treten wollen. Ollivier, der um 3¼ Uhr dazu kam, unterstützte Gramonts Anregung aufs lebhafteste. Da Werther aber trotz aller Neigung zur Erhaltung des Friedens das durch die herausfordernde Sprache Gramonts am 6. Juli für „ungemein erschwert" erklärte und laut Olliviers Zeugnis „den Standpunkt seiner Regierung (daß sie nicht an der Sache beteiligt sei) mit unbesiegbarem Stolz aufrecht hielt," so führte Gramont seine Ankündigung, mit der Anregung dieser Frage Benedetti zu beauftragen, nicht aus, telegraphierte aber, nachdem er um vier Uhr beim Kaiser in St. Cloud gewesen war und diesen mit aller Macht bearbeitet hatte,**) um sieben Uhr abends an Benedetti eine andere Forderung, ohne vorher den Ministerpräsidenten Ollivier oder die andern Minister zu Rate gezogen zu haben.***) Wel-

*) Gramont, la France et la Prusse avant la guerre, S. 120; er behauptet, die Anregung sei von Werther ausgegangen!! Vgl. Abeken, Ein schlichtes Leben (1898) S. 378, und Lehautcourt, hist. de la guerre de 1870—71 (1901) 1, S. 237 ff., und derselbe: Feuilles d'histoire 1910, 534 ff.

**) Näheres weiß man über ihre Unterredung nicht, De la Gorce 6, 266. Vgl. unten S. 271, Anm. 2.

***) Dies erklärt Ollivier ausdrücklich in seinem vielbändigen Werk l'empire libéral 14 (1909) 267. Wenn er damit sich von der Verantwortung für die Forderung einer direkten Garantie seitens des Königs für alle Zukunft befreien will, so hat Pierre Muret in seiner vorzüglichen und unparteiischen Kritik des Ollivierschen Berichts (revue d'histoire moderne, Paris 1909—10, Band 13, 305—328 und 14, 178—213, vgl. auch ebenda 80—88) mit Recht gesagt, daß die Forderung eines Briefes, der Ollivier sich anschloß, weit verletzender war und auch von König Wilhelm (s. unten S. 261) so empfunden wurde, als die Garantieforderung. Wenn Muret, a. a. O. 14, 188, die Bismarcksche Charakteristik des Briefs als eines Entschuldigungsbriefs (Bismarck an Bernstorff in London, 18. Juli), nicht recht gelten lassen will, so ist doch auch er der Ansicht, daß

Digitized by Google

ches diese neue Forderung war, erzählen wir nun nach dem Telegramm,*) welches der geheime Legationsrat Heinrich Abeken, der Sekretär des Königs, in dessen Auftrag am 13. Juli nachmittags drei Uhr fünfzig Minuten aus Ems an Bismarck richtete: „Seine Majestät der König schreibt mir: ‚Graf Benedetti fing mich (am Morgen des 13. Juli) auf der Promenade ab, um auf zuletzt sehr zudringliche Art von mir zu verlangen, ich solle ihn autorisieren, sofort zu telegraphieren, daß ich mich für alle Zukunft verpflichtete, niemals wieder meine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur zurückkämen. Ich wies ihn, zuletzt etwas ernst, zurück, da man à tout jamais dergleichen Engagements nicht neh-

---

der Brief eine harte Zumutung war, und verspottet Olliviers Ausrede, der bestreitet, daß damit eine förmliche Forderung gestellt gewesen sei — „nous n'avons rien demandé! Es war eine rein akademische Unterhaltung!" Ollivier hat allerdings in der Beratung in den Tuilerien vom späten Abend des 13. ein Telegramm durchgesetzt, das um 11 Uhr 45 Minuten nachts an Benedetti abging und das die Garantieforderung nicht für alle Zukunft aufstellte, sondern nur für jetzt; aber wieder hat Muret recht zu sagen, daß diese Beschränkung nicht viel besagen wollte; sie bezog sich nur auf die Form der Garantie, während König Wilhelm die Garantie an sich, im Prinzip, abgelehnt hat. Wenn Ollivier weiter im Anschluß an eine Mitteilung von Chappuis (bei Hof und im Feld, Frankfurt 1902, S. 73) behauptet, Bismarck habe an den König einen „Drohbrief" für den Fall gesandt, daß der König sich nicht für den Krieg entscheide, und der König habe aus Entrüstung hierüber Bismarck entlassen wollen, Gramont aber durch seine folle improvisation (das Verlangen der Bürgschaft für später) Bismarck gerettet, so ist ein solcher Entschluß des Königs im äußersten Maß unwahrscheinlich und findet an Chappuis' Worten keinerlei Stütze. Vgl. Hesselbarth Hist. Z. 106 (1910) 113—126, Brase, Emil Olliviers Memoiren und die Entstehung des Kriegs von 1870 (Berlin 1912), der Olliviers Zuverlässigkeit stark anzweifelt und bei ihm das Bestreben nachweist, Bismarck anzuschwärzen, und Ernst Marx, Histor. Zeitschrift 109 (1912) 508—523. Dieser hat sehr wahrscheinlich gemacht, daß Bismarck am 12. nachmittags aus Berlin an den König telegraphierte, daß er um seine Entlassung bitten müsse, wenn der König Benedetti noch einmal empfange, und daß das die Depesche war, nach deren Kenntnisnahme der König sagte: „das ist die wichtigste Depesche, die ich je erhalten habe;" er schob deshalb den Besuch seines Bruders Albrecht auf, bei dem er zum Abendessen geladen war (so Chappuis).

*) Gedruckt in dem Reichstagsstenogramm vom 23. November 1892, bei Abeken (4. Auflage 1910), S. 387 und in Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen" 2, 87—88.

Digitized by Google

men dürfe noch könne.*) Natürlich sagte ich ihm, daß ich noch nichts erhalten hätte, und, da er über Madrid früher benachrichtigt sei als ich, er wohl einsähe, daß mein Gouvernement wiederum außer Spiel sei. Seine Majestät hat seitdem ein Schreiben des Fürsten Karl Anton bekommen. Da Seine Majestät dem Grafen Benedetti gesagt, daß er Nachricht vom Fürsten erwarte, hat Allerhöchstderselbe, mit Rücksicht auf die obige Zumutung, auf des Grafen Eulenburg **) und meinen Vortrag beschlossen, den Grafen Benedetti nicht mehr zu empfangen,***) sondern ihm nur durch seinen Adjutanten †) sagen zu lassen, daß Seine Majestät jetzt vom Fürsten die Bestätigung der Nachricht erhalten, die Benedetti aus Paris schon gehabt, und dem Botschafter nichts weiter zu sagen habe. Seine Majestät stellt Euer Exzellenz anheim, ob nicht die neue Forderung Benedettis und ihre Zurückweisung sogleich sowohl unsern Gesandten als in††) der Presse mitgeteilt werden sollte.'"

*) Die Franzosen verlangten diese Bürgschaft vom König, „damit nicht der Erbprinz seinen Vater verleugne und nach Spanien gehe, wie sein Bruder es in Rumänien (1866) getan habe." Benedetti Seite 373.

**) Dieser traf am 13. um 11½ Uhr im Ems ein, um dem König einen Beschluß des Staatsministeriums vom 11. Juli zu überbringen, wodurch der König ersucht wurde nicht nachzugeben. Der Beschluß war durch das aus freiem Antrieb erwachsene Verhalten des Königs vom Morgen des 13. bereits überholt; immerhin mag Eulenburg den König noch zur Unterlassung eines weiteren Empfangs des Botschafters bestimmt haben. Vgl. Rieß, hist. Zeitschrift 118 (1918).

***) Muret glaubt, daß des Königs Weigerung, mit Benedetti persönlich weiter zu verkehren, durch den inzwischen aus Paris eingetroffenen Bericht v. Werthers über die Briefangelegenheit hervorgerufen war. Der König teilte diese Zumutung seiner Gemahlin übrigens erst am 13. nachmittags 3 Uhr mit den Worten mit: „Hat man je solche Insolenz gesehen?" S. W. Oncken, Unser Heldenkaiser, S. 161. Radziwill ward gegen 2 Uhr abgesandt.

†) Benedetti, ebenda S. 380, sagt auch nur: par un de ses aides de camp, ohne einen Namen zu nennen. Es war Radziwill; s. unten Seite 264 f.

††) Das Wort „in" steht im Reichstagsstenogramm und in den „Gedanken und Erinnerungen", aber nicht bei Abeken. Der Symmetrie nach sollte es nicht dastehen. Man könnte daraus auch herauslesen, daß der König und Abeken eine direkte amtliche Mitteilung an die Presse als das Gegebene ansahen, während Bismarck, im politischen Kampf erfahren, eine indirekte halbamtliche Mitteilung, welche die Regierung nicht unmittelbar band, für zweckmäßiger und doch ausreichend angesehen hätte. Vielleicht handelt es sich aber bei Abeken nur um eine unbeabsichtigte Auslassung.

Digitized by Google

Dieses Telegramm traf bei Bismarck am Abend des 13. ein, in einem Augenblick, wo Roon und Moltke wieder bei ihm zu Tisch waren; die Generale waren wie Bismarck sehr niedergeschlagen und machten ihm Vorwürfe, daß er sich, nur an sich denkend, aus dem Dienst zurückziehen wolle, während sie als Soldaten bleiben müßten. Mit Recht betonte Bismarck dagegen, daß sie beide auch nicht in der Lage eines verantwortlichen auswärtigen Ministers sich befänden, also ohne Verletzung ihres Ehrgefühls auf ihren Posten verharren könnten. Während der Unterhaltung traf um sechs Uhr neun Minuten *) das Telegramm aus Ems, von Abeken unterzeichnet, ein, und sein Wortlaut machte auf die Gäste einen so niederschlagenden Eindruck, daß sie Speise und Trank verschmähten. Bismarck aber zog aus dem letzten Satz, der ihm die Veröffentlichung des Hergangs anheimstellte, den Schluß, daß der König ihm damit einen Auftrag geben wolle, und da erstens Moltke einen sofortigen Kriegsausbruch für vorteilhafter ansah als einen Verzug; da zweitens die deutsche Ehre eine schneidige Zurückweisung der französischen Unverschämtheit unbedingt erforderte; da drittens, wenn der Eindruck erweckt wurde, daß Preußen sich ducke, das 1866 geschaffene Vertrauen auf Preußens Kraft bei den Süddeutschen und den neu gewonnenen Landesteilen zerstört werden mußte; da endlich viertens die Kluft, welche sich im Laufe der Geschichte zwischen den deutschen Stämmen und Dynastien gebildet hatte, durch nichts wirksamer überbrückt werden konnte als durch einen gemeinsamen nationalen Krieg gegen den seit Jahrhunderten uns immer wieder angreifenden Nachbar: so entschloß sich Bismarck aus allen diesen vier von ihm in den „Gedanken und Erinnerungen" entwickelten Gründen, den von Gramont hingeworfenen Handschuh mannhaft aufzunehmen. Er verkürzte die Depesche in Gegenwart seiner beiden Tischgäste „durch Streichungen, ohne ein Wort hinzuzusetzen oder zu ändern," **) ja sogar, wie ich hinzufügen möchte, unter mildernder Weglassung der erbitternden Stellen, welche vom „Abfangen des Königs" und der „sehr zudringlichen Art" Benedettis sprechen, auf die folgende Fassung:

„Nachdem die Nachrichten von der Entsagung des Erbprinzen

*) Diese Zeit hat Graf Caprivi im deutschen Reichstag, 23. Nov. 1892, festgestellt, wo er die Agitation betreffs der Emser Depesche würdig und sachkundig beleuchtet und entkräftet hat.

**) Wörtlicher Ausdruck Bismarcks in den Gedanken und Erinnerungen 2, 90.

Digitized by Google

von Hohenzollern der kaiserlich französischen Regierung von der königlich spanischen amtlich mitgeteilt worden sind, hat der französische Botschafter in Ems an Seine Majestät den König noch die Forderung gestellt, ihn zu autorisieren, nach Paris zu telegraphieren, daß Seine Majestät der König sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur wieder zurückkommen sollten. Seine Majestät der König hat es darauf abgelehnt, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen, und demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen lassen, daß Seine Majestät dem Botschafter nichts weiter mitzuteilen habe." Nachdem Bismarck seinen beiden Gästen die „konzentrierte" *) (zusammengezogene) Fassung vorgelesen hatte, bemerkte Moltke: „So hat das einen anderen Klang. Vorher klang es wie eine Chamade (das Signal zu Verhandlungen), jetzt wie eine Fanfare (Tuschblasen in Antwort auf eine Herausforderung)." An diese von Bismarck selbst mitgeteilte Äußerung Moltkes und an ein Wort Bismarcks gegen Maximilian Harden vom Oktober 1892 **) hat nun ein leidenschaftlicher Verleumdungsfeldzug gegen Bismarck seitens seiner fortschrittlichen und sozialdemokratischen Gegner (namentlich Liebknechts) ***) sich geknüpft, welche Bismarck der

*) Ausdruck Bismarcks ebenda S. 91.

**) Gedruckt in Band 2 der „Zukunft" und abgedruckt bei Johannes Penzler, Fürst Bismarck nach seiner Entlassung, Leipzig 1897, 4, 187. „Die Presse würde, wenn ich in den Reichstag (für Geestemünde, S. 459 f.) ginge, alles entstellen, was ich sage. Es ist ja so leicht, ohne Fälschung, nur durch Weglassungen und Striche den Sinn einer Rede vollkommen zu ändern. Ich habe mich selbst einmal in diesem Fache versucht, als Redakteur der Emser Depesche, mit der die Sozialdemokraten seit zwanzig Jahren krebsen gehen... Als ich sie durch Striche und Zusammenziehungen redigiert hatte, rief Moltke aus: ‚vorhin war's eine Chamade, jetzt ist's eine Fanfare.'"

***) Penzler 4, 229. Es ist nicht notwendig, auf die gehässige Darstellung Welschingers, eines notorischen Preußenfressers (der im literarischen Zentralblatt 1912, 602 von Dr. R. noch zu gut beurteilt ist), in dessen Werk la guerre de 1870, causes et responsabilités, Paris 1910, 1, 102—131, näher einzugehen, wo die „Fälschung" breit getreten wird. Wie genau Welschinger arbeitet, sieht der, welcher es nicht schon von früher weiß, daraus, daß S. 126—128 dreimal Liebnecht gedruckt ist. Wie wär's, wenn ein Deutscher statt Jaurès etwa Jaurrez schriebe? Im April 1917 hat derselbe Welschinger die Behauptung aufgestellt, daß Preußen die „Landessprache" der Hannoveraner unterdrücke! (Schwäbischer Merkur Nr. 202, 1917.) Offenbar meint er, die Hannoveraner sprechen dänisch oder polnisch oder gar eine eigene Sprache. Ein französischer Historiker von anderer Qualität, der uns natürlich auch nicht wohl will, aber sachlich ist,

Digitized by Google

Fälschung bezichtigten und ihm vorwarfen, daß er am 13. abends nicht bloß die Depesche des Königs, sondern auch eine des Flügeladjutanten und Oberstleutnants Prinzen Radziwill erhalten habe, in welcher gemeldet war, daß Benedetti sich bei der Abweisung seines Gesuchs durch den König beruhigt habe; der Zwischenfall, sagen Bismarcks Gegner, sei also erledigt, der Friede gesichert gewesen, und Bismarck habe dadurch, daß er seine „konzentrierte Depesche" veröffentlichte, das Feuer wieder angeblasen und so den Krieg verschuldet.

Die Depesche oder vielmehr das „Promemoria"*) Radziwills lautet: „Seine Majestät der König, infolge einer Unterredung mit dem Grafen Benedetti am 13. Juli früh auf der Brunnen-Promenade, hatte die Gnade, mich gegen 2 Uhr nachmittags mit folgendem Auftrag zu dem Grafen zu schicken: Se. Majestät hätte vor einer Stunde durch schriftliche Mitteilung des Fürsten zu Hohenzollern aus Sigmaringen die vollkommene Bestätigung dessen erhalten, was ihm der Graf des Morgens in betreff der Verzichtleistung des Prinzen Leopold auf die spanische Thron-Kandidatur, als direkt aus Paris erfahren, mitgeteilt hätte. Se. Majestät sähe hiermit diese Angelegenheit als abgemacht an. Graf Benedetti, nachdem ich ihm diesen Auftrag ausgerichtet, äußerte, er hätte seit seiner Unterredung mit dem Könige eine neue Depesche des Herrn v. Gramont erhalten, in der er beauftragt würde, sich eine Audienz von Sr. Majestät zu erbitten, und nochmals Sr. Majestät den Wunsch des französischen Gouvernements nahe zu legen: 1. die Verzichtleistung des Prinzen zu Hohenzollern zu approbieren und 2. die Versicherung zu erteilen, daß auch in Zukunft diese Kandidatur nicht wieder aufgenommen werden würde. Hierauf ließ Se. Majestät dem Grafen durch mich erwidern, daß Se. Majestät die Verzichtleistung des Prinzen Leopold in demselben Sinne und in demselben Umfange approbierten, in dem Se. Majestät dies vorher mit der Annahme dieser Kandidatur getan hätten. Die schriftliche Verzichtleistung hätte Se. Majestät von dem Fürsten Anton zu Hohenzollern erhalten, Höchstwelcher hierzu vom Prinzen Leopold autorisiert worden sei. In betreff des zweiten Punktes, der Versicherung für

Ernest Denis, la fondation de l'empire allemand, Paris 1906, S. 474, sagt: il est évident que l' accusation de faux qui a été souvent lancée contre Bismarck à propos de cette dépêche, *n'a absolument aucun sens . . , son résumé n'était pas inexact.*

*) So nannte es Caprivi im Reichstag, 23. November 1892. Gedruckt im Staatsarchiv 19 (1870) 84—85 und bei Hahn, Fürst Bismarck 2, 32—33.

Digitized by Google

die Zukunft, könne sich Se. Majestät nur auf das berufen, was Allerhöchstderselbe dem Grafen des Morgens selbst erwidert hätten. Graf Benedetti nahm diese Rückäußerung Sr. Majestät dankbar entgegen und äußerte, er werde dieselbe, wie er hierzu autorisiert sei, seinem Gouvernement zurückmelden. In betreff des zweiten Punktes müsse er aber, weil er durch die letzte Depesche des Herrn v. Gramont die ausdrückliche Anweisung hierzu hätte, seine Bitte um eine nochmalige Unterredung mit Sr. Majestät aufrecht erhalten, und wäre es auch nur, um dieselben Worte Sr. Majestät wieder zu vernehmen, um so mehr, als sich in dieser letzten Depesche neue Argumente vorfänden, die er Sr. Majestät unterbreiten möchte. Hierauf ließ Se. Majestät dem Grafen Benedetti durch mich zum dritten Male, nach Tisch, etwa um 5½ Uhr,*) erwidern, Se. Majestät müsse es entschieden ablehnen, in betreff dieses letzten Punktes (bindende Versicherungen für die Zukunft) sich in weitere Diskussionen einzulassen. Was er heute morgen gesagt, wäre Allerhöchst sein letztes Wort in dieser Sache und er könne sich lediglich darauf berufen. Auf die Versicherung, daß auf die Ankunft des Grafen Bismarck in Ems auch für den nächsten Tag bestimmt nicht zu rechnen sei, erklärte Graf Benedetti, sich seinerseits bei dieser Erklärung Sr. Majestät des Königs beruhigen zu wollen."

Man sieht sofort, daß diese Radziwillsche Depesche sachlich mit der Abekenschen völlig übereinstimmt und nur, weil mindestens einige Stunden nach dieser verfaßt, noch einen späteren Vorgang des 13. Juli „gegen 5½ Uhr abends" erwähnt, nämlich den dritten Besuch Radziwills bei Benedetti. Gleichwohl kann sie Bismarcks Vorlage schon deshalb nicht gewesen sein, weil „dieses Promemoria" nach des Grafen Caprivi, des Nachfolgers Bismarcks, ausdrücklicher Erklärung im deutschen Reichstag, vom 23. November 1892, nach dem Ankunftsvermerk, dem sogenannten Präsentat, der ihr aufgedruckt ist, erst am 17. Juli in Berlin eintraf: es wurde dem auswärtigen Amt nicht sofort telegraphisch übermittelt, sondern erst nach der Rückkehr des Königs aus Ems, mit andern schon überholten Schriftstücken über die Emser Vorgänge. Auch abgesehen davon kann bei der oberflächlichsten Vergleichung der „konzentrierten" Depesche einerseits mit der von Abeken und andrerseits mit der von Radziwill niemand im Zweifel sein, daß die Abekensche Bismarck als Vorlage gedient hat. Es ist deshalb eigentlich unnötig,

*) S. Staatsarchiv 19, 84. Bei Hahn 2, 33: etwa um 6 Uhr.

Digitized by Google

noch die Behauptung der Gegner Bismarcks zu prüfen, nach welcher Benedetti sich mit seiner Abweisung „beruhigt gezeigt“ haben soll; denn wenn dem selbst so wäre, so stünde jedenfalls fest, daß Bismarck von dieser angeblichen Beruhigung des Botschafters nicht unterrichtet war, als er die „Emser Depesche“ am 13. Juli etwa um sieben Uhr abends verkürzte. Aber auch diese „Beruhigung“ beruht zweifellos auf einem völligen Mißverständnis der Worte und des Sinns Benedettis durch Bismarcks Anfeinder. Benedetti hat sicherlich nicht sagen wollen, daß mit der Ablehnung der verlangten Bürgschaft durch den König der Streitfall erledigt sei; der Botschafter hat vielmehr nichts anderes gemeint und nichts anderes meinen können, als daß er nun des Königs letzte Willensäußerung auf seine Forderung betreffs der Bürgschaften für die Zukunft genau und authentisch kenne, daß er damit hinsichtlich seiner Orientierung befriedigt sei und es nun natürlich seiner Regierung überlassen müsse, was sie dazu sagen wolle. Daß diese mit der erlittenen Abfuhr zufrieden sein werde, nachdem sie die persönliche Verbürgung des Königs als Schutzwall gegen Eigenmächtigkeiten des Erbprinzen für so unbedingt notwendig bezeichnet hatte, war sehr zu bezweifeln. Auch Benedetti selbst nahm weitere Verhandlungen mit Bismarck in Aussicht, sobald dieser da sei; auf solche Verhandlungen hat ihn auch der König verwiesen, als er sich am 15. von ihm verabschiedete.*)

Wenn also Bismarck offenkundig nicht gefälscht hat, sondern, wie sein Nachfolger Caprivi im deutschen Reichstag am 23. November 1892 sagte, „das, was sein Monarch ihm aufgetragen hatte, ausführte, und zwar vollkommen korrekt ausführte;“ wenn er also auf alle Fälle von den ihm gemachten Vorwürfen völlig entlastet ist, so bleibt doch die Frage, ob er nur als Werkzeug seines königlichen Herrn gehandelt hat. Unsere ganze Darstellung ergibt, daß diese Auffassung ihm nicht gerecht würde; es gibt vielmehr nicht einen zweiten Moment in Bismarcks Leben, wo er mit größerer Selbständigkeit gehandelt hat, wo er so ins Riesengroße wächst, wo er so als die Verkörperung der deutschen Volksseele erscheint, wie in dem Augenblick, da er die Abekensche, aus Ems eingetroffene

*) Vgl. Albert Sorel, histoire diplomatique de la guerre franco-allemande, Paris 1875, 1, 161.

Digitized by Google

Depesche konzentrierte. Wir legen den Nachdruck auf die Worte der Depesche: „Seine Majestät stellt Eurer Exzellenz anheim, ob nicht die neue Forderung Benedettis und ihre Zurückweisung sowohl unseren Gesandten als in der Presse mitgeteilt werden sollte.“ Es war möglich, aus diesen Worten einen Auftrag heraus zu hören, aber doch nur dem, der (wie Bismarck) einen solchen Auftrag wünschte und für geboten hielt; keinesfalls war er klar ausgesprochen, und Sybel hat sich völlig geirrt, wenn er (7, 329) den Worten die Deutung gibt: „Bismarck, hieß es, sollte die französische Forderung und deren Zurückweisung bekannt machen.“ Das hieß es gerade nicht; der König „stellte es vielmehr Bismarck anheim.“ Wenn er ein Leisetreter war, wenn er um jeden Preis um die böse Sache herumkommen wollte, wenn er nicht empfand, daß jetzt nicht mehr und nicht weniger auf dem Spiele stand als die Ehre seines Königs und des von diesem vertretenen Volkes, dann hatte er das Recht, alles in seinen Archiven zu begraben. Daß er den kühnen Entschluß faßte, das nicht zu tun, daß er in kurzer, der Vorlage Wort für Wort entnommener Fassung die welsche Frechheit und ihre schneidige Abweisung der Welt kund tat, das war sein Verdienst, das seine Schläfe mit ewig grünem Lorbeer zieren wird bis in die fernsten Zeiten. Er begriff, daß die Welschen den König demütigen wollten, weil sie in ihm Preußen und Deutschland zu demütigen wünschten; er gab ihrem Wortführer, wie Gramont sich gegen Ollivier ausdrückte, „eine Ohrfeige“, eine schallende Ohrfeige — mochten sie sich damit abfinden, wie sie wollten: die Hand Germanias ruhte am Schwertknauf, zu allem fertig und bereit. Es war bezeichnend, daß Bismarck am Abend des 13. Juli, als er zu Bette ging, nachdem er ein Lied aus seinem Gebetbuch gebetet hatte, einen Eintrag über die Ereignisse des Tages machte und die plattdeutschen Worte beifügte: dat walt Gott und dat kolt Isen (kalte Eisen)! *) Wer die unvergeßliche Zeit erlebt hat, da Bismarcks Depesche in die Welt hinausflog, der wird es bestätigen, daß allen Patrioten, welchen König Wilhelm viel zu lange und viel zu sanftmütig mit den frechen Welschen verhandelt hatte, fürwahr ein Alp von der Seele fiel, als wir wußten: sie haben ihren Teil dahin. Nachts um elf Uhr fünfzehn Minuten, so hat Caprivi im Reichstag die Fristen genau

*) S. Horst Kohl, Politische Reden des Fürsten Bismarck, Bd. 14, Anh. S. 3. Vgl. Baldamus, Neue Jahrbücher (Leipzig, Teubner) 15, 667—668.

Digitized by Google

festgestellt, ging Bismarcks Depesche über die Emser Vorgänge (die man gewöhnlich selbst als (verkürzte) „Emser Depesche“ bezeichnet), den Gesandten in Dresden, München, Stuttgart, Karlsruhe, Darmstadt und Hamburg zu; am 14. Juli früh zwei Uhr dreizehn Minuten ging dieselbe Depesche an die Gesandten in London, St. Petersburg, Florenz, Brüssel, Haag, Wien, Bern und Konstantinopel.*) Sie ward auch der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, Bismarcks offiziösem Sprachrohr, zugestellt, und durch diese erfuhr alle Welt am 14. Juli die weltgeschichtlichen Vorgänge von Ems. Von der persönlich verletzenden Art, in der Benedetti dem Monarchen zugesetzt hatte, machte Bismarck telegraphisch dem König von Bayern und dem Zaren Mitteilung, um auf ihr fürstliches, bezw. verwandtschaftliches Gefühl zu wirken; in beiden Fällen mit Erfolg; der Zar wurde gegen den französischen Gesandten Fleury so heftig, daß dieser einen Augenblick daran dachte, die Unterredung sofort abzubrechen.

In Paris hatte der Ministerrat, der am 13. früh in St. Cloud abgehalten wurde, die Zurücknahme der Garantieforderung mit 8 gegen 4 Stimmen verworfen, aber, falls die Forderung von König Wilhelm abgelehnt werde, beschlossen, sie nicht als Ultimatum zu behandeln, sondern mit sich reden zu lassen. Am Morgen des 14., als Ollivier demgemäß in der Kammer friedliche Erklärungen abgeben wollte, trat Gramont bei ihm mit den Worten ein: „Mein Lieber, Sie sehen einen Mann, der eine Ohrfeige (un gifle) erhalten hat.“ Gleichwohl waren die Minister, welche an der Garantieforderung nicht beteiligt waren und sie als gleichbedeutend mit dem Krieg ansahen, nicht geneigt, sich von Gramont in den Abgrund mit fortreißen zu lassen; mochte er nur den wohlverdienten Denkzettel einstecken oder, falls ihm das nicht paßte, zurücktreten. Allein die Stimmung unter der Rechten der Kammer, die aus ultramontanem und nationalem Haß gegen Preußen von Anfang das Kriegsfeuer leidenschaftlich geschürt hatte, und in der Pariser Bevölkerung war so, daß am Nachmittag des 14. doch die Mobilmachung beschlossen wurde; aber den Kaiser reute es sofort wieder, wie er überhaupt nach

*) Daß die Gesandten damit beauftragt waren, auch den Regierungen, bei welchen sie beglaubigt waren, den Vorgang anzuzeigen, hat Bismarck in seinem Memorandum vom 18. Juli ohne Zweifel mit formellem Recht bestritten. Da aber die „Nordd. Allg. Ztg.“ die Depesche veröffentlichte, kommt darauf allerdings wenig an. Denis, fondation de l'empire allemand, S. 476.

Digitized by Google

dem Zeugnis des Marschalls Mac Mahon *) sehr melancholisch und auch körperlich durch sein Steinleiden schwer angegriffen war, und er teilte seine Bedenken dem Kriegsminister durch ein kurzes Schreiben mit. So wurde auf den Abend des 14. nochmals eine Ministersitzung anberaumt, in welcher der Kaiser sein altes Allheilmittel, einen Kongreß, in Vorschlag bringen wollte, um dessen Einberufung der Kaiser Franz Joseph ersucht werden sollte. Die Kaiserin Eugenie hielt das für einen Erweis von Feigheit und gab dieser Ansicht gegenüber vom Kaiser und von Leboeuf offen und schroff Ausdruck. Der Kaiser las dann nach Mac Mahons Angaben, welche Olliviers Bericht ergänzen, seine Denkschrift über den Kongreß vor, als er sich plötzlich so übel fühlte, daß er abbrechen und für eine halbe oder dreiviertel Stunde den Saal verlassen mußte. Während dieser Zeit bearbeitete die Kaiserin die Minister in einem dem Kongreßplan entgegengesetzten Sinn; es waren nämlich inzwischen Telegramme eingetroffen, welche Gramont vorlegte und von denen eins besagte, daß Benedetti in Ems seine Pässe zugestellt erhalten habe, und ein zweites — von dem Gesandten Cazaux in Wien — meldete, daß nach einer Mitteilung des österreichischen Geschäftsträgers in Berlin der dortige englische Botschafter Lord Loftus seiner Regierung telegraphiert habe: Bismarck habe ihm gesagt, daß er von Frankreich einen Widerruf oder eine befriedigende Erklärung der drohenden Reden Gramonts fordern müsse: ohne dies könnte er keinen weiteren Verkehr mit dem französischen Botschafter pflegen. Nach Ollivier kam noch ein drittes Telegramm, welches als entscheidend angesehen wurde: es stammte von dem französischen Gesandten in Bern, der berichtete, daß in seiner Gegenwart Bismarcks Depesche über die Abweisung Benedettis vom preußischen Gesandten dem Vorstand des auswärtigen Amtes mitgeteilt worden sei.**) Daß Bismarck die Sache nach München mitgeteilt hatte, sah der Ministerrat nicht als eine Herausforderung an; daß aber die Schweiz, ein fremder Staat, in Kenntnis gesetzt worden war, glaubte man sich nicht gefallen lassen zu können.***) Als der Kaiser trotz seiner

*) Dieser hatte seine Angaben von dem Kammerherrn der Kaiserin Eugenie, Herrn v. Pienne, und teilte, was er wußte, dem Abgeordneten und späteren Minister Grivart am 2. April 1890 in einem Gespräch mit. Grivarts Sohn übergab die Notizen seines Vaters an Welschinger, der sie am 27. Oktober 1903 im Journal des Débats veröffentlichte.

**) War das zu viel Eifer? fragt Denis a. a. O. mit Rücksicht auf Bismarcks oben (S. 268 Anm. 1) erwähnte Erklärung vom 18. Juli.

***) Fester, Genesis der Emser Depesche S. 286 bemerkt mit Grund,

Digitized by Google

Schmerzen zurückkam, um die Beratung zu Ende zu führen, fand er nach Mac Mahon eine Mehrheit von vier Stimmen für den Krieg vor, und es ward beschlossen, am 15. Juli beim gesetzgebenden Körper die Einberufung der Mobilgarde (Landwehr) und die Bewilligung von 66 Millionen für die Mobilmachung von Heer und Flotte zu beantragen. Wer der eigentlich Treibende bei diesen Beschlüssen war, das hat der englische Botschafter in Paris, Lord Lyons, mit folgenden an seine Regierung gerichteten Worten ausgesprochen: „Die Bewegung in Heer und Volk ist so stark, daß keine Regierung, die für den Frieden wäre, Bestand haben könnte." Es war so wie immer: seit das durch Preußen geeinigte Deutschland auf dem Plane war, fühlte sich das französische Machtgefühl beengt und gehemmt. „Wir sind Hähne," sagte der Marschall Vaillant einmal zu Bismarck, „wir dulden nicht, daß andere besser siegen als wir." *) (Vgl. S. 281.) In der Kammer hat zwar eine kleine Minderheit der äußersten Linken — 10 Mann gegen 246! — die den Krieg ankündigenden Beschlüsse bekämpft; aber selbst der spätere Führer der Republik, Gambetta, hat gleich beim ersten Auftauchen der hohenzollerischen Kandidatur ausgerufen, daß jetzt alle Franzosen sich zu einem nationalen Kriege vereinigen müßten, und hielt in einer Fraktionsversammlung eine Rede, in der er die hohenzollerische Sache selbst für einen unbedeutenden Zwischenfall erklärte und die Schleifung der preußischen Festungen verlangte, welche die französische Grenze bedrohten. **) Nach der Zurückziehung der Kandidatur ist Gambetta allerdings zur Besinnung gekommen und hat am 15. Juli zu der winzigen Opposition gehört, deren wuchtigster Vorkämpfer Thiers war.

Aus den erzählten Hergängen kann man auch vielleicht die richtige Auffassung über die Rolle gewinnen, welche die Kaise-

daß man nicht recht einsieht, weshalb der Nachricht aus Bern ein so schweres Gewicht beigemessen wurde, während die Bekanntgabe der Emser Depesche durch die Nordd. Allg. Z. viel empfindlicher war. Er glaubt, daß die Mitteilung aus Wien, wonach Bismarck einen Widerruf der Drohung vom 6. Juli verlangen wollte, den Ausschlag gab. In der Tat kehrt Bismarck damit den Spieß um und fordert nun Genugtuung für Preußen: solchen Erörterungen entzog sich Gramont durch den Krieg, infolge dessen Bismarck dann gar nicht zur amtlichen Forderung der Genugtuung gekommen ist.

*) H. v. Poschinger, Fürst Bismarck, neue Tischgespräche und Interviews. Stuttgart 1895, S. 238.

**) Vgl. hiezu Hans Delbrück, Ollivier über den Krieg von 1870, Preußische Jahrbücher 137 (1910) 305—334, bes. S. 308.

Digitized by Google

rin Eugenie bei der Entfesselung des Kriegsbrandes gespielt hat. v. Sybel hat mit Nachdruck die Ansicht vertreten, daß sie an dem Krieg unschuldig sei; *) die Franzosen **) selbst aber, soweit sie dem zweiten Kaiserreich abgeneigt wären, haben sie im Gegenteil angeklagt, zum Krieg getrieben zu haben. Vielleicht liegt die Wahrheit in der Mitte, und es war die Kaiserin nicht von Haus aus für den Krieg, wohl aber, als sie zur Überzeugung gebracht war, daß Frankreichs Ehre es erfordere, das Schwert zu ziehen, also seit dem 14. Juli.***) Von der Wahrung der Ehre Frankreichs hing das Ansehen ihres Gemahls und die Nachfolge ihres Sohnes ab. Daß ultramontane Einflüsse, so gewiß sie auch streng katholisch war, bei ihr gegen Preußen in dem Maße in die Wagschale fielen, daß sie den Krieg gewünscht hätte, scheint doch zweifelhaft. Dagegen ist es nicht unmöglich, und Mac Mahon hat dies zu Grivart gesagt, daß sie von der liberalen Ära, welche der Kaiser durch Berufung Olliviers eingeleitet hatte, das Verderben erwartete, und ein siegreicher Krieg ihr die Möglichkeit zu bieten schien, diese gefährlichen Zugeständnisse zurückzunehmen. Wenn Hans Delbrück die Ansicht vertreten hat, †) daß Napoleon nur einen Krieg „auf kurze Sicht" führen und nach ein paar — natürlich erfolgreichen — Schlachten sich mit Preußen dahin verständigen wollte, daß dieses Süddeutschland, er Belgien nehme, so erhält diese Ansicht, deren Einzelbegründung wir uns nicht aneignen, immerhin eine gewisse Stütze durch Mac Mahons Worte: Une diversion à l'extérieur lui parassait une necessité de salut. Au bout de quinze jours ou trois semaines de guerre, pensait-elle, on aurait obtenu des succès. La paix se ferait alors, et l'empereur, remis en possession de son prestige, pourait revenir sur les concessions dangereuses qu'il avait faites.††)

*) Siehe dessen „Neue Mitteilungen zur Begründung des Deutschen Reichs", München 1895, S. 30 ff. H. v. Petersdorff, Forschungen zur brandenburgischen und deutschen Geschichte 9 (1897) 68—70.

**) De la Gorce 6, 266 hält für sehr wahrscheinlich, daß sie am 12. Gramont in St. Cloud zum Sieg verhalf.

***) S. meinen Aufsatz in den „Grenzboten" Jahrgang 1904, II, S. 628—632.

†) Preußische Jahrbücher 82 (1895, 111 (1903) und 137 (1908) 330. 331 = Erinnerungen, Aufsätze und Reden S. 301—358, bes. 321. 333. 337.

††) Vgl. hiezu Albert Sorel a. a. O. 1, 76: Die Minister erwarteten eine große Schlacht wie die von Solferino; dann ein europäisches Schiedsgericht

Digitized by Google

Mit der französischen Mobilmachung war die Frage, ob Krieg oder Frieden sein werde, entschieden. König Wilhelm verabschiedete sich am 15. in aller Höflichkeit von Benedetti im Bahnhof zu Ems und kehrte über Koblenz nach Berlin zurück; seine Reise gestaltete sich zu einer Kundgebung nationaler Entschlossenheit und Opferwilligkeit ohnegleichen: diese Gesinnung tönte ihm überall aus den stürmischen Hurrarufen des in Masse zusammenströmenden Volkes entgegen. Auf dem Berliner Bahnhof erließ er den Befehl, daß das ganze norddeutsche Heer auf Kriegsfuß gesetzt werden solle; weggefegt waren wie mit einem Schlage die kurz vorher noch so lauten Preußenfeinde im Süden; die Völker und die Fürsten, voran der Großherzog Friedrich von Baden und der König Ludwig von Bayern, standen treu zu ihrem 1866 in den Schutzverträgen verpfändeten Wort.*) Am 19. Juli übergab der französische Geschäftsträger Le Sourd Bismarck die Kriegserklärung namens seiner Regierung; es ist das einzige amtliche Aktenstück, welches in der ganzen Angelegenheit ergangen ist: archivalisch angesehen erscheint der Krieg von 1870 wie aus der Pistole geschossen, und in dieser unglaublich klingenden Tatsache spiegelt sich die beispiellose Überstürztheit, mit der die französische Regierung vorgegangen ist.

Am gleichen Tag trat der norddeutsche Reichstag zusammen. Der König verlas eine Thronrede, welche in ihrer Würde und schlichten Kraft dem gewaltigen Moment gerecht wurde und zu den größten Meisterstücken Bismarcks gehört, dem nicht bloß der staatsmännische Lorbeer, sondern auch der eines Klassikers unserer Sprache gebührt. „In Ihnen wie in uns wird die Überzeugung lebendig sein, daß der norddeutsche Bund die deutsche Volkskraft nicht zur Gefährdung, sondern zu einer starken Stütze des allgemeinen Friedens auszu-

---

zugunsten Frankreichs, den Gewinn von Landau und der Grenze von 1814; die Eindämmung der Macht Preußens, das vielleicht Sachsen erhalten und die Rheinlande dafür dem König von Sachsen übergeben sollte; damit ein Ende des preußisch-französischen Gegensatzes usw. Vgl. S. 275. Wir haben die Rechnung dann allerdings anders erledigt.

*) Das sonderbare Buch von A. v. Ruville, Bayern und die Wiederaufrichtung des Deutschen Reichs, Berlin 1909, meint, daß nur ein geheimes Versprechen Ludwigs, die Verträge nie „böswillig auslegen zu lassen", den Schlüssel zu seinem Verhalten bilde (S. 57 ff.). Wenn Preußen auf des Königs Vertragstreue nicht unter allen Umständen bauen konnte, würde meines Erachtens auch dieses mysteriöse Königswort nichts genützt haben. Gegen Ruville äußern sich v. Müller, Bayern im Jahr 1866, München 1908, und Georg Küntzel, Bismarck und Bayern in der Zeit der Reichsgründung, Frankfurt 1910.

Digitized by Google

bilden bemüht war, und daß, wenn wir gegenwärtig diese Volkskraft zum Schutze unserer Unabhängigkeit aufrufen, wir nur dem Gebot der Ehre und der Pflicht gehorchen... Hat Deutschland Vergewaltigungen seines Rechts und seiner Ehre in früheren Jahrhunderten schweigend ertragen, so ertrug es sie nur, weil es in seiner Zerrissenheit nicht wußte, wie stark es war. Heute, wo das Band geistiger und rechtlicher Einigung, welches die Befreiungskriege zu knüpfen begannen, die deutschen Stämme je länger, desto inniger verbindet, heute, wo Deutschlands Rüstung dem Feinde keine Öffnung mehr bietet, trägt Deutschland in sich selbst den Willen und die Kraft der Abwehr erneuter französischer Gewalttat... Man hat uns das Schwert in die Hand gezwungen; Gott wird mit uns sein, wie er mit unsern Vätern war." Von 280 Abgeordneten waren 230 anwesend, trotzdem wegen der Mobilmachung und der Belegung aller Bahnen mit Truppen das Reisen sehr erschwert war. Die Vorlage, welche 120 Millionen Taler für Kriegszwecke forderte, wurde, nachdem Bismarck am 20. Juli eine kurze Darlegung über den Stand der Dinge gegeben und einige Aktenstücke mitgeteilt hatte, mit allen Stimmen gegen die der zwei Sozialdemokraten Bebel und Liebknecht bewilligt und bereits am 21. Juli der Reichstag unter Bezeugung des warmen und herzlichen Dankes des Königs durch Bismarck geschlossen.

Während nun das gesamte deutsche Volk mit Ausnahme der unverbesserlichen Partikularisten, der Sozialdemokraten und der hohen Finanz, welche auch in diesem weltgeschichtlichen Augenblick nur an sich dachte, sich einmütig zum Kriege für seine Existenz, seine Einheit, Freiheit und Unabhängigkeit erhob, führte Bismarck gegen die französische Regierung den empfindlichsten Schlag, mit dem er sie treffen konnte. Am 25. Juli erschien in der bekannten Londoner Zeitung The Times, welche damals als das erste Blatt der Welt galt, der von Benedettis Hand auf das Papier der kaiserlich französischen Botschaft geschriebene Entwurf eines Schutz- und Trutzvertrags,*) welchen Frankreich „während des Luxemburger Handels und kürzlich abermals" **) Preußen habe antragen lassen und

*) Staatsarchiv 19, 144—145 und Hahn, Fürst Bismarck 2, 74—75.

**) So sagt die „Times" in ihrem Vorwort, Hahn 2, 74. Bismarck an den Botschafter Grafen Bernstorff in London am 28. Juli (Hahn 2, 75) drückt sich so aus: „Seit Beginn des dänischen Streites bis vor kurzem." „Der Beginn des dänischen Streits" ist schwer genau zu bestimmen; er hat seit 1846 nie ganz aufgehört; vielleicht meint Bismarck das dänische Patent vom 30. März 1863 oder den Tod Friedrichs VII. am 15. Novem-

Digitized by Google

in welchem vorgesehen war, daß Preußen sich Süddeutschlands in Form „einer föderalen Vereinigung unter billiger Achtung der Souveränität der Staaten des Südens“, Frankreich sich Belgiens bemächtige. Benedetti erhob sich freilich sofort zu einem Protest; er erklärte am 29. Juli in einer Zuschrift an das Journal officiel, daß der Gedanke, Belgien Frankreich zu überlassen, nicht von Frankreich, sondern von Bismarck ausgegangen sei und ihm, Benedetti, der Entwurf von Bismarck in die Feder diktiert worden sei;*) aber er fand damit keinen Glauben, und der frühere englische Minister Malmesbury nannte den Entwurf im Oberhaus „ein entsetzliches (apalling) Schriftstück“.**) Am 29. Juli erließ Bismarck noch eine ausführliche Erklärung an die Vertreter des norddeutschen Bundes bei den neutralen Mächten, die zur Mitteilung an diese Mächte bestimmt war, worin er darlegte, daß schon vor 1862 Frankreich an ihn mit der Absicht herangetreten sei, mit Preußens Hilfe sich in den Besitz Belgiens und des Rheins zu setzen: wenn er die öfters wiederholten Anträge, deren Ausführbarkeit ihm von Anfang an unmöglich erschienen sei, nicht gänzlich ablehnend beantwortet habe, ohne jemals eine auch nur mündliche Zusage zu geben, so sei es in der Erwägung geschehen, daß die Vernichtung jeder französischen Hoffnung den Frieden, den zu erhalten Deutschlands und Europas Interesse war, gefährden würde. „Ich durfte nicht ohne die Möglichkeit rechnen, daß in Frankreichs Verfassung und Politik Veränderungen eintreten könnten, welche beide große Nachbarvölker über die Notwendigkeit eines Kriegs weggeführt hätten — eine Hoffnung, welcher jeder Aufschub des Bruches zugute kam. Aus diesem Grunde schwieg ich über die gemachten Zumutungen und verhandelte dilatorisch.“ Bismarck fügte noch hinzu: „Ich habe Grund zu glauben,

---

der. Im Rundschreiben Bismarcks an die diplomatischen Vertreter des norddeutschen Bundes (Hahn 2, 76) vom 29. Juli wird die Anfangsfrist mit den Worten „schon vor 1862“ etwas weiter hinaufgerückt. Wenn die „Times“ das französische Angebot „während des Luxemburger Handels“ setzt, so griff sie, deren Einbläser wohl das Mitglied des preußischen Preßbureaus Moritz Busch war, damit einen einzigen Moment aus einer Kette von Anträgen zwischen 1866—70 heraus.

*) Vgl. Benedetti, ma mission en Prusse, S. 183—199, bes. 198. Ollivier veröffentlichte in der Revue des deux mondes vom 15. Januar 1911 einen scharfen Angriff gegen Bismarcks Angaben, die er als lügenhaft bezeichnet. Ob er damit mehr Glück gehabt hat, als seinerzeit Benedetti, steht sehr dahin.

**) Staatsarchiv 19, 146.

Digitized by Google

daß, wenn die Veröffentlichung (der Anträge) unterblieben wäre, nach Vollendung der französischen und unserer Rüstungen uns von Frankreich das Anerbieten gemacht sein würde, gemeinsam an der Spitze einer Million gerüsteter Streiter dem bisher unbewaffneten Europa gegenüber die uns früher gemachten Vorschläge durchzuführen, d. h. vor oder nach der ersten Schlacht Frieden zu schließen, auf Grund der Benedettischen Vorschläge, auf Kosten Belgiens."

Siebentes Kapitel.

Der Sieg über Frankreich und die Gründung des Reiches.

Den Krieg gegen Frankreich zu erzählen, ist nicht unsere Aufgabe; wir haben bloß zu betrachten, was Bismarcks persönlicher Anteil daran war und wie er es verstanden hat, das, was das Schwert gewonnen hatte, mittelst seiner Staatskunst zu sichern.

Es verstand sich von selbst, daß er, wie 1866, als erster Ratgeber seines Königs, stets bei diesem war; bezeichnend ist aber, daß die äußeren Formen stets zu wahren gewesen sind, so daß Bismarck am 2. August in Mainz sich enthielt, nach seiner Ankunft zum König zu gehen, weil sein Kammerdiener Engel das Gepäck sämtlich dem folgenden Zug zurückgelassen hatte und Bismarck also „nichts anzuziehen hatte". Er ritt während des Feldzugs das Roß, an das er seit 1867 gewöhnt war, seine ausdauernde Stute Röschen, die gelegentlich achtzehn Stunden ohne Futter und Wasser aushielt. Es verstand sich von selbst, daß Bismarcks Söhne Herbert und Wilhelm den Krieg (im Gardedragoner-Regiment) mitmachten. Die neunundsiebenzig Briefe, welche Bismarck aus Frankreich an seine Frau schrieb, sind, nachdem sie längere Zeit nicht auffindbar gewesen waren, im Cottaschen Verlag 1903 als Nachtrag zu der größeren Briefsammlung erschienen und deren 2. Auflage eingefügt worden; auch sie bilden einen der wertvollsten Schätze unserer Literatur. Am 16. August waren beide Söhne Bismarcks in der Schlacht von Mars-la-Tour und ritten die heldenhafte Attacke mit, wobei der Oberst v. Auerswald und alle vier Schwadronsführer fielen; Herbert ward durch die Lenden geschossen, glücklicherweise, ohne daß die Knochen verletzt wurden, und „Bill" verlor das Pferd unter

Digitized by Google

dem Leibe; „er ging kopfüber und wurde erst tot gesagt, ist aber dick und lustig.“ „Leonidas ist ein Lump gegen unsere Füsiliere.“ „Unsere Leute schlagen sich wie Helden; ich habe ihnen nur zu große Todesverachtung vorzuwerfen. Im Wetteifer zwischen Bayern und Preußen, oder zwischen erster, zweiter und dritter Armee gehen sie drauf, als wär's ein Wettlauf zum Scherz. Die Bayern schlagen sich gerade so vorzüglich wie unsere. Die Infanterie muß sich das berserkerartige Draufstürzen auf den Feind doch etwas abgewöhnen; denn so gutes Blut wie das unserer Soldaten ist selten in der Welt. Hier (in Homburg) ist nichts als Himmel und Sachsen, die sehr zornig sind, daß sie nicht an den Feind kommen.“ Oft begegnen wir in Bismarcks Äußerungen Stellen von erfrischendem, manchmal groteskem Humor, welche fast an den Mönch Ilsan unserer Heldensage erinnern. „Die Leute hier (in Pont-à-Mousson) müssen mich für einen Bluthund halten; die alten Weiber, wenn sie meinen Namen hören, fallen auf die Knie und bitten mich um ihr Leben. Attila war ein Lamm gegen mich.“ „Bei Bazeilles (vor Sedan) roch man plötzlich einen kräftigen Duft wie von gebratenen Zwiebeln. Ich bemerkte aber, daß er von dem Dorf herüberkam, und es waren vermutlich die französischen Bauern, die von den Bayern, weil sie aus den Fenstern auf sie geschossen, niedergemacht worden und dann in ihren Häusern verbrannt waren.“ *) „Ich sah bei Beaumont über tausend Gefangene auf einem Fleck, in einem Steinbruch interniert, darunter ein Priester, der auf unsere Verwundeten geschossen haben sollte; ich ließ ihm wenigstens den Priesterrock gleich ausziehen, und wird er überführt, so kommt er in den Orden der Cordeliers,**) aber um den Hals.“ Auch die Gutherzigkeit Bismarcks tritt oft hervor. „Itzenplitz soll leider geblieben sein; sprich aber nicht davon, da es sehr schwer ist, Gewißheit zu haben; es kann ein Irrtum sein. Der Alte tut mir über die Maßen leid, wenn es wahr ist... Leb herzlich wohl, trinke und bade in Ruhe, vertrau auf Gott, der unsere Kinder im rechten Todesrachen geschützt hat.“ „Ein Fischbecker, Sohn des Chausseeaufsehers, begrüßte mich mit leichter Armwunde. Ich hinterließ ihm, was ich an Geld bei mir hatte.“ ***)

---

*) Fürst Bismarcks Briefe an Braut und Gattin, S. 529. 531. 535. 539. 543. Über Bazeilles Busch, Tagebuchblätter 1, 164.

**) Sollte hier nicht zu lesen sein: bekommt er den Orden der Cordeliers? La corde der Strick; Cordeliers ein bekannter Mönchsorden (Zweig der Franziskaner).

***) Briefe S. 28. 34.

Digitized by Google

Kürzlich hat ein Teilnehmer der Kämpfe *) erzählt, wie sie nach Mars-la-Tour überall vergeblich Wasser für ihre Pferde suchten, weil die Bevölkerung die Brunnen mit Steinen gefüllt hatte, und Bismarck, als sie endlich ein brauchbares Rinnsal gefunden hatten, sagte: „Aber den französischen Verwundeten in dem Haus dort müßt ihr das Wasser doch überlassen."

Während Bismarck 1866 auch bei militärischen Dingen zu Rat gezogen wurde, hielt diesmal die Generalität mit Eifersucht darauf, daß Zivilisten ihr nicht darein redeten; schon am 20. Juli hatte sich Moltke dagegen aufgelassen, daß Bismarck bei der Frage der Kommandostellen einwirken wollte.**) Als aber am 1. September die Niederlage des französischen Heeres bei Sedan entschieden war, wurden Bismarck und Moltke beauftragt, mit General Wimpffen über die Kapitulation zu verhandeln. Es dauerte bis ein Uhr früh am 2. September, ohne daß man zum Abschluß kam. Nach vier- bis fünfstündigem Schlaf ward Bismarck von dem französischen General Reille geweckt, mit der Mitteilung, daß der Kaiser Napoleon ihn zu sprechen wünsche. „Ungewaschen und ungefrühstückt" ritt Bismarck gegen Sedan zu, und als er des Kaisers ansichtig wurde, saß er ab, grüßte ihn ebenso höflich wie in den Tuilerien und fragte nach seinen Befehlen. Da der Kaiser den König zu sehen wünschte, der sich über zwanzig Kilometer davon in seinem Quartier befand, bot ihm Bismarck einstweilen sein eigenes Quartier in Donchery an; weil der Kaiser aber vor der möglicherweise sich ansammelnden Menschenmenge sich scheute, stieg er zunächst in einem ärmlichen und unreinlichen einsamen Arbeiterhaus am Wege ab. „In einer Kammer von zehn Fuß Gevierte, mit einem fichtenen Tische und zwei Binsenstühlen saßen wir eine Stunde. Unsere Unterhaltung war schwierig, wenn ich nicht Dinge berühren wollte, die den von Gottes gewaltiger Hand Niedergeworfenen schmerzlich berühren mußten" — ein Kotillongespräch hat er sie ein anderes Mal genannt. Während Moltke herbeigeholt wurde, geleitete Bismarck den Kaiser nach dem etwa drei bis vier Kilometer von Fresnois entfernten kleinen Schloß, wo dann die Kapitulation mit Wimpffen vollends abgeschlossen wurde. Gegen sechs Uhr früh war Bismarck am 2. September zu Pferde gestiegen; um Mitternacht kam er vom Sattel herunter; „ich war zehn bis elf Meilen geritten, zweimal naß und

*) Ludwig Müller v. Hausen in den „Zeitfragen" (Beiblatt der Deutschen Tageszeitung) vom 19. September 1910.

**) Aus Kaiser Friedrichs Tagebuch, 20. Juli 1870.

Digitized by Google

trocken geworden und hatte seit dem dritten Tag nichts Warmes genossen, als ich zu besagter Mitternacht über einen Schmorbraten geriet, wie ein Wolf davon aß, dann sechs Stunden sehr fest schlief." „Röschen, die jene elf Meilen in schlechten Wegen, Dunkelheit und Regen unter mir gemacht hatte, fraß sofort mit gutem Appetit." Wie doch der deutsche Reiter stets seines treuen Tieres gedenkt, selbst in einem solchen weltgeschichtlichen Augenblick!

Sofort nach der Übergabe von Sedan erfolgte der Weitermarsch auf Paris, den Bismarck an sich nicht als nötig ansah; nach seiner Meinung hätte man sich begnügen können, den großen Teil von Frankreich, den man bis jetzt erobert hatte, gleichsam als Faustpfand besetzt zu halten; die Franzosen würden sich dann untereinander zerfleischen und müßten am Ende zu Kreuze kriechen, da ihre Heeresmacht entweder vernichtet oder hoffnungslos in Metz eingeschlossen war. Am 5. September war das Hauptquartier in Reims, wo es über eine Woche blieb. „In der kriegerischen Ruhe hier haben sich die diplomatischen Korrespondenzen wieder gemehrt, der aufgestaute Tintenbach hat sich über mich ergossen, falsche Friedenstauben schwirren umher und girren mich heuchlerisch an, vor allem aber die Verwaltungsorganisation macht mir viel Reibungen, wegen der unglaublichen Zopfigkeit und Ressorteifersucht des Militärs, namentlich im Generalstabe, dem Post- und Telegraphen- und Etappenwesen. Wenn ich mit solcher Ressortverwirrung im Zivil haushalten sollte, wäre ich längst gesprungen wie eine Granate. Hier aber denkt keiner daran, ob das Ganze leidet; jeder tut, was ihm befohlen wird, und was nicht befohlen wird, darüber tröstet er sich, wie der Junge, dem sein Vater keine Handschuhe kaufte.*) Vor dem Feinde lauter Helden, aber an ihren Schreibtischen wie ein Rattenkönig mit den Zöpfen zusammengewachsen."

Die deutschen Siege hatten die Wirkung, daß alle, welche nur auf einen Mißerfolg unserer Waffen gelauert hatten, um loszuschlagen, sich zurückhielten und Gott dankten, daß sie nicht unvorsichtig gewesen waren. Beust, der mit Erzherzog Albrecht zusammen Jahre lang an einem Bündnis Österreichs, Italiens und Frankreichs gegen Preußen gearbeitet und den Franzosen noch am 20. Juli bewaffnete Hilfe in Aussicht gestellt hatte,**) war ganz kleinlaut geworden und „konjugierte das Zeitwort: ich bin neutral, du bist neutral, wir sind

---

*) Meinem Vater, sagt dieser bekanntlich, geschieht's gerade recht, daß mich so friert; warum kauft er mir keine Handschuhe!

**) S. meine Erörterungen hierüber in Helmholts Weltgeschichte 8, 328.

Digitized by Google

neutral." *) Viktor Emanuel, welcher um Roms willen sofort das Schwert gegen Preußen gezogen hätte, rief nach der Schlacht von Wörth aus: „Zum Teufel, ich bin mit heiler Haut davongekommen!" **) England wollte weder uns wohl noch den Franzosen, welche Belgiens Bestand bedroht hatten; es wünschte durch Lieferung von Kriegsbedarf nach Frankreich Geld zu verdienen und schlug vor, eine „Liga der Neutralen" zu gründen, was ausschloß, daß eine einzelne Macht Deutschland in den Arm fiel, und einschloß, daß mindestens vorerst überhaupt nichts geschah, weil die einzelnen Mächte eine ganz verschiedene Stellung zu den Kriegführenden einnahmen. In Rußland war Zar Alexander II. schon aus persönlicher inniger Verehrung seines Oheims Wilhelms I. ein entschiedener Freund der Deutschen; am 5. August hatte er in Wien erklären lassen, daß ein Angriff Österreichs auf Preußen mit einem Angriff Rußlands auf Österreich beantwortet werden würde; er trank auf die Nachricht von Sedan auf das Wohl des Königs Wilhelm I. und seines Heeres und zerschmetterte das Champagnerglas, das zu keinem andern Zweck mehr dienen sollte, an der Wand. Aber es gab in Rußland doch auch eine Strömung, welche den Machtaufschwung Deutschlands mit großem Mißvergnügen mit ansah; der Staatskanzler Gortschakóff suchte ein allgemeines Veto gegen eine etwaige von Frankreich zu leistende Landabtretung zustande zu bringen, und nur daran, daß Kaiser Alexander II. sich entschieden für Deutschland aussprach und die Muhme des Zaren, die Großfürstin Helene (die Tochter des Prinzen Paul von Württemberg und die Gemahlin des Großfürsten Michael Pawlowitsch) die deutsche Sache bei Hof entschieden verfocht, ist diese böswillige Intrigue schließlich gescheitert.***) Um alle derartigen Bestrebungen im Keime zu ersticken, erließ Bismarck in dem Augenblick, in welchem die nach dem Sturz des Kaiserreichs am 4. September errichtete vorläufige republikanische Regierung Thiers an die europäischen Höfe sandte, um eine Vermittlung herbeizuführen, am 13. und 16. September aus Reims und aus Meaux zwei Rundschreiben **) an die norddeutschen Ge-

*) Beust, Erinnerungen 2, 393.

**) Rothan, l'Allemagne et l'Italie 2, 80.

***) S. König Wilhelms nicht genug zu beachtenden Brief an die Königin Augusta, bei W. Oncken, Unser Heldenkaiser, Berlin 1897, S. 215. Vgl. auch Graf Fleury, la France et la Russie en 1870, Revue de Paris 15. Dez. 1898.

†) Text bei Hahn, Fürst Bismarck 2, 125—128. Das erste ist eingegeben durch den Wunsch, irrtümliche Auffassungen über unser Verhältnis zu Frankreich richtig zu stellen, das andere durch die Sendung von Thiers.

Digitized by Google

sandten zur Mitteilung an die betreffenden Regierungen. Er erklärte darin, daß die Hoffnung auf eine diplomatische oder materielle Einmischung der neutralen Mächte nur die Franzosen zur Fortsetzung des Krieges ermutige; auch dieser Krieg sei ein willkürlich heraufbeschworener Eroberungskrieg gewesen, für den (nicht Napoleon allein, sondern) die gesamte Nation verantwortlich sei, und wenn sie erkenne, daß sie allein mit Deutschland ihre Rechnung abschließen müsse, werde sie dem nutzlosen Widerstand bald ein Ende machen. Deutschland müsse sich aber durch den Besitz der Festungen Straßburg und Metz gegen die Wiederholung solcher Anfälle sicherstellen. Indem es das tue, erschwere es den Franzosen künftig den Angriff und handle somit im Interesse des europäischen Friedens. Diese Forderungen waren von nun an, im vollen Einklang mit der öffentlichen Meinung Deutschlands, der unverrückbare Eckstein der deutschen Politik. Als der neue Minister des Auswärtigen, der frühere Rechtsanwalt Jules Favre, am 19. September im deutschen Hauptquartier erschien, um über einen Waffenstillstand zu verhandeln, während dessen eine verfassunggebende und auch über Krieg oder Frieden entscheidende Versammlung gewählt werden sollte, knüpfte Bismarck die Gewährung dieses Waffenstillstandes, welcher in diesem Augenblick unsern Siegeslauf in höchst unerwünschter Weise aufhalten mußte, an die Übergabe von Straßburg, Toul und des Mont Valerien, der Paris beherrschte, oder eines anderen Pariser Forts; auch ließ er Favre keinen Zweifel, daß Deutschland beim Friedensschluß das ganze Elsaß und von Lothringen die Bezirke Saarburg, Chateau Salins, Saargemünd, Metz und Diedenhofen verlangen werde. Die Verhandlungen wurden am 19. September im Schloß Haute Maison bei Meaux begonnen und am 20. in dem Rothschildschen Schloß Ferrières fortgesetzt. Bismarck erschien nach der Schilderung der Franzosen aufrecht, hoch gewachsen, in Reiterstiefeln und der Uniform der Kürassiere, mit hartem Blick unter den vorstehenden Augbrauen, unerbittlich in seinen Forderungen an einen Feind, der nicht hatte hören wollen und nun fühlen sollte; persönlich aber war er von einer unvertilgbaren Gutmütigkeit, welche durch alle staatsmännische Folgerichtigkeit durchbrach. Jules Favre zeigte sich in staubigem Überzieher, zerknicktem Hut; er hatte einen feinen, etwas ans Jüdische erinnernden Gesichtsschnitt, dicke Oberlippen, grauen Backenbart; das Gesicht verriet den Kummer, mit dem er, der Vertreter einer kaum vierzehn Tage bestehenden Regierung, eines Landes ohne verfügbare Heere, eines in Auflösung geratenen Staatswesens vor dem

Digitized by Google

Sieger stand.*) Während er da war, erschien ein gewisser Regnier, wie er behauptete, von der nach England geflüchteten Kaiserin Eugenie, der früheren Regentin, abgesandt, bei Bismarck, um auch über Frieden zu verhandeln, und Bismarck benützte den Abenteurer zu einem Druck auf Favre: er erklärte, daß die Pariser Regierung sich auf das große in Metz eingeschlossene Heer unter Bazaine nicht verlassen könne; dieses halte zum Kaiser, und der König könnte auch mit dem Kaiser Frieden schließen und ihn nach Paris zurückführen. „An der Form eurer Regierung liegt uns an sich nichts; wenn wir aber Napoleon unsern Interessen günstiger finden, werden wir ihn zurückführen. Wir denken lediglich an unsere Sicherheit." Favre brach die Unterhandlungen entrüstet und verzweifelnd ab. Er hatte sich mit der naiven Hoffnung getragen, daß die Deutschen sich darauf einlassen würden, nur Napoleon habe den Krieg verschuldet; nach seinem Sturz sei die Lage ganz verändert; jetzt müsse man von dem unschuldigen französischen Volk ablassen — höchstens die Zahlung einer Kriegsentschädigung hielt Favre für erörterbar, nicht aber die Abtretung „auch nur eines Steins unserer Festungen". Er erstattete am Abend des 20. September der Regierung in Paris Bericht über Bismarcks Forderungen und erhielt die Weisung, dem Minister kurz zu schreiben: „Die Regierung wünscht einen Waffenstillstand, um eine Nationalversammlung wählen zu lassen, kann aber die Bedingungen nicht annehmen, von welchen Eure Exzellenz ihn abhängig macht." **) Die französische Presse, der in England nur der „Standard" kräftig beistand, erschöpfte sich in Angriffen auf die deutschen Wüteriche und Barbaren und erklärte die Fortsetzung des Krieges nach Napoleons Sturz für eine unerhörte Ungerechtigkeit, gerade wie wenn der Kaiser den Krieg mutterseelenallein und nicht an der Spitze von 300 000 Franzosen geführt hätte! Diesen lächerlichen Redensarten gegenüber hat Benedetti in seinem öfters angeführten Werk (S. 407) mit schonungsloser Wahrhaftigkeit (welche freilich ihn und Gramont vom Vorwurf, den Krieg verschuldet zu haben, entlasten sollte, aber dadurch nichts an Kraft verliert) es hervorgehoben, daß die Nation 1870 selbst den Krieg, nicht den Frieden gewollt habe; daß die Kriegserklärung avec des transports d'enthousiasme, mit Ausbrüchen

*) Matter, Bismarck 2, 130. Busch, Tagebuchblätter 1, 212. 220: „Chaos in Frankreich."

**) S. Favres Bericht in seinem Werk le gouvernement de la défense nationale 1, 148 ff.

Digitized by Google

begeisterter Entzückung aufgenommen worden sei — le nier, ce serait méconnaître une vérité éclatante — und daß eine Zeitung den Nagel auf den Kopf getroffen habe mit dem Satz: „Nicht der Kaiser hat von sich aus den gegenwärtigen Krieg erklärt; wir haben ihn dazu gezwungen; wir verhehlen das gar nicht." „Die Regierung," sagte eine andere Zeitung, „war entschlossen; der Entschluß zum Krieg kam aus den Eingeweiden des Landes." (Vgl. S. 270.) Diese ganz offenkundige Tatsache trug auch dazu bei, daß Thiers auf seiner Rundreise in London, St. Petersburg, Wien und Florenz, deren Zweck war, „für Frankreich zu sprechen und Europa für seine Sache zu erwärmen," keinen Erfolg hatte. Mochte man auch den Deutschen nichts Gutes gönnen — es war doch unbestreitbar, daß der Kaiser Napoleon trotz des Rücktritts des Hohenzollern von der spanischen Kandidatur den Krieg erklärt und daß er dabei nur den innersten Wünschen der französischen Volksseele willfahrt hatte. Jetzt mochten sie ausbaden, was sie eingegossen hatten; eine Einmischung wurde unzweifelhaft von Deutschland zurückgewiesen und hatte also nur dann Sinn, wenn man entschlossen war, sich äußerstenfalls am Krieg zu beteiligen; dazu aber hatte niemand Lust. Auch der Versuch, den Thiers nach seiner Rückkehr unter russischer Vermittlung bei Bismarck anfangs November machte, einen Waffenstillstand von fünfundzwanzig Tagen zur Wahl einer Nationalversammlung zu erwirken, scheiterte daran, daß die Franzosen die Verproviantierung von Paris während des Stillstands verlangten, ohne irgend eine Bürgschaft für den aus dem Stillstand erwachsenden Frieden zu geben. Rußland ging seinerseits jetzt daran, die Wehrlosigkeit Frankreichs zur Durchbrechung des Pariser Friedens vom 30. März 1856 zu benützen; es erließ am 31. Oktober die Erklärung, daß, da dieser Friede schon wiederholt durchlöchert worden sei, so 1859 durch die Vereinigung der Donaufürstentümer zum Fürstentum Rumänien, es sich auch nicht mehr daran gebunden halte, soweit die russischen Souveränetätsrechte im schwarzen Meer dadurch eingeschränkt würden; es nahm also das Recht in Anspruch, im schwarzen Meer wieder einen Kriegshafen anzulegen und eine Kriegsflotte zu halten. Deutschland hatte natürlich nicht das geringste Interesse, sich mit Rußland wegen dieser Sache zu entzweien; Bismarck verhehlte zwar nicht, daß die Art des russischen Vorgehens beanstandet werden könne, erkannte aber an, daß der Pariser Vertrag für Rußland ungerechtfertigt hart gewesen sei, und auf seinen Vorschlag trat am 17. Januar 1871 eine Konferenz der Großmächte in London

Digitized by Google

zusammen, welche die 1856 beschlossene Neutralität des schwarzen Meeres für aufgehoben erklärte, aber die Schließung der Dardanellen und des Bosporus für die Kriegsschiffe der Großmächte (mit Ausnahme natürlich der Türkei) aufrecht erhielt.*)

Durch die deutschen Siege war das Nationalgefühl gewaltig entflammt worden, und stürmisch gab sich überall das Verlangen kund, daß Deutschland jetzt endlich das so oft vergebens erstrebte Ziel seiner vollen Einigung erreichen müsse.**) Auch die Regierungen widerstrebten nun diesem Verlangen nicht länger; der Großherzog von Baden, der durch und durch national und fast unitarisch dachte, gab gleich am 2. September eine dahin zielende öffentliche Erklärung ab, und am 5. folgten der König Ludwig von Bayern, an den Bismarck „als den besten von allen" in München sich mit wunderbarer Kunst der Menschenbehandlung direkt wandte,***) und Karl von Württemberg, wenn auch ohne Zweifel nur ungern und unter dem Druck der öffentlichen Meinung, mit der Zusicherung nach, daß sie bemüht sein wollten, Deutschland die Früchte des Siegs im vollsten Maße zu sichern und die nationale Zusammengehörigkeit der deutschen Stämme mit ihrer Selbständigkeit in ein richtiges Verhältnis zu bringen.

Daß Bismarck dieses Ziel seit langem ins Auge gefaßt hatte, ist uns bekannt; es konnte sonach gar nicht anders sein, als daß er jetzt den Augenblick für gekommen hielt, seine Verwirklichung mit Nachdruck zu erstreben. Er hatte freilich dabei seinen königlichen Herrn nur in beschränkter Weise zum Bundesgenossen, insofern König Wilhelm nur den militärischen Zusammenschluß Deutschlands unter Preußens Führung für wesentlich ansah; dieser war in der Hauptsache seit den Schutz- und Trutzverträgen des August 1866 erreicht und bedurfte nur etwa noch des weiteren Ausbaus durch Militärverträge Preußens mit den

*) Akten bei Hahn 2, 183—192.

**) Briefe und Aktenstücke zur Geschichte der Gründung des Deutschen Reiches, von Erich Brandenburg, Leipzig 1916, 2 Bändchen.

***) Karl Alexander v. Müller, Bismarck und Ludwig II. im September 1870, historische Zeitschrift 110 (1913), 99—132. Er gibt eine ausgezeichnete Darlegung der bayrischen Verhältnisse, besonders der Sendung des kerndeutschen Grafen Karl v. Tauffkirchen, des neuen Präfekten des Maasdepartements, der im Auftrag Bismarcks am 13. September bei dem König in Berg erschien und ihm klar machte, daß der König vorangehen oder ins Hintertreffen geraten müsse: so wirkte Bismarck auf das fürstliche Bewußtsein des Königs mit kluger Berechnung ein.

Digitized by Google

Südstaaten, welche unerledigte Punkte von Bedeutung, wie die gemeinsame Bewaffnung und Einübung, regelten und den preußischen Oberbefehl auch im Frieden aufrichteten. Ein politisches Bündnis mit dem Süden mußte voraussichtlich die demokratischen und ultramontanen Elemente des Nordens kräftigen, was dem König gar nicht erwünscht war. Anders als der Vater dachte der Sohn. Friedrich Wilhelm teilte auch in der deutschen Frage den Standpunkt des Liberalismus; er wollte also für Preußen die Kaiserkrone und die Kaisergewalt, neben der die deutschen Fürsten wesentlich nur noch ihre Titel und ihre Ehrenrechte bewahren sollten. Dann sollte und konnte Preußen in Deutschland, dessen wahre Herrn von nun an die Hohenzollern sein würden, aufgehen, sein Landtag als neben dem Reichstag überflüssig aufhören (vgl. S. 36). Die Fürsten sollten zusammen mit den 1806 „mediatisierten" früheren reichsunmittelbaren Geschlechtern, welche ihre Ebenbürtigkeit bewahrt hatten, ein Oberhaus bilden; die Regierung würde im Namen des Kaisers von einem dem Reichstag verantwortlichen Reichsministerium geführt werden. Man sieht: wenn der Vater möglichst wenig ändern wollte, so wollte der Sohn möglichst viel neu gestalten. Auf den Einwurf, daß die süddeutschen Könige schwerlich mit der Einrichtung eines solchen Kaisertums zufrieden sein würden, antwortete der Kronprinz schon am 11. August in einem Gespräch, das er auf der Höhe der Vogesen im Gebirgsdorf Petersbach mit Gustav Freytag führte: „Die Macht sei bereits vorhanden, Widerstrebende zu nötigen." *) Was verstand er unter dieser Macht? Militärische Gewalt gewiß nicht; im Augenblick, wo man mit den Bayern zusammen die Franzosen bekämpfte, konnte man doch nicht mit ihnen die Klingen kreuzen; aber die Wogen der nationalen Erhebung gingen so hoch, daß die Dynastien ihr voraussichtlich nicht trotzen konnten, ohne ihren Bestand zu gefährden. Am 19. September forderten die Münchener Gemeindekollegien den Eintritt Bayerns in den norddeutschen Bund; am 2. Oktober beschloß eine aus ganz Württemberg besuchte Versammlung in Stuttgart das gleiche für Württemberg; einer der eingefleischtesten Partikularisten, der hessische Minister Dalwigk, der kurz vor 1870 innig mit den Franzosen geliebäugelt hatte, gebärdete am 29. Oktober sich dem Kronprinzen gegenüber so unitarisch, daß er den Antrag auf

*) Gustav Freytag, der Kronprinz und die deutsche Kaiserkrone. Erinnerungsblätter. Leipzig 1889, S. 22.

Digitized by Google

Reichsminister und Oberhaus stellen wollte. Das ist in der Tat nur begreiflich, wenn er entweder an der Möglichkeit des Widerstandes ganz verzweifelte oder durch solche Anträge das sonst sichere Gelingen des Einheitswerks durchkreuzen wollte.*)

Bismarck war von vornherein der Ansicht, daß um einen Zwang und Druck auf die Süddeutschen es sich nicht handeln könne, weil ein erzwungener Bund nicht haltbar wäre; ebenso aber war er entschlossen, die patriotische Stimmung in Nord und Süd nicht verrauchen zu lassen, sondern das Eisen zu schmieden, solang es warm war. Bereits am 1. September erhielt der Präsident des Bundeskanzleramtes in Berlin, Bismarcks Stellvertreter Rudolf Delbrück, ein Telegramm, durch das Bismarck ihn beauftragte, nach Dresden zu reisen und mit dem dortigen leitenden Minister v. Friesen die Zukunft der eroberten und von uns im künftigen Frieden festzuhaltenden französischen Landesteile zu besprechen. Am 3. September erschien Delbrück in Dresden. Hier ergab sich, daß, da Preußen jene Gebiete ausdrücklich nicht für sich begehrte und sie natürlich noch weit weniger mit einem andern deutschen Staat verbunden werden konnten, sie nur gemeinsamer Besitz der Eroberer werden konnten; das setzte aber einen Zusammenschluß der Eroberer zu einem Rechtssubjekt, also die Ausdehnung des norddeutschen Bundes auf die süddeutschen Staaten voraus: „aus dem Reichslande erwächst," wie Delbrück schon am 1. September in Berlin zum Grafen Fritz Eulenburg gesagt hatte, „das Reich." **) Delbrück wies den König Johann und den Minister v. Friesen auch darauf hin, daß in einem gesamtdeutschen Bunde das föderative Prinzip naturnotwendig kräftiger zur Geltung kommen werde als im norddeutschen Bunde, und daß Sachsen aus der vereinzelten Stellung werde befreit werden, in welcher es jetzt als einziger Mittelstaat zwischen Preußen und den Kleinstaaten sich befinde. Nach Berlin kaum zurückgekehrt, erhielt Delbrück schon am Abend des 5. September die telegraphische Weisung von Bismarck,

---

*) Albert v. Ruville a. a. O. ist der Ansicht, daß die Angst, durch die in Schloß Cerçay aufgefangenen Papiere öffentlich an den Pranger gestellt zu werden, ihn zahm gemacht habe. Hierüber s. unten S. 299.

**) S. „Einige Erinnerungen an den Staatsminister Rudolf v. Delbrück", Deutsche Rundschau 116 (1903), S. 37 ff., wo ein von Delbrück verfaßter Bericht über die Verhandlungen im Jahr 1870 mitgeteilt wird. Die „Lebenserinnerungen" Delbrücks, 2 Bände, Leipzig 1905, reichen leider nur bis 1867.

Digitized by Google

er solle sich auf kurze Zeit ins Hauptquartier begeben, damit man erwäge, wie man einen schicklichen Anlaß zur Berufung des Zollparlaments finde und das Gewicht dieser Versammlung, einschließlich des Reichstags, zur Wirkung auf die deutschen und europäischen Friedensverhandlungen verwerte. Natürlich war dabei der Hintergedanke vorhanden, daß das Zollparlament sich mit Nachdruck für den Abschluß der deutschen Einheit aussprechen werde. Nach einer schwierigen und mitten in den von den Deutschen nicht besetzten Argonnen auch gefährlichen Reise traf Delbrück am 10. September in Reims ein, und sofort, nach einer kurzen Audienz beim König, begannen die Beratungen mit Bismarck im Ehrenhof des erzbischöflichen Palastes. Von der Berufung des Zollparlaments riet Delbrück dringend ab, einmal weil abgesehen von einem Handelsvertrag mit San Salvador nichts zur Behandlung vorlag und die Berufung des Parlaments wegen einer solchen Lappalie die eigentliche Absicht zu leicht hätte durchblicken lassen und somit die Zögernden verstimmt hätte. Dann war auch bei der durch die Wahl von 1868 bedingten Zusammensetzung des Parlaments zu erwarten, daß die Mehrzahl der bayrischen und manche württembergische Abgeordnete gegen einen politischen Beschluß stimmen würden, und zwar nicht bloß solche, welche die Zuständigkeit des Zollparlaments zu einem solchen Beschluß bestritten und sachlich Gegner waren, sondern auch solche, die, an sich der Einheit geneigt, doch einen Druck auf ihren König nicht ausüben mochten. Ein Beschluß, der gegen eine so geartete und erhebliche Minderheit gefaßt worden wäre, würde der Sache selbst, welche man fördern wollte, eher schädlich gewesen sein. Überhaupt vertrat Delbrück die Überzeugung, daß ohne die Initiative der Fürsten 1870 so wenig etwas zustande kommen werde wie 1849; an dieser Initiative aber werde es, diese Hoffnung hatte der kluge Mann von Dresden mit fortgenommen, diesmal nicht fehlen, wenn man nur zu warten verstehe. Delbrück hatte den Eindruck, daß acht siegreiche Schlachten, in denen die Söhne aller deutschen Länder vereint gekämpft und geblutet hatten, im Bewußtsein des Heeres die Einigung Deutschlands vollzogen hatten und hier, im Heere, alles für fertig angesehen wurde; man brauche nur zu wollen, so war die Meinung, um auch formell mit der Ausrufung des Kaisertums alles in Ordnung zu bringen. „Das Heer übertrug seine Stimmung ohne weiteres auf die einzelnen Staaten, aus deren Truppenteilen es zusammengesetzt war, und wollte deshalb jede andere Stimmung als unberechtigt ignorieren oder niederwerfen."

In diesem Augenblick sprach die bayrische Regierung, an deren

Digitized by Google

Spitze seit Hohenlohes Sturz der Graf Bray-Steinburg *) stand, am 12. September ihre Überzeugung aus, daß angesichts der durch die Siege veränderten politischen Verhältnisse Deutschlands es Zeit sei, von dem bloß völkerrechtlichen Bande, das bisher bestanden hatte, zu einem Verfassungsbündnis zwischen Nord und Süd überzugehen, und bat um die Entsendung Delbrücks nach München, damit man sich über die bestehenden Möglichkeiten der Durchführung dieses Gedankens unterrichten könne. Am 12. September traf auch aus Sachsen eine vom 10. September datierte Anregung **) in München ein, den günstigen Augenblick zur endgültigen Regelung der Beziehungen Bayerns zu Preußen zu benutzen; sie kam zu spät, um den Entschluß hervorzurufen, konnte ihn aber nur befestigen. Ehe aber Bismarck Delbrück nach München entließ, verlangte er von ihm die Abfassung einer Denkschrift über die künftige Gestaltung Deutschlands, und in seinem stillen Quartier, in einem wohlgepflegten Garten, vor sich die spitzbogigen Nischen der Kathedrale, in welchem einst die Könige von Frankreich gekrönt wurden, entwarf Delbrück die Grundzüge dessen, was später wirklich zustande kam. Am Schluß gab er dem erstmals Ausdruck, was damals alle Geister erfüllte: er begründete die Pflicht des Königs, sich zur Annahme des Kaisertitels zu entschließen, der dem gewissenhaften und nüchternen Fürsten als inhaltsleerer Schein erschien. Am 15. ward Delbrück von ihm in Abschiedsaudienz empfangen: der König stimmte allem zu, behielt sich aber die Entscheidung über den Kaisertitel vor: das wolle reiflich erwogen sein.

Zwei Tage nachher, am 17. September, traf der von jeher warm national gesinnte württembergische Kriegsminister v. Suckow in Meaux ein, um König Wilhelm das Großkreuz des württembergischen Militärverdienstordens zu überreichen und im Namen seines Herrn zu versichern, daß dieser zu jedem Opfer bereit sei. Ihm sagte Bismarck: „Unser Grundsatz war und ist, wie Sie wissen, Süddeutschland keinen Zwang anzutun, und gegen Bundesgenossen wäre dies nun vollends unmöglich. Also erwarten wir in der deutschen Sache Ihr freiwilliges Anerbieten." ***) Er hatte den Ge-

*) Graf v. Bray-Steinburg, Denkwürdigkeiten aus seinem Leben. Leipzig 1901.

**) In Richard Freiherr v. Friesen, Erinnerungen aus meinem Leben, Dresden 1910, 3, 132 f. steht der Text dieser Note.

***) Rückschau von Albert v. Suckow, herausgegeben von Wilhelm Busch, Tübingen 1909, S. 167. Diesen wohl erwogenen Grundsatz, in der Sache

Digitized by Google

danken — noch am 5. November hat er ihn den süddeutschen Diplomaten in Versailles vorgetragen —, eine Zusammenkunft aller Fürsten in Versailles zu veranstalten, auf welcher die Frage der deutschen Einheit durch persönliche Fühlungnahme der süddeutschen Herrscher mit König Wilhelm rasch hätte gelöst werden können. Formell wurde die Sache so eingekleidet, daß der Friede nicht mehr fern sei und König Wilhelm diesen Frieden nicht allein abschließen wolle, sondern in Gegenwart und mit Zutun aller deutschen Fürsten, deren Heere ihn erfochten hätten.*) Gegen diesen Plan wurde aber König Karl durch den bayrischen Gesandten in Stuttgart v. Gasser so sehr eingenommen, daß er zu jedermann sagte, er gehe durchaus nicht zu dieser Zusammenkunft nach Versailles; Gasser wird ihm gesagt haben, das heiße den Königen das Messer an die Kehle setzen, wenn sie inmitten des Heerlagers über die Beschränkung ihrer Souveränetät verhandeln sollten. Als Suckow nach Stuttgart zurückkam, fand er den König ganz verändert, kühl und verschnupft; die Königin Olga, in der die russische Großfürstin stets die deutsche Fürstin überwog und deren Stolz sich gegen die Unterordnung ihres Gemahls unter Preußen aufbäumte, behandelte Suckow mit eisiger Kälte und erklärte die Pickelhaube für abscheulich.

Am 21. September erschien Delbrück in München, und Graf Bray forderte am gleichen Tag auf einen von der württembergischen Regierung ausgedrückten Wunsch diese auf, sich in München vertreten zu lassen. Dies geschah sofort durch Entsendung des Justizministers Hermann v. Mittnacht,**) in dem Delbrück „einen scharfsinnigen Juristen und nach gelegentlich eingestreuten Bemerkungen auch weitblickenden Staatsmann“ fand, der, ursprünglich strammer Partikularist, nun vom Verstand beraten dasselbe erstrebte, was Suckow mit dem innersten Herzen ersehnte. Mittnacht hatte ein paar Tage vorher den Besuch des in der nationalliberalen Partei und damit im Reichstag sehr einflußreichen Abgeordneten Eduard Lasker erhalten, der wie alle Führer der nationalliberalen Partei damals sehr geschäftig war, um die Einheitsfrage in Fluß zu bringen;***)

---

mindestens formell alles der freien Initiative des Südens zuzuweisen, hat Bismarck durchweg festgehalten.

*) Graf v. Bray, Denkwürdigkeiten, S. 184.

**) Er hat, teilweise in Gegnerschaft zur der „Rückschau“ seines Kollegen Suckow, „Rückblicke“ geschrieben, welche nach seinem Tod erschienen (Stuttgart 1909).

***) S. hierüber jetzt Hermann Oncken, Rudolf von Bennigsen, Stuttgart 1910, 2, 151—212. Bes. S. 171: im Gegensatz zur Fortschrittspartei

Digitized by Google

von ihm wußte Mittnacht, daß der Reichstag in Absicht auf selbständige Verwaltung der Einzelstaaten, Post und Telegraphie, Bier und Branntwein möglichst Zugeständnisse machen werde, daß aber die straffe Verfassung des norddeutschen Bundes bestehen bleiben müsse und es sich nicht um eine völlige Neugründung handeln könne. Diese Eröffnung geschah von Lasker nicht ohne Kenntnis von Bismarcks Standpunkt: dieser wollte an den 1867 gelegten Grundlagen festhalten, und darin lag eine unbedingte Absage sowohl an die Partikularisten als an diejenigen Liberalen, welche aus dem König von Preußen einen unitarischen konstitutionellen Kaiser machen wollten, aber unter Auflösung des preußischen Staats. Wie 1848, so 1870: Bismarck konnte sich eine haltbare Schöpfung nur denken, wenn Preußen der feste Rückgrat des neuen Reiches blieb, und glücklicherweise fand er bei den Nationalliberalen jetzt für diesen Standpunkt auch volles oder doch ausreichendes Verständnis.

Die Münchener Verhandlungen, die zunächst nur zur Klarstellung der Lage dienen sollten, spielten sich nun so ab,*) daß Delbrück nicht selbst Vorschläge machte, sondern die bayrischen Eröffnungen entgegennahm; Bismarck wollte unbedingt jeden Anschein vermeiden, als ob Preußen Bedingungen stelle und einen Druck ausübe. Die Bayern hätten am liebsten ihre Selbständigkeit dadurch so weit immer möglich vor Antastung gesichert, daß sie nicht in den norddeutschen Bund eintraten, sondern — allein oder mit Württemberg — mit den Norddeutschen, Baden und Hessen ein weiteres Bündnis abschlossen, das sich auf gemeinsame Kriegführung, gemeinsame auswärtige Politik und gemeinsames Zollwesen beschränkt hätte und in das Bray gar zu gern auch Österreich hineingezogen hätte. Da sie aber sahen, daß eine solche Lösung der deutschen Frage für Preußen und die Nation höchst unbefriedigend, ja unannehmbar sei, wie denn Bismarck den engeren Bund „als die einzige den Wünschen der deutschen Nation entsprechende und für dauernde Institution geeignete Basis" bezeichnet hat,**) ließen sie sich herbei, die Verfassung des norddeutschen Bundes als Grundlage der Verhandlungen anzunehmen, ohne aber schon die Versicherung zu geben, daß sie,

und den Konservativen waren allein die Nationalliberalen zu politischer Mitarbeit bereit, und S. 182: „ihre Konzessionen an die Einzelstaaten gingen nicht weiter, als sie hernach Bismarck tatsächlich gemacht hat."

*) S. hierüber Graf Bray, Denkwürdigkeiten, S. 140 ff., und v. Mittnacht, Rückblicke, S. 87 ff.

**) Bray S. 182.

Digitized by Google

falls ihre Abänderungswünsche betreffs dieser Verfassung in Erfüllung gingen, dem norddeutschen Bund nun auch bestimmt beitreten würden. Der württembergische Minister war nicht in der Lage, anders als zuhörend und seine persönliche Ansicht äußernd teilzunehmen, da ein Benehmen zwischen Württemberg und Bayern nicht vorausgegangen war. Mittnacht hat aber der einheitlichen Gestaltung Deutschlands erheblich geringere Schwierigkeiten entgegengestellt als Bray; er hat z. B. keinerlei Vorbehalte über die Heimats- und Niederlassungsverhältnisse, über Staatsbürgerrecht, Gewerbebetrieb, Bestellung von Konsuln erhoben, und e r — nicht, wie behauptet wurde, Baden — hat die Anregung gegeben, dem Bund auch die Gesetzgebung über Presse und Vereinswesen zuzuweisen.*) Das Endergebnis vom 26. September war günstig; Bayern erhob zwar nicht weniger als zwanzig Anstände gegen die norddeutsche Verfassung; Delbrück nahm aber doch die — freilich etwas optimistische — Hoffnung mit, „daß der deutsche Bund gesichert sei," und die weiteren Verhandlungen bestimmt an dieses Ziel führen würden.**)

Das Hauptquartier ward inzwischen am 5. Oktober aus Schloß Ferrières nach Versailles verlegt, wo Bismarck im Haus der Witwe Jessé in der rue de Provence 14 sein Quartier bezog. Das Leben, das er hier führte, wird uns anschaulich aus den Aufzeichnungen seines Preßgehilfen Moritz Busch,***) der Tag für Tag alles, was er hörte und sah, verzeichnet hat, bei seiner Schwerhörigkeit und Beschränktheit nicht voll zuverlässig, aber mit dem gierigen Streben, sich nichts entgehen zu lassen und ohne Absicht zu fälschen oder zu vertuschen. Da glänzt und funkelt der große Geist Bismarcks im Gespräch über Vergangenheit und Gegenwart, über Politik, Gesellschaft, Literatur, Wirtschaft; die Blitze sprühen, die Champagnerkorke knallen; es ist ein Kommen und Gehen oft interessanter Menschen; und dann finden wir das Gebetbuch der Brüdergemeinde auf seinem Nachttisch und vernehmen das geheime Flüstern seiner

*) S. den interessanten Nachweis Mittnachts in seinen „Rückblicken", S. 88, auf Grund seiner Notizen und des Protokolls.

**) Ottokar Lorenz in seinem manchfach schiefe Auffassungen enthaltenden Buch „Kaiser Wilhelm und die Begründung des Deutschen Reiches", Jena 1902, S. 339 f., behauptet, Bismarck habe die Münchener Verhandlungen wegen der maßlosen banrischen Ansprüche abbrechen müssen. Das ist sicher falsch; vgl. Mittnacht S. 102.

***) Tagebuchblätter von Moritz Busch, 3 Bände, Leipzig 1899, besonders 1, 260 ff.

Digitized by Google

Seele. Noch mehr tritt uns diese entgegen in den Briefen an seine Gemahlin; in den öden Parkgängen des „Sonnenkönigs", die er einsam durchwandert, ergreift ihn das Heimweh.

Im Auftrag der württembergischen Regierung richtete nun v. Suckow am 7. Oktober ein Schreiben an Bismarck, in dem er anzeigte, daß Württemberg zu Verhandlungen über den Eintritt in den norddeutschen Bund bereit sei und der Justizminister Mittnacht (zugleich provisorischer Vorsitzender des Ministeriums) und er selbst als Kriegsminister jederzeit auf eine Einladung sich in Versailles einfinden könnten. Am 9. Oktober gab die württembergische Regierung in ihrem Staatsanzeiger bekannt, daß ihr Ziel eine verfassungsmäßige Einigung der deutschen Staaten sei, mit Zentralgewalt, deutschem Parlament, gemeinsamer, bestimmt begrenzter Gesetzgebung und einheitlichem Heer. Dieses Ziel sei auch ohne unveränderte Annahme der norddeutschen Bundesverfassung erreichbar. Die Einladung nach Versailles erließ Bismarck am 12. Oktober. Am liebsten hätte er eine Versammlung der Fürsten in Versailles gehabt, auf der alles am raschesten hätte zu Ende gebracht werden können (s. S. 288). Aber weder König Ludwig noch König Karl waren dafür zu haben, weil sie in Versailles unter einem zu starken Druck zu stehen fürchteten; König Ludwig war auch menschenscheu. So blieb es bei der Verhandlung zwischen den Ministern. Auf das Vorgehen Badens und den Wunsch Württembergs *) entschloß sich auch Bayern, die Verhandlungen nicht in München weiter zu führen, sondern ebenfalls Bevollmächtigte nach Versailles zu entsenden. Dort fanden sich denn am 22. Oktober die Vertreter aller vier süddeutschen Staaten ein, Graf v. Bray, der Justizminister v. Lutz und Kriegsminister v. Pranckh für Bayern, v. Suckow und v. Mittnacht für Württemberg, Jolly und v. Freydorf für Baden, v. Dalwigk und Hofmann für Hessen. Auch der sächsische Minister v. Friesen nahm Anteil. Baden **) hatte sich von den Münchener Verhandlungen

*) Am 5. Oktober ist in Berlin im Einvernehmen mit Bismarck der Antrag Badens auf seine Aufnahme in den norddeutschen Bund gestellt worden. Er könnte immerhin auf den württembergischen Antrag vom 7. eingewirkt haben. Doch ist dies der zeitlichen Verhältnisse wegen nicht sicher. Vgl. Erich Brandenburg, Der Eintritt der süddeutschen Staaten in den norddeutschen Bund, Berlin 1910, S. 33.

**) Über dessen Verhalten s. das erwähnte Werk von Lorenz, das wesentlich auf badischem Material beruht, Baumgarten-Jolly, Staatsminister Jolly, Tübingen 1897, und Georg Meyer, das Großherzogtum Baden und die Reichsgründung, Heidelberg 1896; auch den Briefwechsel v. Freydorfs, Deutsche Revue, Jahrgang 29.

Digitized by Google

fern gehalten, weil es von vornherein zum einfachen und bedingungslosen Eintritt in den norddeutschen Bund bereit war; die Regierung Hessens (dessen Provinz Oberhessen ja schon von Anfang an dem norddeutschen Bund angehörte) war, obschon mit erheblich anderem Grundton der Stimmung, zum gleichen entschlossen (S. 284). Die Verhandlungen wurden von Preußen mit jedem Staat gesondert geführt, ohne Zweifel weil Bismarck so am raschesten zum Ziel zu kommen hoffen durfte; und zwar berieten die Kriegsminister die militärischen Fragen, während Delbrück mit den Zivilbevollmächtigten über die nicht militärischen Dinge verhandelte. Den Bayern waren diese abgesonderten Verhandlungen sehr erwünscht, weil sie dabei ihre besonderen Forderungen viel leichter geltend machen konnten, als wenn sie mit allen andern, die auf Bayern eifersüchtig waren, zusammen beraten hätten. Gern hätte Bray auch jetzt noch die Idee des engeren und weiteren Bundes verfolgt; da das nicht ging, so stellte er — wohl unter Ausdehnung seiner ursprünglichen Vollmacht —*) ohne Besprechung mit seinen beiden Kollegen, von sich aus zwölf sehr weitgehende Begehren auf, von denen genannt seien das Verlangen von acht Stimmen im Bundesrat statt bloß sechs, während nach den 1866 zugrund gelegten Stimmenverhältnissen des deutschen Bundes Bayern nur auf vier Anspruch erheben konnte; gemeinsame Vertretung des Reichs durch den Kaiser — diesen Titel schlug Bray selbst vor, aber nur von sich aus, ohne seinen König zu binden **) — und den König von Bayern; gemeinsame Anweisung der Gesandten; Vertretung des Kaisers im Bundesrat im Bedarfsfall durch Bayern, der Reichsgesandten durch die bayrischen Gesandten; verfassungsmäßigen Anteil Bayerns an drei besonders genannten Bundesratsausschüssen; Zuziehung eines bayrischen Bevollmächtigten zu Friedensverhandlungen; Ernennung einer bestimmten Anzahl von Reichsbeamten aus bayrischen Anwärtern auf Vorschlag des Königs von Bayern; Vetorecht bei Verfassungsänderungen, welche bayrische Sonderrechte betreffen.***) Bismarck erklärte diese Forderungen in einer Unterredung mit Mittnacht am späten Abend des 30. Oktober für unannehmbar, und die Verhandlungen mit Bayern gerieten auf

*) Wir hören über sie bloß, daß sie nur zum Abschluß eines weiteren Bundes ermächtigte (Bray S. 180).

**) v. Mittnacht, Rückblicke, S. 116. Allerdings, weil Bray sah, daß „auf die Idee von Kaiser und Reich hier Gewicht gelegt wird", Bray S. 178.

***) v. Mittnacht, Rückblicke, S. 116. Hierzu kommt noch eine Ausnahmestellung in Eisenbahnsachen. S. unten S. 298.

Digitized by Google

mehr als eine Woche ins Stocken, beziehungsweise bestanden sie nur in einem Briefwechsel zwischen Bray und Bismarck, wobei Bray Bismarck zu Vorschlägen über den engeren Bund zu bestimmen suchte.*) Auf die Frage, ob Württemberg bereit sei, auch ohne Bayern mit Preußen abzuschließen, antwortete Mittnacht mit Ja; er war durch seine Anweisung nicht an Bayern gebunden, und der bayrische Anspruch auf eine ganz hervorragende Sonderstellung in dem künftigen Bunde verstimmte die kleineren Staaten natürlich sehr. Baden war besonders empört dadurch, daß Graf Bray auf Wunsch seines Königs auch noch eine Gebietserweiterung durch ein Stück der badischen Pfalz verlangte, wodurch Unterfranken mit der bayrischen Pfalz links vom Rhein verbunden werden sollte; Baden möge dafür mit einem Teil des Elsaß entschädigt werden.**) Die württembergischen Unterhändler, die vor der auf 5. Dezember festgesetzten Neuwahl ihres Landtags ein abgeschlossenes Ergebnis zu haben wünschten, förderten dann ihre Angelegenheiten so, daß binnen insgesamt zwölf Tagen, am 4. November, ein völliges Einvernehmen erzielt war. Suckow stellte mit Roon — im wesentlichen nach dem Vorbild des preußischen Abkommens mit Sachsen — den Text einer Militärabkunft fest, nach der die königlich württembergischen Truppen als Teil des deutschen Heeres ein Armeekorps nach preußischem Muster, mit eigenen Fahnen und Feldzeichen, in selbständiger Verwaltung, bilden sollten; sie sollten dem König von Preußen als Bundesfeldherrn den Eid der Treue schwören; die Offiziere und Beamten hatte der König zu ernennen, den kommandierenden General nach vorgängiger Zustimmung des Königs von Preußen. Die gerichtsherrlichen Befugnisse blieben dem König als Oberhaupt seiner Truppen vorbehalten. Von den politischen Dingen waren nach den „informatorischen" Münchener Besprechungen, über welche Mittnacht dem König Vortrag gehalten hatte, nur noch drei Punkte zu ordnen: das Eisenbahnwesen, das Post- und Telegraphenwesen und die Vorschriften über Abänderung der Verfassung. Das Eisenbahnwesen betreffend verlangte Württemberg keine solche Ausnahmsstellung, wie Bayern sie durch die Nichtanwendbarkeit der Artikel 42—46 der Bundesverfassung für sich

*) Bray S. 180—182. Bismarck hielt sich absichtlich zurück, s. S. 231 f., 234.

**) Näheres hierüber siehe bei Wilhelm Busch, die Kämpfe um Reichsverfassung und Kaisertum, Tübingen 1906, S. 74 ff. und 149—152. Ebenso hätte, wie es scheint, Württemberg gern Hohenzollern als Lohn seiner Waffenhilfe erlangt; die Königin Olga wenigstens hat, wie ich versichern kann, selbst Gortschakoff dafür in Bewegung gesetzt.

Digitized by Google

am Ende herausschlug, sondern erklärte sich zur Annahme des Artikels 42 („die Eisenbahnen sind wie ein einheitliches Netz zu verwalten") bereit, „obwohl der Artikel durch seine Allgemeinheit und Unbestimmtheit zu Bedenken Anlaß gab." Das Post- und Telegraphenreservat, das Delbrück in München zugestanden hatte, stieß auf den begreiflichen Widerstand des Generalpostmeisters Stephan; da Mittnacht aber mit Recht erklärte, daß er dann dem König Karl neuen Vortrag erstatten müsse, und das Ergebnis in diesem Fall nicht abzusehen war, so ließ Bismarck diesen Punkt fallen und erhob gegen die eigene Verwaltung der württembergischen Post und Telegraphie und gegen die Freiheit im inneren Verkehr keinen Einwand mehr. Die Änderung der Verfassung konnte nach der norddeutschen Bundesverfassung mit Zweidrittelsmehrheit im Bundesrat erfolgen; Württemberg wünschte hier eine stärkere Bürgschaft zu erlangen, und so wurde die Änderung von einer Dreiviertelmehrheit abhängig gemacht; es sollten also, für den Fall Bayern nicht in den Bund trat und der Bundesrat aus 52 Stimmen bestand, 39 Stimmen zur Gültigkeit eines derartigen Beschlusses gehören; für den Fall Bayern mit 6 Stimmen hinzukam, 45; es genügten dann zur Verhinderung eines solchen Beschlusses 14 Stimmen (über welche Bayern, Württemberg und Sachsen zusammen verfügten). Auf dieser Grundlage gelangte man in einer Besprechung, die Delbrück nun am 6. November mit sämtlichen Abgesandten der drei außerbayrischen Südstaaten abhielt, zu dem Ergebnis, daß alle Teilnehmer bezüglich sämtlicher schwebender Fragen einig waren, und Bismarck lud die Württemberger zum Abschluß auf den 12. November ein; weshalb nicht sofort auf den 7., was auffallen muß, wissen wir nicht sicher.*) Die Bayern aber äußerten ihre Absicht, zur Einholung neuer Weisungen nach München zurückzureisen;**) erst am 8. November begannen sie wieder zu verhandeln, und zwar ohne in München gewesen zu sein.

In diesem Augenblick, am 11. November, erfolgte ein völlig unerwarteter Zwischenfall. Die Würt-

*) Baumgarten und L. v. Jolly, Staatsminister Jolly, Tübingen 1897, S. 195: „Die offen gelassene Frist ist wohl dazu bestimmt, Bayern heranzuziehen." Dann konnten alle Verträge gleichzeitig veröffentlicht werden, was mehr Eindruck machen mußte.

**) Daß es ihnen damit ernst war, bestreitet Brandenburg a. a. O. S. 58 ff. Der König Wilhelm I. und Mittnacht glaubten daran, und nach Brays Brief vom 4. November (a. a. O. S. 162) scheint es auch nicht bezweifelt werden zu können.

Digitized by Google

temberger erhielten nacheinander zwei Telegramme aus Stuttgart; das erste lautete: „Wenn bayrische Bevollmächtigte abreisen, schleunige Anzeige behufs weiterer diesseitiger Entschließung. Taube.“ (Graf Adolf Taube war nach Varnbülers Sturz am 31. August 1870 Minister des Auswärtigen geworden.) Das zweite vom späten Abend besagte: „Schlußsatz heutigen Telegramms bedeutet, daß vor ausdrücklicher Genehmigung Abschluß ohne Bayern keinenfalls erfolgen soll. Taube.“ Also schien in dem Augenblick, in dem die württembergischen Bevollmächtigten mit Bismarck, Delbrück und Roon zu einem völligen Einvernehmen gekommen waren und die Unterzeichnung des Vertrags vor der Türe stand, durch irgend welche Einflüsse in Stuttgart wieder alles in Frage gestellt. Kein Wunder, daß Suckow ausrief: „Welche Schmach!“ und entschlossen war, entweder den Vertrag, wie er war, durchzusetzen oder zurückzutreten. Mittnacht hatte das Gefühl, daß ihre Stellung in Versailles jetzt unhaltbar sei, und so pflichtete er Suckows Vorschlag bei, daß sie sofort nach Stuttgart reisen und dem König Vortrag erstatten sollten, so peinliches Aufsehen auch ihre Abreise ohne Vertragsabschluß machen mußte. Bismarck erfuhr von ihnen das plötzliche Hindernis eben an dem 12. November, auf den die Schlußberatung anberaumt war. „Der Kanzler nahm,“ schreibt Mittnacht, „unsere Eröffnungen ruhig entgegen;“ aber „es erhellte doch, daß er sie nicht leicht nahm,“ und aus Buschs Tagebuchblättern, aus Bismarcks Briefen an Roon, aus den Aufzeichnungen des badischen Ministers Jolly *) sieht man, daß er „etwas verstimmt“ war, nur wenig aß, nervös und in übler Stimmung war; er blieb am Sonntag den 13. ungewöhnlich lang im Bett und ging auch nicht in die Kirche.**) Er dachte sogar daran, jetzt die öffentliche Meinung in den Südstaaten gegen ihre Regierungen mobil zu machen.***) In der Tat war, wenn Württemberg absprang, die geschlossene Phalanx der nichtbayrischen Südstaaten zertrümmert; Bayern war nicht mehr vereinzelt und ward dadurch voraussichtlich in seinen Ansprüchen noch bestärkt. Allein konnte es nicht außerhalb des Bundes bleiben, sondern mußte nachgeben; jetzt hatte es einen Trabanten zur Seite, der von der Rücksichtslosigkeit, womit Bayern lediglich seine eigenen Ziele verfolgte und Vorrechte vor den andern Staaten zu erringen strebte, gar nichts zu merken schien. Mit dieser

*) Baumgarten-Jolly a. a. O. S. 197.
**) Moritz Busch a. a. O., 1, 390 f.
***) S. Lorenz a. a. O. S. 358, nach Äußerungen Bismarcks gegen den Großherzog Friedrich von Baden.

Digitized by Google

Blindheit waren freilich nur maßgebende Personen in Stuttgart geschlagen, nicht auch Suckow und Mittnacht,*) und auch die in Stuttgart zurückgebliebenen Minister Taube, Scheurlen, Geßler und Renner dachten nicht daran, von dem Abschluß mit Preußen zurückzuweichen. Am 12. November hat Graf Taube die Mahnung nach München gerichtet, für die Würde und Größe des Ganzen eine partikulare Beschränkung des einzelnen anzunehmen, und eine Anfrage aus München, ob man nicht in Stuttgart die Vermittlung des nah verwandten russischen Hofes zur Erhaltung der bedrohten Souveränetät in Anspruch nehmen wolle, hat das Ministerium, wohl mit einem Gefühl der Verachtung solcher Schliche, unbeachtet gelassen.**) Zu den maßgebenden Personen in Stuttgart gehörte vor allem die Königin Olga. Sie sah mit tiefem Unmut, wie die württembergische Souveränetät zum Teil dahinsank; deutsche Gesinnung war ihr als einer Russin von Hause aus unbekannt, und überdies ward sie angetrieben von dem bis ins Mark ultramontan-partikularistischen bayrischen Gesandten v. Gasser ***) und dessen vertrautem Freund, dem königlichen Kabinettschef Freiherrn v. Egloffstein, †) der nach Mittnacht immer für möglichste Selbständigkeit Württembergs und für geschlossenes Zusammengehen mit Bayern war; endlich von ihrer Staatsdame, der Baronin Eveline v. Massenbach. So veranlaßte sie ihren Gemahl das bedauerliche Telegramm abzusenden. ††)

Dieses Telegramm hat den Abschluß der württembergischen Verhandlungen um vierzehn Tage hinausgeschoben, und nach der Ansicht mehrerer Forscher †††) hätte es auch die verhängnisvolle Wirkung gehabt, daß Bismarck den Bayern nunmehr weit größere Zugeständnisse einräumte, als er sonst getan haben würde. „Da Württemberg sich versagt hatte," äußert

*) Mittnacht, Rückblicke S. 114. 115. 117.

**) S. Eugen Schneider, Württembergs Beitritt zum Deutschen Reich, Württ. Vierteljahrshefte 29 (1920) 121—183; S. 139.

***) Dessen Frau war eine Freundin König Ludwigs II. und stand mit ihm in fortwährender Korrespondenz. Busch, Tagebuchblätter 2, 379.

†) Mittnacht, Rückblicke S. 12, und Suckows Rückschau S. 130, der ihn „den großen Trommelschläger der Partikularisten" nennt. Über seine Entlassung Ende 1872 siehe Busch, Tagebuchblätter 2, 384.

††) Mittnacht (a. a. O. S. 139) sagt in der Form zurückhaltend, aber doch deutlich genug, daß nach des Königs eigenen Worten „die Damen" ihn zu dem Telegramm veranlaßt hätten.

†††) So Busch a. a. O. S. 79 und Küntzel, Bismarck und Bayern in der Zeit der Reichsgründung, Frankfurt 1910, S. 109.

Digitized by Google

Busch, „mit Preußen mittelbar Bayern zum Nachgeben zu nötigen, so mußte dies unmittelbar gewonnen und der dafür geforderte höhere Preis gezahlt werden.“ Hiezu drängte nach Busch auch der Ernst der kriegerischen Lage, der sich in der Rückeroberung von Orleans durch die französische Loire-Armee und dem Zurückweichen von der Tanns kundgab (8. und 9. November); auch die Verwicklung, welche Rußlands Vorgehen in der Pontusfrage hervorrief.*) Es galt unter solchen Umständen jeden Anschein zu vermeiden, als ob die alte deutsche Uneinigkeit wieder ihr Haupt erhebe und die deutsche Waffenbrüderschaft zerbreche. So einleuchtend dies alles auch scheint, so können wir doch der Ansicht, als ob Bayern daraus Nutzen gezogen habe, nicht beitreten. Einmal bieten die bis jetzt vorliegenden Quellen keinerlei Anhaltspunkte dafür; in Brays Aufzeichnungen steht nichts davon — und so dumm war er nicht, daß er, wenn er die Gunst der Lage ausbeuten wollte, sie gar nicht bemerkt hätte — ebensowenig bei Suckow, dessen lebhaftes Naturell und nationaler Feuereifer ihn gewiß zu einer scharfen Äußerung über die unheilvollen Folgen der Sache veranlaßt hätten; auch nicht bei Mittnacht, und nur in einem Brief Laskers **) an den nationalliberalen württembergischen Abgeordneten Hölder heißt es: „Der kurze Abbruch der württembergischen Verhandlungen drängte Bismarck, mit Bayern auch um einen höheren Preis fertig zu werden.“ Lasker aber stand, wie Brandenburg richtig betont, den Versailler Vorgängen ja ganz fern und kann in dieser Frage nicht als Zeuge von Bedeutung angesehen werden. Dann ist zweitens zu sagen, daß Bismarck von jeher Bayern als den größten deutschen Staat nach Preußen mit besonderer Rücksicht behandelt hat (vgl. oben S. 152 u. 166) und daß er auch nie im Zweifel gewesen sein kann, daß er ihm besondere Vorrechte einräumen müsse, wenn er seinen freiwilligen und gutwilligen Beitritt zum Deutschen Reich erlangen wollte. Drittens aber: auch bei den nunmehr wieder aufgenommenen und am 23. Nov. abgeschlossenen Verhandlungen hat Bismarck die Versuche, ein „bayrisches Vizekaisertum“ ***) zu schaffen, rundweg abgelehnt, und nicht minder die Gewährung von

*) Man sollte freilich denken, daß dieses Vorgehen die am Krieg nicht beteiligten Großmächte so spaltete, daß Deutschland nunmehr sicher war, seine Rechnung mit Frankreich allein zu begleichen.

**) Angeführt bei Busch a. a. O., 97.

***) Ausdruck Mittnachts a. a. O., S. 137. Bray S. 178 formuliert es so: „den König von Bayern neben dem Kaiser Repräsentanten des Deutschen Reichs.“

Digitized by Google

acht Stimmen*) im Bundesrat und namentlich (zur großen Enttäuschung der Bayern) die von König Ludwig nochmals am 16. November**) geforderte Gebietserweiterung, gegen die sich Baden, aus dessen Haut Bayern seine Riemen schneiden wollte, entschieden wehrte. Es ist auch hervorzuheben, daß Bayern schließlich mehr zugestanden hat, als es im September willens gewesen war.***) Was Bismarck neu einräumte, war 1. eine gewisse Beiziehung Bayerns, aber wohl gemerkt, auch Sachsens und Württembergs, zur auswärtigen Politik, die an sich nicht Sache des Bundesrats war und ist, indem aus diesen drei Staaten ein ständiger „diplomatischer Ausschuß" des Bundesrats für die sämtlichen†) auswärtigen Angelegenheiten des Bundes unter bayrischem Vorsitz, aber ohne Teilnahme Preußens gebildet werden sollte, womit ihm unfraglich die selbständige praktische Bedeutung entzogen war; die Anwesenheit eines preußischen Vertreters hätte zu allen möglichen indiskreten Anfragen Gelegenheit gegeben, während so die Grenze dessen, was dem Ausschuß mitgeteilt werden sollte, strenger festgehalten werden konnte.††) 2. sollte den bayrischen Gesandten die etwa erforderlich werdende Vertretung der Gesandten des Reichs zustehen. Im Anschluß an die schon in München hervorgetretenen Forderungen Bayerns erhielt es weiter das „Reservat" (Vorbehalt). 3. eigener Posten und Telegraphen, 4. eigener Gesetzgebung über die Heimats- und Niederlassungsverhältnisse (unter Ausschluß also des norddeutschen Unterstützungswohnsitzes), 5. eines eigenen Immobilienversicherungswesens, 6. der eigenen Besteuerung des inländischen Biers und Branntweins, wofür es der Reichskasse ein „Aversum" zahlen sollte, 7. einer eigenen Normaleichungskommission, und 8. die Befreiung von der Anwendbarkeit der Artikel 42 bis 46 der Bundesverfassung über die Eisenbahnen. Alle diese Dinge waren schließlich ohne allzu große Bedeutung. Nur zwei schwerwiegende und alles in allem bedauerliche Zugeständnisse hat

*) Ich vermute, daß dabei der Gebietszuwachs, „mit dem unzertrennlich ein gewisser Machtzuwachs kommt" (Bray S. 176) schon in Rechnung gestellt war.

**) Bray S. 175 (31. Oktober) und S. 192 (16. November).

***) Bray S. 140.

†) Dieses Beiwort findet sich bei Bray S. 195. Es ist formell sehr weittragend; eine klare Bezeichnung der Kompetenz des Ausschusses, deren Festsetzung Brandenburg S. 76 im Anschluß an Friesen 3, 213 vermißt, würde m. E. eher eine Einschränkung des Zugeständnisses enthalten haben.

††) So v. Friesen, Erinnerungen aus meinem Leben, 3, 184.

Digitized by Google

Bismarck den Bayern gemacht. Er willigte 9. darein, daß bei Friedensverhandlungen nach einem Bundeskrieg ein bayrischer Vertreter zugezogen werde, der aber doch seine Anweisungen nicht von München, sondern vom Reichskanzler zu empfangen habe. Die Forderung einer solchen Beiziehung Bayerns war von Anfang an erhoben und auch den andern süddeutschen Staaten mitgeteilt worden *); vollzogen wurde das Abkommen darüber erst am 14. Februar 1871 — also bereits nach Errichtung des Reichs, aber „im Anschluß an den Vertrag vom 23. November". Es stellt eine auffallende Berücksichtigung Bayerns vor den andern Bundesgenossen dar, und sein Abschluß wurde, wie es scheint, vor diesen geheim gehalten. Allgemein bekannt wurde das Abkommen jedenfalls erst am 16. Januar 1918, als Graf v. Podewils bei den Verhandlungen mit Rußland in Brest-Litowsk erschien. Die Gültigkeit des Abkommens, das nach der am 18. Januar 1871 erfolgten Errichtung des Reichs doch die formelle Zustimmung der sämtlichen Reichsglieder bedurft hätte, unterliegt der schwersten Anfechtung. Endlich setzten 10. die Bayern durch unerschütterliche Zähigkeit es durch, daß das bayrische Heer — aber unter der Voraussetzung übereinstimmender Organisation und Ausbildung mit dem preußischen Heer — im Frieden eine vollständig unabhängige Verwaltung haben sollte, so daß sein Etat nur dem bayrischen Landtag, nicht dem Reichstag zur Beratung unterbreitet werde, und dem Kaiser nur das (schon im deutschen Bund 1815—66 bestehende) Recht einer Einsichtnahme (Inspektion) von dem Zustand des bayrischen Heeres zukam. Im Kriegsfall aber sollte dieses Heer unbedingt und ausschließlich unter dem Oberbefehl des Kaisers stehen; vom Tag der Mobilmachung an bis zum Tag des Friedensschlusses hatte der König von Bayern über sein Heer nichts mehr zu sagen, und die Verpflichtung zum Gehorsam gegen den Kaiser im Kriegsfall wurde auf Drängen Roons, welcher die bayrische Sonderstellung in militärischen Dingen lange und hartnäckig bekämpft hat, in den bayrischen Fahneneid aufgenommen.

Auf diese Bedingungen hin unterzeichneten Bismarck und Bray am 23. November den Vertrag,**) durch den Bayern dem Reich

*) Mittnacht, Rückblicke, S. 96 und 116.

**) A. v. Ruville (a. a. O. S. 260 ff. bes. 289) hat behauptet, daß Bray deshalb nachgegeben habe, weil Bismarck drohte, die am 10. Oktober im Schloß des Staatsministers Rouher, Cerçay bei Paris, erbeuteten Staatsschriften zu veröffentlichen, welche Bayerns frühere Politik 1866 ff. schwer bloßgestellt hätten. Diese phantastische und mehr als romanhafte Geschichte hat Küntzel S. 86 ff. eingehend widerlegt, ihr aber fast zu viel

Digitized by Google

beitrat, und zwar ohne auf Württemberg zu warten, dessen König sich so krampfhaft an seine Rockschöße gehängt hatte. Da mit Baden und Hessen schon am 15. November abgeschlossen war, so blieb nur Württemberg noch übrig, das ohne den Stuttgarter Querzug schon am 12. hätte unterzeichnen können. Da der Reichstag der Verträge wegen auf den 24. November nach Berlin berufen wurde und Delbrück deshalb dorthin abreiste, so mußten Mittnacht und Suckow, nachdem das Gesamtministerium am 19. die Zustimmung des Königs Karl zu dem Vertrag endlich erreicht hatte, am 20. abends nach Berlin sich begeben. Hier fehlte noch der Text der Militärabkunft, welche Roon in Versailles am 22. zur Post gab. Sie war aber am 24. noch nicht da, und so konnte Delbrück dem Reichstag nur den Abschluß mit Bayern, Baden und Hessen ankündigen und bezüglich Württembergs die Hoffnung aussprechen, daß eine gleiche Übereinstimmung über den Weg zum Ziele nicht ausbleiben werde.*) Im letzten Augenblick wollte König Karl, von seiner Gemahlin getrieben, noch versuchen, ob nicht durch Eingreifen seines Schwagers, des Zaren Alexander II., die Gleichstellung Württembergs mit Bayern zu erreichen sei; Mittnacht bezeichnete das als nicht mehr möglich. Doch verlangte Württemberg jetzt noch die (allerdings nicht in Vertragsform gebrachte) Zusicherung, daß die Erzeugung und der Verbrauch des inländischen Weines nie von Reichswegen besteuert werden sollte, daß es trotz Artikel 42 sein weiträumiges „amerikanisches“ Wagensystem (im Gegensatz zum norddeutschen Coupésystem) behalten dürfe und vor Erhebung etwaiger aus dem genannten Artikel folgender Zumutungen mit ihm Rücksprache genommen werde; auch verpflichtete sich der König von Preußen, von der dem Bundesfeldherrn zustehenden Befugnis, jeden Teil des Bundesgebiets in Kriegszustand zu erklären, für Württemberg in Friedenszeiten nur mit Zustimmung des Königs von Württemberg Gebrauch zu machen. Daraufhin wurde der Vertrag von Mittnacht, Suckow und Delbrück am 25. November in Berlin unterschrieben. Der Reichstag gab am 7. Dezember seine Zustimmung, und damit war das deutsche Reich vollendet.

Bei diesen Verhandlungen zeigte sich Bismarck in allen Dingen, die er nicht unbedingt als gefährlich für den Einheitsgedanken selbst

Ehre angetan. Vgl. auch Roloff, Preußische Jahrbücher 139, 137—148. Eine Bloßstellung Bayerns durch jene Papiere ist nicht einmal wahrscheinlich.

*) Text seiner Worte bei Hahn, Fürst Bismarck 2, 255 f.

Digitized by Google

ansah, in hohem Maße entgegenkommend, und zwar nicht bloß im Hinblick auf die gesamte damalige Lage Deutschlands, sondern auch in der Erwägung, daß nur ein Bündnis, in das alle Teilnehmer schließlich mit zufriedenem Gemüt einträten, die Bürgschaft der Dauer in sich trage. Namentlich Bayern gegenüber entwickelte er eine Nachgiebigkeit, welche vielfach, so handgreiflich auch der Wert der Gewinnung Bayerns für das ohne Bayern nur einen Torso bildende Reich war,*) damals und später herb getadelt worden ist.**) Es wurde ihm vorgeworfen, daß er die von Haus aus vorhandene Selbstüberhebung der Bayern, welche sich über alle andern Mittelstaaten stellten und sich mit Preußen verglichen, recht eigentlich groß gezogen habe. Er mußte den Großherzog von Baden zu seinem Beistand gegen das Widerstreben im Hauptquartier aufbieten, wo man besonders über die militärische Sonderstellung Bayerns empört war, und er geriet über diese Frage auch mit dem Kronprinzen am 16. November hart zusammen. Der Kronprinz forderte nach seinem Tagebuch (Deutsche Rundschau 57, 1888), daß man den Süddeutschen, d. h. den Württembergern und Bayern, „fest und gebietend gegenübertreten solle;“ Bismarck sei sich seiner Macht gar nicht genügend bewußt. Als Bismarck einwarf, damit würde man nur diese Staaten in Österreichs Arme treiben, dessen auswärtiger Minister Beust auch jetzt noch immer auf der Lauer gegen Preußen lag,***) antwortete der Kronprinz: darauf könne man es ankommen lassen; es sei nichts leichter als kurzerhand von der seit ein paar Wochen in Versailles anwesenden Mehrzahl der Fürsten (den Großherzögen von Baden, Oldenburg und Weimar, dem Herzog von Koburg u. a.) den Kaiser ausrufen zu lassen und eine den berechtigten Forderungen des deutschen Volkes entsprechende Verfassung zu verkünden; das würde ein Druck sein, dem die Könige

*) Die Gründe, aus welchen Bayerns Beitritt von großer Bedeutung war, sind sehr gut von Mittnacht entwickelt: siehe dessen Erinnerungen an Bismarck, Stuttgart 1904, S. 236.

**) Vgl. z. B. Heinrich v. Treitschke, Die Verträge mit den Südstaaten, Preußische Jahrbücher, Dezember 1870 = Zehn Jahre deutscher Kämpfe 1, 348—359.

***) W. Alter, Deutsche Rundschau 145, 115 ff., und v. Friesen 3, 209, nach welchem Beust im November selbst von Wien nach München reiste und Brays Ersatz durch v. d. Pfordten betrieb, da Bray gegen Bismarck viel zu schwach sei; er bot allem auf, Bayerns Anschluß an das deutsche Reich zu verhindern.

Digitized by Google

nicht widerstehen könnten. Bismarck versetzte, daß zu solchen Schritten der König nicht gebracht werden könne; der Kronprinz gab zurück, Bismarcks Nichtwollen genüge freilich, um die Sache bei Seiner Majestät unmöglich zu machen. Der Ton der Erörterung wurde eine Zeitlang sehr gereizt; doch entschuldigte sich der Kronprinz am Schluß, er sei vielleicht zu lebhaft geworden; aber man könne ihm beim Versäumen eines weltgeschichtlichen Moments nicht Gleichgültigkeit zumuten.*) Dieses Versäumen ist dann nicht Tatsache geworden; Bismarck hat das deutsche Reich gezimmert mit ebensoviel Tatkraft als Geduld, und der Umstand, daß schließlich alle Widerstände gütlich überwunden wurden, hat zweifellos es bewirkt, daß die verschiedenen Stämme sich so leicht in das neue Reich einlebten und von Jahr zu Jahr immer enger mit ihm verwuchsen. Insofern kann man auch heute noch zugeben, daß das Wort, das Bismarck zugeschrieben wird und das jedenfalls seinen Sinn genau trifft: „Ich will ein zufriedenes Bayern," von tiefer Weisheit und von echt bundesfreundlicher Gesinnung eingegeben war; derselbe Mann, der einst den „gott- und rechtlosen Souveränetätsschwindel der deutschen Fürsten" so scharf gegeißelt hatte, kam ihnen nun weit entgegen, sobald sie das Reich errichten halfen. Man darf aber beklagen, daß Bayern sich dieser Rücksichtnahme später nicht immer wert gezeigt und durch kleinliche Bekämpfung fast jedes nationalen Fortschritts namentlich seit Bismarcks Sturz die Geduld seiner Bundesgenossen mehrfach auf sehr schwere Proben gestellt hat.

Gleich die Frage des Schlußsteins des ganzen Werkes, des Angebots der Kaiserkrone an den König von Preußen, lieferte den Beweis, wie schwer sich die Bayern zur Erfüllung einer klaren nationalen Pflicht entschloßen. Der Kronprinz war jetzt **) mit Bismarck darüber völlig einverstanden, daß

*) Bismarck hat in dem im Staatsanzeiger veröffentlichten Immediatbericht vom 23. September 1888 die Echtheit des Tagebuchberichts angezweifelt, aber nur aus Schonung für das Andenken des Kaisers Friedrich; in Wahrheit hielt er es für echt, Busch, Tagebuchblätter 3, 243; und Bamberger („Nation" Februar 1896) hat gehört, daß „der Kronprinz von einer sehr heftigen Szene zwischen ihm und dem Kanzler" am 16. November erzählte.

**) Seit wann, ist dadurch unklar geworden, daß Bismarck (Gedanken und Erinnerungen 2, 116) behauptet, er habe noch in Versailles den Kronprinzen für den Kaisertitel gewinnen müssen. Der Kronprinz sei durch die politischen Phantasten, denen er sein Ohr lieh, gegen diesen Titel — als zu transalpinem Ehrgeiz veranlassend — eingenommen worden und habe den Titel „König der Deutschen" gewünscht. Diese Darstellung kann

Digitized by Google

dieser Titel das ganze Werk krönen müsse. Ihm war das etwas ganz Selbstverständliches; die deutsche Einheit hätte ihres glänzendsten Sinnbilds, das Hohenzollernhaus seiner Gleichstellung mit den früheren Herrscherhäusern Deutschlands (und mit den jetzigen Kaisern von Österreich und Rußland) entbehrt, wenn dieser Titel nicht geschaffen wurde. Bismarck seinerseits begriff vollkommen, daß der Kaisertitel „ein werbendes Element für Einheit und Zentralisation bildete;“ im Norden weniger, wo selbst Männer wie Freytag *) den hohlen Glanz der Kaiserkrone verschmähten und die aus dem Kaisertitel angeblich folgenden Weltherrschaftsansprüche mit Argwohn und Sorge betrachteten, wohl aber im Süden: dort riß der von alters her den Menschen gewohnte und immer noch mit Ehrfurcht und Hingabe genannte Kaisertitel voraussichtlich alle Herzen im Sturm mit sich. Aber zwei Schwierigkeiten stellten sich der Sache in den Weg. Erstens wollte König Wilhelm von dem Kaisertitel nichts wissen (S. 283 f. 287), der auch ihm nur anspruchsvoll erschien, während er reale Macht nicht verleihe; er äußerte sich spöttisch: „Was soll mir der Charaktermajor?“ (d. h. der bloße Titel). Dann fragte es sich, wer den Kaisertitel dem König antragen solle. Es war kein Zweifel, daß der Reichstag sofort dazu bereit sein werde, ja, daß man ihn schwer werde abhalten können, es zu tun, wenn lange gezögert wurde. Aus der Initiative des Reichstags aber wollte der König den Titel auf keinen Fall: sein Bruder hatte 1849 die vom Parlament ihm gebotene Kaiserkrone abgelehnt, weil er sie aus triftigen Gründen nur oder doch in erster Linie von den Mitfürsten empfangen wollte. Wilhelm I. stand jetzt wie 1849

---

ich unmöglich für richtig halten, da die Angabe von Freytag — siehe oben S. 284 — und die Notizen im kronprinzlichen Tagebuch, deutsche Rundschau 57, 12, vom 3. September, 19. September usw. unzweifelhaft dartun, daß der Kronprinz 1870 von den ersten Siegen an den Kaisertitel erstrebt hat. Gleichzeitige Niederschriften haben doch unter allen Umständen den Vorrang vor später abgefaßten Erinnerungen. Bismarck gibt in offenbarer Verwechslung der Jahre an, der Kronprinz habe den Königen von Bayern usw. wieder den bloßen Herzogstitel geben wollen, im Gegensatz zum deutschen König; das hat er im Juli 1866 verlangt, für welche Situation der Kaisertitel noch nicht gepaßt hätte, nicht 1870. Vgl. Sybel 5, 464.

*) S. seine Schrift: der Kronprinz und die deutsche Kaiserkrone S. 22 bis 26 und 113 ff. Auch Heinrich v. Treitschke dachte halb und halb so (Zehn Jahre deutscher Kämpfe, Berlin 1879, S. 359), verschloß sich aber dem Wert und der Notwendigkeit des Kaisertitels doch nicht.

Digitized by Google

zu dieser Frage doch wohl etwas freier, als sein Bruder; aber darüber war auch er sich klar, daß er nicht Kaiser nur von Volkes Gnaden sein dürfe. Mußte die Anregung aber von einem Fürsten ausgehen, so konnte in erster Linie nur König Ludwig II. von Bayern in Betracht kommen, und dieser verhielt sich gänzlich zurückhaltend. Schon am 11. November meldet das kronprinzliche Tagebuch, daß der Großherzog von Baden einen ganz wundervollen Brief (am 31. Oktober) an den König geschrieben habe, der unbeantwortet geblieben sei; Mitte November überbrachte der Staatsrat Gelzer einen zweiten vertraulichen Brief.*) Am 24. lesen wir, daß die Fürstenversammlung, welche schon am 21. August von Bismarck in einem Gespräch mit dem Kronprinzen von Sachsen angeregt war, und zu der bereits die Mehrzahl der Fürsten in Versailles eingetroffen war (s. oben S. 301), energisch gefördert werden sollte, indem Fürst Lynar mit eigenhändigen Schreiben des Königs Wilhelm zu den Souveränen von Bayern, Württemberg und Sachsen reisen sollte, um sie feierlich einzuladen; auf dieser Versammlung sollte dann die Kaiserfrage gelöst werden. Von München traf der königliche Oberstallmeister Graf Holnstein in Versailles ein, nach Moritz Busch „ein stattlicher, strammer Mann, rotes, volles Gesicht, angenehmes, offenes Benehmen," um die Wohnung und die Ställe in Schloß Trianon anzusehen, welche König Ludwig II. hätten zugewiesen werden sollen. Durch Holnstein kam die Sache endlich zum Abschluß. In dem Gefühl, daß „an dem Schweigen Bayerns und der Abneigung König Wilhelms die Kaiserfrage zu scheitern drohte," ersuchte Bismarck den Grafen, dem König Ludwig II. ein Schreiben zu überbringen, in welchem er darlegte: die Krone Bayern könne die Präsidialrechte, für welche die bayrische Zustimmung bereits vorlag, dem König von Preußen ohne Verstimmung des bayrischen Selbstgefühls nicht einräumen. Preußische Autorität innerhalb der bayrischen Grenzen ausgeübt sei neu und werde die bayrische Empfindung verletzen; ein deutscher Kaiser aber sei sozusagen nicht Bayerns Nachbar, sondern der Landsmann; im ersten Falle bleibe der König von Bayern dem König von Preußen koordiniert, im zweiten subordiniert.**) Auf den Rat Holnsteins legte Bismarck dem König zu dessen Bequemlichkeit dann gleich den Entwurf eines Schreibens an König Wilhelm mit dem Angebot der Kaiserkrone

*) Luise v. Kobell, König Ludwig II. und Bismarck, S. 32.
**) Gedanken und Erinnerungen 2, 118.

Digitized by Google

bei. Außerdem übergab er Holnstein noch ein drittes,*) privates Schreiben an den König, worin er seiner grandiosen Kunst, die Menschen so zu behandeln, wie es ihren Wünschen und ihrem Wesen entsprach (S. 283), die Krone aufsetzte: er wies darauf hin, daß einst, als der Wittelsbacher Kaiser Ludwig in der Mark Brandenburg regierte, er der Bismarckschen Familie während mehr als einer Generation besonderes Wohlwollen betätigt habe,**) und er also jetzt seinen Rat nicht bloß als Staatsmann gebe, sondern als treuer Vasall. Dieser Appell schlug durch. Als Graf Holnstein nach einer viertägigen Reise am 1. Dezember in Schloß Hohenschwangau eingetroffen war und nicht ohne Schwierigkeit zu dem unpäßlichen Monarchen Zutritt erhalten hatte, las Ludwig II. Bismarcks Brief zweimal aufmerksam durch, ließ sofort durch einen Reitknecht Tinte und Papier holen und schrieb im Bett nach Bismarcks Entwurf den Brief ab, in dem er Wilhelm I. die Kaiserkrone anbot. Holnstein reiste sofort mit dem Brief wieder ab und langte am 3. Dezember wieder in Versailles an, worauf der Oheim des Königs, Prinz Luitpold, alsbald gemäß königlichem Befehl das Schreiben dem König Wilhelm überreichte. „Nach Tische,“ schreibt der Kronprinz zu diesem Tage, „Vortrag Bismarcks, der den Brief vorliest, welchen der König so zur Unzeit wie möglich findet, worauf Bismarck bemerkt, die Kaiserfrage habe mit den augenblicklichen Kämpfen (Ausfälle aus Paris, Rückeroberung von Orleans durch Prinz Friedrich Karl) nichts zu tun (d. h. komme also keineswegs zur Unzeit). Als wir das Zimmer verließen, reichten Bismarck und ich uns die Hand; mit dem heutigen Tage sind Kaiser und Reich unwiderruflich hergestellt, jetzt ist das fünfundsechzigjährige Interregnum, die kaiserlose, die schreck-

*) Darauf hat Kämmel aufmerksam gemacht, kritische Studien zu Fürst Bismarcks Gedanken und Erinnerungen, Leipzig 1901, S. 104, indem er eine Mitteilung Bismarcks bei H. v. Poschinger a. a. O. 1, 270 ans Licht zog.

**) So der Wortlaut Gedanken und Erinnerungen 2, 118. Wenn bei H. v. Poschinger „Bismarck und die Parlamentarier“ 1, 271 es heißt: „Es sei in der Bismarckschen Familie unvergessen, daß der Stammsitz Schönhausen ein Lehen Heinrichs des Löwen gewesen sei,“ so liegt hier ein handgreiflicher Irrtum des Berichterstatters vor; Heinrich der Löwe hat mit den Wittelsbachern ja nichts zu tun. Auch sonst ist der Bericht bei Poschinger schief: Bismarck soll noch bei Behandlung der Kaiserfrage mit König Ludwig gesagt haben, bei eigener Initiative der Bundesstaaten könnten sie die Befugnisse der Reichsgewalt auf das Unentbehrliche beschränken — diese Befugnisse standen damals aber durch die Verträge schon fest.

Digitized by Google

liche Zeit vorbei; schon dieser stolze Titel ist eine Bürgschaft." Der König aber, so sehr er an dem ebenso einfachen als inhaltsreichen preußischen Königstitel hing und ihn nicht durch einen neuen, glänzenderen, aber an realer Macht armen Titel in Schatten gestellt sehen wollte, mußte sich jetzt fügen; den Einwand mit dem „Charaktermajor" schlug Bismarck durch die glückliche militärische Analogie aus dem Feld: „Eure Majestät besitzen allerdings schon die Befugnisse der Stellung verfassungsmäßig, und der ‚Kaiser' enthält nur die äußerliche Sanktion; gewissermaßen als ob ein mit der Führung eines Regiments beauftragter Offizier endgültig zum Kommandeur ernannt wird. Eure Majestät wollen doch nicht ewig ein Neutrum bleiben, ‚das Präsidium'? In dem Ausdruck Präsidium liegt eine Abstraktion, in dem Worte Kaiser eine große Schwungkraft." *)

Der weitere Gang der Dinge kann hier kurz zusammengefaßt werden. Der Reichstag erhob zwar mancherlei Bedenken gegen die durch die Verträge mit dem Süden hervorgerufenen Verfassungsänderungen, namentlich gegen den Artikel, welcher die Kriegserklärung im Fall eines Angriffskriegs nicht mehr dem Präsidium überließ, sondern es für diesen Fall an die Zustimmung des Bundesrats band; dann gegen die Dreiviertelmehrheit des Bundesrats für Verfassungsänderungen und gegen den diplomatischen Ausschuß. Man sagte sich aber, daß betreffs des ersten Punktes das auswärtige Amt die Dinge immer wieder so gestalten könne, daß jeder Krieg als Verteidigungskrieg erscheine; daß durch Punkt zwei auch Preußen allein mit seinen siebzehn Stimmen jede Änderung verhindern könne und die militärischen Dinge ja überhaupt nur mit Zustimmung des Präsidiums verändert werden dürften; endlich daß der diplomatische Ausschuß, schon weil Preußen

*) Gedanken und Erinnerungen 2, 55. 117—118. Das lange Sichsträuben Bayerns hatte die Folge, daß — da des drängenden Reichstags wegen die Kaiserfrage am 4. Dezember erledigt sein sollte — schließlich die Angelegenheit so überhastet werden mußte, daß keine Zeit blieb, die andern Fürsten zu dem Brief des Königs Ludwig rechtzeitig vorher ihre Zustimmung geben zu lassen; die Sache sah also so aus, als ob sie nicht ganz Deutschland berühre, sondern bloß Preußen und Bayern. Nicht einmal die bayerischen Minister wußten von der Sache. So v. Friesen 3, 208. Daß Bismarck an dieser „nicht recht würdigen Behandlung der Frage" ganz unschuldig war, betont Friesen S. 231 nachdrücklich; Bismarck hatte ja die würdigste Form der Kaiserausrufung angestrebt, durch die versammelten deutschen Fürsten in Versailles, wobei der König von Bayern der Wortführer sein sollte.

Digitized by Google

nicht an ihm teilnahm, eine große Bedeutung nicht habe (er ist auch, soviel bekannt, unter Bismarcks Staatsleitung nur 1875,*) und 1879 zusammengetreten; dann 1900, 1910 und seitdem öfters). Vor allem aber: es war einfach unmöglich für das Parlament, die Einheitsbewegung wegen irgend welcher Einzelheiten scheitern zu lassen, nachdem Bismarck diese Einzelheiten nicht als ausschlaggebend erachtet hatte. So nahm der Reichstag am 9. Dezember die Verträge mit Württemberg, Baden und Hessen fast einstimmig, den Vertrag mit Bayern mit 195 gegen 32 Stimmen an — auch der einflußreiche nationalliberale Abgeordnete Ludwig Bamberger, den Bismarck eigens am 4. Dezember hatte zu sich kommen lassen, um ihn zu bearbeiten, stimmte mit Ja und gewann die widerstrebenden Mitglieder seiner Partei dafür. „Ich weiß ja," sagte Bismarck zu ihm, „wenn die Verträge in drei bis fünf Jahren Gegenstand aller möglichen Ausstellungen sein werden, da wird man schreien: ‚Wie hat der dumme Kerl so etwas unterschreiben können!'" Am 9. Dezember nahm der Bundesrat, am 10. der Reichstag die Ausdrücke „Kaiser" und „Reich" an. Am 18. erschien eine Abordnung von dreißig Reichstagsmitgliedern, mit dem Präsidenten Simson an der Spitze, in Versailles, um dem König in seinem Hauptquartier im Präfekturgebäude mittags zwei Uhr eine Glückwunschadresse zu überbringen. „Simsons Meisterrede entlockte mir helle Tränen," schreibt der Kronprinz in seinem Tagebuch; „auch der König mußte bei seiner Antwort vor Rührung einigemal innehalten." Am 18. Januar 1871 wurden dann sechzig Standarten unter Musik in den berühmten Spiegelsaal (galérie des glaces) des Schlosses von Versailles getragen; das 7. Regiment der Königsgrenadiere, die durch den Sturm auf Weißenburg am 4. August den Krieg eröffnet hatten, stellte die Ehrenposten im Schloßhof; fünf- bis sechshundert Offiziere und Mannschaften, alle in Versailles anwesenden Fürsten betraten den Saal; ein Sängerchor sang: Jauchze dem Herrn, alle Welt! An einem einfachen Feldaltar sprach der Divisionspfarrer Rogge ein Gebet — Gott, dem ewigen König, dem Unvergänglichen,

*) Über diese erste Sitzung siehe Näheres bei v. Friesen 3, 214—218. Vgl. Mittnacht, Erinnerungen an Bismarck, Stuttgart 1904, S. 29—43. Nach S. 34 schrieb Bismarck am 16. Juni 1875 an Mittnacht, daß der Ausschuß bei allseitiger Richtigstellung seiner Beziehungen zur Reichsgewalt und seiner Zusammensetzung eine in hohem Grade nützliche Institution sei. Nach S. 36 erläuterte er dies in Varzin am 20. und 21. August 1875 dahin, daß die Minister ihm als Zeugen und Eideshelfer dienen könnten, wie das englische Parlament die englische Politik unterstütze.

Digitized by Google

Unsichtbaren, allein Weisen sei Ehre und Preis in Ewigkeit! — und dann betrat der König eine Erhöhung. Nach einem Brief, den er am gleichen Tag an seine Gemahlin schrieb,*) „war er in einer so morosen Emotion über die Veränderung des preußischen Titels, daß er drauf und dran war, zurückzutreten und Fritz alles zu übertragen." Das überwand er, im Gefühl der Pflicht, der er sich nicht entziehen durfte: er sprach einige Worte des Dankes an seine Verbündeten, und dann verlas Bismarck die berühmte, zweifellos von ihm entworfene Proklamation an das deutsche Volk. Er sprach nach dem Bericht des weimarischen Leibarztes Dr. Matthes anfangs „mit einer vor Erregung keuchenden Brust, bleichem Antlitz und so blutleeren Ohren, daß sie fast durchsichtig waren; mit Mühe rangen sich die ersten Sätze aus der Brust; aber allmählich wurde die Stimme klar und durchdrang kräftig den weiten Saal." **) Die Proklamation verkündete, daß der König, dem Rufe der verbündeten Fürsten und Städte Folge leistend und eine Pflicht gegen das gemeinsame Vaterland erfüllend, mit Herstellung des deutschen Reichs die seit mehr denn sechzig Jahren ruhende deutsche Kaiserwürde erneuere. „Wir übernehmen die kaiserliche Würde in dem Bewußtsein der Pflicht, in deutscher Treue die Rechte des Reichs und seiner Glieder zu schützen, den Frieden zu wahren, die Unabhängigkeit Deutschlands, gestützt auf die geeinte Kraft seines Volks, zu verteidigen ... Uns aber und unsern Nachfolgern an der Kaiserkrone wolle Gott verleihen, allzeit Mehrer des deutschen Reiches zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an den Gütern und Gaben des Friedens auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung." ***) Es war noch eine Frage gewesen, wie der Kaisertitel genau bestimmt werden sollte. Der König wollte noch am 17. Januar „Kaiser von Deutschland" heißen, was Bismarck beanstandete, weil darin ein landesherrlicher Anspruch auf die nichtpreußischen Gebiete enthalten sei, den die Fürsten zu bewilligen nicht gemeint wären, und weil der Titel „deutscher Kaiser" in dem Schreiben König Ludwigs II. angetragen und so bereits in Artikel 11 der Verfassung aufgenommen sei. Da der König trotz des Zuredens des Kronprinzen auf seinem Willen blieb, so ersuchte Bismarck den Großherzog von Baden um seine Vermittlung, indem er diesen sehr konstitutionell denkenden Fürsten auf die Reichs-

*) W. Oncken, Unser Heldenkaiser, S. 218.
**) H. v. Poschinger, Also sprach Bismarck, Wien 1911, 2, 89.
***) Text u. a. bei Ludwig Hahn, Fürst Bismarck, 2, 276.

Digitized by Google

verfassung hinwies, welche nunmehr maßgebend sei; und nach einer Unterredung mit seinem Schwiegervater löste Großherzog Friedrich am 18. die Schwierigkeit sehr einfach dadurch, daß er zum Schluß das Hoch weder auf den deutschen Kaiser noch auf den Kaiser von Deutschland, sondern auf Kaiser Wilhelm ausbrachte. „Seine Majestät," erzählt Bismarck, „hatte mir diesen Verlauf so übel genommen, daß er beim Herabtreten auf den erhöhten Stand der Fürsten mich, der ich allein auf dem freien Platz davor stand, ignorierte, an mir vorbeiging, um den hinter mir stehenden Generalen die Hand zu bieten, und in dieser Haltung mehrere Tage verharrte, bis allmählich die gegenseitigen Beziehungen wieder in das alte Geleise kamen." Der große Maler Anton v. Werner hat das auffallende Verhalten des Kaisers als Augenzeuge wahrgenommen und war darüber betroffen.

Inzwischen neigte sich der französische Krieg seinem Ende zu. Die Heere, welche Gambetta in den Provinzen „aus der Erde stampfte," vermochten trotz aller Anstrengungen das seit 19. September umlagerte Paris nicht zu entsetzen, und nach langem Zögern ging die deutsche Heeresleitung auch dazu über, der von vierzehn Forts umgürteten Stadt durch Beschießung zuzusetzen.*) Bismarck war ursprünglich gegen den Vormarsch auf Paris gewesen (s. oben S. 278); nachdem man sich auf ihn eingelassen hatte, wollte er möglichst bald zu Ende kommen, einmal weil die deutschen Einschließungstruppen unter dem Feuer der Forts litten und ihr Mut und ihre Frische nur erhalten werden konnten, wenn man auch hinüberschoß; dann, weil die lange Dauer der Belagerung notwendig bei den übelwollenden Neutralen die Lust zur Einmischung wachrufen mußte. Seit Ende September trat auch der Kriegsminister v. Roon in dieser Frage Bismarck mit aller Bestimmtheit zur Seite, weil er die noch in Reims gehegte Hoffnung auf den nahen Fall der Stadt durch Hunger aufgab. Gerade diese Erwartung aber hegten der Generalstabschef des Kronprinzen, General Blumenthal, und der Kronprinz selbst. Moltke, der anfänglich durchaus für den energischen Angriff gewesen war, trat Ende Oktober auf ihre Seite hinüber, weil die Herbeischaffung der schweren Geschütze aus so weiter Entfernung über die eisenbahnlose Strecke von Nanteuil ab fast unüberwindliche Schwierigkeiten bot

---

*) Wilhelm Busch, das deutsche große Hauptquartier und die Bekämpfung von Paris im Feldzuge 1870—71, Tübingen 1905, S. 9 ff., S. 35.

Digitized by Google

und er der von ihm schon 1844 theoretisch vertretenen Ansicht war: „Städte von einer halben Million Einwohner werden überhaupt nicht durch Waffengewalt erobert, sondern fallen durch sich selber." Das Wort dieser Männer wog beim König schwer, und nach Bismarcks und Roons — freilich von mancher Seite nicht geteilter — Überzeugung waren es auch weibliche Einflüsse, der Königin Augusta, der Kronprinzessin Viktoria und ihrer Mutter, der Königin Viktoria von England, welche aus sentimentalen Rücksichten und „damit das Lob des Auslands und die Phrasenberäucherung keine Einbuße erleiden," *) gegen die Beschießung einer solchen Stadt („das Mekka der Zivilisation") als gegen eine Barbarei sich erhoben. An der Tatsache solcher Einsprache wird nicht zu zweifeln sein, wohl aber an ihrer Wirkung auf den König. Zu allem hin kam noch der schon erwähnte (S. 277 f.) Gegensatz der Generale gegen Bismarck, der Manteuffel zu dem Ausruf veranlaßte: „Es ist eine Schande, daß ein solcher Politiker mehr Einfluß hat wie die Heerführer," **) und der sich schließlich so zuspitzte, daß Bismarck und Moltke in eine unversöhnlich scheinende Entfremdung gerieten.***) Der spätere Versuch des Kronprinzen vom 13. Januar, sie wieder zusammenzubringen, schlug ins Gegenteil um; Moltke erklärte schroff: „Ich bin militärischer Ratgeber des Königs und habe keine anderen Pflichten zu erfüllen; ich werde mich durch das Urteil des Grafen Bismarck nicht irre machen lassen." Bismarck geriet über all dem in sehr trübe Stimmungen. „Ich enthalte mich natürlich," schreibt er am 7. Dezember an seine Frau, „meine zivilistische Ansicht (daß selbst ein Sturm weniger Blut kosten würde als Monate lange tägliche kleine Verluste) solchen Autoritäten gegenüber geltend zu machen; ... aber ich habe (außer Roon) keine menschliche Seele hier zum Reden über Zukunft oder Vergangenheit. Wenn man zu lange Minister ist und dabei nach Gottes Fügung Erfolge hat, so fühlt man deutlich, wie der kalte Sumpf von Mißgunst und Haß einem allmählich höher und höher bis ans Herz steigt; die Kälte von oben wächst, wie es die Naturgeschichte der Fürsten, auch der besten, so mit sich bringt. Kurz, mich friert, geistig, und ich sehne mich, bei dir zu sein...

*) Bismarck an seine Gattin, 28. Oktober. Ganz ebenso Roon in einem (in den Denkwürdigkeiten 3, 259 abgedruckten) Brief: „Jene, von sentimentalen Damen ausgehenden ganz unberechtigten Einflüsse." Die Frage ist geprüft bei Busch S. 39—42.

**) W. Busch a. a. O. S. 45.

***) Lorenz a. a. O. S. 479 ff., besonders 485.

Digitized by Google

Dieses Hofleben erträgt kein gesundes Herz auf die Dauer." Nur langsam drangen Bismarck und Roon beim König durch, den die Gegner schließlich namentlich auch dadurch von der Beschießung abzuhalten gesucht hatten, daß sie vorhersagten, die Beschießung werde, auch wenn sie eingeleitet werde, doch ergebnislos sein und so am Ende zu einer heillosen Bloßstellung der deutschen Waffen führen. Am 29. November befahl der König endlich, der Verschleppung der Angelegenheit ein Ziel setzend, bestimmt die allergrößte Beschleunigung des Angriffs auf die Südfront. Am 27. Dezember war alles so weit, daß aus 76 Geschützen die Beschießung auf den im Osten wie ein Keil gegen unsere Stellungen vorgeschobenen Mont Avron, am 5. Januar die Bombardierung von Paris selbst beginnen konnte, und die eigensinnige Nörgelei der „Nichtschießer" gegen die „Schießer", als ob die „Schießerei" doch am letzten Ende nutzlos gewesen sei, wird am besten durch Moltkes, eines „Nichtschießers", Zugeständnis in seiner Geschichte des Kriegs von 1870 *) widerlegt: „die Wirkung der nur sechstägigen Beschießung war entscheidend." Die Bevölkerung mußte von dem stark beschossenen Süden sich nach dem Norden zusammendrängen, was ihre Lage erheblich verschlimmerte. Da auch die Lebensmittel in der Stadt allmählich auf die Neige gingen, so daß man selbst Hunde, Ratten und Katzen (das Stück zu elf Franken) aß, sah sich die Regierung zur Übergabe gedrängt, und am Abend des 23. Januar erschien Favre, der noch Minister des Auswärtigen war, im Hauptquartier, um die Verhandlungen zu eröffnen. Vier Monate früher hatte er in Ferrières jede Abtretung von Land noch rundweg abgeschlagen; jetzt war ihm diese Haltung nicht mehr möglich. Favre hatte sofort noch am Abend des 23. eine Unterredung mit Bismarck, der sich nachts elf Uhr in die Präfektur zum Kaiser begab. Nachdem Favre zweimal, am 24. und 26., wieder nach Paris zurückgekehrt war, um mit der Regierung zu verhandeln, wurde am 27. Januar nachts zwölf Uhr das Feuer der Geschütze auf beiden Seiten eingestellt, und am 28. kam es zur Unterzeichnung eines Vertrages, wornach die Deutschen einen Waffenstillstand von einundzwanzig Tagen gewährten, während dessen eine Nationalversammlung zur Entscheidung über Krieg und Frieden frei gewählt werden sollte; als Ort ihres Zusammentritts ward Bordeaux bestimmt. Dafür mußten alle vierzehn Forts der äußeren Verteidigungslinie von Paris mit ihren Kriegsvorräten

*) Gesammelte Werke 3, 363.

Digitized by Google

übergeben werden; die Besatzungen (Linientruppen, Mobilgarden, Seesoldaten) von Paris und seinen Forts wurden für kriegsgefangen erklärt und hatten ihre Waffen abzuliefern bis auf 12 000 Mann, welche der Regierung „für den inneren Dienst“ zur Verfügung bleiben sollten. Die Nationalgarde, deren Entwaffnung Favre bei dem in ihr herrschenden aufrührerischen Geist für undurchführbar erklärte, durfte ihre Waffen behalten und sollte die Ordnung in der Stadt sichern. Die Ernährung der Stadt wurde (nach erfolgter Übergabe der Forts und nach Entwaffnung der Ringmauern) auf Straßen und Flüssen freigegeben. Die Stadt Paris hatte vor dem fünfzehnten Tag des Waffenstillstands eine städtische Kriegskontribution von 200 Millionen Franken zu entrichten, aus der Bismarck den Südstaaten gern ihre 1866 an Preußen entrichteten Kriegsentschädigungen zurückgezahlt hätte; er drang aber damit nicht durch, warum, wissen wir nicht.*) Nunmehr war die Hauptstadt Frankreichs auf Gnade und Ungnade den Deutschen überliefert, welche in ihr alsbald einrücken konnten, falls die Nationalversammlung sich für die Fortdauer des Kriegs entschied. Das war freilich nach Lage der Sache um so mehr ausgeschlossen, als Frankreichs Heere überall geschlagen und das Volk tief entmutigt war; der einzige, der auch jetzt noch fechten wollte, Gambetta, wurde durch das nach Bordeaux entsandte Regierungsmitglied Jules Simon am 6. Februar zum Rücktritt genötigt. Die Wahlen vom 8. Februar ergaben denn auch eine große Mehrheit von Anhängern des Friedens, und am 17. Februar wurde der Mann, welcher seinerzeit so entschieden gegen den Krieg gesprochen hatte, Thiers, der Vertrauensmann von 26 Departements, zum „Chef der Exekutive“ gewählt. Er begab sich im Auftrag der Nationalversammlung am 21. Februar nach Versailles, um über Frieden zu verhandeln, zu welchem Zweck der Kaiser den Waffenstillstand um zehn Tage, bis zum 26. Februar, verlängerte. Bismarck forderte, was er immer in Aussicht genommen hatte, die Abtretung des ganzen Elsasses, mit Belfort, dann eines Fünftels von Lothringen, mit Diedenhofen und auch Metz, weil Moltke diese Stadt für unbedingt notwendig zu unserer Sicherheit erklärte; ferner eine Kriegsentschädigung von sechs Milliarden Franken und den Einzug in Paris. Thiers war auf die Forderung der Abtretung der zwei Provinzen von vornherein gefaßt; „es handelt sich,“ hatte er in Bordeaux ausgerufen, „um das Los zweier uns sehr nahe an-

*) H. v. Poschinger, Bismarck und die Parlamentarier 1, 271.

Digitized by Google

liegender Provinzen hier, um das des ganzen Landes dort!" Der Admiral Jauréguiberry hatte durch genaue Berechnung festgestellt, daß man den 5—600 000 Deutschen, welche ein volles Drittel Frankreichs besetzt hielten, nur noch 280 000 Mann gutenteils erschöpfter und entmutigter Truppen entgegenstellen konnte; die Bevölkerung forderte vielerorts stürmisch den Frieden: bei solchen Umständen war von weiterem Krieg nichts zu erwarten als die Überschwemmung auch des Rests von Frankreich durch den Feind: „nach Bordeaux!" riefen die Jäger des 5. preußischen Korps, als dieses am 1. Februar den Befehl erhielt, sich für alle Fälle zum Vormarsch nach dem Süden bereit zu halten. So war Thiers bereit, in diesem Punkte nachzugeben; aber er wollte begreiflicherweise nicht auf der ganzen Linie weichen: er wollte doch etwas an den deutschen Forderungen herabmindern. Demgemäß wandte er sich an König Wilhelm mit der Bitte, die schweren Bedingungen großmütig zu mildern: allzu große Härte müsse einen neuen Krieg im Schoße tragen. Der König antwortete gütig, aber ablehnend. „Wenn Sie erblicher König von Frankreich wären," sagte Bismarck zu Thiers, „würde ich mich im Vertrauen auf Sie mit geringeren Bürgschaften begnügen; so aber müssen wir uns anderweit sicherstellen." Am 23. Februar wurde Favre aus Paris als zuständiger Minister zu den Verhandlungen zugezogen; die beiden setzten Bismarck so zu, daß er nach Abeken „nachher so herunter war, wie ich ihn kaum je gesehen, selbst in den schlimmsten Zeiten: er hat mich tief gedauert, und der König ließ ihm auch seine herzlichste Teilnahme ausdrücken. Todmüde, wie er ist, kann er nun doch nicht schlafen, und heute wird's nicht besser werden." Der badische Minister Jolly, der den Dingen anwohnte, fand Favre in seinem aufrichtigen Schmerz rührend, würdiger als den wortreichen, gewandten Thiers, der mehr durch die Quantität seiner Reden als durch ihre Qualität imponierte. „Der Gedankenschaum quillt aus ihm," schreibt Bismarck an seine Frau, „unaufhaltsam wie aus einer geöffneten Flasche, und ermüdet die Geduld, weil er hindert, zu dem trinkbaren Stoffe zu gelangen, auf den es ankommt. Dabei ist er ein braver, kleiner Kerl, weißhaarig, achtbar und liebenswürdig, gute altfranzösische Formen, und es wurde mir sehr schwer, so hart gegen ihn zu sein, wie ich mußte." „Bismarck selbst war," nach Jolly (a. a. O. S. 210), „geradezu bezaubernd, von großartiger Liebenswürdigkeit und liebenswürdiger Größe; er ist doch ein ganz eminenter Mensch, der, trotz manchem wunderlich Bizarren, doch, als echtes Genie, bei aller Kraft innerlich maßvoll ist. Wirklich impo-

Digitized by Google

nierend war der Hüne zwei-, dreimal, wenn er vollkommen chevaleresk und doch ohne persönliche Härte, um zum Abschluß zu kommen, erklärte: ‚Nicht der Sieger hat nachzugeben, sondern der Besiegte'" — einst hatte der Heerführer der Gallier, der Brennus, im eroberten Rom, als der Loskaufpreis dargewogen wurde und die Römer über falsches Gewicht klagten, sein Schwert in die Wagschale geworfen, damit es auch noch mit Gold aufgewogen werde, und gerufen: vae victis! Nun erfuhren die neuern Gallier dasselbe in verbindlichster Form von dem Staatsmann der Germanen, welche sie in drei Jahrhunderten wohl ein dutzendmal mit Krieg überzogen hatten, und eben jetzt wieder, um ihnen das erste Recht einer Nation, das auf Ausgestaltung ihres Staates zur Einheit, zu bestreiten: sie empfingen jetzt, was ihre Taten wert waren. Thiers beanstandete vor allem die Summe von sechs Milliarden; so viel könne Frankreich nicht leisten. Bismarck hatte die Summe darauf gegründet, daß Frankreich eine Milliarde Grundsteuer aufbringen konnte; er ließ jetzt eine Milliarde nach; die fünf Milliarden aber belegte er mit dem französischen Vorbild von 1807. Damals hatte Frankreich dem auf fünf Millionen Einwohner herabgesetzten Preußen 700 Millionen Franken abgenommen; es war also billig, daß das mehr als siebenmal volkreichere und im Verhältnis zu dem Preußen von 1807 weit wohlhabendere Frankreich von 1871 an Deutschland siebenmal mehr (gibt rund fünf Milliarden) entrichtete. Zweitens wollte Thiers, da er Metz nicht retten konnte, wenigstens Belfort behaupten; drittens lehnte er die Zustimmung zu dem Einzug der Deutschen in Paris ab und berief sich darauf, daß zwar beide Städte, Belfort und Paris, in die Gewalt der Deutschen geraten, aber doch nicht eigentlich eingenommen seien. Er erklärte, lieber solle Frankreich untergehen, als daß er in diese Bedingungen willige. Bismarck beriet sich jetzt mit dem König, der Moltke dazu befahl; sie kamen überein, daß man Thiers die Wahl lasse zwischen Belfort, das Moltke nicht für unbedingt notwendig zum Schutz Deutschlands ansah, und dem Einzug. Thiers entschied sich dafür, Belfort zu behalten, ohne dessen Besitz ein deutsches Heer leicht in das Loch zwischen Jura und Vogesen und damit ins Herz von Frankreich eindringen konnte. Der nunmehr von Thiers, wenn auch mit schwerem Herzen, zugestandene Einzug in Paris wurde auf 1. März festgesetzt; bis zur Zahlung der fünf Milliarden sollten Teile Frankreichs besetzt bleiben, so daß mit fortschreitender Abzahlung eine staffelförmige Räumung sich vollziehen sollte. Am 26. Februar 1871 kamen die Verhandlungen zum Ab-

Digitized by Google

schluß; weil Bayern, Württemberg und Baden den Krieg noch selbständig erklärt und bis zum 18. Januar auch als selbständige Mächte geführt hatten, unterschrieben sie auf Bismarcks Wunsch auch den Friedensvertrag, der übrigens nur die grundsätzlichen Fragen, nicht alle Einzelheiten, entschied und also als „Präliminarfriede" bezeichnet ward. Die Einzelheiten sollten auf den am 26. Februar gelegten Grundlagen in Brüssel zur Erledigung gebracht werden. Als dort zwischen den Vertretern der beiden Mächte, Graf Arnim und Baron Baude, Schwierigkeiten entstanden, lud Bismarck Favre und den Finanzminister Pouyer Quartier auf 6. Mai nach Frankfurt a. M. ein, wo dann rasch der endgültige Frankfurter Friede vom 10. Mai 1871 nachmittags zwei Uhr zustande kam. In ihm wurde ein für beide Teile nützlicher Gebietsaustausch vereinbart, durch den der Umkreis von Belfort vergrößert und dafür an der Luxemburger Grenze westlich von Diedenhofen ein von Deutschen bewohnter Landstrich mit reichen Staatswaldungen, Steinkohlengruben und Erzlagern Deutschland zugeteilt wurde. Auch verpflichteten sich beide Teile, die Gräber der gefallenen Soldaten auf ihrem Gebiet in Ehren und instand zu halten. Am 18. Mai hieß die französische Nationalversammlung den Frieden mit 443 gegen 98 Stimmen (darunter die Elsaßlothringer) gut; am 21. Mai wurden in Frankfurt zwischen Bismarck und Favre die unterschriebenen Urkunden ausgetauscht.

Damit war der gewaltige Krieg zu Ende. Wenn man 1814 hatte klagen müssen, daß die Feder der Diplomaten verdorben habe, was das Schwert gut gemacht habe, so stand 1871 die diplomatische Führung der Nation mindestens auf derselben stolzen Höhe wie die militärische. Mit großartigem Scharfblick, rechtzeitig zugreifender Tatkraft und weiser Mäßigung hatte Bismarck unser Staatsschiff durch zahlreiche gefährliche Klippen, deren Vorhandensein das ungeübte Auge nicht wahrnahm, hindurchgesteuert bis zu dem Ziele, da unser Reich neu erstanden und durch den Erwerb der in Jahren der Schmach verlorenen Westmarck gegen den Erbfeind ebenso gesichert wie durch die Pflicht der Verteidigung dieser Mark für alle Zeit eng zusammengeschlossen war. Am Einzug in Paris (1. März) hat sich Bismarck so wenig als der Kaiser beteiligt: er war am 1. bei der glänzenden Heerschau bei Longchamps und ritt hernach mit dem Generalleutnant Gordon von der elften Division durch das Tor Maillot bis zum Triumphbogen, kehrte aber wieder um, weil er nicht vor dem Kaiser dieses Tor passieren mochte. Da der Präliminarfriede am 3. schon von der Nationalversammlung

Digitized by Google

angenommen ward, ist der Kaiser dann gar nicht nach Paris gekommen. „Beim Zapfenstreich am Donnerstag,“ schrieb Bismarck seiner Frau, „sind Tausende Pariser mit unseren Soldaten im Arm gefolgt, und bei ‚Helm ab zum Gebet!‘ nahm alles die Hüte ab und sagte: voilà ce qui nous manque, und das wird wohl richtig sein.“ Am 8. März war Bismarck in Saarbrücken, am 9. früh am Anhalter Bahnhof in Berlin; er brachte der Gattin ihre beiden „blauen Jungen“ frisch und gesund und mit dem eisernen Kreuz geschmückt zurück. Ihm selbst aber verlieh sein dankbarer König am 21. März 1871 die Würde des Reichskanzlers und den jeweils im ältesten Sohn erblichen Fürstentitel. An den zwölf Millionen Talern, die kraft Reichstagsbeschlusses vom 15. Juni 1871 an verdiente Generale und Staatsmänner als Dotationen verteilt wurden, hat Bismarck keinen Anteil erhalten, weil der König ihn besonders zu beschenken wünschte. Durch einen Vertrag zwischen den lauenburgischen Ständen und dem Herzog-König vom 17. Mai 1871 wurde als fürstliche Domäne für den Landesherrn der Sachsenwald aus dem Landesvermögen ausgeschieden, dessen Wert auf eine Million Taler geschätzt wurde, aber tatsächlich dreifach höher war. Diesen wundervollen Besitz schenkte König Wilhelm am 24. Juni 1871 seinem Kanzler zum vollen Eigentum, und ein paar Jahre nachher erwarb Bismarck das am Rand des Waldes gelegene Schloß Friedrichsruh mit den umliegenden Gebäuden hinzu. Wenn Bismarck den Fürstentitel zunächst hatte ablehnen wollen, weil er den Neid fürchtete und sich nicht reich genug schien, um den mit dem Titel verknüpften Aufwand zu bestreiten, so war die zweite Sorge durch die Freigebigkeit des Monarchen nunmehr hinweggeräumt. Nachdem das Herzogtum Lauenburg am 1. Juli 1876 kraft Gesetzes mit Preußen durch Realunion vereinigt war (S. 152 f.), verlieh der Kaiser am gleichen Tage an Bismarck als „Besitzer des mit der Herrschaft Schwarzenbeck errichteten Fideikommisses“ das erbliche Recht auf Sitz und Stimme im Herrenhaus.



Digitized by Google

Viertes Buch

Bismarck als Reichskanzler

Digitized by Google

Digitized by Google

Erstes Kapitel.

Der Ausbau der Reichseinrichtungen im Einvernehmen mit den Liberalen. Reichsland, Reichsmünze, Reichsheer, Reichsrecht. Stellvertretung des Reichskanzlers. Wahrung der Königsrechte.

Der Reichstag des deutschen Reiches trat am 21. März 1871 erstmals in Berlin zusammen, und zwar in einer Zusammensetzung, welche den Bestrebungen Bismarcks, das neu erbaute Reich zu festigen und seine Einrichtungen zweckmäßig zu entwickeln, sehr günstig war. Wie im norddeutschen Reichstag waren die Nationalliberalen und die Freikonservativen (welche sich im Reichstag den Namen der Reichspartei beilegten) mit 114, beziehungsweise 35 Abgeordneten (unter 382) die maßgebenden Parteien, welche noch durch die liberale Reichspartei (29 Mann) Unterstützung erhielten und so über fast die Hälfte aller Stimmen verfügten. Wenn die Konservativen (48 Mann) sich ihnen anschlossen, so war eine feste Mehrheit von 226 Stimmen vorhanden. Allerdings waren die Konservativen zum Teil über die Politik Bismarcks sehr verstimmt; sie warfen ihm schon geraume Zeit allzu großes Entgegenkommen gegen die Liberalen vor, und es entwickelte sich unter ihnen allmählich eine förmliche Fronde gegen Bismarck. Zunächst aber war der Eindruck der großen Zeit und der großen Verdienste Bismarcks noch so gewaltig, daß die Geschäfte rasch und befriedigend erledigt wurden. Es handelte sich um die Verteilung der französischen Kriegsentschädigung, aus der u. a. 560 Millionen für den Invalidenfonds, 350 für neue Festungen und Kasernen, 120 als barer Kriegsvorrat (im Juliusturm zu Spandau) genommen wurden.

Dann galt es, die Stellung der im Frieden mit Frankreich gewonnenen Landschaften näher zu bestimmen. Wir wissen schon (S. 285), daß sie keinem der deutschen Staaten, auch Preußen nicht, zugeteilt wurden, sondern, wie sie gemeinsam erobert worden waren, so wurden sie als sogenanntes „Reichsland“ unter der Übertragung der Staatsgewalt an den Kaiser eingerichtet. Bei der Beratung des Gesetzes führte Bismarck am 2. Mai 1871 im Reichstag aus, daß beide Landschaften lediglich zu dem Zweck für immer mit Deutschland vereinigt

Digitized by Google

würden, um uns einen besseren Schutz gegen Westen zu verschaffen und den späteren Geschlechtern eine gesichertere Zukunft zu hinterlassen. Er berief sich auf ein Wort, das ihm während des Krimkrieges König Wilhelm von Württemberg gesagt habe: „Geben Sie uns Straßburg, und wir werden einig sein für alle Eventualitäten; solange Straßburg aber ein Ausfallstor ist für eine stets bewaffnete Macht, muß ich befürchten, daß mein Land überschwemmt wird von fremden Truppen, bevor mir der deutsche Bund zu Hilfe kommt. Straßburg wird, solang es nicht deutsch ist, immer ein Hindernis für Süddeutschland bilden, sich einer deutsch-nationalen Politik ohne Rückhalt hinzugeben." Bismarck verkannte nicht, daß zurzeit die Elsässer und Lothringer dem deutschen Reiche noch abgeneigt gegenüberstünden; aber er verwies darauf, daß ihre große Mehrzahl von Hause aus urdeutsch sei und man dadurch, daß man den deutschen Trieb nach Selbständigkeit des einzelnen und der Gemeinden befriedige, sie allmählich innerlich werde gewinnen können. „Wir dürfen uns nicht schmeicheln, sehr rasch an dem Ziel zu sein, daß im Elsaß die Verhältnisse sein würden wie in Thüringen in bezug auf deutsche Empfindungen; aber wir dürfen denn doch auch nicht verzweifeln, das Ziel noch zu erleben." So hat er denn auch Schritt für Schritt den Kreis der elsässischen Selbständigkeit erweitert. Am 1. Januar 1874 trat laut Gesetz von 1871 die Reichsverfassung im Reichsland ins Leben; im Jahr 1877 wurde der Landesausschuß, der aus indirekten beschränkten Wahlen hervorging, mit dem Recht der Beratung und Abstimmung über Gesetze und Landeshaushalt ausgestattet; durch Gesetz vom 4. Juli 1879 wurde die Stelle eines Statthalters und ein besonderes reichsländisches Ministerium geschaffen. Dagegen konnte sich Bismarck nicht entschließen, den sogenannten Diktaturparagraphen des Gesetzes vom 30. Dezember 1871 zu beseitigen, der dem Oberpräsidenten, beziehungsweise später dem Statthalter, das Recht verlieh, im Fall einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit selbst das Militär aufzubieten; zur Abschaffung dieses Paragraphen ist es erst 1902 gekommen. Gelegentlich, als zu Anfang 1887 ein Krieg mit Frankreich drohte und die Wahlen zum Reichstag in Elsaß-Lothringen am 21. Februar schlecht ausfielen, zog Bismarck auch die Zügel wieder straffer an, löste verdächtige Vereine auf, wies alle Wühler aus und stellte den Paßzwang für die wieder her, welche über die Grenze reisten.*)

*) Hierüber vgl. Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst, Stuttgart 1906, 2, 410 ff.

Digitized by Google

Nachdem durch die Einrichtung einer deutschen Verwaltung in den Reichslanden die Westmark gesichert war, folgte 1871 ein Gesetz über die Reichspost und 1873 die Einführung der Goldwährung und der einheitlichen Markrechnung statt der bisherigen Münzvielheit. Hierbei handelte es sich um die Frage, ob es zuzulassen sei, daß auf die Münzen die Bilder der einzelnen Fürsten geprägt würden, und von unitarischer Seite wurde dies als dem Reichsgedanken abträglich bekämpft. Bismarck erhob sich aber gegen den Antrag des Grafen Münster, der bloß das Bild des Kaisers zulassen wollte, am 17. November 1871 in einer kurzen, aber inhaltsschweren Rede. Er machte auf zwei Dinge aufmerksam. Einmal, daß im Bundesrat nach sorgfältiger und schwieriger Arbeit ein Kompromiß zustande gebracht worden sei, wonach auf der einen Seite der Münzen das Bild des Landesfürsten (beziehungsweise das Wappen der freien Städte) und auf der anderen das kaiserliche Reichswappen geschlagen werden solle. Von diesem Kompromiß könne Preußen nicht zurücktreten, ohne daß er, der Reichskanzler, das Vertrauen des Bundesrats verlieren würde, dessen er bedürfe. „Wenn es sich um Interessen des Reichs handelt, durch die seine Einheit, seine Festigkeit, sein Vorteil wirklich bedingt sind, dann, meine Herren, habe ich ja auch gezeigt, daß die partikularistischen Bedenken unserer Bundesgenossen mich unter Umständen nicht abhalten, bei unserer Abstimmung das Recht und die Majorität, die wir etwa im Bundesrate haben, soweit geltend zu machen, als die Verfassung es uns erlaubt, auch wenn die Grenze zweifelhaft ist oder von anderer Seite bestritten wird. In dieser Frage aber einen politisch in hohem Grade verstimmenden Druck auf die Bundesgenossen auszuüben, dafür hat uns Gott die Macht, die Preußen in Deutschland angewiesen ist, nicht gegeben." Und neben dieser, von ihm stets festgehaltenen billigen Rücksicht auf die Gefühle der Verbündeten und dieser unwandelbaren Redlichkeit im Verkehr mit ihnen hob er das zweite hervor, daß der Kompromiß auch sachlich völlig genüge. „Gibt es ein stärkeres Bekenntnis der deutschen Fürsten zum Reiche als in der Prägung der Münzen, wie sie vorgeschlagen ist? Wenn Seine Majestät der König von Bayern auf der einen Seite sein Bildnis schlägt und auf der anderen das kaiserliche Reichswappen, kann er offenkundiger und nachhaltiger bekennen: ich hänge am Reiche, ich will ein Glied des Reiches sein?" Selbst der feurige Unitarier Heinrich v. Treitschke pflichtete Bismarck in dieser Frage bei; die Prägung der Münzen bringe das tatsächliche Verhältnis, das im Reiche bestehe, den

Bundesstaat, zu ganz richtigem Ausdruck. Der Antrag Münster ward denn auch mit Mehrheit abgelehnt.

Zu den wichtigsten wirtschaftlichen Maßregeln der ersten Jahre des Reichs gehörte die auf Grund des Bankgesetzes vom 14. März 1875 erfolgte Errichtung der Reichsbank, in der die bisherige preußische Bank aufging. Die Reichsbank war eine mit Privatkapital gegründete, aber unter Leitung des Reichs (vermittelst des vom Kaiser ernannten neunköpfigen Reichsbankdirektoriums) stehende Bank, deren Zweck sein sollte, den Geldumlauf im Reich zu regeln, die Zahlungsausgleichungen zu erleichtern und das in Deutschland vorhandene und oft brachliegende Kapital für den Verkehr nutzbar zu machen. Die Aufsicht übte das Kuratorium aus, dessen erster Vorstand Bismarck vermöge seines Amtes als Reichskanzler ward; neben ihm stand sein gesetzlicher Stellvertreter, damals der Präsident des sogenannten Reichskanzleramtes, Rudolf Delbrück, ein vom Kaiser ernanntes und drei vom Bundesrat bezeichnete Mitglieder. Von welcher Bedeutung diese Bank für den Geldverkehr und das ganze Wirtschaftsleben Deutschlands geworden ist, lehren ihre 1914 auf gegen 300 Milliarden angewachsene jährlichen Umsätze.

Von ganz besonderer Bedeutung war die Frage der Entwicklung der deutschen Heeresorganisation. Durch die Versailler und Berliner Verträge war das deutsche Heer im vollen Sinn des Worts geschaffen worden; genaue Verträge sicherten die wesentlich einheitliche Bewaffnung und Ausbildung aller deutschen Truppenteile, selbst des bayrischen, wenn dieser Teil auch in Friedenszeiten eine selbständige Stellung hatte. Nun war aber im Artikel 60 der norddeutschen Bundesverfassung zwar der Grundsatz, daß ein Prozent der im Jahr 1867 vorhandenen Bevölkerung in Frieden unter der Fahne stehen sollte, festgelegt worden, jedoch nur in der zeitlichen Beschränkung bis zum 31. Dezember 1871; für die spätere Zeit sollte die Friedenspräsenzstärke im Wege der Bundesgesetzgebung festgestellt werden. Bis zu der genannten Frist waren dem Bundesfeldherrn für jeden Kopf der Friedensstärke 225 Taler zur Verfügung zu stellen; nach dem 31. Dezember 1871 sollten diese Beträge von den einzelnen Staaten zur Bundeskasse fortgezahlt werden, bis durch Bundesgesetz die genannte Friedensstärke abgeändert sei. Es war also notwendig, die Stärke des Heeres aufs neue zu bestimmen, und nachdem im November 1871 der bestehende Zustand nochmals auf drei Jahre (bis 31. Dezember 1874) verlängert worden war, legte Bismarck zur Regelung der Sache dem

Digitized by Google

zweiten, am 10. Januar 1874 gewählten Reichstag ein Militärgesetz vor, welches bis zu anderweitiger gesetzlicher Regelung wieder eine Friedensstärke von einem Prozent der zurzeit vorhandenen Volksziffer, also 401 659 Mann, erforderte. Obwohl Moltke als Abgeordneter für Memel-Heydekrug diese Vorlage in einer gedankenreichen Rede empfahl, worin er darauf hinwies, daß das besiegte Frankreich sich die Opfer für eine Friedensstärke von 471 000 Mann auferlege, stieß doch die Sache im Reichstag auf große Schwierigkeiten, nicht bloß bei denen, welchen ein Heer von 401 000 Mann eine unerträgliche Last zu sein schien, oder bei denen, welche dieser Regierung überhaupt nichts bewilligen wollten, sondern auch bei der starken national gesinnten Mehrheit, in der die Nationalliberalen, durch die Neuwahlen auf 152 Mann angewachsen, den Ausschlag gaben. Die Mehrheit nahm an der Zahl keinen Anstoß, wohl aber daran, daß das Parlament diese Zahl unwiderruflich bewilligen sollte, und die Beratungen des Ausschusses, in dem Rudolf v. Bennigsen den Vorsitz führte, endigten ergebnislos. Über diesen Gang der Dinge frohlockten die Konservativen, welche freilich in dem zweiten Reichstag nur noch 21 Mann stark waren, aber nun entweder auf einen Bruch zwischen Bismarck und den Liberalen und dabei auf Rückgewinn ihres früheren Einflusses oder auf Bismarcks Sturz rechneten.*) Das 1870 neu gebildete ultramontane „Zentrum“, mit der Regierung wegen des Kulturkampfs (s. S. 330) auf den Tod verfeindet, stand lauernd beiseite, um bei diesem Bruch seine Gelegenheit wahrzunehmen. Die Militärs waren über die parlamentarische Gegnerschaft gegen ein Gesetz, von dem der französische Oberst Stoffel urteilte, daß es Deutschland eine feste Grundlage seiner Heereskraft und damit ein Übergewicht über alle seine Nachbarn verschaffe, im höchsten Grade empört, und der beim Kaiser sehr einflußreiche Generalfeldmarschall Edwin v. Manteuffel sprach höhnend von Bismarcks Einflußlosigkeit auf das Parlament. Da Bismarck am 8. März 1874 ernstlich an Rheumatismus erkrankte und mehrere Wochen das Bett hütete, weil er Füße und Knie nicht gebrauchen konnte,**) wurde die Lage noch kritischer.

*) Roon, Denkwürdigkeiten 3, 401. 424. Schulte, Deutsche Revue Mai 1907, S. 141—154, der damals in der nationlliberalen Reichstagsfraktion saß, beschuldigt namentlich Karl v. Manteuffel, daß er Bismarck, „der die Konservativen ruiniert habe“, zu Fall zu bringen suchte: hinter Bismarck stünden auch die Nationalliberalen nicht mehr. Diese wurden schon länger durch Lasker gegen Bismarck bearbeitet (ebenda).

**) Hermann Oncken, Rudolf v. Bennigsen 2, 261.

Digitized by Google

Aber nun setzte über die Osterferien eine Volksbewegung in den Wählerkreisen ein, welche sowohl den Abgeordneten als der Regierung die Erwägung nahe legte, daß jetzt die Zeit wahrlich nicht darnach angetan sei, daß Deutschland einen neuen Militärkonflikt brauchen könne; Bennigsen hat diese Bewegung „so stark und ursprünglich gefunden, wie seit 1848 keine mehr dagewesen ist," *) und die Behauptung der Gegner, sie sei von oben her gemacht, ist handgreiflich nichts als eine Verlegenheitsausrede gewesen. Außer der allgemeinen politischen Lage, da das über seine Niederlage knirschende Frankreich nach Rache lechzte und ein innerer Streit in Deutschland über das Heerwesen alle unsere Feinde ermutigen mußte, kam zweitens in Betracht, daß, wenn der Kampf mit der römischen Kirche nicht mit einer Niederlage abschließen sollte, eine Entzweiung der Regierung und der nationalen Elemente unbedingt verhütet werden mußte; und drittens, daß ein solcher Streit alle weitere Arbeit am Ausbau des Reiches unmöglich machen mußte.**) So beschloß v. Bennigsen, seinem Freunde Lasker, der den linken Flügel der Partei leitete und der Bismarck nie sympathisch war, „die Führung der Partei aus der Hand zu nehmen." Er begab sich am 9. April zu Bismarck, den er immer noch im Bett, aber „so frisch, energisch und genial fand wie nur je," und in vier Besprechungen verabredeten die beiden Staatsmänner ein Kompromiß, das darin bestand, daß Bismarck das sogenannte Äternat, die Bewilligung der 401 659 Mann auf immer, und v. Bennigsen die alljährliche Bewilligung fallen ließ, und also die Bewilligung auf sieben Jahre („Septennat") erfolgen sollte. Es war nicht ganz leicht, den Kaiser zum Nachgeben zu bewegen; warum sollte das Heer, das so Unvergleichliches für Deutschland geleistet hatte, nicht ebenso auf dauernde Grundlagen gestellt werden wie die andern Einrichtungen, wie z. B. die Verwaltung, die Justiz, die Schule? Warum sollte das parlamentarische Bewilligungsrecht gerade hier seine vornehmste Betätigung finden, gerade hier eine Machtprobe erfolgen? Es war der Gegensatz des Heeres, der festesten Grundlage Preußens, und mit ihm der alten konservativen Elemente gegen das neue liberale, parlamentarische Wesen, der hier scharf, schneidend und gefährlich hervortrat. Eben darum war es aber auch ein Ereignis

*) Ebenda S. 263.

**) Alle diese Gesichtspunkte finden sich meisterhaft entwickelt in Bennigsens großer Rede im Reichstag vom 12. April. H. Oncken 2, 261—267.

Digitized by Google

von außergewöhnlicher Tragweite, daß diese beiden entgegengesetzten Pole sich im Hinblick auf das Wohl des Vaterlandes vertrugen. Am 14. April 1874 wurde der erste grundlegende Artikel des Gesetzes in der erwähnten Fassung (als „Amendement Bennigsen") mit 224 gegen 146 Stimmen, am 20. April das ganze Gesetz in dritter Lesung mit 214 gegen 123 Stimmen angenommen. Die Konservativen und das Zentrum waren über diesen Ausgang wütend; Bennigsen aber urteilte: „Bismarck hat in dieser Sache ein Meisterstück geleistet von seinem Krankenlager ab." *) Auf der Grundlage von 1874 ist dann das Septennat im Jahr 1880 erneuert worden; über die Erneuerung von 1887 berichten wir genauer.

Eine weitere wichtige Angelegenheit betraf die Ausgestaltung des nationalen Rechts. Der Reichstag des norddeutschen Bundes nahm 1869 einen Antrag des Abgeordneten Eduard Lasker an, der die Einheit des gesamten Rechts, des Strafrechts, des bürgerlichen Rechts, des Rechtsverfahrens und der Gerichtsorganisation verlangte. Die Regierungen stimmten damals in Hinsicht des Strafrechts zu, weil es in der Tat auf die Dauer nicht möglich war, z. B. den Mord in Preußen mit dem Tod, in Sachsen mit lebenslänglichem Zuchthaus zu bestrafen (vgl. S. 235). Aber weiter zu gehen, lehnten sie aus Sorge um ihre Souveränetät ab. Gleichwohl wurde der Antrag von Lasker im deutschen Reichstag wieder eingebracht, und nach manchen Widerständen schloß sich auf Bismarcks Rat auch Preußen und am 12. Dezember 1873 auch der Bundesrat dem Antrag an. Die daraus erwachsenden Arbeiten waren freilich so umfassender Natur, daß erst am 1. Oktober 1879 die neue Gerichtsorganisation in Kraft treten konnte; den Abschluß des bürgerlichen Gesetzbuchs vollends im Jahr 1896 hat Bismarck nicht mehr im Amt erlebt. Er hat sich an diesen Dingen naturgemäß nur soweit beteiligt, als es sich um die grundsätzliche Seite der Sache **) und um die Überwindung der partikularistischen Widerstände durch gütliches Zureden handelte, was am Ende auch in München zum Ziele führte.

Bismarck war nach der Verfassung des norddeutschen Bundes der einzige dem Reichstag direkt verantwortliche Beamte des Bundes, und diese Bestimmung ging auch ungeändert in die Reichs-

*) Ebenda S. 261.

**) So bei dem Kompromiß vom Dezember 1876, durch den die Justizgesetze gerettet wurden. Vgl. H. Oncken a. a. O. 2, 290 f.

Digitized by Google

verfassung über. Es machte sich aber durch die stets wachsende Masse der Geschäfte immer mehr das Bedürfnis geltend, den Reichskanzler zu entlasten, indem für die einzelnen Geschäftszweige unter seiner formellen Verantwortlichkeit besondere Beamte aufgestellt wurden; sie bildeten das Reichskanzleramt (s. S. 222). Die Wünsche der Liberalen aller Schattierungen gingen dabei auf Errichtung verantwortlicher Reichsminister, an deren Spitze der Reichskanzler als Ministerpräsident stehen sollte. Auch der Kronprinz huldigte, wie wir wissen, dieser Ansicht (S. 284). Bismarck aber lehnte diese Lösung aus zwei Gründen entschieden ab, einmal weil er nichts weniger wünschte, als die ihm unleidlichen preußischen Verhältnisse, gemäß welcher die einzelnen Minister fast selbständig waren (vgl. S. 237) auf das Reich zu übertragen und so die ohnehin großen Schwierigkeiten seines Amtes noch zu erhöhen; er wollte die einheitliche Leitung der gesamten Reichspolitik nach innen und außen nicht aus der Hand geben. Der zweite ebenso wichtige Grund war, daß, wenn es Reichsminister gab, die dem Reichstag selbst verantwortlich waren, sie ihren Schwerpunkt in ihrem Verhältnis zum Parlament haben mußten und auf die einzelnen Bundesstaaten, welche den Bundesrat ausmachten, nicht mehr die gleiche Rücksicht nehmen konnten, wie auf den Reichstag; es lag also in der Einrichtung von Reichsministerien ein unitarischer Keim, welcher sich entfalten und die föderativen Grundlagen der Reichsverfassung untergraben mußte. Bismarck wies im Reichstag am 10. März 1877 den ganzen Gedanken zurück, unter besonderer Hervorhebung des Umstandes, daß zurzeit der Partikularismus noch stärker sei als die Einheitstendenz. „Reichsminister würden in einer hilflosen Lage sein; sie hätten in keinem Partikularstaat eine bestimmte Wurzel, sie würden nur auf die Reichsgewalt angewiesen sein, und das eigentlich praktische Leben würde außerhalb ihrer Beteiligung sich bewegen. Der erste und mächtigste Widersacher des Reichsministers würde der preußische Finanzminister sein." Mit einem Bild aus den früheren japanischen Verhältnissen nannte Bismarck die Reichsgewalt den Mikado, die Einzelstaaten seien der Taikun; „die Reichsflut ist rückläufig geworden, wir gehen einer Ebbe darin entgegen; ich habe den Haupteinfluß, den es mir gegönnt ist zu üben, bisher nicht in der kaiserlichen Macht, sondern in der königlich preußischen Macht gefunden." Schon in dieser Rede sprach er von den Friktionen, welche er in den Verhandlungen, beziehungsweise Kämpfen, mit seinen Kollegen überwinden müsse; „meine ursprünglich kräftige Konstitution ist dabei zugrunde gegangen; meine

Digitized by Google

Arbeitskraft ist aufgebraucht zum großen Teil. Ich müßte, wenn ich meiner Pflicht halbwegs genügen könnte, zehn bis fünfzehn Stunden den Tag arbeiten können. Das habe ich lange Zeit getan; aber jede Natur, mag sie noch so kräftig sein, wird dabei aufgerieben."

Kurz nachher, am 12. März, bat der Chef der Admiralität, General v. Stosch, um seine Entlassung, weil Bismarck in jener Rede am 10. März darauf angespielt hatte, daß Stosch ursprünglich für seinen Etat eine höhere Forderung gestellt habe, als ihm von Bismarck bewilligt werden konnte, und daß er nachher, als der gegen Bismarck äußerst bissige Führer der Fortschrittspartei Eugen Richter auch den von Bismarck zugestandenen Geldsatz angriff, mit einem noch geringeren Posten auskommen zu können erklärt hatte, ohne sich vorher mit Bismarck ins Benehmen zu setzen. Stosch hielt es für ein Erfordernis der Ehre, nach dieser Kritik, deren Berechtigung uns unzweifelhaft scheint, um seine Enthebung vom Amt zu bitten, erkannte aber an, daß er vorher Bismarcks Zustimmung hätte einholen sollen; daß er auf Richters Anregung zurückgewichen sei, bestritt er; er habe es auf die eines der Regierung befreundeten Abgeordneten getan. Der Kaiser entschied aber am 25., daß Stosch in gutem Glauben gehandelt und seine Fehler eingesehen habe; er lehnte also sein Gesuch ab.*) Ob Bismarck diesen Konflikt mit Stosch geradehin „gesucht" hat,**) wissen wir nicht; daß er durch die Rede eines Gegners veranlaßt war, die Sache auch seinerseits coram publico zu behandeln, geht aus dem Reichstagsprotokoll hervor. Daß nun aber er am 1. April sein Entlassungsgesuch eingab, scheint uns sehr begreiflich, und wir möchten es nicht verantworten, aus den wiederholten Entlassungsgesuchen (das vorletzte war im Dezember 1874 erfolgt, als der Reichstag für die Freilassung des während der Sitzungen zur Abbüßung einer rechtskräftigen Haft abgeführten Zentrumsabgeordneten Majunke sich erhob, das letzte wegen Krankheit am 4. Mai 1875 ***) den Vorwurf herzuleiten, Bismarcks „beliebtestes politisches Mittel" sei der „Terror" gewesen, die Einschüchterung des Kaisers und der Parteien durch Rücktrittsdrohung,†) und die ergreifenden Klagen des mit Arbeit und Kampf überlasteten Mannes

*) S. die Akten bei v. Tiedemann, sechs Jahre Chef der Reichskanzlei, Leipzig 1909, S. 125 ff., besonders S. 130—132.

**) So H. Oncken a. a. O. 2, 302.

***) S. Anhang zu den „Gedanken und Erinnerungen", Stuttgart 1901, 1, 251 ff.

†) So drückt sich H. Oncken 2, 255 aus.

Digitized by Google

über das Nachlassen seiner Kraft halten wir nicht für einen politischen Trick, sondern messen ihnen vollen Glauben bei — welche Kraft hielte solche Anforderungen auf die Länge aus? Der Kaiser schrieb auf das Rücktrittsgesuch das berühmte Wort „Niemals!" und bewilligte Bismarck einen längeren Urlaub, den er zunächst in Varzin verlebte, um dann in Kissingen die Kur zu gebrauchen. Der Erfolg war aber zögernd und unzureichend, so daß er noch am 11. August dem Kaiser melden mußte: „Wenn auch die unmittelbaren Krankheitserscheinungen seit Kissingen zurückgetreten sind, so ist doch meine allgemeine Schwäche fast größer als vor meiner Abreise nach Kissingen. Jede geistige Arbeit erregt meine Nerven, so daß der Schlaf mich flieht... Ich soll nach Gastein gehen, vermag aber immer noch nicht den Entschluß zur Abreise zu fassen, wegen Schwäche und Menschenscheu." *) Der Kaiser, der ihn schon im März 1877 zum Erboberlandjägermeister von Pommern ernannt hatte, erwies ihm die unter den obwaltenden Umständen doppelt bedeutsame Ehre, die am 25. Juli 1877 in Kiel vom Stapel gelaufene Korvette auf den Namen Bismarck taufen zu lassen. Am 17. März 1878 erging dann das Gesetz über die Stellvertretung des Reichskanzlers, das seine Entlastung bezweckte. Es gestattete ihm, für den gesamten Umfang seiner Geschäfte (und das waren nach Artikel 17 der Reichsverfassung alle Reichsangelegenheiten) sich durch einen Stellvertreter vertreten zu lassen; außerdem konnten für die einzelnen Amtszweige, die sich in der unmittelbaren Verwaltung des Reichs befanden, die Vorstände der dem Reichskanzler untergeordneten obersten Reichsbehörden mit der Stellvertretung des Reichskanzlers beauftragt werden; doch blieb ihm das Recht vorbehalten, jederzeit jede Amtshandlung selbst vorzunehmen. Aus diesem Stellvertretungsgesetz erwuchsen allmählich die sieben Reichsämter (Staatssekretariate) des Auswärtigen, des Innern, der Finanzen, der Justiz, der Posten und Telegraphen, der Marine und der Kolonien; die Inhaber dieser Ämter erschienen aber alle bloß als Beauftragte des Reichskanzlers und waren nicht etwa selbständige Minister. Als erster Vertreter Bismarcks wurde Ende Mai 1878 Fürst Otto Stolberg in der Art bestellt, daß er Vertreter des Reichskanzlers im Bundesrat und Vizepräsident des preußischen Ministeriums wurde.

Gegen die liberalen Theoretiker, welche den König völlig hinter seinen Ministern zurücktreten lassen wollten und den Satz von Thiers

*) Anhang zu den „Gedanken und Erinnerungen", 2, 276—277.

Digitized by Google

übernahmen: le roi règne, mais il ne gouverne pas, der König ist Träger der Staatsgewalt, aber er übt sie nicht selbst aus, und welche deshalb das persönliche Eintreten Wilhelms I. 1881 für die Sozialreform (s. S. 361 f.) als nicht verfassungsmäßig bezeichneten, richtete Wilhelm I. den königlichen Erlaß vom 4. Januar 1882, welcher besagte: „Das Recht des Königs, die Regierung und Politik Preußens nach eigenem Ermessen zu leiten, ist durch die Verfassung eingeschränkt, nicht aufgehoben. Die Regierungsakte des Königs bedürfen der Gegenzeichnung eines Ministers; aber sie bleiben Regierungsakte des Königs, und es ist Verdunkelung der verfassungsmäßigen Kronrechte, wenn deren Ausübung so dargestellt wird, als ob sie von den dafür verantwortlichen jedesmaligen Ministern und nicht vom König selbst ausginge ... Mir liegt es fern, die Freiheit der Wahlen zu beeinträchtigen; aber für diejenigen Beamten, welche mit der Ausführung meiner Regierungsakte betraut sind, erstreckt sich die durch den Diensteid beschworene Pflicht auf Vertretung der Politik meiner Regierung auch bei den Wahlen." Wer das nicht will, der muß, das folgt aus dem Erlaß, seinen Abschied als Beamter nehmen. Der fortschrittliche Abgeordnete Hänel, Professor des Staatsrechts in Kiel, brachte den Erlaß am 24. Januar 1882 im Reichstag zur Sprache und meinte, es werde dadurch der Anschein erweckt, als ob die Minister sich durch die unverantwortliche Person des Königs decken wollten, und es werde die Person des Königs in den Wahlkampf gezerrt werden. Bismarck antwortete ihm sofort, daß der Erlaß in keiner Weise neues Recht schaffen, wohl aber die konstitutionellen Legenden zerstören solle, welche sich wie wucherische Schlingpflanzen an den ganz klaren Wortlaut der preußischen Verfassung legen. Was in andern Ländern Tradition oder Verfassung sei, gehe Preußen gar nichts an; in Preußen stehe es so, wie der Erlaß sage: „dem König steht hier die vollziehende Gewalt zu; von den Ministern ist gar nicht die Rede." Der fortschrittliche Abgeordnete Theodor Mommsen, der berühmte Geschichtsschreiber Roms, hatte Bismarck vorgeworfen, daß er sich zum Hausmeier der Hohenzollern machen wolle; mit überaus glücklicher Wendung rief ihm Bismarck zu: „Diese konstitutionelle Hausmeierei, die der Abgeordnete Mommsen mit einer für einen so angesehenen Geschichtsschreiber ungewöhnlichen Feindschaft gegen die Wahrheit mir vorwirft, diese Kanzlerdiktatur wird gerade dann möglich, wenn Sie das Ministerregiment an die Stelle des königlichen Regiments setzen. Wenn Sie uns diesen starken, in unserer hundertjährigen ruhmvollen Geschichte

Digitized by Google

tief wurzelnden König zersetzen, verderben, in ein Wolkenkuckucksheim verflüchtigen wollen, so daß wir ihn gar nicht mehr erblicken, so bringen Sie uns das Chaos!... Die politische Brunnenvergiftung, wie sie bei den Wahlen (vom 27. Oktober 1881) stattgefunden hat, ist gar nicht möglich, wenn all die Verdächtigungen nicht den unglücklichen Reichskanzler, sondern den König, den Kaiser treffen... Was fesselt mich noch an diesen Platz, wenn es nicht das Gefühl der Diensttreue und des Vertreters des Königs und der königlichen Rechte ist? Viel Vergnügen ist dabei nicht!... Lassen Sie doch dem König seinen werbenden Charakter, gönnen Sie ihm doch, daß er aus dem ministeriellen Inkognito heraustritt und direkt zu dem Volke spricht! Wenn wir auf die Zukunft anderer Länder in Europa rund um uns blicken, sollten wir alles, was bei uns niet- und nagelfest ist, was feststeht, was wie eine Burg aussieht, das sollten wir doch schonen und pflegen!" Zum Beweis der Richtigkeit und Wichtigkeit dieses Standpunkts führte er an seinen Zuhörern die gewaltige Geschichte der sechziger Jahre vorüber und legte dar, daß, wenn das preußische Königtum diese Macht nicht besessen hätte, es heute gar kein deutsches Reich und keinen deutschen Reichstag gäbe; denn es hätte 1864 und 1866 das reorganisierte Heer nicht gegeben, das der König dem Parlament zum Trotz schuf und erhielt und mit dem die Dänen aus Schleswig-Holstein, die Österreicher aus Deutschland, die Franzosen aus Elsaß-Lothringen hinausgefegt wurden.

Zweites Kapitel.

Der Kulturkampf. Abwendung von den Liberalen. Sozialistengesetz und Zollreform. Sozialreform. Kolonien.

Während dieser Arbeiten und Kämpfe für den Ausbau des Reiches war jener heftige und folgenreiche Kampf Preußens mit der römisch-katholischen Kirche entbrannt, den man nach einer Wendung in dem Wahlaufruf der Fortschrittspartei vom 23. März 1873 den „Kulturkampf",*) Kampf um die Kultur, genannt

*) Johannes Kißling, Geschichte des Kulturkampfes im Deutschen Reich, 3 Bände, Freiburg i. Br., 1911—1916; ein überaus fleißiges und deshalb wertvolles, aber grundsätzlich streng ultramontanes Werk.

Digitized by Google

hat. Die Anlässe dieses Kampfes waren in der Erscheinung mancherlei; im Wesen war es nur eine Ursache: der uralte Gegensatz der zwei mächtigsten Gewalten, welche seit alters in der Geschichte wirksam sind, der Kirche und des Staates. Die Kirche, was in diesem Fall die römische Kirche heißt (denn Luther und Calvin haben die eigentümliche Würde und Berechtigung des Staates als einer auch göttlichen Ordnung grundsätzlich anerkannt), beansprucht für alle Verhältnisse, welche sich auf Glauben und Sitten der Menschen beziehen, die maßgebende Stelle zu sein, und sie erhob diesen Anspruch erst recht, seit am 18. Juli 1870 das vatikanische Konzil die lehramtliche Unfehlbarkeit und das universale, die ganze Christenheit umspannende Bischofsamt des Papstes zum römisch-katholischen Dogma erhoben hatte. Was aber Glaube und was Sitten sind, bestimmt natürlich wieder die Kirche in unanfechtbarer Weise, und damit fällt für sie jede Grenze ihres Machtbereichs dahin, welche sie nicht selber sich ziehen will. Der Staat müßte als selbständige Gewalt abdanken, wenn er sich solchen Ansprüchen fügen wollte; er wahrt sich natürlich seine gefährdete Selbständigkeit, und manchmal dreht er wohl den Spieß auch um und sucht sich zum Alleinherrn zu machen und die Kirche zu seiner Dienerin, weil er nur so vor ihr sicher zu sein glaubt. Die Ereignisse von 1866 und 1870 fachten in Deutschland den stets vorhandenen, nur zeitweilig schlummernden Gegensatz aufs neue an; denn indem Österreich aus Deutschland ausscheiden mußte, gerieten die Katholiken dort in die entschiedene Minderheit (62½ Prozent der deutschen Staatsbürger waren nun protestantisch), und mit Österreich und Frankreich erlagen die zwei damals noch ausgesprochen katholischen Großmächte dem überwiegend evangelischen Deutschland. Die Katholiken konnte darüber das Gefühl überkommen, daß sie nunmehr, was die Betätigung ihrer Religion angehe, auf die Gnade der Evangelischen angewiesen seien, und das trieb sie dazu, für alle Fälle — wie das übrigens schon 1852 wegen Verbots der sogenannten Volksmissionen im preußischen Abgeordnetenhaus geschehen war — sich fester zu organisieren, um nötigenfalls sich ihrer Haut wehren zu können. Ein besonderes Ereignis gab den letzten Anstoß: am 16. August 1869 erfolgte in Berlin ein gewaltsamer Ausbruch der Volkserbitterung über die Anlage eines katholischen Klosters in dem Stadtteil Moabit („Moabiter Klostersturm"), wobei die betreffenden Gebäulichkeiten zum Teil zerstört wurden, und Bittgesuche protestantischer Bürger an das Abgeordnetenhaus um Verhinderung der römischen Propaganda in protestantischen Gegenden veranlaßten die Bestellung eines parlamenta-

Digitized by Google

rischen Ausschusses, für welchen der nationalliberale Abgeordnete Gneist den Bericht in einem den Bittgesuchen beipflichtenden Sinn erstattete. Auf dies hin wurde auf katholischen Versammlungen in Essen und Soest das Programm einer Partei angenommen, welche sich am 13. Dezember 1870 für das Abgeordnetenhaus, am 21. März 1871 für den Reichstag bildete und sich den Namen „Zentrum" beilegte (den die „katholische Fraktion" des Abgeordnetenhauses schon 1858—1867 geführt hatte); er sollte dartun, daß die neue Partei eine Mittelstellung zwischen rechts und links einnehmen und nicht konfessioneller, sondern politischer Art sein wolle. Als Bismarck aus Frankreich zurückkam, fand er die neue Partei vor, und zwar unter der tatsächlichen Leitung Ludwig Windthorsts (1812—1891), der ihm schon seit vier Jahren im norddeutschen Reichstag als Welfe und Ultramontaner eine zähe und kluge Opposition gemacht hatte. Bismarck faßte demgemäß die Bildung der Partei, welcher sich im Reichstag sofort 59 Abgeordnete anschlossen, als eine „Mobilmachung gegen den Staat" auf (Worte im Reichstag am 30. Januar 1872). Eine der ersten Taten der Partei war, daß sie (entsprechend den Versuchen, welche der polnische Erzbischof von Posen und Gnesen, Graf v. Ledochowski, persönlich bei Bismarck in Versailles unternommen hatte) daran ging, die Macht des deutschen Reiches zur Herstellung des im September 1870 vollends von den Italienern zerstörten Kirchenstaats in Bewegung zu setzen. Sie stimmte deshalb am 30. März 1871 gegen die Adresse, mit der der Reichstag die Thronrede des Kaisers beantwortete und welche sich sehr entschieden gegen jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten fremder Länder aussprach; die Adresse wurde aber mit 243 gegen 63 Stimmen angenommen. Vor zweieinhalb Monaten hatte der Kaiser in Versailles betont, daß er ein Mehrer des Reiches sein wolle nicht an kriegerischen Eroberungen: jetzt suchte ein beträchtlicher Teil der deutschen Volksvertretung das junge Reich auf eine Bahn zu drängen, welche entweder mit einem schmählichen Rückzug, falls man es bei bloßen Vorstellungen für den Papst bewenden ließ, oder mit einem Krieg gegen eine den Deutschen schicksalsverwandte Nation endigen mußte. Auf alle Fälle wurde Mißtrauen in die volle Ehrlichkeit der deutschen Friedensversicherungen erweckt, wenn ein Teil der Nation sich nicht zu ihnen bekannte. Bismarck empfand solche Störungen der auswärtigen Politik natürlich sehr unliebsam. Nun trat ihm das Zentrum aber auch in der inneren Politik entgegen, indem es verlangte, daß außer voller Preß- und Versammlungsfreiheit auch die

Digitized by Google

vieldeutigen Artikel 12 und 15 der preußischen Verfassung über die Freiheit des religiösen Bekenntnisses und über die selbständige Verwaltung der Angelegenheiten der Religionsgenossenschaften — durch diese Genossenschaften selbst — in die Reichsverfassung aufgenommen würden. Wenn das geschah, war im ganzen Reiche die Grenzlinie zwischen Staat und Kirche verwischt und eine unabsehbare Reihe von Zusammenstößen zu erwarten. Der Reichstag lehnte auch diesen Antrag am 4. April mit 223 gegen 54 Stimmen ab.

Zu diesen Gegensätzen kam nun als Folge des Unfehlbarkeitsdogmas die Kaltstellung einiger dem Dogma widerstrebender („altkatholischer") preußischer, vom Staat angestellter, Religionslehrer und Professoren der katholischen Theologie durch die Bischöfe. Diese hatten sich dem anfangs von ihnen bekämpften Dogma unterworfen und forderten nun von allen Geistlichen und Lehrern dasselbe, und es fragte sich, ob der Staat widerstrebende Beamte fallen lassen sollte, obwohl er die Verkündigung des Dogmas nicht gestattet hatte. Selbst der hochkonservative und der römischen Kirche gegenüber nichts weniger als streitlustige Kultusminister v. Mühler mochte sich dazu nicht verstehen. Endlich beanspruchte die Kirche den maßgebenden Einfluß auf die Volksschule, weil sie die von Gott ihr auferlegte Pflicht habe, für die religiöse Erziehung der Jugend zu sorgen, und da sie nach dem bestehenden Gesetz, allerdings im staatlichen Auftrag, die Aufsicht über die Volksschule hatte, so besaß sie auch tatsächlich die Herrschaft über die Schule, und die katholische Geistlichkeit in den polnischen Bezirken des Ostens verwandte diese Macht zur Polonisierung der deutschen Kinder; denn die Polen waren zu neun Zehnteln katholisch und, insofern sie eine andere als die deutsche Sprache redeten, dem Einfluß des deutschen Protestantismus weit weniger ausgesetzt als die deutsch redenden Katholiken. Die polnische Gefahr aber erschien Bismarck schon damals als so dringend, die Sicherheit des Staats namentlich im Falle einer polnisch-katholisch-österreichischen Politik so sehr bedrohend, daß er ihr mit aller Kraft entgegenzuarbeiten sich verpflichtet fühlte und dem hierin säumigen Minister des Innern Grafen Fritz v. Eulenburg ein deutliches Entweder — Oder zurief — entweder Rücktritt oder energischer Kampf gegen diese Gefahr.*) Auch Erwägungen äußerer Politik spielten in diese Angelegenheit herein:**) die Freundschaft mit

*) S. seinen Brief an Eulenburg vom 7. Februar 1872, Bismarck-Jahrbuch 1 (1894) 83—85.

**) Adalbert Wahl, vom Bismarck der 70er Jahre. Tübingen 1920, S. 60 f., 67.

Digitized by Google

Rußland, auf die Bismarck das größte Gewicht legte, konnte durch eine antipolnische Politik Preußens nur befestigt werden, und ebenso durch eine antipäpstliche Haltung des Reichs die Freundschaft mit Italien, das in einem unversöhnlichen Gegensatz zum Papsttum stand. So schien eine übermächtige Koalition von Großmächten gegen das Deutsche Reich unmöglich zu sein; eine Sorge, die Bismarck „wie ein Alp" bedrückte, schien abgetan. Gewiß — durch diese Erwägung an sich hätte Bismarck sich nicht in den Gegensatz zur römischen Kirche und damit den deutschen Katholiken hineintreiben lassen; nun der Gegensatz aber doch hervortrat, mußte er als Leiter der auswärtigen Angelegenheiten des Reiches die Nebenwirkung des Gegensatzes berücksichtigen und benützen.

Die Summe dieser Verhältnisse war, daß Bismarck zur Wahrnehmung der deutschen und staatlichen Interessen sich gedrängt sah. An sich stand er der römischen Kirche nicht feindselig gegenüber, und als der preußische Gesandte in Rom, Graf Harry Arnim, ihm am 14. Mai 1869 vorschlug, Preußen solle die Zulassung eines oder mehrere „oratores" (Redner, Vertreter) auf dem Konzil verlangen, um die Beratungen des Konzils zu beeinflussen, hatte er das am 26. Mai 1869 abgelehnt, weil es verfassungsmäßig wie politisch für Preußen nur einen Standpunkt gebe: den der vollen Freiheit der Kirche in kirchlichen Dingen und der entschiedenen Abwehr jedes Übergriffs auf das staatliche Gebiet.*) Auch den Versuchen des bayrischen Ministerpräsidenten, Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst, die Staaten zu einem gemeinsamen Vorgehen bei der Kurie zu sammeln und so die Beschlußfassung über das Dogma zu verhindern (S. 233), stand er zurückhaltend gegenüber, weil es Preußen als einer vorwiegend protestantischen Macht nicht zukomme, hier voranzugehen. Papst Pius IX. konnte möglicherweise für Deutschland recht nützlich sein, weil er durch seine bloße Existenz damals Frankreich abhielt, sich mit Italien gegen Deutschland zu verbünden (S. 245); schon deshalb war der Kanzler abgeneigt ohne Not gegen ihn vorzugehen. Nun aber war eben das eingetreten, wogegen er von vornherein sich zu wehren entschlossen war, Übergriffe der Kirche auf das staatliche Gebiet,**) Bedrohungen der nationalen Einigkeit, der Ziele der inneren und äußeren Politik

*) S. den Text bei Hahn 2, 369—372.

**) Schultheß, Geschichtskalender 11 (1871) 145: der Kultusminister v. Mühler sagt in einer Antwort an den akademischen Senat in Bonn, es

durch eine in ihrem ganzen Wesen und ihrer Zusammensetzung, trotz aller Ableugnung, konfessionell-katholische Partei. Das Unfehlbarkeitsdogma an sich hätte Bismarck nicht veranlaßt, aus seiner Zurückhaltung herauszutreten; es war das ganze in ihm gipfelnde System, was ihn in Harnisch brachte, und der Umstand, daß sich in der Volksvertretung eine starke Partei zur Verteidigung dieses Systems bildete. Es war das staatliche Selbstgefühl, was ihn zur Aufnahme des hingeworfenen Handschuhs trieb; und dazu kam die Erwägung, daß ein Erstarken der ultramontanen Richtung auch die Möglichkeit eines Zusammenschlusses der katholischen Mächte Österreich und Frankreich gegen Deutschland mit sich bringen konnte. So folgten nun scharfe Maßnahmen: die Aufhebung der katholischen Abteilung im Kultusministerium, welche Bismarck wie ein feindlicher Posten im eigenen Lager erschien (8. Juli 1871);*) das Strafgesetz gegen Geistliche, „die in Ausübung ihres Berufs, öffentlich vor einer Menschenmenge oder in der Kirche vor mehreren, Angelegenheiten des Staats in einer den Frieden störenden Weise behandeln" (sogenannter Kanzelparagraph des Strafgesetzbuches, von dem bayrischen Kultusminister Dr. v. Lutz angeregt, 8. November 1871 im Reichstag mit 179 gegen 108 Stimmen genehmigt) und, nachdem der nicht mehr in die Situation passende Kultusminister v. Mühler am 22. Januar 1872 durch den geheimen Oberjustizrat Falk**)

---

sei dem Herrn Erzbischof von Köln zu erkennen gegeben worden, daß er das rein kirchliche Gebiet überschritten habe, wenn er von den Professoren der katholischen Theologie in Bonn verlangte, sie sollen bei Ausübung ihres Lehramts den Konzilsbeschlüssen treue Folge leisten. Nach § 26 der mit Zustimmung der Kirche erlassenen Statuten der Fakultät und der von ihnen geleisteten professio fidei Tridentina sei eine Norm gegeben, welche ohne Zustimmung des Staats nicht verändert werden könne. Ebenso dürfe nach § 4, 3 jener Statuten auch eine bischöfliche Zurechtweisung der Fakultätsmitglieder, auch in ihrer Eigenschaft als katholischer Geistlicher, nur mit Vorwissen des Staates eintreten.

*) Über sie und ihre staatsfeindliche Tätigkeit siehe des bekannten altkatholischen Professors Joh. Friedrich v. Schulte Lebenserinnerungen, Gießen 1908, 1, 326.

**) Bismarck, der im Juli 1871 sagte: „Graf Keyserling wäre der richtige Mann zu einem preußischen Kultminister," hat im Januar 1872 mit dem alten Freund darüber verhandelt; aber der Zar Alexander II. rief aus: „Das wäre Felonie!" und Keyserling würde auch, so wie er dachte — keine priesterliche Einmischung in den Staat, keine staatliche in die Religion — nicht der Mann der damaligen Lage gewesen sein.

Digitized by Google

(1827—1900) ersetzt war, das (gegen das Zentrum und einen großen Teil der Konservativen durchgesetzte) Schulaufsichtsgesetz vom 11. März 1872. Dieses sprach den Grundsatz scharf aus: „Alle Beamten üben die Aufsicht über die Schule von Staats wegen aus," und verlieh also dem Staat die Aufsicht über alle öffentlichen und privaten Erziehungsanstalten, die Ernennung der Orts- und Kreisaufseher und die Abgrenzung der Aufsichtsbezirke. Solche Personen, welche das Aufsichtsamt dem Staatsinteresse entgegen handhabten, konnten nun einfach durch zuverlässigere Personen ersetzt werden; was dieses staatliche Aufsichtsrecht bedeutete, hat man u. a. 1901 bis 1907 in dem polnischen Schulstreit und Schulstreik gesehen. Auf Drängen weiter protestantischer und auch antiultramontaner katholischer Kreise wurde durch Gesetz vom 4. Juli 1872 der Jesuitenorden und die ihm verwandten Orden aus dem deutschen Reich ausgeschlossen und Niederlassungen von Jesuiten untersagt. Bismarck ist ohne Zweifel für dieses Gesetz gewesen, aus dem durchschlagenden und für ihn höchst bezeichnenden Grund, den er am 28. November 1885 im Reichstag so gefaßt hat: „Die Gefahr der Jesuiten für Deutschland liegt nicht in ihrem Katholizismus, sondern in ihrer internationalen Organisation, in ihrer Zerstörung und Zersetzung der nationalen Bande und der nationalen Regungen überall da, wo sie denselben beikommen!"

Im weiteren Verlauf erschien es Falk notwendig, das gesamte Grenzgebiet zwischen Staat und Kirche klar abzustecken und zu versuchen, ob man nicht durch Regelung der Ausbildung der Geistlichkeit einen Klerus heranziehen könne, der den nationalen Zielen verständnisvoller und williger gegenüberstehe als der damalige. Daraus erwuchsen die vier sogenannten Maigesetze vom Jahr 1873 über die Grenzen des Gebrauchs geistlicher Straf- und Zuchtmittel gegen Laien; über die Vorbildung der Geistlichen auf deutschen Gymnasien und Hochschulen und ihre Anstellung, unter Kontrolle ihres bürgerlichen und staatsbürgerlichen Verhaltens durch den Oberpräsidenten; über den Austritt aus einer Kirche durch einfache Willenserklärung vor dem zuständigen Richter; über die Disziplinargewalt der kirchlichen Behörden gegen Religionsdiener und die Errichtung eines kirchlichen Gerichtshofs, der die Berufungsinstanz für bestrafte Kleriker gegen gesetzwidrig handelnde Obere darstellen sollte. Im Jahr 1875 folgten wegen des scharfen Widerstands der Bischöfe und des katholischen Volks weitere Gesetze nach: das Sperrgesetz, welches alle staatlichen Leistungen an die Kirche so lang aufschob, bis die Bischöfe sich den

Digitized by Google

Gesetzen unterworfen hätten; die Aufhebung der Artikel 15, 16 und 18 der preußischen Verfassung, welche die Freiheit der Kirche und besonders ihres Verkehrs mit ihren Oberen (dem Papst) sicher stellten; die Abschaffung aller geistlichen Orden außer denen, welche sich der Krankenpflege widmen; die Zuerteilung des Mitbesitzrechts auf die katholischen Kirchen an die das Unfehlbarkeitsdogma ablehnenden Altkatholiken; die Verwaltung des Kirchenvermögens durch gewählte Ausschüsse der Kirchengemeinden. Das Reich wurde dadurch in Mitleidenschaft gezogen, daß viele katholische Pfarrer wegen Widerstands gegen die Gesetze gerichtlich abgesetzt wurden, aber ihr Amt weiter versahen, und daß die Bischöfe die neuen Vorschriften über die Anstellung von Geistlichen nicht anerkannten. So ergingen die Reichsgesetze über die eventuelle Ausweisung widerspenstiger Priester aus einzelnen Orten oder dem ganzen Reich (4. Mai 1874, sog. Expatriierungsgesetz) und das über die Beurkundung des Personenstandes und Abschluß der Ehen vor staatlichen Standesbeamten; die Ehe wurde dadurch unabhängig von der Kirche und eine rein weltliche Angelegenheit (Zivilehe).

Für die Einzelheiten dieser Gesetze ist Bismarck natürlich nicht verantwortlich, wie er das auch selbst ausdrücklich betont hat: „die juristische Detailarbeit der Maigesetze lag mir ressortmäßig fern, und weder in meiner Absicht noch in meiner Befähigung lag es, Falk als Juristen zu kontrollieren oder zu korrigieren“ (Gedanken und Erinnerungen 2, 130).*) Falk hat selbst im westfälischen Anzeiger vom 4. Oktober 1896 bezeugt, daß er die Gesetze ausgearbeitet und Bismarck sie erst gleichzeitig mit den andern Ministern zur Kenntnis bekommen habe. Bismarck überzeugte sich auch durch die Praxis, „daß die juristischen Einzelheiten psychologisch nicht richtig gegriffen waren.“ *Aber die Verantwortung für den Kampf des Staates gegen die kirchlichen Übergriffe als Ganzes trägt er*, da er der maßgebende Minister war, und er hat sich *dieser* Verantwortung auch niemals entzogen. Schließlich ward auch er von der inneren Notwendigkeit der Dinge geschoben; denn man darf es aussprechen, daß der große nationale Aufschwung des Jahres 1870 und die Errichtung des

*) Ganz ähnlich im Reichstag, 3. Dezember 1884: „Ich war, als die Maigesetze entstanden, nicht in Berlin anwesend, war nicht Ministerpräsident, und meine Unterschrift wurde von mir zum Teil unter dem Druck der Kabinettsfrage verlangt. Am meisten ging mir gegen den Strich das Zivilstandsgesetz, das ich notgedrungen unterschreiben mußte.“ Vgl. ebenso gegen v. Mittnacht, Erinnerungen an Bismarck, 1, 58, schon im Jahr 1875.

Digitized by Google

nationalen Staates ganz von selbst die Hoffnung erweckte, daß es jetzt der Nation gelingen werde, die religiöse Spaltung des sechzehnten Jahrhunderts wenigstens insoweit zu überwinden, daß auch im katholischen Volksteil die nationalen Empfindungen durchschlagen und ein nationaler Klerus sich bilden werde, religiös seiner Kirche treu, politisch seinem Volke. Zum Bannerträger dieses Gedankens, den man optimistisch finden kann, der aber doch groß und patriotisch war, machte sich Bismarck, und er hat in einer langen Reihe von Reden im Reichstag und preußischen Landtag seinen Standpunkt vertreten. „In allen Ländern," sagte er am 10. Februar 1872 im Abgeordnetenhaus, „ist die Geistlichkeit, auch die römisch-katholische, eine nationale; nur Deutschland macht eine Ausnahme. Die polnische Geistlichkeit hält zu den polnischen Nationalbestrebungen, die italienische zu den italienischen; in Frankreich steht der Franzose stets höher in der eigenen Selbstschätzung des Geistlichen als der Geistliche. Nur Deutschland," wiederholte er, „macht eine Ausnahme." Daß er nicht die Kirche als solche bekämpfe, hat er u. a. in der großen Rede im Herrenhaus vom 24. April 1873, in welcher er die ganze Vorgeschichte des Streits darlegte, laut bezeugt. „Es ist ganz richtig, wie es Herr v. Gruner gesagt hat, daß von mir sich niemand der Tat versehen kann, ich würde jemals konfessionelle Streitigkeiten vom Zaun brechen. Wenn ich dennoch dazu gekommen bin, so muß es in mir sehr starke Überzeugung gewesen sein, daß durch die Tätigkeit, nicht der katholischen Kirche, sondern der nach weltlicher Priesterherrschaft strebenden Partei innerhalb der katholischen Kirche eine Politik getrieben wurde, welche die Grundlagen unseres Staates in einer Weise anfaßt, respektive erschüttert oder bedroht, daß ich als Minister die Verantwortlichkeit für längeres Zuwarten nicht mehr tragen könnte." *) Und als am 14. Mai 1872 im Reichstag die Tatsache zur Sprache kam, daß der Staatssekretär der Kurie Kardinal Antonelli es abgelehnt hatte, den Bismarck genehmen Kardinal Gustav Prinzen v. Hohenlohe-Schillingsfürst zur Annahme der deutschen Botschaft beim päpstlichen Stuhl zu ermächtigen, und als Bennigsen die Hoffnung ausdrückte, daß der Haushaltsposten für den Botschafter (19 350 Taler)

*) Nur in diesem Sinn ist es zu verstehen, wenn er zu Schulte am 2. Januar 1873 gesagt hat: „Ich werde alles tun, die altkatholische Sache zu fördern, von der ich fest überzeugt bin, daß sie dem Staate und der Gesellschaft nützt." A. a. O. 1, 322.

Digitized by Google

bald als überflüssig werde gestrichen werden: da nahm Bismarck das Wort und sagte: „Ich halte es nach den neuerdings ausgesprochenen und öffentlich promulgierten Dogmen nicht möglich für eine weltliche Macht, zu einem Konkordat zu gelangen, ohne daß diese weltliche Macht bis zu einem Grade und in einer Weise effaciert (zunichte gemacht) werden würde, die das deutsche Reich wenigstens nicht annehmen kann. Seien Sie außer Sorge: nach Canossa gehen wir nicht, weder körperlich noch geistig!"

Die Leidenschaft des Kampfes nahm immer mehr zu; die katholische Presse führte bittere Klagen über die „diokletianische Verfolgung" der Kirche, über die Verödung so vieler Bischofstühle und Pfarreien, deren Inhaber wegen Ungehorsams gegen die Staatsgesetze mit Geld- und Gefängnisstrafen und schließlich mit Absetzung belegt wurden. Die Erbitterung der Katholiken richtete sich vornehmlich gegen Bismarck als leitenden Staatsmann, und schon 1873 äußerte Graf Friedrich v. Stolberg: „Wenn Bismarck gehangen würde, würde ich am Strange mitziehen," und wurde am 20. Mai trotzdem oder gerade deswegen in Neustadt in Oberschlesien mit mehr als 6000 gegen 2100 Stimmen in den Reichstag gewählt.*) Als Bismarck 1874 in Kissingen die Kur gebrauchte, gab ein Böttchergeselle Kullmann, der Mitglied eines katholischen Gesellenvereins war und Bismarck als Todfeind der Kirche hatte betrachten lernen, am 13. Juli aus einer mit zwei Rehposten geladenen Pistole aus nächster Nähe Schüsse auf den Reichskanzler ab, ohne aber ihn ernsthaft zu verwunden, obwohl er nach dem Kopf gezielt hatte; nur der Papierpfropfen verletzte leicht das rechte Handgelenk, weil Bismarck gerade im Augenblick des Schusses die Hand grüßend erhob. Der Täter gab bei der Untersuchung die Erbitterung über die Kirchengesetze und über die Verhaftung der Bischöfe als Grund des Mordversuchs an; vom Schwurgericht in Würzburg wurde er am 30. Oktober zu einer Zuchthausstrafe von vierzehn Jahren verurteilt. Da die Führer des Zentrums die Verantwortlichkeit ihrer Partei für die Tat eines „halbverrückten Menschen", wie der bayrische Abgeordnete Jörg sich am 4. Dezember 1874 im Reichstag ausdrückte, entschieden ablehnten, rief ihnen Bismarck in eben dieser Sitzung zu: „Der Mann, den ich selbst gesprochen habe, ist vollkommen im Besitz seiner geistigen Fähigkeiten; Sie haben ja auch weitläufige ärztliche Atteste darüber. Mögen Sie sich lossagen

*) Majunke, Geschichte des Kulturkampfs, Paderborn 1890, S. 96.

Digitized by Google

von diesem Mörder wie Sie wollen: er hängt sich an Ihre Rockschöße fest, er nennt Sie seine Fraktion!" Hierauf rief der Zentrumsabgeordnete Graf Ballestrem: „Pfui!" worauf Bismarck unter stürmischem Beifall von rechts und links ausrief: „Pfui ist ein Ausdruck des Ekels und der Verachtung. Meine Herren, glauben Sie nicht, daß mir diese Gefühle fern liegen; ich bin nur zu höflich, um sie auszusprechen!" In derselben Sitzung ging ein amtliches Schreiben beim Reichstag ein, laut dem die Regierung den Haushaltsposten für den deutschen Gesandten beim päpstlichen Stuhl zurückzog.

Eine Widerwärtigkeit besonderer Art erhob sich um diese Zeit für Bismarck dadurch, daß der Botschafter in Paris, Graf Harry Arnim, im Widerspruch zu Bismarcks Ansicht, nach welcher die Republik in Frankreich die für uns beste Staatsform sei, weil sie Frankreich in Europa isoliere, der Herstellung der Monarchie das Wort redete. Er wurde deshalb im April 1874 durch Fürst Chlodwig Hohenlohe-Schillingsfürst ersetzt, eignete sich beim Abgang wichtige Staatspapiere an, eröffnete gegen Bismarck einen publizistischen Feldzug und wurde 1875 zu neun Monaten Gefängnis und Dienstentlassung verurteilt. Als er dann eine giftige Broschüre „pro nihilo" gegen Bismarck schleuderte, erhielt er 1876 wegen dadurch begangenen Landesverrats fünf Jahre Zuchthaus, denen er sich aber durch Flucht ins Ausland entzog.

Durch den Kulturkampf wurde auch die evangelische Kirche betroffen, weil die antireligiösen Leidenschaften dadurch unleugbar aufgestachelt wurden und die Gesetze über die Schulaufsicht, über die Ausbildung der Geistlichen und über die Zivilehe auch für die Evangelischen neues Recht schufen. Dadurch wurden die Konservativen, die schon lange über Bismarcks Zusammengehen mit den Liberalen grollten (S. 236), noch mehr verstimmt; *) auch der Erlaß einer neuen Kreisordnung für die fünf preußischen Provinzen Preußen, Pommern, Brandenburg, Sachsen und Schlesien, wodurch der bisher vorwaltende Einfluß des Adels wesentlich zurückgedrängt wurde, hat in dieser Richtung gewirkt; das Gesetz wurde im Herrenhaus zuerst abgelehnt und erst nach einem „Pairsschub" am 7. Dezember 1872 angenommen. Bismarck hat zwar an dieser Kreisordnung, für welche der Minister des Innern Graf Fritz Eulenburg

*) Vgl. hierüber v. Petersdorff, Kleist-Retzow, Stuttgart 1907, 408 ff. Max Hesse, die politische Haltung Ludwigs v. Gerlach unter Bismarcks Ministerium 1862—77. Berlin 1912.



zuständig war, wenig Anteil gehabt und weilte um diese Zeit, nervös in hohem Grade angegriffen, in Varzin. Aber die Erbitterung über „die ruchlose Überhebung und politische Unbrauchbarkeit der Konservativen,“ *) welche ohne Rücksicht auf die Staatsnotwendigkeiten die Politik des leitenden Staatsmannes durchkreuzten, und die Verstimmung über den König, der in vielen Dingen Bismarck widersprach („als Reiter im Sattel weiß er wohl kaum, daß und wie er in mir ein braves Pferd zuschanden geritten hat“ **) zeitigten in Bismarck den Entschluß, das Amt eines Ministerpräsidenten, welches ihn zur Prüfung aller schwebenden größeren Fragen und zu fortgesetzten schwierigen Verhandlungen mit den Ressortministern zwang, an Roon abzugeben, der den Konservativen näher stand, und sich auf die Geschäfte des preußischen auswärtigen Ministers und Reichskanzlers zurückzuziehen. Diese neue Verteilung der Geschäfte trat am 1. Januar 1873 ins Leben; sie bewährte sich aber schlecht. Bismarck überzeugte sich bald, daß er die maßgebende Stellung in Preußen nicht entbehren konnte, wenn er als Reichskanzler nicht sozusagen in der Luft stehen wollte. Er hat das selbst später im Reichstag am 10. März 1877 offen zugestanden, und als Roon sich wegen „Mangels an Elastizität“ und schwächlicher Gesundheit am 9. November 1873 in den Ruhestand versetzen ließ, übernahm Bismarck das Präsidium wieder, obwohl er voraussah, daß er „gegen den neidischen Junkerdünkel, gegen mangelnde Hingabe der Konservativen für König und Land und gegen die ehrgeizigen Priester des römischen Götzendienstes“ schwer zu kämpfen haben werde. Aber „gefochten soll sein, das ist mir so klar, als ob Gott es mir auf deutsch direkt befohlen hätte; ich stehe dienstlich an der Bresche, und mein irdischer Herr hat keine Rückzugslinie; also vexilla regis prodennt, und ich will, krank oder gesund, die Fahne meines Lehnsherrn halten, gegen meine faktiösen Vettern so fest wie gegen Papst, Türken und

---

*) Worte in einem Brief an Roon aus Varzin, vom 13. Dezember 1873, siehe Denkwürdigkeiten aus dem Leben des Generalfeldmarschalls Grafen v. Roon, 3, 335. Die herrliche Antwort, welche Bismarck dem Konservativen v. Senfft-Pilsach erteilte, der ihn zur Buße ermahnt und mit Gottes Gericht bedroht hatte, siehe Bismarck-Jahrbuch 1 (1894) 83—85: „Wenn ich in Furcht und Liebe Gottes meinem angestammten König in Treue und mit erschöpfender Arbeit diene, so wird der pharisäische Mißbrauch, den die pommerischen und die römischen Gegner mit Gottes Wort treiben, mich in meinem Vertrauen auf Christi Verdienst nicht irre machen.“

**) Roon S. 334.

Franzosen." *) Im Verlauf des Kampfes erlaubte sich die „Kreuzzeitung", das führende konservative Blatt (S. 30) 1875 anzudeuten, daß Bismarck sich durch seine Beziehungen zur jüdischen Hochfinanz, besonders zum Bankhaus Bleichröder, rechtswidrig bereichert habe; Joachim Gehlsen, der Herausgeber der „Eisenbahnzeitung" und der „Reichsglocke", stieß in dasselbe Horn, und der ultrakonservative pommersche Abgeordnete von Diest-Daber behauptete in einer Flugschrift „Bismarck und Bleichröder", daß Bismarck für die Auswirkung der königlichen Erlaubnis zur Gründung der preußischen Zentralbodenkreditbank in Form der Überlassung von Aktien zu 108 statt zu 128 Prozent 83 000 Taler erhalten habe. Er wurde für diese Verleumdungen zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, auch ihm das Recht, die Offiziersuniform zu tragen, aberkannt; der „Kreuzzeitung" aber schleuderte Bismarck im Reichstag am 9. Februar 1876 den Vorwurf ehrloser Verleumdung ins Gesicht und beschuldigte jeden, der ein solches Blatt halte, der indirekten Beteiligung an der Lüge und Verleumdung. Auf dies hin erließen 46 Landedelleute und Pfarrer in der „Kreuzzeitung" vom 26. Februar eine Erklärung, in welcher sie die Anschuldigung gegen das Blatt, welches seinem Wahlspruch: mit Gott für König und Vaterland! treu sei, und gegen die gesamte durch sie vertretene Partei aufs entschiedenste zurückwiesen. Man nannte sie deshalb die „Deklaranten", und ihre Anzahl wuchs bald auf einige hundert an. Doch begriffen die Konservativen allmählich selbst, daß sie zu weit gegangen waren; am 7. Juli 1876 organisierten sie sich in Frankfurt a. M. neu als „deutschkonservative Partei", in welcher die widerspenstigen Elemente zurückstehen mußten, und als sich Bismarck unter dem Einfluß der neuen Wirtschaftspolitik den Konservativen wieder mehr näherte, hat ein großer Teil der „Deklaranten" Bismarck brieflich um Entschuldigung gebeten.

Diese neue Wirtschaftspolitik **) kündigte sich in demselben Moment an, in welchem der Kulturkampf seinen Höhepunkt erreicht hatte. Bismarck war in freihändlerischen Ansichten aufgewachsen, und er hatte sich bisher in wirtschaftlichen Fragen vertrauensvoll der Führung Rudolf Delbrücks überlassen, dessen ausgezeichnete geschäftliche Tüchtigkeit ihm bei seinen weitverzweigten amt-

*) Brief an Roon vom 20. November 1873, ebenda 3, 367—370.

**) Hierüber vgl. schon das S. 238 angeführte lehrreiche Buch von Oswald Schneider, Bismarcks Finanz- und Wirtschaftspolitik, München 1912, das die ganze Frage von Anfang an überaus sachkundig und gründlich entwickelt.

Digitized by Google

lichen Pflichten ganz notwendig und unersetzlich war.*) Delbrück aber war ein „Manchestermann“ **) durch und durch, d. h. überzeugter Freihändler, und hielt dieses wirtschaftliche System für das allein vernünftige und nützliche. Durch die Erfahrungen des praktischen Lebens gelangte Bismarck jedoch allmählich zur entgegengesetzten Überzeugung, daß das Freihandelssystem inmitten von Nachbarn, welche sich mit hohen Schutzzöllen gegen außen absperrten, geradezu eine auszehrende Wirkung auf Deutschland ausübe; und weiterhin nahm er insbesondere die unheilvollen Folgen wahr, die sich daraus ergaben, daß die deutschen Eisenbahnen, welche infolge der herrschenden Manchesterlehre teils im Besitz von Privatgesellschaften, teils in dem der einzelnen Staaten waren, ohne höhere Gesichtspunkte jede für sich verwaltet wurden, während doch der Artikel 42 der Reichsverfassung vorschrieb, daß sie „wie ein einheitliches Netz verwaltet werden sollten“. Die Errichtung eines obersten Aufsichtsamtes, des Reichseisenbahnamtes, am 27. Juni 1873, erwies sich als ein Schlag ins Wasser, obwohl man in Albert Maybach ***) einen ausgezeichneten Vorstand dafür fand. Es gelang Maybach bei dem Widerstand der Mittelstaaten und auch des preußischen Handelsministeriums nicht, ein Reichseisenbahngesetz im Bundesrat durchzusetzen, durch welches er ausreichende Aufsichtsbefugnisse erlangt hätte. Die Einzelstaaten wehrten sich für ihre Souveränetät gegen das Reich; auch wurde geltend gemacht, daß die Reichsaufsicht finanziell für die Eisenbahnen eine nicht absehbare Tragweite haben könne; eine solche Last könne nur das Reich selbst auf sich nehmen. Deshalb faßten der Kaiser, †) welcher durch den Ankauf italienischer Bahnen durch den Staat aufmerksam wurde, und Bismarck, von Maybach beraten, den Plan, die wichtigsten Eisenbahnen für das Reich zu erwerben, was ungeheure Vor-

*) v. Poschinger, Fürst Bismarck als Volkswirt 1, 37. Delbrücks Lebenserinnerungen (S. 222) reichen leider nicht bis in diese Zeit.

**) In Manchester hatte Richard Cobden 1839 den „Verein gegen die Korngesetze“ gegründet, der alle Zollschranken als schädliche Fesseln der Industrie ansah und dem Grundsatz huldigte, daß in der Volkswirtschaft die Losung gelte: laissez faire, laissez aller! Unten S. 357.

***) Jungnickel, Staatsminister Albert v. Maybach. Stuttgart 1910.

†) Ebenda S. 30—31. v. d. Leyen, die Eisenbahnpolitik des Fürsten Bismarck, Berlin 1914 (besprochen in der deutschen Rundschau, Bd. 159, 457—470). Bismarcks Mitarbeiter, wirklicher geheimer Rat Hermann Kirchhoff, hat in mehreren Schriften (so die Reichsbahn 1916) Bismarcks Gedanken für die Gegenwart wieder aufgenommen und ist dabei in Gegensatz zu v. d. Leyen getreten.

Digitized by Google

teile für die Förderung des Verkehrs und die Befestigung der Macht des Reichs hätte ergeben müssen. Am 24. März 1876 war Bismarck so weit, daß er die Zustimmung des Landtags dazu fordern konnte, daß die Eigentums- und sonstigen Rechte des preußischen Staats an den Eisenbahnen dem Reich gegen angemessene Entschädigung käuflich angeboten werden dürften. Es sollte damit, wie er am 26. April im Abgeordnetenhaus ausführte, dem Zustand ein Ende gemacht werden, daß es in Deutschland 63 „Eisenbahnprovinzen" gab, „die, wie er sich packend ausdrückte, alle mit den mittelalterlichen Rechten des Stapels, des Zoll- und Geleitwesens und der Auflagen auf den Verkehr nach Willkür zugunsten ihres Privatsäckels ausgerüstet waren, ja selbst mit dem Fehderecht." Es sollte demgegenüber der Gesichtspunkt durchgesetzt werden, daß die Eisenbahnen nicht sowohl für den Dienst der Finanzen als für den des Verkehrs bestimmt seien. Im Abgeordnetenhaus erlangte Bismarck für das Angebotsgesetz am 2. Mai 1876 216 gegen 160, im Herrenhaus am 20. Mai 60 gegen 31 Stimmen; am 4. Juni unterschrieb der König das Gesetz. Aber es erwies sich als sehr schwierig, eine finanzielle Grundlage für den Erwerb zu finden, und dann leisteten im Bundesrat die Mittelstaaten, im völligen Einvernehmen mit ihren Landtagen, aus Sorge für die Schmälerung ihrer Souveränetät dem Ankauf irgend welcher Staatsbahnen durch das Reich entschiedenen Widerstand, so daß es zu einem Verkaufsangebot Preußens ans Reich gar nicht gekommen ist. Delbrück nahm über diesen Dingen im April 1876 seinen Abschied, nach der amtlichen Lesart, weil seine Kräfte durch die bald zehnjährige Führung der Geschäfte des außerordentlich umfassenden Reichskanzleramtes (s. oben S. 326) erschöpft waren, in Wahrheit doch wohl vornehmlich aus dem Grund, weil er nach seiner wirtschaftlichen Überzeugung den Staat für die Leitung großer wirtschaftlicher Betriebe, wie es die Eisenbahnen sind, nicht als geeignet ansah. An seiner Stelle übertrug Bismarck im Mai 1876 das Präsidium des Reichskanzleramtes dem bisherigen hessischen Ministerpräsident Hofmann. Hinsichtlich der Rückkehr zur Schutzzollpolitik erfolgte ein erster Vorstoß im Jahr 1876. Trotz aller Bitten der Eisenindustrie, sie nicht schutzlos dem übermächtigen Wettbewerb Englands preiszugeben, das infolge von Überproduktion nicht weniger als 1500 Millionen Kilogramm unverkäuflicher Roheisenwaren nach Deutschland zu werfen vermochte, wurden die Eisenzölle mit 1. Januar 1877 außer Kraft gesetzt, und als nun viele Hochöfen ausgeblasen und Tausende von Arbeitern entlassen werden mußten, ward ein Antrag auf Vergeltungszölle für fremdes Eisen vom

Digitized by Google

Bundesrat vorgelegt; er wurde aber am 27. April 1877 mit 212 gegen 111 Stimmen verworfen.

Um diese Zeit dachte Bismarck daran, die im Reichstag über 152 Stimmen verfügende nationalliberale Fraktion fest an sich zu fesseln, indem er während seines zehn Monate dauernden, durch die Kissinger Kur im Juni 1877 unterbrochenen Aufenthalts in Varzin wiederholt mit Bennigsen,*) den er zu sich einlud, über dessen Eintritt ins Ministerium verhandelte, am 15. und 16. Juli und wieder am 26. Dezember 1877. Er besprach mit ihm die verfassungsmäßige Ordnung einer Stellvertretung des Reichskanzlers (s. oben S. 328), eine Umgestaltung der Reichsämter und ihrer Beziehungen zu den preußischen Ministerien, wodurch eine weitgehende „Personalunion" beider Ämter und damit eine fruchtbarere Tätigkeit erzielt werden sollte, und schließlich die Reform der Steuern und Finanzen, wodurch das Reich aus Bier und Tabak ausreichende Einnahmen erhalten sollte, um auf eigenen Füßen zu stehen und auf die lediglich nach der Kopfzahl berechneten ungerechten Matrikularbeiträge der Einzelstaaten zu verzichten. Bennigsen bot er schon im Juli das Ministerium des Innern an, das durch den Abgang des längst verbrauchten Grafen Fritz Eulenburg erledigt werden sollte. Bennigsen selbst zog aber, da er als Minister des Innern eine ihm feindliche ganz konservative Beamtenschaft unter sich gehabt hätte, das Finanzministerium vor, und verlangte überdies, daß noch zwei seiner Parteigenossen mit ihm ins Amt treten sollten, v. Forckenbeck in Preußen für das Innere und Freiherr v. Stauffenberg im Reich als Schatzsekretär. Ohne diese beiden oder doch wenigstens Forckenbeck neben sich zu haben, hielt er seine Stellung im Ministerium selbst für zu isoliert und seinen Rückhalt an der nationalliberalen Fraktion nicht für gesichert genug. Den Wagemut des großen Staatsmannes, der die Gelegenheit bei der Stirnlocke ergreift, besaß der vornehme niedersächsische Edelmann nicht; die Möglichkeit, die liberale Partei in den Sattel zu setzen, ging unbenützt vorüber. Mit den sachlichen Forderungen Bismarcks zeigte sich Bennigsen zwar unter gewissen Bedingungen (bewegliche Steuern als Bürgschaft für das Budgetrecht des Parlaments) im wesentlichen einverstanden. Aber schließlich scheiterte alles.**) Einerseits hatte der König, wie Bismarck erzählt, eine

*) H. Oncken a. a. O. 2, 323—341.

**) Vgl. hiezu Gedanken und Erinnerungen 2, 179—187 und H. Oncken a. a. O. 2, 317—336, wo an der „einseitigen Darstellung" Bismarcks auf

Digitized by Google

„instinktive monarchische Abneigung gegen Bennigsen selbst und seine frühere Tätigkeit in Hannover," die ihm offenbar als fast hochverräterisch erschien, und andererseits wollte Bismarck selbst gerade den linken Flügel der Fraktion, etwa zwanzig Mann unter Lasker, v. Forckenbeck, v. Stauffenberg und Rickert, von ihr absprengen, um an der rechts stehenden Masse der Fraktion eine in sich gleichartige, zuverlässige Stütze zu gewinnen; keineswegs aber wollte er sich mit diesem linken Flügel gar enger verbinden und so dessen Stellung noch befestigen. So blieb die ganze Verhandlung ergebnislos, und bald nachher entwickelten sich die Dinge so, daß das liberale Element nicht etwa neue Stärke innerhalb der Regierung gewann, sondern daß es aus der Regierung vollends verdrängt wurde.

Bismarck trat am 22. Februar 1878, nachdem er aus Varzin zurückgekehrt war und die Geschäfte wieder übernommen hatte, im Reichstag offen mit seinen Reformgedanken hervor. Er bekannte sich bei der Beratung dreier Vorlagen über die Besteuerung der Börsenpapiere und Lotterielose, die Einführung eines Spielkartenstempels und die Erhöhung der Tabaksteuer offen zum Tabakmonopol, wie überhaupt als Anhänger der indirekten Steuern, und wenn auch der liberale Finanzminister Camphausen sich im Fall der äußersten Not mit dem Monopol einverstanden erklärte, so fühlte er sich doch angesichts der sich vorbereitenden Wendung nicht mehr als der Mann der Lage und trat im März 1878 zurück.

In diesem Moment war in Rom durch den Tod Pius' IX. und die Wahl Leos XIII. zum Papst (7. und 20. Februar 1878) die Möglichkeit einer Verständigung zwischen Preußen und der Kurie geschaffen worden, welche Bismarck mitten im heißesten Kampf nie aus den Augen verloren hatte. In einer Rede im Herrenhaus hat er am 10. März 1873 erklärt: „Der Kampf des Priestertums mit dem Königtum ist zu beurteilen wie jeder andere Kampf; er hat seine Bündnisse, er hat seine Haltepunkte, er hat seine Waffenstillstände. Es hat friedliche Päpste gegeben, es hat kämpfende und erobernde gegeben." Nun war ein friedlicher da: Leo XIII. Sofort zeigte er gleich am Tag seiner Wahl diese dem Kaiser Wilhelm an und sprach die Hoffnung aus, daß der Friede zwischen Kirche und Staat

Grund eines freilich sehr spärlichen Aktenmaterials Kritik geübt wird. Daß Bismarck in einem gewissen Stadium den Eintritt mehrerer Nationalliberaler selbst ins Auge gefaßt hat, scheint allerdings unbestritten, H. Oncken 2, 332.

Digitized by Google

werde hergestellt werden. Es war ein Ereignis von großer Tragweite, Bismarck auch deswegen nicht unerwünscht, weil Rußland 1875 mit der Kurie ein Abkommen über die Besetzung der erledigten polnischen Bistümer getroffen hatte und auf einer Zusammenkunft Franz Josephs und Viktor Emanuels II. in Venedig (5.—7. April 1875) die beiden Herrscher übereingekommen waren, sich dem Kampfe Deutschlands gegen die katholische Kirche nicht anzuschließen. Der italienische Minister Mancini hatte daraufhin am 2. Mai 1875 in aller Öffentlichkeit die Nachahmung der deutschen Kirchenpolitik durch Italien abgelehnt; Deutschland stand in dem Kampf mit Rom also allein, was ihm ein Einlenken nahelegte. Die Aussicht auf Beendigung des Kulturkampfs eröffnete auch die Möglichkeit neuer Gruppierungen der Parteien im Innern, und da die Nationalliberalen die schärfsten Gegner des Ultramontanismus waren, der nun einmal zurzeit in der katholischen Kirche völlig vorherrschte, so war jetzt die Berufung Bennigsens ins Amt auch unter dem Gesichtspunkte der Herstellung des kirchenpolitischen Friedens unmöglich geworden. Aus demselben Grund blieben die Verhandlungen ergebnislos, welche Gambetta im Dezember 1877 durch den mit ihm befreundeten schlesischen Grafen Guido Henckel v. Donnersmarck mit Bismarck anknüpfen ließ und welche darauf abzielten, daß Gambetta Bismarck einen Besuch abstatten und mit ihm über ein gewisses Zusammengehen Preußens und Frankreichs gegen den gemeinsamen Feind, den Ultramontanismus, sich besprechen sollte.*) Um Bismarcks Zutrauen zu gewinnen, erwirkte Gambetta die Ersetzung des ultramontanen Botschafters Vicomte Gontaut de Biron durch den Grafen St. Vallier und die Übertragung des auswärtigen Amtes an einen Protestanten, Waddington.**) Mit dem Augenblick, wo das Wort Napoleons III.: le cléricalisme, c'est la France! durch Gambettas Losung ersetzt ward: le cléricalisme, c'est l'ennemi! schwand in Berlin die Sorge vor einem Bund des katholischen Frankreich mit dem katholischen Österreich; Gambetta, mit dem intim zu sein jetzt Bedenken wegen Leos XIII. hervorrief, erhielt eine freundliche, aber hinausschiebende Antwort. Die Neubesetzung der preußischen Ministerien erfolgte nunmehr ohne Rück-

*) Die Aktenstücke hierüber siehe im „Anhang zu den Gedanken und Erinnerungen", Stuttgart 1901, 2, 493—505.

**) Gontaut-Biron, Mon ambassade en Allemagne, Paris 1906—1907, 2, 317. Die Losung in Paris war: nous tenons à être bien avec Bismarck. Ebenda S. 341.

Digitized by Google

sicht auf die Führer der nationalliberalen Partei; das Finanzministerium erhielt Ende März der Berliner Oberbürgermeister Hobrecht, der politisch übrigens zu den Nationalliberalen gehörte, das Innere Graf Botho Eulenburg, ein Konservativer, und das Handelsministerium Maybach, der in diesem Ministerium Rat und Direktor und dann Präsident des Reichseisenbahnamtes gewesen war. Damals erging auch das schon oben erwähnte (S. 328) Gesetz über die Stellvertretung für den Reichskanzler, das Bismarck wesentlich entlastete. Im Juni 1878 befand sich Bismarck wieder zur Kur in Kissingen, und hier empfing er den Besuch des päpstlichen Nuntius Masella*) in München, der im Auftrag des neuen päpstlichen Staatssekretärs Franchi die Verhandlungen über den kirchlichen Frieden einleitete, allerdings mit weitgehenden Forderungen: Abschaffung der Maigesetze und Herstellung des kirchlichen Zustandes in Preußen, wie ihn 1821 die grundlegende Bulle Pius' VII. de salute animarum zur Voraussetzung gehabt hatte. Bismarck begegnete dem Nuntius sehr höflich, lehnte aber beide Forderungen bestimmt ab; er wollte nur von einem Waffenstillstand und der Rückkehr einiger, weniger belasteter, Bischöfe in ihr Amt hören. Das fand man in Rom natürlich ungenügend: was helfe es, Bischöfe wieder einsetzen, wenn sie sich sofort wieder den alten Gesetzen gegenüber befänden, durch welche sie aus ihren Sitzen verdrängt worden waren?

Während dieser Dinge waren Ereignisse eingetreten, welche in ihrer Wirkung das ganze Bild der politischen Lage veränderten. Am 11. Mai 1878 schoß ein Klempnergeselle Hödel ohne Erfolg in Berlin auf den einundachtzigjährigen Kaiser Wilhelm; am 2. Juni wiederholte ein Dr. Nobiling den Mordversuch mit mehr Erfolg; von etlichen dreißig Schroten getroffen, sank der auf einer Spazierfahrt begriffene Kaiser in seinen Wagen zurück; er war tagelang in Lebensgefahr und mußte fünf Monate lang durch seinen Sohn Friedrich Wilhelm in der Regierung vertreten werden. Da der Reichstag nach Hödels Mordanschlag gesetzgeberische Maßregeln gegen die Sozialdemokratie (auf deren hetzerische Agitation der Mordversuch doch unzweifelhaft im letzten Grunde zurückging) mit großer Mehrheit (241 gegen 57 Stimmen) abgelehnt hatte, und da er der beabsichtigten Zoll- und Steuer-

*) Für die Beilegung des Kulturkampfs ist manches Interessante zu finden in Lefèbvre de Béhaine (französischer Gesandter in München und Rom 1872—87), Léon XIII et le prince de Bismarck, Paris, Lethielleux, o. J. (1898).

Digitized by Google

reform entschieden abgeneigt war, so *wurde er jetzt aufgelöst*,*) und der neue wies ein wesentlich anderes Gesicht auf; die Linke und die Nationalliberalen verloren 43 Wahlkreise und zählten nur noch ein Drittel des Parlaments, während die Rechte von 78 auf 122 Mann anwuchs und das Zentrum mit 103 Mitgliedern die stärkste Fraktion war. Zum Präsidenten wurde indes doch noch einmal der Nationalliberale Herr v. Forckenbeck gewählt. Mit diesem Reichstag brachte Bismarck am 18. Oktober *das Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie* zustande, das ihre Vereine auflöste und ihre Presse unterdrückte; aber statt der dauernden Geltung des Gesetzes wurde nur die Geltung auf zwei und ein halbes Jahr beschlossen, da das Zentrum das Gesetz ganz ablehnte und die Nationalliberalen für eine längere Frist nicht zu haben waren. Für das Zentrum war die Furcht bestimmend, daß das Gesetz auch gegen andere Parteien ausgenützt werden könnte und daß es Bismarcks Macht noch gewaltig vermehren werde. Durch die Begrenzung auf eine verhältnismäßig kurze Zeit und die alle zwei bis drei Jahre drohende Außerkraftsetzung des „Ausnahmegesetzes“ wurde seine Wirkung, so verheerend sie zunächst war, doch schwer beeinträchtigt; es bestand übrigens, da später auch ein Teil des Zentrums dafür eintrat, bis 30. September 1890. Die Mehrheit, welche es erstmals annahm, setzte sich aus 221 Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen zusammen, die Minderheit (141 Abgeordnete) aus Zentrum, Polen, Fortschrittspartei und Sozialdemokraten, deren Zahl freilich nur 9 Mann betrug.

Noch einmal hatte die Mehrheit zusammengehalten, auf welche sich Bismarcks innere Politik seit zwölf Jahren stützte; aber es hatte schwer gehalten, sie noch einmal geschlossen ins Feld zu führen, und ihre Auflösung trat nunmehr ein, *als Bismarck zur Durchsetzung seiner Steuer-, Zoll- und Wirtschaftsreform schritt*. Die Liberalen standen auf dem Boden der sogenannten Manchesterlehre, welche das „freie Spiel der wirt-

*) v. Tiedemann, sechs Jahre Chef der Reichskanzlei unter dem Fürsten Bismarck, S. 263. Auf die Nachricht von Nobilings Attentat stieß Bismarck seinen Eichenstock in die Erde und sagte tief aufatmend, wie wenn ein Geistesblitz ihn durchzuckte: „Dann lösen wir den Reichstag auf!“ Daß er aber damals die ihm oft zugeschriebene Äußerung: „Er wolle die Nationalliberalen an die Wand drücken, bis sie quietschen,“ nicht getan hat, erklärt er selbst, „Gedanken und Erinnerungen“ 2, 187, und wird auch von v. Tiedemann S. 272 bestätigt. Vgl. unten S. 460.

Digitized by Google

schaftlichen Kräfte“ predigte und alles staatliche Eingreifen in das wirtschaftliche Leben als verderblich bezeichnete (S. 343); damit war das unbedingte Festhalten an Handels- und Gewerbefreiheit, die Ablehnung aller Schutzzölle, aller Innungen, auch der staatlichen Sozialreform, gegeben. Diese ganze Auffassungsweise fing aber an zu veralten; neue Gedanken über Pflichten und Rechte des Staats reiften der Ernte entgegen, und sie fanden, wie Erich Marcks sehr schön sagt, in Bismarck ihren Schnitter. Bismarck aber war durch die praktischen Erfahrungen, welche Deutschland mit der 1863 begonnenen Handelsfreiheit gemacht hatte, eines anderen belehrt worden; er hatte 1877 während seiner Mußezeit in Varzin die gründlichsten Studien auf dem wirtschaftlichen Gebiet *) gemacht, dem er ja von Hause aus nicht fremd war, und seine beiden Vertrauten, der geheime Rat Lothar Bucher**) und der Vorstand der Reichskanzlei Christoph von Tiedemann***), der in den Verhältnissen der rheinischen Industrie gründlich bewandert war, haben ihn sachkundig beraten, in dem gleichen Sinne, dessen er selbst geworden war. Der schlesische Grundbesitzer und Industrielle Herr v. Kardorff, ein Führer der freikonservativen „Reichspartei“, begründete am 15. Februar 1876 den „Zentralverband deutscher Industrieller zur Förderung und Wahrung nationaler Arbeit,“ dessen Ziel auf Errichtung von Schutzzöllen gegen den ausländischen Wettbewerb gerichtet war. Aber erst Bismarcks Eintreten für diese Politik hat ihren Erfolg ermöglicht. Jetzt war der Fall eingetreten, von dem er am 5. April 1877, als er sein Entlassungsgesuch an den Kaiser gerichtet hatte, zu seinem getreuen Tiedemann sprach: „Ihm sei zumute, wie einem Jäger, der den ganzen Tag auf Kartoffelfeldern Hühner gejagt habe. Gegen Abend sei er todmüde und sehne sich nach Ruhe. Wenn einem solchen Jäger gemeldet werde, in einem benachbarten Busche steckten mehrere starke Sauen, dann sei es vielleicht möglich, daß neue Lebenskraft in ihm erwache; Hasen und Hühner würden ihn aber nicht mehr in Bewegung bringen. Als solche ‚Sauen‘ würde er betrachten: die Reform unserer wirtschaftlichen Gesetzgebung, eine wirklich gründliche Steuerreform — oder auch auf anderem Ge-

*) Brodnitz, Bismarcks nationalökonomische Anschauungen. Jena 1902. Oswald Schneider, Jahrbuch für Gesetzgebung 1910.

**) Vgl. über ihn oben S. 216 und Erich Marcks, Fürst Bismarcks Gedanken und Erinnerungen, Berlin 1899, S. 8.

***) S. sein oben S. 349 Anmerkung angeführtes Werk.

Digitized by Google

biete: die Ausräucherung des Partikularismus. An eine dieser Aufgaben den letzten Lebenshauch zu setzen, könnte verlockend sein." *) Nun nahm er mit frischer Kraft und seiner ganzen Wucht die zwei erstgenannten, in sich zusammenhängenden Aufgaben vor. Sein Gedanke war, alle ehrliche nationale Arbeit auf dem Acker und in der Fabrik zu schützen, ihr auf diese Art ihren gebührenden Lohn zu sichern, Deutschlands wirtschaftliches Erstarken herbeizuführen und durch den Ertrag der Zölle die Kassen des Reichs zu füllen, welche bisher auf die Speisung durch die sogenannten Matrikularbeiträge der Einzelstaaten (S. 219 und 345) angewiesen waren. Durch diese Beiträge ward das Reich in Abhängigkeit von den Einzelstaaten erhalten; es galt aber, es finanziell auf eigene Füße zu stellen, es aus „dem lästigen Kostgänger der Einzelstaaten zu deren freigebigem Versorger zu machen," **) indem es ihnen vom Ertrag seiner Einnahmen in guten Jahren noch abgab. Wesentlich daran war das alte römische Reich deutscher Nation zugrunde gegangen, daß es allmählich alle seine Steuerquellen an die Gebiete abgegeben hatte, so daß der Kaiser Sigismund hatte klagen müssen, nihil spoliatius esse imperio, nichts sei ausgeraubter als das Reich: es war eine des Neugründers unseres Reiches würdige Aufgabe, dafür zu sorgen, daß wir aus der Geschichte lernten und unser neues Reich nicht den Weg des alten ging. Leider hatte Bismarck bei diesem großartigen Unternehmen nicht die Unterstützung der Partei, welche bisher im ganzen doch immer wieder in allen nationalen Fragen seine verläßliche Stütze gewesen war. Bennigsen versuchte lange, durch Sicherung der Rechte des Reichstags mittelst einer beweglichen Kaffee- und Salzsteuer (S. 345) einen so großen Teil der Freihändler seiner Partei für die Gesamtreform zu gewinnen, daß sie mit einer knappen Mehrheit der Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen durchgedrückt werden konnte; allein er brachte die nötige Zahl von Stimmen nicht auf, und als Bismarck von ihm hörte, daß dreißig bis vierzig der Fraktion die Schutzzölle grundsätzlich verwerfen würden, schwenkte er notgedrungen, aber entschieden

*) Tiedemann S. 127—128. Über einen Mann, der so sprach und handelte, urteilt Klein-Hattingen, Bismarck und seine Welt 2, 2, 188: „es liegt am Tage, daß ihm bei den inneren Lebensfragen der Nation, in der inneren Politik überhaupt die großen Ziele fehlten. Da war er, der weitsichtige Diplomat, von einer verhängnisvollen Kurzsichtigkeit." So weitsichtig als Klein-Hattingen dürfte Bismarck reichlich gewesen sein.

**) Worte im Reichstag am 2. Mai 1879.

Digitized by Google

zum Zentrum ab. Dieses, schutzzöllnerisch und partikularistisch, wie es war, verpflichtete sich, die Vorlage unter der von dem bayrischen Abgeordneten Freiherrn v. Franckenstein formulierten Bedingung anzunehmen, daß derjenige Ertrag aus Zöllen und Tabaksteuer, der die Summe von 130 Mill. Mark übersteige, den Einzelstaaten nach ihrer Volksziffer ausgezahlt werde; diese sollten dafür nach wie vor die Matrikularbeiträge in einer jährlich vom Reichstag festzusetzenden Höhe entrichten. Damit wurde in guten Jahren für die Kassen der Einzelstaaten soweit möglich gesorgt und dem Reichstag das auch von liberaler Seite so eifersüchtig gehütete Recht der Etatsfeststellung gewahrt, aber freilich um einen hohen Preis: die so wünschenswerte reinliche Scheidung der Reichsfinanzen von denen der Einzelstaaten kam nicht zustande. Das Reich zahlte aus seinen Überschüssen Summen an die Einzelstaaten heraus, welche es dann nötigenfalls in Form von Matrikularbeiträgen wieder einzog; insofern bezeichnete Bismarck am 9. Juli den ganzen Streit um die Franckensteinsche Klausel als einen bloßen Wortstreit, „ob ich von einem schwarzen Tuchrock oder von einem Rock mit schwarzem Tuch spreche“. So harmlos war die Sache doch nicht. Bismarck griff in die Verhandlungen vom Mai bis Juli 1879 mit acht großen Reden ein, welche ebenso bewundernswürdig sind durch die unbedingte Beherrschung der in Rede stehenden wirtschaftlichen Fragen, wie durch die Wärme und Kraft der patriotischen Gesinnung. „Ich habe,“ rief er am 9. Juli aus, „von Anfang meiner Karriere nur den einen Leitstern gehabt: durch welche Mittel und auf welchem Wege kann ich Deutschland zu einer Einigung bringen, und wie kann ich diese Einigung befestigen, fördern und so gestalten, daß sie aus freiem Willen aller Mitwirkenden dauernd erhalten wird... Ich werde den Weg, den ich im Interesse des Vaterlandes für den rechten erkenne, unbedingt bis ans Ende gehen, unbeirrt, mag ich Haß oder Liebe dafür ernten, das ist mir gleichgültig!“ Am 12. Juli 1879 wurde der Zolltarif und das Zollgesetz mit den 217 Stimmen der Rechten, des Zentrums und einiger Nationalliberalen gegen die 117 Stimmen der meisten Nationalliberalen, der ganzen Fortschrittspartei und der Sozialdemokraten angenommen. Die 11 Nationalliberalen, welche mit Ja stimmten, mußten aus der Fraktion austreten; statt daß der linke Flügel abgesprengt wurde, wie Bismarck gewünscht hatte, geschah das mit dem rechten. Freilich vermochte der linke die Partei doch nicht ganz in seine radikalen Bahnen mit sich zu reißen, so daß

Digitized by Google

auch er nach Jahresfrist (August 1880) sich von der Partei löste, die damit auf 46 Mitglieder herabsank (sogenannte Sezession). Den Versuchen gegenüber, Bennigsen mit dem verbliebenen Rest der Partei doch noch nach links zu ziehen, rief Bismarck in der Sitzung des Reichstags vom 5. Mai 1881 Bennigsen, „dem das deutsche Reich für seine Herstellung, seine Konsolidierung so viel schuldet," das Wort Bürgers zu: „Laß nicht vom Linken dich umgarnen!"

Die Folgen des Zusammengehens der verbündeten Regierungen mit dem Zentrum traten sofort in Erscheinung. Der Kultusminister Falk ließ sich, obwohl Bismarck ihn zu halten suchte, nicht länger zum Verbleiben in seinem Amt bewegen, das ihm durch die Abneigung des Kaisers gegen seinen liberalen Standpunkt, durch die Parteinahme der Kaiserin, der Kronprinzessin und des Kronprinzen selbst*) für die katholische Opposition und durch die Gegnerschaft der Konservativen bei Hof und im Landtag schon längst zur Hölle gemacht war. Bismarck, der unter all dieser Gegnerschaft nicht minder litt, hat nach Falks eigenem Zeugnis **) zu ihm gesagt, daß er sich nicht vorwerfen lassen wolle, er habe den Minister für dreißig Silberlinge an das Zentrum verschachert, und er ließ sich am 1. Juli von Falk schriftlich das Zeugnis geben, daß er nicht deshalb zurücktrete, weil Bismarck seinen grundsätzlichen Standpunkt aufgegeben habe. Auch Bismarck selbst empfand die Fronde der Hofpartei aufs bitterste; aber halten konnte er Falk um so weniger, als die neue Mehrheit der Konservativen und des Zentrums, welche den Zolltarif durchgesetzt hatten, diesem Staatsmann mit entschiedenem Hasse gegenüberstand. Falks Nachfolger im Kultusministerium wurde ein schroffer Konservativer, Robert v. Puttkamer, der bisherige Oberpräsident von Schlesien; er war in allem das Gegenteil seines Vorgängers. Er erhielt die Aufgabe, den Kulturkampf, da direkte Verhandlungen mit Rom nicht zum Ziel führten, durch allmählichen Abbruch der unhaltbaren Teile der Maigesetzgebung zu beendigen; es galt, die gerechten Beschwerden der katholischen Bevölkerung durch freiwilligen Verzicht des Staates auf die während des Kultur-

*) Gontaut-Biron 2, 300 behauptet bestimmt, daß die Kronprinzessin, die sich anfangs zurückgehalten hatte, im November 1875 ihm bei einem Spaziergang gesagt habe: ihr Gemahl und sie selbst tadelten unverhüllt die Politik Bismarcks in religiösen Dingen; sie bedauerten die Lage, in welche man die Katholiken in Deutschland gebracht habe. Im April 1877 sagte sie offen zu Gontaut, sie empfinde ein éloignement für Bismarcks Ansichten und Politik (2, 307).

**) S. Deutsche Revue 24 (1899) 1, 1—9.

Digitized by Google

kampfs geschmiedeten, freilich oft überscharfen und dadurch wirkungslosen Waffen abzustellen. So konnte auch vielleicht dem Zentrum, das trotz des Zusammengehens beim Zolltarif der Regierung immer noch Gewehr bei Fuß und oft auch im Anschlag gegenüberstand, der Boden abgegraben werden. Vom Mai 1880 bis zum April 1887 wurden durch Puttkamer und, als er im Juli 1881 als Nachfolger des Grafen Botho v. Eulenburg *) das Ministerium des Innern übernahm, durch seinen Nachfolger v. Goßler fünf „Friedensgesetze" mit dem Landtag vereinbart, und der Papst Leo XIII. nahm die dargebotene Hand des Staates an, indem er am 23. Mai 1887 im Kardinalskonsistorium es aussprach: „Erledigt ist, dank der Hilfe Gottes, eine langwierige und mühevolle Aufgabe; jenem erbitterten Kampf, welcher die Kirche schädigte und dem preußischen Staat keinesfalls nützte, ist ein Ziel gesetzt" — finis impositus.

Wenn man das Ergebnis des siebzehnjährigen Ringens überblickt (1871—1887), so hat der Staat aufgegeben den Versuch, den katholischen Klerus durch staatliche Vorbildung in seinen Gymnasien und Hochschulen zu nationalisieren, die Disziplinargewalt der Kirche über ihre Geistlichen zu beschränken, einen kirchlichen Gerichtshof als oberste Instanz über die Kirche zu stellen, die Mönchs- und Nonnenorden mit Ausnahme der Orden für Krankenpflege abzuschaffen; die kirchliche Pflicht, die anzustellenden Geistlichen dem Staat vorher anzuzeigen, ursprünglich ganz allgemein vom Staat gefordert, ward nur für die endgültig anzustellenden Pfarrer aufrecht erhalten, nicht aber für die Hilfsgeistlichen. Dagegen überdauerten den Kulturkampf die Aufhebung der katholischen Abteilung im Kultusministerium, die Anzeigepflicht in dem erwähnten Umfang, der Kanzelparagraph, die Zivilehe, die Teilnahme der Gemeinden an

*) Dessen Rücktritt vollzog sich unter auffallenden Umständen. Er vertrat im Landtag das sogenannte Zuständigkeitsgesetz und wollte die Aufsicht über die Landgemeinden nicht dem Landrat zuweisen, sondern dem Kreisausschuß. Dagegen übersandte ihm Bismarck schriftliche Bedenken durch den geheimen Oberregierungsrat Rommel, und da Eulenburg das Schriftstück in der Herrenhaussitzung nur flüchtig überlas und es unbeachtet ließ, so hielt Rommel sich für verpflichtet, es in voller Sitzung zu verlesen. Eulenburg erbat darauf sofort seine Entlassung. Bismarck hatte dieses Verfahren Rommels nach den Aufzeichnungen des späteren Kultusministers Bosse (Grenzboten 1904 II 755) nicht befohlen, und Bosse hebt hervor, daß er ihm stets den Eindruck „subjektiver Wahrhaftigkeit und innerlicher Freiheit und Größe gemacht habe".

Digitized by Google

der Verwaltung des Kirchenvermögens, das Verbot von Ordensschulen für Knaben und die staatliche Schulaufsicht. Das „Expatriierungsgesetz“ (S. 337) ist erst am 6. Mai 1890 abgeschafft worden, das Jesuitengesetz stückweise 1904 und 1917. Daß der Papst der Anzeigepflicht zustimmte, daß er sich nicht auf den Standpunkt versteifte, die Anstellung der Geistlichen gehe den Staat lediglich nichts an, wurde von den ultramontanen Heißspornen als schwere Niederlage empfunden, und ein Blatt dieser Richtung schrieb: „Der heilige Vater Leo XIII. hat im Gegensatz zu seinem Vorgänger Pius IX., zu den preußischen Bischöfen, zum Klerus, zum katholischen Volk Preußens die Falksche Anzeige zugestanden, gegen die wir vierzehn Jahre siegreich gekämpft haben. Es ist eine schwere Prüfung über uns verhängt. Auf den Grabstein des Zentrums müssen die Worte kommen: Von den Feinden nie besiegt, von den Freunden nie verlassen, aber vom Papste, für dessen Rechte es siebzehn Jahre gestritten und gelitten, verleugnet.“*) Erwägt man dies alles, so wird man nicht urteilen können, daß Bismarck sein stolzes Wort: „Nach Canossa gehen wir nicht,“ Lügen gestraft habe. Gewiß, der preußische Staat hat keinen vollen Sieg im Kulturkampf erfochten; aber er hat auch keine volle Niederlage erlitten. Der Kulturkampf war für Bismarck nicht Selbstzweck, wie er es für katholische und protestantische Fanatiker war; für ihn galt es nur die Rechte des Staats gegen den Ultramontanismus zu verteidigen, und daß der Staat durch Schulaufsicht, Anzeigepflicht, Ausschluß der Orden von den Knabenschulen, Verbot der jesuitischen Ansiedlungen 1887 besser geschützt war als 1871, ist gar nicht zu bezweifeln. Wenn der Staat in der Hitze des Kampfes die Kirche hat zu seiner Dienerin machen wollen, so ist das begreiflich, das Fehlschlagen solcher Pläne aber nicht zu bedauern; der allmächtige Staat ist der Kultur und Freiheit in seiner Weise ebenso gefährlich als die allmächtige Kirche. Der Friede, den Bismarck schon in seiner Reichstagsrede vom 10. März 1873 als sein Ziel bezeichnet hatte, war jetzt möglich; also mußte er auch geschlossen werden — der innere Hader war eine Gefahr auch für die Macht des Staats nach außen wie für seine Festigkeit im Innern.

Die energische Hinkehr Bismarcks auf die wirtschaftlichen und Steuerfragen war mit der Durchbringung der Zollreform nicht erschöpft. Im April 1880 erinnerte er die Hansastädte Hamburg

*) Majunke, Geschichte des Kulturkampfes, S. 271.

und Bremen daran, daß ihre Sonderstellung außerhalb des Zollvereins nicht ewig dauern könne, daß nach Artikel 34 der Reichsverfassung sie auf ihren Antrag in den Verein aufgenommen werden könnten, und daß es endlich Zeit sei, diesen Antrag zu stellen; das preußische Altona mußte entweder, solange Hamburg zollfremd blieb, es auch bleiben, oder mußte mindestens die mit ihm zusammenhängende hamburgische Vorstadt St. Pauli mit ihm in den Verein treten. Nach lebhaftem Widerstand der Hamburger, welche aus alter lieber Gewohnheit für die Vorteile des Beitritts blind waren, fügten sie sich am 25. Mai 1881; Hamburg durfte zu Zwecken des Durchgangshandels ein kleines Freihafengebiet behalten und erhielt für die dort notwendigen mannigfachen Bauanlagen eine Beihilfe vom Reich bis zum Betrag von vierzig Millionen Mark. Am 31. März 1885 trat auch Bremen in den Zollverein, unter denselben Bedingungen, nur daß der Reichsbeitrag auf 12 Millionen bemessen wurde. Damit war die wirtschaftliche Einheit Deutschlands vollendet; sie ward der zähen Tatkraft desselben Mannes verdankt, der uns die politische erkämpft hatte.

Das Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie legte dem Staat die Pflicht auf, nicht bloß mit Strafen und Unterdrückung vorzugehen, sondern die Interessen der arbeitenden Klassen, als deren Anwalt sich die Sozialdemokratie gebärdete, von sich aus tatkräftig zu fördern, und Bismarck, der schon vor fast zwanzig Jahren mit Lassalle verhandelt und sich für den Plan von Produktivgenossenschaften der Arbeiter interessiert hatte (S. 165), den sein Freund, der geheime Rat Hermann Wagener (S. 30), im Sinn konservativer Sozialreform beeinflußt hatte und der im Winter 1881—82 mit dem ähnlich gesinnten Württemberger Schäffle,*) dem früheren Tübinger Professor und österreichischen Minister, sich beriet, hat von Anfang an keinen Zweifel darüber gelassen, daß er sich jener Pflicht vollauf bewußt war, daß er begriff, es gelte nicht bloß die gemeingefährlichen Machenschaften mit starker Faust niederzuhalten, sondern auch die berechtigten Wünsche und Bestrebungen der unteren Volksschichten tatkräftig wahrzunehmen. Bismarck hat in diesem Sinne am 9. Januar 1882 an das Wort Friedrichs des Großen erinnert, je serai le roi des gueux, und hat einmal gegenüber dem Abgeordneten Bamberger, der ein solches Vorgehen als Staatssozialis-

*) Albert Schäffle, aus meinem Leben, Berlin 1905, 2, 143—184.

Digitized by Google

mus angriff, gesagt (am 12. Juni 1882): „Sie werden genötigt sein, dem Staat ein paar Tropfen sozialen Öles im Rezept beizusetzen; sozialistisch war die Freiheit (= Befreiung) des Bauernstandes, sozialistisch ist jede Enteignung zugunsten der Eisenbahnen, sozialistisch im höchsten Grade die Zusammenlegung der Grundstücke, die ganze Armenpflege, der Schulzwang, der Wegebau, das heißt der Zwang zum Wegebau, indem ich auf meinen Grundstücken einen Weg für die Durchreisenden erhalten muß. Das alles ist sozialistisch. Wenn Sie glauben, mit dem Wort „Sozialismus" jemand Schrecken einflößen zu können, so stehen Sie auf einem Standpunkte, den ich längst überwunden habe und dessen Überwindung für die ganze Reichsgesetzgebung durchaus notwendig ist." „Ich bin nicht der Meinung," hat er ähnlich am 2. April 1881 gesagt, „daß das ‚laisser faire, laisser aller,' das reine Manchestertum in der Politik, ‚jeder sehe, wie er's treibe, jeder sehe, wo er bleibe,' ‚wer da hat, dem wird gegeben; wer da nicht hat, dem wird genommen,' daß das im Staat, namentlich in dem monarchischen, landesväterlich regierten Staat Anwendung finden könne... In diesem Gesetze (über die Unfallversicherung) liegt die Tendenz, das Gefühl menschlicher Würde, welches auch der ärmste Deutsche meinem Willen nach behalten soll, wach zu erhalten, daß er nicht rechtlos als reiner Almosenempfänger dasteht, sondern daß er ein peculium (eigenen Besitz) an sich trägt, über das niemand außer ihm verfügen kann, und das ihm auch nicht entfremdet werden kann und das ihm eine bessere Behandlung sichert, wenn er den Zuschuß, den er mit hineinbringt, aus dem Hause auch wieder entfernen kann... Nennen Sie das Sozialismus oder nicht; es ist mir das ziemlich gleichgültig... Ein Name, den ich bereitwillig annehme, ist der: praktisches Christentum, aber sans phrase, wobei wir die Leute nicht mit Reden und Redensarten bezahlen, sondern wo wir ihnen auch wirklich etwas gewähren wollen."

Aus diesem Geiste heraus erfolgten nacheinander 1880 der von Bismarck nachdrücklich betriebene „Kampf gegen den Steuerexekutor" vermittelst des Steuernachlasses in Preußen, der alle Staatsbürger, die weniger als 1200 Mark Jahreseinkommen hatten, von der sogen. Klassensteuer (d. h. der nach dem Einkommen abgestuften Steuer) befreite;*) die Versicherung der in Berg- und Hütten-

*) Die eigentlich in der Konsequenz dieses Steuernachlasses liegende Weiterbildung der Einkommensteuer zu stärkerer Heranziehung der größeren Einkommen fand bei Bismarck Widerstand, auch die Verbesserung des Einschätzungswesens. Erst Miquel hat 1891 diese Reform durchgeführt.

werken, Salinen, Gruben, Werften, Bauten und Fabriken beschäftigten Arbeiter und Betriebsbeamten bis 2000 Mark Einkommen gegen Krankheit (1883) und gegen Unfälle (1884) und endlich gegen Alter und Gebrechlichkeit (1889, in Kraft gesetzt 1891). Dieses Gesetz ist freilich nicht in dem Sinn zustand gekommen, wie Bismarck gewünscht hat. Er wollte, daß die Arbeiter gar keine Beiträge zu den Kosten dieser Versicherung zahlen sollten, und dachte sich die Altersversorgung als das oben genannte peculium, einen Rechtsanspruch, der ohne Abhängigkeit vom Wohlwollen und der Leistungsfähigkeit der Gemeinden lediglich auf die Tatsache von Alter und Gebrechlichkeit gegründet und nicht durch „Klebemarken“ für gezahlte Beiträge erworben werden sollte. Das Reich sollte die Auslagen durch die Erträge des Tabakmonopols decken. Als in der bürokratischen Ausarbeitung des Gesetzes, wesentlich auf das Betreiben des Staatssekretärs des Innern, Böttcher, die „Klebemarken“ eingefügt wurden, verlor Bismarck das Interesse an dem Gesetz, das seiner Absicht nach die Arbeiter hatte an das Reich und die Monarchie fesseln sollen, denen sie ihre Versicherung verdankt hätten, und das ihnen nun die unwillkommene Nötigung zu Ersparnissen schon zu einer Zeit auferlegte, wo man noch nicht an das Alter zu denken gewohnt ist.*) Um die soziale Gesetzgebung besser fördern zu können, hat Bismarck am 23. August 1880 zu seinen andern Ämtern als Reichskanzler, preußischer Ministerpräsident und preußischer Minister des Auswärtigen auch noch das preußische Handelsministerium übernommen, das in erster Linie für soziale Maßnahmen zuständig war. Dieser Schritt kam aller Welt so unerwartet, daß Bismarck gesagt hat, er sei unter die liberalen geheimen Räte des Handelsministeriums getreten wie Odysseus unter die entsetzten Freier. Um sich mehr Hilfe zu schaffen, rief Bismarck 1880 den preußischen Volkswirtschaftsrat**) ins Leben, der dann nach den Wahlen vom 27. Oktober 1881 eine Art Gegenparlament gegen den zu fast sieben Zehnteln oppositionellen, ultramontan-fortschrittlichen Reichstag wurde. Der Rat bestand aus 75 Mitgliedern (darunter mindestens 15 Handwerkern und Arbeitern) und sollte gegenüber den Bürokraten vom grünen Tisch und den parlamentarischen Rednern die Interessen der arbeitenden Stände und die Gesichtspunkte des praktischen Lebens vertreten,

*) G. Hofmann, Fürst Bismarck 1896—98, 2, 289—290.

**) Eröffnet am 27. Januar 1881 mit einer Rede Bismarcks. Über diese Körperschaft siehe die Rede vom 1. Dezember 1881.

Digitized by Google

welche im Reichstag und bei der Bürokratie zu kurz kamen. Die Ausgestaltung dieser Körperschaft zu einer gesamt-deutschen scheiterte an der ablehnenden Haltung des Reichstages.

Von den politischen Parteien stand der Politik des Staatssozialismus, des praktischen Christentums am schärfsten entgegen die liberale Linke, deren zwei Teile, Fortschritt und Sezessionisten, auf den Rat des Kronprinzen am 5. März 1884 sich zu der „deutsch-freisinnigen Partei" zusammenschlossen. Diese zählte 106 Reichstagsabgeordnete; ihre Führer Eugen Richter, der alte Fortschrittler, und Bamberger, der einstige Nationalliberale, bekämpften Bismarck aufs nachdrücklichste, und Richter schreckte sogar vor der persönlichen Verdächtigung nicht zurück, daß Bismarck die landwirtschaftlichen Zölle aus selbstsüchtigem Interesse, um sein Korn und sein Vieh besser abzusetzen, durchgesetzt habe („Schweinepolitik"). Das Zentrum war an sich grundsätzlich von jeher für eine tatkräftige Sozialpolitik und hat auch für die meisten genannten Gesetze, mit Ausnahme desjenigen für Alter und Gebrechlichkeit, gestimmt; aber trotz dieser verhältnismäßigen Gemeinschaft der Ziele auf sozialpolitischem Gebiet blieb es doch noch von Bismarck durch eine tiefe Kluft getrennt, „der Belagerungsturm, welcher der Regierung ununterbrochen, kampfbereit, angriffsbereit gegenübersteht" (Rede vom 8. Mai 1880), „mit dessen Ansprüchen der Friede in Preußen dauernd nicht zu finden sein wird, dem die ganzen liberalen Parteien die Heerfolge absolut und für immer versagen sollten" (ebenda). Die Grundlagen des Zentrums ruhten in einem anderen Boden als dem Bismarcks; bei seiner grundsätzlichen Stellung zum Staat, den es unter die Kirche stellte, blieb es in Fragen von höchster staatlicher Bedeutung unzuverlässig. Namentlich bekämpfte es heftig die 1886 von Bismarck energisch aufgenommene Abwehr der großpolnischen Ausbreitungsbestrebungen (S. 34. 103 f.)*) und die Verstärkung des deutschen Elements in Posen und Westpreußen, ein Ziel, das Bismarck einerseits durch Ausweisung von 30 000 ausländischen Polen, andererseits durch Förderung deutscher Siedelungen (Errichtung der Ansiedelungskommission durch Gesetz vom 26. April 1886) zu erreichen suchte. Für wie wichtig er diese Verdeutschung der Ostmark ansah, wissen wir vom Jahre 1863 her (S. 103). In mehreren

*) Hierüber kann man vergleichen im politischen Handbuch der nationalliberalen Partei, Berlin 1907, die sachlich lehrreichen Artikel innere Kolonisation S. 507—514 und Polenfrage S. 801—810.

großen Reden (im Abgeordnetenhaus am 28. und 29. Januar 1886, im Herrenhaus am 15. April) hat er den Antrag Achenbach und Genossen, für Ansiedelungszwecke 100 Millionen Mark auszuwerfen, befürwortet und den Polen auf den Kopf zugesagt, daß sie Preußen auf Kündigung, und zwar auf vierundzwanzigstündige Kündigung seien, daß sie sogar ohne Kündigung gegen Preußen losschlagen würden, wenn sie könnten, Preußen also unbedingtes Recht und unbedingte Pflicht habe, sich gegen sie zu sichern. Das Zentrum fürchtete aber von dieser Politik eine systematische Protestantisierung der Ostmark — daß protestantische Deutsche vor der Polonisierung weit mehr gefeit waren als katholische, konnte es freilich nicht abstreiten. Gelegentlich versetzte Windthorst Bismarck auch nicht ungern empfindliche Nadelstiche, wie am 15. Dezember 1884 durch die Ablehnung des von Bismarck wegen Geschäftsandrang verlangten dritten Ministerialdirektors im auswärtigen Amt; mit 141 gegen 119 Stimmen wurde dieser Posten verworfen. Die Konservativen, die Nationalliberalen und die antisemitischen Christlich-Sozialen unter der Führung des Hofpredigers Stöcker unterstützten die sozialpolitischen Bestrebungen Bismarcks, obschon es auch hier an Reibungen nicht fehlte. Die alte konservative Fronde gegen Bismarck hielt sich zurück, war aber nicht ausgestorben und verübelte es ihm, daß er mit den Nationalliberalen nicht ganz brach. Zwar zog sich der nationalliberale Führer Bennigsen am 11. Juni 1883 unter Niederlegung seiner Mandate für Reichs- und Landtag für mehrere Jahre, bis 1887, vom öffentlichen Leben zurück, verstimmt über Bismarck, der mit Zähigkeit die Einführung zweijähriger Etatsperioden statt einjähriger anstrebte, um mehr Zeit für andere Arbeiten zu schaffen, über Richter, der jedes Zusammengehen mit den Nationalliberalen verwarf und durch die Spaltung der Liberalen den liberalen Einfluß schädigte, endlich über seine Fraktion, welche jedes Nachgeben des Staats im Kulturkampf ablehnte.*) Die Partei selbst aber wurde seit der Sezession 1880 und vor allem durch den 1884 nachdrücklich einsetzenden Einfluß der Süddeutschen, die in der Heidelberger Erklärung vom 23. März d. J. sich für Bismarcks äußere und innere Politik und in diesem Sinn für Förderung der Landwirtschaft aussprachen, viel zuverlässiger als früher. Waren die Parteien mannigfach unsicher, so genoß Bismarck in den sozialen Fragen, wie überhaupt, das volle Vertrauen und die volle Unterstützung seines kaiserlichen Herrn. Als der am 27. Oktober

*) S. H. Oncken. Bennigsen 2, 495—497.

Digitized by Google

1881 gewählte neue Reichstag zusammentrat, war Bismarck über dessen oppositionellen Charakter sehr verstimmt; schon in der Voraussicht des ungünstigen Wahlausfalls hatte er am 23. Oktober 1881 zu dem Pariser Botschafter Fürsten Hohenlohe-Schillingsfürst gesagt *): „Die Deutschen verstehen mit dem Nürnberger Spielzeug, das ich ihnen gegeben habe, nicht umzugehen; sie verderben es. Wenn das so fortgeht, so werden die verbündeten Regierungen wieder zum alten Bundestag zurückkehren, nur das militärische und das Zollbündnis behalten, den Reichstag aber aufgeben." Es war eine Äußerung des Unmuts, welche man nicht allzu wörtlich nehmen, aber freilich auch nicht als bloße Redensart werten darf; sie zeigt immerhin, daß der Reichskanzler, der öfters in jenen Jahren (so am 28. November 1881) die national gewordenen Dynastien als eine verläßlichere Bürgschaft der deutschen Einheit als das Parlament bezeichnete, einen äußersten Fall ins Auge gefaßt hat, wo man auf den Reichstag als direktes Hindernis der nationalen Einheit werde verzichten müssen. Um so wichtiger war für ihn, seinen kaiserlichen Herrn unbedingt auf seiner Seite zu wissen: und der Kaiser hat sich aufs entschiedenste zu der Sozialpolitik Bismarcks bekannt, indem er auf den Rat seines Ministerpräsidenten an den Reichstag jene berühmte Botschaft vom 17. November 1881 richtete, welche ein unsterbliches Denkmal seines landesväterlichen Sinnes und seiner fürstlichen Pflichttreue darstellt. Bismarck hat sie auf Befehl seines durch Unwohlsein verhinderten Herrn dem Reichstag bei dessen Eröffnung verlesen; ihre Summe faßt sich in den Sätzen zusammen: „Die Heilung der sozialen Schäden wird nicht ausschließlich im Wege der Repression sozialdemokratischer Ausschreitungen, sondern gleichmäßig auf dem Wege der positiven Förderung des Wohls der Arbeiter zu suchen sein. Wir halten es für Unsere kaiserliche Pflicht, dem Reichstag diese Aufgabe von neuem ans Herz zu legen, und wir würden mit um so größerer Befriedigung auf alle Erfolge, mit denen Gott unsere Regierung sichtlich gesegnet hat, zurückblicken, wenn es Uns gelänge, dereinst das Bewußtsein mitzunehmen, dem Vaterlande neue und dauernde

*) S. dessen Denkwürdigkeiten 2, 320. Das Nürnberger Spielzeug ist der Reichstag; in Nürnberg fertigte man die feinsten Spielwaren („Nürnberger Tand geht in alle Land"). Der Kanzler wollte also sagen: der Reichstag ist ein feines Werkzeug, das leicht verstimmt und verdorben ist, das man mit Umsicht behandeln muß: das verstehen die Deutschen nicht.

Digitized by Google

Bürgschaften seines inneren Friedens und den Hilfsbedürftigen größere Sicherheit und Ergiebigkeit des Beistandes, auf den sie Anspruch haben, zu hinterlassen." Als später die Unfallversicherung nur sehr langsam vorwärts kam, erließ der Kaiser eine zweite Botschaft am 14. April 1883, in welcher er in ergreifenden Worten darauf hinwies, daß die zur Durchführung sozialer Reformen erforderliche Zeit eine lange sei für die Empfindungen, mit welchen er in seinem Lebensalter auf die Größe der Aufgaben blicke, und dem Parlament, dessen bewährten treuen Sinn für Kaiser und Reich er rühmend anerkannte, die baldige Erledigung des genannten Gesetzes ans Herz legte.

Wie Bismarck mit seiner Sozialpolitik große Erfolge errungen hat (auch in der Begrenzung, welche die Rücksichten auf das praktische Leben und die Erwerbsmöglichkeit für die Arbeiter ihm zu ziehen schienen), so gelang ihm ein anderes großes Werk, die Verstaatlichung der meisten preußischen Eisenbahnen. Zu diesem Unternehmen ist er durch die Kurzsichtigkeit und Engherzigkeit der Mittelstaaten gedrängt worden, welche, wie oben (S. 343 f.) dargelegt, sowohl ein wirksames Reichseisenbahngesetz, das dem am 27. Juni 1873 errichteten Reichseisenbahnamt die nötigen Befugnisse verliehen hätte, als 1876 den Ankauf der deutschen Bahnen für das Reich vereitelt hatten. Auch das preußische Handelsministerium hatte, wie Bismarck am 26. April 1876 im Abgeordnetenhaus gesagt hat, Schwierigkeiten erhoben. Bismarck gewann für die Durchführung der Verstaatlichung der preußischen Bahnen in der Person des früheren (1874—77) Präsidenten des Reichseisenbahnamtes Maybach (S. 343), der am 28. März 1878 an die Spitze des Ministeriums für Handel, im Juli 1879 an die des Ministeriums für öffentliche Arbeiten trat, einen hervorragenden Mitarbeiter, welcher den großartigen Plan mit ebenso viel Tatkraft als Umsicht und Wahrnehmung des öffentlichen Wohls durchführte. Maybach scheute sich nicht, am 11. Nov. 1879 das kühne Wort auszusprechen, daß es gelte, die großen Anstalten des öffentlichen Verkehrs den Spekulationen der Börse zu entziehen, die auf diesem Gebiet, so notwendig sie sonst für das wirtschaftliche Leben sei, als Giftbaum wirke, der auf die Nation seinen verderblichen Schatten werfe. Er erwarb in den nächsten Jahren etwa 15 000 Kilometer Privatbahnen für den Staat, baute 12 000 Kilometer dazu und hinterließ, als er 1891 in den wohlverdienten Ruhestand trat, dem Staat ein Eisenbahnnetz von über 30 000 Kilometern, das fast Acht-

Digitized by Google

fache der Ziffer, welche er 1879 vorgefunden hatte. Dadurch wurde die planvolle Förderung des Verkehrs in großem Maßstab ermöglicht und zugleich dem Staat eine Einnahmequelle geschaffen, welche ihm einen Bruttoertrag von über zwei Milliarden, drei Fünftel des ganzen staatlichen Einkommens, lieferte.

Die Finanzen des Reichs dauernd aus reichen Quellen zu speisen, hat Bismarck im Jahr 1882 dadurch versucht, daß er das Tabakmonopol für das Reich in Vorschlag brachte. Schon 1878 hatte er sich dazu bekannt (S. 346); am 4. Februar 1881 hat er wiederholt, daß der Tabak mehr bluten müsse, und verheißen, daß er alle Kraft bis zum letzten daran setzen wolle: „Ich werde auf der Bresche sterben; ein braves Pferd stirbt in den Sielen!" Vom Monopol versprach sich Bismarck einen Jahresüberschuß von über 163 Millionen Mark und befürwortete seinen Plan in zwei gewaltigen Reden am 12. und 14. Juni 1882, namentlich mit Rücksicht auf die jetzt bestehende ungeheure Belastung der Staatsbürger mit Gemeindesteuern, welche in manchen Gemeinden einen Zuschlag von 350 Prozent zur Klassensteuer notwendig machten. An Stelle dieser harten direkten Steuern sollten die indirekten treten, „welche sich von selbst verteilen und sich wassergleich ins richtige Niveau setzen." „Man wählt Leute," sagte er damals, „welche dem Kanzler den Willen brechen. Meine Herrn, das ist wirklich eine traurige Satisfaktion, dem Kanzler den Willen zu brechen, wenn der Wille vielleicht berechtigt ist, vielleicht zum Nutzen des Landes ist ... Sie können mich ja fragen, was veranlaßt diesen matten Greis, seine Sisyphusarbeit fortzusetzen, wenn er selbst die Überzeugung hat, er kommt zu nichts ... Wir haben, in Preußen wenigstens, eine eigentümliche militärische Tradition, das ist die des Dienst- und des Pflichtgefühls ... Nachdem ich meinen Herrn und König nach dem Nobilingschen Attentat in seinem Blute habe liegen sehen, da habe ich mir stillschweigend gelobt, gegen seinen Willen nicht aus dem Dienst zu gehen. Das ist der einzige Grund, warum Sie mich überhaupt noch hier sehen ... Ich kann mich in schlaflosen Nächten des Gedankens nicht erwehren, daß vielleicht unsere Söhne nochmals wieder um den wohlbekannten runden Tisch des Frankfurter Bundestags sitzen könnten ... Seien Sie einig und lassen Sie den nationalen Gedanken vor Europa leuchten; er ist augenblicklich in der Verfinsterung begriffen!" (12. Juni.) Aber trotz aller Bemühungen war der Reichstag für das Monopol nicht zu haben, ein Teil, weil er „diesem Ministerium überhaupt keinen Groschen bewilligen" wollte, ein

Digitized by Google

anderer, weil Monopole ihm etwas Veraltetes und Rückständiges zu sein schienen. Mit 276 gegen 43 Stimmen ward am 14. Juni 1882 das Tabakmonopol verworfen, und das nun von Bismarck vorgeschlagene Branntweinmonopol, von dem ein Jahresüberschuß von sogar 300 Millionen errechnet wurde, hatte kein besseres Schicksal, da in dem am 27. Oktober 1884 gewählten Reichstag zwar die deutschfreisinnige und die süddeutsche („deutsche") Volkspartei von 105 Mann auf 74 zurückgegangen, die Rechte von 78 auf 106, die Nationalliberalen von 45 auf 51 Mann gewachsen waren, die Mehrheit (240 gegen 157) aber doch noch bei dem Zentrum, den Polen und Dänen, den elsässischen Protestlern, den Sozialdemokraten, den Deutschfreisinnigen und Volksparteilern war und auch die sonst mit Bismarck gehende Minderheit von Monopolen nichts wissen wollte. Am 27. März 1886 wurden gegen das Branntweinmonopol 181, dafür nur 3 Stimmen abgegeben; 37 Abgeordnete enthielten sich. Auch die 1881 eingebrachte und mit dem Beispiel Frankreichs, Österreichs und der Schweiz begründete Wehrsteuer, die durch die vom Heeresdienst aus irgend einem Grund befreiten Personen entrichtet werden sollte, ward vom Reichstag als unbillige Belastung von Leuten abgelehnt, die ohnehin gesundheitlich benachteiligt seien.

Gegenüber diesen bedauerlichen Mißerfolgen hebt sich leuchtend hervor der Fortschritt des nationalen Gedankens und der nationalen Macht, der in dem Eintritt Deutschlands in die Reihe der Kolonialmächte liegt; auch ihn hat noch Bismarck vollzogen.*) Er hat am 23. Juni 1884 in der Budgetkommission und am 26. Juni im Reichstag selbst sein Verhältnis zu der Frage des Erwerbs von Kolonien dargelegt. Er „wollte keine Treibhauskolonien," welche die Regierung künstlich hervorruft und fördert, „sondern nur den Schutz der aus sich selbst heranwachsenden Unternehmungen." „Unsere Absicht ist nicht, Provinzen zu gründen, sondern kaufmännische Unternehmungen zu schützen in ihrer freien Entwicklung sowohl gegen die Angriffe aus der unmittelbaren Nachbarschaft, als auch gegen Bedrückung und Schädigung von seiten anderer europäischer Mächte. Bei dem französischen System will die Staatsregierung jedesmal beurteilen, ob das Unternehmen ein richtiges ist und ein Gedeihen in Aussicht stellt. Bei unserem System

*) Kurt Herrfurth, Fürst Bismarck und die Kolonialpolitik, Berlin 1909. Maximilian v. Hagen, Voraussetzungen und Veranlassungen für Bismarcks Eintritt in die Weltpolitik, Berlin 1914.

Digitized by Google

überlassen wir dem Handel, dem Privatmann die Wahl, und wenn wir sehen, daß der Baum Wurzel schlägt, anwächst und gedeiht und den Schutz des Reichs anruft, so stehen wir ihm bei." „Ich kann es," sagte er gegenüber den feigherzigen deutschfreisinnigen Jammerseelen, welche von einem kolonialpolitischen Auftreten Deutschlands Verwicklungen mit anderen Mächten, namentlich England, besorgten, „nicht über mich gewinnen, diesen hanseatischen Unternehmern, deren Mut und Schneidigkeit und Begeisterung für ihre Aufgabe mich erfreuen, zu sagen: das ist alles sehr schön; aber das Reich ist nicht stark genug, euch zu helfen; es würde das Übelwollen anderer Staaten auf sich ziehen, es würde Nasenstüber bekommen, für welche Vergeltung zu üben es keine Flotte hat. Wir sind zu arm, wir sind zu schwach, wir sind zu furchtsam, für euren Anschluß an das Reich euch Hilfe vom Reich aus zu gewähren. Ich habe nicht den Mut gehabt, diese Bankerotterklärung der deutschen Nation auf überseeische Unternehmungen als Reichskanzler auszusprechen."

Der erste Anlaß, aus dem das Reich Stellung zu kolonialen Fragen nehmen mußte, ergab sich 1880, wo das Hamburger Haus Godeffroy auf den Samoa-Inseln eine „deutsche Handelsgesellschaft" begründen wollte und vom Reich eine Zinsbürgschaft erbat. Bismarck schlug vor, eine solche im Betrag bis zu 300 000 Mark auf zwanzig Jahre in Aussicht zu stellen; er war aber gesundheitshalber verhindert, die Sache im Reichstag zu vertreten, und dieser lehnte die Vorlage unter dem Einfluß des Dalai Lama der Manchesterlehre, Bamberger, am 27. April 1880 mit kleiner Mehrheit ab, weil ein Geschäft, das vom Staate Unterstützung verlange, von vornherein nichts tauge. So ging die Möglichkeit, deutscherseits ausschließlich die Hand auf die „Perle der Südsee" zu legen, ungenützt vorüber und kam nie wieder. Der traurige Vorgang erweckte aber in Deutschland weithin großen Unwillen und wurde so ein Anlaß, daß die Kreise, welche die Notwendigkeit einer kräftigen überseeischen Betätigung des Reichs einsahen, sich rührten und ermannten. Am 8. Dezember 1882 entstand die deutsche Kolonialgesellschaft zum Zweck der Förderung kolonialpolitischen Verständnisses und kolonialpolitischer Interessen; durch Herausgabe einer Wochenschrift, durch Reden und Vorträge und durch Studium kolonialwirtschaftlicher Fragen suchte sie aufklärend und werbend zu wirken. Bismarck kam diesen Bestrebungen entgegen, und als 1883 der Bremer Großkaufmann Eduard Lüderitz von den Hottentotten an der Bucht Angra

Digitized by Google

Pequena (= „kleine Bucht") in Südwestafrika ein Gebiet von etwa 50 000 Quadratkilometern (etwa im Umfang von Württemberg, Baden und Elsaß-Lothringen) erwarb, gewährte ihm Bismarck am 24. April 1884 dafür den Schutz des Reiches. Das Übelwollen der Engländer, die argwöhnten, Bismarck wolle sie zur Abtretung von Helgoland zwingen, ließ sich Bismarck nicht anfechten; sobald sie erklären mußten, daß sie auf Angra Pequena Eigentumsrechte nicht geltend machen könnten, griff er zu, und schickte dann im Juni 1884 seinen Sohn Herbert, der damals Hilfsarbeiter im auswärtigen Amt war und bald Unterstaats- und Staatssekretär daselbst und des Vaters einzigartig verlässige Stütze wurde, nach England, um die formelle Anerkennung des deutschen Schutzes über „Lüderitzland" zu erlangen. Der englische Minister Granville wollte die Bedingung daran knüpfen, daß die Deutschen ihren Machtbereich nicht ostwärts von Angra Pequena bis zu den Burenstaaten ausdehnten; allein er erhielt die kühle Antwort, daß Deutschland über freie Gebiete niemand ein Verfügungsrecht zugestehe und sich also in solchen Gebieten auch keine Grenze ziehen lasse. Nun erkannte Granville am 22. Juni 1884 mürrisch unsere Hoheitsrechte über Lüderitzland an und setzte den rechtswidrigen und frechen Beschluß der Kapregierung, welche nachträglich das deutsche Gebiet für einverleibt erklärte, außer Kraft.*) Dagegen verhielt sich Bismarck ablehnend zu der Bitte des Präsidenten der südafrikanischen Republik Paul Krüger, daß Deutschland diese Republik unter seinen Schutz nehmen möge; es war vergebens, daß der Missionsinspektor Wangemann hierüber Bismarck Vortrag erstattete.**) Krüger war am 8. und 9. Juni 1884 in Berlin, nahm an der Einweihung des neuen Reichstagshauses Anteil und saß bei der Festtafel neben Bismarck und dem Kaiser gegenüber. Die Annahme seiner Bitte würde uns mit England, das 1885 durch die Besitznahme von Betschuanaland die Buren von Deutsch-Südwestafrika abschnitt, völlig entzweit und uns eine Aufgabe gestellt haben, welche mit unseren Mitteln kaum zu lösen war. In dem nächsten Monat schuf Bismarck in Kamerun die erste direkte Reichskolonie (Juli 1884), und am 27. Februar 1885 erwirkte er der „Gesellschaft für deutsche Kolonisation" einen kaiser-

*) S. Busch, Tagebuchblätter 3, 171—172. Was dort von der „Derbheit" Herbert Bismarcks gegen die Engländer erzählt wird, ist mit Mißtrauen aufzunehmen; Fürst Herbert hat die „Derbheit" in einem Brief an mich vom 8. Februar 1904 ausdrücklich bestritten und Buschs Glaubwürdigkeit überhaupt mit großen Fragezeichen versehen.

**) Vgl. Gustav v. Diest, Aus dem Leben eines Glücklichen, S. 483.

Digitized by Google

lichen Schutzbrief für ihren ostafrikanischen Besitz im Umfang von zunächst 140 000 Quadratkilometern. Das gleiche tat er 1885 bezüglich der deutschen Neuguineagesellschaft, welche auf der Insel, von der sie den Namen trug, ein beträchtliches Gebiet erworben hatte.

Um aus den seit 1884 rasch erfolgenden Besitzergreifungen in Afrika nicht Zwist unter den Großmächten entstehen zu lassen, lud Bismarck, der sich damals mit der französischen Republik gut verstand, im Einvernehmen mit dieser alle in Afrika interessierten Mächte auf 15. November 1884 zu einer Konferenz nach Berlin ein. Auf dieser wurde beschlossen, 1. die Anerkennung des unter dem Szepter Leopolds II. von Belgien stehenden „unabhängigen Kongostaats", 2. Handelsfreiheit auf dem Kongo und dem Niger, 3. Abschaffung der Sklaverei im Bereich der Mächte und des Kongostaats und 4. gewisse Vorschriften, nach denen künftig Besitznahmen in Afrika erfolgen sollten. Ferner setzte Bismarck am 23. März 1885 im Reichstag die Gewährung einer Unterstützung durch, welche dem norddeutschen Lloyd in Bremen für die Errichtung von Postdampferlinien nach Ostasien und Australien vom Reich gewährt werden sollte; sie betrug jährlich 5,4 Millionen Mark für einen Zeitraum von fünfzehn Jahren und sollte die rasche Beförderung der deutschen Post und die Anknüpfung von wirtschaftlichen Beziehungen ermöglichen. 1889 ward auch einer Wörmann-Linie von Hamburg nach Kamerun und Sansibar auf zehn Jahre ein Zuschuß von je 900 000 Mark jährlich ausgeworfen. Endlich wurden 1885 die Marschallsinseln im stillen Ozean und 1886 die Karolinen für uns in Besitz genommen. Da aber die Spanier gegen die Besetzung der Karolinen Einsprache erhoben, schlug Bismarck zum weidlichen Ärger vieler strammer Protestanten vor, die Sache dem Papst Leo XIII., mit dem Preußen damals in den früher erzählten erfolgreichen Verhandlungen (S. 346 f.) stand, als Schiedsrichter zu unterbreiten. Leo XIII. entschied dann zugunsten der Spanier, welche seit 1525 eine Missionsstation auf den Karolinen unterhielten, sprach aber den Deutschen das Recht zur Anlage einer Kohlenstation auf der Inselgruppe zu. Im Zusammenhang mit dieser Sache erhielt Bismarck am 31. Dezember 1886 von dem geschmeichelten Papst den Christusorden, den bisher noch kein Protestant empfangen hatte; auch widmete ihm der Papst ein Exemplar seiner lateinischen Gedichte.

Im gleichen Jahr hat Bismarck einen treuen und dankbaren Freund an dem König Ludwig II. von Bayern verloren, der

Digitized by Google

ihm von den Verhandlungen von 1866 und 1870 her unbegrenztes Vertrauen entgegenbrachte und jedesmal, als Zeichen seiner Gnade, königliche Hofwagen nach Kissingen sandte, so oft Bismarck dorthin kam. Der König verfiel in geistige Umnachtung, in der er noch Bismarcks Rat vertrauensvoll eingeholt hat, und fand am 13. Juni 1886 auf nicht aufgeklärte Weise einen gewaltsamen Tod in den Wellen des Starnberger Sees.

Drittes Kapitel.

Die auswärtige Politik des Reiches 1871—1888.

In der auswärtigen Politik des Reiches seit seiner Gründung [1]) galt es zunächst nur eine Hauptaufgabe zu lösen: das Gewonnene zu behaupten und zu diesem Zweck die Rachegelüste und Rachehoffnungen Frankreichs niederzuhalten. Diesem Zweck diente vor allem die Stärkung und Weiterentwicklung unserer Wehrkraft, welche durch das Heergesetz von 1874 und das mit ihm eingeführte und 1880 erneuerte Septennat gesichert wurde (S. 324 f.). Ohne die Grundlage einer starken Kriegsmacht, auf der das Reich erbaut worden war, würde es auch nicht Bestand gehabt haben; sie hielt den Grimm des besiegten Feindes in Schranken, und durch sie allein wurden auch die diplomatischen Meisterzüge wirksam, welche Bismarck zu dem genannten Zweck anwandte. Es war daher durchaus gerechtfertigt, wenn Kaiser Wilhelm I. Bismarcks Verdienste um die Entfaltung unserer Wehrkraft stets mit besonderer Wärme anerkannte und ihm auch des zum Zeichen hohe militärische Würden verlieh.

Zu den diplomatischen Mitteln, welche unser Reich und seine Macht erhalten sollten, gehörte vor allem die Herstellung, beziehungsweise Erhaltung eines guten Einvernehmens mit den mächtigen Nachbarstaaten Rußland und Österreich und die Vereinzelung Frankreichs. Bismarck hatte beständig die Möglichkeit vor Augen, daß unsere Nachbarn, von denen Österreich und Frankreich die Schärfe unseres Schwertes gefühlt hatten und Rußland unter den Einfluß des deutschfeindlichen Panslawismus zu geraten Gefahr lief, sich gegen uns zusammenschließen könnten, wie sie es 1757 gegen Friedrich den Großen getan hatten; er hatte, wie sein vertrauter Freund

[1]) Plehn, Bismarcks auswärtige Politik seit der Reichsgründung, München 1920; ein Werk voll Scharfblick und Gründlichkeit.

Digitized by Google

Graf Peter Schuwaloff ihm lächelnd einmal sagte, le cauchemar des coalitions, den Alpdruck möglicher Koalitionen gegen uns.*) Gewiß war er auch für einen solchen Fall der Ansicht, die er später in seiner berühmten Reichstagsrede vom 6. Februar 1888 ausgesprochen hat: „Wir Deutsche fürchten Gott, aber sonst nichts in der Welt!“ Aber so lang als möglich galt es doch das Äußerste hintanzuhalten, und deshalb suchte er in Österreich das Vertrauen dazu zu erwecken, daß Deutschland nach der Abrechnung von 1866, nachdem es die Möglichkeit besonderen nationalen Lebens sich erkämpft hatte, Österreich ehrliche Freundschaft entgegenbringe, und bestrebte sich, das Band, das durch die Blutsgemeinschaft der Deutschen in Österreich und derer im deutschen Reich gewoben war, dessen Stärke sich noch zwischen 1866—70 erprobt hatte und das nun durch keine gegensätzlichen Interessen mehr bedroht wurde, zu kräftigen und zu stärken. Ebenso war er bemüht, in St. Petersburg das Bewußtsein alter Freundschaft mit Preußen, die durch die enge Verwandtschaft der Dynastien verstärkt wurde, und des gemeinsamen monarchischen Interesses gegenüber den republikanischen und revolutionären Bestrebungen zu erhalten und es sieghaft und bestimmend für die russische auswärtige Politik zu machen. Der handgreiflichen Richtigkeit dieser Erwägungen hat man sich auch in Wien und St. Petersburg nicht entzogen, und so konnte es geschehen, daß Bismarck ein „Dreikaiserverhältnis“, wenn auch keinen förmlichen Bund wie 1813, zustande brachte. Im September 1872 erschienen der Zar Alexander II. und Kaiser Franz Joseph in Berlin, um vor aller Welt ihre Eintracht zur Schau zu stellen. Ein Zusammengehen beider Monarchen mit Frankreich war nach Bismarcks Meinung dann noch weniger zu fürchten, wenn in Frankreich die Republik Bestand hatte und die Bestrebungen nach Herstellung der bourbonischen Monarchie scheiterten. Daß der deutsche Botschafter in Paris, Graf Harry Arnim, dies nicht einsah und die Monarchisten, welche zugleich ultramontan waren, also mit dem Zentrum sympathisierten, begünstigte und ihre Unterstützung durch Deutschland empfahl, mußte Bismarck als eine eigenmächtige und verderbliche Durchkreuzung seiner äußeren wie seiner inneren Politik empfinden; er erwirkte deshalb 1874 Arnims Ersetzung durch den Fürsten Chlodwig von Hohenlohe-Schillingsfürst (S. 340) und 1877 die Abberufung des ultramontan gesinnten Botschafters Viconte Gontaut de Biron (S. 347).

*) Gedanken und Erinnerungen 2, 224. 233.

Digitized by Google

Die russische Politik wurde seit 1856 durch den Fürsten Alexander Michailowitsch Gortschakóff geleitet, der 1850—54 als russischer Gesandter gleichzeitig mit Bismarck in Frankfurt gewesen war. Beide standen von dieser Zeit her auf gutem Fuß. Gortschakóff hat die russische Politik in einem Preußen im allgemeinen günstigen Sinn geleitet, aber keineswegs so rückhaltslos, wie das gewöhnlich angenommen wird, und jedenfalls immer mit dem (übrigens berechtigten) Hintergedanken, daß Rußland dabei auf seine Rechnung komme. 1870 hatte er dadurch die Fesseln abstreifen können, welche der Pariser Friede von 1856 Rußland im schwarzen Meer angelegt hatte (S. 282); es hatte das ihn aber nicht gehindert, der Erwerbung Elsaß-Lothringens Schwierigkeiten zu machen, und nach 1870 benützte er jede Gelegenheit, um der französischen Regierung Rußlands gute Gesinnung zu beteuern. Während sein kaiserlicher Herr gegen das kaiserliche Frankreich und Frankreich überhaupt eine angeborene Abneigung hegte, empfand Gortschakóff für dieses Land von jeher eine Vorliebe, die sich durch keinen Seitensprung der französischen Politik abschrecken ließ.*) Er war entschlossen, Frankreich als Gegengewicht gegen die gewaltige Macht Deutschlands zu stützen; er mahnte es wohl, es solle stark, sehr stark werden, und das führte im Februar 1875 dazu, daß Bismarck den Gesandten v. Radowitz, den Sohn des bekannten Generals, nach St. Petersburg schickte, „um den Russen alle möglichen unangenehmen Sachen zu sagen," wie der Minister Graf Eulenburg sich ausdrückte; das Nähere wissen wir nicht.

Infolge davon verhielt sich Gortschakóff im Jahr 1875 in einer der amtlichen Freundschaft mit Deutschland wenig gemäßen Weise. Damals erweckten die gewaltigen Rüstungen in Frankreich, welche am 13. März 1875 zur Annahme des Gesetzes über die Rahmen (cadres) des stehenden Heeres und damit zur Errichtung vierter Bataillone führten, bei dem Leiter des deutschen Generalstabs, Grafen Moltke, die Besorgnis, daß es dabei nicht bloß auf die Herstellung der 1870 zerstörten Wehrkraft Frankreichs, sondern auf die Erzielung einer unbedingten Überlegenheit über Deutschland und einen baldigen Rachekrieg abgesehen sei; vermehrten doch die vierten Bataillone das französische Heer um volle 144000 Mann. Am 5. April veröffentlichten die nationalliberale „Kölnische Zeitung" und am 9. April die freikonservative „Post" Artikel, welche offen die Frage aufwarfen, ob Krieg in Sicht sei? Die „Kölnische Zeitung" sprach von einer Intrigue der Orleans, welche den Thron

*) Raschdau (s. oben S. 63) S. 129.

Digitized by Google

Frankreichs durch einen Krieg gewinnen wollten: sie wollten Österreich mit sich fortreißen, wo nur der auswärtige Minister Andrassy für ein gutes Einvernehmen mit Deutschland sei. Über diese Artikel, welche man auf Bismarck zurückführte, entstand große Erregung in der europäischen Presse, die sich zum Teil auf die Kabinette, wenigstens die von Petersburg und London, fortpflanzte, und der französische Botschafter in Berlin, Vicomte Gontaut de Biron,*) hörte bei einem diplomatischen Essen von dem Botschaftsrat v. Radowitz: „die Rache ist euer innerster Gedanke; sollen wir warten, bis ihr eure Kräfte hergestellt habt und Allianzen findet, welche euch heute fehlen?" Moltke entwickelte gegen den belgischen Minister Nothomb denselben Gedankengang — wir wollen keinen Krieg mit Frankreich; aber dieses will ihn und rüstet fieberhaft; sollen wir da geduldig zusehen, bis der Feind zum Losschlagen fertig ist? Diese Lage benutzte nach dem Zeugnis eines französischen Historikers,**) der in die Dinge offenbar gut eingedrungen ist, der französische Minister des Auswärtigen, Herzog von Decazes, dazu, um den Unschuldigen zu spielen und gegen Bismarck, dessen barsches Benehmen gegen Frankreich ihm schon lange mißfiel, ameuter l'Europe, Europa aufzuhetzen. „Für Decazes war seine Stunde gekommen; die Gelegenheit war einzig; man mußte sie ergreifen; aber es galt zu manövrieren." Obwohl der Kaiser Wilhelm bereits am 15. April 1875 auf einem Ball der Fürstin Hatzfeldt zu dem französischen Militärbevollmächtigten de Polignac gesagt hatte: „Man***) hat uns entzweien wollen; aber jetzt ist alles vorbei; ich lege Gewicht darauf, es Ihnen zu sagen;" obwohl die Gefahr eines deutschen Angriffs also, wenn sie je bestanden hätte, nach dem Zeugnis des unbedingt maßgebenden Mannes beseitigt war, richtete doch der Herzog von Decazes volle vierzehn Tage nachher, am 29. April, durch den Botschafter in Petersburg, Le Flô, die direkte Aufforderung an Zar Alexander II., „daß er eine solche Ungerechtigkeit nicht dulden und die mit seinem Degen decken möge, welche sich auf seine Hilfe verlassen haben."†) Der Zar hatte bereits den bei ihm

*) Vgl. sein schon oben S. 347 angeführtes Werk Mon Ambassade en Allemagne 1872—77. Zwei Bände. Paris 1906 und 1907, und Adalbert Wahl, vom Bismarck der 70er Jahre, Tübingen 1920, S. 73—112.

**) Gabriel Hanotaux, histoire de la France contemporaine, 3, 250.

***) Hier drängt sich die Frage auf: wer? auf wen zielte der Kaiser? doch gewiß nicht auf Bismarck. Ihn konnte er nicht bloßstellen wollen; ihn brachte er also mit den Artikeln nicht in Zusammenhang.

†) Hanotaux a. a. O.

Digitized by Google

persönlich bevollmächtigten General v. Werder ersucht, daß er in Berlin der Besorgnis Rußlands über die letzten Ziele der deutschen Politik Ausdruck gebe.*) Ob der Zar das auf französische Einflüsterungen hin tat oder auf panslavistische oder auf beide, bleibe dahin gestellt. Jetzt antwortete er Le Flô jedenfalls, daß Frankreich beruhigt sein solle; Deutschland denke nicht an den Krieg; es würde ja sonst so ungerecht und unklug handeln wie Bonaparte 1870. „Die Interessen unserer Länder,“ schloß der Zar, „sind gemeinsam; wenn Sie je eines Tages ernsthaft bedroht sein sollten, so würden Sie es schnell erfahren, und zwar,“ setzte er nach einer Pause hinzu, „durch mich“.**)

Auch die englische Regierung ließ „sich aufhetzen“; die Königin Viktoria, die von ihrer Tochter sehr vor Bismarck gewarnt wurde, schrieb an den Kaiser einen Brief, der zum Frieden mahnte, und Lord Derby fragte in Wien an, ob sich Österreich nicht mit England zum Zweck der Friedensvermittlung vereinigen wolle. Graf Andrassy ließ den Lord aber gründlich abfahren, indem er antwortete, er habe keinen Grund zur Annahme, daß Deutschland den Frieden stören wolle; eine Vermittlung sei also gar nicht notwendig. Am 6. Mai goß die stets und unentwegt deutschfeindliche „Times“ noch Öl ins Feuer, indem sie, wenn auch unter heuchlerischem Vorbehalt, einen Brief ihres Pariser Berichterstatters, des Juden Oppert aus Blowitz, der sich „Herr v. Blowitz“ nannte, veröffentlichte, nach welchem die deutsche Regierung den Frieden von Frankfurt für einen Fehler ansehe, Belfort als Pfahl im Fleisch empfinde und durch einen Vormarsch bis zum Fort auf dem Mont Avron bei Paris einen neuen Vertrag erringen wolle, der die Abtretung Belforts und eine feste zahlenmäßige Begrenzung der französischen Rüstungen enthalten solle. Hanotaux ist selbst der Ansicht, daß dieser — namenlos tückische — Artikel von Decazes eingegeben war; „von ihm war Blowitz auf die Fährte gebracht worden“ (lancé sur la piste).***) Während dieser systematischen Brunnenvergiftung hatte

*) Eduard v. Wertheimer, Graf Julius Andrassy 2, 235.

**) Gontaut 2, 121.

***) Hanotaux 3, 267. Wie Hohenlohe (Denkwürdigkeiten 2, 158) schreiben kann, „Blowitz habe mit diesem Artikel Gutes stiften und für den europäischen Frieden arbeiten wollen,“ ist mir unfaßlich; Gutes stiften höchstens im Interesse der Franzosen, durch Verdächtigung Deutschlands. Hohenlohe sprach mit Decazes nach Hanotaux dreimal, einmal am 29. April und zweimal am 4. Mai: von all dem steht in den Denkwürdigkeiten nichts, die also hier — und nicht bloß hier — stark beschnitten sind.

Digitized by Google

Decazes die Stirn, sich gegen den deutschen Botschafter Hohenlohe über das rauhe Verhalten Deutschlands, will sagen Bismarcks, gegen Frankreich zu beklagen und zu äußern: „statt uns so zu behandeln, sollten Sie uns, den Feind und Besiegten von gestern, zum Freund von morgen und später machen; dann würde die erdrückende Last der Rüstungen von den Völkern genommen werden können." *) Er erklärte auch, daß Frankreich gegen einen deutschen Angriff gar keine Gegenwehr versuchen, sondern sein Heer hinter die Loire zurücknehmen werde — natürlich um zu zeigen, daß es das leidende Lamm war, Deutschland der reißende Wolf.

Einige Tage nachher, am 10. Mai, kam der Zar Alexander II. mit Gortschakóff in Berlin an, und von hier aus versandte der russische Kanzler am 12. Mai nach einer Unterredung mit Bismarck ein Rundschreiben an die russischen Gesandten, das mit den Worten anfing: „Maintenant — also unter russischem Druck — la paix est assûrée." **) Damit war angedeutet, daß vorher der Friede nicht gesichert, sondern — durch das brutale und kriegslüsterne Deutschland — gefährdet gewesen sei, das beabsichtigt habe, Frankreich aufs neue niederzuschlagen, ehe es wieder zu Kräften gekommen sei.

Nach Bismarcks Überzeugung waren es die Ultramontanen und der auf ihrer Seite stehende französische Botschafter in Berlin, Vicomte de Gontaut-Biron, welche Deutschland solcher Absichten verdächtigten; den letzten Urheber der Hetze scheint er nicht erkannt zu haben, nur dessen Vordermänner. Bismarck hat den Gedanken des Generalstabs, eventuell einen Präventivkrieg zu führen, aber nicht geteilt, wie nicht bloß aus seinen „Gedanken und Erinnerungen" (2, 172 ff.), sondern noch weit beweisender aus seinem Schreiben vom 13. August 1875 ***) hervorgeht, das kurz nach diesen Ereignissen abgefaßt und an Kaiser Wilhelm I. gerichtet ist: diesem gegenüber konnte Bismarck ja die Unwahrheit über Dinge, die er drei Monate vorher mit dem Kaiser erörtert hatte, gar nicht sprechen. Hier heißt es: „Man kann ja sagen, daß es für

*) Hanotaux 3, 258.

**) So Gedanken und Erinnerungen 2, 174. Der volle Wortlaut des Rundschreibens ist nicht bekannt; aber aus Hanotaux 3, 277 ergibt sich, daß der russische Gesandte in Berlin, Orlóff, an Decazes schrieb: „Der Zar betrachtet den Frieden als gesichert." Darnach ist Bismarcks Lesart unfraglich richtig, und Hanotaux zweifelt so wenig daran, daß er sagt: „Dieses maintenant war der Gnadenstoß für Bismarck."

***) Anhang zu den Gedanken und Erinnerungen 1, 258 ff.

Digitized by Google

den Frieden nicht förderlich ist, wenn Frankreich die Sicherheit habe, daß es unter keinen Umständen angegriffen wird, es mag tun, was es will. Ich würde [aber] noch heute, wie 1867 in der Luxemburger Frage, Euer Majestät niemals zureden, einen Krieg um deswillen sofort zu führen, weil wahrscheinlich ist, daß der Gegner ihn bald beginnen werde; man kann die Wege der göttlichen Vorsehung dazu niemals sicher genug im voraus erkennen." Überdem hat Bismarck die Andeutung von Decazes, daß Deutschland suchen solle, Frankreich zum Freund zu gewinnen, durch Hohenlohe dahin beantworten lassen, daß er einen Boden für eine solche Verständigung suchen wolle. Was er damit meinte, sollte Frankreich 1881 bei Tunis erfahren. Man wird den ganzen Sachverhalt sich schließlich so zurecht legen dürfen, daß der deutsche Generalstab pflichtmäßig auf die Gefahr, welche für uns in den unmäßigen französischen Rüstungen liege, aufmerksam machte und daß er bemerkte, daß wir jetzt noch stark genug seien, Frankreichs wachsende Macht zu erdrücken; daß aber Bismarck den Gedanken eines solchen Präventivkriegs, der Deutschland in die napoleonischen Bahnen des Strebens nach einer stets allmächtigen Stellung gedrängt und alles Zutrauen zu uns in Europa zerstört hätte (s. Gedanken und Erinnerungen 2, 175 ff.), aus wohl erwogenen Gründen abwies. Er hat es aber „nicht getadelt,"*) als durch einen „kalten Wasserstrahl" mittelst der Presse die Franzosen auf das Gefährliche ihres Verhaltens aufmerksam gemacht und sie so gewarnt wurden, die Deutschen nicht zu sehr auf die Probe zu stellen. In diesem Sinn sagte der österreichische

*) So drückte sich Bismarck am 9. Februar 1876 im Reichstag aus. Der Artikel der „Post" war eine reine Privatleistung des ersten Redakteurs der „Post", Konstantin Rößler, der am 30. April Tiedemann (sechs Jahre Reichskanzler S. 29) gegenüber sich selbst dazu bekannt und zugegeben hat, daß er den Artikel ohne Wissen Bismarcks und ohne Weisung aus dem Auswärtigen Amt verfaßte. Rößler war, wie ich von zuständiger Seite weiß, nachträglich selbst nicht stolz auf den Aufsatz, der ihm von Bismarcks Seite den Titel eines „ganz gewöhnlichen Preßkondottiers" (= Söldlings) eintrug, was der gediegene Mann doch nicht verdient hat. Bismarck selbst hatte ein wenig den Herrn v. Radowitz im Verdacht, der sich in der Tat in einem dem Artikel entsprechenden Sinn gegen Gontaut geäußert hat (s. S. 371); er hat aber doch höchstens an dem (weit zurückhaltenderen) Artikel der „Kölnischen Zeitung" Teil gehabt. Bismarck hat am 9. Februar 1876 mit vollem Recht gesagt: „Für die Post habe ich meines Wissens nie einen Artikel schreiben lassen, am wenigsten den, der ‚Krieg in Sicht' überschrieben war." Das genügt.

Digitized by Google

Militärattachés in Paris,*) Frankreich solle offenbar eingeschüchtert und zur Zurücknahme des Cadresgesetzes veranlaßt werden.**) Das Verhalten Rußlands aber ist ein Beweis, daß seine Politik schon damals von Deutschland abzurücken und sich Frankreich zu nähern begann.

Bismarck machte zum Schluß dem russischen Reichskanzler scharfe Vorwürfe über sein Verhalten; es sei nicht freundschaftlich, wenn man einem vertrauenden und nichts ahnenden Freunde plötzlich und hinterrücks auf die Schulter springe, um dort auf seine Kosten eine Zirkusvorstellung in Szene zu setzen; ein solches Gebaren gereiche beiden Monarchien zum Schaden. Spottend erklärte er sich bereit, in Berlin Fünffrankenstücke mit der Umschrift prägen zu lassen: Gortchakoff protège la France, und ihn auf dem Theater als Schutzengel im weißen Kleid und mit Flügeln in bengalischem Feuer vorzuführen.***) Er beklagte sich auch beim Zaren, der lachend sagte, Bismarck solle diese greisenhafte Eitelkeit (daß Gortschakóff als Friedensengel Europas glänzen wollte) nicht zu ernsthaft nehmen. Hinter dieser „greisenhaften Eitelkeit" verbarg sich aber ein Zusammenwirken der russischen Politik mit der französischen, wodurch Deutschland ein falscher Verdacht angehängt wurde, auf den das Wort Anwendung fand: calumniare audacter; semper aliquid haeret. Wenn man auf die Vorgeschichte des russisch-französischen Bündnisses zurückgeht, wird man immer der Vorgänge von 1875 zu gedenken haben.

Zwei Monate nach diesem Zwischenfall, am 9. Juli 1875, brach der Aufstand unter den Christen der Herzegowina aus, welcher im weiteren Verlauf zu dem russisch-türkischen Krieg von 1877—78 führen sollte. Da die Panslawisten die Regierung Alexanders II. von Anfang an zum Krieg gegen den Sultan drängten und man in St. Petersburg annehmen mußte, daß Österreich den russischen Absichten, die auf die Herrschaft am Balkan in offener

---

*) Hanotaux 3, 249.

**) Hanotaux 3, 290 ff. hat eine andere Erklärung. Bismarck wollte Frankreich einschüchtern, um es in der auswärtigen Politik, besonders in der sich vorbereitenden orientalischen Verwicklung, gefügig zu machen, und wollte überhaupt feststellen, wie weit seine Macht in Europa reiche. Er bekam seine Antwort: die Lage war gegen 1870 sehr verändert, und Frankreich, Rußland und England, ja selbst Europa „maßen den Koloß mit trotzigen Augen". Somit ist glücklich Bismarck der Übeltäter — quod erat demonstrandum.

***) Gedanken und Erinnerungen 2, 175.

Digitized by Google

oder verhüllter Form abzielten, aus Selbsterhaltungstrieb sich widersetzen werde, dies auch Alexander II. auf einer Zusammenkunft mit Franz Joseph zu Reichstadt in Mähren am 8. Juli 1876 erfahren hatte, so erging im Herbst 1876 seitens des zu Livadia in der Krim weilenden Zaren die Anfrage an den preußischen Militärbevollmächtigten General Bernhard v. Werder (den Vetter des Siegers von Belfort, August v. Werder), ob Deutschland im Fall eines Krieges zwischen Rußland und Österreich neutral bleiben werde oder nicht.*) Werder telegraphierte diese Anfrage in Geheimschrift an Bismarck, der sich damals in Varzin befand und zunächst die Antwort zu verschleppen suchte, da er sich über eine solche Frage ohne höhere Ermächtigung nicht äußern könne. Als aber der Zar ungeduldig auf Bismarcks eigene Meinungsäußerung drang, entsandte der Reichskanzler den deutschen Botschafter in St. Petersburg, General v. Schweinitz, mit dem er vom 11. bis 13. Oktober in Varzin sich beraten hatte, nach Livadia und ließ dem Zaren sagen: das erste Bedürfnis Deutschlands sei, die Freundschaft zwischen den zwei großen Monarchien zu erhalten, welche der Revolution gegenüber mehr zu verlieren als im Kampfe unter einander zu gewinnen hätten (vgl. S. 369). Wenn dies zu unserem Schmerze nicht möglich sei, so könnten wir zwar ertragen, daß unsere Freunde gegen einander Schlachten verlören oder gewönnen, aber nicht, daß einer von beiden so schwer verwundet oder geschädigt werde, daß seine Stellung als unabhängige und in Europa mitredende Großmacht gefährdet würde. Bismarck (der immer von Argwohn über persönliche Anfeindungen erfüllt war, wozu er auch Anlaß genug hatte, wenn schon wir die Berechtigung des Argwohns nicht in jedem Fall feststellen können) war der Ansicht, daß der Urheber der ungewöhnlichen Anfrage Gortschakóff sei, der Deutschland diese Erklärung abpressen wolle, um seinem Herrn zu beweisen, daß Bismarcks Ergebenheit gegen den Zaren und Rußland unaufrichtig oder doch nur „platonisch“ sei: gleich als ob, führt Bismarck (2, 218) aus, die Freundschaft eines Staates zum andern nicht immer bis zu einem gewissen Grade platonisch bliebe; denn keine Großmacht kann sich in den ausschließlichen Dienst einer anderen stellen, sondern wird stets auch mit den übrigen Mächten ein gutes Einvernehmen anstreben. Die Wirkung der Antwort Bismarcks war (obwohl er damit auch eine große Schwächung Rußlands als für uns ebenso unerträglich bezeichnete wie eine solche Österreichs) doch jedenfalls

*) Gedanken und Erinnerungen 2, 211.

Digitized by Google

die, daß in dem Zaren eine gewisse Verstimmung über den „platonischen Freund" zurückblieb, und daß, da er Österreich niederzurennen nicht mehr hoffen durfte, er sich, wie einst Katharina II. mit Joseph II., mit ihm zu verständigen genötigt war. Er nahm jetzt die Forderungen an, welche Franz Joseph in Reichstadt aufgestellt hatte,*) und es kam am 15. Januar 1877 zu einem Vertrag, der auf ausdrückliches Verlangen der Russen auch vor Deutschland geheim gehalten werden mußte, wonach Österreich den Angriff der Russen auf die Türkei und eventuell Rußlands Herrschaft im Osten der Balkanhalbinsel zuließ und dafür mit Bosnien und der Herzegowina, also mit der Vorherrschaft im Westen der Halbinsel, schadlos gehalten werden sollte.

Der russische Angriff auf die Osmanen, anfänglich erfolgreich, scheiterte vor dem festen Lager der Türken in Plewna Ende Juli, und nach einem von Bismarck eingegebenen Artikel der „Hamburger Nachrichten" vom 15. Oktober 1896 bereitete England damals „eine gemeinsame Aktion aller Mächte" gegen angebliche russische Grausamkeiten vor, was aber Kaiser Wilhelm ablehnte (S. 475). Schließlich zwangen die Russen doch den heldenmütigen Verteidiger Plewnas, Osman Pascha, am 10. Dezember 1877 zur Übergabe und drangen im Januar 1878 sogar bis hart vor die Tore von Konstantinopel vor. Der Sultan Abdul Hamid ließ sich in seiner Not am 3. März 1878 zu dem Vorfrieden von San Stefano bestimmen, nach dem ein von der Donau bis zum ägäischen Meer reichender großbulgarischer Staat, der indes der Pforte tributpflichtig sein sollte, geschaffen werden und dem Sultan kaum die Hälfte seines europäischen Besitzes verbleiben sollte; auch diese aber ward durch Bulgarien, dem Saloniki zugeteilt wurde, in einen größeren westlichen und einen kleineren östlichen Teil zerschnitten. Diese Schwächung des türkischen Reiches mußte über kurz oder lang seine Auflösung im Gefolge haben. Dagegen erhob sich, seiner alten türkenfreundlichen und russenfeindlichen Politik getreu, England unter seinem ersten Minister Lord Beaconsfield (Disraëli), und auch Österreich erachtete den Frieden von San Stefano als mit seinen Interessen, welche die Freiheit der Donau bis zur Mündung erheischen, nicht verträglich. Aus diesen Gegensätzen drohte ein allgemeiner Weltbrand hervorzugehen; Rußland mußte sich entscheiden, ob es die erreichten Erfolge gegen eine

*) Daß die Dinge zwischen dem 8. Juli 1876, der Anfrage vom Oktober 1876 und dem 15. Januar 1877 sich so entwickelten, läßt sich aus Gedanken und Erinnerungen 2, 211—215 mit Bestimmtheit, glaube ich, herauslesen.

Digitized by Google

Koalition wie 1854, nur mit andern Teilhabern, verteidigen oder ob es hinter die Linie des 3. März zurückweichen wolle. Zum ersten fühlten sich Zar Alexander II. und seine Ratgeber doch nicht stark genug, und von Berlin ergingen dringende Mahnungen, den Bogen nicht zu überspannen. Der russische Botschafter in London, Graf Peter Schuwáloff, besuchte Bismarck, mit dem er seit langem in sehr vertrauten Beziehungen stand, im Mai 1878 in Varzin, um seine Vermittlung zu gewinnen. Bismarck plauderte mit ihm gemütlich bei Tisch und entwarf dann in zwanzig bis dreißig Minuten *) das ganze Programm eines Kongresses, den er auf Schuwáloffs Wunsch nach Berlin zu berufen sich bereit erklärte; hier sollte ein Vergleich zustande gebracht werden.**) Unmittelbare deutsche Interessen standen in der orientalischen Frage nicht auf dem Spiel; in diesem Sinn hat Bismarck auf eine Anfrage Eugen Richters über die Erhöhung der russischen Zölle im Reichstag am 5. Dezember 1876 den Ausspruch getan: „Ich werde zu irgend welcher aktiven Beteiligung Deutschlands an diesen Dingen

*) S. v. Tiedemann, sechs Jahre, S. 471, der mit Recht diese Geisteskraft aufs höchste bewundert.

**) Man kann freilich meinen, daß das verfehlt war. Wer zwischen Streitenden vermittelt, läuft Gefahr, es mit beiden oder doch mit dem zu verderben, der schließlich übervorteilt zu sein glaubt. Deutschland hat sein Verhältnis zu Rußland durch den Kongreß nicht verbessert, im Gegenteil. Wenn Bismarck sich das nicht selbst sagte, so soll nach Senfft von Pilsach (oben S. 199) S. 48 die Ursache die gewesen sei, daß „ein Kongreß, dem Gortschakóff beiwohnte und Bismarck vorsaß, für Bismarck eine persönliche Genugtuung für den Streich von 1875 war". Ich muß sagen, daß ich das nicht recht verstehe. Aber abgesehen davon — welche kleinliche Eitelkeit setzt das bei Bismarck voraus, eine Eitelkeit, die mit enormen Mühen und Strapazen (s. unten S. 381) mehr als teuer erkauft gewesen wäre. Davon kann für den, der Bismarck kennt, nicht die Rede sein. Sein Hauptbeweggrund war der, daß er unter den damaligen Umständen einen Weltbrand unbedingt verhindern wollte. Ein solcher wäre aber ohne Bismarcks Dazwischentreten unabwendbar gewesen; Deutschland und Frankreich wären notwendig in den Streit Englands und Österreichs mit Rußland hineingezogen worden. Nun war der Kaiser noch von Nobilings Schüssen her krank und 81 Jahre alt, Moltke kaum noch felddienstfähig, Bismarck selbst leidend und damals mit Feuereifer seiner Wirtschaftspolitik zugewandt. Mußte er da nicht alles tun, was mit der Ehre vereinbar war, um den Frieden zu erhalten? Dann war Bismarck grundsätzlich geneigt, Rußland, soweit es unsere Interessen gestatteten, gefällig zu sein; die Russen aber suchten ja eben seine Vermittlung nach. Auf Dank von ihnen hat er wohl nicht gerechnet, aber allerdings kaum auf ein so unfreundliches Verhalten.

Digitized by Google

nicht raten, solange ich in dem Ganzen für Deutschland kein Interesse sehe, welche auch nur die gesunden Knochen eines einzigen pommerischen Musketiers wert wäre," und in einer anderen Rede vom 19. Februar 1878, in der er eine Anfrage v. Bennigsens über die politische Lage im Orient beantwortete, bezeichnete er als „das hervorragendste deutsche Interesse im Orient, daß uns die Wasserstraßen, sowohl die der Meerengen, wie die Donau vom schwarzen Meer aufwärts, in derselben Weise wie bisher frei bleiben". Wegen der nicht politischen, sondern wirtschaftlichen Art der deutschen Orientinteressen war Deutschland auch dazu geeignet, die Vermittlung zwischen den Gegnern zu übernehmen, „nicht als Schiedsrichter," wie Bismarck in derselben Rede sich ausdrückte, „der sagt, so soll es sein, und dahinter steht die Macht des deutschen Reiches, sondern mehr in der Rolle eines ehrlichen Maklers, der das Geschäft wirklich zustande bringen will." „In dieser Rede wurde, vielleicht zum ersten Male, mit ungemein kühner Initiative die Diplomatie dazu benutzt, Klarheit zu schaffen. Sie legte für alle zukünftigen Probleme die Stellungen fest, die bis dahin ungewiß geblieben waren. Die Wendung, die lange Jahre die Vorgänge in der Welt nahmen, auch die Niederlage der Russen bei Mukden, sogar die noch so fern liegende Konkurrenz zwischen England und Deutschland, haben hier ihren Ursprung." *)

Von Varzin reiste Graf Peter Schuwáloff nach St. Petersburg, um Gortschakóff die Ansichten Bismarcks mitzuteilen, und begab sich von da mit den erforderlichen Vollmachten ausgestattet nach London. Hier brachte er mit dem Lord Salisbury,**) der am 27. März im auswärtigen Amt den kriegsscheuen Lord Derby ersetzt hatte, am 30. Mai das „Londoner Memorandum" zustande, kraft dessen Bulgarien in zwei Teile, einen mit nahezu voller Unabhängigkeit ausgestatteten und einen als türkische Provinz sich selbst verwaltenden, zerlegt werden und nicht bis ans ägäische Meer reichen sollte; Rußland sollte Bessarabien in Europa, Batum, Ardahan und Kars in Asien erhalten; Österreich ward ermächtigt, Bosnien und die Herzegowina militärisch zu besetzen und dort die Ordnung herzustellen, woraus 1908 die (von Rußland schon am 15. Januar 1877 zugestandene) völlige Einverleibung dieser Landschaften in die Donaumonarchie erwuchs. Auf diesen Grund-

*) Hanotaux 4, 329—330.

**) Der Aufsatz der Quarterly review 196 (1902) über Salisbury enthält auch Mitteilungen über das Verhältnis des Lords zu Bismarck.

Digitized by Google

lagen wurde am 13. Juni 1878 der Kongreß im Palast Radziwill in der Wilhelmstraße zu Berlin durch Bismarck eröffnet, der selbst für diese Zeit in den Palast übersiedelte. Die Leitung der geschäftlichen Einzelheiten übertrug er dem deutschen Gesandten in Athen, Herrn v. Radowitz, dem Sohne des bekannten Ministers Friedrich Wilhelms IV. Ein junger französischer Diplomat, Graf Karl de Mouy, der Protokollführer des Kongresses wurde, hat Bismarck geschildert,*) wie er ihn damals bei einem Abendessen im engsten Familienkreis kennen lernte, von einer wahrhaft gastlichen Herzlichkeit (aménité), einem lächelnden Gesichtsausdruck, der die Härte seiner Züge und das Eindringliche seiner klaren blauen, von tiefen Brauen überschatteten Augen milderte. Die Unterhaltung rollte bald Persönliches, bald Politisches, bald allgemeine Fragen auf, berührte die verschiedensten Stoffe der Geschichte und Philosophie und vermied mit feinstem Takt alles, was auf „unsre düsteren Jahre“ (1870—71) Bezug gehabt hätte. In humoristischen Abschweifungen gefiel sich der Fürst, und mit Nachdruck sprach er davon, daß er der Macht müde sei und sich darnach sehne, bald in der Zurückgezogenheit die Freuden der Jagd und den Reiz des Familienlebens inmitten ländlicher Muße wieder zu genießen. Er sprach das Französische langsam, aber leicht und gab sich den Anschein, als ob er da und dort über diesen oder jenen Ausdruck schwanke, wenn er mit einer hochmütigen und manchmal ironischen Freimütigkeit Menschen und Ereignisse des Tages beurteilte; aber wenn er ein Wort zu suchen schien, so geschah es nur, um es besser, wie einen Pfeil, zu entsenden, und er fand stets den richtigsten und zugespitztesten Ausdruck. Das Vorgehen der Russen tadelte er: „sie hätten entweder in Konstantinopel einrücken müssen — acht Tage lang hätten sie es gekonnt — oder sie hätten nachher nicht so viel von der Pforte fordern und so das Eingreifen Europas hervorrufen sollen. Es gibt immer nur einen günstigen Augenblick in den Dingen; da muß man zugreifen.“ Der häusliche Herd dieses Mannes, der die Welt so gewaltig erregt hatte, erschien Mouy äußerst friedlich und schlicht; von Frau und Kindern wurde er mit liebevollster Sorgfalt umgeben; der Respekt seiner Söhne hatte nichts Ängstliches; seine Überlegenheit über die Seinen schien sich mit viel Güte zu betätigen. Als eins

*) Charles de Mouy, souvenirs, Paris, Plon, 1909, S. 96—102. Vgl. Arthur v. Brauer, Neues Bismarckjahrbuch 1910 (über Kolonialpolitik gegenüber von Frankreich).

Digitized by Google

seiner Kinder eine Bemerkung über Schwiegermütter machte, sagte er lachend: „Was mich angeht, so habe ich stets sehr gut mit der meinigen gelebt, nicht im ersten Jahr allerdings, aber nachher hat sie begriffen, und der Friede war vollkommen.“ Beim Abschied ward seine Miene plötzlich ernst; er lobte mit Wärme den Botschafter Grafen v. St. Vallier,*) den loyalen Nachfolger des Vicomte v. Gontaut-Biron, und den auswärtigen Minister Waddington, den er am Morgen erstmals gesehen hatte, und hoch aufgerichtet sagte er: „Ich bin glücklich, daß Sie mein erster Gast in diesem Hause gewesen sind, und es wird nicht von mir abhängen, wenn hier je etwas geschieht, was Frankreich peinlich wäre.“ In der Leitung der Verhandlungen entfaltete Bismarck nach demselben Zeugen „seine so verschiedenen Fähigkeiten: die unbezähmbare Tatkraft und die kluge Geschicklichkeit. Mit strenger Beharrlichkeit bändigte er ungeduldige Ansprüche, flößte durch eine zuvorkommende Freundlichkeit Vertrauen ein und setzte seine persönlichen Pläne unter dem Anschein durch, als ob er lediglich den Gesamtwillen zum Ausdruck bringe. Er zeigte ebensoviel Lebhaftigkeit und guten Humor als kraftvolle Würde; die Beratungen lenkte er als wahrhaftiger Vermittler, indem er sie mit ebenso viel Kunst als Durchsichtigkeit (sérénité) sich entwickeln ließ oder sie knapp hielt, wechselseitige Zugeständnisse hervorrief, wertlose oder verworrene Einzelheiten beiseite schob, die dunklen Punkte im Nebel ließ und auf die mehr oder weniger gerechtfertigten und dauerhaften Lösungen drang, die für den Augenblick den andern und vor allem ihm selber genügten. Raschheit schien ihm die wesentliche Bedingung des Erfolges, und er gönnte seinen Kollegen kein Ausspannen. Wenn der Protokollführer Mouy und manchmal auch die fremden Bevollmächtigten ihn um eine Ruhepause baten, antwortete er: ‚Glauben Sie mir, die Arbeit hat noch niemand umgebracht.‘“ Mit dieser Energie hat er in der Tat in dreißig Tagen das schwierige**) Werk vollbracht; am 13. Juli konnte die Akte des Berliner Kongresses unterzeichnet und die Versammlung geschlossen werden. Gewiß, was zustande kam, war kein Zustand, der allseitig befriedigte und sehr lange Dauer

*) Dessen Berichte nach Paris s. Le Correspondant 10. Sept. 1917 1 f.

**) Vgl. die Rede im Reichstag vom 6. Februar 1888, wo es heißt: „Infolge des Vertrauens, das mir Lord Beaconsfield schenkte, bin ich in den schwierigsten, kritischsten Momenten des Kongresses mitten in der Nacht an dessen Krankenbett erschienen und habe in den Momenten, wo der Kongreß dem Bruche nahe stand, dessen Zustimmung im Bette erreicht.“

Digitized by Google

verhieß. Ein solches Ergebnis lag unter den obwaltenden Umständen gar nicht im Bereich der Möglichkeit; es war nur ein Waffenstillstand erreichbar, nach dessen Ablauf die jetzt zum vorläufigen Verstummen gebrachten nationalen Wünsche der Bulgaren und Serben voraussichtlich aufs neue hervortraten. Es ist aber sehr verfehlt, auf Grund dieser Tatsache das Werk des Kongresses und Bismarcks herabzusetzen und über die Unvollkommenheit des Ergebnisses zu klagen. Große nationale Entwicklungen vollenden sich niemals auf einen Schlag, sondern in einzelnen Absätzen und in langen Zeiträumen, wie die Geschichte der italienischen und deutschen Einheit sattsam beweist. Es verhielt sich mit den Dingen am Balkan nicht anders, und eine sofortige Lösung der dortigen Fragen war, wenn überhaupt, so nur um den Preis eines Weltkrieges möglich, der Europa unermeßliche Opfer auferlegt und seine ganze Zukunft aufs schwerste gefährdet hätte. Eines solches Einsatzes waren die bulgarischen und serbischen Interessen denn doch nicht wert, und daß der Berliner Kongreß den drohenden Weltkrieg noch einmal verhütet hat, gereicht ihm und seinem Lenker zum unvergänglichen Verdienst.

Für Deutschland aber erwuchs aus der vermittelnden Tätigkeit, welcher es sich im europäischen Interesse unterzogen hatte, eine gefährliche Veränderung seiner Lage. Obwohl Bismarck Englands Vorschläge, die Mißerfolge der Russen auszunutzen, abgelehnt (S. 377) und immer den Russen eine „wohlwollende Neutralität" bewiesen hatte, ja am Ende auf den Wunsch Rußlands selbst als „ehrlicher Makler" aufgetreten war, fühlte man sich uns in St. Petersburg und Moskau doch nicht zum Dank verpflichtet.*) Man hatte angenommen, daß Deutschland sich aller russischen Wünsche vor und auf dem Kongreß blindlings annehmen werde, und glaubte darauf sogar sonderbarerweise einen Anspruch zu haben, weil Rußland 1866 und 1870 Deutschlands nationale Entwicklung sich habe ungestört vollziehen lassen, ohne Österreich oder Frankreich beizuspringen. Das war freilich der Fall; aber dieses Verhalten kommt mehr auf die persönliche Rechnung des Zaren Alexander II. als seines Volkes, und dann hatte es auch an Übelwollen des amtlichen Rußlands und Versuchen, unsere Bahnen zu durchkreuzen, keineswegs gefehlt (S. 203 und 279). Daran kehrte man sich in St. Petersburg aber nicht; man entrüstete sich vielmehr weidlich über das angeblich undankbare Deutschland und wünschte

*) Vorübergehend war dies während der schweren Zeit des Kriegs nach einem Brief Bismarcks an den Kaiser vom 11. August 1877 der Fall gewesen; siehe Anhang zu den „Gedanken und Erinnerungen" 1, 274.

Digitized by Google

sich an ihm zu rächen, während man bei einiger Ehrlichkeit sich hätte sagen müssen, daß man durch die Maßlosigkeit der in San Stefano erhobenen Forderungen den Widerstand Englands und Österreichs geradezu herausgefordert hatte und an dem daraufhin notwendigen Rückzug selbst Schuld trug. Rußland sah scheel zu dem guten Einvernehmen Deutschlands mit Österreich, das am 11. Oktober 1878 in die Aufhebung des uns lästigen Artikels 5 des Prager Friedens willigte, der den nördlichen Bezirken Schleswigs die Wiedervereinigung mit Dänemark in Aussicht stellte (S. 210); das wäre nur um den Preis durchführbar gewesen, daß die Deutschen in jenen Bezirken an Dänemark ausgeliefert wurden, und dagegen hatte Bismarck in den langen Verhandlungen mit Dänemark sich entschieden ablehnend verhalten; es ist auch möglich, daß er den Lister Hafen (auf Sylt, in dessen dänischem Norden) und Romö nicht aus der Hand geben wollte, weil damit eine feindliche Landung in jenen Gegenden ermöglicht wurde.*) Nun war dieser nordschleswigsche Pfahl aus unserm Fleisch gezogen.**) Als vollends bei der Absteckung der Grenzlinie zwischen Serbien und dem durch den Berliner Kongreß Österreich zur Besetzung und Befriedung zugewiesenen Bosnien der deutsche Bevollmächtigte sich aus Gründen der Billigkeit der österreichischen Auslegung der Kongreßbeschlüsse anschloß, welche auch die Englands und Frankreichs und mehrfach auch die Italiens war, und nicht dem russischen Standpunkt beitrat; als ähnliches geschah betreffs der Lage der Brücke von Silistria, der türkischen Militärstraße durch Bulgarien, der Verwaltung von Post und Telegraphie,***) da schrieb der Zar im August 1879 an seinen Oheim, Kaiser Wilhelm I., einen Brief,†) der an zwei Stellen die Drohung enthielt: wenn Deutschland an seiner Weigerung festhalte, bei der Ausführung der Berliner Kongreßakte in zweifelhaften Fragen mit Rußland zu stimmen, so könne der Friede zwischen Deutschland und Rußland nicht dauern.††) Dieser Brief stellte Deutschland nach Bismarcks Auffassung vor die Wahl,

*) Haller, Bismarcks Friedensschlüsse. München 1916, S. 22.

**) Man wird vermuten dürfen, daß Österreich uns dieses Zugeständnis als eine Art Gegenleistung für unsere Einwilligung in die Besetzung Bosniens machte.

***) Gedanken und Erinnerungen 2, 240.

†) Text bei Horst Kohl, Wegweiser zu Bismarcks Gedanken und Erinnerungen, Leipzig 1899, S. 168—170.

††) So beurteilt Bismarck den Brief, Gedanken und Erinnerungen 2, 219, in seinem Schreiben an Ludwig II. von Bayern vom 10. September 1879, und 240.

Digitized by Google

sich entweder zum Schleppträger der russischen Politik in orientalischen Fragen herabzuwürdigen oder eines Angriffes gewärtig zu sein. Er hatte den Eindruck, daß das Verhalten des Zaren „die blitzartige Beleuchtung einer Situation sei, die er in den letzten Jahren schon öfter sich zu vergegenwärtigen genötigt war.“ *) Auch der österreichische Minister des Auswärtigen, Graf Andrassy,**) der im Begriff war, sein Amt an Haymerle zu übergeben, aber die schwebende Angelegenheit noch zu erledigen wünschte, hatte den Eindruck, „daß es sich gegenüber den Rüstungen Rußlands und der comminatorischen (drohenden) Sprache, die abwechselnd wir und Deutschland zu hören bekommen, um ein Defensivabkommen, eine Gattung Assekuranz zwischen unsern beiden Souveränen handelt, jeden Angriff auf eines der beiden Reiche mit ganzer Macht gemeinsam abzuschlagen, sowie daß der casus foederis auch in dem Falle eintreten soll, wenn eines der Reiche von einer dritten Macht angegriffen und Rußland mit dieser kooperieren würde.“ ***) Andrassy war vorher bei Kaiser Franz Joseph im Lager zu Bruck gewesen und hatte hier die Überzeugung erlangt, daß der Kaiser in einem solchen Bündnis die „heute einzig mögliche Art“ erblickte, „das Damoklesschwert, welches über unseren Beziehungen fortwährend schwebt, zu beseitigen und den Frieden nicht nur zum Heile der beiden, sondern auch zum Wohle des Dritten praktisch sicher zu stellen.“ Insofern sah der Kaiser in dem Bündnis keineswegs eine Abweichung von dem Vorhaben, den Frieden zwischen den drei Reichen zu erhalten, sondern das gerade Gegenteil. Rußland gebärdete sich, als ob es bald uns, bald Österreich an die Kehle springen wolle: das einzige Mittel, es zur Vernunft zu bringen, war, ihm klar zu machen, daß es in einem solchen Fall gleich mit beiden Nachbarn zu tun bekommen werde. Diese Sachlage stellte nicht etwa bloß Bismarck so dar, sondern genau ebenso auch Andrassy; daraus mag man entnehmen, wie unbegründet die Versuche französischer Historiker sind, Rußlands Verhalten und insbesondere den Brief des Zaren Alexander an Kaiser Wilhelm als ganz unanstößig hinzustellen.†) Bis-

*) Anhang zu den Gedanken und Erinnerungen 2, 525 (Brief an Andrassy vom 3. September 1879).

**) Eduard v. Wertheimer, Graf Julius Andrassy, Stuttgart, 1910. Zwenbrück, Zur Entstehung des deutsch-österreichischen Bündnisses. Deutsche Rundschau 162 (1915), 161—178.

***) Anhang S. 522 f.

†) So André Mévil in dem Artikel Bismarck et la Russie in der

marck betont in seinen Erinnerungen, daß er an sich mehr zu einem Bündnis mit Rußland geneigt war als mit Österreich, „da wir zu Rußland weder religiöse noch politische Gegensätze haben, sein Herrscherhaus mit dem preußischen altbefreundet und verwandt ist, auch bei ihm der monarchische Erhaltungstrieb so stark wirkt wie bei Preußen." Da aber dieser Bund bei der Stimmung der Russen zurzeit schlechthin unmöglich war, so blieb nichts anderes, als entweder sich nur auf sich selbst zu stellen oder sich mit Österreich zusammenzuschließen. Das zweite war das Nächstliegende; aber es durchzuführen war freilich nicht so leicht, weil Kaiser Wilhelm die wachsende Erkaltung der ihm lieben und teuren Beziehungen zu Rußland mit tiefem Schmerz sah und den abreißenden Faden neu zu knüpfen suchte. Er hatte gegen Bismarcks Wunsch mit seinem kaiserlichen Neffen Alexander II. am 3. September eine Zusammenkunft auf russischem Boden in Alexandrówo (bei Thorn); allein „trotz Tränen und Versicherung der althergebrachten Freundschaft," womit der weichherzige Zar gegenüber dem geliebten Oheim nicht sparte, ward sachlich nichts geändert. So erwirkte Bismarck, nachdem er bereits am 27. und 28. August mit Andrassy in Gastein verhandelt hatte, die Ermächtigung, am 21. September über Linz nach Wien reisen und hier das Bündnis abschließen zu dürfen. Wie vorzüglich Bismarck die Menschen zu behandeln wußte, sieht man daraus, daß er am 10. September durch einen Brief*) dem König Ludwig II. von Bayern von seinen Absichten Kenntnis gab. Dieser hatte zu Bismarck von den Tagen des August 1866 und des Novembers und Dezembers 1870 her eine große Zuneigung und ein festes Vertrauen zu seiner Ehrlichkeit; Bismarck suchte jetzt die Zustimmung des Königs als des nach Preußen mächtigsten Bundesfürsten, dessen Staat im Bundesratsausschuß für die auswärtigen Angelegenheiten den Vorsitz hatte, zu dem beabsichtigten Vertrag nach; er befestigte damit das Vertrauen des Königs, daß Bayern

---

Revue Hebdomadaire vom 11. Mai 1907, S. 167, der Bezug nimmt auf folgende Stelle bei de Cyon, Histoire de l'Entente Franco-russe: „War es zu viel verlangt von Deutschland, das nach Bismarcks Worten am Balkan keine Interessen hatte, daß es sich, wenn auch nur aus Höflichkeit, bei dieser Gelegenheit jeder Feindseligkeit gegen seinen Verbündeten (!) enthalte? Alexander hatte Grund, sich über Deutschland zu beklagen, das nach nichts Geringerem strebte, als den russischen Einfluß am Balkan zu vernichten" (!!).

*) Text in den Gedanken und Erinnerungen 2, 238—42; Antwort des Königs S. 243.

Digitized by Google

nicht ohne sein Wissen in neue weitgreifende Verbindungen werde hineingezogen werden, und erntete überdies gerade zu dieser Maßnahme hoher Politik den „vollen Beifall“ des Königs, was bei der Nachbarschaft Bayerns und Österreichs und bei der Konfession der Mehrheit ihrer Bevölkerungen von Wert war. Am 21. September erschien Bismarck von Gastein aus, über Salzburg und Linz mit Zustimmung seines kaiserlichen Herrn in Wien, um hier die Verhandlungen mit dem Kaiser Franz Joseph persönlich zum Abschluß zu bringen. Überall begrüßte ihn die deutsche Bevölkerung mit stürmischer Begeisterung; der Kaiser unterbrach seine Jagden in Steiermark, empfing ihn in Audienz und besuchte ihn, was gegenüber dem höfischen Brauch unerhört war, im Hotel Imperial. Der Vertrag ward am 24. September vereinbart; aber Kaiser Wilhelm erhob Anstände, ihn zu genehmigen, weil sein Befehl, daß der Vertrag keine Spitze gegen Rußland enthalten dürfe, sondern allgemein lauten müsse, nicht befolgt worden sei. Er war auch von der Notwendigkeit des Bundes noch nicht überzeugt, und es bedurfte der Erklärung, die der Vizepräsident des Kabinetts, Graf Stolberg, dem Kaiser nach Baden-Baden überbrachte, daß Bismarck und das ganze Ministerium zurücktreten würden, wenn der Kaiser sein Ja verweigere, um ihm dieses, da er gegen einen Personenwechsel im Ministerium eine Abneigung hatte, schließlich noch zu entreißen. Den Grafen Stolberg, dem Bismarck für sein sachgemäßes Auftreten hohen Dank zollte, hat der Kronprinz erfolgreich bei seinem Vater unterstützt. Es war wieder ein Zusammenstoß zwischen Kaiser und Kanzler, wie wir ihn im Juli 1866 und im Januar 1871 (S. 198 ff. und 303 ff.) zu schildern hatten; aber es war der letzte, den sie ausgefochten haben. Bismarck versuchte die Österreicher im Sinn des Kaisers zu bestimmen; sie wollten aber von einem allgemeinen Bündnis, das sie auch zur Hilfe gegen Frankreich verpflichtet hätte, nichts wissen, und auch die Bekräftigung des Vertrags durch die Parlamente, die Bismarck wünschte, erklärten sie bei ihren Verhältnissen für untunlich. So ist der Vertrag zu dem ausschließlichen Zweck der Sicherung beider Reiche gegen die russische Gefahr in Wien abgeschlossen und am 7. Oktober 1879 durch unsern Botschafter, den Prinzen Reuß, und Andrassy unterzeichnet worden.*) Der Wortlaut des Eingangs besagte, daß der Zusammenschluß beider Reiche ihre Sicherheit verbürge, daß er niemand be-

*) Vollständig gedruckt bei Pribram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns, Wien 1920, I 6—9, wonach Artikel 3 die Dauer zunächst auf fünf Jahre festsetzte.

Digitized by Google

drohen könne, wohl aber den durch die Berliner Stipulationen geschaffenen europäischen Frieden zu konsolidieren geeignet sei. Dann folgte der Kern des Ganzen: wenn wider Verhoffen und gegen den aufrichtigen Wunsch der beiden hohen Kontrahenten eines der beiden Reiche von Rußland angegriffen würde, so sind die Kontrahenten verpflichtet, einander mit der gesamten Kriegsmacht beizustehen und den Frieden nur gemeinsam zu schließen. Wird eine der zwei Mächte von anderer Seite angegriffen, so werden die Verbündeten gegen einander eine wohlwollende neutrale Haltung beobachten; falls aber Rußland dabei den Angreifer unterstützt, so tritt die Pflicht gegenseitigen Beistandes auch für diesen Fall ein. Der Vertrag sollte geheim gehalten werden, um jede Mißdeutung auszuschließen. Hiemit war Kaiser Wilhelm I. aber nicht einverstanden, weil er es für unritterlich ansah, Rußland über die Gefahr eines Angriffs auf Österreich im Dunkeln zu lassen, und so mußte Bismarck zugestehen, daß der Kaiser durch einen Brief vom 4. November dem Zaren von dem Vertrag Mitteilung machte und die unbedingte Friedfertigkeit seiner Politik nachdrücklich betonte. Das Bündnis vom 7. Oktober machte auch in St. Petersburg den gewünschten ernüchternden Eindruck; der Zar antwortete seinem Oheim in ruhigem und befriedigendem Ton und sandte noch im November seinen Sohn und Thronfolger, den Großfürsten Alexander, nach Berlin, um auch persönlich beruhigende Versicherungen über seine friedfertigen Absichten abzugeben. In Süddeutschland, wo man von alters her eine gemütliche Zuneigung zu den Stammesgenossen in Österreich bewahrt hatte, welche seit der gewaltsamen Trennung des Jahres 1866 noch durch Beimischung einer gewissen Wehmut gesteigert worden war, empfand man das Bündnis als eine Art Heilung des vor dreizehn Jahren erfolgten Risses. Auch im Norden, namentlich, aber nicht allein, in den katholischen Landesteilen, hegte man diese Gefühle, und es war ein wundervoller Ausdruck für eine große geschichtliche Tatsache, wenn die erste Thronrede des dritten Kaisers vom 25. Juni 1888 des Bündnisses mit den Worten gedachte: „Es sei ein Vermächtnis der deutschen Geschichte.“ Wenn in Rußland sich Bitterkeit darüber regte, daß Deutschland ihm den Angriff auf Österreich, dessen Erfolg überdies sehr fraglich gewesen wäre, aufs äußerste erschwerte, so konnte Bismarck nicht ohne guten Grund darauf hinweisen, daß durch das Bündnis bloß der Zustand hergestellt war, welcher jahrhundertelang zwischen Deutschland und Österreich bestanden hatte und 1866 nur vorübergehend durch den notwendigen Austrag der deutschen Frage unterbrochen worden

war. Nach Vollendung dieses Austrages gab es keine Interessengegensätze zwischen Österreich und Deutschland mehr, wohl aber starke Antriebe, sich zusammenzuschließen, da beide Reiche vermöge ihrer Lage in der Mitte Europas ihre Grenzen gegen mehr Nachbarn zu schützen hatten als die andern Großmächte. Das Bündnis hat sich fest gefügt erzeigt, ist erneuert worden und lange ein Bollwerk des europäischen Friedens gewesen; seine Stärke erprobte sich in der Orientkrisis des Frühjahrs 1909, und es ist von Deutschland auch gehalten worden, als seine Voraussetzungen bereits brüchig geworden waren, im Weltkrieg von 1914.

Mit der Sicherheit, welche aus dem deutsch-österreichischen Bündnis für uns erwuchs, war Bismarck noch nicht zufrieden. Er suchte Frankreich dadurch von dem Gedanken des Rachekriegs abzulenken, daß er ihm in allen Fragen, welche nicht Elsaß-Lothringen betrafen, entgegenkam (S. 381). Wir wissen, daß selbst Gambetta 1877—1878 für eine Politik des Zusammengehens mit Deutschland sich erwärmte (S. 347), und als das Ministerium Ferry 1881 sich entschloß, sich für die Gewalttaten der Grenzstämme in Tunis Genugtuung zu schaffen, und in Berlin anfragte, wie sich Deutschland dazu stellen werde, antwortete Bismarck am 2. Mai, daß er selbst gegen eine Eroberung von Tunis nichts einzuwenden habe;*) außerhalb Europas, bedeutete er dem Botschafter St. Vallier, macht, was ihr wollt; in Europa aber laßt uns in Ruhe! Es war dieselbe Politik, vermöge deren er einst im Dezember 1862 Österreich geraten hatte, seinen Schwerpunkt nach Ofen zu verlegen, das heißt seine Aufgaben im Osten zu suchen, nicht im Westen; ebenso wies er jetzt Frankreich auf die überseeische Ausdehnung seiner Macht, um in Europa vor ihm Ruhe zu haben. Das Ministerium Ferry, das auf diese Gedanken einging, konnte sich freilich nicht halten, und die Politik, „welche hypnotisiert auf das Loch in den Vogesen starrte," gewann wieder die Oberhand. Aber eben die Besetzung von Tunis durch die Franzosen, welche daraus einen in allem wesentlichen von ihnen abhängigen Schutzstaat machten, trieb Italien auf die Seite Deutschlands. Mit Knirschen sah man in Rom, daß die bisher beliebte „Politik der freien Hand" das Königreich vereinzelt und

*) Rambaud, Jules Ferry, Paris 1903, S. 292. Schon auf dem Berliner Kongreß hatte sich Bismarck in diesem Sinn geäußert, Hanotaux 4, 387 ff. In seinem Buch le Tonkin, Paris 1890, hat Ferry selbst bezeugt, „daß Deutschland nirgends, weder in den chinesischen Meeren, noch auf Formosa oder Madagaskar irgendwie das Vorgehen Frankreichs gehemmt, durchkreuzt oder geniert habe".

Digitized by Google

es Frankreich ermöglicht hatte, ihm die alte provincia Africa der Römer, ein herrliches Land, wo 20 000 Italiener als Kaufleute, Handwerker und Arbeiter angesiedelt waren, vor der Nase wegzuschnappen. Das Ministerium Mancini trat an Deutschland mit dem Wunsch eines Bündnisses heran, und so kam, da Deutschland ja schon mit Österreich zusammenstand, am 20. Mai 1882 der Dreibund auf fünf Jahre zustande, durch den sich alle drei mitteleuropäischen Mächte verpflichteten: 1. wechselseitig Friede und Freundschaft miteinander zu halten und sich an keinem Bündnis, das gegen eine der drei Mächte gerichtet wäre, zu beteiligen; 2. im Fall des Angriffs zweier oder mehrerer Mächte auf eine der drei den Bündnisfall als gegeben zu erachten; 3. im Fall des Angriffs einer einzigen Macht mindestens wohlwollende Neutralität zu beobachten; 4. im Fall eintretender Gefahr „in möglicher Zeit" sich über die militärischen Maßregeln zum Zweck des Zusammenwirkens zu verständigen; 5. den Vertrag geheim zu halten; 6. verhießen Deutschland und Österreich, im Fall Italien ohne Herausforderung seinerseits von Frankreich angegriffen werde, es mit allen ihren Kräften zu unterstützen; 7. übernahm Italien im Fall eines nicht herausgeforderten Angriffs Frankreichs auf Deutschland dieselbe Verpflichtung. Am 30. Oktober 1883 trat Rumänien in ein Bündnis mit Österreich und Deutschland, und am 15. Mai 1888 schloß sich Italien auch diesem Bündnis an. 1887 vereinbarten England, Italien und Österreich am 12. Februar, bzw. 24. März, daß sie den bestehenden Zustand im Mittelmeer, in der Adria, im ägäischen und im schwarzen Meer so sehr als möglich aufrecht halten wollten, und am 20. Februar 1887 wurde der Dreibund, zu dem nun England offenbar in einem gewissen Verhältnis stand, nach langen und schweren Verhandlungen auf Verlangen Italiens in der Weise erneuert, daß durch angehängte Sonderverträge 1. Österreich und Italien sich verpflichteten, im Fall der Zustand auf dem Balkan, in der Adria und im ägäischen Meer unhaltbar werde, sich über eine gegenseitige Entschädigung rechtzeitig zu verständigen, und 2. Deutschland Italien auch seine kriegerische Unterstützung zusicherte, falls Frankreich sein Protektorat oder seine Souveränetät über Tripolis oder Marokko auszudehnen suche und Italien, um seine Stellung im Mittelmeere zu behaupten, Frankreich in Nordafrika oder Europa bekriege. Diese großen Zugeständnisse machten Italien seine Verbündeten, um es nicht Frankreich oder Rußland in die Arme zu treiben. Der bedeutendste italienische Politiker, Francesco Crispi, besuchte Bismarck zu Anfang Oktober 1887 in

Digitized by Google

Friedrichsruh, blieb drei Tage und vereinbarte mit ihm eine Erweiterung des Februarabkommens (s. S. 399). Im September 1888 hat Crispi seinen Besuch bei Bismarck erneuert, und dieser persönliche Meinungsaustausch der leitenden Staatsmänner kam der Klärung der Lage und des deutsch-italienischen Verhältnisses zu statten.

Trotz des Bündnisses mit Österreich und Italien war aber Bismarck keineswegs gemeint, „den Draht nach St. Petersburg abreißen zu lassen," weil (bei der leidenschaftlichen Gegnerschaft der Tschechen gegen das deutsche Bündnis und der Möglichkeit ihrer Unterstützung durch die Klerikalen) in Österreich auch einmal ein anderer Wind aufspringen konnte, und weil Bismarck Rußland nicht dahin drängen wollte, daß es, wie das einst Katharina II. mit Joseph II. getan hatte, sich auf Unkosten Deutschlands mit Österreich verständige. Es gelang ihm in der Tat, mit Hilfe des russischen Ministers des Auswärtigen, des Herrn v. Giers, selbst den gegen die Deutschen von vielen Seiten eingenommenen Zaren Alexander III., der am 13. März 1881 auf seinen elendiglich von den Terroristen (oder den Reaktionären?) ermordeten Vater gefolgt war, zur Erneuerung des „Dreikaiserverhältnisses" zu bewegen. Am 18. Juni 1881 verabredeten sich Deutschland, Österreich und Rußland auf drei Jahre, daß sie im Falle eines Angriffs einer vierten Macht auf eines der drei Reiche wohlwollende Neutralität beobachten und ihre Interessen auf dem Balkan gegenseitig achten wollten. Österreich sollte zu der ihm gelegen erscheinenden Zeit Bosnien und die Herzegowina sich einverleiben dürfen; die Bestimmungen über den Sandschak Nowibazar sollten bestehen bleiben, ebenso die über die Schließung des Bosporus und der Dardanellen. Bulgarien (das Rußland damals ganz als sein Anhängsel betrachtete) sollte sich eventuell Ostrumelien angliedern dürfen; nicht aber Makedonien.*) Am 27. März**) 1884 wurde in Berlin der Vertrag auf drei Jahre erneuert. Diese Verträge waren ein Meisterstück, sagt selbst ein französischer Historiker,***); sie schützten Deutschland gegen die schwerste Gefahr: das Zustandekommen eines französisch-russisch-italienischen Bündnisses. (Vgl. unten S. 395.) Die Fortdauer der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den drei Kaisermächten bekundeten auch äußere Vorgänge, die Beachtung fanden. Am 18. Mai 1884 war Prinz Wil-

*) Pribram, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns, Wien 1920, I 11—16.

**) Ebenda I 35—36.

***) Matter, Bismarck et son Temps 3, 517.

helm bei der Großjährigkeitserklärung des Thronfolgers Nikolaus in St. Petersburg und „sprach mit Erfolg für die Einigung der drei Höfe".*) Am 15. September 1884 bekräftigten die drei Kaiser auf einer Zusammenkunft in der Stadt Skierniewice in Russisch-Polen (zwischen Warschau und Lodz) ihre Beziehungen; das Vordringen des Radikalismus in England, wo Gladstone und Chamberlain 1884 eine neue Demokratisierung des Wahlrechts durchsetzten, ward als ein Anzeichen dafür aufgefaßt, daß der monarchische Gedanke dort am Ende dem republikanischen weichen müsse, und um so nötiger schien der Zusammenschluß der östlichen Monarchien. Die Stimmung des Zaren war so, daß „nichts Schriftliches ausgemacht wurde; es war auch nicht nötig".**) „Die bismarckische Politik," sagt der Franzose Mévil, „war auf ihrem Höhepunkt; sie beherrschte Europa unbedingt."

Viertes Kapitel.

Die letzte Zeit Kaiser Wilhelms I. Bismarck und Kaiser Friedrich.

Gegen das Ende des Jahres 1886 trat wieder eine scharfe Spannung in der europäischen Lage ein. In Frankreich geriet die republikanische Staatsform durch die schmutzige Habgier und die unduldsame Herrschsucht vieler republikanischer Führer in solchen Mißkredit, daß die monarchistische Opposition 110 Wahlkreise eroberte und von 90 auf 200 Mann anwuchs, und der Kriegsminister General Boulanger suchte diese Stimmung für sich auszunutzen, indem er sich als den Mann hinstellte, der den Augiasstall der Republik auszufegen die Kraft habe und auch die verlorenen Provinzen Elsaß und Lothringen wieder herbeibringen könne. Er ließ an der Ostgrenze eine große Anzahl Baracken errichten, um sie mit Truppen zu belegen, und kaufte in Deutschland selbst große Mengen von Sprengstoffen zur Herstellung von Bomben und Granaten an. Gleichzeitig spitzten sich auf der Balkanhalbinsel dadurch, daß der 1879 eingesetzte Fürst Alexander I. von Bulgarien,

*) Hohenlohe, Denkwürdigkeiten 2, 352.
**) Ebenda.

Digitized by Google

ein geborener Prinz von Battenberg, den russischen Umtrieben weichen mußte, die Dinge dermaßen zu, daß ein Zusammenstoß zwischen Österreich und Rußland drohte; man hatte in Wien den Eindruck, daß Rußland die Herrschaft am Balkan völlig an sich reißen wolle, was Österreich nicht ruhig hinnehmen konnte. Geriet aber Österreich mit Rußland in einen Krieg, der von Rußland verschuldet war, so war Deutschland vertragsmäßig, wie wir wissen, verpflichtet, ihm zu helfen, und dann griff voraussichtlich Frankreich gegen uns zu den Waffen. Um diese Zeit näherte sich das am 20. April 1874 erstmals für die Zeit vom 1. Januar 1875 bis 31. Dezember 1881 vereinbarte und 1880 für die Jahre 1882 bis 1888 erneuerte sogenannte Septennat seinem Ende, und die verbündeten Regierungen brachten deshalb im Herbst 1886 eine Vorlage an den Reichstag, nach der der Friedensstand unseres Heeres von 427 000 Mann auf 468 000 Mann erhöht werden sollte, und zwar wieder für weitere sieben Jahre. Zur Begründung dieser Forderung sagte Bismarck am 11. Januar 1887 im Reichstag: „Keine einzige Stimme hat in Frankreich auf Elsaß-Lothringen verzichtet; jeden Augenblick kann dort eine Regierung ans Ruder kommen, welche den Krieg beginnt. Er kann in zehn Tagen oder in zehn Jahren ausbrechen; sicher davor sind wir niemals. Diesem Krieg gegenüber wird der von 1870 ein Kinderspiel sein; jeder Teil wird versuchen, den andern saigner à blanc, ihm so lange zur Ader zu lassen, bis die Blutleere eintritt, damit der niedergeworfene Feind nicht wieder auf die Beine kommt und dreißig Jahre lang nicht wieder an die Möglichkeit denken kann, sich dem Sieger entgegenzustellen." Die Opposition, bestehend aus Zentrum, deutschfreisinniger Partei und Sozialdemokratie, wollte das Septennat nicht gewähren, weil dem Parlament das Recht, jährlich über die Heereskosten zu beschließen, nicht verkürzt werden dürfe. Höchstens auf drei Jahre wollte die Mehrheit dieser Opposition die Kosten bewilligen, damit jeder Reichstag mit der Sache befaßt werden müsse; es sei unstatthaft, daß ein Parlament über seine Lebensdauer hinaus Bewilligungen mache. Als innersten Grund dieses Widerstands sah Bismarck das Streben an, das Heer von den wechselnden Mehrheiten des Reichstags abhängig, es zu einem „Parlamentsheer" zu machen, „für dessen Bestand nicht Seine Majestät der Kaiser und die verbündeten Regierungen, sondern die Herren Windthorst und Richter zu sorgen haben." Diesem Streben warf sich Bismarck mit allem Nachdruck entgegen, und als der Reichstag am 14. Januar 1887 statt des Septennats mit 183 gegen

Digitized by Google

154 Stimmen das Triennat annahm, wurde er aufgelöſt und Berufung an das Volk eingelegt.

In dieſe Kämpfe griff auch Leo XIII. auf Wunſch Bismarcks ein, um ſich für den Friedensſchluß im Kulturkampf dankbar zu zeigen. Er ließ durch den Staatsſekretär Jacobini ſchon am 3. Januar 1887, vor der Ablehnung der Regierungsvorlage, dem Zentrum die Annahme des Septennats anempfehlen, da die Unterſtützung der kaiſerlichen Wünſche den Intereſſen der Kirche entſpreche, und als dies nichts fruchtete, ward die Mahnung am 21. Januar, nach der Auflöſung, eindringlich wiederholt. Die Neuwahlen vom 21. Februar 1887 führten zu einem glänzenden Sieg der bisherigen Minderheit, der zu einem „Kartell" zuſammengeſchloſſenen Konſervativen, Freikonſervativen und Nationalliberalen; ſie wuchſen von 154 auf 223 Mann an. Am 9. März ward das Septennat mit 227 gegen 31 Stimmen angenommen; das Zentrum konnte ſich zwar auch jetzt nicht zu einem Ja verſtehen, nachdem es vorher in allen Tonarten das Septennat als konſtitutionell ganz unſtatthaft verſchrien hatte; es wollte aber dem Papſt, der die an ſich rein politiſche Frage als mit ſittlich-religiöſen Geſichtspunkten verknüpft erklärte, nicht direkt ungehorſam ſein und enthielt ſich ſo der Abſtimmung. Der Ausgang des Kampfes war, wenn man auch die Hereinziehung des Papſtes in innerdeutſche Fragen als eine ſehr zweiſchneidige Waffe wird anſehen müſſen, ein gewaltiger Erfolg Bismarcks; nachdem er von 1881—87 ſechs Jahre lang einen feindſeligen Reichstag vor ſich gehabt hatte, verfügte er jetzt wieder über eine zuverläſſige Mehrheit, um ſo mehr, als die hundert, jetzt wieder von Bennigſen geführten Nationalliberalen eine in ſich geſchloſſene Partei ohne lähmenden „linken Flügel" darſtellten. Der alte Kaiſer Wilhelm, der vier Wochen nach den Wahlen ſeinen neunzigſten Geburtstag feierte, ſagte deshalb auch, ein ſchöneres Geburtstagsgeſchenk als dieſen national geſinnten Reichstag hätte ihm das deutſche Volk nicht machen können.

Die Gefahr von Weſten her war durch die impoſante Kundgebung des Volkswillens zunächſt auch beſchworen, und die oben (S. 389) erwähnten Verträge, die unter Bismarcks auf den engliſchen Botſchafter Sir Edward Malet ausgeübter Einwirkung am 12. Februar 1887 zwiſchen England und Italien, am 24. März zwiſchen Öſterreich und Italien zuſtande kamen, dämpften wie Rußlands, ſo auch Frankreichs Tatendrang, indem die drei Mächte ſich verabredeten, eine Änderung des beſtehenden Zuſtandes im Mittelmeer nicht zuzulaſſen. Am 20. April 1887 flammte die Kriegs-

Digitized by Google

gefahr aber wieder auf, als der französische Polizeikommissär Schnäbele, gegen den als geborenen Elsässer das Leipziger Reichsgericht wegen Spionage einen Haftbefehl erlassen hatte, von seinem deutschen Amtsgenossen Gautsch zu einer Unterredung auf deutsches Gebiet gelockt und hier verhaftet wurde. Die Kriegspartei in Frankreich schlug gewaltigen Lärm, und Boulanger drang leidenschaftlich auf Krieg, blieb aber im Ministerium mit fünf gegen sieben Stimmen in der Minderheit. Bismarck regelte die Sache mit vollkommener Ritterlichkeit; als ihm der Einladungsbrief des Kommissärs Gautsch in einer getreuen Photographie von dem wackeren französischen Botschafter Herbette vorgelegt wurde, befahl er sofort die Freilassung Schnäbeles (28. April 1887).*)

Der Franzose Mévil behauptet (ebenda 183 f.), daß Bismarck während der Zeit der Spannung zwischen Deutschland und Frankreich den Zaren durch unsern Botschafter während einer dreiviertelstündigen Audienz direkt befragen ließ, ob im Fall eines Krieges am Rhein sich Deutschland auf die russische Neutralität verlassen könne, und der Zar mit Nein antwortete. Die Angabe ist glaubhaft. Schon am 20. Februar 1887 hat das halbamtliche Blatt des auswärtigen russischen Amtes, der Nord in Brüssel, offenbar unter dem Einfluß des Verdachts, daß das sog. Mittelmeerabkommen Englands, Österreichs und Italiens vom 12. Februar nicht ohne Bismarcks Mitwirkung zustande gekommen sei, in einem vielbeachteten Artikel erklärt, daß Rußland die Vorgänge am Rhein überwachen, Frankreich nicht nochmals schwächen lassen und die bulgarischen Dinge laufen lassen werde, wie sie wollen. Die Spannung war gefährlich für beide Teile. Bismarck war längst der Überzeugung, daß es keine verfehltere Politik für Deutschland geben könne, als sich irgendwie an der orientalischen Frage interessiert zu zeigen. Dadurch überwerfe man sich mit Rußland und überhebe England jeden Anlasses, sich um Deutschlands Wohlwollen zu bewerben; es werde behaglich still sitzen und sich von uns die Kastanien aus dem Feuer holen lassen.**) Aus dieser Erwägung heraus war er entschlossen, die Sorge um Konstantinopel denen zu überlassen, die sie zunächst anging, und Rußland den Weg dorthin nicht zu verlegen. So war, als 1887 Österreich sowohl als Rußland wegen des über Bulgarien zwischen ihnen hervorgetretenen Gegensatzes die Ver-

*) Mévil, Revue hebdomadaire vom 11. Mai 1907, S. 168.

**) Bismarckerinnerungen des Staatsministers Freiherrn Lucius v. Ballhausen, Stuttgart 1920, S. 500 (17. August 1889).

Digitized by Google

träge von 1881 und 1884 zu erneuern abgeneigt waren, der Boden doch noch frei für den Abschluß eines sich auf Deutschland und Rußland beschränkenden Abkommens. Der Graf Peter Schuwaloff und der Staatssekretär Herbert Bismarck verhandelten im Frühjahr 1887 über ein solches, und daraus erwuchs der sogen. Rückversicherungsvertrag vom 18. Juni 1887.*) Laut dessen erstem Artikel versprachen Deutschland und Rußland, falls eines von ihnen sich mit einer dritten Großmacht im Krieg befinde, sich gegenseitig wohlwollende Neutralität (d. h. die Unterlassung aller Maßnahmen, welche die schneidige Führung des Krieges erschweren konnten), und alle Begünstigung, welche ohne direkte Parteinahme möglich war. Diese Bestimmung sollte aber bei einem Angriffskrieg Rußlands auf Österreich oder Deutschlands auf Frankreich keine Anwendung finden. Im zweiten Artikel erkannte Deutschland Rußlands geschichtlich erworbene Rechte auf der Balkanhalbinsel an, insbesondere auch seinen entscheidenden Einfluß in Bulgarien und Ostrumelien. Die beiden Höfe verpflichteten sich, keine Änderung des bestehenden Gebietszustandes auf dem Balkan ohne vorheriges Einverständnis zuzulassen und jedem Versuch, diesem Zustand Abbruch zu tun, sich zu widersetzen. Im dritten Artikel erkannten beide Höfe an, daß die Schließung von Bosporus und Dardanellen gemäß dem Berliner Kongreß einen europäischen und gegenseitig bindenden Charakter trage. Sie wollten gemeinsam darüber wachen, daß die Türkei diese Meerengen nicht für die Operationen einer kriegführenden Macht hergebe, nötigenfalls der Türkei den Krieg erklären und die im Berliner Vertrag verbürgte Sicherheit ihres Gebietsstandes als verwirkt ansehen. Artikel 4 setzte die Dauer des Abkommens auf drei Jahre fest. In einem „ganz geheimen“ Zusatzprotokoll versprach Deutschland der russischen Regierung dazu zu verhelfen, daß in Bulgarien eine gesetzmäßige Regierung hergestellt und keinesfalls der Prinz von Battenberg wieder eingesetzt werde. Falls der Zar selbst die Verteidigung des Zugangs zum schwarzen Meer übernehme, verpflichtete sich das deutsche Reich zu wohlwollender Neutralität und zur moralischen und diplomatischen Unterstützung der Maßnahmen des Zaren, die darauf gerichtet seien, den Schlüssel seines Reichs in der Hand zu behalten.

An diesem Vertrag ist vor allem bemerkenswert, daß Bismarck

*) Der Text ist erstmals im vollen Wortlaut in der offiziösen Berliner „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 12. September 1919 mitgeteilt worden, dann von Pribram I 305—307.

Digitized by Google

zwar, dem Abkommen mit Österreich von 1879 getreu, die habsburgische Monarchie nach wie vor gegen einen russischen Angriff zu decken sich vorbehielt, wie auch Rußland sich dieselbe Haltung im Fall eines deutschen Angriffs auf Frankreich wahrte. Sonst aber behielt das deutsche Reich gegenüber von Österreich seine volle Freiheit und legte sich vor allem nicht auf die Unterstützung etwaiger österreichischer Vorstöße auf dem Balkan fest. Im Westen des Balkans blieb Österreich gemäß dem Berliner Vertrag von 1878 die Vormacht; aber in den bulgarischen und ostrumelischen Dingen und in der Angelegenheit der Meerengen trat Bismarck völlig auf die Seite Rußlands und überließ ihm sogar äußersten Falls die Meerengen selbst als anerkannten Schlüssel des russischen Reichs. Deutschlands Interesse an den Meerengen war gering; mochten sich andere dafür einsetzen, wie es ihnen durch ihre Interessen geboten schien; wir überwarfen uns darüber mit dem Zaren nicht. Durch den Rückversicherungsvertrag wurden also Rußlands Balkanziele in weitgehendem Maße von Deutschland anerkannt, aber ohne daß Österreich preisgegeben wurde und ohne daß Rußland einseitige Gebietsveränderungen auf der Halbinsel vornehmen durfte. Durch diesen Vertrag wurde das 1879 gelockerte Band zwischen St. Petersburg und Berlin wieder sehr enge geknüpft, und Deutschland erlangte namentlich eine erneute, überaus wertvolle Sicherung vor einem Zweifrontenkrieg in Ost und West. Österreich aber hatte von dem Vertrag, worauf mich Staatsminister Dr. Brauer einmal aufmerksam gemacht hat, doch auch einen besonderen Vorteil; denn er beseitigte das in St. Petersburg immer wieder spukende Schreckbild eines österreichisch-deutschen Angriffs auf das Zarenreich und setzte die russische Kriegspartei matt, welche zur Beschwörung dieser Gefahr einen plötzlichen Überfall auf Österreich empfahl. Um diesen Hetzern ihr Handwerk zu erschweren, wurde am 3. Februar 1888 der Wortlaut des deutsch-österreichischen Verteidigungsbündnisses von 1879 von Berlin aus bekannt gegeben. Österreich gewann also eine erhöhte Friedenssicherheit, und in Wien, wo man von dem Abkommen trotz dessen „streng geheimen“ Charakters bald Kenntnis erhielt (vielleicht durch die von dem Vertrag schwer getroffene und gereizte russische Kriegspartei, welche so die Verbündeten von 1879 zu entzweien hoffte) hat man das auch begriffen. Das Vertrauen in die Ehrlichkeit Bismarcks und die von ihm geleitete deutsche Politik ist in keiner Weise erschüttert worden. Für uns brachte der Rückversicherungsvertrag allerdings den Gewinn, daß wir „an unserem Bogen einen zweiten, russischen Strang“

Digitized by Google

neben dem österreichischen erlangten,*) der uns namentlich für die Vereinzelung Frankreichs, im Fall es uns angreifen sollte, Gewähr leistete. Bismarck strebte darnach, unsere Sicherheit mit so viel Bürgschaften als möglich zu umgeben, uns für alle Fälle, die eintreten konnten, die größtmöglichen Siegesaussichten zu verschaffen. Er traute sich zu, die aus der verwickelten Lage etwa entspringenden Schwierigkeiten zu überwinden und den Vorteil stets auf unsere Seite zu bringen.**)

Das gute Einvernehmen zwischen Berlin und St. Petersburg war natürlich allen Deutschfeinden an der Newa und sonstwo ein Dorn im Auge, und von ihnen ging ein abgefeimtes Spitzbubenstück aus, das dieses Einvernehmen wieder zerstören sollte. Dem Zaren wurden von Paris aus***)— wie es heißt, mit Hilfe der an seinen Schwager, den dänischen Prinzen Waldemar, verheirateten Prinzessin Marie von Orleans †) — einige mit teuflischer Tücke gefälschte Schriftstücke — angeblich Briefe des Fürsten Ferdinand von Bulgarien an die Gräfin Marie von Flandern — in die Hände gespielt, aus denen hervorzugehen schien, daß Deutschland insgeheim den Koburger „Usurpator" Fürst Ferdinand zur Annahme der bulgarischen Fürstenwürde gegen den Willen des Zaren aufgemuntert, also treulos gegen Rußland gehandelt habe; und doch warf Bis-

*) Ausdruck der „Neuen freien Presse", s. Penzler, Fürst Bismarck nach seiner Entlassung 7, 114.

**) Diese Schwierigkeiten hat der Staatssekretär von Marschall-Bieberstein bei der Interpellation des Zentrums über den Rückversicherungsvertrag im Reichstag (16. November 1896) in die Worte gefaßt: „Bei aller Bewunderung des staatsmännischen Gedankens, daß die Rückversicherung die Friedensgarantie stärke, wird doch der Zweifel gestattet sein, ob mit der Mehrzahl der Bündnisse und Verträge auch der innere Wert jedes einzelnen sich steigert." Daß eine sichere und überlegene Hand für diese Lage erfordert wurde, ist zuzugeben. Daß aber Rußland in dem Vertrag „eine starke Stütze der bestehenden, sehr befriedigenden Lage" sah und durch dessen Kündigung 1890 nach Bismarcks Sturz „geradezu gezwungen wurde, eine solche an anderer Stelle aufzurichten", hat der russische Minister des Auswärtigen, Graf Lamsdorff, ausdrücklich 1906 unserem Botschafter, Freiherrn v. Schön, erklärt. S. dessen Buch „Erlebtes", Stuttgart 1921, S. 27.

***) So steht in Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen" 3, 84.

†) Die nicht notwendig von der Fälschung gewußt haben muß. Freilich war sie nach Le Correspondant 237 (1909) 1218 diplomate discret, sentinelle de la France auprès du roi Christian, und hat viel zum Zustandekommen des russisch-französischen Bundes beigetragen.

Digitized by Google

marcks offiziöses Sprachrohr, die „Norddeutsche allgemeine Zeitung“ vom 16. August 1887, dem Fürsten wegen seiner Ansprache an das bulgarische Volk „verstärkten Bruch des Vertragsrechts“ vor, den keine der Mächte gutheißen könne. Man benahm sich in St. Petersburg sehr unfreundlich gegen Deutschland; der Zar äußerte wohl, wenn er nach Berlin komme, so wolle er zwar seinen alten Großonkel sehen, nicht aber Bismarck; über die reichsdeutschen Grundbesitzer in den westlichen Gouvernements von Rußland wurde die Enteignung verhängt, weshalb deutscherseits ein Gegenschlag geführt und die deutsche Reichsbank am 10. November angewiesen wurde, russische Werte nicht mehr zu beleihen. Eben in diesem Zeitpunkt aber gelang es Bismarck in einer persönlichen Unterredung mit dem Zaren Alexander III., der von Kopenhagen, der Residenz seines Schwiegervaters, der vorgerückten Jahreszeit wegen über Berlin (statt zur See) heimreiste, am 18. November 1887 den Beweis zu führen, daß er auf eine Anfrage des Herzogs Ernst von Koburg direkt davon abgeraten hatte, einen deutschen Prinzen nach Sofia zu setzen, daß also mit den erwähnten Schriftstücken eine gerade satanische Fälschung zu dem Zweck gemacht war, Deutschland mit Rußland zu überwerfen.

In diesen unheimlichen Tagen kam Bismarck wieder voll zum Bewußtsein, wie alles Werben um die russische Freundschaft in St. Petersburg einflußreiche Gegner hatte, die vor nichts zurückschreckten, und so suchte er (obwohl er an sich eine Wahl zwischen Rußland und England solang als möglich zu vermeiden bestrebt war, weil sie leicht dazu führte, daß Deutschland den Verbündeten die Kastanien aus dem Feuer holen sollte) für den Fall, daß die Deutschfeinde an der Newa einmal Oberwasser erhielten, Deutschland anderweit gegen die Gefahr von Osten zu sichern. Schon 1875 hatte er (durch Bucher) und wieder 1879—1880 mit England über ein Bündnis verhandelt, das nur wegen des Sturzes des Ministeriums Beaconsfield nicht zustande kam; den Kaiser Franz Joseph hat Bismarck am 14. August 1889 versichert, daß das ganze Ziel der deutschen Politik seit zehn Jahren sei, England für den Dreibund zu gewinnen. In diesem Bestreben richtete er am 22. November 1887 an den englischen Ministerpräsidenten Lord Salisbury einen Brief,*) der davon ausging, daß die Besorgnis des Lords, als ob der der Thronbesteigung schon damals sehr nahe Prinz Wilhelm als Herr-

*) Text bei Otto Hammann, Zur Vorgeschichte des Weltkriegs, Berlin, 1918, S. 154—159.

Digitized by Google

scher grundsätzlich zu einer antienglischen Politik hinneigen könnte, irrig sei. Jeder Kaiser werde sich nur durch die Interessen des deutschen Reichs leiten lassen, und diese geböten, daß Deutschland sich vor Koalitionen schütze und sich Bündnisse mit solchen Mächten sichere, welche wie es selbst zufrieden, „saturiert“ (satt) und also friedliebend und erhaltend seien. Das sei bei Österreich und England der Fall, nicht aber bei Frankreich, das sich als beständiger Feind seiner Nachbarn erwiesen habe, und bei Rußland, das heute Europa gegenüber die Haltung einnehme, welche Frankreich unter Ludwig XIV. und Napoleon I. kennzeichnete. Deutschland wünsche auch, daß die befreundeten Mächte, welche im Orient Interessen zu schützen haben, die nicht die unsrigen seien, durch ihren Zusammenschluß sich stark genug machen, um das russische Schwert in der Scheide zu halten oder ihm im Fall eines Bruches Widerstand leisten zu können. Niemals könne ein deutscher Kaiser Rußland helfen, die Mächte niederzuwerfen, „auf deren Beistand wir rechnen“. Deutschland werde einen russischen Krieg solang als möglich vermeiden, nicht aber Österreich-Ungarn durch Rußland, England und Italien durch die französischen Heere überfluten lassen. Der Brief enthielt kein direktes Bündnisangebot, ließ aber Deutschlands Bereitwilligkeit zu einer Art von Rückversicherung auch mit England deutlich durchschimmern. Bismarck verhehlte nicht, daß Deutschland, falls das gewünschte Bündnis uns im Stich ließe und wir ohne Bundesgenossen mit Rußland kämpfen müßten, eine freundschaftliche Verständigung mit Rußland werde suchen müssen. Lord Salisbury ließ, wie es scheint, mit Rücksicht auf Englands damalige „Wehrlosigkeit“ (s. S. 400) sich auf Versprechungen nicht ein, welche das Land ohne Vorbereitung in Krieg verwickeln konnten; auch war er nicht ohne ein gewisses Mißtrauen gegen Bismarcks überlegene Staatskunst; er meinte, mit dem Teufel sei nicht gut Karten spielen.*) Aber er tat doch das zweite, was Bismarck ihm nahelegte: am 12. Dezember 1887 erweiterten England, Österreich und Italien ihr Abkommen vom 12. Februar dahin, daß die Unabhängigkeit der Türkei als der Hüterin wichtiger europäischer Interessen unbedingt gewahrt und sie also angehalten werden solle, ihre oberhoheitlichen (souveränen) Rechte über Bulgarien — wohin der Zar den General Ehrenroth als Statthalter schicken wollte — an niemand abzutreten. Da der Zar nach der ihm von Bismarck über die bulgarischen Schriftstücke gegebenen Aufklärung sich freund-

*) Otto Hammann, Der mißverstandene Bismarck, Berlin 1921, S. 46.

Digitized by Google

schaftlicher verhielt, wurde die Krisis überwunden und der Rückversicherungsvertrag blieb bestehen. Nach den in dem Werk des Professors v. Eppstein (Fürst Bismarcks Entlassung, Berlin 1920, S. 95 ff., bes. 113) enthaltenen Urkunden vom Juni 1889 sah Bismarck eine antirussische Haltung der Reichspolitik wenigstens solange als falsch an, bis unsere Vorbereitungen in Gewehr und Munition zum Abschluß gebracht seien, womöglich sogar bis zu dem Zeitpunkt, wo Englands jetzige relative Wehrlosigkeit aufgehört haben und auf Englands Mitwirkung bei eintretenden Krisen mehr als bisher zu rechnen sein werde. Aus diesem einstweiligen Friedensbedürfnisse gehe die Notwendigkeit hervor, wenigstens doch bis dahin unsere Beziehungen zu Rußland zu schonen und zu pflegen. Aus diesem Grunde lehnte er es ab — was der gegen Rußland und den Zaren Alexander III. seit Herbst 1889 schlechter gestimmte Kaiser Wilhelm II. verlangte — die Zulassung einer russischen Konvertierungsanleihe, die das zuständige Berliner Börsenkommissariat genehmigt hatte, durch sein Eingreifen als preußischer Handelsminister zu verhindern; denn durch ein dermaßen unfreundliches Vorgehen wurde Rußland ohne zwingende Not schwer vor den Kopf gestoßen. Aus demselben Grunde „ließ Bismarck es sich angelegen sein, in den Streit der monarchischen Staaten gegen die schweizerischen Revolutionsparteien eine Interessengemeinschaft mit Rußland und eine dieser entsprechende gemeinschaftliche Haltung beider Reiche zu erstreben und zur europäischen Anschauung zu bringen," *) und empfand es als eine Durchkreuzung seiner Politik, als offiziöse — offenbar vom Kaiser direkt befohlene — Artikel ohne sein Zutun gegen die (allerdings unter manchen rechtlichen Gesichtspunkten anfechtbar gewesene, aber schließlich doch einwandfrei gemachte) Konvertierung erschienen. Man sieht: er traute den Russen nicht mehr; er faßte das Zusammengehen mit England ins Auge, wodurch man auch Italiens erst recht sicher wurde; aber Bismarck hielt so viele Eisen im Feuer, als möglich und rätlich war.**)

Die Bündnisse hatten gewiß ihren großen Wert; aber wichtiger war doch, Deutschlands eigene Kraft zu entwickeln und in einen

*) Eppstein S. 113.

**) Vgl. dazu Rachfahls interessante Studie über den Rückversicherungsvertrag im weltwirtschaftlichen Archiv 16 (1920), 23—31. Wenn er freilich betont, daß Bismarck England ein Bündnis empfohlen habe, an dem Deutschland nicht beteiligt sein sollte, so übersieht er die wichtige Stelle des Briefs, die von Bündnissen Deutschlands selbst spricht.

Digitized by Google

Stand zu setzen, daß es sich im Notfall auch allein aller Feinde erwehren konnte. Diesem Zweck diente eine Vorlage, welche das zweite Aufgebot der Landwehr wieder herstellte (S. 72), indem sie sechs Jahrgänge des Landsturms, die Mannschaften im Alter von 33—39 Jahren, zur Landwehr schlug und also gestattete, auch diese Jahrgänge ins Feld zu führen. Der Landsturm, dem die Verteidigung des Landes obliegt, sollte aus den Leuten von 40—45 Jahren (bisher nur bis zu 42 Jahren) gebildet werden. Bismarck begründete die Vorlage in der berühmten Rede vom 6. Februar 1888, in der er ein in großen Zügen gehaltenes Bild der gegenwärtigen Lage entwarf und betonte, daß zwar die Friedensaussichten sich gebessert hätten, aber immer noch in Frankreich wie in Rußland eine Kriegspartei bestehe, die wohl von den Regierungen gezügelt werde, deren Bestehen aber doch zur Vorsicht mahne. Sollten wir angegriffen werden, so schaffe uns das Gesetz ein Mehr von 700 000 Soldaten, unter Offizieren und Unteroffizieren, wie sie kein anderes Land habe, weil keines ein solches Maß von Volksbildung besitze. Gegen den fremden Angreifer werde das ganze Land von der Memel bis zum Bodensee aufbrennen wie eine Pulvermine, und der furor teutonicus sich entwickeln. Drohungen schrecken uns nicht: „Wir Deutsche fürchten Gott, aber sonst nichts in der Welt, und Gott wird mit uns sein!“ Der Eindruck der Rede war ein so gewaltiger, daß auf den Antrag des Zentrums, also der Opposition, die Vorlage sofort en bloc, ohne Einzelberatung, angenommen wurde. An diesem denkwürdigen Tag gab es keine Parteien; es gab nur eine (abgesehen natürlich von den Sozialdemokraten) einmütige deutsche Volksvertretung.

In den Tagen, da diese erfreulichen Vorgänge sich abspielten, lasteten düstere Schatten auf dem Kaiserhaus und dem Reiche. Seit dem Frühjahr 1887 war der Kronprinz Friedrich Wilhelm an einem Halsübel erkrankt, das sich immer bedenklicher anließ; seit 6. November 1887 war festgestellt, daß nicht der von der Kronprinzessin berufene und sehr selbstbewußt auftretende englische Arzt Sir Morell Mackenzie, sondern der deutsche Arzt, Professor Dr. Gerhardt von der Berliner Universität, recht hatte: das Leiden war Kehlkopfkrebs. Am 8. Februar 1888 ward dem Kranken in San Remo, um den Erstickungstod zu verhüten, der Kehlkopf ausgeschnitten, und seitdem vermochte er nur noch durch eingelegte silberne Röhrchen kümmerlich zu atmen. Man kann sich denken, wie dieses furchtbare Geschick des Sohnes dem greisen, am 22. März 1887

Digitized by Google

neunzig Jahre alt gewordenen Kaiser ans Herz griff. Am 23. Februar sah er auch noch den Lieblingsenkel sterben, den zweiten Sohn seiner Tochter, den Prinzen Ludwig von Baden. Am 3. März legte er sich selbst an einem alten, nun aufs neue aufgetretenen Blasenleiden zu Bette; am 9. März, früh halb neun Uhr, ist er verschieden. Mit ergreifenden Worten gab Bismarck, dem die Stimme vor Wehmut versagte, dem Reichstag in dessen Sitzung vom gleichen Tage Kunde vom Hinscheiden seines kaiserlichen Herrn und wies darauf hin, „daß die mit einer seltenen Einstimmigkeit aller Deutschen, aller verbündeten Regierungen, aller Stämme, aller Abteilungen des Reichstags beschlossenen Maßregeln zur Sicherstellung der Zukunft des Reiches Seine Majestät noch in der letzten Lebenszeit mit großem Trost erfüllt haben und daß er auf die Entwicklung seiner Hauptlebensaufgabe, der Herstellung und Konsolidierung der Nationalität der Deutschen, mit einer Befriedigung habe blicken können, welche den Abend seines Lebens verschönte und beleuchtete."

Dem Sohn und Nachfolger Wilhelms I., der sich als König von Preußen Friedrich III. nannte, war von vornherein nur noch eine kurze Lebensfrist beschieden, da das Übel nur vorübergehend gehemmt, nicht beseitigt war; es fehlte ihm deshalb auch die volle Kraft des Geistes und Körpers, um seines Amtes so, wie er es in besseren Zeiten gehofft hatte, zu walten. Friedrich III. war in der Konfliktszeit ein offener Gegner Bismarcks gewesen, dessen Verfahren er als mit der Verfassung im Widerspruch stehend erachtete; auch vor Paris, über den Kulturkampf und die Behandlung der Fortschrittler hatte er abweichende Ansichten gehabt (S. 359). Aber ebenso oft, und in ganz entscheidenden Fragen, in Nikolsburg, in Versailles, waren die beiden Hand in Hand gegangen, und schon im Jahr 1885, als der alte Kaiser einmal ernstlich erkrankte, hatte eine Aussprache zwischen ihnen stattgefunden, deren Ergebnis war, daß Bismarck auch unter dem neuen Herrscher im Amt bleiben sollte; er forderte und erlangte für diesen Fall die Sicherheit, daß jede Hinneigung zu einer Parlamentsherrschaft und jede Zulassung auswärtiger Einflüsse auf die Reichspolitik ausgeschlossen sein sollte.*) Demgemäß erließ Kaiser Friedrich, nachdem er am 11. März in Berlin eingetroffen war, an Bismarck ein besonderes Handschreiben, laut dessen er ihn als „den langjährigen, vielbewährten Diener seines

*) Gedanken und Erinnerungen 2, 304—305. „Kein Gedanke daran!" sagte der Kronprinz mit einer entsprechenden Handbewegung zu diesen zwei Punkten.

Digitized by Google

Vaters, den treuen und mutvollen Ratgeber, der den Zielen der Politik Wilhelms I. die Form gegeben und deren erfolgreiche Durchführung gesichert habe", bezeichnete und „zur Verwirklichung seiner Absichten auf seine so oft bewiesene Hingebung und auf die Unterstützung seiner bewährten Erfahrung" rechnete. So blieb Bismarck im Amt, und da er auch mit der Kaiserin Friedrich, die ihm früher oft abgeneigt gegenübergestanden war (S. 372), dadurch zu einem guten Einvernehmen gelangte, daß er ihr mit schuldiger Rücksicht auf ihre künftige Lage eine Witwenversorgung von zwölf Millionen Mark für sie und ihre Töchter verschaffte, so änderte sie ihr Verhalten gegen ihn, „setzte sich," wie der Minister Friedberg sagte, „zu ihm auf einen sehr guten Fuß und hielt ihn für ihren besten Freund".*) So waren die neunundneunzig Tage der Regierung Friedrichs III. nach einer Äußerung Bismarcks selbst für ihn mit weit weniger Reibungen verbunden als irgend eine frühere Zeit.

An Meinungsverschiedenheiten zwischen Kaiser und Kanzler hat es natürlich nicht ganz gefehlt, wie das in der Natur der Sache und der Menschen überhaupt liegt. So wollte Friedrich III. in die übliche Amnestie auch die Sozialdemokraten einschließen, und einer Reihe hervorragender Männer, die politisch deutsch-freisinnig waren, wollte er Orden verleihen. Bismarck hielt das erstere für unstatthaft, da es sich um eine Partei handle, welche offen sich als antimonarchisch bekannte; das zweite erschien ihm irreführend, weil man es nicht auf die sonstigen Verdienste jener Männer beziehen werde, sondern auf ihre politische Stellung; damit würde der Regierung des Kaisers ein deutsch-freisinniger Stempel aufgedrückt. Der Kaiser verzichtete schließlich auf beide Absichten, auf die zweite allerdings nur insoweit, als er die Ordensverleihung bloß auf den berühmten Berliner Anatomen Virchow und den Berliner Oberbürgermeister v. Forckenbeck erstreckte. Aus demselben Grund, um nicht Wasser auf die Mühle des Freisinns zu leiten, verhinderte Bismarck die Absetzung des bekannten Hofpredigers und Leiters der gewaltigen Berliner antisemitischen Bewegung Adolf Stöcker, so wenig dieser auch Bismarcks Freund war. Am bedenklichsten war die Verwicklung, die im April 1888 aus der Absicht der Kaiserin Friedrich hervorging, ihre Tochter Viktoria mit dem zurückgetretenen Fürsten von Bulgarien, Prinzen Alexander von Battenberg, zu verheiraten. Bei dem persönlichen Haß, den Zar Alexander III. auf seinen Vetter geworfen hatte, und bei der Überzeugung der Russen,

*) Lucius S. 463.

Digitized by Google

daß der Battenberger ein Hauptgegner ihres Einflusses am Balkan gewesen sei, war es mit Händen zu greifen, daß durch eine solche Heirat das kaum erst wieder hergestellte gute Verhältnis zwischen den Höfen von St. Petersburg und Berlin abermals zerstört werden mußte, um so mehr, als ein Teil der Bulgaren die Hoffnung auf Alexanders Wiederkehr noch nicht aufgegeben hatte. Der Rückversicherungsvertrag verpflichtete Deutschland überdies ausdrücklich, dafür einzustehen, daß der Prinz nicht wieder eingesetzt werde. Wenn er Schwiegersohn des deutschen Kaisers wurde, so war Deutschland in den Augen der Russen ihr ausgesprochener Feind, und die Wühlereien Boulangers erhielten voraussichtlich neue Kraft. Es war also Bismarcks dringliche Pflicht, von dieser Heirat abzuraten, und er wurde dabei von dem Oberhofmarschall des Kaisers, Fürsten Radolin, nachdrücklich unterstützt, der für den Fall, daß der kranke Monarch dem Andringen seiner Frau nicht widerstehen könne, drohte, daß der Reichskanzler des Kaisers Fähigkeit, Anordnungen zu treffen, bestreiten werde; daraus könne dann eine Krisis von unberechenbarer Tragweite entstehen (Lucius S. 488). Da auch Prinz Wilhelm, wie es heißt, Bismarcks Darlegungen mit aller Entschiedenheit beitrat, so untersagte der Kaiser nach einer leidenschaftlichen Szene mit seiner Frau, welche dem schwerkranken Mann herb zusetzte und ihn an ein ihr gegebenes Ehrenwort erinnern zu dürfen glaubte, am 10. April 1888 durch eine auf einen Zettel geschriebene Entscheidung die Heirat. Bei all dem setzte der Kanzler die Rücksicht der Ehrerbietung gegen die fürstlichen Frauen und vollends gegen den Kaiser nicht außer acht, was bei seiner ganzen ritterlichen Art und feinen Sitte ausgeschlossen war; er gab nach Berlin und Leipzig, von wo Adressen zu seinen Gunsten verbreitet wurden, abmahnende Winke, weil er nicht wollte, daß es aussehe „wie ein Triumphgeschrei seinerseits". Der Haß des Freisinns aber entlud sich in dem blöden Hohn, daß Bismarck, der am 6. Februar 1888 im Reichstag ausgerufen habe: Wir Deutsche fürchten Gott, aber sonst nichts in der Welt, nun vor den Russen sich fürchte: gleich als ob das Streben, nicht um persönlicher Wünsche erlauchter Personen willen Deutschlands Stellung zu gefährden, ein Ausfluß feiger Furcht wäre! Schon am 12. Mai 1884 hatte Bismarck dem Fürsten Alexander erklärt: „Ich bin der Kanzler von 45 Millionen Deutschen, deren Interessen ich nicht jenen einer einzigen Person opfern kann!" Genau so stand die Sache auch jetzt. Wie der Kaiser hier sich schließlich auf Bismarcks Seite stellte, so gab er auch der Verlängerung der Wahlperioden des preußischen Landtags von drei auf fünf

Digitized by Google

Jahre seine Zustimmung, welche einem ähnlichen Beschluß der Reichsgewalten über die Dauer der Reichstagsperioden entsprach. Das preußische Staatsministerium erhoffte von diesen Maßregeln nicht mit Unrecht den Vorteil, daß die Abgeordneten mehrere Jahre ohne die Nachwirkungen der Wahlkämpfe und ohne den störenden Ausblick auf die Neuwahlen ihrer gesetzgeberischen Arbeit sich in Ruhe und Sachlichkeit würden widmen können. Bismarck selbst war freilich gegen die fünfjährigen Wahlperioden, weil er in ihnen eine Kräftigung des Parlaments sah, fügte sich aber der Mehrheit des Ministeriums. In einem Fall setzte der Kaiser seinen Willen und den seiner Gemahlin durch, indem er am 7. Juni an den Minister des Innern, Robert v. Puttkamer, wegen seiner rücksichtslosen Beeinflussung der Wahlen ein sehr ungnädiges Handschreiben richtete und ihn dadurch zur Eingabe seines Entlassungsgesuchs nötigte. Bismarck hat in dieser Frage nachgegeben, weil auch er in der Sache selbst das Verhalten des Ministers nicht decken konnte; er bedauerte indessen das Ausscheiden des sonst tüchtigen Mannes. Die Absicht des Kronprinzen Wilhelm, die Entlassung Puttkamers rückgängig zu machen, an der er auch nach seiner Thronbesteigung noch einige Zeit festhielt, verhinderte Bismarck schon „aus einfacher Rücksicht auf den öffentlichen Anstand, da man nicht gewissermaßen bei noch offenem Sarg die jüngsten Anordnungen des Verstorbenen aufheben dürfe." *)

Puttkamers Entlassung war „die bezeichnende Tat der Regierung Friedrichs III.," welche sich jetzt ihrem Ende zuneigte. Die Krankheit machte unaufhaltsame Fortschritte; am 14. Juni war der Kaiser nicht mehr imstande zu sprechen und legte, wie von glaubwürdiger Seite erzählt wird, wortlos die Hand seiner Gattin in die Bismarcks, wie um sie ihm und seiner treuen Fürsorge ans Herz zu legen. Am 15. Juni, vormittags etwas nach elf Uhr, verschied er, ein Mann, der fast sein ganzes Leben hatte vor der Türe stehen müssen und erst zur Herrschaft gelangt war, als der Tod ihn schon gezeichnet hatte. Kaiser Friedrich war tapfer, künstlerischen und wissenschaftlichen Sinnes, bescheiden, freisinnig und doch von stolzem monarchischem Gefühl erfüllt, das in großen Krisen wie der von 1870 sich nicht verleugnete; sein herbes Geschick umgab ihn, der äußerlich in den Jahren der Kraft eine Siegfriedsgestalt war, mit der Strahlenkrone des Leides.

*) Penzler 4, 147. Lucius S. 464.

Digitized by Google

Fünftes Kapitel.

Bismarck unter Kaiser Wilhelm II.; sein Sturz.

Der junge, erst neunundzwanzigjährige Herrscher Wilhelm II., der jetzt das Steuerruder des Staates ergriff, hatte bisher große Verehrung für Bismarck gehegt und sie offen zur Schau getragen. In einem Brief an Bismarck vom 21. Dezember 1887 (Gedanken und Erinnerungen 3, 11) sagt er: „ich ließe mir stückweise ein Glied nach dem andern für Sie abhauen eher, als daß ich etwas unternähme, was Ihnen Schwierigkeiten machen oder Unannehmlichkeiten bereiten würde," und in seinem Brief an den Kaiser Franz Joseph vom 3. April 1890 (österreichische Rundschau 58, 107) steht das Wort: „ich habe Bismarck mein Lebenlang vergöttert und für ihn im Elternhause wahre Höllenqualen moralischer Verfolgung ausgestanden, auch den unauslöschlichen Zorn meiner Mutter auf mich geladen." Während der Krankheit seines Vaters sagte er sich am 1. April 1888 bei Bismarcks 73. Geburtstag selbst zur Familientafel an, wünschte ihm persönlich Glück und sprach die Worte: der Regimentskommandeur sei gefallen, der nächste im Kommando reite, obschon schwer getroffen, noch kühn voran; da richten sich die Blicke auf die Fahne, die der Träger hoch emporschwenke: so halte Bismarck das Reichspanier empor.*) Wenn man erwägt, was Bismarck für die Hohenzollern getan hat und wie begeistert die deutsche Jugend für ihn war, so darf man diese Stimmung des Prinzen als ebenso selbstverständlich wie echt ansehen. Die Aufgabe, welche auf den neuen Herrn gelegt war, erschien auch so groß und schwer, daß es sich von selbst ergab, zu ihrer Lösung die erprobte Kraft eines vielbewährten Staatsmannes in Anspruch zu nehmen, der nach fast allgemeinem Urteil, alles in allem genommen, seinesgleichen in Europa nicht hatte und in Jahrhunderten kaum gehabt hatte. So versicherte der Kaiser den Fürsten seines uneingeschränkten Vertrauens und forderte ihn auf, in allen seinen Ämtern zu verbleiben, und Bismarck hat die kraft- und würdevolle Thronrede verfaßt, mit der Wilhelm II. am 25. Juni, umgeben von den meisten deutschen Fürsten, vor den Reichstag trat.

*) Eduard v. Wertheimer, Bismarcks Sturz, Preußische Jahrbücher 184 (1921), 302. Daß die oben wiedergegebenen Worte (wie die Österreicher meinten, deren Echo Wertheimer ist) „lieblos gegen den hart geprüften Vater oder doch mindestens taktlos waren", ist kaum ein gerechtes Urteil.

Digitized by Google

Die herzliche Art, mit der der Kaiser das Blatt, auf dem die Thronrede stand, damals aus Bismarcks Hand entgegennahm, ward von den Augenzeugen der Szene als Beweis betrachtet, „daß der Kurs der alte bleibe". Ohne Zweifel sind auch alle Schritte, welche der Kaiser zunächst unternahm, im Einvernehmen mit Bismarck geschehen, so vor allem die Reise nach St. Petersburg an den russischen Hof, welche der Kaiser vier Wochen nach seiner Thronbesteigung antrat. Daß er hierhin zuerst seine Schritte lenkte, entsprach der Mahnung, welche sein Großvater ihm auf dem Sterbebette erteilt hatte, immer an der russischen Freundschaft festzuhalten, und Bismarcks Ansicht, daß Preußen vor allem mit Rußland, so lang es irgend angehe, ein gutes Einvernehmen pflegen müsse (S. 106 u. 369). Auf diese Reise folgten dann die Antrittsbesuche in Wien, bei den süddeutschen Höfen und in Rom.

In diese Zeit fiel ein schwerer Vertrauensbruch, begangen von dem früheren Straßburger Professor des Staatsrechts Dr. Geffcken, der trotz seiner konservativen Gesinnung Kaiser Friedrich nahe gestanden war, für ihn mehrfach Staatsschriften verfaßt hatte und nun zu Anfang Oktober 1888 in der angesehenen Berliner Monatsschrift „deutsche Rundschau", ohne mit seinem Namen hervorzutreten, das Tagebuch veröffentlichte, das der Kaiser als Kronprinz im Jahr 1870 geführt hatte. Wir wissen aus unserer früheren Darstellung (S. 302), daß dieses Tagebuch die Vorgänge, welche damals hinter den Kulissen sich abspielten, ohne Rückhalt beleuchtete; es ließ erkennen, daß der Kronprinz den Widerstand der Bayern gegen die deutsche Einheit und das Kaisertum durch „gebieterisches Auftreten" hatte brechen wollen. Von der Aufdeckung dieser Geheimnisse befürchtete Bismarck, dessen Politik, wo es sachlich anging, immer auf möglichste Schonung der Gefühle der Stämme und Dynastien bedacht war (S. 302 f.), eine schlimme Rückwirkung auch auf die Gegenwart; es mußte ja Wasser auf die Mühle der bayrischen Preußenfresser leiten, wenn jetzt bekannt wurde, daß der Erbe der preußischen Krone damals verlangt hatte, daß gegen die Bayern, welche zweifellos in Treuen und mit großer Tapferkeit gegen die Franzosen gefochten hatten, „fest und gebietend aufgetreten werde". Darum gab sich Bismarck den Anschein, als ob er die Echtheit des Tagebuches, an der er im Ernst nicht zweifelte,*) für fraglich ansehe; und allerdings war er der Überzeugung, daß das ursprüngliche

*) Busch, Tagebuchblätter 3, 243: „Ich selber halte das Tagebuch für noch echter als Sie."

Digitized by Google

Tagebuch wesentlich militärische Dinge enthalten habe und die politischen Stellen später „interpoliert", das heißt (vom Kronprinzen selbst) eingeschoben seien, „nach Gesprächen, die der Kronprinz mit guten Freunden, oder solchen, die er dafür hielt, Geffcken, Roggenbach usw. gehabt hat; er bildete sich dabei ein, daß er das schon 1870 gedacht habe." Bismarck erstattete dem Kaiser am 23. September 1888 einen, auf des Kaisers Befehl, sofort im „Reichsanzeiger" veröffentlichten „Immediatbericht", worin er die Echtheit des Schriftstücks auf Grund von sieben in ihm enthaltenen zweifellos irrtümlichen Angaben bezweifelte. Sollte es aber doch echt sein, so sei die vorsätzliche Veröffentlichung von Staatsgeheimnissen nach Artikel 92 des Strafgesetzbuchs strafbar; wenn es aber — ganz oder teilweise — eine Fälschung sei, so liege nach Artikel 189 eine Beschimpfung des Andenkens der hochseligen Kaiser Friedrich und Wilhelm und eine Verleumdung dieser Fürsten vor, die ebenfalls Strafe erheische; das Justizministerium möge also angewiesen werden, ein Strafverfahren einzuleiten. Der Immediatbericht war, wie man sieht, sehr klug abgefaßt und suchte das Andenken des Kaisers Friedrich und das deutsch-patriotische Interesse möglichst zu schützen; er gab aber dadurch schweren Anstoß, daß in der Einleitung gesagt war: „Bismarck habe 1870 nicht die Ermächtigung gehabt, über die intimeren Fragen unserer Politik mit Seiner Königlichen Hoheit zu sprechen, weil Seine Majestät einerseits Indiskretionen an den von französischen Sympathien erfüllten englischen Hof fürchtete, andererseits Schädigungen unserer Beziehungen zu den deutschen Bundesgenossen, wegen der zu weit gesteckten Ziele und der Gewaltsamkeit der Mittel, die Seiner Königlichen Hoheit von politischen Ratgebern zweifelhafter Befähigung empfohlen waren." In einem Begleitschreiben Bismarcks an den Justizminister Dr. v. Friedberg war gesagt, „daß der Kaiser den Antrag auf Strafverfolgung der ‚deutschen Rundschau' und des Urhebers der Veröffentlichung genehmigt und die Veröffentlichung des Berichts befohlen habe". Indiskretionen an den englischen Hof konnten 1870 dadurch entstehen, daß der Kronprinz aus dem Felde seiner Frau geheime Dinge mitteilte und diese sie, vielleicht ohne Arg, an ihre Verwandten in Deutschland oder in London weitergab und sie so zum Feinde durchsickerten. So hat unser Militärbevollmächtigter beim spanischen Hof, der Major und kaiserliche Flügeladjutant v. Deines, im März 1886 in Gegenwart eines Dritten, des Prinzen Louis von Solms, von dem damals in Madrid wohnenden Marschall Bazaine gehört, daß er die erste Nachricht über unseren Links-

Digitized by Google

abmarsch über die Mosel und unser Eintreffen bei Mars-la-Tour durch ein über London gesandtes Telegramm des damaligen englischen Gesandten in Darmstadt, Sir Robert Morier, am Morgen des 16. August erhalten habe. In Darmstadt war die Schwester der Kronprinzessin, Prinzeß Alice von England, an den Prinzen Ludwig (Großherzog 1877—92) verheiratet, der damals die hessische Division im Feld befehligte. Solche unerfreuliche Dinge konnte und mußte Bismarck unter Umständen zur Sprache bringen, aber insgeheim, und daß sie nun aller Welt bekannt gegeben wurden, schadete dem Andenken Friedrichs III., das Bismarck gleichzeitig in Schutz nahm. Es würde somit auf Bismarck der Vorwurf fallen, die Pietät gegen den toten Kaiser Friedrich außer Augen gelassen zu haben, wenn nicht in dem Begleitschreiben ausdrücklich stünde, daß die Veröffentlichung des Immediatberichts vom Kaiser selbst befohlen worden sei. Daß sie von Bismarck auch nicht beantragt wurde, ist daraus zu schließen, daß der Bericht und das Begleitschreiben selbst davon keine Silbe enthalten, während sie bestimmt angeben, daß der Antrag auf Einleitung des Strafverfahrens von Bismarck ausging. Der Unterschied ist so handgreiflich, daß er nicht übersehen werden kann.*) Darnach trägt der Kaiser selbst die Verantwortung für die Veröffentlichung. Wie der Staatsanwalt nun vorging, meldete sich Geffcken, der damals in Helgoland weilte, als Urheber der Veröffentlichung und wurde in Haft genommen. Das gerichtliche Verfahren ward aber am 4. Januar 1889 vom ersten Strafsenat des Reichsgerichts eingestellt und Geffcken auf

*) Die Schriftstücke von v. Deines hat die „Kölnische Zeitung" zur Zeit des Geffcken-Prozesses, wohl auf Anregung des Staatssekretärs Herbert Bismarck, veröffentlicht. S. „Staatsanzeiger für Württemberg", 6. 9. und 10. Januar 1889. Morier, der damals englischer Botschafter in St. Petersburg war, hat am 19. Dezember (n. Stils?) aus St. Petersburg in einem Telegramm an Herbert Bismarck entrüstet „gegen den Bezicht unaussprechlich gemeinen Verhaltens" protestiert und ein Schreiben Bazaines beigebracht, in dem dieser bestritt, eine derartige Unterredung mit irgend jemand gehabt zu haben. Aber Morier berief sich nur darauf, daß er die Freundschaft des Kronprinzen nicht getäuscht habe, was nicht behauptet war, und Bazaines Brief war in verdächtig mangelhaftem Französisch abgefaßt, er selbst damals — im Januar 1889 — nicht mehr recht bei Sinnen, und überdies hatte er von England Geldunterstützung empfangen. So gern man Morier Glauben schenken möchte, so schwer ist es anzunehmen, daß zwei deutsche Offiziere geflunkert haben sollen. Bazaine hat das eine Mal oder das andere Mal die Unwahrheit gesagt — wann, mag jeder nach seinem Ermessen entscheiden.

Digitized by Google

freien Fuß gesetzt, weil er zwar Nachrichten bekannt gemacht habe, deren Geheimhaltung für das Wohl des Deutschen Reichs erforderlich war, sich aber dieses Sachverhalts nicht nachweislich bewußt gewesen sei.*) Geffcken war übrigens seit langem ein scharfer Gegner Bismarcks, den er 1875 bei Morier anschwärzte, daß er Belgien wegen des dort gegen ihn ausgeheckten Mordanschlags eines gewissen Kupferschmiedes Duchesne unter Frankreich und Holland teilen und Rußland nach dem Orient ablenken wolle; deshalb sei Radowitz nach St. Petersburg entsandt worden, vgl. S. 370. 1878 griff Geffcken nach dem Nobilingschen Attentat in einer Flugschrift: „der 2. Juni und die Reichstagswahlen", Bismarck wegen seiner Hinneigung zum Liberalismus mit Heftigkeit an. Er war damals für die Konservativen mein Gegenkandidat im dritten württembergischen Reichstagswahlkreis (Heilbronn), und es fiel auf, wie kühl er in seinen Wahlreden sich zu Bismarck stellte; auch war in der Stichwahl von ihm eine Einwirkung auf seine Wähler gegen den (dann siegreichen) Kandidaten der Demokratie nicht zu erlangen, obwohl (oder weil?) diese in schärfstem Gegensatz zu Bismarck stand.

Gegen das Ende des Jahres 1889 wurde seitens der Regierungen vom Reichstag die Verwandlung des 1880, 1884, 1886 und 1888 immer wieder, einmal auf 4, dreimal auf 2 Jahre verlängerten Sozialistengesetzes aus einem Gesetz auf Zeit in ein solches mit unbegrenzter Dauer verlangt; dies scheiterte aber daran, daß die Nationalliberalen zwar dem Gesetz dauernde Gültigkeit verleihen wollten, aber im Ausschuß am 21. November gegen die sechs Konservativen und die zwei Reichsparteiler die Abschaffung des Paragraphen durchsetzten, durch den der Polizei die Ausweisung sozialdemokratischer Wühler aus dem Ort ihrer Tätigkeit gestattet wurde. Darin sah die Mehrheit des Ausschusses die Verletzung eines Grundrechts jedes Deutschen, das der Freizügigkeit, und die Ausweisung der Wühler nach anderen Orten bedeutete die Ausbreitung der Wühlerei. Die Konservativen aber wollten auf den Paragraphen nicht verzichten und stimmten, als Bismarck die von ihnen zur Bedingung ihres Ja gemachte Erklärung, daß die verbündeten Regierungen das Gesetz auch ohne jenen Paragraphen annehmen würden, nicht abgab, sondern sich in Schweigen hüllte, schließlich mit der Linken und der Mehrheit des Zentrums gegen das ihrer Ansicht nach verstümmelte Gesetz, so daß es am 25. Januar

*) S. den Wortlaut des Erkenntnisses, gezeichnet von Dr. Wernz und v. Geß u. a. im „Staatsanzeiger für Württemberg", 9. Januar 1889.

Digitized by Google

1890 mit 169 gegen 98 Stimmen verworfen wurde; am 30. September 1890 trat es außer Kraft. Als der Beweggrund, weshalb Bismarck jene von den Konservativen geforderte Erklärung nicht abgab, hat er selbst in einem amtlichen Schreiben an seinen Sohn, den Staatsminister Grafen Herbert Bismarck, vom 23. Januar und in Äußerungen gegen den Abgeordneten v. Helldorf mündlich (am 25. November 1889) und v. Kardorff schriftlich (1893) die Erwägung bezeichnet, daß der Bundesrat vor bloßen Ausschußbeschlüssen von seinem Standpunkt nicht zurückweichen könne. Er würde erstens damit, daß er einen Beschluß des Plenums des Reichstags nicht abwarte, seine verfassungsmäßige Eigenschaft einer mit dem Reichstag gleichberechtigten gesetzgebenden Körperschaft abschwächen.*) Zweitens dürfe er seinen Standpunkt in der Sache selbst nicht von vorneherein preisgeben. Einen Beschluß des ganzen Reichstags, der das Gesetz ohne den betreffenden Paragraphen aufrecht hielt, würde er — wie er damals auch zu dem württembergischen Ministerpräsidenten v. Mittnacht gesagt hat — angenommen haben, da etwas immerhin besser sei als nichts; er würde so die Freiheit behalten haben, „dem neuen Reichstag mit verschärften Forderungen gegenüberzutreten".**) Da der Reichstag am Ende seiner gesetzlichen Lebensdauer angelangt war, so wurde er nun aufgelöst und die Neuwahlen auf den 20. Februar ausgeschrieben.

In den Wahlkampf, der sofort mit großer Heftigkeit entbrannte, glaubte der Kaiser dadurch erfolgreich eingreifen zu können, daß er über seine Bereitwilligkeit zur Fortführung der Sozialreform keinen Zweifel bestehen lasse und so der sich mächtig erhebenden Sozialdemokratie den Wind aus den Segeln nehme. Dem österreichischen Botschafter Grafen Szechenyi ***) erzählte am 26. April 1890 ein naher Verwandter und intimer Freund Herbert Bismarcks, daß der Kaiser im Lauf des letzten Winters einmal den Ausspruch getan habe: „wie Friedrich der Große auf den Adel (?), Kaiser Wilhelm auf den Soldatenstand und Kaiser Friedrich auf den Bürgerstand sich stützte, so wolle er seine ganze Stütze in den Vertretern der Arbeit suchen, sei dieselbe nun geistiges oder materielles Schaffen." Eine

*) S. Hans Rothfels, Historische Zeitschrift 123 (1921), 267—296, bes. 280 ff.

**) Eppstein S. 129—130. Vgl. Thimme in den Süddeutschen Monatsheften vom April 1915, 108—125. Mittnacht, Erinnerungen an Bismarck, neue Folge, Stuttgart 1905, S. 56 f.

***) S. Wilhelm Schüßler, Bismarcks Sturz, Leipzig 1921, S. 295.

Digitized by Google

andere und vielleicht richtigere Fassung dieses Gedankens findet sich im 3. Band von Bismarcks Gedanken und Erinnerungen (3, 59). „Ideal Sr. Majestät schien damals populärer Absolutismus zu sein. Seine Vorfahren haben die Bauern und die Bürger emanzipiert; würde eine analoge Emanzipation der Arbeiter heute in einer analogen Entwicklung verlaufen, wie die halbhundertjährigen legislativen Arbeiten, aus denen die Regulierung der Bauern und die Städteordnung hervorgingen?" Der Kaiser zweifelte an dem Erfolg einer solchen Politik nicht; „die Sozialdemokratie," äußerte er leichten Mutes, als er den Staatsrat (S. 415) schloß, „überlassen Sie nur mir!" Aus dieser Absicht heraus hatte er schon im Mai 1889 anläßlich eines Ausstandes der westfälischen Kohlenbergleute ein Eingreifen des Staates zu ihren Gunsten für geboten angesehen und — allerdings auf Bismarcks Rat *) — eine Abordnung der Streikenden unter dem sozialistischen „Kaiserdelegierten" Schröder angenommen. Um mehr freie Hand zu haben, ließ der Kaiser durch jeden Minister und hohen Staatsbeamten, der nach Friedrichsruh reiste, wo Bismarck sich seit 16. Oktober aufhielt, ihm aufs dringendste raten, nur seiner Gesundheit zu leben und sich durch die Sorgen um die Politik nicht in seiner Erholung stören zu lassen.**) Bismarck empfand diese gehäuften Mahnungen als einen kaiserlichen Befehl,***) er solle nicht nach Berlin kommen; und in der Tat hatten die unverantwortlichen Ratgeber, welche den Kaiser veranlaßten, Bismarck zum dauernden Verweilen in Friedrichsruh zu bewegen, dabei nicht ausschließlich die Sorge für Bismarcks Gesundheit im Auge.†) Dem Kanzler aber wurde sein Fernbleiben vom Sitz der Regierung als Absicht und als Zeichen von Gleichgültigkeit ausgelegt. Erst am 23. Januar 1890 beschied der Kaiser ihn telegraphisch zu einem Kronrat auf den 24. abends 6 Uhr nach der Hauptstadt. Der Kaiser eröffnete den Kron-

*) Rothfels, Historische Zeitschrift 123, 270.

**) Eppstein S. 87.

***) Gedanken und Erinnerungen 3, 52.

†) Eppstein S. 88. Wenn ebenda Herr v. Rottenburg den Grafen Herbert beschuldigt, daß er an dem Fernbleiben des Kanzlers von Berlin die Schuld trage, so steht das mit der Stelle auf S. 88 im Widerspruch, und dann sagt Rottenburg ebenda S. 91, daß er mit Graf Herbert auf sehr schlechtem Fuß stand; sein Zeugnis ist also kaum unbefangen. Jedenfalls heißt es S. 88, daß der Graf der Reise deshalb widersprach, weil seine Mutter dann mitreisen und in die Gefahr der Ansteckung durch die in Berlin herrschende Influenza geraten werde; auch lägen keine Differenzpunkte von Belang vor; es sei also eine Aussprache mit dem Kaiser nicht erforderlich.

Digitized by Google

rat mit der Erklärung, heute sei der Geburtstag Friedrichs des Großen; dieser Tag solle ein hochbedeutender geschichtlicher Ausgangspunkt werden. Nun verlas er auf Grund einer von ihm in zwei Nächten ausgearbeiteten Denkschrift einen Erlaß über Maßregeln zum Zweck des Arbeiterschutzes, der sofort am 27. als seinem eigenen Geburtstag veröffentlicht werden sollte. Bismarck erklärte dieses Eiltempo für unmöglich; der Erlaß würde ungünstig wirken, die Revolution herbeiführen, nicht sie aufhalten. Das Ergebnis war, daß der Kaiser zwar von einem sofortigen Beschluß des Ministeriums absah und eine Beratung über den Erlaß zugab, aber doch eine baldige Einreichung des Erlasses verlangte. Er war verstimmt und soll zum Großherzog von Baden gesagt haben: „Die Minister sind ja nicht meine Minister, sondern die des Fürsten Bismarck." Am 26. Januar hielt das Staatsministerium eine Sitzung, in der Bismarck nach Böttichers Angabe in längerer Rede äußerte, daß er geneigt sei, auf den Wunsch des Kaisers einzugehen; „Launen eines Monarchen sind wie gut oder schlecht Wetter; man kann sich diesem nicht entziehen, man nimmt einen Regenschirm und wird doch naß. Ich denke, wir machen mit." Nach Bismarcks eigener Angabe (Gedanken und Erinnerungen 3, 62) hob er dagegen die Gefährlichkeit des Erlasses nochmals hervor, stieß aber bei Bötticher und dem Kriegsminister Verdy auf die Meinung, daß ein ablehnendes Votum dem Kaiser mißfallen würde; man müsse etwas seinen Wünschen Entsprechendes zurecht machen. Nach Bismarcks Auffassung war es nun „Übergang zum Landesverrat, wenn verantwortliche Minister den Monarchen auf Wegen finden, die sie für staatsgefährlich hielten und das nicht offen sagten, sondern das verfassungsmäßige Verhältnis (eines den Kaiser beratenden Staatsministeriums) umkehrten in ein vom Kaiser beratenes Staatsministerium.*) Freilich ist zu bemerken, daß die zwei Minister den Erlaß eben nicht für staatsgefährlich ansahen; Bötticher jedenfalls hatte

*) Eppstein S. 48 f. Der Gegensatz zu Bismarcks Angabe ist in die Augen fallend, und doch ist Böttichers Darstellung gerade hier sehr anschaulich. Wenn Rothfels a. a. O. meint, daß Bötticher manches durcheinander gebracht, so fälschlich die Teilung des Erlasses auf den 26. statt den 31. Januar verlegt habe, so irrt Rothfels; nach den Gedanken und Erinnerungen 3, 64 hat Bismarck in der Tat schon am 26. die internationale Konferenz, also auch die Teilung des Erlasses, vorgeschlagen. Sollte Bismarcks „längere Rede" nicht auf die Erforschung der Stimmung seiner Kollegen berechnet gewesen sein? Der Schluß von der Laune, die man mitmachen müsse, klingt ironisch.

Digitized by Google

den Arbeiterschutz seit Jahren befürwortet und Bismarck vergebens dafür zu gewinnen gesucht. Die andern Minister schwiegen, und es wurde beschlossen, daß Bötticher einen Entwurf des Erlasses vorlegen solle. Am 31. Januar wurde wieder eine Ministersitzung gehalten und auf Bismarcks Verlangen eine Teilung des Erlasses in zwei Erlasse beschlossen; einer sollte an die Minister, die vorzugsweise mit dem Arbeiterschutz zu tun hätten, also an den Handelsminister und den für öffentliche Arbeiten, gehen, einer an den Reichskanzler über die Regelung der Frage durch eine internationale Konferenz. Das Handelsministerium, das Bismarck seit 1880 inne hatte (S. 358), gab er am 31. Januar an den Oberpräsidenten von Koblenz, Freiherrn v. Berlepsch, ab (1890—96), weil er mit dem Arbeiterschutz nichts zu tun haben wollte. Doch gab er seiner Angabe nach den beiden Erlassen eine dem Charakter des Kaisers und seinem Verlangen nach schwunghaftem Ausdruck entsprechende Fassung und legte sie dann vor, mit der Erklärung, daß er die Erlasse nur auf Befehl des Kaisers gemacht habe und dringend bitte, von Veröffentlichungen der Art Abstand zu nehmen, den Zeitpunkt abzuwarten, wann dem Reichstag formulierte, präzisierte Vorlagen gemacht werden könnten, jedenfalls die Wahlen vorübergehen zu lassen, ehe die Arbeiterfrage vom Kaiser öffentlich berührt werde. Bismarck schloß mit der Bitte, die Entwürfe in das gerade brennende Kaminfeuer werfen zu dürfen. Der Kaiser antwortete: „Nein, geben Sie her!“ und unterzeichnete mit einiger Hast die beiden Erlasse,*) die unter dem 4. Februar ohne Gegenzeichnung im

*) So Gedanken und Erinnerungen 3, 66. Davon weicht Böttichers Darstellung bei Eppstein S. 49 ff. zunächst ab. Nach ihm wurde im Ministerium beschlossen, daß Bötticher den Erlaß über die soziale Reichsgesetzgebung fertigen solle, Graf Herbert Bismarck die Order an den Reichskanzler über die internationale Arbeiterkonferenz. Bötticher gab die ihm zugefallene Aufgabe an seinen Unterstaatssekretär Dr. Bosse weiter, dessen Entwurf aber am 31. als zu ausgiebig abgelehnt wurde. „Nach langen Erörterungen, in denen sich vorzugsweise der Fürst erging,“ wurde Bötticher mit Anfertigung eines neuen Entwurfs beauftragt. Nach S. 52 überbrachte Bötticher am 1. Februar den „in wärmerer Tonart“ gehaltenen neuen Entwurf dem Fürsten, der sagte, er wolle die Order behalten, durchsehen und eventuell Sr. Majestät vorlegen. Es scheint, daß Bismarck Böttichers Entwurf in der ihm passend erscheinenden Weise umgeändert hat und den Text deshalb als seine Arbeit ansah. Die am 4. Februar veröffentlichten Erlasse „gingen inhaltlich über das Maß des vom Staatsministerium beschlossenen und in meinen Entwurf aufgenommenen Arbeiterschutzes hinaus“, S. 53.

Digitized by Google

„Reichs- und Staatsanzeiger“ veröffentlicht wurden. Der erste Erlaß des Kaisers war an Bismarck gerichtet und wies ihn an, mit England, Frankreich, Belgien und der Schweiz über eine internationale Abkunft zum Zweck der Besserung der Arbeiterverhältnisse zu verhandeln; sobald die Zustimmung der fremden Staaten erlangt sei, sollten die Einladungen zu einer darüber in Berlin zu haltenden Konferenz an alle an der Arbeiterfrage gleichen Anteil nehmenden Regierungen ergehen; darunter waren außer den vier genannten Staaten Österreich-Ungarn, Italien, die Niederlande, Dänemark, Schweden und Norwegen verstanden. Ein zweiter Erlaß vom gleichen Tag war an den neuen Minister Freiherrn v. Berlepsch und an den Minister für öffentliche Arbeiten v. Maybach gerichtet und enthielt den Befehl, die Gewerbeordnung sachgemäß zu verbessern, um den Klagen der Arbeiter auf diesem Gebiet abzuhelfen. Zeit, Dauer und Art der Arbeit sollten demnach derart geregelt werden, daß die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung gewahrt blieben. Zur Pflege des Friedens zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern seien Formen zu schaffen, in denen die Arbeiter durch Vertreter, die ihr Vertrauen besäßen, an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten beteiligt und zur Wahrnehmung ihrer Interessen gegenüber den Arbeitgebern und der Regierung befähigt würden. Durch eine solche Einrichtung sollten die Arbeiter instand gesetzt werden, ihre Wünsche und Beschwerden friedlich zum Ausdruck zu bringen, und die Regierung sollte die Möglichkeit haben, sich fortlaufend über die Verhältnisse der Arbeiter zu unterrichten. Endlich sollten die staatlichen Bergwerke, was Arbeiterfürsorge betrifft, durch die staatlichen Bergbeamten zu Musteranstalten entwickelt werden, und der Privatbergbau sollte durch die staatlichen Organe in der Weise beaufsichtigt werden, wie dies bei den Fabriken durch die Fabrikinspektion geschehe. Zur Vorbereitung dieser Fragen ward der Staatsrat berufen und beschloß aus Rücksicht auf Bismarck unter Vorsitz des Kaisers ein den Kaiser noch befriedigendes Mindestmaß von Arbeiterschutz.

Diese als direkte Kundgebung des Kaisers gehaltenen und deshalb von keinem Minister gegengezeichneten Erlasse sind jedenfalls für die damalige sozialpolitische Denkweise des Kaisers sehr lehrreich und wurden von allen entschiedenen Sozialpolitikern mit großem Beifall begrüßt; noch heute werden sie oft genug als leuchtendes Muster sozialpolitischer Reformgesinnung bezeichnet. Daß der Kaiser sie veröffentlichte, ohne vorher sich mit seinen Bundesgenossen darüber

Digitized by Google

ins Benehmen zu setzen, wurde von diesen nicht mit Unrecht übel vermerkt; der bayrische Gesandte Graf Hugo Lerchenfeld *) sagte zu Graf Herbert Bismarck, daß von föderalistischem Standpunkt aus derartige Fragen doch zunächst im Bundesrat zu besprechen wären, bevor sie als Programm urbi et orbi verkündet würden. Bismarck hat sich nicht völlig ablehnend gegen die Grundgedanken der Erlasse verhalten; er hat sich schon am 9. Mai 1885 im Reichstag dahin ausgesprochen — woran er in der „Nordd. Allgemeinen Zeitung" noch am 20. März 1890 erinnern ließ — daß die Sonntagsruhe „in hohem Grade wünschenswert, ein glänzendes Ziel sei", daß sie auch auf dem Lande allgemein bestehe und selbst von den städtischen Arbeitern nur ein geringer Teil bedauerlicherweise sie nicht habe. Aber allerdings hat er, praktisch wie er war, die damals von der Rechten und dem Zentrum aus religiösen und menschlichen Erwägungen energisch geforderte Sonntagsruhe deshalb beanstandet, weil entweder der Arbeiter auf ein Siebentel seines Lohnes verzichten oder die Industrie den Ausfall tragen müßte, was beides auf Schwierigkeiten stoßen werde; für wichtiger als die unbedingte Sonntagsruhe hielt er „die billig und schonend bemessene Dauer des Arbeitstags". Die Sache war aber nach seiner Darlegung vom 15. Januar 1885, da man Deutschland nicht mit einer chinesischen Mauer umgeben könne, nur durch ein Abkommen mit der ganzen Welt über einen Weltarbeitstag und Weltlohnsatz zu machen, und das schien ihm „in der Welt, wie sie ist, unmöglich". Dieses „Abkommen mit der ganzen Welt" lag so in der Luft, daß auch der schweizerische Bundesrat am 28. Januar 1890 auf 5. Mai eine internationale Konferenz zur Erörterung des Arbeiterschutzes nach Bern einberufen hat. Von dieser Einladung wußte der Kaiser nichts, als am 4. Februar seine Order an Bismarck erging; die Berner und Berliner Konferenz durchkreuzten sich, obschon oder eben weil beide dasselbe Ziel hatten. Bismarck konnte die Konferenz an sich nur wünschen, weil sie allein Klarheit darüber schaffen konnte, ob und inwieweit Arbeiterschutz möglich war. Nach der Nordd. Allg. Zeitung vom 20. März 1890 und nach den „Gedanken und Erinnerungen" (3, 64) hat Bismarck sogar am 26. Januar in der Ministersitzung die Anregung zur Konferenz gegeben, also zwei Tage vor den Schweizern. Nun heißt es, Bismarck habe den schweizerischen Gesandten Dr. Arnold Roth aufgefordert, er solle den

*) Siehe seine von Karl Alexander v. Müller herausgegebenen Berichte in den Süddeutschen Monatsheften, Jahrgang 19 (1921), Heft 3, S. 147 f. Über Bismarcks Gegensatz zu Sachsen in dieser Frage S. 140. 142. 144.

Digitized by Google

Bundesrat bestimmen, an seiner Einladung festzuhalten, obwohl der Kaiser Roth gegenüber den Wunsch einer Verständigung ausgedrückt hatte.*) Ist dem so, so kann Bismarcks Beweggrund sehr wohl gewesen sein, daß er hoffte, in Bern werde das Ungestüm des Kaisers weniger auf die Beratungen drücken. Der Kaiser war aber natürlich sehr empört, als er von Bismarcks Schritt hörte, über den indes Sicheres gar nicht feststeht. Nicht unmöglich, daß es sich um heimtückische Zwischenträgereien handelt. Die Schweiz hat dann auf ihre Konferenz verzichtet. Jedenfalls muß man sagen: Bismarck hat sich vom Kaiser in der Frage der Sozialreform nicht im Grundsatz unterschieden, sondern nur im Tempo und im Ausmaß. Die Erörterungen hinterließen aber einen so peinlichen Eindruck, daß Bismarck am 8. Februar sich gedrungen fühlte, dem Kaiser direkt zu sagen: „ich fürchte, daß ich Ew. Majestät im Wege stehe", und der Kaiser sagte nicht nein. Darauf erörterte Bismarck die Art und Weise, wie sich der Knoten entwirren ließe, entweder indem er sich auf sein „Altenteil" als Reichskanzler zurückziehe, was aber erhebliche Bedenken gegen sich hatte (S. 430), oder, indem er am Wahltag, am 20. Februar, ganz zurücktrete, damit sein Ausscheiden nicht als Folge der Wahl erscheine und nicht auf sie einwirke. Als Nachfolger schlug er den General Caprivi vor, den er für schneidig genug ansah, um die Staatsautorität unter allen Umständen zu wahren. Der Kaiser wünschte aber, daß Bismarck noch die in Aussicht genommene Militärvorlage durchsetzte, und er erklärte sich dazu bereit. Am 9. Februar deutete Bismarck in einer Sitzung des Staatsministeriums an, daß er wohl von seinen preußischen Ämtern zurücktreten werde. Die Aufnahme dieser Ankündigung war bei den meisten so, daß er, gleich Napoleon, den Eindruck hatte: sie sagen erleichtert: uff! Indem aber die Schwierigkeiten, die die Beschränkung Bismarcks auf das Amt des Reichskanzlers zur Folge haben mußte, in ihrem vollen Umfang erkannt wurden, ließ Bismarck diesen Ausweg am 12. Februar fallen, und der Kaiser erklärte sich, wenn auch wohl ungern, damit einverstanden; es blieb vorerst alles beim alten.

Den Einfluß auf die Reichstagswahlen, den die Erlasse hätten üben sollen, haben sie nicht hervorgebracht, wohl aber einen ganz anderen: die Sozialdemokratie verwies darauf, daß der Kaiser

*) Schüßler S. 145 u. 315. Rothfels' historische Zeitschrift S. 123, 271 bezeichnet mit Recht das „hinterlistige Doppelspiel", das Bismarck nach dem Brief Wilhelms II. an Franz Joseph in dieser Angelegenheit getrieben haben soll, „als aus äußeren und inneren Gründen unmöglich".

Digitized by Google

selbst ihren Forderungen geneigt sei, und sie folgerte daraus, daß eine massenhafte Stimmabgabe zu ihren Gunsten die politische Lage noch mehr zum Vorteil der Arbeiter wenden müsse; gut sozialdemokratisch und gut kaiserlich schien damals vielen naiven Leuten fast ein und dasselbe. So verloren die drei Kartellparteien vom Jahre 1887, welche stets scharf antisozialistisch gewesen waren, nunmehr am 20. Februar 1890 83 Sitze: von ursprünglich 223 Mann sanken sie auf 140 herab (73 Konservative, 20 von der Reichspartei, 5 Antisemiten, 42 Nationalliberale; diese, vorher 99, büßten allein 57 Wahlkreise ein). Die Opposition wuchs auf 255 Mann (106 vom Zentrum, 16 Polen, 10 elsässische Klerikale, 11 Welfen, 66 Deutschfreisinnige, 10 von der deutschen Volkspartei, 35 Sozialdemokraten, 1 Däne); Wilde waren es 2. Für das Kartell wurden nur 2½ Millionen Stimmen abgegeben, für seine Gegner 4½ Millionen.

Zweifellos richtete sich der Wahlsieg der Opposition gegen den Reichskanzler Fürst Bismarck selbst, dessen parlamentarische Stützen durch diesen Wahlausfall zerbrochen wurden. Die Frage war, wie er und sein kaiserlicher Herr sich dazu stellen würden, ob man den hingeworfenen Handschuh aufnehmen oder mit der neuen Mehrheit sich einrichten würde. Die Antwort ward gegeben durch Bismarcks Sturz, der den Wahlen fast auf dem Fuße folgte; vier Wochen nachher war er nicht mehr im Amt.*)

Wie trat diese folgenschwere Wendung ein?

Als Wilhelm II. den Thron bestieg und Bismarcks fernere Dienste in den anerkennendsten Ausdrücken in Anspruch nahm, glaubten viele, daß die beiden ähnlich verbunden sein würden, wie Wilhelm I. und Bismarck dies in einzigartiger Weise gewesen waren, und daß erst der unerbittliche Lauf der Natur Bismarck das Steuerruder des Reichs aus der Hand nehmen werde. Diese Hoffnung ward noch am

*) Vgl. Gottlob Egelhaaf, Bismarcks Sturz. Stand des Problems, Stuttgart 1909. Eppstein, s. S. 400. Schüßler, Bismarcks Sturz, Leipzig 1921. Eduard v. Wertheimer, Bismarcks Sturz, Preußische Jahrbücher 184 (1921), der über frühere Zeiten und Dinge vieles Interessante aus Briefen des Erzherzogs Albrecht mitteilt, aber über den Sturz Bismarcks im wesentlichen auf die Berichte des österreichisch-ungarischen Botschafters Grafen Szechenyi sich stützt, die keinen großen Wert haben, z. T. Klatsch enthalten und Bismarck gegenüber nicht eben wohlwollend sind. Im Wortlaut hat diese Berichte Schüßler mitgeteilt, S. 264—284. Lerchenfelds Berichte (s. oben S. 416) sind weit ausgiebiger und unterrichtender. Endlich gehört noch hierher der schon oben angeführte Aufsatz von Rothfels, Zur Bismarckkrise von 1890, Historische Zeitschrift 123 (1921), 267—296.

Digitized by Google

1. November 1889 durch ein gnädiges Telegramm bestärkt, welches der Kaiser nach der Fahrt durch die Dardanellen an Bismarck sandte, als er mit seiner Gemahlin den Sultan Abdul Hamid besuchte, und noch am 1. Januar 1890 sprach er in einem Glückwunschschreiben zum neuen Jahr seine Befriedigung über das Zustandekommen des Alters- und Invaliditätsgesetzes aus, an dem Bismarcks aufopfernder und schaffensfreudiger Tätigkeit ein großer Anteil gebühre; „ich bitte Gott," schloß der Kaiser, „er möge mir in meinem schweren, verantwortungsvollen Herrscherberuf Ihren treuen, erprobten Rat noch viele Jahre erhalten". 79 Tage später war Bismarck entlassen — warum?

Nicht deswegen, weil er die kaiserliche Sozialpolitik nicht hätte mitmachen wollen: diese öfters geäußerte Ansicht haben wir soeben richtig gestellt, und auch der Großherzog von Baden hat ausdrücklich gesagt, daß die Meinungsverschiedenheit über die soziale Gesetzgebung und anderes nebensächlich gewesen sei *) (s. Hohenlohes Denkwürdigkeiten 2, 465). Wohl aber läßt sich nicht verkennen, daß der Unterschied des Alters und des Temperaments beider ein Zusammenarbeiten auf die Dauer sehr erschwerte: hier ein Mann von 31 Jahren, dort einer von 75; hier eine rasch dreinfahrende, stürmische Art, dort, bei aller vulkanischen Kraft des Genius, ein sorgsames Überlegen der Folgen jeder einzelnen Handlung. Zweifellos sind auch allerlei Kräfte insgeheim emsig an der Arbeit gewesen, um die beiden zu entzweien und jeden sich etwa öffnenden Spalt zu einer unüberbrückbaren Kluft zu erweitern. Die Partei, die sich um die orthodoxen und ultrakonservativen Führer scharte, um den Hofprediger Stöcker und den ersten Redakteur der Kreuzzeitung Freiherrn v. Hammerstein, sah in Bismarck ein Hindernis ihrer Pläne, da er von den Liberalen nicht weit genug abrückte; er war gegen die antisemitische Agitation**) und entschied, wie ich bestimmt versichern kann und auch Lucius S. 472 bezeugt, im September 1888 gegen die „Hofpredigerpartei" die Berufung des liberalen protestantischen Theologen Harnack von Marburg an die Universität Berlin. Am 14. August 1888 schon schrieb Stöcker an v. Hammerstein einen

*) Wenn Bismarck nach des Großherzogs Angabe (ebenda S. 467) gegen diesen selbst geäußert hat, des Großherzogs Befürwortung der Arbeiterschutzgesetzgebung habe zum Bruch zwischen ihm und dem Kaiser beigetragen, so scheint diese Äußerung im Unmut gefallen zu sein, trifft aber sicher nicht den Angelpunkt der Situation. Auch ist zwischen „beigetragen" und „verursacht" ein großer Unterschied.

**) Jöhlinger, Bismarck und die Juden, Berlin 1921, S. 111 ff.

Digitized by Google

Brief, worin er es als notwendig bezeichnete „beim Kaiser den Eindruck zu erwecken, daß er von Bismarck nicht gut beraten sei; man muß rings um das Kartell (auf das Bismarck sich stützte) Scheiterhaufen anzünden, den herrschenden Optimismus in die Flammen werfen und dadurch die Lage beleuchten“ (sog. Scheiterhaufenbrief). Es ist sehr wohl möglich, daß von solcher, aber auch von anderer Seite der Kaiser gegen Bismarck eingenommen wurde. Bismarck nennt im 3. Band der „Gedanken und Erinnerungen“ (S. 31 ff., 54) den Staatssekretär des Innern und Vizepräsidenten des preußischen Ministeriums v. Böttícher, den badischen Gesandten in Berlin v. Marschall, den Erzieher des Kaisers Hinzpeter, den Grafen Douglas, einen reichen, vom Kaiser geadelten Bergwerkspekulanten, den Maler v. Heyden, einen früheren Bergmann, damals Professor der Kostümkunde an der Berliner Akademie, den Freiherrn v. Berlepsch als Männer, welche des Kaisers Vertrauen genossen und Bismarck gegenüber nicht durchweg loyal sich verhalten hätten, zum Teil seiner Ansicht nach ehrgeizige Streber waren. Man sagte dem Kanzler nach, daß er Morphinist sei, was sein Leibarzt Dr. Schweninger aufs bestimmteste als unwahr erklärt hat, daß er sich gegenüber auswärtigen Diplomaten respektwidrig über den Kaiser geäußert habe, und vergiftete so die Seele des Monarchen. Bismarck selbst hat den zweiten Vorwurf entschieden bestritten; er würde sich, sagte er, ja selbst durch solche Äußerungen seine Stellung erschwert haben; wenn er vielleicht gesagt habe, der Kaiser sei von der Art, daß er alle Tage Geburtstag feiern wolle, so sei aus solchen Äußerungen ihm doch kein Verbrechen zu machen; „Geschichtenträger sind Mördern zu vergleichen“. Wie die äußerste Rechte gegen ihn arbeitete, so der Führer der sonst ministeriellen Konservativen v. Helldorf; Bismarck ist wenigstens selbst der Ansicht gewesen, daß v. Helldorfs Versuch, ihm eine Erklärung gegen das abgeschwächte Sozialistengesetz abzulocken (S. 410), darauf zielte, ihn beim Kaiser, der damals glaubte, die Sozialdemokraten durch Entgegenkommen gewinnen zu können, als „Scharfmacher“, wie man heute sagen würde, in Mißkredit zu bringen. Nicht minder haben die liberalen Elemente in der Nähe des Kaisers Bismarcks Stellung unterwühlt, an ihrer Spitze der Großherzog Friedrich von Baden, der mit Unrecht, wie wir seit 1906 aus Chlodwigs von Hohenlohe Denkwürdigkeiten wissen, als ein bis ans Ende zuverlässiger Gönner und Freund Bismarcks angesehen worden ist; in Wahrheit stand er, da er liberal gesinnt war und der öffentlichen Meinung stets „Rechnung tragen“ zu müssen glaubte, von jeher in gewissem Gegensatz zu Bismarck, der den

Digitized by Google

Kampf gegen die öffentliche Meinung im Interesse des Staats unbedenklich aufnahm. Als Schwiegersohn der Kaiserin Augusta und Schwager der Kronprinzessin ist er wohl auch den Bestrebungen dieser hohen Frauen, die Bismarck viel Schwierigkeiten schufen, nicht fremd geblieben. (Vgl. unten S. 439.) Bewußt oder unbewußt hat der Großherzog damals auch im Sinne derjenigen Engländer gewirkt, welche in Bismarck, von dessen Annäherungsversuchen an ihr Land sie wohl nichts wußten, den Hauptvertreter einer engen Freundschaft zwischen Deutschland und Rußland sahen und durch seinen Sturz Deutschland von dieser Freundschaft abzuziehen und es ganz in englisches Fahrwasser zu bringen hofften. Der Rückversicherungsvertrag mit Rußland vom 18. Juni 1887 war geheim; aber er machte sich doch in seiner Wirkung spürbar, da Bismarck auf der östlichen Hälfte der Balkanhalbinsel Rußlands Politik förderte und Bulgarien als zum russischen Einflußbereich gehörig behandelte. So ist gegen ihn die Anschuldigung erhoben worden (s. Hohenlohes Denkwürdigkeiten 2, 465 f.), er habe Österreich und die Tripelallianz aufgeben wollen. Rußland habe Bulgarien besetzen wollen und dabei die Neutralität Deutschlands verlangt; Bismarck sei bereit gewesen, darauf einzugehen; der Kaiser aber habe erklärt, er wolle ein treuer Bundesgenosse Österreichs sein und dieses nicht im Stich lassen. Eine erschöpfende Prüfung dieser Anklagen wäre nur dem möglich, der genauesten Einblick in die geheimen Akten hätte; aber zweierlei steht fest. Erstens, daß Bismarck, der 1876 erklärt hatte, daß Deutschland Österreich schlechterdings nicht an Rußland preisgeben könne (S. 376), der diese Auffassung am 22. November 1887 gegen Lord Salisbury wiederholt und der noch am 25. Juni 1888 die Worte der kaiserlichen Thronrede: das Bündnis mit Österreich sei ein Vermächtnis der deutschen Geschichte, wahrscheinlich verfaßt oder doch vertreten hatte, 1889 und 1890 diesen Standpunkt *unmöglich verleugnet haben kann*, der von den Lebensinteressen Deutschlands erfordert wurde. Noch in den nach 1890 entstandenen „Gedanken und Erinnerungen" (2, 253) hat Bismarck diesen Standpunkt aufrecht erhalten. Zweitens, daß der Zweibund von 1879 Österreich nur für den Fall unsern Beistand, dann aber auch mit ganzer Macht sicherte, *daß es von Rußland angegriffen werde*. Niemals konnte sich das deutsche Reich verpflichten, Österreich auch dann Heeresfolge zu leisten, wenn dieses seinerseits *angreife*; ein solches Versprechen konnte Österreich direkt zu gewagten Abenteuern verlocken, wie wir das 1914 erlebt haben, und das deutsche Reich in die unwürdige Stellung eines

abhängigen Gefolgsmannes bringen. Nein — Bismarck hielt fest am Bund mit Österreich zur Abwehr eines etwaigen russischen Angriffs; aber zu einem loyalen und gegen Deutschland und Österreich friedlich sich stellenden Rußland wünschte er selbstverständlich die seit 1762 bestehende Freundschaft zu erhalten, und als bloße englische Schachbrettfigur gegen Rußland sollte das deutsche Reich keinesfalls dienen. So konnte Bismarck manchen englischen Staatsmännern als ein Gegner ihrer Bestrebungen erscheinen, und es wird nicht zu bezweifeln sein, daß, was diese Leute in Berlin vermochten, gegen Bismarck ausgespielt worden ist. Aus diesen Kreisen und von ihren Berliner Gesinnungsgenossen scheint der Kaiser dahin bearbeitet worden zu sein, daß der Immediatbericht in der Geffckenschen Sache, den der Kaiser 1888 doch gebilligt und dessen Bekanntgabe er selbst befohlen hatte, als Beweis dafür verwendet wurde, daß Bismarck des Kaisers Vater und Mutter (als schlechte Deutsche und Ausplauderer deutscher Staatsgeheimnisse nach London) verächtlich gemacht habe. Weiterhin wurde der Kanzler beschuldigt, daß er dem Kaiser nicht alles mitteile, was dieser zu erfahren ein Recht habe, daß er also den Kaiser geringschätzig behandle. Hierüber vgl. unten S. 432.

Wenn wir nun die wahren Gründe erforschen wollen, aus denen Bismarcks Sturz erfolgte, so ist an erster Stelle ohne Frage der Umstand zu nennen, daß Kaiser Wilhelm II. von Haus aus eine viel zu selbständige und eigenwillige Natur war, um sich auf die Dauer einem Ratgeber von Bismarcks wuchtiger Größe und Genialität anzubequemen. „Er hatte," urteilt Bismarck (Gedanken und Erinnerungen 3, 37) „nicht das Bedürfnis, Mitarbeiter mit eigenen Ansichten zu haben, welche ihm in dem betreffenden Fache mit der Autorität der Sachkunde und Erfahrung entgegentreten könnten." Angenehmer waren dem Kaiser Männer wie der Vizepräsident des preußischen Ministeriums v. Bötticher, dessen Meinung nach seinen eigenen Worten war, „daß es einen Kampf mit dem Kaiser für seine Minister nicht gebe," *) daß also im Fall von Meinungsverschiedenheiten der Minister die Hand an das Käppi legt und sagt: zu Befehl! Der Kaiser wandte sich ferner über den Kopf seiner verantwortlichen Ratgeber gern an deren Untergebene oder auch an Dritte in nicht amtlicher Stellung, um dann, auf deren Angabe gestützt, seinen Ministern „sachkundige Anregungen zu geben". Die Klagen über die alles auflösende, die

*) Eppstein S. 75.

herkömmliche Geschäftsbehandlung auf den Kopf stellende Willkür des Kaisers sind allgemein; der Chef der Admiralität Caprivi verlangte schon am 28. Juni 1888 seinen Abschied, weil verschiedene Befehle aus dem kaiserlichen Marinekabinett ohne Rückfrage bei ihm und mit Übergehung seiner eigenen Weisungen erfolgt waren; am 27. November folgte der Kriegsminister Paul Bronsart v. Schellendorff Caprivis Beispiel, weil jetzt alle Welt in sein Amt hineinrede.*) Sein Nachfolger war Verdy du Vernois, ein gefügiger Hofmann; mit Bismarck war er seit 1879 zerfallen und galt ihm als des Kaisers mouchard (Spion) im Ministerium. Im Herbst 1889 telegraphierte der Kaiser direkt den Oberpräsidenten des Westens, sie sollten den Arbeitern gegenüber nachgiebig sein, worauf Bismarck einen der Herren daran erinnerte, daß königliche Behörden nicht befugt seien, allerhöchste Befehle ohne Gegenzeichnung des zuständigen Ministers zu vollziehen. Der Kaiser glaubte dem Wirrwarr leicht gebieten zu können; er traute sich es zu, sein eigener Reichskanzler zu sein; er wollte auch „die Verdunkelung nicht zulassen, welche eine kanzlerische Wolke, etwa wie die Richelieus und Mazarins, entwickeln würde", hinter denen ihr König Ludwig XIII. völlig verschwunden war (Gedanken und Erinnerungen 3, 35). Er wollte Herr sein; suprema lex regis voluntas! schrieb er später ins goldene Buch der Stadt München. Der Freiherr Robert Lucius v. Ballhausen, langjähriger reichsparteilicher Abgeordneter zum Reichstag, seit 1879 preußischer Landwirtschaftsminister, einer der vertrautesten Freunde Bismarcks, hörte am 31. Dezember 1887 (s. seine Bismarckerinnerungen S. 413), daß der Prinz Wilhelm gegen den Finanzminister v. Scholz geäußert habe, den Fürsten Bismarck brauche man natürlich noch einige Jahre sehr dringend; später würden seine Funktionen geteilt werden, und der Monarch selbst müsse mehr davon übernehmen; worauf v. Scholz erwiderte: man werde den Fürsten noch recht lange brauchen und ihn nie ganz ersetzen können. Eine Zeitlang, sagte der Kaiser gleich bei seiner Thronbesteigung nach Stöckers Angabe in seinem Scheiterhaufenbrief, wolle er den Alten noch verschnaufen lassen, dann aber die Zügel selbst an sich nehmen. Bismarck selbst hat (Gedanken und Erinnerungen 3, 24) gesagt: „wenn ich jetzt (wohl 1890) zurückblicke, so nehme ich an, daß der Kaiser während

*) Lucius 471. 482. Vgl. Lerchenfeld 139. 158: „Der Kaiser fährt fort, nach eigenen Heften Politik zu machen ... und dabei den Reichskanzler und andere berufene Ratgeber in einem Grade zu umgehen, wie es in einem modernen Staat wohl noch nie erlebt worden ist."

Digitized by Google

der 21 Monate, da ich sein Kanzler war, seine Neigung, einen vererbten Mentor los zu werden, nur mit Mühe unterdrückt hat, bis sie explodierte."

Fragt man nun nach den einzelnen Anlässen, an denen der in der Luft liegende Gegensatz sich entzündete, so haben wir hierüber eine Urkunde ersten Ranges, welche der Historiker bei dieser Sache immer vor allem andern zu Rate ziehen wird und muß: das von Bismarck am 18. März 1890 abgefaßte und am 19. dem Kaiser unterbreitete Abschiedsgesuch, das sein Sekretär Busch am Tag nach seinem Tod am 31. Juli 1898 im Berliner Lokalanzeiger in mehrfach ungenauer Weise veröffentlichte, dessen vollständiger, echter Wortlaut aber nunmehr vorliegt.*) Echt bismarckisch, wie es ist, vom ersten bis zum letzten Wort und fest in sich geschlossen, scheint es die Möglichkeit, von der wohl andeutungsweise gesprochen worden ist, auszuschließen, daß noch ein weiteres, nicht veröffentlichtes Schriftstück Bismarcks über die Gründe seines Rücktritts vorhanden sei. Dazu kommen noch Angaben, die ich am 7. Februar 1904 von Bismarcks älterem Sohn, dem Fürsten Herbert, also in letzter Instanz vom Fürsten selbst erhalten habe; dann die wichtigen Mitteilungen in den „Gedanken und Erinnerungen" (3, 144 ff.) und die des Fürsten Chlodwig Hohenlohe in seinen 1906 durch Friedrich Curtius veröffentlichten „Denkwürdigkeiten" (2, 462—69), endlich einzelne Berichte in den Hamburger Nachrichten, im Hannöverschen Kurier und andern Blättern: Berichte, welche auf Bismarck selbst zurückgehen. Nach beiden genannten Blättern hat am 13. Oktober 1889 (die „Gedanken und Erinnerungen" geben kein genaues Datum) ein Gespräch zwischen dem Kaiser und dem Kanzler anläßlich einer Fahrt im kaiserlichen Wagen stattgefunden, wobei der Kaiser dem Kanzler mitteilte, daß er sich bei dem Zaren bei dessen soeben stattgehabter Anwesenheit in Berlin zu einem (zweiten) Besuch nach dessen polnischem Jagdschloß Spala (bei Tomaschow an der Pilitza) für den Sommer 1890 angesagt habe. Bismarck „war die Verschiedenheit der Charaktere und Denkweisen beider Monarchen besser als irgend jemand

*) Gedanken u. Erinnerungen 3, 95—100. Auch Eppstein S. 189—194 gibt den echten Text, aber nicht mit dem Sperrdruck an den drei Stellen, die wir in den Gedanken und Erinnerungen haben. Dann lautet das letzte Wort bei Bismarck mit feinerer Syntax „werde", bei Eppstein „wird". Auch die Absätze sind bei Bismarck anders abgeteilt als bei Eppstein; der völlig authentische Text ist also den Gedanken und Erinnerungen zu entnehmen.

Digitized by Google

bekannt", und er befürchtete deshalb von einem längeren Beisammensein das Entstehen von Abneigung und Verstimmungen; er wollte „die mißtrauische Defensive des Zaren mit der aggressiven Liebenswürdigkeit des jungen Herrn nicht ohne Not in enge und lange Berührung bringen"; auch wußte er, daß der Zar Ruhe und Zurückgezogenheit mit Frau und Kindern liebe. Deshalb erhob er Einwände, daß Spala nicht Raum genug für zwei Kaiser biete und der Zar also beengt werden könnte. Der Kaiser, der sich beim Zaren schon angesagt hatte und nicht mehr gut zurückgehen konnte, war über Bismarcks Einsprache verstimmt, die er für vorlaut gehalten haben mag; es hat sich daraus die Erzählung entwickelt, welche die Hamburger Nachrichten ebenso bestimmt aufrecht erhielten, als der Hannöversche Kurier, beide unter Berufung auf Bismarck selbst, sie bestritt: daß der Kaiser im Zorn den Wagen habe plötzlich unterwegs halten und Bismarck aussteigen lassen. Nach dem H. K. hielt der Wagen, als die Unterredung eben zu Ende ging, gerade am Reichskanzlerpalast, wo Bismarck den Wagen verlassen mußte. Ich kann diese Angabe bestätigen und hinzufügen, daß der Kaiser ursprünglich Bismarck hatte ins Reichskanzlerpalais begleiten wollen; in der Verstimmung des Augenblicks verzichtete er darauf und ließ Bismarck allein aussteigen. Man sieht sofort, wie daran die übertreibende Auffassung der H. N. sich ansetzen konnte. In Wahrheit haben beide Blätter einiges Recht zu ihrer Darstellung; aber der Kaiser ließ sich nicht zu einer solchen Rücksichtslosigkeit hinreißen, wie die H. N. sie ihm zuschrieben, wobei sofort der Bruch hätte erfolgen müssen, und die Szene verlief nicht so harmlos, wie der H. K. es darstellt.*) Daß Bismarck mehrfach Grund hatte über ein Zuviel an Liebenswürdigkeit des Kaisers gegen die Russen besorgt zu sein, scheint unzweifelhaft. Bei der zurückhaltenden, unbeholfenen Art Alexanders III. erzielte dieses Zuviel den entgegengesetzten Eindruck, den es hervorbringen sollte, erregte Verdruß und Abneigung und zerstörte die Freundschaft beider, welche es hatte befestigen sollen.**) In diesem Moment griffen dann die erwähnten englischen und vielleicht auch österreichische Einflüsse ein.

*) Im 3. Band der „Gedanken u. Erinnerungen" heißt es S. 79 nur: „Der Kaiser gab durch sein Verhalten gegen mich Verstimmung zu erkennen." S. 145 wird diese Fassung aber durch die Worte ergänzt: „Der Kaiser war von meinen Bedenken, wo er Anerkennung erwartet hatte, unangenehm berührt und setzte mich an meiner Wohnung ab, statt in dieselbe einzutreten und über Geschäfte weiter mit mir zu sprechen."

**) Es sei bemerkt, daß Wilhelm II., unbelehrt durch die Erfahrungen

Digitized by Google

Befragen wir nun Bismarcks Abschiedsgesuch, so sehen wir, daß es drei Punkte waren, die nicht ausgeglichen werden konnten: die Frage der Kabinettsorder vom 8. September 1852; des freien Verkehrs Bismarcks mit den Parteiführern; des Verhältnisses zu Rußland.

1. Die Kabinettsorder vom 8. September 1852. Diese war einst von Friedrich Wilhelm IV. erlassen worden und bestimmte, daß die einzelnen Minister nicht ohne Vorwissen des Ministerpräsidenten Immediatberichte beim König einreichen und allerhöchste Anordnungen hervorrufen dürften. Solang der absolute Staat bestand, war kein Bedürfnis nach einem Ministerpräsidenten vorhanden, da der König selbst die Einheitlichkeit der Regierung verbürgte und eine Verantwortlichkeit der Minister gegen andere als gegen den König nicht bestand. Seit aber Preußen eine Verfassung hatte (seit 1850), wurde auch das Amt eines Ministerpräsidenten notwendig, dem die Aufgabe zufiel, für die Einheitlichkeit der ministeriellen Politik zu sorgen und das Maß von Verantwortung zu tragen, welches ihm im Landtag und in der öffentlichen Meinung zugemutet wurde. Das liegt so auf der Hand, daß weitere Worte hierüber nicht nötig sind; hatte der Ministerpräsident nicht das Recht seine Amtsgenossen zu kontrollieren und die Rosse des Wagens *in einer* Richtung zu lenken, so entstand natürlich ministerielle Anarchie und staatlicher Wirrwarr. Der Kaiser aber empfand dieses Vorrecht des Ministerpräsidenten als eine Beschränkung seiner eigenen Macht; er wollte mit jedem Minister direkt verkehren, jedem sofort direkt Weisung erteilen, ohne Zurateziehung des Ministerpräsidenten, und er verlangte, wie es scheint am 4. März, daß Bismarck den Entwurf einer neuen Order vorlege, nach der die von 1852 außer Kraft gesetzt werden sollte. Nach dem kaiserlichen Brief an Franz Joseph kam es über dieser Sache zu erregten Auseinandersetzungen; Bismarck verfiel in Weinkrämpfe bei Nacht und zuweilen auch beim Vortrag; sein Arzt befürchtete einen Hirnschlag. Von den Ministern traten, wie es scheint, nur der treffliche Finanzminister v. Scholz (1882—90) und v. Maybach nachdrücklich für die Unentbehrlichkeit der Order ein. Sie ist, nachdem sie ihren Dienst als Zwangsmittel zu Bismarcks Rücktritt

mit Alexander III., durch ein ähnliches Verhalten auch dessen Sohn Nikolaus II. mehr abgestoßen als für sich eingenommen hat. „Er war encombrant (zudringlich), erpreßte Zuneigung und Zugeständnisse.“ S. den Aufsatz des russischen Diplomaten Nekludoff in der Revue des deux Mondes vom 1. März 1918.

Digitized by Google

getan hatte, nicht aufgehoben worden und stand bis zur Revolution des 10. November 1918 in Kraft, weil sie gar nicht entbehrt werden konnte.

2. Bismarcks Verkehr mit den Parteiführern. Bismarck hatte am 12. (nicht 14.) März auf einen ihm durch seinen Bankier v. Bleichröder übermittelten Wunsch Windthorsts*) diesen empfangen, der trotz seiner langjährigen Gegnerschaft und häufiger Zusammenstöße mit Bismarck doch auch manche große Entscheidung, so die über den Zolltarif von 1879 und schließlich über den Ausgleich im Kulturkampf, mit Bismarck zusammen gemacht hatte und jetzt nach der Darstellung, welche der Straßburger Professor Martin Spahn in seiner Schrift „Das Zentrum" 1907 auf Grund von Mitteilungen Windthorsts selbst gegeben hat, angesichts der Schwierigkeit der europäischen Lage „den Steuermann des letzten Menschenalters" am Bord unseres Staatsschiffs nicht missen wollte. Windthorst war nach dieser Darstellung bereit, Bismarck die Unterstützung des Zentrums anzubieten, welche er nach der Wahlniederlage der Kartellparteien zu bedürfen schien, und stellte dafür zwei Bedingungen: erstens Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes, der mit der Möglichkeit der Ausweisung von Jesuiten aus ihrem Aufenthaltsort dem Gesetz besonders den gehässigen Ausnahmecharakter gebe; dann wollte er sich zufrieden geben und warten, bis Regierung und Volk sich von der Verfehltheit auch des § 1 (Verbot jesuitischer Niederlassungen) überzeugt hätten. Der zweite Punkt betraf das Volksschulwesen, worüber Windthorst Bestimmungen etwa in der Art wünschte, wie sie 1892 dann durch den Kultusminister Grafen v. Zedlitz und Trützschler in Vorschlag gebracht worden sind. Bei diesen Forderungen ging Windhorst davon aus, daß das Zentrum mit der Regierung sich über die Hauptfragen, welche ihm am Herzen lagen, endgültig vergleichen und nicht in die Lage kommen wolle, während es die Regierung im Reichstag unterstütze, mit ihr im Landtag kämpfen zu müssen. Sein Ziel war eine neue Stellungnahme der Regierung zu erreichen, welche sich auf die Konservativen und das

*) Der kaiserliche Brief behauptet, daß die Unterredung „auf Bismarcks Wunsch inszeniert worden sei". Nach der „Kölnischen Volkszeitung" vom 6. November 1906 hatte Windthorst bei einer Unterredung mit Bleichröder den Eindruck, daß Bismarck ihn zu empfangen wünsche; die K. V.-Ztg. gibt aber zu, daß der vielgeschäftige Bleichröder aus eigenem Antrieb gehandelt haben könne. Jedenfalls „bat Windthorst dann, ihn bei Bismarck anzumelden". Übrigens kommt darauf nicht eben viel an.

Digitized by Google

Zentrum, statt auf das durch die Wahlen machtlos gewordene Kartell von 1887, stützen und eine konservativ-klerikale Richtlinie einhalten sollte. Windthorst hatte den Eindruck, daß Bismarck einer Prüfung seiner Forderungen geneigt sei. In den „Gedanken und Erinnerungen" (3, 82) lesen wir aber, daß er sie (da sie auf den „status quo ante 1870" hinauskamen, also über das von Spahn Angegebene weit hinausgegangen zu sein scheinen) als unmöglich erfüllbar ansah, und am 16. April hat er einer Abordnung des Zentralverbandes deutscher Industrieller gesagt, diese Forderungen seien „so unerhört gewesen, daß sie gar nicht ernst gemeint sein konnten". Bereits wußte Windthorst, daß sich eine Krisis entwickelt habe; er fürchtete, daß das Bekanntwerden seines Besuches Bismarck beim Kaiser schaden könne, und bat deshalb den Vorstand der Kanzlei des Reichskanzlers, Herrn v. Rottenburg, den Besuch geheim zu halten. Zu einem seiner Bekannten sagte er: „Ich komme vom Sterbelager eines großen Mannes." Er hatte durchaus richtig gesehen: als der Kaiser, der Windthorst als einem ausgemachten Welfen sehr abgeneigt war und erwartet hatte, „Bismarck werde ihn zur Tür hinauswerfen lassen", von dieser Unterredung erfuhr,*) war er aufs äußerste entrüstet, daß er nicht davon in

*) Bismarck war überzeugt, daß dies durch v. Bötticher geschehen sei, und Hüsgen in seiner Biographie Windthorsts (S. 267) behauptet es bestimmt. Nach Professor Freiherr v. Eppstein, Fürst Bismarcks Entlassung, S. 66, ist das ganz ausgeschlossen, weil v. Bötticher vom 3. März an, an welchem Tag sein jüngstes Töchterchen an Scharlach erkrankte, bis zum 18. März dem Kaiser wegen der Ansteckungsgefahr fern blieb und auch für die Verleihung des Schwarzen Adlerordens am 8. März nur schriftlich sich bedankte. Die Kölnische Volkszeitung vom 6. Dezember 1906 Nr. 949 erzählt, daß Herr v. Rottenburg Bismarck den Wunsch Windthorsts, der Besuch möge geheim bleiben, augenscheinlich nicht mehr mitteilen konnte, weil sofort nach Windthorsts Weggang Bismarck ein Frühstück gab; bei diesem Frühstück habe Bismarck selbst von dem Besuch gesprochen und einer der Gäste höchstwahrscheinlich die Sache weiter verbreitet. Daß dabei üble Absichten obwalteten, ist nicht notwendig anzunehmen. Die Kölnische Volkszeitung erklärt bei Besprechung der Sache mit Recht, daß es irrig sei, wenn Bismarck später annahm, Windthorst habe ihm durch den Besuch ein Bein stellen wollen. Windthorst habe nachher häufig der Meinung Ausdruck gegeben, daß Bismarcks Abgang sehr bedauerlich sei; „für uns ist er jedenfalls zu früh gegangen". Damit stimmt das Zeugnis Lucius v. Ballhausens vom 16. März 1890: „Windthorst fürchtet jetzt nichts mehr als den Rücktritt Bismarcks." Der kluge Zentrumsführer hoffte ja auf einen Umschwung der Regierungspolitik, und er begriff, daß das, wenn überhaupt, nur durch Bismarck durchgeführt werden konnte. Aber auch abgesehen davon war

Digitized by Google

Kenntnis gesetzt worden sei; man hatte ihm die Sache in dem Lichte dargestellt, als ob sie offiziös mit einem Mysterium umgeben sei, das auf alles mögliche schließen lasse. Es war ihm eingeredet worden, daß Bismarck dem Zentrum über den Kopf der Konservativen hinweg in der Schul- und Jesuitenfrage Zugeständnisse machen und ihn in einen Konflikt hineintreiben wolle, aus welchem er allein ihn retten könne. So befahl er, daß Bismarck am 15. März um halb zehn Uhr sich in der Amtswohnung des Grafen Herbert einfinde, hielt ihm alles vor, was er auf dem Herzen hatte, und zeigte sich auch darüber geärgert, daß ein Jude bei der Sache Vermittlerdienste getan hatte. Hierauf erwiderte Bismarck (wie Lerchenfeld sagte): er halte die Juden für einen nützlichen Teil der menschlichen Gesellschaft, durch welche er schon ganz anders wichtige Geschäfte, auch bei fremden Kabinetten, mit Erfolg gemacht habe; im übrigen müsse er sich wundern, daß Seine Majestät über alles, was in seinem Hause vorgehe, so genau unterrichtet sei. Die Unterredung nahm einen sehr stürmischen Verlauf, und der Kaiser stellte schließlich eine Forderung, deren Tragweite Bismarck in dem Abschiedsgesuch so umgrenzt: „Ew. Majestät geruhten mir am 15. März bezüglich der Ausdehnung meiner dienstlichen Berechtigungen Grenzen zu ziehen, welche mir nicht das Maß der Beteiligung an den Staatsgeschäften, der Übersicht über letztere und der freien Bewegung in meinen ministeriellen Entschließungen und in meinem Verkehr mit dem Reichstag und dessen Mitgliedern lassen, deren ich zur Übernahme der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeit für meine amtliche Tätigkeit bedarf." Der Kaiser selbst behauptet, er habe gebeten, daß Bismarck ihn durch irgend ein Billet oder mündliche Mitteilung seines Sekretärs über eine so wichtige Angelegenheit orientiere: „da brach der Sturm los." Offenbar ging die Forderung des Kaisers darauf hinaus, daß Bismarck nicht ohne vorher anzufragen mit maßgebenden parlamentarischen Personen verkehre. Es leuchtet ein, daß ein solches Verbot unbedingt unerträglich für jeden leitenden Staatsmann war und daß es überdies eine unnötige Schärfe enthielt. Welcher Staatsmann wird sich das Recht verschränken lassen dann, wenn er es zur Führung der Geschäfte für notwendig oder förderlich ansieht, mit den Führern

---

die auswärtige Politik so mit Schwierigkeiten und Gefahren geschwängert, daß ein Staatsmann von Einsicht und Verantwortlichkeitsgefühl nicht wünschen konnte, das Staatsschiff seines erprobten Steuermanns zu berauben (s. oben S. 427 Spahns Angabe).

Digitized by Google

der Parteien sich ins Benehmen zu setzen? Der Souverän hat ja immer das letzte Wort zu sprechen; mißbilligt er das, was der Minister auf Grund seiner Besprechungen in Vorschlag bringt, so verwirft er es einfach, und wenn der Minister sich diesem Standpunkt nicht anbequemen kann oder will, so muß er zurücktreten. In der ganzen Forderung des Kaisers lag ein solches Mißtrauen, daß man es wohl glauben kann, was der kaiserliche Brief angibt, daß Bismarck erklärte, er lasse sich nicht am Gängelband führen. Nach Bismarcks Erzählung (Gedanken und Erinnerungen 3, 82) kam es so weit, daß Bismarck erklärte, wenn der Kaiser ihm aus dem Verkehr mit Parteiführern einen Vorwurf mache, so sei das gerade so, wie wenn Se. Majestät seinem Generalstabschef im Kriege untersagen wolle, den Feind zu rekognoszieren; er könne sich einer solchen Kontrolle in Einzelheiten und in seiner persönlichen Bewegung im eigenen Hause *) nicht unterwerfen. Der Kaiser verlangte das aber unbedingt mit der Frage: „auch nicht, wenn Ihr Souverän es befiehlt?" Bismarck „beharrte in Ablehnung". Daß er sich dabei „aller Höflichkeit bar" benommen habe, ist lediglich ein Beweis, daß der Kaiser selbst bei unstatthaften Zumutungen, die er stellte, Widerspruch leicht schlechtweg als Ungebühr empfand. Jedenfalls leuchtet ein, daß nach einem solchen Zusammenstoß Bismarck nichts anderes übrig blieb als zurückzutreten.

3. Das Verhältnis zu Rußland. Nun war, wie wieder aus dem Abschiedsgesuch und dem kaiserlichen Brief sich ergibt, zwischen dem Kaiser und Bismarck schon seit längerer Zeit (nach Lerchenfeld seit dem 4. Februar) darüber verhandelt worden, ob Bismarck nicht, um seine angegriffenen Nerven zu schonen, auf seine preußischen Ämter verzichten, Reichskanzler aber bleiben solle (S. 417). Allein dagegen erhoben sich die schwersten Bedenken. Die Fragen warfen sich auf, ob der Reichskanzler eo ipso Mitglied des Bundesrats sei oder nur als preußischer Bevollmächtigter; ob er die preußischen Stimmen führe oder der preußische Ministerpräsident; ob er den Ausschüssen des Bundesrats vorsitzen könne; wie sein Verhältnis und seine Zuständigkeit gegenüber dem Reichstag sein werde. Über alle diese Fragen gab die Reichsverfassung gar keinen oder doch keinen bestimmten Aufschluß. Die verbündeten Regierun-

*) Wenn erzählt wird, daß Bismarck dem Kaiser gesagt habe: „Ihre Macht endet am Salon meiner Frau", so ist das von den Hamburger Nachrichten schon deswegen als sicher unwahr bezeichnet worden, weil Bismarck Windthorsts Besuch unbedingt in seinem Amtszimmer empfing.

Digitized by Google

gen hielten deshalb, wie aus Lerchenfelds Berichten hervorgeht, diesen Weg für ungangbar; die bayrische Regierung „stand der Sachlage mit tiefem Bedauern und ernster Besorgnis gegenüber", wie der Minister des Äußern Freiherr v. Crailsheim an Lerchenfeld schrieb, und erwog, ob ein unmittelbares Eingreifen ihrerseits nützlich sei, kam aber zur Verneinung dieser Frage (8. Februar). Bismarck selbst dachte im Moment daran, sogar das preußische Ministerium des Auswärtigen aufzugeben, um ganz von den preußischen Dingen loszukommen: ein Gedanke, dessen Unausführbarkeit vollends auf der Hand liegt. Sunt ut sunt, and non sint! war die allein mögliche Losung. Bismarck, der sonst über die schwierigste Lage so rasch sich klar wurde, schwankte damals beständig in seinen Entschlüssen; „er widerrief fast jeden Morgen", schreibt Lerchenfeld am 24. Februar, „was er am Abend vorher als seinen feststehenden Entschluß bezeichnet hatte." Der Grund dieses Schwankens ist leicht zu verstehen: am liebsten hätte er, da er im Kampf mit dem Kaiser, dessen Macht gerade e r planvoll gefestigt hatte (S. 329. 441), sicher unterliegen mußte, alles ihm hingeworfen; dann aber kam wieder die bange, die furchtbare Frage der Pflicht: würde das Reich unter einem so draufgängerischen Monarchen ihn, Bismarck, ohne die schwerste Gefährdung entbehren können? Die Erfahrung des Jahres 1873 (S. 341) zeigte jedenfalls das, daß der Reichskanzler ohne den Rückhalt der preußischen Ministerpräsidentschaft der nötigen Autorität und Macht entbehrte; auch hier galt, und hier erst recht: sint ut sunt, ant non sint! So konnte Bismarck diesen Gedanken, „sich auf das Altenteil zurückzuziehen", a n s i c h nicht als durchführbar erkennen; aber selbst wenn er den Versuch hätte wagen wollen, so war ihm dies unmöglich gemacht, wie wieder das Abschiedsgesuch hervorhebt, „durch die jüngsten Entscheidungen Ew. Majestät über die Richtung unserer auswärtigen Politik, wie sie in dem allerhöchsten Handschreiben zusammengefaßt sind, mit dem Ew. Majestät gestern die Berichte des Konsuls in Kiew begleiteten." *) Der Konsul Raffauf in Kiew (die „Gedanken und Erinnerungen" nennen S. 88 nur „einen Konsul in Rußland") hatte nämlich Berichte eingesandt, welche von großen Truppenanhäufungen Rußlands an der Grenze gegen Österreich meldeten. Da die sicheren Gelegenheiten zur Beförderung von Schriftstücken aus Kiew nach

*) Der kaiserliche Brief enthält von dieser wichtigen Sache kein Wort — die erste große Lücke der Darstellung. Schien dem Kaiser dieser Fall zu brenzlich, um ihn mit dem Kaiser Franz Joseph zu erörtern?

Digitized by Google

Berlin selten waren, so hatte Raffauf vierzehn Berichte zusammenkommen lassen, insgesamt über 100 Seiten stark. Die Berichte waren demgemäß zum Teil schon veraltet, als sie in Bismarcks Hand kamen. Sie hatten teils militärisch-politischen, teils rein militärischen Inhalt. Bismarck teilte dem Kaiser vier militärisch-politische direkt mit; sechs von militärischem Interesse gab er, dem feststehenden Herkommen gemäß, an das Kriegsministerium und an den Generalstab weiter, der das, was er für richtig erachtete, durch das Militärkabinett dem Kaiser unterbreiten konnte. Die übrigen Berichte erhielt ein Rat zur Prüfung. Der Kaiser richtete nun am 17. März an Bismarck folgendes Handschreiben: „Die Berichte lassen auf das klarste erkennen, daß die Russen in vollem strategischem Aufmarsch sind, um zum Kriege zu schreiten — und muß ich's sehr bedauern, daß ich so wenig von den Kiewer Berichten erhalten habe. Sie hätten mich schon längst auf diese furchtbar drohende Gefahr aufmerksam machen können! Es ist die höchste Zeit, die Österreicher zu warnen und Gegenmaßregeln zu treffen. Unter solchen Umständen ist natürlich an eine Reise nach Krasnoje meinerseits nicht mehr zu denken. Die Berichte sind vorzüglich. Wilhelm." Der Kaiser verlangte also von Bismarck, daß er Vorschläge mache, welche von der Überzeugung ausgingen, daß Rußland Krieg beginnen wolle; daß man demgemäß Österreich alarmiere und den Russen, „weil sie", wie Bismarck sagt, „einige Sotnien Kosaken an die österreichische Grenze versetzt hatten," mit militärischen Gegenmaßregeln antworte. Das mußte, wie die Dinge lagen, die Gegensätze bis zur Unversöhnlichkeit verschärfen. Bismarck teilte, wie er in Bemerkungen zu dem Handschreiben äußerte, jene Überzeugung nicht; er glaubte vielmehr nach wie vor an die friedlichen Absichten Alexanders III., und er sah die Kiewer Berichte für veraltet, die Nachrichten von russischen Truppenanhäufungen für nicht richtig oder doch übertrieben an; er wollte nicht Maßnahmen treffen, die einen Kriegsbrand erst recht entzünden mußten. Der Tadel und das Mißtrauen, die sich in dem kaiserlichen Handschreiben aussprachen, kränkten ihn; eine Politik, welche einem Lande, das von Westen her beständig bedroht war, auch im Osten einen erbitterten Feind schaffen mußte, konnte er nicht verantworten; auch unter diesem Gesichtspunkt verschloß sich die Möglichkeit für ihn, länger im Amte zu bleiben.

So war die Lage der Dinge, und nun kam zu allem, was sich zwischen Kaiser und Kanzler auftürmte, noch die Auswirkung des Ausfalls der Reichstagswahlen hinzu. Ich habe von Fürst Herbert in der Unterredung am

Digitized by Google

7. Februar 1904 in Stuttgart erfahren, daß sein Vater am 25. Februar*) dem Kaiser über das Wahlergebnis Bericht erstattete und daß er dabei (nach Fürst Herberts Angabe) den Eindruck gewann, daß nunmehr sein Rücktritt bestimmt von dem Kaiser erwogen werde: er erklärte sich bereit zu gehen, sobald ein tauglicher Nachfolger gefunden sei, etwa im Laufe des Sommers.**) Schließ-

*) Der Bericht in den Gedanken und Erinnerungen 3, 76 f. über den 25. Februar ist ziemlich kurz und weicht von den Angaben, die Fürst Herbert mir gemacht hat, dadurch ab, daß er von der Rücktrittsmöglichkeit zwar spricht, aber nur in dieser Form: „Wegen der Zusammensetzung des Reichstags und behufs Vertretung der bisherigen Sozialpolitik, sowie der nötigen Militärforderungen hielt ich m e i n V e r b l e i b e n b i s n a c h d e n e r s t e n p a r l a m e n t a r i s c h e n K ä m p f e n noch mehr für notwendig, um unsere Zukunft gegen die sozialistische Gefahr sichern zu helfen.“ Die Stelle ist einigermaßen dunkel. Die einfache Vertretung der bisherigen Sozialpolitik und die Abwehr der sozialistischen Gefahr ist doch zweierlei; die erste ist friedlich abzumachen, die zweite nicht; daß der Kaiser aber „Nachgiebigkeit von sich wies und Bismarcks Parole no surrender! zu akzeptieren schien“, S. 434, wird ebenda ausdrücklich angegeben, und S. 92 ist (17. März) von eventueller Auflösung des Reichstags die Rede. Es muß also doch von der Notwendigkeit jener Parole gesprochen worden sein, also auch von scharfen Maßregeln, welche zu dieser Parole zwangen. Es handelte sich nach Hohenlohe (2, 468) auch um ein verschärftes Sozialistengesetz, in das Bismarck die schon 1887 von Puttkamer vorgeschlagene Strafe der Expatriierung (Verbannung aus dem Vaterland) aufnehmen wollte, die wirksamer — und nicht zweischneidig — war als inländische Ausweisung; dazu sollte noch die Entziehung des aktiven und passiven Wahlrechts für alle kommen, die an sozialdemokratischen Bestrebungen sich beteiligten — wer den Bestand von Staat und Gesellschaft verwarf, konnte nach Bismarcks Ansicht keine staatlichen Rechte in Anspruch nehmen (S. 492). Da der Kaiser aber gegen ein solches Gesetz Bedenken hatte, ließ Bismarck es fallen, in der Überzeugung, daß durch die Zunahme der sozialistischen Wühlerei die Sache von selbst reif werden würde. Er hatte immer zwei Eisen im Feuer, sagt Rothfels (Historische Zeitschrift 123, 284:) entweder durch Energie oder durch Zuwarten wollte er die öffentliche Meinung zu sich herüberziehen. Auch durch neue positive Maßregeln gedachte er wohl zu wirken; bei Gelegenheit des Bergarbeiterstreiks von 1889 (wo er an sich die Besitzenden, die doch auch schutzbedürftige und schutzberechtigte Untertanen des Königs seien, gegen Gewalttaten beschirmen wollte) hat er von der Notwendigkeit gesprochen, die Kohlengruben zu verstaatlichen, also die Aktiengesellschaften zu enteignen. S. Rothfels ebenda S. 286.

**) Wie rasch hingeworfen und ungenau der kaiserliche Brief ist, zeigt die Stelle: „E n d e F e b r u a r erklärte mir der Fürst, er könne es mit

Digitized by Google

lich ward aber auf Wunsch des Kaisers doch vereinbart, daß Bismarck zunächst nur das preußische Ministerpräsidium niederlegen, aber den Kanzlerposten und das Auswärtige behalten solle; auch solle er die Militärvorlage des Kriegsministers Verdy du Vernois (welche am 9. März im Staatsministerium gebilligt, aber nach dem 20. zurückgezogen ward) im Reichstag noch durchsetzen helfen; sein Rücktritt sollte nicht plötzlich erfolgen, was Bismarck um der Wirkung auf die Welt willen widerriet. Er machte (wieder nach Fürst Herbert) den Kaiser überdies darauf aufmerksam, daß die beträchtliche Heeresverstärkung, um die es zunächst sich handelte, im Reichstag nicht leicht durchgehen werde; es werde eine oder es werden auch zwei Reichstagsauflösungen nötig werden; ja alleräußerstenfalls müsse man die Bundesfürsten und die Oberhäupter der freien Städte nach Berlin einberufen und mit ihrem Einvernehmen die Reichsverfassung im Punkt des Wahlrechts, und wo es sonst vielleicht noch nötig sei, abändern. Jetzt sei so etwas noch möglich; er persönlich habe noch die Kraft und den erforderlichen Kredit dazu; später werde es unmöglich sein. Es schien, als ob der Kaiser für diesen Vorschlag gewonnen sei; als Bismarck erklärte: „Wenn wir die Sache überhaupt in die Hand nehmen, muß sie auch unter allen Umständen durchgefochten werden; es muß dann heißen: no surrender (keine Übergabe)!" stimmte der Kaiser zu: „Dann „no surrender!" (So auch in den „Gedanken und Erinnerungen" 3, 77.)

Von diesem Vorgang hat offenbar Professor Dr. Hans Delbrück in Berlin Kenntnis gehabt, wenn er in zwei Aufsätzen in den Preußischen Jahrbüchern Band 126 (1906) geäußert hat, daß nach Hohenlohes Denkwürdigkeiten (2, 469) und nach den ihm gewordenen Mitteilungen zweier Personen, die er indes nicht nennt, Bismarck im März 1890 die Absicht gehabt habe, einen Konflikt mit dem Reichstag hervorzurufen, um dann das allgemeine Wahlrecht (als mit dem Wohl des Reichs nach seiner Ansicht unvereinbar) aufzuheben. Delbrück sieht darin den erneuten Beweis der heroischen Größe, wie sie Bismarck eigen war, hält aber den Gedanken selbst für unheilvoll und erachtet deshalb Bismarcks Sturz

---

seinen Nerven und seiner Gesundheit nicht länger machen, er wünsche bloß den Kanzler und das Auswärtige zu behalten ... nach einigen Wochen wolle er das dann auch abgeben und um den 20. Februar oder Anfang März ganz ausscheiden". Die gesperrten Daten sind untereinander ja ganz unvereinbar.

Digitized by Google

als ein großes Glück für Deutschland. Delbrücks Behauptung ist damals fast allgemein von solchen Männern, die Bismarcks Andenken hochhielten und unterrichtet sein konnten (so von dem Bonner Kurator v. Rottenburg, dem früheren Vorstand der Reichskanzlei), zurückgewiesen, aber von Bismarcks Todfeinden, den Sozialdemokraten und den alten Fortschrittlern, mit Hochgenuß aufgegriffen und zu seinem Unglimpf ausgeschlachtet worden. Nur Otto Kämmel hat in den Grenzboten (1907, 3. Januar) Delbrück beigestimmt und sich auf eine Unterredung berufen, die er am 30. Oktober 1892 in Varzin mit Bismarck hatte und worin dieser sagte, daß er 1890 so weit gegangen sein würde, den Sozialdemokraten das Wahlrecht zu entziehen, als ausgesprochenen Todfeinden des Staats (s. d. Anmerkung auf S. 433). Der konservative Abg. v. Helldorf-Bedra hat nach der Mitteilung Delbrücks im Augustheft der Preußischen Jahrbücher von 1908 (Bd. 133, S. 361) vor den Septennatswahlen von 1887 Bismarck „in hoher Erregung und höchstem Ernst" sagen hören: „Ich will die letzten Jahre meines Lebens daran setzen den schwersten Fehler wieder gutzumachen, den ich begangen habe," nämlich eben die Einführung des allgemeinen Wahlrechts. Ich kann mich der Ansicht Delbrücks nicht anschließen, vor allem weil mir Fürst Herbert nichts derart gesagt hat, was er doch andernfalls sicher getan hätte; aufs bestimmteste ist mir auch von anderer kundiger Seite wieder und wieder versichert worden, daß der Konflikt von Bismarck nicht gesucht, also die Wahlrechtsbeschränkung nicht fest beschlossen, sondern nur als allerletztes Mittel ins Auge gefaßt war. Dann folgt aus einem von Bismarck 1887, angesichts eines im Ausgang ungewissen Wahlkampfes, vor dem Erfolg der Auflösung, ohne Zweifel in leidenschaftlicher Erregung getanen Ausspruch nicht, daß er 1890, ehe er das Mittel der Auflösung nochmals versucht hatte, das Wahlrecht ändern wollte, das ihm 1887 so glänzend recht gegeben hatte. Auch enthält die Stelle bei Hohenlohe (2, 468) nicht ein Wort von Staatsstreich und Wahlrechtsänderung; sie besagt nur, daß Bismarck entschlossen war, „den Reichstag aufzulösen (wenn er das neu beabsichtigte, wie oben S. 433 Anm. mitgeteilt ist, sehr verschärfte Sozialistengesetz nicht annehme) und dann, wenn es zu Aufständen komme, energisch einzuschreiten". Auch der kaiserliche Brief spricht nur davon, daß Bismarck aus Anlaß des Sozialistengesetzes im Notfall „ordentlich dazwischenschießen" wollte (nämlich wenn es zum Aufruhr kommen sollte). Nach meiner Kenntnis der Dinge stand die Sache nun folgendermaßen. Es handelte sich zu-

Digitized by Google

nächst *) um eine Heeresvorlage, welche die Zahl der stehenden Truppen um reichlich 80 000 Mann erhöhen sollte.**) Eine solche gewaltige Mehrbelastung darf man dem deutschen Volk nicht leichthin zumuten, sondern nur, wenn man überzeugt ist, daß es nicht anders geht. Dann aber, das war unzweifelhaft Bismarcks feste Überzeugung, dürfen der Kaiser und seine Verbündeten vor einem Widerstand auch nicht zurückweichen; sonst fügen sie sich offenbar in eine Entscheidung, welche sie für unheilvoll halten, und gehen mit verletztem gutem Gewissen und schwer geschädigtem Ansehen aus dem Kampf hervor. Wird ein solcher Kampf überhaupt unternommen, so muß er siegreich enden; sonst verschlingt er mehr als bloß das Heeresbudget, um das zunächst gekämpft wird. Hier heißt es entweder — oder! Die weiße Fahne der Übergabe darf niemals hoch gehen. Zunächst versucht man es mit einer Reichstagsauflösung; sie hat 1878 und 1887 zu dem erwünschten Ziel geführt, und wenn es wieder so geht, dann ist alles gut; dann ist der Beweis erbracht, daß bei dem Anruf des Patriotismus die breiten Massen nicht versagen, und das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht steht fester als je. Gelingt es das erstemal nicht, die rettende Überzeugung von der Notwendigkeit einer anderen Mehrheit ins Volk zu tragen, so ist die Sache eines zweiten Versuches wert; vielleicht geraten dann die zähen Massen in Fluß, und der Baum fällt auf den zweiten Hieb. Erst wenn auch dieser Versuch fehlschlagen sollte, dann muß man, da ein Zurückweichen jetzt vollends zur Katastrophe der monarchischen Autorität werden müßte, den Weg bis zum bitteren Ende gehen und das Mittel ergreifen, das nach Hohenlohes bestimmter Angabe (s. oben S. 361 f.) als letztes und äußerstes schon im Oktober 1881 vor Bismarcks Seele stand: die Fürsten und freien Städte, die 1867 und 1870 das Reich errichtet und die Verfassung gegeben haben, die aber zur Einsicht gekommen sind, daß das Vaterland mit ihr nicht bestehen kann, sagen sich von dieser Verfassung los, ändern sie da ab, wo es sein muß, und ziehen sich entweder auf ein Zoll- und Kriegsbündnis ohne Reichstag zurück (daran

*) Ob mit der bisherigen dreijährigen Dienstzeit oder mit der zweijährigen, wie 1892 vorgeschlagen wurde, ist nicht sicher zu sagen: die Einzelheiten der Vorlage standen damals — nach Caprivis Rede im Reichstag vom 23. November 1892 — noch nicht endgültig fest. Die ungeheuren Mehrkosten bei der dreijährigen Dienstzeit hätte (das muß man sich gesagt haben) kein Reichstag bewilligt, auch keiner des beschränktesten Wahlrechts.

**) Der kaiserliche Brief enthält davon nichts, was eine zweite große Lücke darstellt. Vgl. S. 431.

Digitized by Google

dachte Bismarck 1881, freilich wohl mehr im Unmut als im vollen Ernst), oder sie vereinbaren die neue Verfassung mit einem auf anderer Grundlage gewählten Reichstag — alles wie 1867 und 1870, nur ohne das jetzt bestehende Wahlrecht. Das war nach meiner Ansicht Bismarcks Gedankengang. Keineswegs faßte er die Abänderung der Reichsverfassung sofort ins Auge; wenn immer möglich, so blieb er in ihrem Rahmen. Wenn aber die Lage sich so zuspitzte,*) daß es hieß biegen

*) Der Rezensent meines Buches im literarischen Zentralblatt vom 11. Juli 1908, Paul Müller (dem ich ebenda am 8. August geantwortet habe), und ebenso Delbrück sind der Ansicht, daß es Bismarcks staatsmännisches Geschick herabsetzen heiße, wenn ich annehme, er hätte nicht Mittel und Wege gefunden, die Heeresvorlage durchzusetzen, auch ohne daß es zum Äußersten, der Wahlrechtsänderung, kam. Ich weiß nicht, welches andere Mittel angesichts eines Reichstags, der Bismarck in grimmigem Haß und dem ganzen Regierungssystem in grundsätzlicher Opposition gegenüberstand, vorhanden war, als Auflösung und Appell ans Volk. Mit den geschicktesten Verhandlungen kommt man doch nur da vorwärts, wo auf der Gegenseite Geneigtheit ist, vorwärts zu kommen; wo die gegenteilige Stimmung obwaltet, heißt es kämpfen. Damit aber ist eben die Situation gegeben, von der ich oben rede: zurückweichen konnte man bei Mißerfolg des Appells nur, wenn die Monarchie die äußerste Demütigung auf sich nehmen wollte und bereit war propter vitam vivendi perdere causas. Derselbe Delbrück, der für 1890 eine solche Notlage nicht anerkennt, hat sie für 1893 nachdrücklich behauptet, siehe preußische Jahrbücher 70, 770: „Die Vorlage muß durchgesetzt werden, und wenn es einen Staatsstreich kostet." Also! Richard Augst (in seiner vortrefflichen Arbeit über Bismarcks Stellung zum parlamentarischen Wahlrecht, Leipzig 1917, S. 136) ist meiner Auffassung vollständig beigetreten, ebenso der Gesandte v. Raschdau in den Berliner Neuesten Nachrichten vom 15. Dezember 1913. Er beruft sich darauf, daß er in der Lage gewesen sei, 1890 den Ereignissen in unmittelbarer Nähe von Tag zu Tag zu folgen, und er kann versichern, daß für Delbrücks Behauptungen jeder tatsächliche Anhalt fehle. Auch Erich Marcks, gewiß eine erste Autorität in allem, was Bismarck betrifft, verhält sich (Otto v. Bismarck, Stuttgart 1915, S. 227) zweifelnd, und in den Gedanken und Erinnerungen steht S. 77 ff. kein Wort von einem beabsichtigten Staatsstreich, nur von der Notwendigkeit, „ein homogenes, zum Kampf gegen die soziale Revolution bereites Ministerium zu bilden," und von „aggressivem Vorgehen gegen den Sozialismus," S. 77, was doch noch lange keinen Staatsstreich bedeutet. Dann heißt es: „In der Militärfrage lag für mich nach heutiger Lage kein Grund zum Bruch mit dem Reichstag," S. 79. Vgl. auch Schüßler, S. 317, Anm. 8, der auch den „Staatsstreich" nicht als unter allen Umständen beabsichtigt, der ihn, wie ich, nicht als Zweck, sondern nur als allerletztes Mittel ansieht.

Digitized by Google

oder brechen; daß der preußische König, der mit seinem Landtag alles nach Wunsch und Bedürfnis zum Wohl Preußens zustande bringen konnte, durch die Reichsverfassung an Händen und Füßen gebunden ruhig zusehen sollte, wie der Wagen dem Abgrund näher und näher rollte: dann war Bismarck entschlossen, seinem König zum Widerstand bis aufs Messer zu raten und den Enkel nicht zu verlassen, wie er 1862 sich jedem Schicksal trotzend neben dem Großvater aufgepflanzt hatte. Mit 75 Jahren war er derselbe bis in den Tod getreue Vasall, der er mit 47 Jahren gewesen war, und dem deutschen Volk brachte er das feste Vertrauen entgegen, „daß es, sobald es einsehe, daß das bestehende Wahlrecht eine schädliche Institution sei, stark und klug genug sein werde, sich davon freizumachen" (Gedanken und Erinnerungen 2, 58). „Das bestehende Wahlrecht": damit ist nicht gesagt, daß er an die Allgemeinheit, Gleichheit und Direktheit des Wahlrechts zu tasten für nötig hielt; denn an derselben Stelle, die doch nach 1890 entstanden ist, erklärt Bismarck, der am 28. März 1867 das preußische Dreiklassenwahlrecht so schneidend verurteilt hatte („ein widersinnigeres, elenderes Wahlgesetz ist nicht in irgend einem Staate ausgedacht worden"), „daß er das allgemeine Wahlrecht noch heute nicht bloß theoretisch, sondern auch praktisch für ein berechtigtes Prinzip halte", und er greift nur die (von ihm 1867 ursprünglich nicht vorgeschlagene und damals auch von Windthorst bekämpfte, schon von Cicero de legibus 3, 34 scharf als unsittlich getadelte) Heimlichkeit der Abstimmung an, die mit den besten Eigenschaften des germanischen Blutes im Widerspruch stehe und dazu diene, die großen Massen bei ihrer unentwickelten Einsicht von der Rhetorik geschickter und ehrgeiziger Führer einfangen zu lassen. Da er gegen die Allgemeinheit, Gleichheit und Direktheit des Wahlrechts nichts einwendet, so darf man folgern, daß er unter dem „allgemeinen Wahlrecht", das er für berechtigt erklärt, das gleiche und direkte mit begreift, und auch die von Bismarck entworfene Reichsverfassung versteht ja im Artikel 20 die „allgemeinen Wahlen" zweifellos in diesem Sinn. Das indirekte Wahlrecht war ihm von Preußen her höchst widerwärtig; er hat ihm in jener Rede im Reichstag vom 28. März 1867 die Wirkung „einer Fälschung der Wahlen, der Meinung der Nation" zugeschrieben.

Als Bismarck das Schloß am 25. Februar verließ, nahm er den Eindruck mit, als ob der Kaiser für das Programm gewonnen sei: Vorläufiges Verbleiben Bismarcks im Amt; Durchsetzung der Militärvorlage selbst gegen den Widerstand des Parlaments und der

Digitized by Google

Wähler; keinesfalls surrender! Aber bei dieser Stimmung, wenn sie überhaupt im Ernst vorhanden war, blieb es jedenfalls nicht, und hier griff des Kaisers Oheim ein, der Großherzog Friedrich von Baden. In Übereinstimmung mit dem, was Hohenlohe in seinen Denkwürdigkeiten erzählt,*) ist mir gesagt worden, daß der Großherzog über die Aussicht auf einen neuen Militärkonflikt und auf eine am letzten Ende stehende, einseitig vorzunehmende Verfassungsänderung geradezu entsetzt war. Er war überzeugt, daß das nicht ohne die schwersten Verwickelungen ablaufen werde; es werde zu einem Aufstand des Volkes kommen; „dann wirst du wie dein Großvater der Kartätschenprinz heißen; du wirst im Blute deiner Untertanen waten müssen bis an die Knöchel". Man kann es durchaus bezweifeln, daß die Dinge diese tragische Wendung genommen hätten; es war völlig im Bereich der Möglichkeit, daß die Wahlen die ganze Krisis zu einer günstigen Lösung brachten; aber gewiß freilich war das nicht, und man kann es dem Kaiser wohl nachfühlen, daß er bedenklich wurde. Nach den Denkwürdigkeiten Hohenlohes, die hier auf die direkte Erzählung des Kaisers selbst Bezug nehmen, nach dem kaiserlichen Brief und nach Lerchenfelds Bericht vom 9. März hat es sich damals aber nicht bloß darum gehandelt, dem neuen Reichstag die Militärvorlage zugehen zu lassen, sondern auch das soeben vom alten Reichstag verworfene Sozialistengesetz — wovon schon oben die Rede war — sollte mit zwei wesentlichen Verschärfungen (S. 433 Anm.) wieder eingebracht und dessen etwaige Ablehnung mit Auflösung beantwortet werden. In einer Staatsministerialsitzung vom 2. März hat Bismarck seine Absichten hierüber dargelegt (Lerchenfeld in den Süddeutschen Monatsheften 19, 159). Wie wir wissen, lebte der Kaiser noch der Hoffnung, durch seine beiden Erlasse — von denen der erstere im Staatsrat durchberaten und auf einer internationalen Konferenz in Berlin erörtert worden war — die Arbeiterschaft für den Staat zu gewinnen und ohne Ausnahmegesetz

*) Ich muß bemerken, daß nach einer mir am 12. November 1908 gewordenen sehr dankenswerten Mitteilung aus dem Kabinett Großherzog Friedrichs II. der Bericht Hohenlohes über den Anteil des Großherzogs an Bismarcks Sturz in Karlsruhe und demgemäß auch meine Darstellung als unzutreffend, dem Andenken des Großherzogs nicht gerecht werdend, angesehen worden ist. Nähere Kenntnis ist mir nicht gewährt worden, „da die Zeit dazu noch nicht gekommen sei". Ich muß mich begnügen, von dieser Auffassung ausdrücklich hier Akt zu nehmen.

Digitized by Google

auszukommen; sollte es nun so gehen, daß er, der nach seiner Äußerung „noch nichts geleistet hatte, damit anfing, daß er seine Untertanen totschießen ließ“? Wir wiederholen, dieser furchtbare Fall war noch nicht gegeben; er ließ sich vielleicht auch angesichts dieses zweiten Konfliktstoffes verhüten: aber man kann es begreifen, daß der Kaiser einen Weg nicht betreten wollte, an dessen Ende er den Straßenkampf und Bürgerkrieg stehen zu sehen glaubte, und man kann urteilen, daß er damit landesväterlich fühlte und handelte — so gewiß als andrerseits Bismarcks Gedankengang verständlich ist. Der Kaiser ließ laut seines Briefes die Führer der Kartellparteien zu sich kommen und befragte sie um ihre Ansicht: sie waren einstimmig gegen das Einbringen eines neuen Sozialistengesetzes, für das Bismarck keine Stimme erhalten werde. Nun erklärte Bismarck ruhig — der Kaiser faßte das seltsamerweise als Gedächtnisschwäche, als Vergessen seiner früheren Stellungnahme auf — daß, wenn der Kaiser das Gesetz nicht einbringen wolle, die Sache abgetan sei; ihm liege persönlich an der Sache nichts.

In diesem Moment sagte nach meinen Nachrichten der Großherzog, den Bismarck in bitterem Unmut „als den Mann des beständigen Nachgebens, als den deutschen Louis Philipp“ beurteilt hat, etwas, was er gewiß besser nicht gesagt hätte: er äußerte die Ansicht, daß der ganze Vorschlag des Kampfes mit dem neuen Reichstag „nichts als ein Trick des alten Bismarck sei, der den Kaiser und das Volk untereinander verhetzen wolle, um sich unentbehrlich zu machen“. Das war ein übles Entgelt für die Vasallentreue des greisen Recken, daß ihm, nach einem unvergleichlich charaktervollen und selbstlosen Leben und Wirken für Reich, Land und Kaiser, des Kaisers Oheim ärmliche Selbstsucht, Kleben am Ministersessel bis zum Rande des Grabes zutraute; mit berechtigter Entrüstung muß Bismarck das gehört haben, der den ganzen Vorschlag gewiß nicht um seinetwillen gemacht hatte. Und der Großherzog gab weiter als seine Ansicht kund (Hohenlohe 2, 467), daß es sich jetzt darum handle, ob die Dynastie Bismarck oder die Dynastie Hohenzollern regieren solle; der Kaiser dürfe schlechterdings nicht nachgeben; sonst verliere er alle Autorität. Welche Auffassung der Dinge! Wilhelm II., dessen bloßer Wille genügt hat, den größten und verdientesten Staatsmann unserer Geschichte aus dem Amt zu vertreiben, soll in Gefahr gewesen sein, wie einst die Merowinger an die Karolinger, so an das Haus Bismarck seine Macht einzubüßen! Wo solche Verbitterung und Verkennung kundgegeben ward von einem hoch-

Digitized by Google

stehenden Mann, der von jeher den Ruf eines ehrlichen Patrioten auf dem Fürstenthron genoß, und das mit gutem Recht, da war kein Ausgleich mehr möglich. Der kaiserliche Brief stößt in dasselbe Horn: „er achtete seinen Herrn für nichts (!) und wollte ihn zu seinem Trabanten herabwürdigen... Da riß meine Geduld, mein alter hohenzollernscher Familienstolz bäumte sich auf; jetzt galt es, den alten Trotzkopf zum Gehorsam zu zwingen oder die Trennung herbeizuführen; denn jetzt hieß es: der Kaiser oder der Kanzler bleibt oben!" In jener Zeit fiel des Kaisers Wort auf dem Festmahl des brandenburgischen Provinziallandtags am 5. März: „Ich gedenke nach Kräften mit meinem Pfunde zu wirtschaften; wer mir dabei helfen will, ist mir von Herzen willkommen; wer sich mir aber bei dieser Arbeit entgegenstellt, den zerschmettere ich!" Dem allem darf man Bismarcks Worte in seinem Dankbrief an Kaiser Franz Joseph (österreichische Rundschau 58, 99) entgegenhalten: „Ich bin stets bestrebt gewesen, der persönlichen Monarchie qui règne et qui gouverne, ihr verfassungsmäßiges, zu Unrecht verdunkeltes Recht zu schaffen... und ich darf behaupten, daß, seitdem ich Minister wurde, die monarchische Autorität in Preußen und im übrigen Land wieder eine stärkere geworden ist. Zur ferneren Befestigung derselben hätte ich gerne meinem allergnädigsten Herrn noch gedient und bin auch gesund genug dazu. Seine Majestät hat es mir nicht gestattet, und ich kann dem hohen Herrn nur noch mit einem Gebet zur Seite stehn." Bismarck wußte kaum etwas von dem gegen ihn erhobenen giftigen Vorwurf, und doch klingen seine Worte wie eine Erwiderung.

Die Dinge stellten sich schon am 28. Februar so dar, daß der Kaiser von seiner Ansicht vom 25. völlig zurückgekommen war; er fing an Bismarck und seinen Vorschlägen gründlich zu mißtrauen. Gerade hier griffen nun die Wahlen vom 20. Februar und die Stichwahlen der nächsten Wochen ohne Zweifel entscheidend ein: indem sie eine Bismarck entgegengesetzte Mehrheit ergaben, schien es nur möglich ihn zu halten, wenn man dieser Mehrheit trotzte. *War es aber notwendig ihr zu trotzen?* Es gab Ratgeber genug, die dem Kaiser zuraunten: diese Mehrheit ist gar nicht so schlimm; man kann ganz wohl mit ihr leben; heute, sagte Bismarcks Nachfolger Caprivi später im Reichstage mit bewundernswerter Naivität, heute ist alles in Deutschland national! Es lohnte sich, die Probe auf diese optimistische Ansicht zu machen; *das kostete zudem gar nicht viel*: man brauchte nur einen Mann über Bord zu werfen, und das Schiff entrann allen Klippen und steuerte leicht und sicher aufs friedliche Meer hinaus.

Digitized by Google

Und so ging denn der eine Mann über Bord.

Es begann „eine Politik der Nadelstiche“ — so empfand es Bismarck nicht ohne Grund, und er hat den Ausdruck am 25. März 1890 gegen den österreichisch-ungarischen Botschafter Grafen Szechenyi gebraucht (Schüßler S. 280). Das erste war, daß der Kaiser am 8. März dem Herrn v. Bötticher den schwarzen Adlerorden verlieh und in einem den Orden begleitenden Handschreiben betonte, daß diese Auszeichnung zur Erinnerung an den 9. März erfolge, den Tag, da der Beginner unserer sozialen Gesetze und der Erlasser der herrlichen Botschaft dahinschied. Bötticher sei wegen der treuen Dienste, die er mit Dransetzung von Gesundheit und Kräften geleistet habe, von dem seligen Kaiser hoch verehrt und geschätzt worden und er besitze das vollste Vertrauen seines wohl affektionierten Königs. Es war in der Tat ein starkes Stück, daß Bismarcks aus diesem Anlaß mit keiner Silbe gedacht und der Anschein erweckt wurde, als habe er mit der Sozialreform und der kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881 nichts zu tun, als sei v. Bötticher dabei die Hauptperson. Kein Wunder, daß Bismarck mehr als je Bötticher als seinen Gegner beargwöhnte.*) Weiter

*) Es muß bemerkt werden, daß Bötticher gegenüber dem österreichischen Schriftsteller Münz und dann in seinen Aufzeichnungen bei Eppstein S. 29 ff. es auf das bestimmteste bestritten hat, daß er den Mann, von dem er eine Fülle von Wohltaten empfangen habe und den er als den Heros der deutschen Nation verehre, in der Krise im Stiche gelassen, ja ihn verraten habe; er habe sich mit Tränen in den Augen von ihm verabschiedet, ihm die Hand geküßt und ihm für alles Gute, das er von ihm genossen habe, gedankt. Der Fürst habe auch zu ihm gesagt: „Treubruch werfe ich Ihnen nicht vor; aber Sie haben mich in dem Kampf mit dem Kaiser nicht so unterstützt, wie ich das von Ihnen erwarten durfte“ (a. a. O. S. 75). Mich dünkt, daß Bismarck mit diesem Urteil recht hatte. Bötticher hat gewiß nicht gegen Bismarck intriguiert, wie der Fürst in seinem Argwohn annahm; aber er hatte dem Kaiser gegenüber nicht das Rückgrat, das ein charakterfester Minister haben muß, der seine pflichtmäßige Meinung geltend macht und lieber zurücktritt, als daß er verfehlte folgenschwere Maßregeln mitmacht und deckt. Gewiß sah Bötticher die Frage des Arbeiterschutzes grundsätzlich anders an als Bismarck; aber auf das Einzelne kommt es gar nicht an, sondern auf seine schon oben angeführte Erklärung: „Für einen Minister gibt es einen Kampf mit dem Kaiser nicht;“ Eppstein, S. 75. S. oben S. 422. Er war zu Bismarcks Unterstützung ins Amt berufen und mußte mit ihm stehen und fallen. Das hat er nicht getan, obwohl er in der Frage der Kabinettsorder und der Politik gegenüber von Rußland gewiß auch sachlich mit Bimarck einverstanden war.

Digitized by Google

erfolgte das Vorladen zum Vortrag auf den 15. März (S. 429) früh um halb zehn Uhr, ohne Rücksicht auf sein Alter und seine schonungsbedürftigen Nerven; zu allem Unglück hin war die Vorladung, die am 14. abends zehn Uhr vom Kaiser verfügt worden war, in der Nacht nicht mehr weitergegeben worden und gelangte erst 25 Minuten vor der bezeichneten Frist an Bismarck. Drittens gab der Kaiser auf Schriftstücke Bismarcks keine Antwort (Näheres ist nicht bekannt), und viertens war der Ton, den der Kaiser am 15. März in der Unterredung und den das Handschreiben vom 17. März wegen der Kiewer Berichte anschlug, äußerst schroff und verletzend. Von der tiefsten Verärgerung zeugt auch der ganze Brief des Kaisers an Franz Joseph, der Bismarck vorwirft, daß er eine Kampagne gegen den neuen Reichstag vorbereiten, alle ärgern und prügeln wolle, bis es doch zum Schießen komme; daß er eine völlige Verwirrung und ein solches Tohuwabohu im Lande hervorzurufen beabsichtige, daß niemand mehr wisse, wo der Kaiser mit seiner Politik hinauswolle; daß alle Geschäfte stockten und nichts mehr erledigt werde; daß der Dämon der Herrschsucht den hehren, großen Mann erfaßt habe. Schließlich nahm der Kaiser die Meinungsverschiedenheit über die Kabinettsorder vom 8. September 1852 zum letzten Anlaß des Bruches. Er forderte in der verhängnisvollen Audienz vom 15. März, daß Bismarck sie aufgebe und doch Ministerpräsident bleibe. Nach Bismarcks eigenem Bericht (Gedanken und Erinnerungen 3, 83 ff.) wurde die Lage dadurch noch peinlicher, daß Bismarck in der Unterredung vom 15. März sich verpflichtet hielt, den beabsichtigten Besuch des Kaisers bei Alexander III. nochmals (s. S. 424) zur Sprache zu bringen und dem Kaiser mitzuteilen, daß der deutsche Botschafter in London, Graf Hatzfeldt, über angebliche ungünstige Äußerungen berichtet habe, die der Zar über Se. Majestät und den letzten Besuch in Peterhof getan haben sollte. Der Kaiser verlangte darauf den Bericht selbst zu lesen, nahm ihn dem widerstrebenden Bismarck aus der Hand und war über den Wortlaut der zarischen Äußerungen mit Recht verletzt.*) Bismarck hatte sich gefragt, ob er die peinliche Sache überhaupt dem Kaiser unterbreiten solle, da es sich möglicherweise auch um Fälschungen wie 1887 handeln konnte. Da der Kaiser aber erfahrungsgemäß

*) Nach Eugen Zabel, der sich auf „authentische Mitteilungen" beruft, lauteten sie: c'est un garçon mal élevé et de mauvaise foi. Berliner Tageblatt 1921, Nr. 474, 1.

Digitized by Google

von dem Mißtrauen beseelt war, daß sein Kanzler ihm Depeschen von Wichtigkeit vorenthalte, und da der Kaiser bei einem Zusammentreffen mit Hatzfeldt in London oder Berlin doch von der Sache hören konnte und dann ohne vorbereitet zu sein, so schien es Bismarck schließlich besser, sie nicht totzuschweigen. Der unangenehme Eindruck der ganzen Unterredung wurde aber durch all das noch wesentlich verschärft, und wenn der Kaiser auch am Schluß Bismarck, dem er zunächst kühler wie sonst die Hand gereicht hatte, am Ende doch herzlich durch lebhaftes Händeschütteln verabschiedete, ja zu diesem Zweck vor dem Besteigen des Wagens nochmals die Freitreppe hinaufsprang, so hatte der Kanzler doch den Eindruck, daß „der Kaiser ihn los sein wolle." Der 16. März verging in dumpfer Schwüle. Ein Eingreifen seitens der Gesamtheit der deutschen Bundesfürsten, das sich in dieser Lage aufzudrängen schien, erfolgte nicht, obwohl sie in ihrer großen Mehrzahl sicher aus allgemeinen Erwägungen und um des von Bismarck stets hochgehaltenen bundesgenössischen Prinzips willen auf sein Verbleiben den höchsten Wert legten; die Fürsten wußten wohl, daß auch sie dem Strom nicht mehr Halt gebieten konnten. Nur der König Albert von Sachsen,*) dessen Regierung Bismarck durch ihren Antrag auf Arbeiterschutz im Bundesrat verärgert hatte, und Herzog Ernst von Koburg haben nach Szechenyis Bericht vom 30. März Bismarcks Entlassung zu verhindern gesucht. Am Morgen des 16. März erschien der Chef des Militärkabinetts, General v. Hahnke, bei Bismarck und besprach die Aufhebung der Order von 1852; er meinte noch einen Ausgleich herbeiführen zu können. Bismarck war der Ansicht, daß eventuell auch der Titel „Präsident des Staatsministeriums" fallen müsse. Auf nachmittags 3 Uhr den 17. berief er die Minister zu einer Sitzung; in diesem Augenblick meldete sich von Petersburg kommend Graf Schuwaloff, um über die Verlängerung des am 18. Juni ablaufenden Rückversicherungsvertrags zu verhandeln. Am Morgen des 17. brachte Hahnke die Mitteilung, daß der Kaiser auf der Zurücknahme der Order bestehe und nach Lage der Sache Bismarcks Abschiedsgesuch erwarte. Dem Ministerium teilte Bismarck in der am Nachmittag des 17. März ge-

*) Nach Eduard von Wertheimer a. a. O., der auf Briefen des Erzherzogs Albrecht fußt, hätte der König 1875 gesagt: „Bismarck hat unbeschränkte Macht; ihn wird niemand mehr los werden, bis er stirbt oder ein völliger Narr wird." Irgend eine Gewähr für die Zuverlässigkeit dieser Worte möchte ich nicht übernehmen; jedenfalls entsprangen sie nur einer Augenblicksstimmung, die mit dem Kulturkampf zusammenhängen mag.

Digitized by Google

haltenen Sitzung *) mit, wie es stehe; er habe nicht mehr die Übereinstimmung mit seinen Kollegen — dies zielte vor allem auf Bötticher und Verdy — und nicht mehr das Vertrauen des Kaisers; deshalb wolle er zurücktreten. Bei der Besprechung der Angelegenheit stellten nur der Finanzminister v. Scholz und der der öffentlichen Arbeiten v. Maybach sich unumwunden auf Bismarcks Seite. Der erste erklärte, daß, wenn der Rücktritt Se. Durchlaucht aus politischen Gründen und aus allen Ämtern erfolge, so werde das Staatsministerium erwägen müssen, ob es diesem Schritt sich nicht anzuschließen habe; vielleicht würde dies dazu beitragen, das verhängnisvolle Ereignis abzuwenden. Maybach nannte den Rücktritt Se. Durchlaucht ein nationales Unglück für die Sicherheit des Landes und die Ruhe Europas; es müsse alles versucht werden, dem vorzubeugen; die Minister müßten letzten Endes ihre Ämter Sr. Majestät zur Verfügung stellen; er wenigstens sei entschlossen dies zu tun. v. Bötticher war dafür, daß ein Ausgleich gesucht werde und Seine Durchlaucht deshalb sich auf die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten beschränke. Der Minister der Landwirtschaft, Freiherr Lucius v. Ballhausen, wollte von dem Rücktritt nicht abraten, wenn Se. Durchlaucht überzeugt sei, daß der Kaiser ihn wünsche; das Staatsministerium habe jedenfalls zu erwägen, was es zu tun habe. Herrfurth (Inneres) und Graf Bismarck sagten nichts; v. Goßler (Kultus) sprach von einem Mißverständnis; Verdy du Vernois (Krieg) zog in Abrede, daß der Kaiser in seiner Gegenwart von kriegerischen Verwicklungen mit Rußland gesprochen habe; v. Berlepsch betonte, daß er Immediatvorträge nur über die Arbeitergesetzgebung gehalten habe und gegen die Order nichts erinnere. Bald nach Tisch kam der geheime Kabinettsrat Lucanus, Vorstand des Zivilkabinetts, zu dem Reichskanzler und richtete zögernd den Auftrag Sr. Majestät aus, weshalb das am Morgen erforderte Abschiedsgesuch noch nicht eingegangen sei. Es war nunmehr klar, daß Bismarck, der es abgelehnt hatte, seine führende Stellung im Ministerium mit eigener Hand zu zertrümmern, charaktervoll aus seinen Ämtern scheiden mußte.

*) Das Protokoll s. Gedanken und Erinnerungen 3, 163—170 und Eppstein 179—188. Bei Eppstein S. 180 steht: „besondere definitive Entschließungen", mit dem Vermerk, daß Bismarck dieses Wort eingefügt habe. Bei Bismarck selbst S. 164 Z. 3 von oben fehlt es. S. 184, Z. 1 von oben fehlt bei Eppstein „wie wir der Österreichs als Großmacht"; das wir ist für den richtigen Sinn unentbehrlich. Endlich sind bei Eppstein einige Stellen gesperrt, bei Bismarck nicht.

Digitized by Google

Nach dem kaiserlichen Brief hat er die Zurücknahme der Order „glatt verweigert“. Er wollte aber ein Schriftstück hinterlassen, das eine zuverlässige Quelle über seinen Standpunkt und dessen Gründe bilden sollte, und erbat sich deshalb die zur Abfassung des Schriftstücks nötige Zeit. Das Staatsministerium trat am 19. unter v. Böttichers Vorsitz im Abgeordnetenhaus zu einer vertraulichen Besprechung zusammen und nahm die Mitteilung entgegen, daß der Kaiser das Abschiedsgesuch des Reichskanzlers genehmigen und zum Nachfolger den kommandierenden General des 10. Armeekorps v. Caprivi ernennen werde. Von einem Rücktrittsbeschluß des Ministeriums erwähnt das Protokoll nichts; aus Lucius (S. 524) wissen wir aber, daß das Ministerium seine Ämter dem Kaiser schon vor dem 19. zur Verfügung gestellt, sich aber bereit erklärt hatte, die Geschäfte bis zur Entscheidung über die Nachfolger fortzuführen, was der Kaiser „billigend und erfreut“ entgegennahm. (Ausgeschieden sind dann 1890—91 Graf Herbert Bismarck, Lucius v. Ballhausen, v. Scholz, Verdy du Vernois, v. Maybach.) Auf Böttichers schüchterne Anregung, der Kaiser möge den Reichskanzler zum Bleiben bewegen, machte der Kaiser eine ablehnende Handbewegung und sagte: „Unmöglich“. Am Nachmittag des 18. schickte Bismarck sein (20 Schriftseiten füllendes) Abschiedsgesuch*) ein, auf dessen Inhalt wir unsere Darstellung der Gründe des Rücktritts aufgebaut haben und von dem also nur der Schluß noch nachzutragen ist. Er lautet: „Es ist mir bei meiner Anhänglichkeit an den Dienst des kgl. Hauses und an Ew. Majestät und bei der langjährigen Einlebung in Verhältnisse, welche ich bisher für dauernd gehalten hatte, sehr schmerzlich aus der gewohnten Beziehung zu Allerhöchstdenselben und zu der Gesamtpolitik des Reichs und Preußens auszuscheiden; aber nach gewissenhafter Erwägung der Allerhöchsten Intentionen, zu deren Ausführung ich bereit sein müßte, wenn ich im Dienste bliebe, kann ich nicht anders als Ew. Majestät alleruntertänigst bitten, mich aus dem Amte des Reichskanzlers, des Ministerpräsidenten und des preußischen Ministers der auswärtigen Angelegenheit in Gnaden und mit der gesetzlichen Pension **) entlassen zu wollen... Ich

*) Wenn Lucius S. 524 schreibt: „Das Gesuch ist so abgefaßt, daß es eigentlich eine eingehende Erwiderung provoziert und die Bereitwilligkeit zu bleiben durchblicken läßt,“ so ist diese Auffassung nur aus einem ersten ungenauen Eindruck verständlich, an sich aber gewiß falsch.

**) Sie betrug nur 18 000 M. Überdies wurde ihm, der dem Herkommen nach am 1. Januar sein Gehalt auf ein Vierteljahr vorausbezahlt erhalten hatte, die zuviel bezahlte Summe für die Tage vom 21.—31. März nach-

Digitized by Google

würde die Bitte ... schon vor Jahr und Tag Ew. Majestät unterbreitet haben, wenn ich nicht den Eindruck gehabt hätte, daß es Ew. Majestät erwünscht wäre, die Erfahrungen und Fähigkeiten eines treuen Dieners Ihrer Vorfahren zu benutzen. Nachdem ich sicher bin, daß Ew. Majestät derselben nicht bedürfen, darf ich aus dem politischen Leben zurücktreten, ohne zu befürchten, daß mein Entschluß von der öffentlichen Meinung als unzeitig verurteilt wird. v. Bismarck."

Das Gesuch lag am 19. dem Kaiser vor. Der Kaiser antwortete darauf am 20. März auf Grund eines auf v. Böttchers Weisung von dem Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern Bosse vorgelegten Textentwurfes mit einer Order, von deren Gegenzeichnung v. Böttcher nur auf sein dringliches Ansuchen entbunden wurde. Es heißt darin: „Mit tiefer Bewegung habe ich aus Ihrem Gesuche ersehen, daß Sie entschlossen sind, von den Ämtern zurückzutreten, welche Sie seit langen Jahren mit unvergleichlichem Erfolg geführt haben... Wenn ich genötigt bin mich mit dem Gedanken Ihres Rücktritts vertraut zu machen, so tue ich dies zwar betrübten Herzens, aber in der festen Zuversicht, daß die Gewährung Ihres Gesuches dazu beitragen werde Ihr für das Vaterland unersetzliches Leben und Ihre Kräfte so lange wie möglich zu schonen und zu erhalten." Der Kaiser sprach dann davon, daß weitere Versuche, Bismarck zur Zurücknahme seines Antrages zu bestimmen, offenbar aussichtslos sein würden, pries es als eine der gnädigsten Fügungen seines Lebens, daß er bei seinem Regierungsantritt Bismarck als ersten Berater zur Seite gehabt habe, widmete seinen Verdiensten, besonders „seiner weisen und tatkräftigen Friedenspolitik", die er auch künftig zur Richtschnur seines Handelns machen werde, die wärmste Anerkennung und verlieh ihm als Zeichen seines unauslöschlichen Dankes die Würde eines Herzogs von Lauenburg und sein lebensgroßes Bildnis. Bismarck lehnte jenen Titel ab; er, dem Äußerlichkeiten nichts galten, wollte schlechthin unter seinem Familiennamen Bismarck in der Geschichte fortleben, wie er denn nie anders als einfach „v. Bismarck" unterzeichnet hat; auch hatte er, wie er zu Szechenyi sagte, kaum die Mittel, eine fürstliche Existenz zu führen; wie solle er den Ansprüchen einer herzoglichen Stellung genügen können? Der Kaiser hatte deshalb die Absicht, der Standeserhöhung eine Dotation hin-

---

träglich wieder abgefordert. Die Verfügung trägt die Unterschrift Caprivis. Alle Achtung vor der altpreußischen Sparsamkeit!

Digitized by Google

zuzufügen; „aber," sagte Bismarck, „konnte ich mir denn meine Stellung abkaufen lassen? Durfte ich eine solche Gnade annehmen in einem Moment, wo man die Mittel zur notwendigen Verbesserung der Lage 400 000 kleiner hungernder Staatsbeamten aufbringen muß?" Die Titelverleihung ward dennoch bekannt gegeben, und in einem zweiten Schreiben ernannte der Kaiser Bismarck, der einst mit weitblickender Umsicht und eiserner Festigkeit die Reorganisation des Heeres gefördert und auch als Soldat seine Schuldigkeit getan habe, zum Generaloberſten der Kavallerie.

Die beiden Schreiben des Kaisers erwecken einen ganz andern Eindruck von den Vorgängen, welche zu Bismarcks Sturz geführt haben, als man ihn aus den Quellen ersten Rangs, die uns zur Verfügung stehen, empfangen muß. Die Schreiben lassen die Sache so erscheinen, als ob Bismarck es wäre, der seinen Rücktritt verlangt und alle Versuche ihn zu halten vereitelt; als ob der Kaiser ungern, tief betrübt und heißen Dankes voll das geschehen ließe, was er nicht hindern kann. Nach unseren Quellen einschließlich des kaiserlichen Briefes liegt die Sache so, daß der Kaiser sich von seinem Ratgeber trennt, weil dieser seine amtliche Stellung in doppelter Hinsicht nicht verkümmern lassen, weil er unsere auswärtige Politik nicht in Gegensatz zu dem großen östlichen Nachbar setzen will, und weil über das Verhalten gegen eine etwaige aufrührerische Opposition die Ansichten des Souveräns und des Ministers unvereinbar sind. Der Kaiser ist zudem der Meinung, daß der Kanzler ihm trotzt und der schuldigen Ehrfurcht ermangelt. Von Versuchen, Bismarck zu halten, weiß unser Quellenbestand nichts, wenn man nicht den Vorschlag, daß Bismarck sich auf das „Altenteil" des Reichskanzlers zurückziehen solle, dahin rechnen will. Die Stimmung des Kaisers war nach den Schreiben die der Betrübnis. Der kaiserliche Brief an Franz Joseph enthält die Stelle: „Gott ist mein Zeuge, wie ich in mancher Nacht im Gebet gerungen und gefleht habe, das Herz dieses Mannes zu erweichen und mir das furchtbare Ende zu ersparen, ihn von mir gehen zu lassen", und die andere: „nachdem er hinaus war, brach ich — ich schäme mich, es zu sagen — zusammen mit einem Weinkrampf". Noch am 22. März telegraphierte der Kaiser an den Großherzog Karl Alexander von Weimar: „Mir ist so weh, als hätte ich noch einmal meinen Großvater verloren. Aber von Gott Bestimmtes ist zu tragen, auch wenn man darüber zugrunde gehen sollte. Das Amt des wachthabenden Offiziers auf dem Staatsschiff ist mir zugefallen. Der Kurs bleibt der alte; Volldampf voran!" Es ist wohl möglich,

Digitized by Google

daß mit der Befriedigung, welche der Kaiser darüber empfand, daß er nun sein eigener Reichskanzler sein konnte, doch auch wieder das sich unwiderstehlich aufdrängende Gefühl sich mischte, daß er die Weisheit eines unvergleichlich reichen und mächtigen Geistes, die Erfahrung eines sieggekrönten Menschenlebens weggab; daß darüber ernste Stimmungen dies leicht erregbare und auch edlen Empfindungen offene Herz beschwerten, und daß er in seinem Abschiedsschreiben der Sache die Färbung gab, in der er sie von der Nachwelt gesehen wünschte, als ob er mit der Entlassung des Mannes, dem sein Haus den Erwerb von sechs Landschaften und einer Reichsstadt und die Kaiserkrone dankte, einer eisernen Notwendigkeit erlegen sei. Wieviel Wahrheit in der Tat in dieser Fassung lag, ergibt unsere Erzählung von selbst, ebenso, inwieweit sie handgreiflich unrichtig ist. Bismarck selbst hatte nicht das Gefühl, daß eine dem Kaiser schmerzvolle Trennung sich vollziehe; der Berliner Boden brannte ihn unter den Füßen. Weil der zu seinem Nachfolger ernannte General v. Caprivi einen Teil der Dienstwohnung in Besitz nahm, ehe der kaiserliche Bescheid auf das Abschiedsgesuch da war, hatten Bismarck und seine Familie das Gefühl, daß „eine Exmission ohne Frist“ beabsichtigt sei, und nahmen sich — ohne Grund, wie mir Bismarcks Beichtvater, Oberhofprediger Dryander, versichert hat — keine Zeit ordentlich zu packen; höchst wertvolle Gegenstände, wie eine vom König von Italien geschenkte Alabastervase aus einem Stück, ein von der Kaiserin von China gespendeter Elefantenzahn, den ein kunstreicher Meister des Reichs der Mitte in mehr als zwanzigjähriger Arbeit aufs reichste ziseliert hatte, wurden so rasch eingepackt, daß ihr Untergang fast nur durch ein Wunder verhütet wurde. Als der Großherzog von Baden Bismarck einen Abschiedsbesuch machte, um ihm gnädig zu sagen, daß er sich der Zeit ihrer gemeinschaftlichen Arbeit für das Wohl Deutschlands stets mit Dankbarkeit erinnern werde, sagte ihm Bismarck ins Gesicht, daß er ja an seinem Abgang auch schuldig sei, und die Unterredung nahm ein peinliches Ende. Der Kaiser hatte ursprünglich die Absicht geäußert, Bismarcks ältesten Sohn, den damaligen Grafen Herbert, als Staatssekretär des Auswärtigen zu behalten; allein dieser, dessen Gesundheit durch viele Arbeit notorisch schwer erschüttert war, wollte unter so veränderten und schwieriger gewordenen Verhältnissen nicht weiter dienen und den Wechsel in der auswärtigen Politik, der bevorstand, nicht mitmachen. Auch wollte er das Schick-

sal des Vaters teilen, an dem er mit rührender Liebe hing — ein schöneres Verhältnis zwischen Vater und Sohn weist die Geschichte nicht auf —; er hat wohl gesagt: „mein Vater und ich sind siamesische Zwillinge; geht einer, muß auch der andere gehen." *) Endlich wollte er nicht durch sein Bleiben den Hergängen einen Stempel aufdrücken, der sie in unrichtigem Licht hätte erscheinen lassen. So trat am 23. März auch er zurück: auf die Länge hätte ihn der Kaiser ja auf keinen Fall behalten. Der zweite Sohn, Graf Wilhelm, blieb auf seinem Posten als Regierungspräsident in Hannover. Am 26. März wurde Bismarck vom Kaiser in einer Abschiedsaudienz empfangen, die, wie mir versichert wurde, sehr ruhig verlief; die Kaiserin war mit ihren Söhnen zugegen, dankte ihm für alles, was er auch für die Zukunft dieser Knaben getan habe, und überreichte ihm einen Rosenstrauß. Die Wertschätzung war gegenseitig; Arthur v. Brauer hat mir erzählt, daß Bismarck ihm einmal sagte: „ich habe mich mit vier Königinnen zurechtfinden müssen, und weiß daher die jetzige doppelt zu schätzen. Sie ist einfach, weiblich im guten Sinn und ganz ohne Falsch." Am 26. gab Bismarck sein letztes Essen in Berlin; Lerchenfeld fiel es peinlich auf, daß Bismarck mit großem Pessimismus von der Zukunft sprach, sich das Reich ohne ihn selbst gar nicht vorstellen zu können schien und jede Spur von Vertrauen zum Kaiser bei ihm geschwunden war; er betrachtete ihn als den sicheren Verderber des Reiches. Der wackere Bayer fand das alles befremdend; wir erkennen darin heute die Stimme des Propheten, der furchtbar recht behalten hat. In den „Gedanken und Erinnerungen (3, 131 f.) hat Bismarck seine Ansicht näher begründet; der Kaiser unterschätzte die Schwierigkeit des Regierens und suchte die innern und äußern Feinde durch Liebenswürdigkeit und Nachlaufen zu versöhnen, worüber er seine Freunde vernachlässigte und entmutigte; die falschen Stützen, die er zu gewinnen suchte, würden nach Bismarcks Voraussicht im Fall der Not zusammenbrechen. Statt des hohenzollerschen Grundsatzes gegenüber den Vasallen: Treue um Treue! habe der Kaiser, der bewährte Diener leicht von sich schied, koburgisch-englische Auffassungen angenommen und dadurch ein unersetzliches Imponderabile verloren. Am 28. März fuhr der Kanzler noch einmal nach Charlottenburg hinaus und legte drei Rosen auf das Grab Wilhelms I., dessen allezeit treuer Diener gewesen zu sein sein höchster Stolz war. Alte, große, unvergeßliche Zeiten gingen an seinem Auge vorüber; es

*) Wertheimer a. a. O. S. 328.

Digitized by Google

stimmte dazu, daß aus Wien ein vom 22. März datierter Brief des Kaisers Franz Joseph eintraf, in dem der wackere und ehrliche Monarch ihm dafür dankte, daß Bismarck die Beziehungen Deutschlands zu Österreich-Ungarn im Geiste loyaler Freundschaft aufgefaßt und durch konsequentes und treues Zusammenwirken mit den Männern seines Vertrauens das heute unerschütterliche Bundesverhältnis gegründet habe, das den Interessen beider Reiche entspreche. Er freue sich, ihm bei diesen für die Geschicke des Weltteils so wichtigen Bestrebungen seine Unterstützung und sein rückhaltloses Vertrauen entgegengebracht zu haben, und habe bei ihm in allen Gelegenheiten auf dieselbe vertrauensvolle Offenheit und zuverlässige Mithilfe zählen können. Er gedenke seiner mit den Gefühlen aufrichtiger Hochachtung und Freundschaft. Auch der Prinzregent Luitpold von Bayern sandte am 21. ein ehrenvolles Handschreiben, und die andern deutschen Fürsten blieben nicht zurück.

Am 29., einem Samstag, bei strahlendem Frühlingswetter, fuhr Bismarck mit seiner Gemahlin, seinen Söhnen, seiner Schwiegertochter und seinem Arzt Schweninger zur Bahn. Die Straßen waren mit Tausenden von deutschen Männern und Frauen besetzt, welche den Gründer unseres Reiches noch einmal sehen, ihm den letzten Dank zurufen wollten. Es war eine Haltung in diesen Massen, welche dem Berichterstatter der uns wenig geneigten „Times“ einen unauslöschlichen Eindruck hinterließ; alles ernst, von echter Rührung ergriffen, die im Auge blitzte, oft durch Tränen hindurch; von Pöbelgebaren keine Spur. Ebenso von dankbaren Massen erfüllt war die Gegend am Hamburger Bahnhof; kaum konnte die vom Kaiser gesandte erste Schwadron der Gardekürassiere mit ihrer Standarte sich aufstellen; als sie das Lied blies: Ich bin ein Preuße; kennt ihr meine Farben? fiel die Menge brausend mit ein. Das ganze Ministerium, alle Vertreter der fremden Mächte, im Namen des Kaisers dessen Generaladjutant v. Wittich, der Prinz Max von Baden, als einziger Sproß aus fürstlichem Haus — es soll ihm trotz seiner Haltung 1918 unvergessen sein — waren zugegen. Der Wartesaal war in einen Blumenhain verwandelt; inmitten von Veilchen bemerkte man einen schwarzumflorten Erdball. Während der Zug vorfuhr, sang die Menge „Die Wacht am Rhein“ und „Deutschland, Deutschland über alles“: man drängte sich an den Wagen, um noch einen Händedruck, einen Blick zu erhaschen; unter vieltausendstimmigem Rufen: Auf Wiedersehen! fuhr der Zug aus der Halle. Indem er den Blicken entschwand, ging das Gefühl durch die Massen, daß der treue Eckart unseres Reiches, der es in über-

Digitized by Google

menschlichem Ringen mit inneren und äußeren Gegnern sieghaft und friedereich geschaffen hatte, von seiner Seite weggedrängt sei, ob für kurz, ob für lange, ob für immer — wer wollte es ermessen? Wohl weilte er noch unter den Lebenden; noch sah er mit hellem, sorgendem Auge auf das Vaterland; aber die es nunmehr leiteten, suchten dessen Wohl auf anderen Wegen als auf denen, welche das Reich seit zwanzig Jahren geführt worden war. Das Zeitalter Bismarcks war vorüber; was das zu bedeuten hatte, dessen sollte man erst allmählich inne werden.



Digitized by Google

Fünftes Buch

Bismarck nach seiner Entlassung

1890—1898

Digitized by Google

Digitized by Google

Erstes Kapitel.

Die Zeit der kaiserlichen Ungnade. 1890—1893.

Bismarck hat in seinen letzten acht Jahren *) der Regel nach auf seinem Landsitz Friedrichsruh im Sachsenwald oberhalb von Hamburg gewohnt, wenn er nicht zu Kurzwecken das Bad Kissingen aufsuchte, was bis 1894 alljährlich im Hochsommer geschah, oder aus Familiengründen eine Reise unternommen werden mußte, wie im Juni 1892 zur Hochzeit seines ersten Sohnes, des Grafen Herbert, der sich in Wien mit der Gräfin Margarete Hoyos vermählte. Nach Varzin oder Schönhausen begab sich der Fürst nur gelegentlich auf kürzere Zeit; so war er in Varzin vom September bis Dezember 1890. An Friedrichsruh fesselte ihn neben der Schönheit des Sachsenwaldes, dessen Eichenforsten er zu Fuß, zu Pferd und im Wagen zu durchstreifen nicht müde wurde, namentlich die Nähe der Großstadt Hamburg, welche die Mittel darbot, die Stille und Behaglichkeit des Landlebens durch die Vorteile zu ergänzen, welche das städtische Leben in geistiger wie materieller Hinsicht gewährt. Der Fürst trat mit den leitenden Männern Hamburgs, dessen Ehrenbürgerrecht er besaß, in regen Verkehr; er sah sie nicht selten an seiner gastfreien Tafel und kam auch manchmal nach der Stadt herüber. Vor allem aber war es ihm, der so plötzlich aus dem gewaltigsten Wirkungskreise verdrängt worden war, Bedürfnis, auch fernerhin wenigstens durch Darlegung seiner Ansichten über die obschwebenden politischen Fragen dem staatlichen Leben Deutschlands zu nützen, und diesem Bedürfnis kam der Eigentümer der „Hamburger Nachrichten",**) Dr. Julius Hartmeyer, entgegen, indem er dem Fürsten sein von Hermann Hofmann geleitetes angesehenes Blatt zu dem gedachten Zweck zur Verfügung stellte und entweder direkt Artikel, die der Fürst veröffentlicht zu sehen

*) Hierüber vgl. Johannes Penzler, Fürst Bismarck nach seiner Entlassung, 7 Bände, Leipzig 1897 ff., und Liman, Fürst Bismarck nach seiner Entlassung, Berlin 1906.

**) Hermann Hofmann, Fürst Bismarck 1890—1898, 3 Bände, Stuttgart 1913—1914. Hofmann besuchte Bismarck sehr oft in Friedrichsruh, um von ihm Leitsätze für sein Blatt zu empfangen, und hat die in Wahrheit auf Bismarck zurückgehenden Artikel der H. N. in Band 1 und 2 zuverlässig mitgeteilt. Sein Werk ist für diesen Punkt einzige Quelle; eins von Penzler, Bismarck und die Hamburger Nachrichten, Leipzig 1897, ist durch ihn abgetan.

Digitized by Google

wünschte, zum Abdruck brachte, oder doch bei sich bietendem Anlaß die Ansicht des Fürsten einholte und sie dann in die zur Veröffentlichung geeignete Form bringen ließ. Außer den „Hamburger Nachrichten“ haben im Laufe der Zeit die Berliner Wochenschrift „die Zukunft“, die „Allgemeine Zeitung“ in München, die „Berliner neuesten Nachrichten“, die „Leipziger neuesten Nachrichten“, die „Rheinisch-westfälische Zeitung“ in Dortmund und die „Westdeutsche allgemeine Zeitung“ in Köln sich zu Vertretern des Bismarckschen Standpunktes gemacht und demgemäß gelegentlich wichtige Nachrichten oder Mitteilungen aus Friedrichsruh erhalten.

Nicht lange nach seinem Sturz hat Bismarck auch eine Anzahl von Tagesschriftstellern, deutsche und ausländische, empfangen, welche ihn über dies und jenes befragen wollten, unter ihnen der Österreicher Friedjung, einen deutsch gesinnten Juden von hervorragenden publizistischen und historischen Fähigkeiten. Ihm sagte er am 13. Juni 1890: „Jetzt habe ich wieder Zeit zu poetischer Lektüre. So habe ich den Schiller vorgenommen und lese seine Dramen noch einmal in der Reihenfolge ihrer Entstehung. Als ich jüngst beim Schlafengehen die „Räuber“ vornahm, kam ich an die ergreifende Stelle, wo Franz den alten Moor ins Grab zurückschleudert mit den Worten: was willst du denn ewig leben? Und da stand mir mein eigenes Schicksal vor Augen.“ Den Befragern erteilte er, „der die Hand im Schoß zusehen mußte, wie andere das Werk seines Lebens verdarben,“ *) unumwundene und gelegentlich scharf kritische Auskunft. Das wurde an höchster Stelle so übel vermerkt, daß der neue Reichskanzler Caprivi **) schon am 23. Mai 1890 die Gesandten des Reichs und Preußens im Auslande anwies, die fremden Kabinette zu versichern, „daß den Äußerungen der Presse in bezug auf die Ansichten Bismarcks ein aktueller Wert nicht beigelegt werden dürfe.“ Bismarcks Verhalten ist ihm vielfach auch von Wohlgesinnten verübelt worden. Es gab Leute, die meinten, es wäre würdiger gewesen, wenn er alle Ausfrager von seiner Schwelle gewiesen und sich wenigstens einige Zeit in Schweigen gehüllt hätte, und so tadelte ihn die „Kölnische Zeitung“, „daß er als Nörgler hinter dem Reichswagen herlaufe.“ Dem gegenüber hat Bismarck selbst geltend gemacht, daß jeder deutsche Staatsbürger das Recht

*) Worte seiner Frau gegen die Gräfin Szechenyi, bei Schüßler S. 275.

**) Julius v. Eckardt, Aus den Tagen von Bismarcks Kampf gegen Caprivi, Leipzig 1920. Er ist als Balte Bismarck nicht geneigt, der ihm zu russisch ist, und nimmt entschieden Stellung für Caprivi, für dessen Mißgriffe er kein Auge hat.

Digitized by Google

habe, seine Meinung offen zu äußern und daß unmöglich ihm allein dieses Recht beschränkt werden könne — ihm, der doch durch eine langjährige und maßgebende politische Tätigkeit vor andern die Fähigkeit erworben hatte, ein sachkundiges Urteil über brennende politische Fragen abzugeben. Mit Nachdruck muß hervorgehoben werden, daß Bismarck seine Kritik nur gegen die verantwortlichen Ratgeber des Kaisers gerichtet hat; diesen selbst betrachtete er als echter Royalist immer als „seinen Kaiser und Herrn“, auch jetzt, da er von der Ungnade des Herrschers getroffen war. Selbst Vertrauten gegenüber gebrauchte er, wie Hermann Hofmann (1, 30) und andere bezeugen, „niemals ein Wort, das den Respekt vor dem Monarchen irgendwie verletzt hätte“, und duldete demgemäß auch nicht, daß der Kaiser in den „Hamburger Nachrichten“ irgendwie angegriffen wurde. Als ich mit andern in Kissingen sein Gast war (S. 459. 488), galt sein erster Trinkspruch dem Kaiser. Wie wir aus den „Gedanken und Erinnerungen“ (3, 110) ersehen, ließ der Kaiser trotz aller eingetretenen Entfremdung doch das Weihnachtsfest von 1890 nicht vorübergehen, ohne Bismarcks zu gedenken und ihm eine Sammlung von Photographien der Räume des Palais Wilhelms I. zu übersenden, und Bismarck sagte dafür unter Darbringung ehrfurchtsvoller Neujahrswünsche seinen Dank.

Es kam nun aber, wie erst im Oktober 1896 bekannt geworden ist, sofort ein ganz besonderer Grund hinzu, der den Fürsten antrieb, mit seiner Ansicht nicht zurückzuhalten, seine warnende Stimme vielmehr so laut als möglich zu erheben. Bismarck hatte im Jahre 1887 mit Rußland im Namen des deutschen Reiches jenen Rückversicherungsvertrag abgeschlossen, der 1890 ablief und den Zar Alexander III. zu erneuern bereit war. Der neue Reichskanzler Caprivi aber, von dem vortragenden Rat im auswärtigen Amt Fritz v. Holstein beraten, fand die Sache zu verwickelt; er fürchtete einer doppelzüngigen Haltung gegenüber Österreich bezichtigt zu werden, wollte bloß mit Österreich im Bunde stehen und lehnte so die Erneuerung des Verhältnisses zu Rußland kurzerhand ab, obwohl der Zar auf Bismarcks Wunsch schließlich bereit war, auch mit Caprivi abzuschließen. Damit gab Deutschland den Grundsatz, daß es an der orientalischen Frage nicht interessiert sei, preis, geriet mehr und mehr in Abhängigkeit von Österreich und trieb so den Zaren ins französische Fahrwasser, in das er sich aus freien Stücken, aus Abneigung gegen den republikanischen Gedanken, sonst kaum begeben hätte (vgl. S. 391). Deutschland verlor so die von Bismarck sehr hoch angeschlagene Möglichkeit, „zwei Eisen im Feuer zu haben“,

Digitized by Google

das österreichische und das russische. Mit Sorge sah Bismarck, wie der „neue Kurs", der jetzt trotz aller Versicherungen: der Kurs bleibt der alte! im Innern wie im Äußern gesteuert wurde, dahin zu führen drohte, „daß die Brücken zwischen Rußland und Deutschland abgebrochen wurden." Weil der Kaiser und seine neuen Ratgeber sich mehr und mehr auf Englands Seite schlugen, mit dem am 18. Juni 1890 ein für Deutschland nur durch die Erwerbung Helgolands sehr nützlicher, sonst aber opferreicher Vertrag über die Aufteilung Afrikas geschlossen wurde, den Bismarck mißbilligte, und weil sie die Gunst der Polen zu gewinnen suchten, welche mit Grund in Rußland ihren Hauptgegner erblickten: wurde die äußere Politik des Reiches mehr und mehr in Bahnen gelenkt, bei denen die Sicherheit Deutschlands nicht mehr verbürgt war, und um so dringender war für Bismarck die Verpflichtung, auf die Gefahren dieses neuen Kurses aufmerksam zu machen. Denen gegenüber, die der Ansicht sind, daß das gute Verhältnis zu Rußland angesichts der panslawistischen Strömung doch nicht zu halten und der Zusammenschluß der Russen und Franzosen unabwendbar war, möge das Urteil des Franzosen Ernest Daudet entgegengehalten sein: „unser Bündnis mit Rußland wurde nur dadurch möglich, daß Bismarck nicht mehr im Besitz der Macht sich befand. Er würde diese engen Beziehungen nicht haben entstehen lassen, oder mindestens hätte er sie gehindert wirksam zu werden (les aurait paralysés)."

In Friedrichsruh begann Bismarck 1890 mit Beihilfe seines ihm unentwegt getreuen alten Mitarbeiters Lothar Bucher seine Erinnerungen zu verfassen. Er diktierte, wenn er in Stimmung war, kürzere oder längere Abschnitte, und Buchers überaus zuverlässiges Gedächtnis und große Pünktlichkeit waren ihm bei dieser Arbeit von unersetzlichem Werte (vgl. S. 482). „Er war," sagte Bismarck einmal, „der einzige, mit dem ich mich noch über alles unterhalten konnte und der mich immer verstand. Gern hätte ich mich mehr von ihm beeinflussen lassen; allein er wollte nicht; er war eine viel zu vornehme, zurückhaltende Natur." *)

Der patriotisch gesinnte Teil des deutschen Volkes bewahrte Bismarck auch in seiner Zurückgezogenheit die wärmste Liebe, Verehrung und Dankbarkeit und sah es mit Schmerz, daß der deutsche Reichstag, was trotz der ultramontan-demokratischen Mehrheit in der Tat hätte anders sein können, bei Bismarcks Rücktritt kein Wort

*) H. v. Poschinger, Fürst Bismarck, neue Tischgespräche, Stuttgart 1895.

Digitized by Google

der Anerkennung für den Mann fand, dem er doch sein eigenes Dasein verdankte, und daß gerade die Häupter der ihm doch am nächsten stehenden konservativen Partei aus höfischen Rücksichten sich von ihm zurückzogen. „Man meidet mich," sagte Bismarck dem Berichterstatter der Petersburger „Nowoje Wremja" im Juli 1890, „wie einen Pestkranken, weil man fürchtet, sich durch einen Besuch bei mir bloßzustellen." Anders dachten, wie gesagt, die unabhängigen nationalen Kreise; vor allem die im Süden, wo man die Zerrissenheit der Nation am eigenen Leib weit schärfer und bitterer empfunden hatte als im Norden und wo deshalb naturgemäß der Dank für den Erretter aus solcher Not auch heißer und inniger war. Hier war man so gesinnt, wie der Verfasser dieses Werkes es am 1. April 1892 in einer Stuttgarter Versammlung unter ungeheurem Widerhall ausdrückte: „Der Dank von Fürsten mag vergehen, der eines Volkes niemals!" Am 16. August 1890 überreichte eine Abordnung der Stadt Duisburg dem Fürsten den Ehrenbürgerbrief, und am 23. August 1890 eröffneten fünfzig bis sechzig nationale Männer aus der alten schwäbischen Reichsstadt Heilbronn am Neckar, unter denen auch ich mich befand, die lange Reihe der Huldigungsfahrten nach Kissingen, wobei der Fürst bei einem Faß bayrischen Biers sich aufs liebenswürdigste unter seinen Gästen bewegte und wiederholt hervorhob, wie sehr ihn dieser Besuch erfreue; „denn," sagte er, „ich bin ja nicht mehr im Besitz der Macht; ich kann Ihnen nichts bieten, und wenn Sie trotzdem die weite Eisenbahnfahrt zu mir unternahmen, so kann das nur geschehen sein, weil Sie mir Ihre Zufriedenheit mit meiner Führung der Geschäfte bezeugen wollen; das aber tut mir altem Manne wohl." Am meisten erfreute ihn eine Abordnung aus Straßburg, welche ihm am 21. Dezember 1890 eine mit 5670 Unterschriften bedeckte Adresse überreichte und durch ihren Sprecher, den aus Württemberg stammenden tapferen Professor der Philosophie Dr. Theobald Ziegler (1846—1918), ihre Gefühle ausdrückte. „Noch auf dem Sterbebette," sagte der Fürst, „werde ich dieses Zeichens von Dankbarkeit gedenken — jetzt freilich bin ich zur Tatenlosigkeit verurteilt und gleiche einer alten Raketenkiste, die uneröffnet und verschlossen ihren Beruf verfehlt."

Im Jahr 1891 wurde der Reichstags-Wahlbezirk Geestemünde erledigt, und die nationalliberalen Wähler daselbst boten Bismarck das Mandat an. Er sagte zu, verpflichtete sich aber nur dann es auszuüben, wenn sein persönliches Erscheinen von direktem Nutzen sein könne; in Berlin im Gasthof zu wohnen,

Digitized by Google

sei für ihn bei seinem Alter sehr beschwerlich, und die Begegnung mit alten Freunden, die sich von ihm abgewandt hätten, seit er entlassen sei, würde peinlich ausfallen. Bei dem ersten Wahlgang am 15. April erhielt Bismarck 7365 Stimmen, der sozialdemokratische Zigarrenhändler Schmalfeld 3810, der deutsch-freisinnige Adloff 2576, der Welfe Freiherr von Plate 2308. Mit Recht schrieb der französische Konservative Granier de Cassagnac in seinem Blatt „Le pays“: „Die Deutschen versagen Bismarck einen elenden Reichstagssitz; sie haben kein Herz: da, wo es sein sollte, haben sie nur einen Bauch, um ihn mit Sauerkraut und Blutwurst zu füllen. Hätte Bismarck für uns nur die Hälfte davon getan, was er für Deutschland tat — hundert Wahlkreise würden sich um die Ehre reißen, ihn ins Parlament wählen zu dürfen.“ Der Freisinnige Theodor Barth brachte es über sich, in diesem Wahlkampf zu sagen, daß er einen Sozialdemokraten lieber wählen würde als Bismarck; auch ein Welfe sei seiner Ansicht nach ein kleineres Übel. Die Nationalliberalen dagegen boten allem auf, der Nation die Schmach zu ersparen, daß ein Sozialdemokrat ohne Namen und Ruf über den Stifter der deutschen Einheit obsiege; ihre Führer v. Buhl und v. Cuny bereisten den Wahlkreis und hielten Versammlungen für Bismarck. Während des Stichwahlkampfes starb Bismarcks alter Mitkämpfer, Generalfeldmarschall Graf Moltke am 24. April in Berlin am Herzschlag; Bismarck mußte aber der Bestattung fernbleiben, weil der Kaiser zwar alle Ritter des schwarzen Adlerordens in Deutschland dazu schriftlich oder telegraphisch einlud, Bismarck aber überging. Auch den durch Moltkes Tod frei gewordenen Orden in der Friedensklasse pour le mérite erhielt nicht Bismarck, wie man erwartete, sondern der Bismarck besonders widerwärtige Verdy du Vernois (S. 423). So mußte sich Bismarck auf ein warmempfundenes Beileidstelegramm an die Hinterbliebenen beschränken. Am 30. April fand in Geestemünde die Stichwahl statt und hatte das nach allem Vorangegangenen glänzende Ergebnis, daß Bismarck 10 549, Schmalfeld 5504 Stimmen erhielt. Der Abordnung, welche ihn nun formell um Annahme des Mandats bat, gab der Fürst eine bejahende Antwort und ermahnte alle staatserhaltenden Parteien, welche bis 1890 das Kartell gebildet hätten, sich nach Möglichkeit untereinander zu verständigen und „die Dornen ihrer Programme nicht gegeneinander zu kehren.“ Auch bezeichnete er die Behauptung, als ob er einmal gesagt haben solle, er wolle die Nationalliberalen so an die Wand drücken, daß sie quietschten, als eine widerliche Lüge: der Ausdruck

Digitized by Google

sei überdies so ekelhaft geschmacklos, daß er ihn schon an sich nie gebraucht haben würde.*) Im Reichstag erschien Bismarck übrigens so wenig als im preußischen Herrenhaus, dessen erbliches Mitglied er war (S. 316); auch die Vorlage eines Handelsvertrages zwischen Deutschland und Österreich, so sehr er ihn wegen der darin enthaltenen Herabsetzung der Getreidezölle von 5 auf 3½ Mark für den Doppelzentner verwarf, vermochte die Bedenken nicht zu zerstreuen, die ihn von Berlin fernhielten. Da der Vertrag schließlich am 18. Dezember 1891 in dritter Lesung mit 243 gegen 48 Stimmen angenommen wurde, so würde auch Bismarcks persönliches Eingreifen völlig nutzlos gewesen sein. An den österreichischen Vertrag schloß sich einer mit Italien und Belgien an. Gegenüber den offiziösen Lobeshymnen auf das wirtschaftliche Band, das damit um 130 Millionen Menschen geschlungen sei, hielt Bismarck daran fest, daß politische Freundschaft durch wirtschaftliche Opfer nicht gekräftigt, sondern im Gegenteil gefährdet werde.

Im Jahr 1892 reiste, wie schon erwähnt (S. 455), Fürst Bismarck am 18. Juni aus Friedrichsruh ab, um in Wien der Vermählung seines ältesten Sohnes Herbert mit der lieblichen Gräfin Margarete Hoyos beizuwohnen. Diese Reise, die über Berlin und Dresden führte, war Anlaß zu einem wahren Triumphzug, durch den der Beweis erbracht wurde, daß Bismarck der populärste oder, wie der „schwäbische Merkur" sich ausdrückte, „der einzig populäre" Mann Deutschlands war. Wohin er kam — überall traf das Wort zu: „Das Volk steht auf, der Sturm bricht los." Schon in Berlin harrten auf dem Lehrter Bahnhof Tausende von Menschen der Ankunft des Zuges, um Bismarck begeistert zu grüßen. Noch viel großartiger war der Empfang in Dresden, wo der Oberbürgermeister Dr. Stübel den Fürsten im Namen der Stadt willkommen hieß und am Abend des 18. ein Huldigungszug von 13 000 Männern, die städtischen Kollegien voran, dem Fürsten dargebracht ward. Es sollen allein für Blumen dabei 20 000 Mark ausgegeben worden sein: an der Begeisterung der Sachsen erkannte Bismarck, daß man seinen Dienst für den Reichsgedanken dankbar anerkennen wolle und er also nicht umsonst gelebt habe: mit feinem Takt hat er den treuen deutschen Mann, den König Albert von Sachsen, in die Huldigung verwebt und ihm ein Hoch gebracht. Jedes Wort der Kritik an der gegenwärtigen Regierung Deutschlands vermied er: aber der Reichskanzler Caprivi hat es doch für notwendig und für

*) Ebenso Gedanken und Erinnerungen 2, 187. S. oben S. 349.

Digitized by Google

statthaft angesehen, schon am 9. Juni den deutschen Botschafter in Wien, Prinzen Heinrich von Reuß, anzuweisen, daß, da von einer Annäherung Bismarcks an den Kaiser — mangels eines ersten Schritts von seiten Bismarcks — nicht die Rede sei, und da eine solche Annäherung keinesfalls so weit gehen würde, daß der Fürst wieder irgend welchen Einfluß auf die Geschäfte gewinnen könnte, der Prinz dem Fürsten gegenüber nur die gesellschaftlichen Formen erfüllen, einer etwaigen Einladung zur Hochzeit des Grafen Herbert aber ausweichen solle; auch der Kaiser werde von der Feier keine Notiz nehmen. Der Prinz erhielt schließlich den Befehl, von diesem Erlaß sofort in geeigneter Weise dem österreichischen Minister des Auswärtigen, Grafen Kálnoky, Mitteilung zu machen, der ohnehin nicht zu Bismarcks besonderen Freunden gehört haben soll. Die Folge dieses „Uriasbriefes", wie er alsbald genannt wurde, war, daß, wie die „Hamburger Nachrichten" sich ausdrückten, Bismarck in Wien „anrüchig und kreditlos" gemacht wurde, soweit die offiziellen Kreise in Betracht kamen — die Bevölkerung huldigte ihm auch dort zu Tausenden —, und daß der Kaiser Franz Joseph, der dreizehn Jahre vorher den Fürsten aufs hervorragendste ausgezeichnet hatte (S. 386), ihn diesmal auf eine noch von Friedrichsruh aus an ihn gerichtete Bitte um eine Audienz verständigte, daß er ihn nicht empfangen könne! Der Prinz Reuß entzog sich der peinlichen Lage so gut es ging: er hütete das Bett, als ihm Bismarck seinen Besuch abstattete. Anders seine Gemahlin Marie; sie „war zu Hause", als der Fürst gemeldet wurde, begrüßte ihn als alten Freund und sagte mit voller Absicht zur Fürstin: „Mein Gatte muß seine Instruktionen befolgen, so lange er im Amt ist; ich aber bin die Tochter eines deutschen Souveräns (des Großherzogs Karl Alexander von Weimar) und nehme keinen Befehl dieser Art an".*) Unter solchen Umständen war es kein Wunder, wenn Bismarck sich tief verletzt fühlte und nun keinen Anstand mehr nahm, von der Linie abzuweichen, die er sich noch am 18. in Berlin selbst vorgezeichnet hatte: „Was wollen Sie, daß ich reden soll? Meine Aufgabe ist Schweigen!" In einem Gespräch mit dem Vertreter der „neuen freien Presse" tadelte er deshalb den Handelsvertrag als eine den deutschen landwirtschaftlichen Interessen abträgliche Vereinbarung und führte ihn darauf zurück, daß schwache und unfähige Männer, die er im Dunklen gehalten habe,

*) Sidney Whitman, persönliche Erinnerungen an den Fürsten Bismarck, Stuttgart 1902, S. 142. Nach Gradenwitz, deutsche Revue 46 (1921), I 77 ff., hätte der Prinz Bismarck doch im Bett liegend empfangen.

Digitized by Google

jetzt im Vordergrunde stünden; auch hob er hervor, daß infolge des Schwindens alles persönlichen Einflusses auf den russischen Kaiser Deutschland auf die russische Politik keinen Einfluß mehr besitze. In der Bevölkerung wurde es bald bekannt, daß der Fürst von dem unverhohlenen Übelwollen der amtlichen Welt betroffen war, und das steigerte nur die Begeisterung, mit der er auf der ganzen Fahrt von Wien nach Kissingen in Linz, Wels, Salzburg, München, Augsburg und Würzburg begrüßt wurde. In München, wo Bismarck bei dem berühmten, ihm nah befreundeten Maler Lenbach abstieg, erschien dort eine Abordnung der bürgerlichen Kollegien, bestehend aus vier Liberalen, dreien vom Zentrum und einem Konservativen, unter Führung des Bürgermeisters von Wiedenmayer, und die Studenten brachten Bismarck einen von zweiundzwanzig Musikbanden begleiteten riesigen Fackelzug. In Kissingen folgte eine Abordnung der anderen; am 24. Juli erschienen 5000 Badener, Hessen, Frankfurter und Koburger auf einmal, um dem Fürsten ihre begeisterte Verehrung auszudrücken. Auf der Heimfahrt nach Schönhausen und Friedrichsruh übernachtete Bismarck in Jena, wo man ihn in herzerhebender Weise als den reformator Germaniae, den Erneuerer Deutschlands, feierte. Hier mahnte er namentlich, daß die nationalen Parteien ihre Unterschiede „verflachen" sollten, damit das Parlament wieder der starke Brennpunkt des Einheitsgedankens werde. Ohne einen Reichstag mit dauerhafter Mehrheit sei er in Sorge für den Bestand und die Festigkeit unserer nationalen Einrichtungen. Da er in Kissingen geäußert hatte, daß der ihm heute noch gezollte Haß der Gegner der deutschen Einheit ihm nur zur Befriedigung gereiche, so fielen die demokratischen und ultramontanen Blätter wütend über ihn her; die ultramontane Berliner „Germania" meinte: das Maß sei voll; Bismarcks Angriffe auf die jetzige auswärtige Politik des Reichs grenzten an Landesverrat. Graf Caprivi, den Bismarck gelegentlich als alten Verbündeten des Zentrums bezeichnete, fühlte sich hierdurch und durch die sonstigen Angriffe des Fürsten so verletzt, daß er am 7. Juli die bis dahin geheim gehaltenen Erlasse vom 23. Mai 1890 (s. S. 456) und am 9. Juni 1892 (S. 462) im „Reichsanzeiger" veröffentlichen und in der „Norddeutschen allgemeinen Zeitung" den Behauptungen Bismarcks von der Schwäche unserer Politik den Vorwurf einer „an Vaterlandsverrat streifenden Pflichtvergessenheit" machen ließ.

Soweit dieser Preßkampf nur den Gegensatz zwischen Bismarck und Caprivi widerzuspiegeln schien, konnte man ihm noch mit einer

Digitized by Google

gewissen Ruhe zusehen; wer das richtigere Urteil über das habe, was Deutschland not tue, konnte ja nicht zweifelhaft sein. Aber der Gegensatz war tiefer; er klaffte zwischen Bismarck und dem Kaiser, und das schlug der Volksseele die tiefste Wunde, daß die früher einheitliche Empfindung der Verehrung für den Gründer des Reichs und dessen Oberhaupt nunmehr nicht mehr möglich war, daß man wählen zu müssen schien zwischen dem einen und dem anderen. Deshalb war es der sehnlichste Wunsch aller Vaterlandsfreunde, daß die am 20. März 1890 aufgetane Kluft sich wieder schließe, und der vaterländisch gesinnte Graf Westarp richtete an den Kaiser ein tief empfundenes Gedicht, in dem er ihn beschwor, der unseligen Entfremdung ein Ziel zu setzen. Am 25. April 1892*) hat der Freiherr v. Stumm dem Kaiser, der als Gast in Neunkirchen bei ihm weilte, namens der Industriellen gesagt, daß diese ganz besonders die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen begrüßen würden, und der Kaiser beauftragte ihn „mit voller Bereitwilligkeit", die Sache in die Hand zu nehmen. Darauf ging Herr v. Kardorff als alter Anhänger Bismarcks nach Friedrichsruh und fand dort bei Graf Herbert eine geneigte Stimmung; aber die Sache scheiterte, weil Bismarck den ersten Schritt tun und die Erklärung abgeben sollte, daß gewisse in den Blättern erschienene Artikel gegen den Kaiser und seine Regierung nicht von ihm herrührten. Das konnte Bismarck schon deshalb nicht tun, weil er zwar gegen den Kaiser selbst nicht ein einziges unehrerbietiges Wort ausgesprochen hatte, wie von allen Seiten bezeugt wird; aber von seinem staatsbürgerlichen Recht der Kritik an der Regierung hat er offen Gebrauch gemacht. Taktlosigkeiten von „Überbismärckern" in der Presse kamen hinzu, auch ein bösartiger Artikel in der Kreuzzeitung vom 14. Juni 1892, welche vor einem „Canossa für den Kaiser" warnte. So blieb nur eine noch größere Verstimmung des Kaisers zurück, und lange Zeit schien der allen guten Deutschen aus dem Herzen kommende Wunsch nach einer Aussöhnung aussichtslos zu sein. Dem Freunde Lucius, der Bismarck in guter Meinung zuredete, er solle ohne besondere Vorbereitung sich beim Kaiser melden; er werde nach den Angaben des Oberhofmarschalls Grafen August Eulenburg und des Obersten v. Kessel gut empfangen werden, antwortete er am 20. Dezember 1892: „Ich sehe die Sache so an, daß

*) Das Nähere s. bei Thimme, Bismarck und Kardorff, deutsche Revue 42 (1917), 287—289.

Digitized by Google

ich bei dem Monarchen in Ungnade geraten bin, und diesen Zustand kann ich meinerseits ebensowenig ändern wie das Wetter... Mein ungerufenes Erscheinen im Schlosse würde doch immer den Eindruck machen, als wünschte ich etwas zu erreichen, einen streberhaften Eindruck, der mir in meinen hohen Jahren noch peinlicher wie früher sein würde... Ich bin niemals ein Höfling *) gewesen, auch selbst nicht dem alten Kaiser gegenüber... Ich kann die Achtung aller Menschen entbehren, nur meine eigene nicht, und die würde Schaden leiden, wenn ich nach allen Erlebnissen Schritte tun wollte, die wie Streberei ausgelegt werden könnten." **) Erst nach Jahresfrist ward das Eis gebrochen.

Zweites Kapitel.

Wiederanknüpfung der Beziehungen. Letzte Jahre. 1893—1898.

Zu Ende August 1893 erkrankte Fürst Bismarck so schwer an einer Entzündung der Lungen, daß er die Abreise aus Kissingen nicht zur festgesetzten Zeit (28. August) auszuführen vermochte; erst eine Woche später war die Gefahr beseitigt; aber der Fürst brauchte auch dann noch geraume Zeit, um sich wieder zu erholen. Der Kaiser nahm diese Gelegenheit nun doch wahr, um den unleidlichen Zustand abzustellen. Er reiste um jene Zeit (im September) zu den Manövern des österreichisch-ungarischen Heeres nach Güns, und von hier richtete er am 20. September ein Telegramm nach Friedrichsruh, in dem er dem Fürsten seine Anteilnahme an der Erkrankung aussprach, von der er erst nachträglich erfahren habe, und ihm mit Rücksicht auf das für die Lungen ungünstige Klima in Friedrichsruh Wohnung in einem der kaiserlichen Schlösser anbot. Der Fürst dankte sofort mit einem ausführlichen Telegramm für dieses Angebot, lehnte es aber ab, weil sein Arzt, Professor Geh. Rat

*) Das hat ihm die Königin Olga von Württemberg bestätigt. Ihr Privatsekretär Proß hat mir einmal einen Zettel gezeigt, auf dem diese kluge Fürstin schrieb: Bismarck — grand homme d'état sans doute; homme de cour — point du tout.

**) Bismarckerinnerungen des Staatsministers Freiherrn Lucius v. Ballhausen, Stuttgart 1920, 588—589.

Digitized by Google

Dr. Schweninger, eine Änderung des gewohnten Aufenthalts für nachteilig ansehe. Dieser Depeschenwechsel rief in der ganzen Welt ein großes Aufsehen und bei allen Deutschen, in denen das patriotische Empfinden nicht durch den öden Parteigeist überwuchert wurde, die lebhafteste Freude hervor. Der Kaiser hatte den ersten Schritt zur Aussöhnung getan, von dem er selbst und ihm nach Caprivi 1892 behauptet hatte, er müsse von Bismarck ausgehen. Nun war es so gekommen, wie Bismarck am 27. Juni 1892 gesagt hatte: „Von Aussöhnung kann man nicht sprechen; der Kaiser ist ja nicht bei mir in Ungnade gefallen; sobald er die Ungnade gegen mich aufhebt, ist das Verhältnis wieder das alte“; das oben (S. 464 f.) erwähnte Schreiben an Freiherrn Lucius v. Ballhausen nahm denselben Standpunkt ein. Erleichtert war dem Kaiser sein Entgegenkommen dadurch, daß Bismarck gegen die Militärvorlage vom Herbst 1892, welche die zweijährige Dienstzeit gegen eine Erhöhung des Heeres um 60 000 Mann gewährte, keine unbedingt ablehnende Haltung eingenommen hatte. Daß er, der 1862—66 für die dreijährige Dienstzeit die schwersten Kämpfe durchgefochten hatte, ihre Abschaffung immerhin nur mit gewissen Bedenken begleiten konnte, war nur natürlich; aber er trat ihr, die, wie die Dinge einmal lagen, kaum zu vermeiden war, nicht unbedingt entgegen und ebnete ihr dadurch bei vielen die Wege. Es mag damit zusammenhängen, daß Caprivi in der Rede, in der er am 23. November 1892 die Vorlage empfahl, aus Anlaß der Zurückweisung jedes Gedankens an einen sogenannten Präventivkrieg Bismarck in ritterlicher Weise gegen den Vorwurf der Fälschung der Emser Depesche und der Hervorrufung des Kriegs von 1870 in Schutz nahm (S. 267).

Die Telegramme, die zwischen dem Kaiser und Bismarck gewechselt worden waren, hatten zwar in ihrer noch etwas zurückhaltenden Fassung verraten, daß auch hier das erste Wort der Versöhnung nicht leicht über die Lippen kam; aber das erlösende Wort war doch gesprochen und gut aufgenommen worden, und bald sollte man den Abschluß dieses Annäherungsversuchs erleben. Am 22. Januar 1894 sandte der Kaiser, ohne Caprivi davon vorher etwas zu sagen,*) seinen Flügeladjutanten Grafen Kuno v. Moltke nach Friedrichsruh, damit er dem Fürsten eine Flasche alten Edelweins (Steinberger Kabinett) und ein Handschreiben überbringe, worin der Kaiser dem Fürsten zur Genesung von einem Influenzaanfall Glück wünschte und ihn zum nächsten Geburtstag des Kaisers nach Berlin einlud.

*) Hohenlohe, Denkwürdigkeiten 2, 510.

Digitized by Google

Bismarck antwortete mit dem Ausdruck des wärmsten Dankes, daß er kommen werde, wenn der Arzt es erlaube. Darauf sandte der Kaiser ein zweites Schreiben ab, in dem er seine Freude über den in Aussicht stehenden Besuch aussprach und ihm die im Erdgeschoß des Berliner Schlosses liegenden Gemächer als bequemste Unterkunft anbot. In der Tat erschien Fürst Bismarck am Tag vor dem kaiserlichen Geburtstag, am 26. Januar, mit dem Hamburger Schnellzug in Berlin; er ward von dem Prinzen Heinrich am Bahnhof feierlich in Empfang genommen und im Gefolge einer Schwadron Kürassiere zum Schlosse geleitet. Das Volk hatte sich an den Straßen, die der Wagen durchfuhr, zu vielen Tausenden aufgestellt und begrüßte den Zug mit brausenden Hochrufen, ohne sich dadurch stören zu lassen, daß des Wetters wegen die Fenster des Wagens geschlossen bleiben mußten und so nur die vordersten gelegentlich einen Blick des Fürsten erhaschen konnten. Vor dem Schloß schritt der Fürst, von dem Prinzen geleitet, die Front der Ehrenkompagnie ab, wobei die Volksmassen die Hecke der Wachen in ihrer Begeisterung durchbrachen und dem Fürsten ihre Grüße darbrachten. Der Kaiser empfing seinen Gast im Eingang des Schlosses und nahm mit ihm ein Frühstück ein, an dem nur noch der Prinz Heinrich und die Kaiserin teilnahmen; am Schluß des Mahls kamen die drei ältesten kaiserlichen Prinzen, um den Fürsten zu begrüßen. Kurz nachher hatte Bismarck eine Unterredung mit dem König Albert von Sachsen, der seit 1866 zu seinen aufrichtigen Freunden und Verehrern gehörte; es zählt zu den schönsten Ereignissen des denkwürdigen Tages, daß zwei der Helden des Jahres 1870 sich hier nach so schweren Läuften wieder trafen und nicht bloß der Kaiser, sondern auch einer der ehrwürdigsten Vertreter der deutschen Reichsfürstenschaft zur Stelle waren. Hierauf stattete Bismarck der Kaiserin Friedrich seinen Besuch ab und empfing eine Abordnung der magdeburgischen Kürassiere, zu deren Chef ihn der Kaiser ernannte. Abends um sieben Uhr reiste Bismarck, vom Kaiser selbst zur Bahn geleitet, wieder nach Friedrichsruh zurück; an den ermüdenden Festlichkeiten des 27. Januar ließ ihn, den Neunundsiebzigjährigen, sein Leibarzt nicht teilnehmen, ohne Zweifel mit Recht; doch wird mitgewirkt haben, daß Bismarck dem Zusammentreffen mit Caprivi und Bötticher, das am 27. unvermeidlich gewesen wäre, auszuweichen wünschte. Ein schöner Nachklang war es, daß der preußische Kriegsminister Walter Bronsart v. Schellendorff dem Kaiser den Dank des Heeres für die Einladung Bismarcks überbrachte und der Kaiser in dem

Digitized by Google

Erlaß, mittelst dessen er am 31. Januar für die ihm dargebrachten Glückwünsche dankte, seine Befriedigung darüber ausdrückte, daß der Besuch des „um Kaiser und Reich so hochverdienten Staatsmannes" allgemein mit so freudiger Teilnahme aufgenommen worden sei.

In der Tat, der 26. Januar 1894 war ein schöner Tag unserer Geschichte, der vieles gut machte, worüber die besten Patrioten schmerzlich getrauert hatten. „Der Monarch und der Patriarch unsres Volkes," sagte Professor Hans Delbrück in den preußischen Jahrbüchern, „waren wieder ausgesöhnt;" „ein Element der Zersetzung," urteilte selbst das bedeutendste Zentrumsblatt am Rhein, die „Kölnische Volkszeitung", „war aus dem politischen Leben entfernt," und das monarchische Gefühl, um dessen Kräftigung sich Bismarck so große Verdienste erworben hatte, ward nicht mehr durch den quälenden Gedanken beeinträchtigt, daß der junge Herrscher den treuesten Rat und Mitkämpfer seines Großvaters mit Ungnade verfolge. Freilich war der Schritt des Kaisers mehr aus Berechnung als aus dem Gefühl erwachsen; „jetzt können sie ihm," sagte er zu Hohenlohe, „Ehrenpforten in Wien und München bauen; ich bin ihm immer eine Pferdelänge voraus," und auch die Einladung nach Berlin hatte den unausgesprochenen Zweck verfolgt, zu verhüten, daß der Kaiser nicht zuerst nach Friedrichsruh kommen müsse:*) was man immerhin verstehen kann, nachdem der Kaiser mit dem Telegramm aus Güns vorangegangen war. Die Dinge, welche sich um den 20. März 1890 abgespielt hatten, sind auf beiden Seiten nicht vergessen worden; aber sie beherrschten doch nicht mehr die Lage, und das war ein großes Glück.

Auch im Jahr 1894 empfing Bismarck eine große Anzahl von Huldigungsbesuchen aus den verschiedensten Teilen des Reiches und sprach zu ihnen manch beherzigenswertes Wort. Den Düsseldorfern gegenüber betonte er, daß das parlamentarische Wesen dadurch, daß es die Vertreter aller Landschaften in einer Körperschaft zusammenführe, sehr viel zur deutschen Einheit beigetragen habe, und mahnte, daß man das parlamentarische Leben kräftigen und die freimütige Kritik der Regierungsmaßregeln, die mit monarchischer Gesinnung durchaus nicht unvereinbar sei, pflegen solle. Gegenüber den Frauen aus Baden und der Pfalz, die ihm zu seinem Geburtstag eine mit mehr als 100 000 Unterschriften bedeckte Adresse darbrachten, äußerte er: „Hat der Reichsgedanke einmal die Anerkennung

*) Hohenlohe, Denkwürdigkeiten 2, 511.

Digitized by Google

der deutschen Weiblichkeit gefunden, dann ist er unzerstörbar und wird es bleiben; ich sehe in der häuslichen Tradition der deutschen Mutter und Frau eine festere Bürgschaft für unsere politische Zukunft, als in irgend einer Bastion unserer Festungen."

Am 22. September, als 2000 deutsche Männer aus Westpreußen kamen, sprach er scharfe Worte gegen den polnischen Adel, dessen letztes Ziel heute noch in der Wiederherstellung der früheren polnischen Adelsrepublik bestehe und dessen Nachbarschaft, wenn er je sein Ziel erreichte, für Deutschland viel unbequemer sein würde als die der Russen; gegen diesen Adel, der eine Umsturzpartei sei gleich den Sozialdemokraten, müsse man auf Tod und Leben kämpfen: jeden Rest von Sympathie für das polnische Junkertum möchte er ausgerottet sehen.

Diese Worte standen im völligen Einklang mit der Ansprache, die der Kaiser tags zuvor beim Einzug in Thorn an den Bürgermeister dieser Stadt gerichtet hatte und deren Sinn in den Worten gipfelte: „Die polnischen Staatsbürger mögen es sich gesagt sein lassen, daß sie nur dann in demselben Maße auf meine Gnade und Teilnahme rechnen dürfen wie die Deutschen, wenn sie sich unbedingt als preußische Untertanen fühlen." Eine solche Sprache stand in schneidendem Gegensatz zu der Begünstigung, die der Reichskanzler Graf Caprivi von Anfang an den Polen angedeihen ließ, um sich ihre achtzehn Stimmen im Reichstag zu sichern. Dessen Stellung war seit langem untergraben und durch den 26. Januar nicht gestärkt worden; am 26. Oktober 1894 kam er zu Fall, und der Statthalter Elsaß-Lothringens, Fürst Chlodwig von Hohenlohe-Schillingsfürst, ward trotz seiner 75 Jahre zum Reichskanzler erhoben. Eine mannigfach unerfreuliche Zeit deutscher Geschichte war damit überwunden; eine der ersten Handlungen Hohenlohes war ein Besuch in Friedrichsruh.

Die letzten Wochen des Jahres brachten Bismarck noch den herbsten Verlust, der ihn treffen konnte. Die Vorgänge bei der Entlassung ihres Gemahls hatten die Fürstin Johanna im tiefsten verwundet; sie hat sie weniger vergessen und vergeben können als Bismarck selbst, und sie zeigte auch dadurch ihrem Gemahl ihre Liebe und Treue. Nun trat seit 1893 bei ihr ein Herzleiden auf, das durch das Hinzukommen der Wassersucht ihre Kräfte allmählich aufrieb. Einer ihrer letzten Briefe, den sie am 5. September 1894 an ihre Jugendfreundin, die Frau Kirchenrat Laura Lasius, geb. v. Puttkamer auf Versin, gerichtet hat, drückt die Hoffnungslosigkeit aus,

Digitized by Google

daß es bei ihren geschwächten Kräften je noch besser werden könne, und sie hat nur zu recht gesehen. Im November 1894 ward der Zustand der Kranken während eines Aufenthaltes in Varzin ein solcher, daß Dr. Schweninger sie und die Familie auf das Ende vorbereiten mußte. Da sprach die Fürstin den Wunsch aus, noch einmal an der Seite ihres Gatten alle die Orte bei Varzin zu sehen, an denen sie in gesunden Tagen besonders gerne mit ihm geweilt hatte. In Decken gehüllt ward sie in den Wagen getragen, und so ging die tief traurige Fahrt durch den schweigenden Park. Heimgekehrt suchte die Fürstin das Bett auf, um es nicht wieder zu verlassen. Am Dienstag den 27. November früh fünf Uhr trat der Tod ein, trotz allem so unerwartet rasch, daß der eilig geweckte Fürst nicht mehr rechtzeitig genug kam, um der Gattin noch ein letztes Lebewohl zu sagen; er fand seine Tochter Marie, Gräfin Rantzau, mit ihren Kindern weinend vor dem Sterbelager knien. Der Kaiser und der König Wilhelm II. von Württemberg waren die ersten, die dem Fürsten ihr Beileid bezeugten; auch das preußische Staatsministerium fehlte nicht in der Reihe der Teilnehmenden. Die Fürstin stand im einundsiebzigsten Jahre; sie durfte den Ruhm mit ins Grab nehmen, daß sie die treue Lebensgefährtin ihres Gatten gewesen war, dessen herbe Kämpfe sie durch ihre Teilnahme und ihre zärtliche Fürsorge erleichterte. Wer ihr Haus betrat, durfte die Milde und Freundlichkeit ihres Wesens erfahren; auch höhere geistige Interessen, namentlich die Liebe zur Musik und Literatur, waren ihr nicht fremd, und so schwer sie gemütlich an manchen Lebenserfahrungen trug, so nahm sie alles aus Gottes Vaterhänden mit frommer Ergebung hin. Die Briefe, die Bismarck an sie gerichtet hat, lassen ihr Bild hell vor uns erstrahlen: sie sind Perlen unserer Literatur, weil sie den gewaltigen Recken in seinem echtesten und tiefsten, schlicht menschlichen Empfinden für Weib und Kind uns nahe bringen. Nun sie für immer von ihm gegangen war, schrieb er seiner Schwester, seiner „geliebten Malle", am 19. Dezember 1894 aus Varzin: „ich würde am liebsten hier einwintern; aber ich reise (auf den Wunsch seines Arztes und seiner Söhne) und werde mich unter Menschen noch einsamer fühlen wie hier. Was mir blieb, war Johanna, der Verkehr mit ihr, die tägliche Frage ihres Behagens, die Betätigung der Dankbarkeit, mit der ich auf 48 Jahre zurückblicke. Und heute alles öde und leer, das Gefühl ist ungerecht, aber I canot help it (ich kann mir nicht helfen, ich kann's nicht ändern). Ich schelte mich undankbar gegen so viel Liebe und Anerkennung, die mir im Volk über Verdienst geworden ist; ich habe mich 4 Jahre

Digitized by Google

hindurch darüber gefreut, weil sie sich auch freute, wenn auch mit Zorn gegen meine Gegner, hoch und niedrig. Heute ist aber auch diese Kohle in mir verglimmt... Verzeih, mein Schwesterherz, daß ich mich ausklage; aus noch lange nicht. Ich bin noch müder geworden, seit der Katastrophe... Verbrauchte Nerven. Dein treuer Bruder v. B." In ähnlicher Stimmung hat er wohl gegen Lenbach geäußert: „für mich gibt es nur noch den einen glücklichen Tag — an dem ich nicht mehr erwache," und: „Es geht mir wie einem Wanderer im Schnee; er fängt allmählich an zu erstarren, er sinkt nieder und die Schneeflocken bedecken ihn. Es ist ein angenehmes Lustgefühl."

Die treue Gattin hat den ehrenreichsten Tag nicht mehr erlebt, der dem geliebten Gemahl beschieden war: die Feier seines achtzigsten Geburtstags am 1. April 1895. Schon Wochen vorher begannen die Feiern mit Festkommersen an den Universitäten, die den Tag selbst nicht abwarten konnten, weil er in ihre Frühjahrsferien fiel; auf dem Berliner Kommers erschien auch der Reichskanzler Hohenlohe und nannte Bismarck in seiner Rede „den größten Staatsmann des Jahrhunderts, die schaffende Kraft unserer Einheit." Zwei schrille Mißklänge störten freilich die allgemeine Stimmung: die Stadtverordneten von Berlin lehnten am 14. März in geheimer Abstimmung mit 56 gegen 34 Stimmen den Antrag des Magistrats ab, dem Ehrenbürger Berlins, dem Fürsten Bismarck, einen Glückwunsch zu senden, und der deutsche Reichstag, der ohne Bismarck gar nicht da wäre, folgte am 23. März diesem Beispiel mit 163 gegen 146 Stimmen. Die Mehrheit bestand aus dem Zentrum, den Polen und der gesamten Linken; die Minderheit aus den beiden konservativen Fraktionen, den Antisemiten, den Nationalliberalen und der freisinnigen Vereinigung, mit Ausnahme des vom Geestemündener Wahlkampf her uns wohlbekannten Abgeordneten Barth (s. S. 460). Dieser schmähliche Beschluß ward durch Graf Hompesch vom Zentrum und durch Richter von der deutschfreisinnigen Partei damit begründet, daß Bismarck ein unteilbares Ganze sei und man auch den Anschein vermeiden wolle, als ob man seine Grundsätze unterschiedslos billige. Der Beschluß der Mehrheit wurde von dem Präsidenten des Reichstags, v. Levetzow, und dem zweiten Vizepräsidenten, Dr. Bürklin, mit dem Rücktritt von ihren Stellen beantwortet, und der Kaiser sprach sofort in einem Telegramm, das ihm stets hoch angerechnet sein soll, dem Fürsten „den Ausdruck tiefster Entrüstung" über den Beschluß aus, „der im vollsten Gegensatz zu den Gefühlen aller deutschen Fürsten und ihrer

Digitized by Google

Völker stehe." Der Fürst antwortete mit ehrfurchtsvollem Dank für die Kundgebung seines Herrn, „durch welche die ihm im Augenblick der Ankunft der Depesche noch unbekannte Unfreundlichkeit seiner politischen Gegner zum Anlaß einer erfreulichen Genugtuung für ihn umgewandelt worden sei." Alsbald trat zutage, daß das Verhalten des Reichstags nur die eine Wirkung hatte, das Nationalgefühl noch mehr zu entflammen und die Begeisterung und Dankbarkeit für Bismarck noch zu steigern. Was der Reichstag abgelehnt hatte, taten die beiden Häuser des preußischen Landtags; das Herrenhaus beschloß sogar, Bismarcks Büste in seinem Sitzungssaal aufzustellen, und am 25. März reisten 479 Mitglieder der Reichstagsminderheit und des preußischen Landtags nach Friedrichsruh, wo Bismarck in Beantwortung der Ansprachen der drei Präsidenten erklärte, daß alle seine Bemühungen um die deutsche Einheit fruchtlos gewesen sein würden ohne die starke reale Potenz, die ihm das deutsche Fürstentum, verkörpert in König Wilhelm, bot, und ohne das Heer. Die Dynastien hätten sich mit der deutschen Einheit rascher abgefunden als gewisse parlamentarische Fraktionen des Reichstags, denen politische Verstimmung, Rivalität und lauterer und unlauterer Wettbewerb mit anderen Fraktionen über dem nationalen Interesse stünden. Um den nationalen Gedanken nicht verkümmern zu lassen, sei es wünschenswert, daß er in den einzelnen Landtagen stärker hervortrete und ein größeres Interesse für die Gesamtpolitik im Reich sich ausbilde. Es sei eine Einbildung, als ob zwei Regierungen in Deutschland nebeneinander herliefen; die Reichsregierung ohne Beziehung zu den einzelnen Regierungen stehe in der Luft; man möge auch im preußischen Landtag kaiserlich deutsche Politik treiben.

Es stimmte schön zu dieser Mahnung, daß tags darauf, am 26. März, der Kaiser selbst in Friedrichsruh erschien und zu Ehren Bismarcks ihm an der Straße von Stormarn nach Lauenburg vier Truppenabteilungen vorführte: eine Schwadron der Magdeburger Kürassiere, eine Schwadron hannöverscher Husaren, eine Abteilung der holsteinischen Feldartillerie und eine Kompagnie des 2. hanseatischen Regiments zu Fuß. Fürst Bismarck sah dieser Parade, durch die er gleich einem regierenden Haupte geehrt wurde, im Wagen zu, und neben ihm saß der dreizehn Jahre alte Kronprinz — die damals noch hoffnungsreiche Zukunft und die ruhmvolle Vergangenheit neben einander! Zum Schluß überreichte der Kaiser dem Fürsten einen goldenen Kürassier-Pallasch, „als das Sinnbild jener großen und gewaltigen Bauzeit, deren Kitt Blut und Eisen war." Am

Digitized by Google

28. März erhielt der Fürst den Besuch des Prinzen Heinrich und seines Söhnchens Waldemar, den des Großherzogs Friedrich von Baden, des Reichskanzlers Hohenlohe und den einer Abordnung seines Magdeburger Kürassier-Regiments.

Die Feier des 1. April selbst gestaltete sich überaus großartig. Die Zahl der Telegramme, Zuschriften und Geschenke aus allen Weltteilen ging in viele Tausende; in Person erschienen die Rektoren von 29 deutschen Hochschulen unter Vorantritt des Berliner Rektors und Professors der evangelischen Theologie, Dr. Otto Pfleiderer; die Abgesandten verschiedener Fürsten; 5000 Studenten von den 29 erwähnten Hochschulen und am Abend 5000 Hamburger, die dem Fürsten einen großartigen Fackelzug darbrachten. In allen größeren und sehr vielen kleineren Städten Deutschlands und Österreichs wurden am Abend des Tages oder an dessen Vorabend Bankette unter ungeheurem Andrang von Männern und Frauen abgehalten. Fast den ganzen Sommer hindurch währten die Huldigungszüge nach Friedrichsruh; wir erwähnen nur den von 700 Volksschullehrern am 8. April, den von etwa 100 Deutschösterreichern am 15. April, den von 4000 deutschen Innungsmeistern am 17. April. Am 18. Mai lud Bismarck seinen Schwager Oskar von Arnim mit einem Brief zu Besuch ein, den man nicht ohne Ergriffenheit lesen kann. „Wir sind beide so alt geworden, daß wir lange wohl nicht mehr leben werden. Können wir uns nicht noch einmal sehen und sprechen, ehe wir abgehen? Es ist 66 oder 67 Jahre her, daß wir auf dem Gymnasium den ersten Tropfen Bier zusammen aus der Flasche tranken; es war auf der Treppe neben der Obertertia. Wollen wir nicht den letzten trinken, ehe es zu spät wird? Wir sind beide alt, matt und verdrießlich; aber ich habe doch das Verlangen, deine Stimme noch einmal zu hören, ehe ich —. Du steigst doch in die Bahn, wenn du Berlin verläßst, warum nicht in die Hamburger statt der Stettiner?" Am 9. Juni erschienen vor ihm 130 Mitglieder des Bundes der Landwirte. Daß der Fürst hiebei vor der Wahl von „Klebern und Strebern" warnte, wurde vielfach als ein Hieb gegen den Minister v. Bötticher betrachtet, dem Bismarck vorwarf, daß er an seinem Sturz mitgearbeitet habe, um sein Nachfolger zu werden, und daß er in der Arbeiterfrage sich in der Lage gefühlt habe, die von der Ansicht des Kaisers „abweichende Politik seines Vorgesetzten offen und amtlich zu bekämpfen (S. 442)." Bötticher antwortete auf den Vorwurf damit, daß er im „Reichsanzeiger" am 14. Juni einen kaiserlichen Kabinettsbefehl vom 29. Mai 1892 veröffentlichen ließ, der die von Bötticher damals angebotene Ent-

Digitized by Google

lassung in gnädigen Worten ablehnte.*) Zu der Einweihung des Nordostseekanals, die am 20. Juni 1895 stattfand, wurde Bismarck nicht eingeladen, wie er auch bei den amtlichen Gedächtnisfeiern der vor 25 Jahren in Frankreich geschehenen großen Dinge übergangen wurde (s. Hamburger Nachrichten vom 12. Juli 1895: dem Fürsten genüge das eigene Bewußtsein und die Kundgebungen der Dankbarkeit des deutschen Volkes). Doch stattete der Kaiser am 16. Dezember auf der Rückreise von Kiel, wo er die Rekruten vereidigt hatte, in Friedrichsruh einen Besuch ab. Die Durchkreuzung der japanischen Ansprüche durch das Zusammengehen Deutschlands mit Rußland und Frankreich im Mai 1895 hat Bismarck nicht für richtig gehalten, da wir „sichere Vorteile" uns dabei nicht verschafften; wenn unser Verhalten aber aus Rücksicht auf die Wiedergewinnung der Fühlung mit Rußland erfolgt sei, so solle man sich vor Halbheiten hüten, die ergriffene Hand Rußlands festhalten und es in seinen Plänen im fernen Osten, wo wir wenig Interesse haben, gewähren lassen, „feste mit ihm durchhalten", nicht wieder englischen Einflüssen nachgeben: sonst werde der Erfolg sein, daß wir Rußland ebenso verletzen wie Japan. (S. Hamburger Nachrichten vom 7. und 23. Mai 1895.)

Im Jahr 1896 empfing Fürst Bismarck am 25. Juni den Besuch des chinesischen Staatsmanns und Vizekönigs Li-Hung-Tschang, der von der Krönung des Zaren Nikolaus II. in Moskau aus Europa durchreiste. Der „Bismarck des Ostens", wie Li-Hung-Tschang wegen seiner auf Chinas Wiedergeburt gerichteten Bestrebungen in den Zeitungen oft genannt wurde, sprach dabei das schöne und wahre Wort, daß die Erfolge, welche Bismarck errungen habe, nicht nur für das eigene Land, sondern für die ganze Welt errungen worden seien — die Errichtung des deutschen Reiches hat in der Tat weithin erlösend gewirkt, weil sie einseitige Ansprüche gezügelt hat und dem Weltfrieden förderlich gewesen ist. In diesem Jahr erhielt Bismarck endlich die 1891 ihm noch versagte Friedensklasse des Ordens pour le mérite (S. 460).

Im Oktober des Jahres 1896 — an dem die 1895 begonnenen und auch zu Bismarcks Ehre gereichenden Gedenkfeiern an die Errichtung des deutschen Reiches ihren Abschluß fanden — rief Bismarck eine sehr lebhafte Preßfehde dadurch hervor, daß er — aus Anlaß der Reise des russischen Zarenpaars nach Paris — am 15. Oktober einen bemerkenswerten Artikel in den „Hamburger

*) Penzler 6, 240 und 246 ff. Hofmann 2, 305.

Digitized by Google

Nachrichten" veröffentlichen ließ. In Beantwortung der Frage, wie es gekommen sei, daß der russische Selbstherrscher sich mit der französischen Republik so eng verband, sagte der Artikel, daß schon 1875 Fürst Gortschakóff aus Neid gegen Bismarck das deutsch-russische Einvernehmen zu untergraben gesucht habe, daß aber Bismarck dem mit Erfolg entgegengetreten sei und 1878 das Ansinnen Englands, die Niederlage der Russen vor Plewna zu einem Vorstoß aller Mächte gegen Rußland zu benutzen, zurückgewiesen habe (S. 377). Dabei ward ein Brief Bismarcks an Kaiser Wilhelm I. vom 11. August 1877 mitgeteilt, laut dessen der Reichskanzler mit Bestimmtheit jede Mitwirkung Deutschlands zur Demütigung Rußlands abgelehnt hatte. Nun erwiderte die „Vossische Zeitung", daß ja Gortschakóff 1883 gestorben sei, von diesem Zeitpunkt also Bismarck seine Gegnerschaft nicht mehr zu bekämpfen gehabt habe; wenn nun Rußland sich mehr und mehr von Deutschland zurückgezogen und Frankreich angenähert habe, so müsse das andere Gründe gehabt haben, als den Neid eines Staatsmanns auf den andern. Darauf erschien am 24. Oktober ein zweiter Artikel in den „Hamburger Nachrichten", der noch viel größeres Aufsehen hervorrief als der erste. Er enthielt nämlich den Hinweis auf die schon im März 1894 im Londoner „Standard" und dann in der Berliner „Zukunft" kurz erwähnte, aber unbeachtet gebliebene Tatsache (s. S. 390. 395), daß 1884 Deutschland und Rußland sich vollkommen darüber verständigt hätten, daß, wenn eines von ihnen angegriffen werden sollte, das andere eine wohlwollende Neutralität beobachten solle. Dieses Abkommen hätte also Deutschland im Fall eines französischen Angriffs nach der russischen Seite hin sichergestellt; die gleiche Sicherheit nach der deutschen Seite hätte eventuell Rußland besessen. Dieses Abkommen habe Rußland 1890 erneuern wollen; Caprivi aber habe es abgelehnt, diese gegenseitige Versicherung fortzusetzen, und da Rußland doch wenigstens e i n e n Freund in Europa habe besitzen müssen, Deutschland aber unter Caprivis Leitung gar auch noch die Polen begünstigt und zu England hingeneigt habe, so habe der Zar sich an Frankreich angenähert, und so sei der Besuch der Franzosen in Kronstadt (wo Zar Alexander III. 1893 stehend die Marseillaise anhörte), ausschließlich durch die Mißgriffe der Caprivischen Politik herbeigeführt worden.

Das Aufsehen, das dieser Artikel hervorrief, war geradezu ungeheuer. Der Rückversicherungsvertrag selbst ward in ihm nicht zum erstenmal bekannt gegeben, da ja früher schon der Sachverhalt, wie gesagt, in zwei Blättern mitgeteilt worden war; aber kein Mensch

Digitized by Google

außerhalb der Staatsmänner hatte mehr etwas davon gewußt, und noch mehr war dies mit der Nichterneuerung des Vertrags im Jahr 1890 durch Caprivi der Fall: der Artikel der „Zukunft" hierüber war seinerzeit unbeachtet geblieben. So griffen denn die Blätter des Zentrums und der Demokratie, unterstützt von der stets Caprivi besonders wohlgesinnten „Kölnischen Zeitung", Bismarck aufs heftigste an und beschuldigten ihn, daß er aus Haß gegen Caprivi wichtige Staatsgeheimnisse verraten und unsern Bund mit Österreich erschüttert habe; denn dieses könne in dem deutsch-russischen Vertrag nur eine Zweideutigkeit und Doppelzüngigkeit sehen und werde mit Mißtrauen gegen seinen Verbündeten erfüllt. Einige österreichische Blätter stimmten auch, wenigstens zunächst, in diese Auffassung ein. Dem gegenüber betonten jedoch andere Stimmen, daß ja der deutsch-österreichische Bund von 1879 selbst nur auf die Verteidigung, nicht auf den Angriff berechnet gewesen sei; im Fall eines österreichischen Angriffs auf Rußland wäre also Deutschland auch durch den Bund von 1879 zur Unterstützung Österreichs nicht verpflichtet gewesen. Einen russischen Angriff auf Österreich aber hätte Deutschland auch nach dem Rückversicherungsvertrag nicht ruhig hinzunehmen brauchen. Unter keinen Umständen also sei Bismarck seinen Verpflichtungen gegen Österreich untreu geworden; dagegen habe der Vertrag mit Rußland offenbar Frankreich in die vollste Unmöglichkeit eines Kriegs gegen uns versetzt, ebenso wie er England von einem Angriff auf Rußland habe abhalten müssen. Der Vertrag habe also den europäischen Frieden mit noch stärkeren Bürgschaften umgeben und sei sonach als ein weiteres Meisterstück Bismarcks anzusehen. Und auf die Frage, weshalb der Fürst gerade jetzt den vergessenen Vertrag ans Tageslicht gezogen habe, lag die Antwort nahe: er wollte den Russenjubel der Franzosen durch die Nachricht dämpfen, daß es 1890 lediglich von Deutschland abhing, ob die Vereinzelung Frankreichs fortdauern sollte oder nicht, daß also von einer selbstlosen Begeisterung der maßgebenden russischen Kreise für Frankreich weder früher noch vermutlich auch jetzt die Rede sein könne. Die „Neue freie Presse" sprach auch die Vermutung aus, daß infolge englischer Umtriebe in Berlin eine Wiederholung des Fehlers von 1890 zu befürchten gewesen sei und Bismarck habe davor warnen wollen: man sollte sich nicht durch die Pariser Reise des Zaren in das englische Fahrwasser drängen lassen.

Die Gegner Bismarcks im Reichstag glaubten den Anlaß zu seiner Abschlachtung um so mehr verwerten zu können, als der „Reichsanzeiger" vom 27. Oktober erklärt hatte, daß Vorgänge der

Digitized by Google

Art, wie sie von den „Hamburger Nachrichten" erwähnt worden seien, ihrer Natur nach zu den strengsten Staatsgeheimnissen gehörten, über welche die deutsche Regierung sich nicht äußern könne; sie hege aber die Zuversicht, daß solche „Enthüllungen" den festbegründeten Glauben an Deutschlands Vertragstreue bei anderen Mächten nicht erschüttern könnten. In diesen Worten konnte ein Tadel gegen die „Hamburger Nachrichten" und ihren Hintermann gefunden werden, und ungeduldig fragten manche Bismarckhasser, warum man ihn nicht auf Grund des sog. „Arnimparagraphen" (s. S. 340) vor Gericht stelle und ihn mit dem gleichen Maß messe, mit dem er einst andere gemessen habe, solange er die Macht dazu besaß. Am 16. November fragte der Zentrumsführer Graf Hompesch im Reichstag die Regierung, ab wirklich bis 1890 ein Geheimvertrag mit Rußland bestanden habe; warum er nicht erneuert worden sei und welchen Einfluß auf andere Mächte die neuesten Veröffentlichungen geübt hätten. Wenn schon diese vorsichtige Fassung der Anfrage zeigte, daß das Zentrum große Bedenken hatte, ob es aus diesem Anlaß dem von ihm nicht geliebten früheren Reichskanzler wirklich einen Schlag versetzen könne, so gestaltete sich der Verlauf der Verhandlung zu einem großen Erfolg für Bismarck. Die Vertreter der Regierung, Fürst Hohenlohe und Staatssekretär v. Marschall, vermieden auch das leiseste Wort des Tadels gegen ihn; Marschall erklärte sogar, der Rückversicherungsvertrag habe eine Lage geschaffen, welche zu beherrschen einem Staatsmann wie Bismarck möglich gewesen sei, aber wohl nur ihm; unter einer anderen Lenkung hätte er Deutschland in die Gefahr bringen können, im gleichen Augenblick von Österreich um Unterstützung mit der ganzen Kriegsmacht, und von Rußland um Neutralität angegangen zu werden; wichtiger als alle Verträge seien die gemeinsamen Interessen, und auf dieser Grundlage stets die guten Verbindungen mit Rußland gepflegt zu haben, werde immer Bismarcks großes Verdienst sein. Die „Wolke des Mißtrauens", die sich nach Bekanntwerden des Vertrags in einzelnen Schichten der Bevölkerung Österreichs und Italiens erhoben habe, erklärte Hohenlohe für bereits wieder verschwunden. Angesichts dieser Sprache der Regierung wurde auch die Opposition kleinlaut; sie bezweifelte zwar das Recht zum Abschluß des Vertrags (so der Zentrumsführer Lieber) oder zu seiner Veröffentlichung (so Eugen Richter); aber lediglich der Sozialdemokrat Liebknecht hatte noch den Mut, die Enthüllungen ein Verbrechen zu nennen, wofür er den Beweis indessen schuldig

Digitized by Google

blieb. Aus seinen Worten sprach nur alter unstillbarer Haß, und darum konnten sie den übrigen Eindruck der Verhandlung nicht verändern, ja nicht einmal abschwächen.

Bei dem Kaiser blieb aber von der ganzen Sache eine schwere Verstimmung zurück, weil die Ablehnung des russischen Angebots 1890 natürlich nicht ohne seine Erlaubnis hatte geschehen können, er sich also vom Tadel der „Hamburger Nachrichten" mit getroffen fühlte.*) Deshalb ward bei der Feier des hundertsten Geburtstags des Kaisers Wilhelm I. am 22. März 1897 Bismarcks an amtlicher Stelle nicht gedacht; ja der Kaiser sprach von den „Handlangern", welche seinem Großvater behilflich gewesen seien — ein Ausdruck, der auf einen Mann wie Bismarck angewandt doch sehr befremdend klang. Nur um so lebendiger war die Anteilnahme, mit welcher Bismarcks zweiundachtzigster Geburtstag am 1. April 1897 von allen Seiten begangen wurde. Der Kaiser unterdrückte aber allmählich doch nach außen seine Empfindungen; als im November 1897 der chinesische Hafen Kiau-Tschóu von unserem ostasiatischen Geschwader besetzt und Prinz Heinrich mit zwei Kreuzern dorthin entsandt wurde, verabschiedete sich der Prinz in Friedrichsruh mit großer Herzlichkeit, und der Kaiser selbst kehrte am 17. Dezember 1897 auf der Rückreise von Kiel, bis wohin er seinem Bruder das Geleit gegeben hatte, bei Bismarck wieder ein. Wenn im Reichstag am 23. März 1898 der Sozialdemokrat Schönlank sagte, Bismarck habe die Besitznahme von Kiau-Tschóu als den Strick bezeichnet, durch den der Reichstag zur Annahme der damals von dem Staatssekretär der Marine v. Tirpitz vertretenen Flottenvorlage gefügig gemacht werden sollte, so ist das falsch. Der Fürst gab durch die „Hamburger Nachrichten" vom 17. Januar 1898 seinen Beifall zur Festsetzung Deutschlands in China, an die er selbst schon 1870 gedacht habe, wo der Freiherr v. Richthofen ihn auf Kiau-Tschóu aufmerksam machte. Bismarck hatte dann die Genugtuung zu sehen, daß der Staatssekretär Bernhard v. Bülow, der im Sommer 1897 Marschall ersetzt hatte, die auswärtige Politik des Reiches in dem kraftvollen und doch umsichtigen Geist zu leiten suchte, den Bismarck selbst dieser Politik aufgeprägt hatte.

Im Jahr 1896 nahm der Oberförster Lange, Bismarcks Generalbevollmächtigter für das Friedrichsruher Besitztum, nach 20jähriger Dienstleistung seinen Abschied, weil ihm ein von dritter Seite empfoh-

*) In einem Brief an seinen Vetter, den Zaren Nikolaus II., vom 12. November 1896 bezeichnete der Kaiser Bismarcks-Vorgehen als Illoyalität und warf ihm schamlose Art, Unbändigkeit und niedrigen Charakter vor.

Digitized by Google

lener Hauptmann a. D. an die Seite gesetzt wurde, mit dem er sich nicht vertrug. Er forderte eine um 900 Mark höhere Pension, als Bismarck schuldig zu sein glaubte, und ein darüber entstandener Prozeß endigte nach dem Tod des Fürsten mit einem für Lange ungünstigen Urteil. Dessen Sohn, der Regierungsrat Lange, hat in einer Schrift (Erinnerungen an den Sachsenwald, Halle 1910) selbst bekundet, daß Bismarck im Staats- und im Großbetrieb, in Erinnerung an die harte Arbeit, mit der er sein Familiengut einst schuldenfrei gemacht hatte, nach dem lateinischen Spruch handelte: parsimonia magnum vectigal (Sparsamkeit ist ein großes Einkommen), daß er aber in seiner Häuslichkeit freigebig war und im Bereich seines Besitzes jeden Arbeiter, jeden, der in Not geriet, unterstützte. Das hat auch v. Keudell bezeugt, der einmal einer vier Treppen hoch wohnenden Witwe in der Köpenicker Straße 25 Taler aus Bismarcks Privatmitteln zu überbringen hatte und sich verpflichtet hielt, den Minister vor solcher „dilettantischer Armenpflege" zu warnen, die über seine Mittel gehe und immer neue Ansprüche hervorrufen müsse. „Wer sich in Not bittend an mich wendet," antwortete ihm Bismarck, „dem helfe ich, soweit ich es mit meinen geringen Mitteln vermag." Dem Oberförster stand für solche Zwecke eine besondere Summe zur Verfügung.*) Er hat auch selbst seines alten Herrn bis an seinen Tod (1902) ohne Groll gedacht, um so mehr, als er wußte, daß Bismarck in den Zeiten des erwähnten Streits durch Kränklichkeit an der persönlichen Leitung der Dinge verhindert war, und der Sohn zeigt sich in der genannten Schrift von derselben Gesinnung erfüllt. Daß Bismarck 1890 eine Dotation ablehnte (S. 448), mag in diesem Zusammenhang nochmals erwähnt sein.**)

Im Winter 1897 auf 1898 wurde der Fürst durch Krankheit heimgesucht; nervöse Gesichtsschmerzen quälten ihn, und eine Venenentzündung in den Füßen fesselte ihn längere Zeit ans Ruhebett und den Rollstuhl, so daß Besuche nur ausnahmsweise empfangen werden konnten. Um so mehr erfreute ihn die allgemeine Teilnahme, mit der am 25. März der Tag, an dem er vor

*) R. v. Keudell, S. 129.

**) Die Behauptung Hello v. Gerlachs (Zeiten und Völker 16 [1920], 346), daß Bismarck 1872—76 die Grundsteuer für den Sachsenwald im Betrag von 1500 ℳ zu zahlen sich geweigert und sie erst von 1876 an, nach Lauenburgs Einverleibung in Preußen, entrichtet habe, geht — wenn sie überhaupt begründet ist — höchst wahrscheinlich darauf zurück, daß Bismarck der Meinung war und sein durfte, daß der Sachsenwald als kgl. Schenkung steuerfrei sei.

Digitized by Google

sechzig Jahren ins Heer getreten war, gefeiert wurde. Der Kaiser sandte aus diesem Anlaß schon am 24. März einen seiner Flügeladjutanten zur Beglückwünschung nach Friedrichsruh; überdies telegraphierte er aus Bremerhaven am Tage selbst und erhob auf der Fahrt, die er dann an Bord des neuen Lloyddampfers „Kaiser Wilhelm der Große" nach Kap Skagen machte, bei der Tafel sein Glas zu Ehren des Mannes, der seinem Großvater ein so treuer Diener gewesen sei. Die Annahme der Flottenvorlage im Reichstag, die am 24. März mit 212 gegen 139 Stimmen erfolgte, hat dem Fürsten, insofern sie die Sieghaftigkeit des nationalen Gedankens bewies, sicher Befriedigung gewährt; er war nicht gegen eine Verstärkung der Flotte, hielt aber allerdings, wie er Tirpitz bei dessen Besuch in Friedrichsruh sagte, kleine Kreuzer für nützlicher als große Schlachtschiffe.

Der Eintritt Bismarcks ins vierundachtzigste Lebensjahr am 1. April 1898 ward wieder mit der herzlichsten Teilnahme gefeiert, soweit die deutsche Zunge klingt; aber dieses Fest sollte das letzte seiner Art sein. Gegen Ende des Juli trat im Befinden des Fürsten wieder eine jener Verschlimmerungen ein, welche seit Oktober 1897 sich wiederholt zeigten; aber am Dienstag den 28. Juli schien sie wieder, gleich den früheren, gehoben, so daß Bismarck wieder im Rollstuhl an den Familientisch gefahren werden konnte, wo er mit seinen beiden Söhnen Herbert und Wilhelm, seiner Tochter, der Gräfin Marie Rantzau, ihrem Gemahl und ihren Kindern das Essen einnehmen konnte; er trank etwas Champagner und rauchte gegen die Gewohnheit der letzten Zeit wieder mehrere Pfeifen. Unter diesen Umständen glaubte der Geheimrat Dr. Schweninger am Freitag den 29. Juli auf zwei Tage sich entfernen zu dürfen, und auch Graf Wilhelm trat die Rückreise auf seinen Oberpräsidentenposten nach Königsberg an. Den ganzen Freitag den 29. Juli blieb der Zustand verhältnismäßig gut. Am Samstag vormittag, 30. Juli, las der Fürst noch die „Hamburger Nachrichten" und sprach über Fragen der Politik, namentlich über russische Dinge; auch nahm er noch Speise und Trank zu sich und scherzte darüber, daß man zu dem ihm gereichten Wasser so wenig geistige Getränke zusetze. Dann aber trat plötzlich eine durch das hohe Alter erklärliche und durch das viele Liegen in den letzten Monaten ohne Zweifel geförderte Ausschwitzung von Flüssigkeit in die Lungenbläschen, ein sogenanntes Lungenödem, ein, infolgedessen Bismarck im Lauf des Nachmittags häufig bewußtlos war. Sofort wurden Graf Wilhelm und Dr. Schweninger telegraphisch zurückberufen.

Digitized by Google

Sie kamen in der Nacht — sie kamen zu einem sterbenden Mann. Nach der Angabe von Eugen Wolf (Velhagens Monatshefte vom Oktober 1903), die er von der Familie Bismarcks selbst erhielt, war der Todeskampf schwer. Der Kranke rief in einem fort: Hilfe, Hilfe! In Phantasien nannte er Serbien, England, die Türkei, Rußland; dann rief er wieder: aber ach Deutschland, Deutschland, Deutschland! und riß krampfhaft an der starken Quaste, die an einer dicken Schnur über seinem Lager angebracht war, damit er sich ohne fremde Hilfe leichter aufrichten könne. Das letzte Wort Bismarcks galt seiner Tochter, die ihm den Todesschweiß abwischte: „Danke, mein Kind." Schweninger konnte nur noch den Todeskampf dadurch erleichtern, daß er mit einem Taschentuch den Schleim aus dem Munde des Fürsten entfernte; am 30. gegen elf Uhr trat der Tod ein, indem Herz und Lunge schließlich den Dienst versagten. Als Schweninger drei Minuten lang kein Lebenszeichen mehr wahrnehmen konnte, erklärte er das Ende für eingetreten; der Schöpfer des deutschen Reiches war entschlafen.

Es ist unmöglich, die Kundgebungen der Trauer zu verzeichnen, welche auf die schmerzliche Nachricht aus der ganzen Welt, namentlich aus Deutschland und Österreich, in Friedrichsruh einliefen. Allen voran ging der Kaiser, welcher, auf der Heimfahrt von seiner alljährlichen Nordlandsreise begriffen, diese Rückkehr so sehr beschleunigte, daß er in einunddreißig Stunden von Bergen in Norwegen nach Kiel gelangte. Mit seiner hohen Gemahlin, welche sogar die Teilnahme an der in Koburg stattfindenden Heirat ihres Bruders, des Herzogs Ernst Günther, aufgab, wohnte er am Dienstag den 2. August, abends sechs Uhr, der vorläufigen Einsegnung der Leiche an, der er in hochherzigem Entschluß eine letzte Stätte im Berliner Dom neben den Gebeinen seiner Vorfahren hatte bereiten wollen; Bismarck hatte aber in seinem letzten Willen bestimmt, daß sie unweit vom Schloß Friedrichsruh auf dem hohen Acker gegenüber der „Hirschgruppe", die von den treuen Anhaltern gestiftet war — ein stolzer Hirsch, der sich der Hunde erwehrt — an der Seite der Fürstin beigesetzt werden sollte. Wie wenn ein regierendes Haupt verschieden wäre, ordnete der Kaiser eine zehntägige Trauer für den Hof, eine achttägige für das preußische Heer an; diesem Beispiel folgten die nichtpreußischen Teile des deutschen Heeres auf Befehl ihrer Fürsten. Unter den zahllosen Blumenspenden für den Sarg befand sich auch eine, welche namens des am 16. Juni neugewählten, aber noch nicht zusammengetretenen Reichstags der frühere Vizepräsident Reichsgerichtsrat Dr. Spahn in Begleitung des Ab-

Digitized by Google

geordneten Bachem und des Rechnungsrats Jungheim (vom Büro des Reichstags) am 4. August niederlegten, und welche die Aufschrift trug: „Dem ersten Kanzler des deutschen Reiches der deutsche Reichstag.“ Die beiden genannten Abgeordneten gehörten der Fraktion des Zentrums an; vor der Majestät des Todes verstummte der Parteigeist und trat die Geschichte in ihr Recht.

Wenige Monate nach Bismarcks Tod erschienen 1898 die beiden ersten Bände seiner „Gedanken und Erinnerungen“ — kein abgerundetes Werk, da nach des getreuen Lothar Buchers Tod (12. Oktober 1892) die Arbeit an ihnen ins Stocken geriet, in manchen Teilen fast nur eine Sammlung von Materialien, an die der Meißel des Künstlers nicht mehr gelegt wurde, in andern aber zu wundervoller, schlechthin klassischer historisch-politischer Darstellung ausgereift. Es ist ein einzigartiges Gegenstück zu Goethes Selbstbiographie „Dichtung und Wahrheit“; spricht hier unser größter Dichter von seinem Werden im Rahmen seiner Zeit, so spricht dort unser größter Staatsmann von seinem Ringen mit Personen, Völkern und Verhältnissen um die Gründung des deutschen Staates; hier ein neuer Tasso, dort ein neuer Antonio, aber beide traulicher als ihre literarischen Gegenbilder, weil in ihnen die Art, die Seele, die Kraft und das Schicksal ihres Volkes, unseres Volks, leben. Bismarcks Sprache weist in ihrer plastischen Kraft und Schönheit auf Goethes Vorgang und Vorbild hin; ihm selbst vielleicht unbewußt, ist er doch durch feine Verbindungsfäden mit dem dichterischen Genius verknüpft. Das Werk, dessen Titel seine zwei Bestandteile vortrefflich wiedergibt, wurde von der Nation mit Ehrfurcht und Dankbarkeit als das Vermächtnis ihres größten Staatsmannes aufgenommen und wird dies bleiben: eine unvergleichliche Quelle der Belehrung über ihn und über die Kämpfe, die er durchgefochten hat.*) Der dritte Band erschien bald in Übersetzungen, in Deutschland aber, da Kaiser Wilhelm II. 1918—1921 wegen vier darin enthaltener Briefe von seiner Hand die Herausgabe rechtlich mit Erfolg anfocht, erst im Oktober 1921, nachdem der Cotta'sche Verlag eine namhafte Summe zu wohltätigen Zwecken angeboten und der Kaiser daraufhin seine Einsprüche zurückgezogen hatte.

*) Über sie vgl. u. a. Erich Marcks, Fürst Bismarcks Gedanken und Erinnerungen, Versuch einer kritischen Würdigung, Berlin 1899. Bei ihm findet man auch Hinweise auf andere kritische Betrachtungen, von Schmoller, Meinecke (hist. Zeitschrift Bd. 82) und Bamberger. Ferner Max Lenz, zur Kritik der Gedanken und Erinnerungen, Berlin 1899. Eine allgemeine Würdigung hat Erich Marcks in seinem Otto v. Bismarck S. 242—245 gegeben.

Digitized by Google

Drittes Kapitel.

Zusammenfassung. Bismarck als Mensch. Seine Stellung in unserer Geschichte.

Versuchen wir zum Schluß, ein Bild von dem ganzen Wesen Bismarcks zu entwerfen und uns zu vergegenwärtigen, was er für unser Volk bedeutete.

Bismarck war von hohem Wuchs, gewaltiger, aber ebenmäßiger Gestalt, breiten Schultern, hoher Stirn, mächtiger Schädelbildung, dichten Brauen, frühzeitig kahl, weshalb ihn das Witzblatt „Kladderadatsch“ immer mit drei Härchen abbildete, tiefen, blauen, wunderbar anziehenden, in der Leidenschaft auch „unheimlich blitzenden“ Augen.*) Seine Stimme war nicht sehr biegsam und metallisch, ihre Lage durchschnittlich etwas zu hoch; gleichwohl konnte sie, wenn Anlaß war, ergreifend und seelenvoll klingen, und sie reichte für die Aufgaben eines Redners im Parlament hin. Seine Gesundheit war von Hause aus sehr gut, und wie der Riese der Sage Antaios, von Herakles niedergeworfen, durch die Berührung seiner Mutter der Erde immer wieder neue Kraft erlangte, so stellte Bismarck, ein Sproß des platten Landes, bis ins hohe Alter durch häufigen und langen Landaufenthalt die im öffentlichen Dienst zerriebenen Kräfte immer wieder her. Denn das ist gewiß, daß er dem Vaterland wie seine Ruhe und Bequemlichkeit, so auch seine Gesundheit geopfert hat; wir hörten, wie er dies gelegentlich selbst in ergreifenden Tönen beklagte (S. 326. 328. 363), und er hatte ein gutes Recht zu sagen: patriae inserviendo consumor. Von den schwereren Krankheitsfällen haben wir oben (S. 70. 216. 465) gesprochen; geringere Anfälle wiederholten sich oft, und in den höheren Jahren litt er sehr an übermäßigem Fettansatz, an häufiger Venenentzündung und an Schmerzen des Gesichtsnervensystems, an Schlaflosigkeit. Gegen diese oft qualvollen Leiden, um deren willen der amerikanische Botschafter White 1880 glaubte, er könne nicht mehr lange leben,**) fand er seit 1883 einen tüchtigen, bei einer Erkrankung des Sohnes Wilhelm v. Bismarck erprobten Arzt an Dr. Schweninger (geb. 1850

*) Gustav v. Diest, Aus dem Leben eines Glücklichen, S. 432.

**) White, aus meinem diplomatischen Leben (Leipzig 1906) S. 137. Dort steht überhaupt eine interessante Schilderung Bismarcks, „der nach meinem Eindruck [noch] um ein Bedeutendes [geistig] größer ist, als ich erwartet hatte.“

Digitized by Google

zu Freystadt in der Oberpfalz), der ihm mit Festigkeit seine Diät, namentlich Maßhalten im Genuß bayrischen Biers und Vermeiden schwer verdaulicher Speisen, vorschrieb und schädliche Einflüsse abzuschneiden wußte. „Meine andern Ärzte," hat Bismarck wohl scherzend gesagt, „habe *ich* behandelt; er behandelt *mich*." *) Im Jahr 1883 hatten alle ärztlichen Größen Berlins bei Bismarck auf Leberkrebs geschlossen und ihm „kaum noch ein Jahr" zu leben gegeben; Schweninger hat dieses kostbare Leben unserem Volk noch fünfzehn Jahre erhalten. Um ihn an Berlin zu fesseln, wurde er 1884, nicht ohne daß das mannigfachen Widerstand gefunden hätte, durch den Kultusminister v. Goßler zum Professor der Hautkunde an der Berliner Universität ernannt, mit der ausdrücklichen Begründung, daß dies wegen der Gesundheit eines für Deutschland unersetzlichen Mannes geschehe.

In geistiger Hinsicht **) waren bei Bismarck alle menschlichen Grundfähigkeiten bis zur höchsten Vollendung entwickelt; er war ein Genie ersten Ranges, dämonisch, d. h. nur von sich selbst bestimmt, wie jedes Genie.***) Er besaß *eine außerordentliche Schärfe des Verstandes*, vermöge deren er die Dinge genau so zu sehen vermochte, wie sie waren, und vor aller Phantasterei bewahrt blieb. Woran andere sich stundenlang abarbeiteten, das erledigte er mit dem Blick des Genius in Minuten †). *Sein Wille* war eisern und ließ nicht ab, bis er durchgedrungen war; „ich habe," schreibt Abeken am 16. Juli 1866, „kaum je einen Menschen gekannt, der

*) S. Schweningers „Blätter aus meiner Erinnerung" in dem öfters erwähnten Werk Arthurs v. Brauer: Erinnerungen an Bismarck, 1915.

**) Hierüber vgl. Christoph von Tiedemann, sechs Jahre Chef der Reichskanzlei (Leipzig 1909) S. 462—487. Emil Ludwig, Bismarck, erweiterte Ausgabe, Stuttgart 1921.

***) Das hat Karl Scheffler, Bismarck, eine Studie, Berlin 1919, vom Standpunkt des Ästheten aus bestritten; Bismarck habe keine Ideen gehabt, keine Tradition hinterlassen, ein künstliches Gebilde geschaffen. Jedes Wort der Erwiderung ist uns dadurch erspart, daß wir heute fühlen, daß alles, was uns noch vor dem Versinken rettet, Bismarck'sches Erbe ist. Ähnlich wie Scheffler äußert sich Ehrlich, Bismarck und der Weltkrieg, Zürich 1920. Eine Gegenschrift gegen Scheffler verfaßte Kämpfer: war Bismarck ein Genie? Halle 1920. Unter dem wohl einseitigen Gesichtspunkt des Einflusses der Nervosität auf Leben und Schaffen hat der München-Gladbacher Sanitätsrat Dr. med. A. Müller in seinem Buch „Bismarck, Nietzsche, Scheffel, Mörike, vier Krankheitsgeschichten", Bonn 1921, Bismarck zu betrachten unternommen.

†) Ebenda S. 469—71. Vgl. oben S. 378.

Digitized by Google

so viel Elastizität des Gedankens mit so viel eiserner Kraft des Willens vereinigte." Er hat den Militärkonflikt unter den schwierigsten Verhältnissen ausgefochten; er hat eine widerstrebende Reichstagsmehrheit zur Unterstützung der Kolonialpolitik erzogen und andere Mehrheiten mit wuchtigem Tatzenschlag zertrümmert, wenn sie ihm auf die Bahn nicht folgen wollten, auf der allein nach seiner Überzeugung das Wohl des Vaterlandes zu finden war. In der auswärtigen Politik hat er ebenso mit zäher Festigkeit seine Ziele verfolgt und erreicht. Diese Willenskraft übte er auch über sich selbst aus; so heiß sein Blut war, er verstand sich zu zügeln und zu warten, bis die Dinge reif waren (vgl. S. 193. 234); er gehörte nicht zu denen, welche nach Goethes Ausdruck vom April schon Rosen erwarten, und so wuchtig und rücksichtslos er überall für die deutsche Einheit eintrat, da wo dies nötig war, so hat er doch den Bogen nicht überspannt und durch kluge und großherzige Anerkennung des föderativen Hangs der Deutschen die Stämme und die Dynastien dauernd für den Zusammenschluß gewonnen. Wunderbar ist vor allem seine Mäßigung im Sieg (S. 187. 193); den Neid der Götter hat er nie herausgefordert und die Hybris, der Übermut, war seiner großen Seele fremd. Daß zu einer erfolgreichen Politik vor allem Ehrlichkeit, Offenheit und Versöhnlichkeit gehören, hat er nicht bloß selbst ausgesprochen (Gedanken und Erinnerungen 2, 267), sondern er hat auch trotz aller Leidenschaft seiner Seele zuletzt immer darnach gehandelt.*) Bismarcks Wille war auf das Sittliche gerichtet. Als im Jahr 1865 seine Vermittlung gegen die religiöse Bedrückung in den russischen Ostseeprovinzen angerufen wurde, wo evangelischen Eltern ihre Kinder genommen wurden, um sie mit Gewalt im orthodoxen Glauben zu erziehen, da ließ er sich nicht vergebens bitten, so sehr er sonst alle Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten vermied, und sagte zu dem russischen Gesandten Oubril, die Sache sei so, daß sie alle anständigen Herzen in Wallung versetze. Als der Gesandte bemerkte, die Aufrufung der Öffentlichkeit könne die Dinge nur verschlimmern, antwortete ihm Bismarck, er könne die Angelegenheit nicht ad Calendas Graecas vertagen lassen; er sei in solchen Dingen Fatalist und sage: fais ce que tu dois, advienne que pourra. Ein prachtvoller Grundsatz, durch den Bismarck die gewünschte Abhilfe durch Gortschakoff erreicht hat.**) B i s m a r c k s G e m ü t w a r s t a r k

*) Das bezeugt sein Leben; es bezeugen es aber auch seine Mitarbeiter, so v. Brauer, „Deutsche Revue" 30 (1905), IV 257—274.

**) S. Bismarckjahrbuch I (1894) 56—66.

und tief; er liebte mit voller Kraft der Seele, und er konnte auch bitter hassen; man hat ihn daher manchmal wohl auch der Ungerechtigkeit und Schroffheit geziehen, und seine über das Maß angespannten Nerven haben ihn manchmal im Stich gelassen, so daß er sehr reizbar und auch argwöhnisch werden konnte. Selbst sein getreuer Tiedemann fand, daß er nie einem Gegner volle Gerechtigkeit widerfahren ließ (a. a. O. S. 478); in seiner Leidenschaft und Kampflust erinnerte er Tiedemann an Luther. Aber wer, wenn er Bismarck Unbill angetan hatte, um Vergebung bat, der fand nicht taube Ohren: wie einmal, als der alte Wrangel ihn fragte: „Mein Sohn, kannst du nicht vergessen?“ er zuerst ergrimmt antwortete: „Nein“; als der Alte aber nach einer kurzen Pause fragte: „Mein Sohn, kannst du nicht verzeihen?“ da sagte er: „Von ganzem Herzen,“ und sie blieben seitdem gute Freunde.*) Manchmal brannte im Parlament sein Zorn heiß auf, und er konnte mit blitzenden Augen vor die Gegner hintreten und sie bedrohen (S. 340); weit häufiger staunt man doch über die Haltung und Vornehmheit, mit welcher er auch den giftigsten Angriffen gegenüber bewährte: die Wohlerzogenheit nicht zu verletzen war ihm zur andern Natur geworden. Seine Mitarbeiter klagten wohl, daß er übermenschliche Ansprüche an ihre Kraft stelle; aber er hielt sie auch in hohen Ehren und sprach ihnen herzlich zu,**) und Arthur v. Brauer, der sechs Jahre unter ihm gearbeitet hat, bezeugte mir, daß er nie anders als mit der größten Liebenswürdigkeit und Feinheit behandelt worden sei; wer andere Erfahrungen gemacht habe, müsse die Schuld bei sich selbst suchen. Es kam vor, daß ein Geheimrat Bismarck auf dessen eigenstem Gebiet zu schulmeistern suchte: „viermal habe ich es mir gefallen lassen,“ sagte Bismarck zu Brauer; „heute aber habe ich ihm die Meinung gesagt.“ Das tiefe Gemüt des Gewaltigen offenbarte sich am schönsten in der Familie und im häuslichen Leben (S. 19. 380). Wie Luther, der Riese, uns auf diesem Boden so traulich und heimlich wird, daß wir ihn da erst recht verstehen und in unsere Seele aufnehmen, so auch Bismarck. Etwas Innigeres, Natürlicheres, Erquicklicheres und Reineres als

*) H. v. Sybel, die Begründung des Deutschen Reiches 3, 254. Der Anlaß war, daß Bismarck, um die Wünsche Österreichs zu erfüllen und einen Konflikt zu verhüten, am 15. Februar 1864 die königliche Weisung an Wrangel erwirkte, daß dieser bis auf weiteren Befehl nicht in Jütland eindringen solle, und Wrangel darauf dem König telegraphierte, diese Diplomaten, welche die schönsten Operationen störten, verdienten den Galgen.

**) S. Jungnickel, Staatsminister Albert v. Maybach, S. 118.

Digitized by Google

seine Briefe an seine Braut und Gattin, oder an seinen Vater und seine Schwester, gibt es nicht, und die ihn mit unversöhnlichem Hasse schmähen, können diese Briefe nicht gelesen haben; sie müßten sonst vor dem Menschen entwaffnen, wenn sie auch den Politiker nach wie vor bekämpfen mögen. „Ich habe dich geheiratet," schreibt er einmal seiner Gattin, „um dich in Gott und nach dem Bedürfnis meines Herzens zu lieben und um in der fremden Welt eine Stelle für mein Herz zu haben, die alle ihre dürren Winde nicht erkälten und an der ich die Wärme des heimatlichen Kaminfeuers finde, an das ich mich dränge, wenn es draußen stürmt und friert." *) Wie oft verstehen sich der Vater und der herangereifte Sohn nicht mehr; aber ein schöneres Verhältnis als zwischen Bismarck und seinem Sohn Herbert kennt die Geschichte nicht. Der Sohn ging ganz auf im Dienst des Vaters, der auch der Dienst fürs Vaterland war, und er dachte sich ein Dasein ohne den Vater „als einen Zustand, wie ihn die nordischen Sagen ausmalen, wenn der Wolf Fenris einst die Sonne verschlungen hat;" **) der Vater aber mahnt den Sohn: „Schone dich um meinetwillen; verdirbst du dich, so triffst du nicht dich allein." Echt deutscher Art aber entspricht es, daß Bismarck auch gegen Tiere sein Gemüt offenbarte; wie oft gedenkt er in den Briefen in herzlichem Ton seiner Stute Röschen, seiner Ulmer Doggen Sultan (Sultl) und Tiras; als die erste am 26. Oktober 1877 an einem Herzschlag verendete, sah ihn Tiedemann den sterbenden Hund in seinem Schoße haltend, die Tränen verbergend; er konnte nicht schlafen, weil er den Hund kurz vor dem Tode noch wegen Entlaufens gezüchtigt hatte; „er hat einen Freund verloren," sagte der geheime Rat Holstein, „und er fühlt sich vereinsamt." Auch die Natur umfaßte er, der den Landedelmann nie abstreifte und nie abstreifen wollte, dem immer das horazische beatus ille auf den Lippen schwebt und im Herzen liegt, mit seinem innigen Gemüt. „Ich kann nicht leugnen," sagt er im dritten Band der „Gedanken und Erinnerungen" (S. 117), „daß mein Vertrauen in den Charakter meines Nachfolgers einen Stoß erlitten hat, seit ich erfahren habe, daß er die uralten Bäume vor der Gartentüre seiner, früher meiner, Wohnung hat abhauen lassen, welche ... eine unersetzbare Zierde ... bildeten, um un poco più di luce (ein wenig mehr Licht)

*) Aus Frankfurt 14. Mai 1851.

**) Nach einem Brief, dessen Benützung für Auflage 1 und 2 ich Herberts Schwager, dem kgl. preußischen Gesandten in Stuttgart, Grafen v. Plessen-Cronstern, verdankte. Im Wortlaut ist der Brief nun veröffentlicht von Wolfgang Windelband, Deutsche Revue 46 (1921) II 206—207.

Digitized by Google

zu gewinnen. Ich würde Herrn v. Caprivi manche politische Meinungsverschiedenheit eher nachsehen als die ruchlose Zerstörung uralter Bäume.“ Die Gastlichkeit des Bismarckschen Hauses war unerschöpflich; wie viele, die bei ihm vorsprachen, sind zu Tisch da behalten worden, wobei er auf Gehrock oder Jackett nicht sah, und alle entzückte er durch die Zwanglosigkeit und den sprühenden Geist, den Witz und Humor seiner Unterhaltung. Als wir 1890 in Kissingen auf der oberen Saline bei ihm waren (s. S. 459), da ließ er ein Faß bayrisch Bier auflegen, ging wie ein Vater durch unsere Reihen, sprach mit jedem freundlich und gemütlich und stieß mit ihm an. Unter etlichen fünfzig Männern war eine einzige bildhübsche junge Frau aus Heilbronn mitgekommen und hielt sich ängstlich im Hintergrund; „nun haben Sie aber,“ sagte er scherzend, „leider das Käthchen von Heilbronn vergessen!“ „Nein,“ klang es von allen Seiten, „wir haben sie da,“ und es spaltete sich der Haufe: die junge Frau mußte, glühend rot vor Befangenheit, vortreten; aber mit einer Ritterlichkeit und Feinheit, die die Herzen fortriß, neigte sich der Fürst, mit seinen fünfundsiebzig Jahren noch elastisch wie ein Jüngling, vor ihr, die nun sich ein Herz faßte, und überreichte ihr die Marschall-Niel-Rose, die er im Knopfloch trug, ein frisches Geschenk von Verehrerinnen, denen er vor kurzem bei der Rückkehr aus dem Bad begegnet war; die Rose ist dann gepreßt unter Glas und Rahmen gekommen; als Familienheiligtum soll sie auch das künftige Geschlecht besitzen. Manchmal vergaß Bismarck wohl auch während der Tischunterhaltung wieder den Namen des Gastes und fragte dann, wenn dieser sich verabschiedet hatte: „Wer war der Kerl denn nun eigentlich?“ Es klingt derb und birgt doch viel Gemüt in sich: wer an seinem Tische saß, war sein Gast, dem er sich widmete bis zum Schluß, auch ohne ihn näher zu kennen: nach der Art der homerischen Gastlichkeit, welche den Fremdling drei Tage lang bewirtet und dann erst nach seinem Namen fragt.

Bismarck hat, wie wir am Anfang unserer Darstellung sahen, eine regelmäßige Bildung genossen,*) und er hat in den einsamen Jahren, da er als Junggeselle auf Kniephof und Schönhausen lebte, durch fleißiges Lesen dichterischer und philosophischer Werke diese Bildung noch wesentlich bereichert und vertieft (S. 16); der Ge-

*) Hans Prutz, Bismarcks Bildung, ihre Quellen und ihre Äußerung, Berlin 1904. Meinhold, Bismarck und Goethe. Halle 1915. Kohut, Bismarck in seinen Beziehungen zur Literatur, Beilage zum literarischen Zentralblatt 1915, Nr. 7. Alfred Biese, Bismarck in Leben und Dichtung, Berlin 1916.

Digitized by Google

schichte hat er schon auf dem Gymnasium sich eifrig beflissen. Die Fülle von Zitaten aus allen möglichen Büchern, die Hinweisungen auf packende Analogien aus den verschiedensten Gebieten zeigen, daß sein Wissen kein totes Kapital, sondern ihm allezeit gegenwärtig und zur Hand war, um passend angewandt und ausgemünzt zu werden. In den Jahren, da es in dem Menschen stürmt und drängt, zur Skepsis geneigt und des Betens entwöhnt, hat er sich mit etwa dreißig Jahren durch eine im Innersten organisch sich vollziehende und dann als reife Frucht plötzlich hervorbrechende Umwandlung zum lebendigen Christentum durchgerungen,*) das von da an sein unzerstörbarer Besitz, seines Herzens Trost und sein Teil und auch in politischen Kämpfen sein letzter und bester Rückhalt geworden ist. Nicht umsonst setzte er in sein Grafenwappen den Wahlspruch: in trinitate robur, im dreieinigen Gott wurzelt meine Kraft, und es war ihm selbstverständlich, daß die Religion nicht bloß theoretisch sei, sondern praktisch „sich betätigen müsse auf dem Gebiet der Nächstenliebe." **) Ein starrer Dogmengläubiger und strenger Kirchenmann ist er nicht gewesen, und das Verhalten der orthodoxen Richtung in den 70er Jahren hat ihn notwendig auf das innerlich religiöse Erleben zurückgedrängt. Der Pietismus hat seine historische Bedeutung und sein besonderes Recht darin und daran, daß ihm Leben in Gott mehr bedeutet, als Lehren und Denken über Gott. In diesem Sinn aber hat Bismarck am 3. Juli 1851 seiner Frau schreiben können: „Ich begreife nicht, wie ein Mensch, der über sich nachdenkt und doch von Gott nichts weiß oder nichts wissen will, sein Leben vor Verachtung und Langeweile ertragen kann. Sollte ich jetzt leben ohne Gott, ohne dich, ohne Kinder, ich wüßte doch in der Tat nicht, warum ich dies Leben nicht ablegen sollte wie ein schmutziges Hemde."

Bismarck besaß den Sinn für die schöne Form; auf seinem Gut in Varzin legte er schöne Durchblicke an und sagte wohl, man müsse alles ästhetisch treiben, auch die Landwirtschaft; über seiner eigenen Erscheinung lag neben aller Wucht auch Anmut, die, wer sie geschaut hat, nicht vergessen kann. Die Musik war ihm eine Seelentrösterin wie einst dem König Saul; er hat keine gemacht, aber er

*) Otto Baumgarten, Bismarcks Stellung zur Religion und Kirche, Hefte zur christlichen Welt Nr. 44, Tübingen 1900: eine ganz vortreffliche Schrift, welche Bismarcks ganzes Wesen zur Darstellung bringt. Max Lenz, kleine historische Schriften, München 1911. Ludwig, Bismarcks Glaubensleben, Berlin 1919.

**) Rede im Reichstag vom 9. Januar 1882 (vgl. auch oben S. 357).

Digitized by Google

fühlte ihren Zauber, „die Tiefe Beethovens, wie die Schlichtheit des Volkslieds." Wie vertraut er von seinen jungen Jahren an mit der schönen Literatur war, wissen wir (S. 16); es ist bezeichnend, daß ihm Schillers stürmische Art mehr zusagte, als die klare Gelassenheit Goethes, dessen Faust ersten Teil er natürlich schätzte. Die deutsche Sprache *) handhabte er schriftlich wie einer ihrer größten Meister; er gehörte ohne Frage zu den Klassikern des deutschen Stils; wie gemeißelt stehen seine Sätze da, scharf und schön, verständlich und tief, kein Wort zu viel und keins zu wenig, alle unmittelbar nach dem Ziel gerichtet, das dem Schreiber vorschwebt, längere Gedankenreihen wohl in einem schlagenden Wort zusammenfassend,**) oft mit glücklichen Bildern und Gleichnissen den Gedanken dem Leser vor die Seele hinstellend.***) Auch in der Poesie †) hat er sich wohl gelegentlich mit scherzhaften, launigen Versen versucht, so an Marie v. Blankenburg, die gemeint hatte, es fehle ihm an Poesie: „Damit Sie nun doch klar ersehen, Wie sehr Sie mich da mißverstehn, So schreib ich Ihnen, Frau Marie, In Versen gleich des Morgens früh." Seinem Freund Hans v. Kleist-Retzow sandte er 1849 eine große weite Kaffeetasse: „Schein ich dir zu groß und weit Für ein so kleines Landrätlein, So denk: es ist die höchste Zeit, Dir eine Gattin anzufrein."†) Als Redner im Parlament††) hatte er Eigen-

---

*) Arthur v. Brauer, Bismarcks Schreibweise, in: Erinnerungen an Bismarck, Stuttgart 1915, S. 223—238.

**) „Wir werden unserseits den Namen des Junkertums noch zu Ehren und Ansehen bringen!" 8. April 1851. „Ich bin stolz darauf, eine preußische Sprache zu reden, und Sie werden dieselbe noch oft von mir hören!" 28. Januar 1863. „Nach Canossa gehen wir nicht!" 14. Mai 1872. „Wir Deutsche fürchten Gott, aber sonst nichts in der Welt!" 6. Febr. 1888.

***) Im Lande gibt es eine Menge catilinarischer Existenzen, die ein großes Interesse an Umwälzungen haben, 30. September 1862. Der Fortschritt, die Vorfrucht der Sozialdemokratie, 9. September 1878, 24. Januar 1887 und 23. März 1887. Tuchrock und Rock von Tuch, 1879, oben S. 352. Die Gewissen sind von verschiedener Qualität, 4. März 1881.

†) Er ist selbst zum Gegenstand der poetischen Darstellung geworden. Ohne hierauf irgendwie erschöpfend eingehen zu wollen, sei genannt die ganz verunglückte epische Erzählung „Bismarck" von Gustav Frenssen, Berlin 1914; dann die Romane von E. Rißling-Valentin, Bismarck und die Frauen, Leipzig 1917, und Karl Hans Strobl, Bismarck, Leipzig 1921, der den Stoff zu patriotischer Erhebung zu gestalten sucht.

††) S. Münchener Neueste Nachrichten 18. März 1915.

†††) Eduard Engel, Fürst Bismarck im Parlament, „Neue freie Presse" 1. April 1910. Engel war früher Vorstand des stenographischen Bureaus im

Digitized by Google

tümlichkeiten, welche die Wirkung seiner Reden hätten stören können; er sprach holperig und wechselte oft ohne eigentlichen Grund den Ton, manchmal so leise selbst bei den packendsten Stellen, daß ihn nicht einmal die in seiner nächsten Nähe befindlichen Stenographen verstanden; an Brüchen im Satzgefüge (Anakoluthen) war seine Rede reich, weil die Gedanken stürmisch dem Wort voraneilten. Trotzdem war er nach dem Urteil Engels, der ihn und andere so oft gehört hat, der bedeutendste Redner, den das deutsche Parlament seit seinem Bestehen zu hören bekommen hat; selbst seine Gegner standen unter dem Bann seines lebendigen Wortes; sie empörten sich über vieles von dem, was er sagte, und „doch wollten sie um nichts in der Welt gerade jetzt nicht im Saale sitzen. Bismarck hat sehr oft den Saal verlassen, sobald Eugen Richter zu reden begann; Richter hat ihm nie Gleiches mit Gleichem vergolten.“ Alles an diesem Mann war einzigartig und gigantisch; man spürte ihm den Genius an und beugte sich bewundernd oder knirschend vor ihm. Die Art, wie er das rechte Wort mühsam zu suchen schien, wie es „qualvoll geboren wurde,“ „wie die Gesichtsmuskeln dabei zuckten, Arme und Hände mitschafften, ein Keuchen und Stöhnen sich ihm entrang,“ hatte etwas, was den Hörer gefangen nahm; und dann kam das Ergebnis dieses Geburtsprozesses, Sätze von wunderbarer Schönheit, Klarheit und Kraft, riesige Blöcke, in die parlamentarischen Kieselsteinchen hineingeschleudert, Worte, die fortleben werden von Geschlecht zu Geschlecht. So mühselig das Ringen, so herrlich war die Frucht. „Er ist ein großer Redner,“ schrieb der Franzose J. J. Weiß 1909 in der Nouvelle revue, „ein scharfer Philosoph und tiefer Moralist. Mit seiner trockenen und zerschmetternden Wortkürze würde er Cicero umgeworfen und Demosthenes zu Fall gebracht haben. Er würde Mephisto Trotz geboten haben, dessen Art er nach Geist und Charakter hatte.“ Einer seiner verbissensten Gegner, aber selbst ein Mann von Geschmack und großem Redetalent, der Führer der württembergischen Demokratie von 1864—1889, Karl Mayer, von 1881 bis 1887 Abgeordneter des zwölften württembergischen Wahlkreises (Gerabronn-Mergentheim), hat mir einmal bewundernd bezeugt, daß Bismarck ein „brillanter Causeur“ gewesen sei, dem man mit innigem Vergnügen lauschte; so erinnerte sich Mayer besonders, daß Bismarck, von der unterwühlenden Tätigkeit der Linken sprechend, diese mit einem Schieferdecker verglich, der vom Dach fiel

Reichstag und hatte Bismarcks Reden zu kontrollieren, ist also sehr unterrichtet. Vgl. auch White a. a. O. S. 135.

Digitized by Google

und ausrief: cela va bien vite, pourvu que cela dure — das geht flott, vorausgesetzt, daß es so andauert! *) Den innersten Nerv aller seiner Reden machte doch der Patriotismus aus, der Stolz am und die Fürsorge für das Reich, vor das er seinen speergespickten Schild hielt. So hat er in leidenschaftlicher Vaterlandsliebe im Abgeordnetenhaus am 28. Januar 1886 ausgerufen: „Auf die Fraktion, welche unter allen Umständen negiert, möchte ich ein Sprichwort anwenden, das mir aus meiner Zeit als Deichhauptmann in Erinnerung ist: Wat nich will dieken, dat mut wieken, was nicht will deichen, das muß weichen; wer nicht mitarbeiten will am Staat zu seinem Schutz, der gehört nicht zum Staat, der hat keine Rechte an den Staat; er soll weichen aus dem Staat!" Das Wort zielte zunächst auf die Polen; aber Bismarck hat auch anderen Parteien, dem Zentrum und der Fortschrittspartei, öfters den Vorwurf der Reichsfeindschaft gemacht, und sie haben sich bitter darüber beschwert und erklärt, daß er jeden Reichsfeind nenne, der seine Mittel und Wege nicht billige; sie haben wohl den Anspruch erhoben, dem wahren Interesse des Reichs besser zu dienen als Bismarck selbst. Die Geschichte wird über beide Teile richten, wenn sie nicht schon gerichtet hat. Mit dem Reich unlösbar verbunden war ihm Macht und Kraft seines preußischen Königtums, durch das das Reich wieder erstanden war: „als Grabschrift, hat er in seinem hohen Alter gesagt, wünsche er sich den Zusatz: ‚ein treuer deutscher Diener Kaiser Wilhelms I.' **)

Fassen wir zum Schluß Bismarcks Stellung und Bedeutung in unserer Nationalgeschichte ins Auge,***) so wird man jetzt schon sagen dürfen, daß er zu den Riesen gehört, zu deren Füßen die übrige Menschheit wimmelt und zu denen sie als zu ihren Führern aufblickt; wie in dem machtvollen Denkmal zu Hamburg, so steht er in unserer Geschichte da, reckenhaft, fast übermenschlich, unerschütterlich, der Bahnbrecher und Behüter einer neuen Zeit. Er gehört zu den sechs Größten, welche unsere Geschicke vornehmlich bestimmt haben. Arminius hat unser Volkstum vor der Gefahr bewahrt, gleich den Kelten vom römischen Wesen aufgesogen zu werden; ohne ihn gäbe es heute keine deutsche Nation; der große römische

*) Der Ausdruck findet sich auch im Brief an den Legationsrat v. Wentzel vom 16. Januar 1860, s. Kohl, Bismarckbriefe S. 288.

**) Bismarck-Jahrbuch 6, 339.

***) Vgl. dazu O. Hintze, Friedrich der Große, Stein, Bismarck im Hohenzollernjahrbuch 15 (1912). Alfred Biese, Bismarck in Leben und Dichtung, Berlin 1916. Hermann Grimm, Deutsche Rundschau 100 (1899).

Digitized by Google

Historiker, der ihn uns geschildert hat, hat es selbst ihm bezeugt, daß „er unzweifelhaft der Befreier — und damit der Retter — Deutschlands war.“ Als dann unser Volk durch die Verschiedenheit der Religion in zwei Teile gespalten zu werden Gefahr lief, hat Karl der Große durch die Unterwerfung der Sachsen und ihre Einfügung in Kirche und Reich die Einheit unseres Volkstums erhalten und dem Herrscher dieses, wesentlich germanischen, Reiches durch die römische Kaiserkrone die Führerschaft des Abendlandes verschafft, welche die Ottonen später wieder aufnahmen. Als das Reich seine politische Macht über Rom und Italien verloren hatte, religiös aber unser Volk noch von Rom beherrscht wurde, zerriß Luther diese Ketten und gab uns die Möglichkeit einer rein religiösen, rein nationalen und rein weltlichen Entwicklung ohne fremden, besonders ohne hierarchischen Einschlag. In den Zeiten, da das Kaisertum der Habsburger dem nationalen Leben entfremdet war, hat Friedrich der Große die preußische Großmacht geschaffen und mit ihr die Voraussetzung der Herstellung unserer 1648 verlorenen Einheit. Goethe hat unserem Volke auf der Grundlage religiöser Freiheit die Bahn zu reiner Menschlichkeit und zur vollen Ausgestaltung der Persönlichkeit erschlossen. Bismarck endlich hat diesem reichen geistigen Leben, das an sich roher Gewalt nicht standzuhalten vermöchte und das auch zu Anfang des neunzehnten Jahrhunderts mitsamt der Nation selbst in seinem Dasein bedroht war, die granitne Grundlage der staatlichen nationalen Einheit gegeben. Auch für die furchtbare Probe auf die deutsche Kraft, welche der Weltkrieg von 1914 brachte, hat er uns vorbereitet und die Voraussetzungen geschaffen, unter denen allein das vierjährige Aushalten gegen die Welt in Waffen möglich war. Er hat erstens verhindert, daß das kraftvolle Königtum der Hohenzollern zu einem machtlosen Scheinkönigtum herabgedrückt wurde; er hat es zum deutschen Kaisertum erhöht, zu dem, als die furchtbare Gefahr heraufzog, alle Deutschen emporblickten, um das sie sich scharten als um die Verkörperung der Nation selbst, ihrer Kraft, ihres Rechts, ihrer Opferwilligkeit bis in den Tod. Das war der Sinn des Schreis, in den am 31. Juli und 1. August 1914 die Massen in Berlin ausbrachen: Wir wollen den Kaiser sehen! Zweitens hat Bismarck das neue Reich auf dem festgefügten, unzerstörbaren Unterbau eben des Preußen errichtet, dessen Auflösung die Politiker von 1848 für nötig gehalten hatten; der Stein, den die Bauleute jenes Jahres verworfen hatten, ward von ihm zum Eckstein gemacht und damit dem Reich das feste Rückgrat gegeben, dessen es zu seinem Bestand bedurfte. Drittens hat er gleich-

Digitized by Google

wohl nicht ein Großpreußen geschaffen, sondern ein wirkliches deutsches Reich, mit wohl abgewogenen unitarischen und föderativen Einrichtungen, in dem die Stämme wie unter einem sicheren Dach zusammen wohnen und ihre Eigenart, zum Wohl und höheren Gedeihen des Ganzen, hegen und pflegen konnten, für das sie auch Gut und Blut einsetzten. Viertens haben wir Bismarcks Tätigkeit sowohl das starke, der größten Übermacht gewachsene Heer, als — infolge seiner großen Zollreform von 1879 — die ungeheure wirtschaftliche Kraft zu danken, die aus der von ihm verkündeten gleichmäßigen Förderung der Landwirtschaft und der Industrie quoll und die alle Hoffnungen der Feinde auf unseren Zusammenbruch zuschanden machte, bis das Eingreifen der Vereinigten Staaten und der Verrat im Innern den europäischen Feinden den Sieg brachte, den sie auf sich gestellt niemals erfochten hätten. Und wenn endlich angesichts der Todesgefahr alle Gegensätze verstummten und sich das ganze Volk 1914 wie ein eherner Wall brüderlich zusammenschloß, so ist auch das nur möglich gewesen, weil Bismarck seit 1878 den Kulturkampf mit Papst Leo XIII. zusammen beigelegt und weil er 1881 die Sozialreform in die Wege geleitet hat, die zu einem Riesenbaum erwuchs, so daß einer der sozialistischen Wortführer (Meerfeld) schon 1913 verkündete: „Wir haben im heutigen Deutschland etwas mehr zu verlieren als unsere Ketten!" So war die Stärke, die wir entfaltet haben, auf allen Gebieten vornehmlich ein Ergebnis von Bismarcks zielbewußter, aufs Ganze und Große gehender Lebensarbeit; er schritt an unserer Spitze, und an ihm richten wir uns auch im tiefsten Elend wieder auf. Man hat uns Geld und Gut, man hat uns die Waffen, hat uns Land und Leute in schnödem Wortbruch genommen und durch schamlose Lügen unsern Namen verhaßt und verachtet gemacht auf dem Erdenrund. Aber die Einheit, die Bismarck uns schuf, ist uns geblieben, und durch sie werden wir auch die Größe wieder gewinnen.



Digitized by Google

Dokumente

1. Immediatbericht in Sachen des Tagebuchs des Kronprinzen.

Friedrichsruh, 23. September 1888. Auf Ew. Kaiserlichen Majestät Befehl beehre ich mich bezüglich des in der „Deutschen Rundschau" veröffentlichten angeblichen Tagebuchs des hochseligen Kaisers folgendes zu berichten: Ich halte dieses „Tagebuch" in der Form, wie es vorliegt, nicht für echt. Seine Majestät, der damalige Kronprinz, stand 1870 allerdings außerhalb der politischen Verhandlungen und konnte deshalb über manche Vorgänge unvollständig oder unrichtig berichtet sein. Ich besaß nicht die Erlaubnis des Königs, über die intimeren Fragen unserer Politik mit Seiner Königlichen Hoheit zu sprechen, weil Seine Majestät einerseits Indiskretionen an den von französischen Sympathien erfüllten englischen Hof fürchtete, anderseits Schädigungen unserer Beziehungen zu den deutschen Bundesgenossen, wegen der zu weit gesteckten Ziele und der Gewaltsamkeit der Mittel, die Seiner Königlichen Hoheit von politischen Ratgebern zweifelhafter Befähigung empfohlen waren. Der Kronprinz stand also außerhalb aller geschäftlichen Verhandlungen. Nichtsdestoweniger ist es kaum möglich, daß bei täglicher Niederschrift der empfangenen Eindrücke so viele Irrtümer tatsächlicher, namentlich aber chronologischer Natur in den Aufzeichnungen enthalten sein könnten. Es scheint vielmehr, daß entweder die täglichen Aufzeichnungen selbst oder doch spätere Vervollständigungen von jemand aus der Umgebung des Kronprinzen herrühren.

Gleich in den ersten Zeilen wird gesagt, daß ich am 13. Juli 1870 den Frieden für gesichert gehalten hätte und deshalb nach Varzin zurückkehren wollte, während aktenmäßig feststeht, daß Seine Königliche Hoheit schon damals wußte, daß ich den Krieg für notwendig hielt und nur unter Rücktritt aus dem Amt nach Varzin zurückkehren wollte, wenn er vermieden würde, und daß Seine Königliche Hoheit hierin mit mir einverstanden war, wie dies auch in den angeblichen Aufzeichnungen vom 15. desselben Monats noch auf der ersten Seite des Abdruckes mit den Worten ausgesprochen ist, daß der Kronprinz mit mir darüber vollkommen einverstanden war, daß „Frieden und Nachgeben bereits unmöglich seien". Es ist auch (S. 6) nicht richtig, daß Seine Majestät der König damals nichts Wesentliches gegen die Mobilmachung eingewendet hätte. Seine Majestät glaubte — und der Kronprinz wußte dies —, den Frieden noch erhalten und dem Lande den Krieg ersparen zu können. Seine Majestät war in Brandenburg, und während der ganzen Fahrt von da nach Berlin meiner Befürwortung der Mobilmachung unzugänglich. Aber sofort nach Vorlesung der Ollivier'schen Rede auf dem Berliner Bahnhofe und nachdem Seine Majestät mir die wiederholte Vorlesung der Rede befohlen hatte und dieselbe als gleich-

Digitized by Google

bedeutend mit französischer Kriegserklärung ansah, entschloß der König sich proprio motu und ohne weiteres Zureden zur Mobilmachung. Seine Königliche Hoheit der Kronprinz, über die Notwendigkeit der vollen Mobilmachung bereits am Tage vorher mit mir einverstanden, hat dann weitere Schwankungen durch Verkündigung der königlichen Entschließung mit den Worten „Krieg! Mobil!" an das Publikum, d. h. an die anwesenden Offiziere, abgeschnitten. Es ist ferner, nach meinen damaligen Besprechungen mit dem Kronprinzen nicht möglich, daß Seine Königliche Hoheit (S. 7) mit diesem Kriege einen „Ruhepunkt im Kriegführen vorausgesehen" haben soll, da Se. Königliche Hoheit die allgemeine Überzeugung teilte und zum Ausdruck brachte, daß dieser Krieg, wie er auch ausfallen möge, „die Eröffnung einer Reihe von Kriegen", eines „kriegerischen Jahrhunderts" sein werde, dennoch aber unvermeidlich sei.

S. 16 scheint unmöglich, daß der Kronprinz gesagt habe, „er setze die Verleihung des Eisernen Kreuzes an Nichtpreußen mit Mühe durch", da ich noch in Versailles, also Monate später, im Auftrage des Königs den Kronprinzen wiederholt zu bitten gehabt habe, mit der Verleihung des Eisernen Kreuzes auch an Nichtpreußen vorgehen zu wollen und Seine Königliche Hoheit dazu nicht sofort geneigt fand, es vielmehr wiederholt der Anregung Seiner Majestät bedurfte, um die befohlene Maßregel in Fluß zu bringen.

Besonders auffällig bei Prüfung der Echtheit ist der chronologische Irrtum, daß eine lebhaftere Diskussion mit mir über die Zukunft Deutschlands und die Stellung des Kaisers zu den Fürsten erst in Versailles stattgefunden habe. Dieses Gespräch fand schon am 3. September in Donchéry statt und teilweise bei einer noch früheren Verhandlung von mehrstündiger Dauer, von welcher ich mich nur entsinne, daß sie zu Pferde, also wahrscheinlich bei Beaumont oder Sedan, stattfand. In Versailles haben Erörterungen von Meinungsverschiedenheiten zwischen Seiner Königlichen Hoheit und mir über die künftige Verfassung Deutschlands nicht mehr stattgefunden. Ich darf vielmehr annehmen, daß Seine Königliche Hoheit sich von der Richtigkeit der von mir für das Erreichbare gezogenen Grenze überzeugt hatte, denn ich habe mich bei den wenigen Gelegenheiten, wo die Zukunft Deutschlands und die Kaiserfrage in Gegenwart beider höchsten Herrschaften zur Sprache kamen, des Einverständnisses Seiner Königlichen Hoheit den Bedenken Seiner Majestät gegenüber zu erfreuen gehabt.

Die Behauptung des „Tagebuchs", daß Seine Königliche Hoheit beabsichtigt haben könnte, Gewalt gegen unsere Bundesgenossen anzuwenden und denselben eventuell die von ihnen treu gehaltenen und mit ihrem Blute besiegelten Verträge zu brechen, ist eine Verleumdung des hochseligen Herrn. Derartige vom Standpunkt des Ehrgefühls, wie von dem der Politik gleich verwerfliche Gedanken mögen in der Umgebung Seiner Königlichen Hoheit Vertreter gefunden haben, aber sie waren zu unehrlich, um in seinem Herzen, und zu ungeschickt, um bei seinem politischen Verstande Anklang zu finden.

Ebensowenig stimmt mit den Tatsachen, was in dem Tagebuche bezüglich meiner Stellung zu der „Kaiserfrage 1866" oder zur „Infallibilitätsfrage"

Digitized by Google

oder zu der des Oberhauses und der Reichsministerien angeführt ist. Der Kronprinz ist nie darüber zweifelhaft gewesen, daß das Kaisertum 1866 weder möglich noch nützlich gewesen wäre, und ein „Norddeutscher Kaiser" wohl ein „empereur", aber kein geschichtlich berufener Vermittler der nationalen Wiedergeburt Deutschlands gewesen sein würde. Ebenso war die Oberhaus-Idee in Donchéry am 3. September zwischen uns abgetan und Seine Königliche Hoheit überzeugt, daß die deutschen Könige und Fürsten für eine Annäherung ihrer Stellung an die der preußischen Herrenkurie nicht zu gewinnen sein würden.

Die Infallibilität war mir stets gleichgültig, Seiner Königlichen Hoheit weniger; ich hielt sie für einen fehlerhaften Schachzug des damaligen Papstes und bat Seine Königliche Hoheit, diese Frage während des Krieges wenigstens ruhen zu lassen; aber den Eindruck, daß ich sie nach dem Kriege betreiben wolle, kann Seine Königliche Hoheit niemals gehabt und in ein täglich geführtes „Tagebuch" eingetragen haben. S. 10 wird berichtet, daß Seine Majestät der König den Entwurf zu dem Briefe an den Kaiser Napoleon an Graf Hatzfeldt diktiert habe; der Kronprinz war zugegen, als der König mir befahl, den Brief zu entwerfen, und dieser Entwurf vom Grafen Hatzfeldt der Allerhöchsten Genehmigung durch Vorlesen unterbreitet wurde; es ist auch hier nicht glaublich, daß bei einer täglichen Einzeichnung ein derartiger Irrtum vorkommen konnte.

Ich halte nach allem diesem das „Tagebuch" in der Form, wie es in der „Rundschau" abgedruckt ist, für unecht.

Wenn es echt wäre, so würde auf seine Veröffentlichung meiner Ansicht nach der Artikel 92 des Strafgesetzbuchs Anwendung finden, welcher lautet: „Wer vorsätzlich Staatsgeheimnisse oder Nachrichten, deren Geheimhaltung für das Wohl des deutschen Reichs erforderlich ist, öffentlich bekannt macht usw." Wenn es überhaupt Staatsgeheimnisse gibt, so würde dazu, wenn sie wahr wäre, in erster Linie die Tatsache gehören, daß bei Herstellung des deutschen Reichs Kaiser Friedrich die Absicht vertreten hätte, den süddeutschen Bundesgenossen die Treue und Verträge zu brechen und sie zu vergewaltigen. Eine Anzahl anderer Anführungen, wie die angeblichen Urteile Seiner Königlichen Hoheit des Kronprinzen über Ihre Majestäten die Könige von Bayern und Württemberg, die Anführungen über den Brief des Königs von Bayern und dessen Entstehung, die angeblichen Intentionen der preußischen Regierung gegenüber der Infallibilität fielen, wenn sie wahr wären, ganz zweifellos in die Kategorie der Staatsgeheimnisse und der Nachrichten, deren Veröffentlichung den Bestand und die Zukunft des deutschen Reiches, die auf der Einigkeit seiner Fürsten wesentlich beruhen, gefährdet, also unter Artikel 92 des Strafgesetzbuches. Wird die Publikation für echt gehalten, so liegt der Fall des Artikel 92, I des Strafgesetzbuchs vor.

Wenn aber, wie ich annehme, die Veröffentlichung eine Fälschung ist, so tritt vielleicht in erster Linie Artikel 92, II in Wirksamkeit, und wenn über dessen Zutreffen juristische Zweifel obwalten sollten, so werden außer Artikel 189 wegen Beschimpfung des Andenkens Verstorbener, wie ich

Digitized by Google

glaube, auch andere Artikel des Strafgesetzes die Unterlage eines gerichtlichen Einschreitens bilden können, durch welches wenigstens die Entstehung und die Zwecke dieser strafbaren, für die hochseligen Kaiser Friedrich und Wilhelm und für andere verleumderischen Publikationen ans Licht gezogen werden können. Daß dies geschehe, liegt im Interesse der beiden hochseligen Vorgänger Ew. Majestät, deren Andenken ein wertvolles Besitztum des Volkes und der Dynastie bildet, welches vor der Entstellung bewahrt werden sollte, mit welcher diese anonyme, im Interesse des Umsturzes und des inneren Unfriedens erfolgte Veröffentlichung in erster Linie sich gegen den Kaiser Friedrich richtet.

In diesem Sinne bitte ich Ew. Majestät ehrfurchtsvoll, mich huldreich ermächtigen zu wollen, daß ich dem Justizminister Allerhöchstdero Aufforderung zugehen lasse, die Staatsanwaltschaft zur Einleitung des Strafverfahrens gegen die Publikation in der „Deutschen Rundschau" und deren Urheber anzuweisen. v. Bismarck."

An Seine Majestät den Kaiser und König.

2. Wortlaut der kgl. Order vom 8. September 1852.

Ich finde es nötig, daß dem Ministerpräsidenten mehr als bisher eine allgemeine Übersicht über die verschiedenen Zweige der inneren Verwaltung und dadurch die Möglichkeit gewährt wird, die notwendige Einheit darin, seiner Stellung gemäß, aufrecht zu erhalten und Mir über alle wichtigen Verwaltungsmaßregeln auf Mein Erfordern Auskunft zu geben. Zu dem Ende bestimme Ich folgendes:

1. Über alle Verwaltungsmaßregeln von Wichtigkeit, die nicht schon nach den bestehenden Vorschriften einer vorgängigen Beschlußnahme des Staatsministeriums bedürfen, hat sich der betreffende Departementschef vorher, mündlich oder schriftlich, mit dem Ministerpräsidenten zu verständigen. Letzterem steht es frei, nach seinem Ermessen eine Beratung der Sache im Staatsministerium, auch nach Befinden eine Berichterstattung darüber an Mich, zu veranlassen.

2. Wenn es zu Verwaltungsmaßregeln der angegebenen Art nach den bestehenden Grundsätzen Meiner Genehmigung bedarf, so ist der erforderliche Bericht vorher dem Ministerpräsidenten mitzuteilen, welcher denselben mit seinen etwaigen Bemerkungen Mir vorzulegen hat.

3. Wenn ein Verwaltungschef sich bewogen findet, Mir in Angelegenheiten seines Ressorts unmittelbar Vortrag zu halten, so hat er den Ministerpräsidenten zeitig vorher in Kenntnis zu setzen, damit derselbe, wenn er es nötig findet, solchen Vorträgen beiwohnen kann. Die regelmäßigen Immediat-Vorträge des Kriegsministers bleiben von dieser Bestimmung ausgeschlossen.

Charlottenburg, den 8. September 1852.

gez. Friedrich Wilhelm.
gegengez. v. Manteuffel.

Digitized by Google

3. Bismarcks Entlassungsgesuch.

Berlin, 18. März 1890.

Bei meinem ehrfurchtsvollen Vortrage vom 15. d. Mts. haben Euere Majestät mir befohlen, einen Ordre-Entwurf vorzulegen, durch welchen die Allerhöchste Ordre vom 8. September 1852, welche die Stellung eines Ministerpräsidenten seinen Collegen gegenüber seither regelte, außer Geltung gesetzt werden soll.

Ich gestatte mir über die Genesis und Bedeutung dieser Ordre allerunterthänigste Darlegung:

Für die Stellung eines Präsidenten des Staatsministeriums war zur Zeit des absoluten Königthums kein Bedürfnis vorhanden, und wurde zuerst auf dem vereinigten Landtage 1847 durch die damaligen liberalen Abgeordneten (Mevissen) auf das Bedürfnis hingewiesen, verfassungsmäßige Zustände durch Ernennung eines „Premier-Ministers" anzubahnen, dessen Aufgabe es sein würde, die Einheitlichkeit der Politik der verantwortlichen Minister zu überwachen und herbeizuführen und die Verantwortung für die Gesamtergebnisse der Politik des Cabinets zu übernehmen. Mit dem Jahre 1848 trat die constitutionelle Gepflogenheit bei uns ins Leben und wurden „Präsidenten des Staatsministeriums" ernannt, wie Graf Arnim, Camphausen, Graf Brandenburg, Freiherr von Manteuffel, Fürst von Hohenzollern, an deren Namen die Verantwortlichkeit in erster Linie haftete, nicht für ein Ressort, sondern für die Gesammtpolitik des Cabinets, also der Gesammtheit der Ressorts. Die meisten dieser Herren hatten kein eigenes Ressort, sondern nur das Präsidium; so der Fürst von Hohenzollern, der Minister von Auerswald, Prinz Hohenlohe. Aber es lag ihnen ob, in dem Staatsministerium und in dessen Beziehungen zum Monarchen diejenige Einigkeit und Stetigkeit zu erhalten, ohne welche eine ministerielle Verantwortlichkeit, wie sie das Wesen des Verfassungslebens bildet, nicht durchführbar ist. Das Verhältniß des Staatsministeriums und seiner einzelnen Mitglieder zu dieser neuen Institution des Ministerpräsidenten bedurfte sehr bald einer näheren, der Verfassung entsprechenden Regelung, wie sie im Einverständnisse mit dem damaligen Staatsministerium durch die Ordre vom 8. September 1852 erfolgt ist. Diese Ordre ist seitdem entscheidend für die Stellung des Ministerpräsidenten zum Staatsministerium geblieben, und sie allein gab dem Ministerpräsidenten die Autorität, welche es ihm ermöglicht, dasjenige Maß von Verantwortlichkeit für die Gesammtpolitik des Cabinets zu übernehmen, welches im Landtage und in der öffentlichen Meinung ihm zugemutet wird. Wenn jeder einzelne Minister Allerhöchste Anordnungen extrahieren kann, ohne vorgängige Verständigung mit seinen Collegen, so ist eine einheitliche Politik, für welche jemand verantwortlich sein kann, im Cabinet nicht möglich. Keinem der Minister, und namentlich dem Ministerpräsidenten nicht, bleibt die Möglichkeit, für die Gesammtpolitik des Cabinets die verfassungsmäßige Verantwortlichkeit zu tragen. In der absoluten Monarchie war eine Bestimmung, wie die

Digitized by Google

Ordre von 1852 sie enthält, entbehrlich und würde es auch heut sein, wenn wir zum Absolutismus, ohne ministerielle Verantwortlichkeit, zurückkehrten. Nach den zu Recht bestehenden verfassungsmäßigen Einrichtungen aber ist eine präsidiale Leitung des Minister-Collegiums auf der Basis des Princips der Ordre von 1852 unentbehrlich. Hierüber sind, wie in der gestrigen Staatsministerialsitzung festgestellt wurde, meine sämtlichen Collegen mit mir einverstanden, und auch darüber, daß jeder meiner Nachfolger im Ministerpräsidium die Verantwortlichkeit für sein Amt nicht würde tragen können, wenn ihm die Autorität, welche die Ordre von 1852 verleiht, mangelte. Bei jedem meiner Nachfolger wird dies Bedürfniß noch stärker hervortreten wie bei mir, weil ihm nicht sofort die Autorität zur Seite stehn wird, die mir ein langjähriges Präsidium und das Vertrauen der beiden hochseligen Kaiser verliehen hat. Ich habe bisher niemals das Bedürfniß gehabt, mich meinen Collegen gegenüber auf die Ordre von 1852 ausdrücklich zu beziehen. Die Existenz derselben und die Gewißheit, daß ich das Vertrauen der beiden hochseligen Kaiser Wilhelm und Friedrich besaß, genügten, um meine Autorität im Collegium sicherzustellen. Diese Gewißheit ist heut aber weder für meine Collegen noch für mich selbst vorhanden. Ich habe deshalb auf die Ordre von 1852 zurückgreifen müssen, um die nötige Einheit des Dienstes Euerer Majestät sicher zu stellen.

Aus vorstehenden Gründen bin ich außer Stande, Euerer Majestät Befehl auszuführen, laut dessen ich die Aufhebung der vor Kurzem von mir neu in Erinnerung gebrachten Ordre von 1852 selbst herbeiführen und contrasigniren, trotzdem aber das Präsidium des Staatsministeriums weiterführen soll.

Nach den Mitteilungen, die mir der Generallieutenant v. Hahnke und der Geheime Cabinetsrath von Lucanus gestern gemacht haben, kann ich nicht im Zweifel darüber sein, daß Euere Majestät wissen und glauben, daß es für mich nicht möglich ist, die Ordre aufzuheben und dennoch Ministerpräsident zu bleiben. Dennoch haben Euere Majestät den mir am 15. gegebenen Befehl aufrecht erhalten und mir in Aussicht gestellt, mein dadurch *notwendig* werdendes Entlassungsgesuch zu *genehmigen*.

Nach früheren Besprechungen, die ich mit Euerer Majestät über die Frage hatte, ob Allerhöchstdenselben mein Verbleiben im Dienste unerwünscht sein würde, durfte ich annehmen, daß es Allerhöchstdenselben genehm sein würde, wenn ich auf meine Stellungen in Allerhöchstdero preußischen Diensten verzichtete, im Reichsdienste aber bliebe. Ich habe mir nach näherer Prüfung dieser Frage erlaubt, auf einige bedenkliche Consequenzen dieser Theilung meiner Ämter, namentlich bezüglich künftigen Auftretens des Kanzlers im Reichstage, in Ehrfurcht aufmerksam zu machen, und enthalte mich, alle Folgen, welche eine solche Scheidung zwischen Preußen und dem Reichskanzler haben würde, hier zu wiederholen. Euere Majestät geruhten darauf zu genehmigen, daß einstweilen „alles beim alten bleibe". Wie ich aber die Ehre hatte auseinanderzusetzen, ist es für mich nicht möglich, die Stellung eines Ministerpräsidenten beizubehalten, nachdem Euere Majestät

für dieselbe die capitis diminutio wiederholt befohlen haben, welche in der Aufhebung der Ordre von 1852 liegt.

Euere Majestät geruhten außerdem bei meinem ehrfurchtsvollen Vortrage vom 15. d. M., mir bezüglich der Ausdehnung meiner dienstlichen Berechtigungen Grenzen zu ziehn, welche mir nicht das Maß der Betheiligung an den Staatsgeschäften, der Übersicht über letztre und der freien Bewegung in meinen ministeriellen Entschließungen und in meinem Verkehre mit dem Reichstage und seinen Mitgliedern lassen, deren ich zur Übernahme der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeit für meine amtliche Thätigkeit bedarf.

Aber auch wenn es thunlich wäre, unsere auswärtige Politik so unabhängig von unsrer inneren und unsrer Reichspolitik so unabhängig von der preußischen zu betreiben, wie es der Fall sein würde, wenn der Reichskanzler der preußischen Politik ebenso unbetheiligt gegenüberstände wie der bairischen oder sächsischen und an der Herstellung des preußischen Votums im Bundesrathe und dem Reichstage gegenüber keinen Antheil hätte, so würde ich doch, nach den jüngsten Entscheidungen Euerer Majestät über die Richtung unserer auswärtigen Politik, wie sie in dem Allerhöchsten Handbillet zusammengefaßt sind, mit dem Euere Majestät die Berichte des Konsuls in Kiew gestern begleiteten, in der Unmöglichkeit sein, die Ausführung der darin vorgeschriebnen Anordnungen bezüglich der auswärtigen Politik zu übernehmen. Ich würde damit alle die für das Deutsche Reich wichtigen Erfolge in Frage stellen, welche unsere auswärtige Politik seit Jahrzehnten im Sinne der beiden hochseligen Vorgänger Euerer Majestät in unseren Beziehungen zu Rußland soeben unter ungünstigen Verhältnissen erlangt hat, und deren über Erwarten große Bedeutung für die Gegenwart und Zukunft Graf Schuwalow mir nach seiner Rückkehr von Petersburg soeben bestätigt hat.

Es ist mir bei meiner Anhänglichkeit an den Dienst des königlichen Hauses und an Euere Majestät und bei der langjährigen Einlebung in Verhältnisse, welche ich für dauernd gehalten hatte, sehr schmerzlich, aus den gewohnten Beziehungen zu Allerhöchstdenselben und zu der Gesammtpolitik des Reichs und Preußens auszuscheiden; aber nach gewissenhafter Erwägung der Allerhöchsten Intentionen, zu deren Ausführung ich bereit sein müßte, wenn ich im Dienste bliebe, kann ich nicht anders, als Euere Majestät alleruntertiänigst bitten,

> mich aus dem Amte des Reichskanzlers, des Ministerpräsidenten und des Preußischen Ministers der Auswärtigen Angelegenheiten in Gnaden und mit der gesetzlichen Pension entlassen zu wollen.

Nach meinen Eindrücken der letzten Wochen und nach den Eröffnungen, die ich gestern aus den Mittheilungen von Euerer Majestät Civil- und Militär-Cabinet entnommen habe, darf ich in Ehrfurcht annehmen, daß ich mit diesem meinem Entlassungsgesuche den Wünschen Euerer Majestät entgegenkomme und also auf eine huldreiche Bewilligung meines Gesuches mit Sicherheit rechnen darf.

Ich würde die Bitte um Entlassung aus meinen Ämtern schon vor Jahr

Digitized by Google

und Tag Euerer Maestät unterbreitet haben, wenn ich nicht den Eindruck gehabt hätte, daß es Euerer Majestät erwünscht wäre, die Erfahrungen und Fähigkeiten eines treuen Dieners Ihrer Vorfahren zu benützen. Nachdem ich sicher bin, daß Euere Majestät derselben nicht bedürfen, darf ich aus dem öffentlichen Leben zurücktreten, ohne zu befürchten, daß mein Entschluß von der öffentlichen Meinung als unzeitig verurtheilt werde.

von Bismarck.

Seine Majestät dem Kaiser und Könige.

4. Erstes Schreiben des Kaisers an Bismarck.

Mein lieber Fürst! Mit tiefer Bewegung habe Ich aus Ihrem Gesuche vom 18. d. M. ersehen, daß Sie entschlossen sind, von den Ämtern zurückzutreten, welche Sie seit langen Jahren mit unvergleichlichem Erfolge geführt haben. Ich hatte gehofft, dem Gedanken, Mich von Ihnen zu trennen, bei unseren Lebzeiten nicht näher treten zu müssen. Wenn Ich gleichwohl im vollen Bewußtsein der folgenschweren Tragweite Ihres Rücktritts jetzt genötigt bin, Mich mit diesem Gedanken vertraut zu machen, so tue Ich dies zwar betrübten Herzens, aber in der festen Zuversicht, daß die Gewährung Ihres Gesuches dazu beitragen werde, Ihr für das Vaterland unersetzliches Leben und Ihre Kräfte so lange wie möglich zu schonen und zu erhalten. Die von Ihnen für Ihren Entschluß angeführten Gründe überzeugen Mich, daß weitere Versuche, Sie zur Zurücknahme Ihres Antrages zu bestimmen, keine Aussicht auf Erfolg haben. Ich entspreche daher Ihrem Wunsche, indem ich Ihnen hierneben den erbetenen Abschied aus ihren Ämtern als Reichskanzler, Präsident Meines Staatsministeriums und Minister der Auswärtigen Angelegenheiten in Gnaden und in der Zuversicht erteile, daß Ihr Rat und Ihre Tatkraft, Ihre Treue und Hingebung auch in Zukunft Mir und dem Vaterlande nicht fehlen werden. Ich habe es als eine der gnädigsten Fügungen in Meinem Leben betrachtet, daß Ich Sie bei Meinem Regierungsantritt als Meinen ersten Berater zur Seite hatte. Was Sie für Preußen und Deutschland gewirkt und erreicht haben, was Sie Meinem Hause, Meinen Vorfahren und Mir gewesen sind, wird Mir und dem deutschen Volke in dankbarer unvergänglicher Erinnerung bleiben. Aber auch im Auslande wird Ihrer weisen und tatkräftigen Friedenspolitik, die Ich auch künftig aus voller Überzeugung zur Richtschnur Meines Handelns zu machen entschlossen bin, allezeit mit ruhmvoller Anerkennung gedacht werden. Ihre Verdienste vollwerthig zu belohnen, steht nicht in Meiner Macht. Ich muß Mir daran genügen lassen, Sie Meines und des Vaterlandes unauslöschlichen Dankes zu versichern. Als Zeichen dieses Dankes verleihe Ich Ihnen die Würde eines Herzogs von Lauenburg. Auch werde Ich Ihnen mein lebensgroßes Bildnis zugehen lassen.

Gott segne Sie, Mein lieber Fürst, und schenke Ihnen noch viele Jahre eines ungetrübten und durch das Bewußtsein treu erfüllter Pflicht verklärten Alters.

Digitized by Google

In diesen Gesinnungen bleibe Ich Ihr Ihnen auch in Zukunft treu verbundener dankbarer Kaiser und König.

Berlin, 20. März 1890. Wilhelm I. R.

5. Zweites Schreiben des Kaisers an Bismarck.

Ich kann Sie nicht aus der Stellung scheiden lassen, in der Sie so lange Jahre hindurch für Mein Haus, wie für die Größe und Wohlfahrt des Vaterlandes gewirkt, ohne auch als Kriegsherr in inniger Dankbarkeit der unauslöschlichen Verdienste zu gedenken, die Sie sich um Meine Armee erworben haben. Mit weitblickender Umsicht und eiserner Festigkeit haben Sie Meinem in Gott ruhenden Herrn Großvater zur Seite gestanden, als es galt, in schweren Zeiten die für nötig erkannte Reorganisation unserer Streitkräfte zur Durchführung zu bringen. Sie haben die Wege bahnen helfen, auf welchen die Armee mit Gottes Hilfe von Sieg zu Sieg geführt werden konnte. Heldenmütigen Sinnes haben Sie in den großen Kriegen Ihre Schuldigkeit als Soldat getan, und seitdem bis auf diesen Tag sind Sie mit nie rastender Sorgfalt und Aufopferung bereit gewesen, einzutreten, um unserem Volke die von den Vätern ererbte Wehrhaftigkeit zu bewahren und damit eine Gewähr für die Erhaltung der Wohlthaten des Friedens zu schaffen.

Ich weiß Mich eins mit Meiner Armee, wenn Ich den Wunsch hege, den Mann, der so Großes geleistet, auch fernerhin in der höchsten Rangstellung ihr erhalten zu sehen. Ich ernenne Sie daher zum General-Obersten der Kavallerie mit dem Rang eines Generalfeldmarschalls und hoffe zu Gott, daß Sie Mir noch viele Jahre in dieser Ehrenstellung erhalten bleiben mögen.

Berlin, 20. März 1890. Wilhelm.

An den General der Kavallerie Fürsten v. Bismarck à la suite des Kürassier-Regiments v. Seydlitz, Magdeburgisches Nr. 7, und des 2. Garde-Landwehr-Regiments.

6. Kalnokys eigenhändiger Entwurf für ein Schreiben des Kaisers Franz Joseph an Fürst Bismarck.

Wien, 22. März 1890.

Lieber Fürst!

Mit wahrer Teilnahme habe ich vernommen, daß Sie die Zeit gekommen erachten, sich von den Mühen und Sorgen Ihrer Ämter zurückzuziehen. So sehr ich hoffe und wünsche, daß es [Ihrem Wohlbefinden und] [1]) Ihrer erschütterten Gesundheit zugute kommen wird, wenn Sie nach so vielen Jahren unausgesetzter [und glänzender] [2]) staatsmännischer Wirksamkeit sich Ruhe gönnen wollen, so wenig kann ich das Gefühl aufrichtigen Bedauerns verschweigen, mit welchem ich Ihr Scheiden von der Leitung der auswärtigen Politik des uns so nahestehenden Deutschen Reiches begleite.

Digitized by Google

Ich werde es immer dankbarst anerkennen, daß Sie die Beziehungen Deutschlands zu Österreich-Ungarn im Geiste der loyalen Freundschaft aufgefaßt und durch konsequentes und treues Zusammenwirken [mit meinen Ministern] [3]) das heutige unerschütterliche Bundesverhältnis ermöglicht [4]) haben, welches ebenso den Interessen und Gefühlen beider Reiche entspricht [5]), wie meinen Wünschen und jenen des verstorbenen Kaisers Wilhelm [6]) und seines mir nicht minder teuren Enkels. Ich freue mich, Ihnen bei dieser heilbringenden [7]) Wirksamkeit stets meine Unterstützung und mein vollstes Vertrauen entgegengebracht zu haben, und weiß es auch dankbar zu schätzen, daß ich bei Ihnen in allen Gelegenheiten auf Ihre Verläßlichkeit in Rat und Tat [8]) und die vertrauensvollste Offenheit zählen konnte.

Möge Ihnen noch viele Jahre die Genugtuung gegönnt sein, zu sehen, wie sich der durch Sie festgefügte [9]) österreichisch-deutsche Freundschaftsbund in den schweren Zeiten, in denen wir leben, unwandelbar bewährt, als sichere Schutzwehr nicht nur für die Verbündeten, sondern auch für den Frieden Europas.

Empfangen Sie, lieber Fürst, die Versicherung, daß ich Ihrer mit den Gefühlen aufrichtiger Hochachtung und Freundschaft gedenke und meine herzlichen Wünsche Sie stets begleiten.

[1]) Von Kaiser Franz Joseph gestrichen, [2]) ebenso, [3]) ebenso, [4]) unterstrichen, [5]) ebenso, [6]) ebenso. [7]) von Kaiser Franz Joseph unterstrichen, [8]) von Kalnoky mit Fragezeichen beigesetzt und von Kaiser Franz Joseph unterstrichen. [9]) eigenhändig von Kaiser Franz Joseph geändert statt: die österreichisch-deutsche Freundschaft.

7. Fürst Bismarck an Kaiser Franz Joseph.

Berlin, 26. März 1890.

Allerdurchlauchtigster Kaiser, Allergnädigster König und Herr!

Eure Majestät wollen meinen ehrfurchtsvollen Dank für die huldreichen Worte des allerhöchsten Handschreibens vom 22. c. in Gnaden entgegennehmen. Es macht mich glücklich, die Gewißheit des Wohlwollens Eurer Majestät und die Erinnerung an das Vertrauen, mit welchem Eure Majestät mich beehrt haben, in das Privatleben mitzunehmen. Das wertvollste Ergebnis davon ist das Bündnis, welches ich die Freude hatte, mit meinem leider nicht mehr lebenden Freunde Andrassy zu unterhandeln, und dessen Dauer von jedem Ministerwechsel unabhängig sein wird, weil es auf unwandelbaren Bedürfnissen beider Reiche und ihrer Völker beruht. Ich würde mich glücklich geschätzt haben, an der Befestigung und Ausbildung dieser Beziehungen und derjenigen des Reiches und seiner Fürsten auch ferner mitzuwirken. Aber es ist nicht der Wille meines allergnädigsten Herrn gewesen. Ich bin stets bestrebt gewesen, der persönlichen Monarchie, qui règne et qui gouverne, bei uns ihr verfassungsmäßiges, zu Unrecht

Digitized by Google

verdunkeltes Recht zu schaffen, und wenn ich an den Tag zurückdenke, wo ich im September 1862 meinen hochseligen Herrn vor der von Ihm vollzogenen Abdikationsurkunde fand und sein Minister wurde, so darf ich behaupten, daß seitdem die monarchische Autorität in Preußen und im übrigen Deutschland wieder eine stärkere geworden ist. Zur ferneren Befestigung derselben hätte ich gern meinem allergnädigsten Herrn noch gedient, und bin auch gesund genug dazu. Seine Majestät hat es mir nicht gestattet und ich kann dem hohen Herrn nur noch mit meinem Gebet zur Seite stehn.

Eure Majestät wollen mir huldreich verzeihen, wenn der hohe Wert, den ich auf Allerhöchstdero Beurteilung lege, mich bewegt, nur für Euer Majestät selbst die Tatsache festzustellen, daß ich ein zu pflichttreuer Offizier und Vasall meines Herrn bin, um angesichts der Krisen, die uns im Innern bevorzustehn scheinen, meinen Posten freiwillig zu verlassen.

In tiefster Ehrfurcht ersterbe ich Eurer Kaiserlichen und Königlichen Majestät untertänigster Diener. v. Bismarck.

8. Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Franz Joseph I.

Berlin, den 3. April 1890.

Mein teurer Freund!

Bei dem innigen und warmen Freundschaftsverhältnis, welches unsere Länder und vor allem uns beide verbindet, und bei dem großen Vertrauen, welches Du insbesondere mir stets entgegengebracht hast, halte ich es für meine Pflicht, Dir offen und klar einen vertraulichen Überblick zu geben über die Entwickelung und das schließliche Eintreten des Rücktritts des Fürsten v. Bismarck. Ich tue das auch um so lieber, als es für einen fernerstehenden Beobachter fast zur Unmöglichkeit wird, aus dem Wust von Vermutungen, Kombinationen der Presse, verbunden mit offiziösen und halboffiziellen Entrefilets, sich einen faßbaren und verständigen Kern herauszuschälen. Meine Darstellung soll nur eine einfache Schilderung, resp. Aneinanderreihung von Tatsachen sein, ohne Polemik oder Kritik, die ich Dir ganz überlasse[1]). Im voraus will ich gleich bemerken, daß es keine Frage der auswärtigen Politik[2]) ist, die zwischen dem Fürsten und mir zu Meinungsverschiedenheiten die Veranlassung bot, sondern rein innere, meist taktische Gesichtspunkte.

Als im Mai vorigen Jahres der Kohlenstrike ausbrach und schnell die großen, den ganzen Staat in seinem gesamten Erwerbsleben bedrohenden, Dimensionen annahm, wurde naturgemäß, nach Treffen der üblichen Sicherheitsmaßregeln durch Truppendislokationen usw., nach den Ursachen desselben geforscht. Es wurden Beratungen im Staatsministerium gepflogen, um die ich mich vorläufig nicht kümmerte, während ich durch meine Freunde — besonders durch meinen Erzieher, den Geh. Rat Hinzpeter, der Westfale ist und an Ort und Stelle wohnte — Erhebungen und Nachforschungen anstellen ließ über das Verhältnis von Arbeitgeber zum Arbeiter, Lage der Industrie usw. anstellen ließ[3]). Bald jedoch baten mich die Minister,

Digitized by Google

zu den Beratungen zu kommen, da der Fürst ganz untraitabel sei und die Verhandlungen nicht einen Schritt vorwärts kämen. Ich erschien und assistierte. Da stellte es sich sogleich heraus, daß der Fürst auf einem diametral entgegengesetzten Standpunkt als ich und die Minister sich befand. Er wollte, daß der Strike im ganzen Lande ungehindert „toben und sich gründlich ausbrennen solle". Er verwarf jede Idee des Einschreitens der Staatsgewalt und meinte, daß das Sache der Industrie sei, die ihre Privatfehde auskämpfen dürfen müsse. Ich war dagegen der Ansicht, daß diese Bewegung schon über den Rahmen eines Privatzwistes der Industrie hinausginge und fand mich in der Übereinstimmung mit dem ganzen Staatsministerium, daß, wenn diese Sache nicht schleunig vom König in die Hand genommen werde, unendlich viel Schaden und Unheil dem Lande erwachsen werde. Demgemäß wurden die alten Beamten, deren Kopflosigkeit die Verwirrung nur noch größer gemacht, abgesetzt und durch eingeweihte, beste Kräfte ersetzt. Sowie das geschehen, empfing ich die Arbeiter- und Grubenbesitzerdeputationen mit dem bekannten Erfolg. Auch dieses Unternehmen mißbilligte der Fürst, der zusehends immer mehr auf Seite der Großindustrie trat und die Arbeiterbewegung, als zum Teil auch revolutionär, total unberechtigt ansah, die nur mit „Blut und Eisen", d. h. mit Kartätschen und Repetiergewehren gehemmt und geheilt werden müsse. Nach Abschluß dieser Angelegenheit zog sich der Fürst aufs Land zurück, wo er acht bis neun Monate [4]), bis zum 25. Januar dieses Jahres, verblieb. In dieser Zeit hatte er so gut wie gar keinen Verkehr mit dem Inland und hatte in Bezug auf die Arbeiterschutzanregung nur Verbindung mit dem alten Kommerzienrat Baare — einem unserer größten Arbeitsgeber — welcher der geschworenste Feind dieser Idee war. Dieselbe Zeit benützte ich, um Material über die Arbeiterschutzgesetzgebung zusammentragen zu lassen, ließ mich von allen Seiten über die Lage der Arbeiter, deren mögliche und unmögliche Wünsche orientieren, nahm Fühlung mit dem Reichstage durch seine Häupter usw. Ich kam im Herbste zu der klaren Erkenntnis und Überzeugung, daß die Zeit kostbar sei und gebieterisch eine baldige Inangriffnahme des Arbeiterschutzgesetzes erheische, daß nicht die Sozialdemokraten uns zuvorkommen dürften und diese Angelegenheit auf ihre Fahnen schreiben, wie sie es, nach genauen Nachrichten, vorhatten. Ich ließ daher den Fürsten im Laufe des Herbstes und bis in den Januar hinein in drei verschiedenen Repriesen erst bitten, dann ersuchen und schließlich als meinen Wunsch wissen, daß er eine Novelle über den Arbeiterschutz in Angriff nehmen und mir behufs Veröffentlichung eine Ordre darüber vorlegen möge. Er verweigerte dies dreimal in sehr kurzer Weise, er wolle es nicht und sei nun einmal grundsätzlich dagegen und dabei müßte es sein Bewenden haben. Darauf setzte ich mich hin und arbeitete in zwei Nächten eine Denkschrift aus, welche eine Darlegung der Verhältnisse unserer Industrie in geschichtlicher Form gab und daneben eine Reihe von Hauptpunkten bezeichnete, welche nach Ansicht aller die schwersten Übel enthielten, denen man gesetzlich umgehend zuleibe gehen müßte. Sobald ich die Arbeit beendet hatte, berief ich einen Ministerrat und den Fürsten aus Friedrichsruh. Während dieser Zeit spielten sich die

Digitized by Google

Sozialistengesetzdebatten im Reichstage ab, welche sehr unerquicklich waren, und in denen die Kartellparteien durch den unbeugsamen Eigenwillen des Kanzlers gezwungen in die Opposition gerieten. Sie hatten sich verpflichtet, ihm das Gesetz durchzubringen, wenn er nur erklären ließe, daß der Ausweisungsparagraph „zur Erwägung" gezogen werde, nicht etwa fallen gelassen. Am 25.[5]) Januar hielt ich die Staatsministerberatung ab und entwickelte meine Ansichten an der Hand meiner Denkschrift und schloß mit dem Wunsch, das Ministerium möge unter Vorsitz des Fürsten die Punkte durchberaten, auch den der Berufung einer internationalen Konferenz, und mir dann darüber zwei Erlasse zur Publikation unterbreiten. Es knüpfte sich hieran eine Erörterung, bei der der Fürst sogleich seinen feindlichen Standpunkt vom Frühjahr von neuem betonte und die ganze Angelegenheit als unausführbar bezeichnete. Die Minister waren so in Angst vor ihm, daß sich keiner zur Sache äußern wollte. Schließlich kam ich auch auf den Ausweisungsparagraph im Sozialistengesetz, welches am nächsten Tage angenommen oder fallen sollte, und bat auf das inständigste, der Fürst möge es den Regierungsparteien leicht machen und den Reichstag vor einem solchen kläglichen Ausgang mit einem Mißton bewahren, indem er bei der Schlußabstimmung in Aussicht stelle, den Paragraph „in Erwägung zu nehmen"; zugleich erwähnend, daß ich direkt von den königs- und regierungstreuen Männern darum auf das innigste gebeten worden sei. Als Antwort darauf warf er mir — es tut mir weh, den Ausdruck zu gebrauchen — in unehrerbietigster Weise mit dürren Worten seinen Abschied vor die Füße. Das Ministerium blieb stumm und ließ mich im Stich. Ich nahm natürlich das Gesuch nicht an, der Fürst hatte seinen Willen, das Gesetz fiel durch und unter allgemeinem Ingrimm und Mißvergnügen, von dem ich unter der Firma Schlappheit usw. auch verschiedenes zu hören bekam, trennte sich der Reichstag, um diese Stimmung als Vorbereitung zu den Neuwahlen im Lande zu verbreiten. Die direkten Folgen derselben sehen wir in ihrem vollsten Umfang jetzt vor uns. Von dem Moment kannst Du meinen tiefen Schmerz wohl nachfühlen, als ich nun erkennen mußte, daß der Fürst *nicht* mit mir gehen *wollte*. Es begann nun eine entsetzliche Zeit für mich. Während die Erlasse beraten wurden, versuchte er allerhand anderes hineinzubringen und ärgerte die Minister fortdauernd. Als er endlich die zwei Erlasse zur Unterschrift brachte, erklärte er mir, er sei vollkommen dagegen, sie würden zum Unheil und Verderben des Vaterlandes ausschlagen und er rate ab. Wenn ich sie dennoch unterschriebe, so werde er nur *so lange* diese Politik mitmachen, wie er es mit seinen Ansichten vereinbaren könne; ginge das nicht, so werde er gehen. Die Erlasse wurden veröffentlicht, und der enorme Erfolg, den sie hatten, belehrte den vollkommen überraschten Fürsten, daß er völlig auf einem Holzwege gewesen, daß seine ganze Opposition nutzlos und ich im Recht gewesen sei. Es kamen nun die Vorbereitungen zur Einladung der Konferenz, die Berufung des Staatsrats unter meinem Vorsitz. Er begann zugleich einen kleinen, nicht immer mit ehrlichen Mitteln geführten, Kulissenkrieg gegen mich, der mich auf das bitterste betrübte, den ich aber ruhig hinnahm. Mich auf denselben ein-

Digitized by Google

zulassen, war ich einerseits zu stolz, andererseits liebte ich den von mir angebeteten Mann zu sehr noch! Bald jedoch mehrten sich die Konflikte an allen Orten. Er hinderte plötzlich die Minister am Immediatvortrag bei mir durch Hervorziehen einer dreißig Jahr lang vergrabenen unbekannten Ordre. Er nahm den Reichsstaatssekretären alle Arbeiten fort und wollte alles selbst machen und gegenzeichnen. Dabei ging seine Gesundheit von Woche zu Woche zurück, er konnte nicht mehr schlafen, seine Nerven gaben nach. Er bekam Weinkrämpfe in den Nächten und zuweilen auch beim Vortrag. Sein Arzt erklärte, falls diese Lage noch drei Wochen weiter anhielte, würde der Fürst an einem Gehirnschlage sterben! Endlich gegen Ende Februar erklärte mir der Fürst in einem Vortrage, er könne es mit seinen Nerven und seiner Gesundheit nicht länger machen und bäte um teilweise Entlastung von den Geschäften. Ich bat ihn, mir ganz nach seinem Willen und Wunsch Vorschläge zu machen, da ich auch nur den Schein vermeiden wollte, als schicke ich ihn fort oder sehne mich nach seinem Abgang. Nach längeren Verhandlungen kam er mit dem Chef meines Zivilkabinetts, den er sich dazu ausgesucht hatte, dahin überein, daß er das Präsidium des Staatsministeriums abgeben wollte und bloß den Kanzler und das Auswärtige zu behalten wünsche. Nach einigen Wochen wolle er das dann auch abgeben und um den 20. Februar oder Anfang März ganz ausscheiden. Schweren Herzens willigte ich in seine Vorschläge ein und wurde demgemäß eine Ordre nach seinen Angaben verfaßt und bis auf das Datum, welches er sich zu bestimmen vorbehalten, fertiggestellt. Er selbst sprach sich nur mit dieser Lösung völlig zufrieden aus und erklärte mir, er werde diese Tatsache dem Ministerrat nunmehr mitteilen. Zwei Tage darauf kam er zum Vortrag und erklärte mir mit kurzen Worten zu meinem größten Erstaunen, er dächte gar nicht daran, zu gehen — er bleibe! Als Grund gab er auf meine verwunderte Frage an, das Staatsministerium habe ihn bei seiner Abgangsmitteilung nicht sofort gebeten, unter allen Umständen zu bleiben, und hätten die Herren „zu vergnügte Gesichter" darüber gemacht. Daraus habe er geschlossen, die Herren wollten ihn los sein, und da habe sich der alte Geist des Widerspruchs in ihm geregt und er werde nun bestimmt bleiben, „bloß um die Minister zu ärgern!" So schloß er. Ich konnte nur erwidern, ich freute mich sehr, ihn noch ferner an meiner Seite zu wissen, hoffte aber, daß die zunehmende Last der Arbeit und Aufregung seiner Gesundheit keinen Schaden zufügen möge. Von diesem Tage an ging nun der Kampf los. In jedem Vortrag suchte der Fürst das Ministerium zu diskreditieren; die Herren, die er sich selbst vor zwölf Jahren ausgesucht und herangebildet hatte, beschimpfte er in der gröbsten Weise und versuchte mich zu einer Massenentlassung zu zwingen, worauf ich nicht einging. Es näherte sich die Zeit der Konferenz, deren Zustandekommen er mit allen Mitteln der Diplomatie zu hintertreiben suchte. Als erst die Sitzungen des Staatsrates glänzend verliefen, die Resultate derselben auch schlagend bewiesen, daß ich mit meiner obenerwähnten Denkschrift in ihren Punkten das Richtige getroffen, da übermannte ihn die Eifersucht auf seinen armen jungen Kaiser, und er beschloß, dessen Erfolge zu zerstören! Er versuchte zunächst, einzelne

Digitized by Google

Diplomaten hinter meinem Rücken zu bestimmen, nach Hause gegen die Konferenz zu berichten, und schließlich versuchte er den Schweizer zu bereden, die Berner Regierung zu ersuchen, ihre Konferenz nicht zu meinen Gunsten aufzugeben, damit meine Konferenz durchfallen möge. Der Schweizer, ein braver, ehrlicher Kerl, der zufälligerweise ein guter Bekannter von mir ist, empört über ein solch heimtückisches, unpatriotisches Benehmen gegen den deutschen Kaiser, telegraphierte umgehend an die Berner Regierung, wenn binnen zwölf Stunden nicht die offizielle Absage der Schweizer Konferenz in seinen Händen sei, dann nähme er seinen Abschied, aber er werde sagen auch warum. Am anderen Morgen war die gewünschte Anzeige da und meine Konferenz war gerettet! Als dieser Plan fehlgeschlagen, warf sich der Fürst auf einen anderen. Der neue Reichstag war gewählt; er war entrüstet über die Wahlen und wollte ihn sobald als möglich sprengen. Dazu sollte das Sozialistengesetz wieder herhalten. Er schlug mir vor, ein neues, noch verschärftes Sozialistengesetz einzubringen; das werde der Reichstag ablehnen, dann werde er ihn auflösen. Das Volk sei schon aufgeregt, die Sozialisten würden aus Ärger Putsche machen, es würde zu revolutionären Auftritten kommen, und dann sollte ich ordentlich dazwischen schießen und Kanonen und Gewehre spielen lassen. Darüber — das war seine heimliche Absicht — wäre Konferenz und Arbeiterschutzgesetz natürlich verloren gegangen und als Wahlmanöver oder Utopie für lange unmöglich. Ich ging hierauf nicht ein, sondern erklärte rund heraus, daß das ein unmöglicher Rat sei, einem jungen, eben anfangenden König — der unter allerhand Verdacht stehe — zu geben, die Bitten und Wünsche seiner Arbeiteruntertanen mit Schnellfeuer und Kartätschen zu beantworten. Darüber wurde er sehr zornig. Erklärte, zum Schießen müßte es doch kommen, und daher je eher, desto besser, und wenn ich nicht wollte, dann gäbe er seinen Abschied hiemit. Da war ich nun wieder vor einer Krise! Ich ließ mir die Führer der Kartellparteien kommen und stellte ihnen die Frage, ob ich ein Sozialistengesetz einbringen und den Reichstag sprengen solle oder nicht. Einstimmig erklärten sie sich dagegen. Sie sagten, die Erlasse, der Staatsrat wirkten bereits beruhigend; ebenso werde es die Konferenz. Von Putschen oder revolutionären Bewegungen sei keine Rede, und die Arbeiterschutzgesetzgebung werde spielend durch den Reichstag durchgehen, und wenn man ihm nicht allzuschwere Vorlagen bringe, werde er sich ganz vernünftig machen. Sie ermächtigten mich, dies als ihrer Wähler Meinung dem Fürsten mitzuteilen und ihn zu warnen vor jeder Brüskierung mit Sozialistengesetzvorlagen, da er auch nicht eine Stimme dafür erhalten werde. Der Fürst kam, und sorgenvoll ob des Ausgangs der Unterredung eröffnete ich ihm, daß ich nicht auf den Wunsch, das Gesetz einzubringen, eingehen könne. Darauf erklärte er, ihm liege an der ganzen Geschichte nichts! und wenn ich das Gesetz nicht einbringen wolle, sei es damit abgetan! Es war ihm seine ganze Stellung, die er noch vor wenigen Tagen mir gegenüber in dieser Sache eingenommen hatte, aus dem Gedächtnis entschwunden! Und eine Angelegenheit, wegen der er die Minister, mich und die Regierungsparteien über vier Wochen in der größten Aufregung gehalten,

Digitized by Google

wegen welcher er Minister hatte stürzen und Konflikte heraufbeschwören wollen, ließ er wie eine Lappalie fallen! Durch diese Machinationen und Intrigen, Reibereien und Aufeinanderhetzungen auf allen möglichen Gebieten, auch durch das Fehlschlagen seiner kleinen „Embassaden" war aber der Fürst in einen Zustand der Aufregung geraten, der seinesgleichen nicht kannte. Zornausbrüche, Grobheiten der schroffsten Art mußten sich die Minister von ihm gefallen lassen, bis sie sich weiter zu arbeiten weigerten. Die Geschäfte stockten und häuften sich, nichts wurde mehr erledigt, kein Projekt von noch so großer Dringlichkeit konnte mir vorgelegt werden, da der Immediatvortrag — NB. hinter meinem Rücken — den Ministern verboten war. Alles mußte ihm vorgelegt werden, und was er nicht haben wollte, wies er einfach zurück und ließ es nicht bis zu mir dringen. Es entstand eine allgemeine Unzufriedenheit in den Beamtenkreisen, die auch bis in die parlamentarischen hineinreichte. Dazu erhielt ich durch meinen Leibarzt die Kunde von der großen Besorgnis seines Arztes, daß der Fürst in einem solchen Zustand sei, daß er in kurzem einem totalen Zusammenbruch entgegen gehe, der mit Nervenfieber und Gehirnschlag ende! Alle meine Versuche, auf irgend eine Weise, durch größere Teilnahme an den Geschäften, dem Fürsten Erleichterung zu verschaffen, faßte er als Versuche, ihn hinauszudrängen, auf. Herren und Räte, die ich kommen ließ, um mit ihnen Angelegenheiten zu besprechen, fielen deswegen bei ihm in Ungnade und standen unter dem Verdacht, gegen ihn zu intrigieren bei mir! Endlich kam es zum Klappen, die aufgespeicherte Elektrizität entlud sich auf mein „schuldig Haupt"! Der Fürst, von Kampfeslust beseelt und von den oben angeführten Motiven geleitet, bereitete im stillen und zum Entsetzen der Eingeweihten, trotz meiner gegenteiligen Befehle, eine Kampagne gegen den neuen Reichstag vor. Alle sollten geärgert und geprügelt werden. Erst die Kartellparteien abgetrumpft und dann die Sozialisten gereizt werden, bis der ganze Reichstag in die Luft flog und S. M. nun doch gezwungen werden, nolens volens zu schießen! Dazu kam die vom Juden Bleichröder inszenierte Entrevue mit Windhorst, die einen Sturm der Entrüstung im Vaterlande losließ, und die offiziös mit einem Mysterium umgeben wurde, welches auf alles mögliche schließen ließ. Noch dazu suchte man den Schein zu wecken, als ob ich darum gewußt und sie gebilligt hätte, während ich die Tatsache erst drei Tage später durch die Zeitungen und bestürzten Anfragen, die ich von allen Seiten erhielt, erfuhr. Als ich am dritten Tage nach dieser Affäre, die immer weitere Kreise schlug und für den Fürsten anfing, ein recht unangenehmes Gesicht zu bekommen, mit ihm Zusammenkunft hatte, brachte er die Sprache auf den Windhorst'schen Besuch und stellte ihn so dar, als ob derselbe ihm quasi in seinem Vorzimmer unvermutet erschienen und ihn überrascht habe. Ich hatte jedoch bestimmt erfahren, daß Bleichröder ihm diese Entrevue mit seinem Einverständnis arrangiert hatte. Als ich dies dem Fürsten sagte und ihn bat, er möge mich doch durch irgend ein Billet oder mündliche Mitteilung seines Sekretärs über eine solche wichtige Angelegenheit orientieren, brach der Sturm los! Aller Höflichkeit und Rücksicht bar, sagte er mir, er ließe sich nicht von mir am Gängelbande

Digitized by Google

führen; so was verböte er sich ein- für allemal von mir; ich hätte vom parlamentarischen Leben keine Ahnung; ich hätte ihm in solchen Dingen überhaupt nichts zu befehlen usw. usw. Als er sich endlich ausgetobt, versuchte ich, ihm klar zu machen, daß es sich nicht um Befehle hier handle, sondern, daß mir daran läge, über solche wichtige Schritte — welche für mich eventuell bindende Entschließungen, denen ich mich nicht entziehen könnte, zur Folge hätten — nicht hinterher durch die Presse orientiert zu werden, sondern das von ihm zu hören, damit ich mir danach doch meinen Vers machen könne. Allein das half nichts. Als ich ihm nun schilderte, was er für eine Aufstörung und Verwirrung durch diesen Besuch in dem von den Wahlen noch erregten Volke gemacht habe, und daß das doch nicht seine Absicht sei, da entschlüpfte ihm das folgende Wort: „Es ist im Gegenteil meine Absicht! Es muß im Lande eine solche völlige Verwirrung und ein solches Tohuwabohu herrschen, daß kein Mensch mehr wisse, wo der Kaiser mit seiner Politik hinaus wolle!!“ Als ich hierauf erklärte, das wäre durchaus nicht meine Absicht, sondern meine Politik müsse offen und sonnenklar meinen Untertanen gegenüberstehen, erklärte er, nichts mehr zu sagen zu haben, und warf mir barsch sein Abschiedsgesuch vor die Füße. Ich reagierte nicht auf diese *dritte* Szene im Lauf von sechs Wochen, sondern ging über zum Ministerrat und zu der Ordre, durch die er die Immediatvorträge verhindert habe. Er erklärte, er traue „seinen“ Ministern nicht; sie trügen mir hinter seinem Rücken Dinge vor, die „er“ nicht billigen könne, und deshalb habe er sie darüber belehrt. Als ich ihn darauf aufmerksam machte, daß darin eine schwere Beleidigung für mich, seinen ihm so treu und innig zugetanen Souverän, liege, den er heimlicher Intrigen hinter seinem Rücken bezichtigte, wollte er das nicht zugeben. Er werde aber, wenn ich das verlangte, mir sofort im Lauf des Tages die Ordre zur Aufhebung einsenden; es sei das schließlich egal. Als ich nun nochmal — lediglich in der Absicht, dem augenfällig schwerkranken und nervös überreizten Mann ein Teil seiner Arbeit und Sorgen abzunehmen — ihn bat, mich mehr teilnehmen zu lassen am Geschäft und bei wichtigen Entschließungen mich mit einzuweihen und hören zu lassen, verweigerte er es entschieden mit dem Bemerken, er müßte seine Entschlüsse vorher schon fest gefaßt haben, ehe er zu mir komme! In tiefem Schmerz und wunden Herzens sah ich nun klar, daß der Dämon der Herrschsucht den hehren, großen Mann erfaßt hatte und daß er jede Angelegenheit, welcher Natur sie war, benützte zum Kampf gegen den Kaiser. Er wollte allein alles machen und herrschen und dem Kaiser nicht einmal unterbreiten dürfen. Mit dem Augenblick war es mir klar, daß wir uns trennen mußten, sollte nicht alles moralisch ruiniert und zugrunde gerichtet werden. Gott ist mein Zeuge, wie ich in mancher Nacht im Gebet gerungen und gefleht habe, das Herz dieses Mannes zu erweichen und mir das furchtbare Ende ersparen möge, ihn von mir gehen zu lassen! Allein es sollte nicht sein! Als nach zwei Tagen die Ordre zum Kassieren nicht vom Fürsten eingesandt war, ließ ich bei ihm anfragen, ob er sie nicht schicken wolle. Er antwortete, es fiele ihm gar nicht ein, er brauche sie gegen „seine“ Minister! Da riß mir die Geduld; mein alter Hohenzollerscher Familienstolz

Digitized by Google

bäumte sich auf; jetzt galt es, den alten Trotzkopf zum Gehorsam zu zwingen oder die Trennung herbeizuführen; denn jetzt hieß es, der Kaiser oder der Kanzler bleibt oben. Ich ließ ihn noch einmal bitten, die Aufhebung der Ordre einzusenden und sich meinen ihm früher ausgesprochenen Wünschen und Bitten zu akkomodieren, was er glatt verweigerte. Damit war das Drama zu Ende; der Rest ist Dir bekannt.

Der Mann, den ich mein Leben lang vergöttert hatte, für den ich im Elternhause wahre Höllenqualen moralischer Verfolgung ausgestanden; der Mann, für den ich allein nach dem Tode Großpapas mich in die Bresche geworfen, um ihn zu halten, wofür ich den Zorn meines sterbenden Vaters und den unauslöschlichen Haß meiner Mutter auf mich lud, der achtete das alles nichts und schritt über mich hinweg, weil ich ihm nicht zu Willen war! Welch ein Dolchstoß für mein Herz! Seine grenzenlose Menschenverachtung, die er für alle hatte, auch für die, welche sich für ihn zu Tode arbeiteten, spielte ihm hier einen schlimmen Streich, indem er auch seinen Herrn für nichts achtete und ihn zu seinem Trabanten herabwürdigen wollte. Als er sich bei mir abgemeldet hatte und mich beschuldigte, ihn weggejagt zu haben, habe ich geschwiegen und nichts gesagt; und nachdem er hinaus war, brach ich — ich schäme mich, es zu sagen — zusammen mit einem Weinkrampf.

Aus diesem langen Opus mögest Du nun ermessen, was für einen Winter ich hinter mir habe und ob ich falsch gehandelt[6]). Als braver und treu bewährter Freund stand mir der Großherzog von Baden in den letzten schweren Tagen bei und fand mein Verhalten seine völlige Billigung.

Der Nachfolger ist nächst Bismarck der größte Deutsche, den wir haben, mir treu ergeben und ein felsenfester Charakter[7]). Du wirst deine Freude an ihm haben, wenn Du ihn einmal sehen wirst.

Dein treuer Freund Wilhelm. I. R.

Beendet den 5. April.

[1]) Mit Rotstift unterstrichen, [2]) und die Berichte aus Kiew? [3]) das zweimalige „anstellen ließ“ zeigt, daß der Brief nicht nochmals überlesen wurde, ehe er abging. [4]) falsch, s. oben S. 412. [5]) falsch, am 24. Januar, s. oben S. 412. [6]) Mit Rotstift unterstrichen, [7]) am Rand des Briefes ein Rotstiftstrich.

9. Kaiser Franz Joseph I. an Kaiser Wilhelm II.

Wien, 12. April 1890.

Mein teurer Freund!

Durch Graf [General] [1]) Wedel wirst Du bereits unterrichtet sein, wie sehr mich die ihm anvertraute Mission erfreut und zu Dank verpflichtet hat. Erst nachdem ich mit dem lebhaftesten Interesse Zeile für Zeile Deiner klaren Schilderung kaum für möglich zu haltender Vorgänge bis zum Schlusse

Digitized by Google

gefolgt war, erkannte ich, welch tiefen Dank ich Dir schulde für die rückhaltlosen Eröffnungen vertrauensvoller Freundschaft und für die viele Mühe, welcher Du Dich unterzogen hast, um mich in der Überzeugung zu festigen, daß Du unter den gegebenen Verhältnissen nicht anders konntest, als Deinem hochherzigen Entgegenkommen, Deiner [bewunderungswürdigen] [2]) Ruhe und Geduld endlich durch einen, von höheren Rücksichten gebotenen festen Entschluß die Grenze zu ziehen. Jetzt, nachdem ich näheren Einblick in die wahren Verhältnisse der Lage gewonnen, kann ich ermessen und mit Dir fühlen, wie schwer Dir dieser Entschluß fallen mußte, wie bittere Stunden Du seit dem Beginne der Krise durchzumachen hattest. Teile ich mit Dir das tiefe Bedauern über die Notwendigkeit, daß es so weit kommen mußte, so beklage ich nicht minder, daß ein so großer, ein um Preußen, Deutschland und den Frieden so hochverdienter Mann sich, selbst seinem Kaiser und Herrn gegenüber, zu einem Vorgehen hinreißen lassen konnte, für welches es in seinen letzten Ursachen leichter eine Erklärung als eine Entschuldigung zu finden sein möchte. Der Gedanke, daß Du bei Lösung des verworrenen Knotens einer unabweislichen Staatsnotwendigkeit gehorchtest, wird Dich vollends beruhigen. Ich bin überzeugt, daß Du in der gegenwärtigen, unendlich schwierigen Periode das Steuer nach Innen und Außen mit fester Hand, mit ruhiger Umsicht und Überlegung führen wirst, unterstützt von dem neuen Reichskanzler, den Du gewiß mit vollem Rechte als den richtigen Mann erkannt hast, und welchen kennen zu lernen ich mich sehr freue. Eine besondere Bürgschaft für die Zukunft sehe ich darin, daß Du, geleitet von weiser Unparteilichkeit und klarem Urteile, Gl. v. Caprivi gewählt hast, obschon zwischen Dir und ihm bei einer früheren Gelegenheit eine Meinungsverschiedenheit entstanden war.

Mit dem Ausdrucke der freudigen Erwartung, Dich im Herbste in Schlesien wiederzusehen, und dem wärmsten Danke für Deinen freundlichen Besuch der Kaiserin in Wiesbaden verbinde ich die erneute Versicherung, daß Du nach wie vor und für alle Zeit rechnen kannst auf die treueste Freundschaft Deines Dir in herzlicher Aufrichtigkeit ergebenen Freundes und Bruders.

[1]) Von Kaiser Franz Joseph hinzugesetzt. [2]) von Kaiser Franz Joseph gestrichen.

10. Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Franz Joseph I.

Berlin, 14. April 1890.

Mein teurer Freund!

Gen. v. Bolfras hat mir soeben Deinen mir unendlich wohltuenden lieben Brief überbracht. Ich beeile mich nochmals, Dir auf das wärmste für das mir ausgesprochene Vertrauen zu danken. Es lag ja mir vor allem daran — bei der hohen Verehrung, welche ich für Deine erlauchte Person habe — daß nicht der leiseste Zweifel und nicht der geringste Schein einer Unklarheit bei Dir in betreff der hiesigen Verhältnisse sei. Vor allem war

Digitized by Google

ich auch dessen gewiß — was auch so warm aus Deinen Zeilen hervorleuchtet — daß Du imstande wärest zu fühlen, was die Zeit für mich gewesen und wie unendlich schwer und bitter der Kampf und die Entscheidung für mich waren. Aber es ist besser so, und besser auch für unser Verhältnis zueinander, da, bei der Selbständigkeit und zugleich Heimlichkeit des Fürsten ich leider nicht in der Lage gewesen wäre, ganz unbedingt zu wissen, was für Wege er in unserer äußeren Politik ohne mein Wissen einschlug und wie dieselben vor meinen Bundesgenossen zu rechtfertigen wären.

Ich war so dankbar, daß die Kaiserin mir erlaubte, sie zu besuchen. Sie sah wohl aus, war mit ihrer Kur sehr zufrieden und war unendlich liebevoll und gnädig für mich, und freue ich mich, Dir gutes von Wiesbaden berichten zu können. Das junge Paar [1]) strahlt vor Glück und Zufriedenheit.

Mit tausend Grüßen und auf freudiges Wiedersehen Dein treuer Freund

Wilhelm.

[1]) Kronprinz Rudolf von Österreich und seine Gemahlin Stephanie.

11. Kaiser Wilhelm II. an Kaiser Franz Joseph I.

Potsdam, 12. Juni 1892.

Mein teurer Freund!

Mein festes Vertrauen in Deine mir so oft bezeigte Freundschaft und Zuneigung veranlaßt mich, Dir eine Angelegenheit, die mir sehr am Herzen liegt, vorzutragen.

Der Fürst Bismarck wird Ende des Monats in Wien eintreffen, um seinen Sohn ehestens zu verheiraten, zweitens um sich von seinen Bewunderern vorbestellte Ovationen bereiten zu lassen. Die Art seines Abgangs ist Dir ja durch mich bekannt. Du weißt auch, daß ein Hauptstück von ihm der geheime Vertrag — à double tonds — mit Rußland war, der hinter Deinem Rücken geschlossen, von mir aufgelöst ward.[1]) Seit der Zeit seines Rücktritts hat der Fürst in der perfidesten Manier in seiner Presse und in der fremder Länder gegen mich, Caprivi, meine Minister usw. Krieg geführt. Er wird dabei von vielen tatsächlichen bona fide Bewunderern und vielen Feinden Caprivis unterstützt. Unbegreiflicherweise lanziert er seine stärksten Bomben gegen den Dreibund, sein eigenstes Werk, auf welches er so stolz gewesen, und vor allem gegen unser festes Zusammenhalten und Gehen mit Dir und Deinem braven Volk. Seine geradezu empörende Haltung Euch gegenüber in der Frage der Handelsverträge ist ja noch genügsam bekannt, um darüber Worte zu verlieren. Nachdem nunmehr alle seine Angriffe und Beunruhigungsversuche zu erlahmen scheinen, hat er den „Versöhnungsdrang“ zu mir in die Welt gesetzt und wirbelt damit Staub und Gemüter aufs neue auf. Ich brauche Dir nicht erst zu versichern, daß dieses ein neuer „Schwindel“ von ihm ist, der bloß auf die Sensationslust und Neugierde der blöden Masse berechnet ist. Er hat nicht den leisesten Versuch einer Andeutung mir gegenüber gemacht, um sich mir zu nähern

Digitized by Google

und peccavi zu sagen, und versucht mit aller List und Kunst es so zu drehen, daß ich der Entgegenkommende sein soll und vor der Welt dastehen soll. Als Hauptnummer seines Programms in dieser Angelegenheit hat er sich eine Audienz bei Dir ausgedacht. Unter ungezogenster Ignorierung meines Hofes und der Kaiserin begibt er sich nach Dresden und Wien, um dort sich sofort vorzustellen und den alten treuen Mann herauszubeißen.

Einer Persönlichkeit gegenüber, die ihn auf das Taktlose dieses Unternehmens hinwies und Eure Stellung zu ihm seit den Veränderungen betonte, erwiderte er wegwerfend: „Ah, Kalnoky werde er schon herumkriegen." Ich möchte daher in meinem und meiner Regierung Interesse Dich als den treuen Freund bitten, mir nicht im Lande die Lage zu erschweren, indem du den ungehorsamen Untertan empfängst, ehe er nicht sich mir genähert und peccavi gesagt hat. Ich habe auch den zu vermitteln stets bereiten Leuten erklärt, daß ich vom Fürsten einen unzweideutigen Brief erwarte, in dem er mich ersuchte, wieder in Gnaden angesehen zu werden, eher würde ich mich auf nichts einlassen. Er hat das nicht getan, vielmehr an dritte gesagt, er würde nur eine formelle „Aussöhnung"![1] machen, da er nach wie vor das Recht, mich zu kritisieren, sich vorbehalte!!

Also nach dieser Sachlage bitte ich Dich, den Fürsten nicht zu empfangen. Mit tausend Grüßen an die Kaiserin

Dein treuer Freund und Vetter

Wilhelm.

[1]) Mit Rotstift angezeichnet.

12. Kaiser Franz Joseph I. an Kaiser Wilhelm II.

Wien, 15. Juni 1892.

Meiner teurer Freund!

In Deinem lieben Schreiben vom 12. d., welches ich [sofort] [1]) zu beantworten mich beeile, erblicke ich einen neuen Beweis vertrauensvoller Zuneigung und Freundschaft, die ich von ganzem Herzen erwidere und bei jeder Gelegenheit zu betätigen gerne bereit bin.

Was den Anlaß zu Deinem Schreiben, das bevorstehende Eintreffen des Fürsten Bismarck in Wien anbelangt, so weißt Du, daß ich ungeachtet mancher schwer zu vergessenden Erfahrungen, mit dem Fürsten bis zu dessen Rücktritt aus Deinem Dienste stets mit Offenheit [und Wohlwollen] [2]) freundschaftlich verkehrt habe. Seine seitherige Haltung in Friedrichsruhe, namentlich auch Österreich gegenüber, würde mich noch immer nicht bestimmt haben, eine erbetene Audienz als einfachen Akt gegenseitiger Höflichkeit zu verweigern. Da Du jedoch in Anbetracht des Umstandes, daß die gewährte Audienz Deine und Deiner Regierung Lage im Lande erschweren würde, einen so hohen Wert darauf legst, daß ich den Fürsten nicht empfange, so ist es selbstverständlich, daß ich Deinem Wunsche ohne weiteres nachkommen werde.

Digitized by Google

Indem ich Dich zu dem erfreulichen Verlaufe der Kieler Zusammenkunft beglückwünsche, Dich bitte, mich der Kaiserin zu Füßen zu legen **und den besten Dank und die besten Grüße meiner Frau entgegenzunehmen**[3]), verbleibe ich in aufrichtiger Anhänglichkeit

Dein treuer Freund und Vetter.

[1]) Ursprünglich: umgehend. [2]) von Kaiser Franz Joseph gestrichen. [3]) das Unterstrichene von Kaiser Franz Joseph hinzugesetzt.



Digitized by Google

Zeittafel

1815. 1. April Otto v. Bismarck in Schönhausen geboren.
1822. Im Plamannschen Institut.
1827. Im Friedrich-Wilhelmsgymnasium.
1830. Im Gymnasium zum grauen Kloster. Einsegnung durch Schleiermacher.
1832. Auf der Universität Göttingen.
1832. Auf der Universität Berlin.
1835. Auskultatorexamen. Referendar in Aachen.
1838. Einjähriger im Gardejägerbataillon.
1839. Tod der Mutter 1. Januar. Austritt aus dem Staatsdienst 22. Oktober. Landwirt in Hinterpommern.
1842. Rettung des Reitknechts Hillebrand 24. Juni. Reise nach Schottland, England, Frankreich.
1843. Marie von Thadden.
1844. Hochzeit der Schwester 30. Oktober. Norderney. Kreisdeputierter.
1845. Tod des Vaters 22. November. Übersiedlung nach Schönhausen.
1847. Eintritt in den vereinigten Landtag 12. Mai. Heirat mit Johanna v. Puttkamer 28. Juli.
1848. Revolution in Berlin 18. März. Neue Preußische (Kreuz-)Zeitung 1. Juli. Oktroyierte Verfassung 5. Dezember.
1849. Bismarck am 5. Februar für Westhavelland in den Landtag gewählt. Rede vom 21. April gegen die Reichsverfassung. 28. Juli Neuwahl.
1850. Im Erfurter Reichstag 20. März.
1851. Im Bundestag zu Frankfurt 10. Mai bezw. 1. Juli.
1852. Londoner Protokoll 8. Mai. Verhandlungen über einen Handelsvertrag zu Wien im Juni.
1854. Krimkrieg 28. März (bis 30. März 1856).
1858. Regentschaft in Preußen 26. Oktober.
1859. Gesandter in St. Petersburg 22. März. Italienischer Krieg. Erkrankung im Juni. Nationalverein 16. September.
1860. „Teutonischer Teufel" 16. Juni.
1861. Wilhelm I. König 2. Januar. Denkschrift über die Umgestaltung Deutschlands, Juli. Bernstorff auswärtiger Minister statt Schleinitz 10. Oktober. Bismarck wirklicher Geh. Rat und Exzellenz, 18. Oktober. Heeresreorganisation. Fortschrittspartei, Dezember.
1862. Französischer Handelsvertrag 29. März. Gesandter in Paris 22. Mai. Ministerpräsident 23. September. Eisen und Blut. Militärkonflikt. Deutscher Reformverein 28. Oktober. Einschreiten in Kurhessen 24. November.

Digitized by Google

1863. Polnischer Aufstand. Vertrag mit Rußland 8. Februar. Landtagsschluß 27. Mai. Preßverordnung 1. Juni. Der Kronprinz in Danzig 5. Juni. Bismarck und Lassalle. Frankfurter Fürstentag 16. August. Neuwahl des Landtags 1. November. Tod Friedrichs VII. von Dänemark 15. November. Preußisch-österreichischer Antrag über Schleswig beim Bund 28. Dezember.

1864. Einmarsch Wrangels in Schleswig 1. Februar. Sturm auf Düppel 18. April. Londoner Konferenz 25. April. Alsen erobert 29. Juni. Wiener Friede 30. Oktober. Lothar Bucher ins auswärtige Amt berufen.

1865. Depesche nach Wien 22. Februar. Ministerrat 29. Mai. Vertrag von Gastein 14. August. Erblicher Grafenstand 16. September. Bismarck in Biarritz, Oktober.

1866. Obertribunalbeschluß 29. Januar. Italienischer Vertrag 8. April. Preußischer Vorschlag der Berufung eines deutschen Parlaments an Bund 9. April. Mordversuch Cohens 7. Mai. Preußischer Reformvorschlag 10. Juni. Preußen tritt aus dem deutschen Bund aus 16. Juni. Königgrätz und Neuwahl des Landtags 3. Juli. Nikolsburger Vorfriede 26. Juli. Französische Forderungen 5. August. Verträge mit den Süddeutschen 13.—22. August; Schutz und Trutz. Prager Frieden mit Österreich 23. August. Indemnität 3. September. Erkrankung in Putbus im Oktober. Nationalliberale und Freikonservative.

1867. Wahl des konstituierenden Reichstags 12. Februar. Bismarck Generalmajor, Dotation, Varzin 12. Februar. Anfrage wegen Luxemburg 1. April. Verfassung des norddeutschen Bundes angenommen 16. April. Luxemburg neutralisiert 11. Mai. Erneuerung des Zollvereins, Oktober.

1868. Wahlen zum Zollparlament 24. März. Allgemeine Wehrpflicht im Süden.

1869. Entlassungsgesuch 22. Februar abgelehnt. Camphausen Finanzminister 26. Oktober.

1870. Rede über die Todesstrafe 1. März. Spanische Thronkandidatur Leopolds von Hohenzollern. Gramonts Rede 6. Juli. Vorgänge in Ems, Emser Depesche 13. Juli. Kriegserklärung 19. Juli. Sedan 1. September; Begegnung mit Napoleon III. 2. September. Rundschreiben vom 13. und 16. September. Verhandlungen mit den Süddeutschen in Versailles 22. Oktober. Vorträge 15., 23. und 25. November. Brief Ludwigs II. von Bayern über den Kaisertitel 1. bezw. 3. Dezember. Zentrumspartei 13. Dezember. Simson mit der Reichstagsabordnung in Versailles 18. Dezember.

1871. Ausrufung des Kaisertums in Versailles 18. Januar. Paris ergibt sich 28. Januar. Vorfriede 26. Februar. Einzug in Paris 1. März. Reichskanzler, erblicher Fürstentitel. Eröffnung des Reichstags 21. März. Frankfurter Frieden 10. Mai. Schenkung von Friedrichsruh, erbliche Herrenshausmitgliedschaft 24. Juni. Kulturkampf.

Digitized by Google

Aufhebung der katholischen Abteilung 8. Juli. Kaiserzusammenkunft, September. Kanzelparagraph 8. November.

1872. Falk Kultusminister 22. Januar. Schulaufsichtsgesetz 11. März. Canossa 14. Mai. Jesuitengesetz 4. Juli. Kreisordnung, Pairsschub 7. Dezember.

1873. Abgabe des preußischen Ministerpräsidiums an Roon 1. Januar bis 9. November. Goldwährung. Markrechnung. Maigesetze. Antrag Lasker über das bürgerliche Recht angenommen 12. Dezember.

1874. Arnim abberufen, April. Septennat 20. April. Expatriierungsgesetz 4. Mai. Mordversuch Kullmanns 13. Juli.

1875. Zivilehegesetz 6. Februar. Kriegsgefahr mit Frankreich, Gortschakoff, April. Ordensgesetze 1. Mai. Aufstand in der Herzegowina 9. Juli.

1876. Christoph von Tiedemann in die Reichskanzlei 9. Februar (bis 5. Oktober 1881). Deklaranten 26. Februar. Reichseisenbahnprojekt 4. Juni. Deutschkonservative Partei 7. Juli. Anfrage aus Livadia, Oktober.

1877. Entlassungsgesuch 1. April: „Niemals!" Korvette „Bismarck" 25. Juli. Verhandlungen mit Bennigsen und Gambetta, Dezember.

1878. Leo XIII. 20. Februar. Stellvertretungsgesetz 17. März. Bismarck und Masella, Juni. Nobilings Mordversuch 2. Juni. Auflösung des Reichstags. Berliner Kongreß 13. Juli. Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie 18. Oktober.

1879. Zoll- und Steuerreform 12. Juli. Falk durch Puttkamer ersetzt 14. Juli. Abbruch der Kulturkampfgesetze. Bund mit Österreich 7. Oktober.

1880. Bismarck Handelsminister 23. August. Volkswirtschaftsrat, Steuernachlaß in Preußen.

1881. Vertrag zwischen Deutschland, Österreich und Rußland 18. Juni. Oppositioneller Reichstag 27. Oktober. Kaiserliche Botschaft 17. November. „Dynastien national" 28. November.

1882. Erlaß vom 4. Januar über das Recht des Königs. Dreibund 20. Mai. Ablehnung des Tabakmonopols 14. Juni. Deutsche Kolonialgesellschaft 8. Dezember.

1883. Gesetz über Krankenversicherung 15. Juni.

1884. Lüderitzland (Angra Pequena) unter Reichsschutz 24. April. Gesetz über Unfallversicherung 6. Juli. Kamerun Reichskolonie 11. Juli. Erneuerung des Vertrages vom 18. Juni 1881 am 15. September. Kongokonferenz in Berlin 15. November. Neuguinea unter Reichsschutz 17. Dezember.

1885. Generalakte der Kongokonferenz 26. Februar. Schutzbrief für Deutsch-Ostafrika 27. Februar. Unterstützung der Postdampferlinien 23. März.

1886. Ansiedlungsgesetz 26. April. Karolinenstreit 24. August ff. Christusorden 31. Dezember.

1887. Reichstagsauflösung 14. Januar. Annahme des Septennats 9. März. Kulturkampf beendigt 23. Mai. Rückversicherungsvertrag 18. Juni.

Digitized by Google

Alexander III. in Berlin 18. November. Brief an Salisbury 22. November. Mittelmeerabkommen Englands mit Österreich und Italien 12. Februar und 12. Dezember.

1888. Zweites Landwehraufgebot hergestellt. Rede vom 6. Februar. Tod Kaiser Wilhelms I. 9. März und Kaiser Friedrichs III. 15. Juni. Kaiser Wilhelm II. Battenbergische Heirat, April. Fall Geffcken. Immediatbericht 23. September.

1889. Alters- und Invaliditätsgesetz 22. Juni. Bismarck ab 16. Oktober in Friedrichsruh.

1890. Kronrat 24. Januar. Kaiserliche Erlasse 4. Februar. Reichstagswahl 20. Februar. Audienz am 15. März. Bismarcks Entlassung 20. März. Caprivi Reichskanzler. Aufgabe des Rückversicherungsvertrages. Erlaß vom 23. Mai. „Gedanken und Erinnerungen" begonnen.

1891. Wahl in Geestemünde 30. April. Österreichischer Handelsvertrag 18. Dezember.

1892. Uriasbrief 9. Juni. Hochzeit des Grafen Herbert in Wien 21. Juni. Lothar Buchers Tod 12. Oktober. Brief an Lucius vom 20. Dezember.

1893. Erkrankung in Kissingen Ende August.

1894. Der kaiserliche Flügeladjutant Graf Kuno v. Moltke in Friedrichsruhe 22. Januar. Bismarck beim Kaiser in Berlin 26. Januar. Caprivi entlassen, Hohenlohe-Schillingsfürst Reichskanzler 26. Oktober. Tod der Fürstin Johanna 27. November.

1895. Reichstagsbeschluß vom 23. März. Bismarcks 80. Geburtstag 1. April.

1896. Li-Hung-Tschang bei Bismarck 25. Juni. Veröffentlichung der Tatsache des Rückversicherungsvertrags 24. Oktober.

1897. „Handlanger." Der Kaiser bei Bismarck 17. Dezember.

1898. Bismarcks Tod 30. Juli. Erscheinen der zwei ersten Teile der „Gedanken und Erinnerungen".



Digitized by Google

Wichtigste Bismarckliteratur

I. Quellenwerke.

Bismarck, Gedanken und Erinnerungen. Zwei Bände, Stuttgart, Cotta, 1898 (Volksausgabe, mit Register versehen, 1905).

— — Dritter Band. Stuttgart, Cotta 1919. (Im Buchhandel erst 1921.)

— — Schulausgabe mit Einleitung und Anmerkungen, herausgegeben von Gottlob Egelhaaf. Stuttgart 1913.

— — Anhang, herausg. von Horst Kohl. I. Kaiser Wilhelm und Bismarck. II. Aus Bismarcks Briefwechsel. Stuttgart, Cotta 1901.

— — Pahncke, Die Parallel-Erzählungen Bismarcks zu seinen Gedanken und Erinnerungen. Halle 1914.

Vom jungen Bismarck. Briefwechsel Otto v. Bismarcks mit Gustav Scharlach. Weimar 1912.

Bismarckbriefe 1836—1872. Herausg. von Horst Kohl. Bielefeld, Velhagen u. Klasing, 1897.

Neue Bismarckbriefe. Herausg. von Heinrich v. Poschinger. 1889—1891.

Bismarcks Briefe an seine Braut und Gattin. Herausgegeben vom Fürsten Herbert Bismarck. Stuttgart, Cotta, 1900.

Bismarcks Briefe an seine Gattin aus dem Kriege 1870—71. Stuttgart, Cotta. 1903. (In die zweite Auflage der Briefe an die Braut aufgenommen.)

Bismarcks Briefe an den General Leopold v. Gerlach. Herausgegeben von Horst Kohl. Stuttgart, Cotta, 1896.

Bismarcks Briefwechsel mit dem Minister Freiherrn v. Schleinitz 1858 bis 1861. Stuttgart, Cotta, 1905.

Briefe Bismarcks an Schwester und Schwager 1843—1897. Im Auftrage der Frau Gräfin Sibylle v. Bismarck, geb. v. Arnim, herausgegeben von Horst Kohl. Leipzig 1915.

Bismarcks Briefe an seinen Sohn Wilhelm. Berlin 1921.

Fürst Bismarck. Regesten zu einer wissenschaftlichen Biographie des ersten deutschen Reichskanzlers. Von Horst Kohl. 2 Bände. Leipzig 1891—92.

Bismarck, Politische Reden. Historisch-kritische Gesamtausgabe besorgt von Horst Kohl. Vierzehn Bände, Stuttgart, Cotta, 1892—1905.

Bismarck-Jahrbuch. Herausgegeben von Horst Kohl. Sechs Bände, Stuttgart, Cotta, 1894—1899.

Arthur v. Brauer, Erich Marcks und Karl Alexander v. Müller, Erinnerungen an Bismarck. Stuttgart 1915.

Busch, Moritz, Tagebuchblätter. Drei Bände, Leipzig, Grunow, 1899.

Digitized by Google

Professor Freiherr v. Eppstein, Fürst Bismarcks Entlassung. Berlin 1920.
Hahn, Ludwig, Fürst Bismarck. Sein politisches Leben und Wirken urkundlich in Tatsachen und des Fürsten eigenen Kundgebungen dargestellt. Fortgeführt von C. Wippermann. Fünf Bände, Berlin, Hertz, 1878—1891.
Hofmann, Hermann, Fürst Bismarck 1890—1898. Drei Bände. Stuttgart 1913—1914.
Keudell, Robert v., Fürst und Fürstin Bismarck. Erinnerungen aus den Jahren 1846—1872. Stuttgart, Spemann. 1901.
Freiherr Lucius v. Ballhausen, Bismarckerinnerungen. Stuttgart 1920.
Mittnacht, Freiherr v., Erinnerungen an Bismarck. Zwei Bändchen. Stuttgart, Cotta. 1904—1905.
Penzler, Johannes, Fürst Bismarck nach seiner Entlassung. Sieben Bände. Leipzig, Fiedler. 1897—1898.
— — Geschichte des Fürsten Bismarck in Einzeldarstellungen. Breslau, Trewendt. Erschienen sind:
1. Band. Schmidt, Dr. Georg, Das Geschlecht von Bismarck. 1908.
2. Band. Penzler, Johannes, Jugendgeschichte des Fürsten Bismarck (bis 1851). 1907.
8. Band. Herrfurth, Dr. Kurt, Fürst Bismarck und die Kolonialpolitik. 1909.
Poschinger, Heinrich v., Preußen im Bundestag 1851—1859. Dokumente der kgl. preußischen Bundestags-Gesandtschaft. Vier Teile. Leipzig, Hirzel. 1882—1885.
— — Fürst Bismarck und der Bundesrat. Fünf Bände. Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt. 1897—1901.
— — Neue Berichte Bismarcks aus Frankfurt am Main. 1851—1859. Breslau, Trewendt. 1906.
— — Fürst Bismarck und die Diplomaten 1852—1890. Hamburg, Verlagsanstalt. 1900.
— — Fürst Bismarck und die Parlamentarier. Drei Bände. Breslau, Trewendt. 1894—1896.
— — Fürst Bismarck als Volkswirt. Fünf Bände (zwei Bände davon Akten). Berlin, Heymann. 1889—1891.
— — Die Tischgespräche des Reichskanzlers. Siehe Bismarck und die Parlamentarier, 1. Band.
— — Neue Tischgespräche und Interviews. Herausg. von H. v. Poschinger. Stuttgart, Verlagsanstalt. 1895.
— — Bismarck und Jhering. Berlin 1908.
— — „Also sprach Bismarck." I. 1846—1870. II. 1870—1888. Wien 1910.
L. Raschdau, Die politischen Berichte des Fürsten Bismarck aus Petersburg und Paris (1839—1862). Berlin 1920.
Tiedemann, Christoph v., aus sieben Jahrzehnten. Erinnerungen. Zweiter Band, sechs Jahre Chef der Reichskanzlei unter dem Fürsten Bismarck. Leipzig, Hirzel. 1909.
G. v. Wilmowski, meine Erinnerungen an Bismarck. Breslau 1900.

Digitized by Google

II. Darstellungen.

Allers, C. W., Unser Bismarck. Tafeln mit Text von H. Krämer. Stuttgart, Union. 1894.

Blum, Hans, Fürst Bismarck und seine Zeit. Eine Biographie für das deutsche Volk. Sieben Bände. München, Beck. 1894—1895.

Funke, Das Bismarckbuch des deutschen Volkes. Berlin 1915. (Bringt eine Fülle ausgezeichneter Bilder.)

Geisberg, Bismarck und das Kriegsvölkerrecht. Leipzig 1914.

Hamann, Der mißverstandene Bismarck. Berlin, Hobbing 1921.

Hesekiel, Das Buch vom Fürsten Bismarck. Bielefeld, Velhagen und Klasing, 1873.

Jöhlinger, Bismarck und die Juden. Berlin, Dietrich Reimer, 1922.

Kreutzer, J., Otto v. Bismarck, sein Leben und sein Werk. Zwei Bände. Leipzig, Voigtländer. 1900.

Lenz, Max, Geschichte Bismarcks. Leipzig, Duncker und Humblot. 1. Aufl. 1902.

Liman, Paul, Fürst Bismarck nach seiner Entlassung. Berlin 1906.

Ludwig, Emil, Bismarck, ein psychologischer Versuch. Erweiterte Ausgabe, Stuttgart, Cotta, 1921.

Marcks, Erich, Bismarck. Eine Biographie. 1. Band. Bismarcks Jugend. 1815—1848. Stuttgart, Cotta, 1909.

— — Otto v. Bismarck, ein Lebensbild. Stuttgart, Cotta, 1915.

Matter, Bismarck et son Temps. 3 vol. Paris 1905—1908.

Plehn, Hans, Bismarcks auswärtige Politik seit der Reichsgründung. München, Oldenburg 1920.

Roëll und Eppstein, Bismarcks Staatsrecht. Berlin 1903.

Schäfer, Dietrich, Bismarck. 2 Bände. Berlin, Hobbing 1917.

Schneider, Oswald, Bismarcks Finanz- und Wirtschaftspolitik, München 1912.

Schüßler, Wilhelm, Bismarcks Sturz. Leipzig, Quelle und Meyer, 1921.

Singer, Arthur, Bismarck in der Literatur. Ein bibliographischer Versuch. Würzburg, Kabitzsch, 1909.

Spahn, Martin, Bismarck. München-Gladbach 1915.



Digitized by Google

Allgemeines Namen- und Sachregister

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Register der angeführten Schriftsteller

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google



Digitized by Google

Von dem Verfasser dieses Werkes sind ferner erschienen:

Analekten zur Geschichte (Perikles, Hannibal, Teutoburger Schlacht, Bauernkrieg). 284 Seiten Mk. 10.80. Stuttgart, Kohlhammer 1886.

Deutsche Geschichte im Zeitalter der Reformation. Gekrönte Preisschrift des Allgemeinen Vereins für deutsche Literatur. 1. Aufl. Berlin 1884, 3. Aufl. 1893. 513 Seiten geh. Mk. 21.—, geb. Mk. 24.—.

Deutsche Geschichte im 16. Jahrhundert. 1. Bd. 1889, 2. Bd. 1892. 680 u. 624 Seiten Mk. 48.—. Stuttgart, Cotta.

Gustav Adolf in Deutschland. Halle, Niemeyer. 1901. 144 S. Mk. 1.20 (Verein für Reformationsgesch.)

Grundzüge der Geschichte. 3 Teile (Altertum, Mittelalter, Neuzeit). Teil I. 13. Aufl. 1919. 263 S. geb. Teil II. 11. Aufl. 1920. 182 S. geb. Teil III. 12. Aufl. 1920. 447 S. geb. Leipzig, Reisland.

Grundzüge der deutschen Literaturgeschichte. 23.—24. Auflage. 45.—48. Tausf. 205 Seiten gebunden. Leipzig, Reisland.

Deutsche Betrachtungen über den Weltkrieg. 32 S. Mk. —.50. Halle, Rudolf Hoffstetter. 1915.

Bismarck und der Weltkrieg. 45 Seiten Mk. —.60. Halle, Rudolf Hoffstetter. 1915.

Kaiser Wilhelm I. 1. Aufl. 1885, 3. Aufl. 1888. 205 Seiten geb. Mk. 4.50. Stuttgart, Krabbe.

Bismarcks Sturz. Der Stand des Problems. 1909. 48 Seiten geh. Mk. —.50. Stuttgart, Greiner u. Pfeiffer. 1. Heft der Gegenwartsfragen.

Bismarck für das deutsche Volk dargestellt. 91 Seit. Mk. —.40. Stuttgart, Cotta. 1915.

Württembergische Geschichte. 96 Seiten, geb. Mk. 20.—. Stuttgart, Holland u. Josenhans 1922.

Hannibal. Ein Charakterbild. 63 S. 1922. Geh. Mk. 12.—, geb. Mk. 25.—. Stuttgart, Krabbe.

Geschichte der neuesten Zeit vom Frankfurter Frieden bis zur Gegenwart. Zwei Bände. 8. Auflage. 1007 Seiten, geh. Mk. 90.—, geb. Mk. 160.—. Stuttgart, Krabbe. 1920.

Historisch-politische Jahresübersicht. Zwölf Jahrgänge. 1908 bis 1919. Stuttgart, Krabbe.

Alle Preisangaben unverbindlich!

Digitized by Google

Carl Krabbe Verlag Erich Gußmann Stuttgart

Geschichte der neuesten Zeit

vom Frankfurter Frieden bis zur Gegenwart

von

Gottlob Egelhaaf

Zwei Bände

Achte Auflage. (21. bis 23. Tausend) 1920

Fortgeführt bis zum Frieden von Versailles

Zwei starke Bände in Großoktav mit 470 und 537 Seiten

In Halbleinen gebunden Mk. 160.—

Die Vorzüge des Egelhaafschen Buches, die es zu etwas in seinem Bereich Einzigen machen, sehe ich in der Reichhaltigkeit des mitgeteilten und verarbeiteten Materials und in der schlichten, klaren, man möchte sagen ehrlichen Art, wie es dem Leser nahe gebracht wird. Das Buch ist weit mehr als eine gute, aber sekundär geschöpfte Materialiensammlung; es ist ein zuverlässiger Ratgeber, ein zeithistorisches Hausbuch, ein guter Bundesgenosse im Kampf gegen die Zeitlüge.

Heinrich Otto Meisner in den Preuß. Jahrbüchern 185 (Juli 1921).

Hannibal

Ein Charakterbild

von

Gottlob Egelhaaf

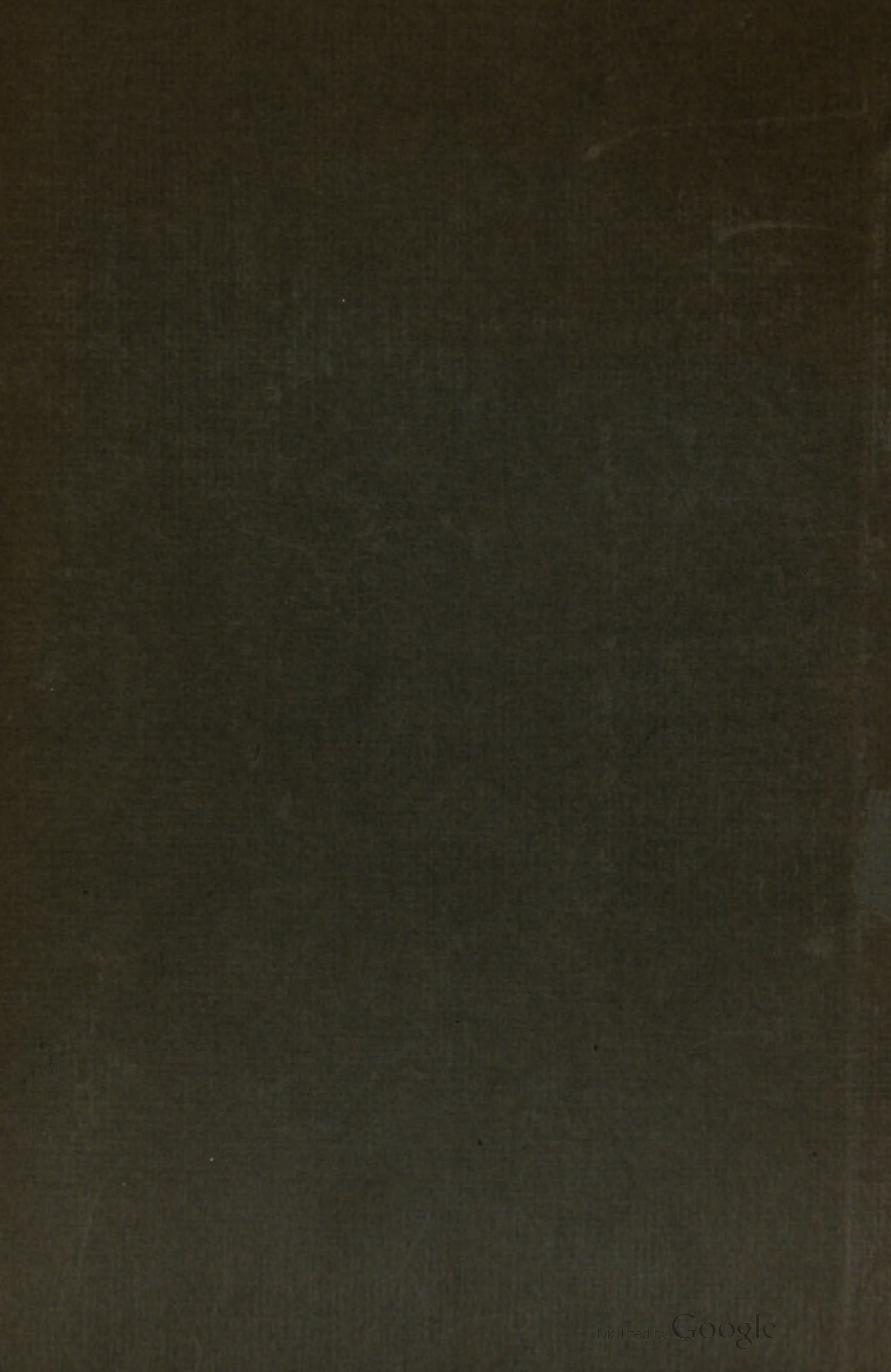
63 Seiten 1922. Geheftet Mk. 12.—, gebunden Mk. 25.—

Ein Buch, auf zuverlässige Quellen gegründet, lebendig geschrieben, wesensvoll erfaßt. Alles in Nußformat. Manchmal gerade durch schlichte Sachlichkeit bestechend und ergreifend. Hier und dort sendet das Buch Lichter aus, die die Phantasie des Lesers zu einem jubelnden Feuerstrom entfachen. Man stellt unwillkürlich Vergleiche an mit der Zeit unseres letzten Krieges, mit unseren Feldherren, unserem Volke und unserer Regierung. Und es ist, wenn man das Buch zu Ende gelesen hat, wie ein Wunder, daß diese kleine Schrift ein solches Heldenleben auferstehen lassen konnte, wie diesen Karthager. Max Jungnickel im Tag.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google


Digitized by Google